
3 1761 04723538 7






S. Corrodi

Auf der Hohen Promenade (ums Jahr 1830)

HUNDERT JAHRE

BILDER AUS DER GESCHICHTE DER

STADT ZÜRICH

IN DER ZEIT VON

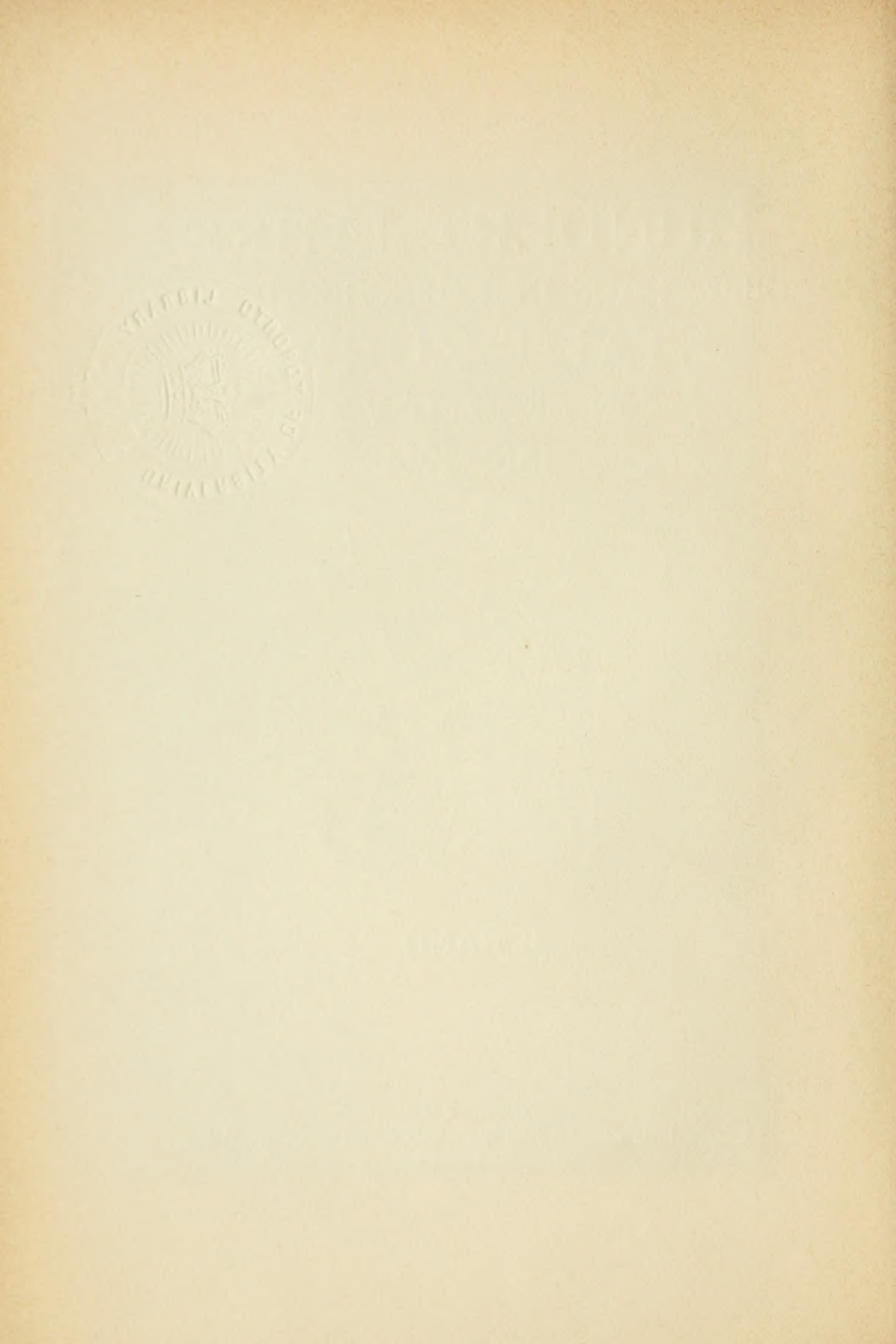
1814–1914

S. Zurlinden



II. BAND

ZÜRICH 1915
DRUCK UND VERLAG DER BUCHDRUCKEREI BERICHTHAUS
(VORMALS ULRICH & Co.)



INHALT DES ZWEITEN BANDES

28. Kapitel: Die Herrschaft der Demokraten

29. Kapitel: Die Arbeiterbewegung

VI. TEIL: DAS AUFBLÜHEN DER STADT

30. Kapitel: Stadtpräsident Mousson (1863—1869)

31. Kapitel: Die grosse Bauperiode

32. Kapitel: Grenzbesetzung 1870/71

33. Kapitel: Der letzte Antistes

37. Kapitel: Die Stadtvereinigung

VII. TEIL: DIE GROSSTADT

38. Kapitel: Stadtpräsident Pestalozzi (1889—1909)

ILLUSTRATIONEN

*) Stadtschreiber Dr. Paul Usteri s. Tafel Nr. 37.

*

Eine grössere Zahl der Stadtbilder aus den letzten Jahrzehnten sind uns in verdankenswerter Weise von der Stadtbibliothek Zürich, sowie von den Herren F. Landolt-Arbenz und A. Moser zur Verfügung gestellt worden.

FÜNFTER TEIL

DIE DEMOKRATEN

◆◆

SECHSUNDZWANZIGSTES KAPITEL

DIE FREIHERREN VON REGENSBERG

Ein grosser Sumpf liegt auf unserem Wege. Ihn zu umgehen, ist unmöglich. So lasst uns denn vorsichtig, doch furchtlos das trügerische, morastige Vorgelände der Demagogie durchschreiten, den Blick auf das jenseits winkende Ziel gerichtet: den haltbaren und verlässlichen Grund und Boden der reinen Demokratie. Sonst wohl bezeichnen Blutlachen und rauchende Trümmerhaufen den Übergang von einer politischen Entwicklungsstufe zur andern. Hier sind es statt der Barrikaden nur Schlamm und Pfützen, zwischen denen eine grosse politische Tragödie sich abspielt. Gottfried Keller schildert im „Verlorenen Lachen" diese „dämonisch seltsame Bewegung, welche mehr Schrecken und Verfolgungsqualen in sich barg als manche blutige Revolution, obgleich nicht ein Haar gekrümmt wurde und kein einziger Backenstreich fiel". Ein „grosser Reichstag der Verleumdung" ward abgehalten, zu dem aus allen Ritzen und Schlupfwinkeln die Teilnehmer herbeieilten, und es stieg ans Licht empor „die unterirdische Schicht der Niedertracht, die in keinem Lande fehlt", um die verhasste Ehrbarkeit ausplündern zu helfen. „Personen, deren eigene physiognomische Beschaffenheit, Lebensarten und Taten sie selbst zum Gegenstande der Schilderung, des Unwillens und des Spottes zu machen geeignet waren, stellten sich gerade in die vorderste Reihe und erhoben als rechte Herzoge der Schmähsucht und der Verleumdung ihre Stimme. ... Oder es fielen ein paar der Herzoge unter den reissenden Tieren einander selbst an auf irgend einem besondern Wechselplatz, kehrten aber mit zerbissenen und blutigen Schnauzen zum allgemeinen Reichstage zurück, ohne dass es ihnen dort etwas geschadet hätte. Sie beleckten sich die zerzausten Bälge und nahmen frech wieder das Wort."

Die Satire des Dichters bleibt hinter der Wirklichkeit noch zurück. Mitten in der hereingebrochenen Verwüstung schrieb

die „Freitagszeitung" im November 1867: „Wenn es erst Parteimanöver und Regierungsmaxime bei uns werden wird, ins Innerste des Familienlebens einzugreifen, schonungslos alle Pietätsverhältnisse zu zerstören, Kinder zu Entehrung der Eltern vorzuführen, Eltern wegen der Kinder im Grabe zu schänden, Geschwister zur moralischen Vernichtung der Geschwister zu missbrauchen, den einen Ehegatten wegen des andern dem öffentlichen Hohne preiszugeben, auf das Zeugnis verworfenster Personen hin die schwersten Anklagen gegen bisher allgemein geehrte, als tüchtig anerkannte Gegner zu schleudern, selbst aus körperlichen Mängeln und Gebrechen ein Verbrechen zu machen, die geringste moralische Verirrung aber als zuchthauswürdiges Verbrechen auszumalen, eine falsche Meinung als moralische Schlechtigkeit, eine widersprechende politische Ansicht als Hochverrat am Volke darzustellen, und wenn man diese neue Ära dann als die Ära der wahren Freiheit begrüssen und ihre Vertreter als siegreiche Märtyrer des Rechts belohnen und krönen muss, — ja dann würden wir diesem moralischen oder vielmehr unmoralischen Schreckensregiment das der wirklichen Guillotine weit vorziehen, — diese kann doch nur den Körper töten, jenes würde die Seelen morden, wenn es sich hielte."

Es ist indessen wohl zu unterscheiden zwischen der eigentlichen demokratischen Revisionsbewegung, die das nächste Kapitel behandeln soll, und dem Verleumdungsfeldzug des Pamphletärs Dr. Friedrich Locher. Allerdings flossen beide Bewegungen eine Zeitlang vollständig ineinander über und es täuschten sich anfangs auch ehrenwerte demokratische Führer über die wahre Natur ihres gefährlichen Bundesgenossen. Gemeinsam war ja das Ziel: der Sturz des Alfred Escherschen „Systems" (eine aus dem Frankreich Guizots herübergenommene Bezeichnung). Während jedoch die Organisation einer demokratischen Partei schon Jahre vor dem Auftreten Lochers eingesetzt hatte und im Gegensatz zu der kurzlebigen herostratischen Berühmtheit des Pamphletärs dem Staat ein neues und solides Gefüge gab, stellte sich die gänzliche Unbrauchbarkeit Lochers zu ernsthafter politischer Arbeit sehr bald heraus. Ihm waren seine Pamphlete, bei denen gemeine persönliche Rachgier, Selbstgefälligkeit und Grossmannssucht die Hauptrolle spielten, vor

allen Dingen Selbstzweck und die Politik, soweit man von einer solchen bei seiner demagogischen Phraseologie überhaupt reden kann, nur das Mittel zum Zweck, seine Verleumdungen unter die Leute zu bringen. Die Demokraten aber liessen sich seine freiwillige Mitarbeit vorerst gefallen, weil ihnen alles recht war, was dazu beitragen konnte, das ,,System" zu untergraben.

Noch war das ,,System" unerschüttert, unangreifbar fast. Als schützende Mauern, Türme und Zinnen umgaben es das hohe Ansehen, das es sich durch seine Leistungen und Schöpfungen erworben, die materielle Prosperität des Kantons, seine einflussreiche Stellung in der Eidgenossenschaft, die im allgemeinen nicht bezweifelte Rechtlichkeit seiner Verwaltung und Justiz, die Noblesse der Gesinnung, die sich seine Grossen gern nachrühmen liessen, und ihr häufig betontes Wohlwollen für die untern Klassen. Indessen fand mit der Zeit das Volk und wurde auch darauf aufmerksam gemacht, dass die nicht geringen ideellen und materiellen Vorteile, welche die Regierungsgewalt für ihre Inhaber und deren ergebene Anhänger mit sich bringt, auf einen gar zu engen Kreis beschränkt blieben. Wünsche nach etwelchen Änderungen und vermehrter Anteilnahme des Volkes an den Regierungsgeschäften fanden zuständigen Orts kein Gehör. Wozu auch ändern? Das Land war ja trefflich regiert und gedieh zusehends. Das ,,System" blieb also bei seinem Grundsatz: für uns die Macht, die Stellen, die Ämter und Ehren, für euch unsere noble Gesinnung, unser Wohlwollen, das nicht verscherzt werden sollte! Bei denen, die auch nicht dumm zu sein glaubten, frass die Verbitterung um sich, und der Masse bemächtigte sich stumpfe Gleichgültigkeit den öffentlichen Dingen gegenüber. Zu den Abstimmungen fanden sich noch etwa zwanzig Prozent der Bürger ein. Mit Noblesse, die nicht verpflichtet, und Wohlwollen, das nichts kostet, hält man das Volk nicht warm. Neugierig wird es zusehen, was aus der Regierung werden mag, wenn der Sturm gegen sie losbricht, aber nicht den Finger für sie rühren.

Ein kleiner Advokat, Dr. Friedrich Locher von Zürich, geb. 1820, machte sich schon anfangs der sechziger Jahre unangenehm bemerklich bei allerhand Prozessen vor dem Bezirksgericht Regensberg. Lochers juristische Befähigung hat bei Kundigen nie viel gegolten, und als er, der bisher nur Prokurator gewesen, das Für-

sprecherexamen machen wollte, liess ihn die Kommission durchfallen. Um so mehr brillierte er als Revolver-Journalist. Üppige Phantasie, stilistische Gewandtheit und absolute Skrupellosigkeit in der Wahl der Mittel machten ihn zu einem Meister der Verdrehung. Die Richter, vor denen er seine zahlreichen faulen Prozesse verlor, mussten stets gewärtig sein, ihr nicht geschmeicheltes Porträt von Lochers Hand in der „Freitagszeitung" oder in einem ausserkantonalen Blatt zu finden. Hie und da war etwas Wahres an den Locherschen „Justiz-Skandalen", und „wenn auch nur der zehnte Teil wahr ist", dachten dann die Leute, so — glauben wir gern auch alles übrige. Auf der „Burg", dem Städtchen Regensberg, das bis 1870 Sitz der Bezirksverwaltung war, wusste man dem Prokurator Locher wenig Dank dafür, dass er gerade ihren Ort in der Leute Mäuler brachte, und als er später einmal in Geschäften dorthin kam, wurde er mit Steinwürfen verfolgt und langte atemlos auf der Station Dielsdorf wieder an. Statthalter Ryffel, Gerichtsschreiber Bucher, Bezirksrichter Bader und andere Regensberger Matadoren waren die ersten Opfer Lochers, und aus seinen Angriffen entwickelte sich ein Rattenkönig von Prozessen gegen die „Freitagszeitung" oder Locher persönlich, die nicht alle glücklich für die Regensberger endeten.

Daneben verfolgte Locher Jahre hindurch mit zähem Hasse den Obergerichtspräsidenten Dr. Eduard Ulmer, der auch als Fachschriftsteller sich einen geachteten Namen gemacht hatte. Die Beschreibung einer Reise Lochers nach der Oase Laghuat im Jahre 1864 schien nur zu dem Zweck veröffentlicht worden zu sein, um darin eine perfide Anspielung auf Ulmers Familienleben als ersten vergifteten Pfeil abzuschiessen. Fatalerweise hatte schon im Jahr 1858 ein Prozess, der seitdem immer und immer wieder aufgewärmt wurde, Anlass gegeben, das Vertrauen weiterer Kreise in Ulmer und in die Unparteilichkeit der zürcherischen Justizpflege zu erschüttern. Während einer Schwurgerichtssession in Pfäffikon hatte Ulmer beim Mittagessen in der „Krone" auf den Redaktor des „Intelligenzblattes", Dr. Härlin, einen deutschen Flüchtling, geschimpft und behauptet, dass „dieser hergelaufene fremde Fötzel" vom Bankhaus Schulthess Rechberg mit einer Pension von 1200 Fr. ausgehalten werde, um gegen Escher und die Nordostbahn zu schreiben. Von Härlin beim

Abendessen in der „Post“ Pfäffikon zur Rede gestellt, berief sich der Schwurgerichtspräsident auf die Nationalräte Hüni und Fierz als seine Gewährsmänner. Diese aber, im „Intelligenzblatt“ als gemeine Verleumder hingestellt, bestritten die Tatsache energisch und verklagten Härlin beim Bezirksgericht Zürich, worauf Härlin mit der Klage gegen Ulmer antwortete. Das Bezirksgericht Zürich trennte die beiden Klagen, wies Härlin als Kläger vor das Kreisgericht Wiedikon und verurteilte ihn sodann wegen Beschimpfung der beiden Nationalräte zu Geldbusse. Seine Klage gegen Ulmer jedoch wurde vom Kreisgericht Wiedikon und vom Bezirksgericht in zweiter Instanz abgewiesen. Härlin war somit wehrlos verleumdet und noch gebüsst dazu, und es war nicht die glücklichste Verteidigung Ulmers und der zürcherischen Justiz, als der erste Obergerichtsschreiber Leonhard Tobler in seinem Pamphlet gegen Dr. Friedrich Locher (1867) schrieb: „Wir möchten gar nicht bestreiten, dass die soziale Stellung der Parteien das Gericht mehr oder minder beeinflusst haben könnte. Herr Härlin ... war damals ein in Zürich sehr wenig bekannter armer Flüchtling. Ihm gegenüber stund der Präsident des Obergerichts. Dass derartige Unterschiede mit in die Wagschale fallen, ist einfach menschlich und wird so sein, so lange die Welt steht“...

„Wenn der Schuss losgeht, so wird's um die Lägern herum krachen, dass manchem die Ohren weh tun werden.“ So hatte die „Freitagszeitung“ schon am 21. November 1862 verkündet. Ihrer bediente sich Locher mit Vorliebe in den ersten Jahren seines „Wirkens“, aber auch später immer wieder, ohne sich dadurch stören zu lassen, dass die „Freitagszeitung“ gelegentlich zwischenhinein gegen ihn schrieb und händeringend das Unheil beklagte, das er über das Vaterland brachte. Ohne politischen Kompass, bot die „Freitagszeitung“ nach bewährter Geschäftsmaxime dem Publikum stets das, was seinem jeweiligen Geschmack entsprach. An ihren Klatschereien konnte sich ein politisches Urteil nicht bilden; wohl aber bereitete sie damit bei ihrem grossen Leserkreis den Boden vor, der zur Aufnahme der Locherschen Pamphlete geeignet war. Am 13. April 1866 brachte die „Freitagszeitung“ die kurze Notiz: „In einer bei Haller in Bern erschienenen, 12 Bogen starken Schrift, die „Freiherren von Regensberg“, werden die Regensberger Geschichten witzig geschildert

und beissend kritisiert." Das Buch erschien anonym unter dem Titel

Die Freiherren von Regensberg
Pamphlet eines schweizerischen Juristen.

Es umfasste zwei Teile: „I. Einst", eine historisch-antiquarische Abhandlung über Regensberg und sein altes Freiherrengeschlecht, ohne Sinn und Zusammenhang mit dem Zweck des Pamphlets; „II. Jetzt", die Regensberger Prozesse und die für die Geschichte ebenso belanglosen Rümlanger Dorfwirren verarbeitend. Schonungslos wurden darin die Regensberger Machthaber als die modernen „Freiherren" an den Pranger gestellt, dem Spott und der Verachtung preisgegeben, nach dem Leitsatz pag. 153: „Exempla sunt odiosa, allein wir haben beschlossen, uns nötigenfalls unangenehm zu machen." Das Buch fand reissenden Absatz. In fünf Tagen war die erste Auflage vergriffen. Das Sechseläuten 1866 stand im Zeichen der „Freiherren"; sie bildeten das ausschliessliche Tagesgespräch. Nie hätte man es für möglich gehalten, dass jemand es wagen würde, mit so unerhörter Kühnheit gegen hochangesehene Beamte und Stützen des „Systems" vorzugehen.

Mit den „Freiherren", I. und II. Teil, wurde eine Serie von sieben Pamphleten Lochers eröffnet, und es machte dem Verfasser allemal besondern Spass, während der Prozessverhandlungen wegen des einen Pamphlets, am liebsten noch vor den Gerichtsschranken, anzukündigen, dass das nächste Pamphlet bereits geschrieben sei oder schon unter der Presse liege. Vom Obergerichtspräsidenten Ulmer war im ersten Pamphlet noch nicht die Rede. „Herr Ulmer," sagte Locher in einer spätern Verteidigung vor Obergericht, „hatte für mich in kantonaler Beziehung ganz dieselbe Bedeutung wie Herr Bezirks- und Verhörrichter Bader für den Bezirk Regensberg. Mit der Person des Herrn Ulmer getraute ich mir, das System auseinanderzusprengen, natürlich alles zu seiner Zeit. Ich sparte also Herrn Ulmer sorgfältig auf, ich trug zu ihm Sorge wie zu meinem Augapfel, und sein Rücktritt hätte mich ganz unglücklich gemacht." Ulmer aber, ohne Ahnung von der ihm widerfahrenden liebevollen Schonung, schrieb für die „Sonntagspost" eine sehr abschätzige Rezension der „Freiherren", deren Verfasser niemand anders sei als der

Prokurator Locher, ein Ehrabschneider von Profession, den die angegriffenen Behörden einer Antwort nicht zu würdigen brauchten.

Einstweilen taten die „Freiherren" ihre Wirkung. Bei den Grossrats-, Bezirks- und Nationalratswahlen des Jahres 1866 erlebten die Gouvernementalen des Bezirks Regensberg Niederlage auf Niederlage. Locher, in Wiesendangen nominiert, drang bei den Grossratswahlen nicht durch, noch weniger natürlich bei den indirekten Wahlen im Grossen Rat am 28. Mai, wo ihn die demokratische Opposition ganz verschämt am Schluss ihrer Liste aufführte.

Um jene Zeit lag vor den eidgenössischen Räten in Bern der Rekurs Guex-Perey, eine totlangweilige Prozesströlerei Lochers ohne alles Interesse für die Nachwelt. Bei den Akten lag auch ein Gutachten des Obergerichts Zürich. Nun bemerkte der Referent des Ständerats, Häberlin, dass dieses Gutachten mit einer Bleistift-Notiz am Rande „O Ulmer, Schurke!" versehen war, und erwähnte mit Indignation dieses Vorkommnisses in seinem Referate. Man war sofort im klaren, dass diese Frechheit gegen den zürcherischen Obergerichtspräsidenten nur Locher verübt haben konnte, als er in Bern die Akten einsah. Locher leugnete und musste erst durch eine umständliche gerichtliche Schriftexpertise zum Geständnis gebracht werden, worauf er seine Taktik änderte und den Wahrheitsbeweis dafür anerbot, dass der zürcherische Obergerichtspräsident Dr. Eduard Ulmer tatsächlich ein Schurke sei. Das Bezirksgericht trat auf diesen Wahrheitsbeweis nicht ein und verurteilte am 14. September 1867 Locher wegen des „Schurken" zu vier Tagen Gefängnis, 100 Fr. Busse und 30 Fr. Entschädigung an den Kläger Ulmer, der diese 30 Fr. dem „Schutzaufsichtsverein für entlassene Sträflinge" schenkte (s. Verdankung im „Tagblatt" vom 20. Dez. 1867). Die Appellationskammer des Obergerichts erhöhte im Oktober 1867 die Gefängnisstrafe für Locher auf acht Tage, welche der vielbeschäftigte Volkstribun jedoch erst im Februar des folgenden Jahres abzusitzen Lust und Musse fand.

Seinen „Wahrheitsbeweis" hatte Locher dem Bezirksgericht in einem ausführlichen Memorial anerboten, das an Hand von „dreizehn Erlebnissen" den Obergerichtspräsidenten der grössten Schandtaten und Verbrechen bezichtigte. Für das meiste wollte

Locher vollgiltige Beweise haben, für das übrige „hohe Wahrscheinlichkeit“. Ulmer reichte gegen Locher dreizehn neue Klagen ein, die den Beklagten nicht davon abhielten, geheimnisvoll anzukündigen, dass der Inhalt des einstweilen nur in der Gerichtskanzlei bekannten Memorials demnächst in einem III. Teil der „Freiherren“ der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden solle. Die Cholera des Herbstes 1867 liess auch in diesem Kampfe eine notgedrungene Pause eintreten, und auch sie schien nur die Empfänglichkeit des Volkes für die unmittelbar nachher ausbrechende Pamphletseuche zu steigern.

Der III. Teil der „Freiherren von Regensberg“ erschien Ende Oktober 1867, gleichzeitig mit der Publikation des obergerichtlichen Urteils im „Schurken“-Prozess. Das Buch führte die Untertitel: „Die Freiherren vor Schwurgericht. — Die Grossen der Krone Zürich.“ Der Inhalt ist grauenhaft, entsetzlich. Wie eine böse Dogge fällt das Pamphlet den Obergerichtspräsidenten an, und je mehr er sich gegen die Bestie wehrt, um so fester packt sie zu. Er flieht, bluttriefend und mit zerfetzten Kleidern, verfolgt bis ins Innerste seiner Gemächer, wo das Vieh auch noch Frau und Kind des Verfolgten zuschanden beisst. Der Herr des Hundes steht mit den Händen in den Hüften und lacht aus vollem Halse. Um ihn her stehen seine Freunde, mit den Zügen bekannter Staatsmänner, von ihm wie zu einem besondern Spass geladen; sie lachen auch, etwas gezwungen zwar. Gebt nur acht, Ihr Herren, dass der Hund nicht auch Euch noch anfällt!

In Zürich ward der kleine, über die Achseln angesehene Prokurator Locher mit einem Schlage der populärste Mann. Das ungeheure Interesse, welches sein Pamphlet erweckte, zeigt die dem „Landboten“ gemeldete Tatsache, dass die Zürcher darob sogar den Jass vergassen. Mürrisch stieg der Droschkier vom Bock herab, wenn ein Fremder seine Dienste verlangte; hatte er ihn doch in der Lektüre der „Freiherren“ unterbrochen, als sie „am schönsten“ zu werden versprach. Kein Haus, wo nicht von Herrschaft oder Dienstboten — oder beiden — die „Freiherren“ gierig gelesen wurden. Keine Schneiderwerkstatt, keine Schusterboutique, in der nicht Lochers Bildnis an der Wand prangte, geziert mit dem Facsimile seines Motto und seiner Unterschrift: „Fort mit dem Nimbus! Nieder mit dem Respekt. Dr. Friedrich

Locher.“ Und die Gespräche! „Also so schaut's aus bei den Herren? — Und da redet man noch vom gemeinen Volk!“

Von der Wirkung der Pamphlete Lochers auf das „System“ macht man sich nicht leicht einen Begriff. Vielleicht liessen sich etwa die 42 cm-Mörser von Lüttich zum Vergleich heranziehen. Das Aussenfort Regensberg war gefallen; nun lag auch eine Hauptbastion der Zitadelle schon in Trümmern. Die besten Männer des Systems eilten zur Abwehr auf die Zinnen, Regierungsrat Prof. Dr. Rüttimann mit einer umfangreichen, vornehm gehaltenen Gegenschrift, L. Tobler mehr im Pamphletstil. Aber was half das alles! Von unten klang das diabolische Lachen: „Das System hat Unglück mit seinen Stützen: Man durchsägt ihm eine Krücke nach der andern, man nimmt ihm seinen Bader, seinen Bucher, seinen Häberlin, nun auch noch gar seinen Ulmer. Bald hopst es nur noch auf einem Bein. — Noch ein kräftiger Stoss, und es fällt. Ha, ha, ha! — Rule Britannia! Wie der Vogel Strauss, steht es nicht mehr auf.“ („Freiherren“ III, pag. 163). Und unverweilt folgten zwei weitere Ladungen: „IV. Othello, der Justizmohr von Venedig. — Der Prinzeps und sein Hof.“ Am glimpflichsten kam noch Alfred Escher weg im „Prinzeps“, während Ulmer im „Othello“ als „Justizmohr von Venedig“ (er wohnte in der Nähe des „Venedigli“ in Enge) noch die Folter vierten Grades auszuhalten hatte.

Schrecken und Bestürzung herrschte unter den Zelten des „Systems“. Von den „Freiherren“, III. Teil, schrieb die „Limmat“: „Der Schlag wird so geführt, als ob, wie in jenen schauerlichen amerikanischen Duellen, beide Kämpfer im dunkeln Zimmer mit offenem Messer einander ans Leben gingen. Wir würden uns gar nicht wundern, wenn aus der Broschüre noch Blut tröpfelte.“ Der „Landbote“, der im Gegenteil von dem Buch den Eindruck einer „politischen Tat“ hatte, beruhigte: „Die Sache ist nicht halb so gefährlich; die Dinge laufen bei den zahmen Grössen Limmat-Athens viel glatter ab als bei den amerikanischen Hinterwäldlern ... Ein Kampf ist allerdings da, ein Kampf der Intelligenz gegen die Gewalt; aber Blut wird keines fliessen, so hochtragisch ist die Geschichte und das Geschlecht, mit dem sie sich befasst, noch lange nicht, eher lächerlich!“ Der dies schrieb, ahnte nicht, dass ihm eines Tages eine jener „zahmen Grössen“ an seinem Redaktionspult den Revolver vor die Nase halten und eine Er-

klärung in die Feder diktieren werde, in der er sich selber als „feigen, ehrlosen Schuft“ bezeichnen und unterschreiben musste. Erinnert man sich der Szene im „Verlorenen Lachen“, wo Jukundus unter der Verleumderclique sitzt, welche rätig wird, „wieder einmal über einen Volksfeind und Unterdrücker Gericht zu halten und eine lustige Jagd nach einem solchen einzuleiten“? Nun, das Urbild jener Szene mag eine Zusammenkunft in der „Häfelei“ an der Schoffelgasse gewesen sein, von der die „Freitagszeitung“ (1869, Nr. 41) berichtet. Die Herren, ein Regierungsrat unter ihnen, liessen sich vom Wirt Papier, Federn und ein Lineal geben, zeichneten Sargdeckel und sandten sie mit erläuternden Inschriften an verschiedene Zeitungen. Auch ein Gespräch, im rohesten Fuhrmannston, kam zu Papier, in dem „Lümmel H.“ den „Lümmel T.“ frägt, ob er gern Spinat esse? Durch Vermittlung des Herrn Regierungsrats kam das Gespräch in den „Züri-Heiri“, die humoristische Beilage des „Landboten“. Unsere Zeit versteht die in diesen Anspielungen liegende Infamie glücklicherweise nicht, der Getroffene aber, es war der Obergerichtsschreiber, verstand und reiste mit dem nächsten Zuge nach Winterthur. Die Erklärung des „Landboten“-Redaktors, welche er heimbrachte, erschien in der „N. Z. Z.“; zweien Herren — der eine Regierungsrat, der andere Stadtrat — die ihn in der Obergerichtskanzlei aufsuchten, wies er mit dem Revolver die Türe. Als er seine vier Wochen Gefängnis für die Revolveraffäre abgesessen hatte, bestätigte ihn das Obergericht für eine neue Amtsdauer als Oberschreiber. — —

Das Obergericht war durch die Angriffe Lochers zu einer Eingabe an den Grossen Rat veranlasst worden, in welcher es Untersuchung seiner Rechtspflege verlangte. Die Mehrheit der bestellten Kommission mit Dr. Fr. v. Wyss an der Spitze, fand, dass dem Obergericht entschieden Unrecht geschehen sei und in zehn Jahren nicht ein einziger Fall angeführt werden könne, in welchem für Annahme von Befangenheit und Parteilichkeit irgend etwas Bestimmtes vorliegen würde. Die Minderheit, Zangger und Scheuchzer, stimmte diesem Urteil anfänglich bei; dann wurden aber die beiden Demokraten von Dr. Locher und Fürsprech Spillmann doch noch veranlasst, ein Minderheitsgutachten abzugeben. Dieses lehnte den allgemeinen Vorwurf der Korruption gegen die

zürcherischen Gerichte ebenfalls ab, nannte jedoch vier Fälle (darunter Härlin-Ulmer), in denen nicht unparteiisch geurteilt worden sei. Obergerichtspräsident Ulmer hatte sich bis zur Beendigung der Untersuchung seiner Strafklagen gegen Locher, die inzwischen auf 21 angewachsen waren, beurlauben lassen. Der Fall sollte in der Schwurgerichtssession vom 5. Februar 1868 (Präsident Oberrichter Dr. Albert Schneider) zur Aburteilung kommen. Locher machte sich nach seiner Ankündigung im Schützenhaus auf eine längere Gefängnisstrafe gefasst („wir werden Sie dann aus dem Gefängnis abholen," schrie der Populus); seine Sache stand schlecht.

Da — ein Donnerschlag! Ulmer zieht alle seine Klagen zurück und bezahlt auch die aufgelaufenen Kosten von 1000 Fr. Nun ist der Mann ganz am Boden, und mit satanischer Freude trampelt Locher auf ihm herum. Er halst ihm im Handumdrehen drei weitere uneheliche Buben auf, schimpft, dass ihm die Gelegenheit genommen sei, die von ihm für das Schwurgericht aufgesparten Hauptbeschuldigungen gegen Ulmer vorzubringen, und verlangt Entschädigung für seine Umtriebe! Ulmer reicht dem Grossen Rat seine Demission als Mitglied und Präsident des Obergerichtes ein. Er schreibt:

„Während 30 Jahren habe ich als Beamter gearbeitet wie wenige. Daneben habe ich mich trotz harter Jugendzeit und nicht voller Universitätsbildung zum verdienstvollen juristischen Schriftsteller emporgeschwungen, und doch war eine Schandschrift genügend, mich moralisch zu ächten. Man hat mich verurteilt, ohne die Beweise nur hören zu wollen. — Schlimmeres kann mir nicht mehr widerfahren. Ich bin mir mehr wert, als dass ich mich auch noch zum Schauspiel hergebe. Ich bin quitt mit Euch, verlasse Euer Land und erwarte mein Urteil von einer spätern billigeren Zeit, wenn die Leidenschaften des Tages verstummt. Euern Locher mögt Ihr haben und an ihn glauben, so lange es Euch gefällt."

Über dieses Rücktrittsgesuch wurde im Grossen Rat am 10. und 11. Februar 1868 debattiert. Die Redner der Opposition fanden seinen Ton ungehörig und Zangger drohte mit einem Antrag auf Versetzung Ulmers in den Anklagezustand, wenn man es wage, ihm noch die „Verdankung der geleisteten Dienste" auszusprechen.

Dennoch wurde die Entlassung schliesslich mit der üblichen Verdankung gewährt. Dr. Schneider beklagte in der „N.Z.Z." den Klagerückzug aufs tiefste, weil Ulmer damit alles preisgegeben habe, für immer! Und doch war der Schritt, zu dem auch Regierungsrat Huber (Ulmers Verwandter), Fürsprech Dr. Sulzberger, Alfred Escher u. a. rieten, psychologisch verständlich. In den Prozessverhandlungen, welche im Grossratssal stattfinden sollten, wäre Ulmer das Ziel der abgefeimtesten Angriffe Lochers und der Gegenstand öffentlichen Hohnes geworden, ohne auch nur einer Verurteilung des Angeklagten sicher zu sein, da Locher mit der Rekusation von zwölf Geschworenen das Gericht aller selbständigen Köpfe beraubt hatte. Ulmers Name begegnet uns später nur noch einmal, im Jahre 1880, als die Gemeinde Enge auf den Antrag des alt Obergerichtspräsidenten einen Steuerrekurs einreichte, und dann bei seinem Tod (28. Juli 1886), der den Blättern Veranlassung zur Hervorhebung von Ulmers Verdiensten um die zürcherische Rechtsprechung bot. — —

Der demokratischen Bewegung leisteten die Pamphlete Lochers mächtigen Vorschub. Sie bildeten die artilleristische Vorbereitung, nach welcher dann die Infanteriemassen der Dezember-Landsgemeinden in die Linie rücken konnten. Mit Locher selbst ergab sich freilich von Anfang an kein rechtes Zusammenarbeiten, und ein Vertrauensverhältnis zwischen ihm und den demokratischen Führern hat nie bestanden. Am 5. November 1867 fand auf Betreiben von Bleuler-Hausheer, der sich vorerst von dem Bestehen und der Aktionsfähigkeit der Locherschen Gefolgschaft in Zürich überzeugen wollte, eine Versammlung von Demokraten unter Dr. Lochers Vorsitz in Zürich statt. Es nahmen u. a. Teil Karl Bürkli, Polizeileutnant Ludwig Forrer, dem schon damals nachgesagt wurde, dass er einmal Bundesrat werden wolle, Dr. François Wille in Meilen, Zigarrenmacher Frey, Stadtrat Schnurrenberger, Literat Honegger, Postdirektor Peter, Tierarzneischuldirektor Zangger, Kommandant Karl Walder, der spätere Regierungsrat. Bleuler war vom Ergebnis dieser Besprechung nicht befriedigt. Sein nach der Heimkehr noch um Mitternacht an Locher geschriebenes Billett enthält für dessen Person Komplimente, drückt aber grosse Skepsis aus „über die Verfassung der zürcherischen Zentrumkompagnie".

Noch viel weniger erbaut war Dr. Locher; besonders hatte ihn Zanggers ablehnende Haltung gegen eine sofortige Aktion verstimmt. Man war ohne Beschluss auseinander gegangen und wollte am folgenden Abend, 6. November, die Beratung fortsetzen. Es kam aber ausser Locher und drei von seinen Freunden niemand. Das Kleeblatt fand, auf die „Führer" sei kein Verlass; Dr. Locher müsse selbst nun auch die politische Führung übernehmen. Nichts konnte ihm erwünschter sein. „Ein Zentnergewicht war dem Verfasser vom Herzen gefallen, seit er auf eigenen Füssen stand." Er lud im „Tagblatt" auf Sonntag den 17. November zu einer „Versammlung unabhängiger Männer zur Besprechung der Situation" ins alte Schützenhaus ein, wohin er fortan noch öfter seine Gefolgschaft aufbot, die Parole ausgab und die Bewegung „leitete". Der Zudrang war grossartig, der Jubel grenzenlos. Selbstverständlich ernannte die Versammlung Locher zum Tagespräsidenten, womit für ihn auch die Frage der Führerschaft der Bewegungspartei gelöst und ein- für allemal erledigt war. Seine Pamphlete wurden von der Versammlung ausdrücklich sanktioniert als das einzige Mittel, dem System beizukommen. Schon am 22. November kam man im Schützenhaus wieder zusammen zur Feier des Ustertages. Zangger war auch gekommen, hatte aber mit seinen Warnungen vor „Überstürzung" usw. kein Glück. Bei der demokratischen Delegiertenversammlung vom 26. November im alten Schützenhaus, welche das 15gliedrige Zentralkomitee für die grossen Volksversammlungen bestellen sollte, war Locher bereits darüber orientiert, dass bei den Demokraten ausgesprochene Antipathien gegen ihn bestanden. Er hatte ein Billett Walders gesehen, in dem es hiess, Locher kompromittiere die Partei; er (Walder) werde sich von diesem unlautern Treiben fernhalten. Im Begriff, die Delegiertenversammlung zu eröffnen, ward er von Bleuler-Hausheer überrascht mit der Bemerkung, „Karl Bürkli habe ihn ersucht, das Präsidium zu übernehmen". In der Versammlung zirkulierte ein Brief des Lehrers Schäppi von Horgen, der vor Locher warnte. Zangger bot diesen Brief herum und nahm einen um den andern auf die Seite, mit ihm zu tuscheln. Aber auch in der Diskussion ging Zangger geradewegs gegen Locher vor und bezeichnete seine Pamphlete als „bewusste Verleumdungen und persönlichen Schmutz". Unter solchen Umständen lehnte

Locher eine Wahl ins Zentralkomitee ab. Zwischen ihm und Zangger bestand schon jetzt tötliche Feindschaft, die in einem nächtlichen Rendez-vous in der Wirtschaft Karl Bürklis an der Eselgasse beinahe zu Tätlichkeiten geführt hätte. Locher machte sich selbst Vorwürfe: „den Prinzeps, den Millionär, den Mann der Ordnung hätte er glücklich verdrängt, um ein wildes Tier an seine Stelle zu setzen! Und die andern, die er aus dem Kot gezogen, standen dabei und liessen ihn beschimpfen" („Freiherren" VI, 39). Diese Szene spielte sich ab noch bevor das Pamphlet „Der Prinzeps und sein Hof", mit dem Locher Alfred Eschers Sturz besiegeln wollte, die Presse verlassen hatte!

Bei alledem fühlte Locher sich als Abgott des Volkes den „missgünstigen" demokratischen Führern bei weitem überlegen. Sie konnten ihm nach seiner Meinung nichts anhaben und kamen ihm vor „wie die Ratten und Mäuse, die den steinernen Elephanten fressen wollen" („Freiherren" V, 89). Er fand Gelegenheit, sich in seiner Popularität zu sonnen bei der am 8. Dezember abgehaltenen Schützenhausversammlung, in deren Physiognomie der Berichterstatter der „N. Z. Z." eine „sozialistisch-kommunistische Färbung" wahrzunehmen glaubte. Bei der Dezember-Landsgemeinde in Zürich figurierte Locher nicht auf der offiziellen Rednerliste, aber das Volk rief stürmisch nach ihm, und als der Held des Tages stieg er zur Tribüne herauf, theatralisch den Mantel zurückschlagend und in Handschuhen gestikulierend, was dem „Republikaner" genügte, um in ihm den „Typus des Aristokraten" zu erkennen. Den Eindruck der Effekthascherei machte auch seine verspätete Entrée in einer grossen Versammlung im „Ochsen" am Kreuzplatz am 22. Dezember, wo seine Ankunft donnernden Applaus auslöste, wofür er sich durch einen demagogisch-sozialistischen Gallimathias revanchierte. Weniger Verständnis hatte man für seine hohe Mission in Aussersihl; er fühlte sich in einer Versammlung des dortigen Gemeindevereins durch Sticheleien auf „politische commis-voyageurs" verletzt und vermochte die Anwesenden nicht zu seinen Gunsten umzustimmen.

Mitte Februar 1868 hatte Locher seine acht Tage Gefängnis für den „Schurken" abzusitzen. Umfassende Vorbereitungen wurden getroffen zu einer gloriosen Begleitung durch das Volk bei der Entlassung am Sonntag Abend den 23. Februar. Eine Depu-



Restaurant zum alten Schützenhaus (abgebrochen 1899)

tation erbat vom Stadtrat Winterthur Kanonen, die jedoch verweigert wurden, „um eine befreundete Stadt nicht zu kränken“; man musste sich mit zürcherischen „Katzenköpfen“ begnügen. In der Zelle im Selnau ging's wie in einem Taubenschlag. Karl Bürkli überbrachte Locher die Meldung von dem ihm zugedachten Fackelzug, bei dem Bürkli selbst die Regie übernehmen sollte. Locher war einverstanden; „nur eines muss ich zur Bedingung machen: die Sache muss gross und gut organisiert sein. Mit 2—300 Fackeln ist mir nicht gedient, ich will wenigstens tausend haben. Der Wille ist da, das Übrige ist Sache der Führer!“ („Freiherren“ VI, 81). Begeisterte Besucher, die nicht genug die Pracht und Grösse des bevorstehenden Triumphzuges rühmen konnten, wechselten ab mit falschen Freunden, die unter nichtigen Vorwänden ihr Wegbleiben zum voraus entschuldigten oder gar dem Gefangenen die Zumutung machten, auf den Fackelzug zu verzichten. Den schlimmsten Streich spielte ihm Karl Bürkli, der sich eine halbe Stunde vor der festgesetzten Zeit krank meldete. Beim Austritt aus dem Gefängnis sah Locher zwei Pferde im Hofe stehen; nach den ihm gemachten Versprechungen hatte er zum mindesten das gesamte Studentenkorps „Helvetia“ zu Pferd erwartet. Mit trüben Ahnungen trabte er zur Seite des Schuhmachers und Hühneraugenoperateurs Diezinger zum Sammelplatz bei der Kaserne; dort traf er grenzenlose Verwirrung, Tumult, lauernden Verrat an allen Ecken. Locher erzählt:

„Wie sich der Verfasser plötzlich umwendet, bemerkt er, dass ein Fackelträger seinem Pferd die brennende Fackel unter den Schweif hält, und ein paar andere sich dazu Zeichen machen und lachen. Jetzt, auf einmal, wurde ihm die Sachlage klar. Also darauf war es abgesehen! Das war die ihm bereitete Ovation! — Der Gefeierte kämpfte für sein Leben, beschloss aber augenblicklich, es so teuer als möglich zu verkaufen. Jede Minute war kostbar. Er musste dem Pack Furcht und Entsetzen einjagen, sonst war er verloren. Er nahm seinen Gaul zusammen, liess ihn tanzen, warf ihn ein paarmal herum, und nachdem er sich Platz verschafft, ritt er hart an die Kerls heran: „Wenn Du noch einmal muckst, so zerschmettere ich Dir den Schädel, dass Euch das Hirn ins Gesicht spritzt. Glaubt Ihr, mit dem Locher so leicht fertig zu werden? Ich will Euch mores lehren, Ihr Millionsschufte! Was kömmt

mir auf Eure Köpfe an!" — Mit gedämpfter, vor Wut erstickter Stimme hatte er in dem furchtbaren Tumult gesprochen, aber er war verstanden worden. „Nehmt Euch in acht, er hat einen Revolver!" flüsterte es um ihn herum. Der Verfasser besass keine Waffe, aber es gab Ruhe. Man hielt Distanz. Er ritt an die Spitze des Zuges, übernahm selbst das Kommando, rief einzelne seiner Freunde zu sich heran, ersuchte sie, für Handhabung der Ordnung zu sorgen, und liess sich im übrigen nichts merken. „Gebt alle acht, es sind Störefriede unter uns. Wer muxt, wird niedergeschlagen, es ist keine Zeit zum Spassen!" („Freiherren" VI, 92.)

Der Zug zählte etwa 140 Fackeln, meist von Knaben und Dienstmännern getragen. Er bewegte sich durch den Talacker, über den Paradeplatz, die Münsterbrücke, den Limmatquai abwärts, durch den Hirschengraben zum „Mohrenkopf", der Wohnung Lochers am Neumarkt, und dann vor das Obmannamt. Den vornehmsten Teil von Lochers Gefolge bildeten zwanzig „Helveter" zu Fuss; in den Strassen drängte sich das Volk in Massen, es rief Hurrah und Hoch, aber auch Pfeifen, Halloh und Gelächter begleiteten den „Triumphator". Er konnte sich unmöglich darüber täuschen, dass die grosse Ovation zu einem grossen Jux für das Volk geworden. Vor dem Obmannamt rednerte ihn der Präses der „Helveter" an; Locher antwortete, während ein herbeibefohlener Dienstbeflissener seinen schlotternden Schimmel hielt, da seltsamerweise „zwei der ersten Fackeln anfingen, sich in feuerspeiende Berge zu verwandeln, so dass die Pferde neuerdings unruhig wurden; also war der Verfasser doch nicht sicher, zwang sich aber zu einem leichten, sorglosen Ton" (a. a. O. 95). Die Nachfeier im Schützenhaus, wo Locher noch dreimal sprechen musste, hob jedoch alsbald das etwas gedämpfte Selbstvertrauen zur alten Höhe. Seine Feinde und Neider glaubte er zu kennen; das nächste Kapitel der „Freiherren" trägt die Überschrift „Die Verschwörung".

Nach und nach kam er nämlich dahinter, dass ein „falsches Spiel" mit ihm getrieben wurde und dass man ihn hinauszudrängen versuchte. Im „Tagblatt" erst musste er lesen, dass ein „Demokratenverein in Zürich" (Direktor Zangger, Aktuar Forrer) entstanden war, der sein Stammlokal in der Walderschen Wirtschaft in Unterstrass hatte. An seinem Fackelzug hatte er zu einer Ver-

sammlung für die Verfassungsratswahlen auf den 1. März in die Reitschule eingeladen. Bei einem Besuch im Konsumverein in der Woche vorher sah er dort zufällig den Entwurf eines Tagblattinserates liegen, der eine Versammlung auf den 29. Februar ins Schützenhaus einlud, unterzeichnet „Die Delegierten in Zürich". Was soll nun das heissen? „Unterdessen war Karl Bürkli eingetreten. Als er sah, dass wir den Zettel schon in der Hand hatten, bekam er einen Anfall seines fatalen Hustens: ‚Aha, Sie haben die Einladung schon gesehen; wir haben gefunden, es sei besser im Schützenhaus als in der Reitschule, welche vielleicht nicht einmal voll geworden wäre; Sie werden doch auch kommen?' — Der Verfasser hatte alle Versammlungen präsidiert, einberufen, und jetzt fragte man ihn, ob er auch hinkommen werde?" („Freiherren" VI, 108). Locher antwortete kurz: „Ich werde sehen, vielleicht!" Er kam, sah, siegte. Das Volk verlangte ihn stürmisch als Vorsitzenden. Er machte sich erst kostbar. Die Versammlung sei ohne sein Wissen von „Delegierten" einberufen, die sollen jetzt präsidieren, er wolle ihnen nicht ins Handwerk pfuschen, aber als Repräsentanten der zürcherischen Wähler könne er die heutige Versammlung nicht ansehen usw. Zangger suchte umsonst zu beschwichtigen; Locher lief weg und die Versammlung löste sich auf. Zu der sodann von Locher im „Tagblatt" auf den 5. März ins Schützenhaus einberufenen Versammlung erschienen 600 Mann. Da ward mit Zangger und den Separatisten abgerechnet. Bis jetzt, sagte Locher, habe das „Schützenhaus" regiert, und zwar mit Glück und Erfolg. Jedenfalls sei die Sache nicht ganz klar; denn als Präsident vom Schützenhause hätte er, Locher, zu befehlen gehabt, er habe die Exekutivgewalt in den Händen (Bravo!). „Doch wir wollen Eintracht, keinen Streit; aber wissen will ich, wer zu befehlen hat." — „Wir wollen Locher und keinen andern," erklärte einstimmig das Volk. Es gab noch eine erregte Szene auf der Tribüne zwischen Polizeileutnant Forrer und Locher, dem jener eine Unwahrheit vorwarf; dann wurde die Wahlliste aufgestellt. Im „Tagblatt" (7. März) erschienen zwei getrennte Wahllisten: Vorschläge der Schützenhausversammlung mit Dr. Friedrich Locher an erster Stelle und „unabhängige demokratische Wahlliste" mit Zangger an der Spitze. Die Wege gingen endgültig auseinander.

In der Stadt unterlag Locher im ersten Wahlgang (8. März), wurde aber dann in Wiedikon im zweiten Wahlgang gewählt. Doch das eigentliche Plebiszit über ihn erging am 29. März 1868, als das Volk Alfred Escher das von ihm niedergelegte Nationalratsmandat mit 10,307 Stimmen zurückgab und Locher mit 4232 Stimmen einen „Achtungserfolg“ gönnte. (Es ist wohl überflüssig, zu bemerken, dass Zangger bei den Demokraten für Escher und gegen Locher „weibelte“.) Im Verfassungsrat verursachte Lochers Erscheinen einiges Gewisper. Mit kalter Neugier ward der Pamphletär gemustert, und auch demokratische Nasen rümpften sich. Der Kloakenreiniger mag nützliche Arbeit verrichten, aber in den Ratssaal gehört er nicht. Locher, der sich in seiner bestimmten Erwartung, mindestens als Vizepräsident des Verfassungsrates vorgeschlagen zu werden, getäuscht sah, sprach am 4. und 5. Mai zweimal: in der unerquicklichen zweistündigen Debatte über das Eröffnungsgebet und zur Begründung eines unmöglichen Ordnungsantrags. „Wir erwarteten, dass die Mehrheit sich wie Ein Mann für unsern Antrag erheben werde. Dem war aber nicht so. Als wir uns umsahen, erhoben sich für unsere Ansicht kaum 40 Mann. Die Herren Zangger, Bürkli, Schnurrenberger, Krebser und wie sie alle heissen, blieben an ihren Sitzen kleben“ („Freiherren“ VI, 139). Es folgte die Wahl der 15er Kommission für die Vorbereitung der Art und Weise der Verfassungsberatung. Mit konstanter Bosheit, wie es Locher vorkam, schlug der hinter ihm sitzende Bleuler-Hausheer ihn für jeden Wahlgang vor, um seine Niederlage möglichst eklatant zu machen, bis er schliesslich mit kümmerlichen sechs Stimmen ganz aus der Wahl fiel. Locher hatte genug. Er verliess den Saal, um nicht mehr zurückzukehren. „Der Frosch hüpft wieder in den Pfuhl ...“

Genau anderthalb Tage hatte Lochers eigentliche politische Rolle, als Mitglied des Verfassungsrates, gedauert. Jetzt aber war das Wildwasser der Pamphlet-Bewegung glücklich abgelenkt; im Schützenhaus mochte es sich unschädlich austoben. Diese Schützenhausversammlungen wurden immer turbulenter, das Publikum immer fragwürdiger. Locher aber schnob Rache. Die Nadelstiche, die er durch zwanzig Jahre vom System habe erdulden müssen, sagte er am 17. Mai im Schützenhaus, seien rein nichts gegen die Dolchstiche, die ihm in diesen acht Wochen von

seinen eigenen Leuten versetzt worden seien. Er protestiere gegen eine sich bildende, wohlgeschlossene Clique, die entstanden, kaum dass er jene andere über den Haufen geworfen habe (Bravo!). Er dulde keine neue, „noch verflüechtere" Clique. Das sollen und werden diese Herren merken. Er trete jetzt als echter Republikaner, der sich der Mehrheit füge, zurück, komme aber seinerzeit wieder!

Aber auch mit seinem Volk war Dr. Locher nicht zufrieden, ganz und gar nicht zufrieden. War das auch eine mattherzige Art, ihn zu unterstützen, seiner Autorität aufzuhelfen! Die Enttäuschung des Volksfreundes kam insbesondere im V. Pamphlet, „Die Prozesshexe" (August 1868) deutlich zum Ausdruck. „Am Sonntag riefen sie Vivat, am Donnerstag: Nieder mit dem zweiten Prinzeps! .... Die Cameraderie wurde Meister. Ein allgemeines Schmollis umschlang alle, nur uns nicht..... Was wollten wir machen? Sie hatten die Mehrheit. Das Volk schwieg.....Um aber Grosses zu leisten, bedarf es der Autorität. Was nützen uns Sympathien, was nützen uns Demonstrationen? Warum hat das Volk uns nicht in jeder Gemeinde gewählt und uns dadurch Ansehen verliehen? ... Sind wir Sklave des Volkes, verpflichtet, uns für sein Wohl abschlachten zu lassen? Gegen unsern Willen sind wir, zum Besten unserer Gesundheit und Existenz, auf den Standpunkt des Egoismus zurückgeschleudert worden ..... Gehabt Euch wohl! Wir gehen ins Zuchthaus! (Es waren vier Tage für Verleumdung des Oberrichters Salzmann abzusitzen.)

„Wer wird künftig Eure Kleinen lehren,
„Speere werfen und die Götter ehren,
„Wenn der finstre Orkus uns verschlingt?"

Im VI. Pamphlet geht das Klagelied weiter (pag. 158ff.): „Keiner der Demokratenführer hat unser Haus wieder betreten ... Einer unserer auswärtigen Freunde, welcher zur Zeit unserer Quasi-Diktatur uns besuchte, erzählte, es sei doch merkwürdig, jetzt habe er diesen Morgen schon sieben Personen getroffen, welche alle mit dem Verfasser in die Schule gegangen sein wollten. Nach unserm Austritt wollte kein Mensch mehr mit uns in die Schule gegangen sein." Tiefsinnig wird philosophiert: „Wir haben nun aus eigener bitterer Erfahrung gefunden, dass die untern Schichten

des Volkes zwar nicht schlechter als die obern, aber doch infolge ihrer mangelhaften Bildung und prekären Lebensstellung durchaus nicht zum Regieren geschaffen sind. Sie sind zu unwissend, zu leichtgläubig. Gute und schlechte Leidenschaften reissen sie jeden Augenblick mit sich fort. Von Verfolgung eines festen politischen oder sozialen Zieles kann da nicht die Rede sein. Von Charakter keine Spur! Jeder Schwindler und Gaukler kann sie betören." Und im VII. Pamphlet, pag. 81/82, wird das treulose Volk apostrophiert: „Habt Ihr mich nicht dreissigtausend Mann stark aus dem Gefängnis geholt, mich auf ein Pferd gesetzt, mit Fackeln, Fahnen und Musik nach Hause begleitet, die Nacht durchschwärmt und acht Tage später — meine Gegner gewählt? — Wo waren sie, diese Zanggere, Schärere, Schnurrenbergere, Zieglere, Alt-Pfarrere, Schulmeistere, als es einen grossen ungleichen Kampf galt? Nachdem dann der Sieg entschieden war, da krochen sie überall hervor aus den Zwingern und Hundebehältern der Tierarzneischule, wie die Engerlinge aus dem feuchten Boden, und behaupteten, sie haben die Sache gemacht! Ihr glaubtet ihnen und gabet mir den Tritt. Um solche Persönlichkeiten herum kristallisiert sich der Janhagel, und das nennt man — eine Regierung! Ihr seid dazu bestimmt, wie die Stiere mit dem Kopf an den Boden gebunden zu werden. Sucht Euch einen andern Narren oder seht selbst, wie Ihr mit Euren Herren fertig werdet!"

Es muss einer schon ein närrischer Kauz sein und das Volk herzlich schlecht kennen, wenn er glaubt, es genüge, die Herren mit Kot zu bewerfen und die Parole „Nieder mit dem Respekt!" auszugeben, damit das Volk seinen Respekt dann ihm zuwende. Dass das Volk nicht jedem politischen Gaukler nachläuft — oder dann nur, um sich über ihn lustig zu machen —, hat ja niemand schmerzlicher erfahren als Dr. Friedrich Locher. Nach der ersten Verblüffung war es überraschend schnell darüber im klaren, wen es in dem Pamphletär vor sich habe. Es ist mit aller wünschbaren Entschiedenheit zu konstatieren, dass das Volk den Verleumdungsfeldzug Lochers abgelehnt und verurteilt, der demokratischen Bewegung aber zugestimmt hat. Sie wäre zum Durchbruch gelangt auch ohne die Pamphlete, langsamer zwar, aber um so sicherer und geordneter. So aber, in dem von Locher aufgewühlten

wüsten Taumel der Leidenschaften, vollzog sich der Umschwung nur zu unvermittelt, und rückläufige Bewegungen in den nächsten Jahren sorgten für die Wiederherstellung des Gleichgewichts. Auch im politischen Leben lässt sich ein Gesetz der Entwicklung erkennen, das Versäumnisse straft und Übereilungen korrigiert.

Der Leser verliert nichts, wenn wir auf die Schilderung der weitern Wirksamkeit Lochers verzichten. Sie kommt für die Geschichte der Stadt Zürich nicht mehr in Betracht. Es handelt sich um einen Unglücklichen, der in seiner unverbesserlichen, krankhaften Verleumdungssucht noch manchem Staatsmann und Politiker schwere oder doch verdriessliche Tage bereitete, ohne ihnen ernstlich etwas anhaben zu können. Der „Freiherren von Regensberg“ VI. Teil, „Die neuesten Freiherren“, an Scheusslichkeit, besonders Zangger gegenüber, alles Denkbare überbietend, und der VII. Teil, „Die kommunen Freiherren“ waren in der Hauptsache ehemaligen demokratischen „Freunden“ gewidmet. Das Volk nahm den Dr. Locher längst nicht mehr ernst. Sein Anerbieten in der Ulk-Versammlung im Kasino am 20. April 1872, „gebt mir sechs Monate Zeit, und ich werde die Regierung stürzen“, beantwortete helles Gelächter. Seine allerletzte Schützenhausversammlung hielt der alte Mann am 10. Dezember 1898, wozu ihm der „Bolliger-Handel“ Anlass bieten musste. Das Obergericht hatte ihm am 16. November 1898 die Erneuerung seines Fürsprecherpatentes verweigert „wegen schlechten Leumunds“, und der Bundesrat, an den Locher rekurrierte, bestätigte den Entscheid. So entschloss er sich denn, „dies kleine Land der Korruption zu verlassen“, wie er einem Bezirksblatt schrieb, und siedelte nach Paris über. Aber auch von Paris her kamen noch Pamphlete, „Republikanische Wandelbilder und Porträts“ (1901), deren II. Band jedoch die Polizei in der Druckerei in Zürich beschlagnahmte und vernichtete. Locher starb infolge eines Unfalls, 91jährig, im April 1911 in Paris.

In seiner Broschüre „Die schweizerische Demokratie in ihrer Fortentwicklung“ hatte Jakob Dubs 1868 klug und vorsichtig geschrieben: „Die Wasser haben das ganze Land überflutet und es kann dermalen noch kein Sterblicher sagen, was ihr Niederschlag sein wird. Möglicherweise hat die Bewegung die Wirkung eines reissenden Bergstroms, der mit seinem Schutte die Kultur

des Landes verwüstet, möglicherweise gleicht sie auch der Ueberschwemmung des Nils, welche die Erde für eine neue reiche Ernte vorbereitet. Einzelne unliebsame Erscheinungen beweisen dermalen weder für noch gegen, denn auch der Segen spendende Nil hat ja seine Krokodile.“



Carl Tocchi

Fröschengraben 1860

◆◆

SIEBENUNDZWANZIGSTES KAPITEL

DIE DEZEMBER-LANDSGEMEINDEN

Mit dem Jahre 1867 ist unserm republikanischen Kalender ein neuer Gedenktag eingefügt worden: die „Dezemberfeier" der Zürcher Demokraten, welche alljährlich die Erinnerung an die vier grossen Landsgemeinden in Zürich, Winterthur, Uster und Bülach am 15. Dezember 1867 auffrischt. Allerdings ist die Dezemberfeier ausschliesslich demokratische Parteiveranstaltung geblieben, während der Tag von Uster — 22. November 1830 — gelegentlich in getrennten liberalen und demokratischen Versammlungen gefeiert wurde; die „Novemberfeier" der Grütlianer aber galt dem Schwur im Rütli, den der praktisch veranlagte Chronist Ägidius Tschudi auf den 8. November 1307 fixiert hatte, um der schwankenden Tradition einen festen Halt zu geben.

Der Ustertag brach das ausschliessliche Stadtregiment; er verschaffte der Landschaft die Gleichberechtigung und machte den Grossen Rat zum eigentlichen Träger der Staatsgewalt. Die Dezember-Landsgemeinden bezeichnen eine weitere — und vorläufig letzte! — Etappe in der Entwicklung des demokratischen Gedankens im Kanton Zürich. Ihre Hauptforderungen hiessen: Referendum und Initiative; ihr Werk war die Verfassung vom 18. April 1869, deren grundlegender erster Artikel lautet: „Die Staatsgewalt beruht auf der Gesamtheit des Volkes. Sie wird unmittelbar durch die Aktivbürger und mittelbar durch die Behörden und Beamten ausgeübt." Dass die Verfassung von 1869 in ihren wesentlichen Grundlagen bis heute unangetastet blieb, spricht für die Weitsicht ihrer Schöpfer. Immerhin sind wir auch damit noch nicht am Ende der Entwicklung angelangt. Noch besteht — um nur eines zu nennen — im Kanton Zürich die Herrschaft des absoluten Mehrs, die unter Umständen die Hälfte der Aktivbürger ihrer Souveränitätsrechte beraubt; noch sind die Frauen von der Aktivbürgerschaft überhaupt und vollständig ausgeschlossen. Ein Abschluss für alle Zeiten wird ja auch niemals

zu erreichen sein, weil nicht nur immer neue Bedürfnisse entstehen, sondern auch trotz aller vermeintlichen Sicherstellung des gleichen Rechts für alle immer wieder neue Vorrechte auf der einen, politische Abhängigkeit auf der andern Seite sich ausbilden.

Der Grundirrtum des in Alfred Escher und seiner Gefolgschaft verkörperten „Systems" bestand darin, dass es sich als die letzte und vollkommenste Blüte des demokratischen Gedankens, als die einzig mögliche und unübertreffliche republikanische Staatsform betrachtete. In guten Treuen konnte das „System" diese Ansicht vertreten, denn dass es Grosses geleistet und für des Landes Wohl redlich und fleissig gearbeitet hat, ist nicht zu bestreiten. Aber es wollte alles in der Hand haben und alles allein machen. Im Bewusstsein bester Absicht und Einsicht hielten die Männer des „Systems" es nicht für nötig und hatten auch keine Zeit, mit dem Volk unmittelbar zu verkehren. Was aber ausserhalb des Kreises von Freunden und Auserwählten an Wünschen oder Forderungen sich regte, das ward als persönliches Übelwollen empfunden, als rivalisierender Ehrgeiz oder auch nur plebejischer Hass und Neid gedeutet. „Die Männer des Systems wollten herrschen und herrschten auch, durch Dorfmagnaten gestützt, die ihrerseits wiederum, nach oben devot und von oben geschützt, nach unten eben auch wie Magnaten regierten" (Scheuchzer). Nun lässt sich aber ein intelligentes Volk, für dessen soziale Hebung und geistige Bildung man nach Kräften sorgt, wie dies auch von seiten des „Systems" geschah, nicht auf die Dauer bevormunden. Die Bildung hebt die Standesunterschiede auf und verlangt gebieterisch die politische Gleichberechtigung. Der Sturz des „Systems" war unvermeidlich, sobald es einmal einem genügend grossen Kreise von Intellektuellen und begabten Männern des Volkes zum Bewusstsein gekommen war, dass auch der Tag von Uster noch nicht die wahre Freiheit gebracht, sondern mit der repräsentativen Demokratie nur wieder eine neue, wenn auch gegen früher erheblich erweiterte Klasse von Bevorrechteten geschaffen hatte. Jakob Dubs nannte die von der 1830er Bewegung herbeigeführte Souverän-Stellvertretung durch den Grossen Rat geradezu eine politische Monstruosität. „Unsre Grossen Räte haben mittelst derselben eine Allmacht erlangt, wie sie jedenfalls kein einziger konstitutioneller Fürst

Europas hat; sie beherrschen die Gesetzgebung, die Regierung und die Justiz und disponieren mit souveränster Befugnis über alle Kräfte des Staates zu ganz beliebigen Zwecken." Im Grossen Rat von Zürich aber besassen die Systemgetreuen die grosse und unbedingt ergebene Mehrheit. Sie waren mit ihrem alle überragenden Haupte Alfred Escher die wahren Inhaber der Macht, von deren Gunst und Wohlwollen alles abhing. Und in diesen Kreis von Bevorrechteten gelangte nur, wer entweder durch Vorzüge der Geburt oder des Geldes hiezu prädestiniert und befähigt schien oder dann wenigstens über jene Biegsamkeit des Charakters verfügte, die der Umgang mit den Herren erforderte.

Zu der politischen Machtfülle, welche die repräsentative Demokratie der herrschenden Partei verbürgte, gesellte sich die wirtschaftliche Vorherrschaft, die Alfred Eschers Eisenbahn- und Bankgründungen zur Folge hatten. Einer seiner aufrichtigsten Freunde, Dr. Johannes Scherr, der Bruder des Seminardirektors Thomas Scherr, hat es bedauert, „dass sich Escher von den Wegen des Staatsmannes ab und auf die des Gründers hinüber hatte führen lassen. Oder wenigstens hätte er sich nicht zutrauen sollen, beiderlei Geschäfte zugleich zu betreiben und so eine Arbeitslast auf sich zu nehmen, welcher Ein Mann unmöglich auf die Dauer gewachsen sein konnte und welcher auch Escher trotz seiner unermüdlichen Arbeitslust und seines wunderbaren Fleisses in die Länge nicht gewachsen war. So musste er die Dinge nicht selten gehen lassen, wie sie gehen mochten, und die Folge war, dass sie bergab gingen. Herrisches Eingreifen von seiner Seite ab und zu machte die Sache nicht besser. Aber auch abgesehen hiervon, tat die Verquickung von Staatsmännischkeit und Gründertum nicht gut. Sie war, vom politischen Standpunkt aus angesehen, für die Schweiz jedenfalls kein Glück. Es geschah gewiss in der besten Absicht, wenn Stämpfli und Genossen in Bern die Eidgenössische Bank und Escher und Genossen in Zürich 1856 die Schweizerische Kreditanstalt gründeten, und es ist zweifelsohne wahr, wenn Escher von der letzteren sagt: ‚Diese Anstalt hat dem Platze Zürich eine finanzielle Bedeutung gegeben, die er vorher entfernt nicht hatte; sie hat auch zur Befruchtung der Industrie und Gewerbetätigkeit in Zürich und in der ganzen Ostschweiz wesentlich beigetragen.‘ Wohl und gut. Aber das hätten

andere auch zuwege bringen können. An kaufmännischen Talenten, an grossen sogar und in jedem Zweige des Geschäftslebens erfahrenen und gewandten, ist bekanntlich in der Schweiz kein Mangel. An staatsmännischen Kapazitäten dagegen ist hier so wenig Überfluss wie irgendwo." Der „Landbote" hat denn auch nicht verfehlt, auf den bedenklichen Umstand hinzuweisen, „dass der alles leitende Staatsmann an die Spitze von zwei Gesellschaften getreten ist, die ihre besondern Interessen haben und über die mächtigsten Mittel gebieten können. Die Staatspolitik ist damit allmählich so enge mit der Finanz- und Eisenbahnpolitik verbunden worden, dass es bisweilen den Anschein hat gewinnen müssen, als sei der Zürcher Staat nur der Appendix der Nordostbahn und Kreditanstalt und als richte sich der öffentliche Barometer nach dem Kurszettel dieser beiden Anstalten."

In erheblichem Masse haben jedenfalls die grosskapitalistischen Unternehmungen Alfred Eschers dazu beigetragen, zu der politischen noch eine soziale Strömung gegen das „System" im Volke zu erzeugen. Gerade in den kritischen Jahren des Umschwunges stellten sich Misswachs, Arbeitslosigkeit, Stockung in Handel und Industrie ein und schufen ein allgemeines Gefühl des Unbehagens. Die Krise wurde verschärft durch die von den Eisenbahn- und Bankgewaltigen auf dem Geldmarkt geschaffenen Verhältnisse. Die Handwerker hatten Mühe, das für ihre Betriebe nötige Geld zu erhalten, die Zinsen waren ausserordentlich hoch und die kleinen Meister gerieten in arge Verlegenheit. Nicht besser erging es den Bauern, denen man Hypotheken kündete, um das Geld in rentableren grosskapitalistischen Unternehmungen anzulegen. Eine Bank für die Bauern gab es nicht. In der von der Krise hervorgerufenen düstern Stimmung erschienen dem Volke auch die glänzenden Schöpfungen des „Systems", seine Luxusbauten, seine Anstalten usw. in einem andern Lichte. Sie sollten, hiess es, in erster Linie den Ruhm der Regierenden weithin verkünden; die Fürsorge für die kleinen Leute kam dabei nur nebenbei in Betracht. Die Verheerungen der Cholera im Herbst 1867 offenbarten neben der bestechenden Pracht einzelner verschönerten Stadtteile eine krasse Rückständigkeit in der sanitaren Vorsorge für die Quartiere der Armen. Aber bei allen diesen, den Umschwung fördernden äussern Umständen behält doch der

Ausspruch Zanggers seine Richtigkeit: ,,Der Hauptgrund der Bewegung lag darin, dass eine Gruppe hervorragender Persönlichkeiten nur unter sich verkehrte und die Bedürfnisse des Volkes nicht kannte.“

Wer die Richtigkeit dieses Satzes bezweifelt, unterschätzt die Bedeutung der Imponderabilien in der Politik. So konnte auch die ,,Neue Zürcher Zeitung“ das ,,unüberwindliche Misstrauen“ sich nicht erklären, das ihren sachlichen und gründlichen Widerlegungen der gegen das ,,System“ erhobenen Anklagen überall entgegentrat. Die Gründe des Misserfolges aller noch so berechtigten Verteidigung des ,,Systems“ lagen eben nicht im Bereiche messbarer und wägbarer Argumente. Sie wurzelten im Gefühl der Missachtung, die der kleine Mann ohne Namen und Geld von seiten der Herren zu erdulden hatte, und es war — davon zeugt sozusagen jedes Blatt der Revisionsliteratur — der lang verhaltene Groll über diese Behandlung, der nun mit elementarer Wucht zum Ausbruch kam. Nicht dass dem Mann des Volkes die Geringschätzung etwa immer in groben Worten ausgedrückt worden wäre, aber gelegentlich bekam er es doch immer wieder zu spüren, dass er, mochten seine Ansichten noch so vernünftig und berechtigt sein, nicht eigentlich zählte und nichts galt. Auch ohne Worte spürte er wohl den unübersteiglichen Zaun der Standesvorurteile, der ihn von den Herren trennte, und die dann und wann über den Zaun hinüber bezeugte ,,wohlwollende“ und ,,freundliche“ Gesinnung konnte ihn über das Vorhandensein der bewussten und gewollten Schranke nicht täuschen. Nicht die wirklich Vornehmen, deren Adel der Seele sich niemals und am wenigsten dem kleinen Mann gegenüber verleugnete, waren der Gegenstand der heftigsten Angriffe der Revisionisten, sondern die sich vornehm dünkenden Geldaristokraten, die nicht imstande waren, Argumente der vermeintlich unter ihnen Stehenden überhaupt sachlich zu würdigen, sondern in erster Linie fragten: wess' Sohn ist er? woher kommt er? was hat er? Und nicht durchweg dürfen solche Klagen der revisionistischen Presse nur als Karrikatur und Übertreibung abgetan werden. Wenn sogar der erste Obergerichtsschreiber in einer ernsthaften Druckschrift es als beinahe selbstverständlich erklärte, dass Frau Justitia im Kanton Zürich, ehe sie die Wage handhabte, etwas die Binde vor den Augen lüftete und sich die

Parteien besah (vgl. oben pag. 7), dann ist der Verdacht nicht ganz abzuweisen, dass bei der herrschenden Partei die allzu hohe Bewertung der Standes- und Vermögensunterschiede das gesunde Urteil trübte und den politischen Horizont verengte.

Das zeigte sich denn auch unverkennbar bei der im Kampfe gegen die Revision befolgten Taktik. Sie war von Anfang an verfehlt, auf einen falschen Ton gestimmt. Hatte man früher Unbequeme und Unzufriedene in den eigenen Reihen kalt beseitigt, nicht achtend ihres hoffnungslosen Widerstandes gegen die hochangesehenen Herren und Gewaltigen, nicht achtend der gebrochenen namenlosen Existenzen und ihrer verborgenen Tränen, hatte man eine wohlmeinende und freundliche Opposition durch beharrliches Ignorieren zum Verstummen gebracht, so glaubte man nun auch die ersten Anzeichen einer feindseligen, gefährlichen und böswilligen Opposition durch vornehme Nichtachtung unschädlich machen zu können. Da dies nicht gelang und der Anhang der demokratischen Führer sich täglich mehrte, während doch die „elementarste Personenkenntnis" den Leuten hätte sagen müssen, auf wen sie in diesem Kampfe zu hören hätten, wollte man dem Volk „den Verstand machen". Seht ihr denn nicht, fragte man halb unwillig, halb angstbedrückt, dass diese Bewegungsmänner lauter staatsgefährliche Sozialisten und Umstürzler sind, katilinarische Existenzen mit dunkler Vergangenheit, ehrgeizige Streber und Sesseljäger? Und diese Mitglieder des demokratischen Zentralkomitees, was sind sie anders als „abgebrannte Häuser", Männer, die ihren Beruf verfehlt, die in ihrem Fach samt und sonders nichts ordentliches geleistet haben? Der ebenfalls nicht geschonte Bleuler-Hausheer beklagte sich besonders über „das unaufhörliche Gekrächz des Nachtheuels Freitagszeitung, der den Stadtzürchern eine Art von Diebsfeldzug gegen die Hauptstadt, Verödung, Ruin der höhern Kulturgebiete, Raub und Kommunismus in Aussicht stellte." Die geheime, mit Furcht gemischte Verachtung der Besitzlosen klingt auch mit in dem Aufruf „Zur Sammlung" (Beilage zum Tagblatt 1868, Nr. 49), der — von den „besten Kreisen" ausgehend — in Sperrdruck mahnte: „Wählt keinen von den Schreiern und Wühlern, die selber nichts haben und nun auf andrer Leute Kosten die Grossmütigen machen und meinen, man dürfe den Reichen gewaltsam

nehmen, was sie nicht gutwillig geben." Am wenigsten aber war für die Antirevisionisten der Gedanke zu ertragen, dass das Volk nun über alle Gesetze und Kantonsratsbeschlüsse von finanzieller Tragweite sollte abstimmen können. Die liberale Partei hatte nichts gelernt und nichts vergessen und stand noch immer auf dem gleichen Punkt wie 1842, als sie das sogar von den Konservativen warm befürwortete Veto (fakultative Referendum) bebekämpft hatte. Die Mängel des Repräsentativsystems, bemerkte damals die ,,Neue Zürcher Zeitung", könnten nicht durch das Veto, sondern nur durch die Weisheit und Würde der Regierenden und die Einsicht des Volkes gehoben werden. So tönte es auch jetzt noch bei den Liberalen: solche demokratische Liebhabereien mögen gepasst haben für Griechen und Römer, die sich Sklaven hielten; das Zürcher Volk aber sei ein arbeitsames und hausliches Volk; es wünsche nicht, das zeitraubende Geschäft vieler Wahlen und Abstimmungen zu übernehmen, und masse sich auch nicht an, selber den Gesetzgeber spielen zu wollen. Auf ,,Zimmerleuten" wurden Witze gerissen über die Revisionisten und ihre gutgläubige Herde. Eine Zunftberühmtheit, ihres Zeichens Metzger, spielte unter dröhnendem Gelächter und Beifall der Versammelten darauf an, dass die Anhänger der Revision wohl in ihrer grossen Mehrheit Patienten des Tierarztes Zangger sein möchten. Das hörte sich im Zunftsaal ganz lustig an, aber draussen, am entscheidenden Tage, konnte ein solcher Metzgerwitz ein paar tausend Stimmen kosten, gerade genug, um das ,,System" über den Haufen zu werfen.

Das Ziel der Revisionsbewegung war, das Repräsentativprinzip der 31er Verfassung durch den Grundsatz der direkten Volksgesetzgebung zu ersetzen, damit nicht mehr der Einzelwille weniger Hervorragender, sondern der Gesamtwille des Volkes die Geschicke des Kantons bestimme. ,,Unser ausgesprochenes Ziel ist", sagte der die Bewegung leitende ,,Winterthurer Landbote", ,,die Koterieherrschaft zu beseitigen, die neue Geldaristokratie zu stürzen und an ihre Stelle die wahre und ehrliche Volksherrschaft zu setzen, die Demokratie im besten Sinne des Wortes, bei welcher alles für, aber auch alles durch das Volk geschieht." In ihren Aufrufen und Flugschriften hoben die Demokraten hervor, wie sehr das Volk sich selber überlassen worden sei, den poli-

tischen Sinn verloren habe und seine wahren Bedürfnisse nicht mehr kenne. Die Volksgesetzgebung werde das Volk den Staat wieder kennen lehren, seine Vertreter aber abhalten, sich auf unvolkstümliche Bahnen zu verirren. Das Referendum werde gegen die Begehungssünden, die Initiative gegen die Unterlassungssünden des Rates helfen.

Und hinter dieser Bewegung standen Männer! Wir nennen an erster Stelle Salomon Bleuler-Hausheer, den selbstlosen, unermüdlichen Organisator der demokratischen Partei. Er war Bürger der Stadt Zürich, geboren im Januar 1829 als Sohn des Salzfaktors Bleuler am Zeltweg, vor seinem Eintritt ins politische Leben Pfarrer, zuletzt in Glattfelden. Dank einem Missgriff von Jakob Dubs kam Bleuler 1859 für ganz kurze Zeit als Redaktor an die „Neue Zürcher Zeitung“ und wurde dann 1860 Eigentümer und Redaktor des „Winterthurer Landboten“. Bleuler war nicht eigentlich Chef der demokratischen Partei, nur Erster unter Gleichen, persönlich integer, von etwas ungeschliffenen Manieren und nicht auf den ersten Blick für sich einnehmend, als Politiker eher eine tragische Gestalt. Sein vertrautester Freund und Berater war der arbeiterfreundliche Philosoph Friedrich Albert Lange von Duisburg, der Sohn des von der Septemberregierung auf den verwaisten Lehrstuhl von D. Fr. Strauss berufenen Theologen Lange. Er kam 1866 als Gymnasialprofessor nach Winterthur und trat im Dezember in die Redaktion des „Landboten“ ein. 1870—1872 war Lange Professor der induktiven Philosophie an der Universität Zürich; er wurde dann nach Marburg berufen, wo er aber schon 1875 starb. Sein Hauptwerk ist die berühmte „Geschichte des Materialismus“. Lange war wohl der bedeutendste publizistische Vorkämpfer der demokratischen Bewegung und einer der populärsten Führer und Sprecher des Zürchervolkes, was nur mit seiner in Zürich verbrachten Jugendzeit zu erklären ist. Er gehörte auch dem Verfassungsrat, Erziehungsrat und Bankrat an.

Um die Freunde Bleuler und Lange gruppierte sich in Winterthur ein Kreis schöpferisch begabter Politiker, der den Herd der demokratischen Bewegung darstellte. Durch sie geriet Winterthur für längere Zeit in einen scharfen Gegensatz zur Hauptstadt, dem eine gewisse feindselige Eifersucht zugrunde lag. Diese scheint



Salomon Bleuler=Hausheer

hauptsächlich vom Stadtpräsidenten Dr. J. J. Sulzer, dem glänzenden Antipoden Alfred Eschers, ausgegangen zu sein, der seine Stadt zu hoher Blüte emporführte, aber auch ihren jähen Sturz von der eingebildeten Höhe herab vorbereiten half. Winterthur hatte von Sempers Meisterhand ein Stadthaus in einer den Zürchern beinahe verdächtig scheinenden Pracht erstellen lassen, und als nun Sulzer, der Präsident des Verfassungsrates, die Kommissionsberatungen hie und da nach Winterthur verlegte, war es für viele eine ausgemachte Sache, dass Winterthur an Stelle Zürichs „Residenz" werden wolle. Zum Winterthurer Kreis gehörten ferner: Pfarrer Gottlieb Ziegler, Gymnasiallehrer und dann Redaktor des „Landboten", der Schwager Bleulers und spätere Regierungsrat und Nationalrat, und Advokat Theodor Ziegler, nachmaliger Stadtschreiber, Stadtpräsident und Nationalbahndirektor. Aus Zürich führte Tierarzneischuldirektor Rudolf Zangger den Demokraten eine stattliche Kohorte zu, und diesem stadtzürcherischen Sukkurs ist es zu danken, dass die Revisionssache aufhörte, eine reine Winterthurer Bewegung mit der Spitze gegen Zürich zu sein. Im Gefolge Zanggers befanden sich u. a. Ludwig Forrer, den Treichler ermuntert hatte, die Stelle des Polizeileutnants anzunehmen, die schon für manchen die erste Stufe zur republikanischen Ehrenleiter geworden sei, und in der Tat machte — Bundesrat Forrer hievon keine Ausnahme; sodann Kommandant Karl Walder, später Regierungsrat, Karl Bürkli, Herman Greulich und die übrigen Arbeitervertrauensmänner, nicht zu vergessen den Freischärler und Terroristen Dr. Friedrich Locher, dessen ganze politische Weisheit, wie wir ja bereits gesehen haben, sich auf das Rezept reduzierte: „Schrecken muss man und von der Feigheit profitieren!" (vgl. Brief an Karl Walder vom 19. Mai 1866). Eine Mittelstellung, die in der Folge zum gänzlichen Anschluss an das System führte, nahmen Nationalrat Grunholzer in Uster, Regierungsrat Dr. Suter in Zürich, Widmer-Hüni u. a. ein, wogegen der geniale Pfarrer Salomon Vögelin in Uster, gegen dessen allzu radikale Theologie 78 Kollegen der Landeskirche mit einer öffentlichen Erklärung protestierten, Feuer und Flamme für die Revision war, ebenso wie Sekundarlehrer Caspar Sieber in Uster, nachmaliger Erziehungsdirektor. Von Fischental war der spätere „Bankvater" Keller, von Bülach der populäre, witzige Bezirksarzt, Bezirksgerichts-

präsident und Nationalrat Fritz Scheuchzer mit von der Partie. Aus Wädenswil ist der Gerbereibesitzer und spätere Bundesrat Walter Hauser anzuführen. Sekundarlehrer Reinhold Rüegg von Wyla, der 1879 mit Theodor Curti die „Züricher Post“ gegründet hat, trug als Mitarbeiter und sodann als Redaktor des „Landboten“ mit seiner geistreichen, humorvollen Feder vieles zur steigenden Beliebtheit und Bedeutung des demokratischen Hauptorgans bei. Auch der vielseitige und regsame Dr. François Wille in Meilen, der Vater des Generals Wille, hatte sich unter die Demokraten verirrt, aber dann im Verfassungsrat bald einmal die Wahrnehmung gemacht, dass er in den unrichtigen Zug eingestiegen war und nicht in die Gesellschaft gehörte. Indem er es eine vollständige Mystik, eine Schwärmerei, einen Schwindel nannte, wenn man jetzt von einer Ära der unmittelbaren Volksgesetzgebung spreche, trennte er sich für immer von seinen bisherigen Gefährten.

Zum erstenmal trat eine geschlossene demokratische Opposition gegen die herrschende liberale Partei in die Erscheinung, als Bleuler-Hausheer auf den 7. Oktober 1860 eine Versammlung in Uster veranstaltete, zu welcher Gottfried Keller den Aufruf schrieb, und es ist bemerkenswert, dass dieser Aufruf dem Kanton Zürich das Zeugnis gewissenhafter und geschickter Verwaltung im Innern ausstellte, wogegen aber seinen Vertretern in der Bundesversammlung „teilweise Unselbständigkeit der Gesinnung in den Angelegenheiten des Gesamtvaterlandes, teilweise Marklosigkeit und Verschliffenheit der Grundsätze“ vorgeworfen wurde. Die von etwa 100 Mann besuchte Versammlung in Uster beschloss daher, auf die bevorstehenden Nationalratswahlen eine lebhafte Agitation zu entfalten, um Vertreter von „männlicherem, entschiedenerem Charakter“ nach Bern senden zu können. Der Erfolg war nicht grossartig; im ganzen Kanton brachte es die Opposition auf kaum 1800 Stimmen. Schon im folgenden Jahr ging Gottfried Keller der im Entstehen begriffenen „Bewegungspartei“ verloren, obwohl er am 15. Dezember 1861 im Wahlkreis Bülach gegen einen gouvernementalen Kandidaten in den Grossen Rat gewählt wurde. Das „System“ hatte sich den schon berühmten Dichter-Politiker gefischt und ihn auf den Kanzleistuhl des Staatsschreibers gesetzt, womit Gottfried Keller politisch ein stiller

Mann wurde, der fleissig seine Akten ausfertigte und sauber gedrechselte Bettags-Mandate verfasste, bis dann im Jahr 1873 die Regierung richtigerweise diese Bettagsansprachen dem Kirchenrat überliess. Als Erfolg der Opposition galt dagegen die am 28. Oktober 1861 vorgenommene Regierungsratswahl von Dr. Eduard Suter, den seine Kollegen zunächst mit eisiger Kälte empfingen. Die Wahl von Jakob Dubs (Regierungsrat seit 31. Mai 1854) zum Bundesrat an Stelle von Jonas Furrer am 30. Juli 1861 entzog der liberalen Partei des Kantons Zürich eine bedeutende Kraft; doch behielt Dubs auch von Bern aus die politischen Vorgänge in seinem Heimatkanton scharf im Auge und griff nicht selten mit einem gewichtigen Wort in den Lauf der Dinge ein.

Als am 25. Januar 1864 Alfred Escher, vom Präsidentenstuhl des Grossen Rates herab, in stolzer Selbstzufriedenheit, „mit der heitern Ruhe eines Jupiter, der die Wolken zerteilt", eine glänzende Lobrede auf seinen Kanton Zürich hielt, da dachte noch niemand daran, dass drei Jahre genügen würden, um dieser ganzen Systemsherrlichkeit ein Ende zu machen. Und doch war der Umsturz bereits am Werk. Die Regierung selber hatte eingesehen, dass etwas geschehen müsse, wenn nicht alles in Gefahr kommen sollte, und eine Verfassungsrevision in die Wege geleitet. Der Grosse Rat entschloss sich zu einer Partialrevision in sieben Punkten und legte der Volksabstimmung vom 15. Oktober 1865 sieben Verfassungsgesetze vor, darunter als das wichtigste eine Revision der Art. 93 und 94, wonach künftighin 10,000 Unterschriften eine Volksabstimmung über die Frage einer Verfassungsrevision verlangen konnten. Das Volk griff mit beiden Händen zu und nahm sämtliche sieben Vorlagen an, mit der grössten Stimmenzahl aber (19,057 gegen 1595) die genannte Revisionsbestimmung, welche ihm die Waffe zur Erkämpfung seines Selbstbestimmungsrechtes überantwortete.

Es versteht sich, dass die Opposition die Eroberung des 15. Oktober 1865 nur als Abschlagszahlung betrachtete und nun erst recht mit ihren Forderungen (Salzpreisherabsetzung, Kantonalbank, unentgeltliche Militärausrüstung usw.) aufrückte. Auf Revisionsversammlungen im ganzen Lande herum wurde unablässig die Werbetrommel gerührt. Auf der liberalen Seite mehrten

sich die Stimmen, welche vor Vertrauensseligkeit warnten und auf eine Reorganisation der Partei hindrängten. Davon sprach man auch lebhaft in der ,,Akademischen Mittwochgesellschaft", einer im Jahre 1842 gegründeten freien Vereinigung von Studiengenossen, an deren Spitze Alfred Escher als princeps juventutis stand, weshalb Dr. Friedrich Locher sie als die ,,Inkarnation des Systems", als den geheimen Kabinettsrat der ,,Grossen der Krone Zürich" dem Volke denunzierte. Von der Akademischen Mittwochgesellschaft angeregt, fand im November 1865 im ,,Zürcherhof" eine liberale Versammlung statt, an welcher Dr. Eugen Escher präsidierte und der junge Stadtforstmeister Ulrich Meister als Aktuar debütierte. Zweck der Zusammenkunft war: Sammlung der liberalen Elemente behufs regerer politischer Betätigung mit Hülfe besserer Unterstützung durch die Presse, eventuell Gründung eines eigenen Organs oder Ankauf der ,,Neuen Zürcher Zeitung".

Ihre ersten praktischen Erfolge bei den Grossrats-, Bezirks- und Nationalratswahlen des Jahres 1866 verdankte die Opposition ohne Frage zu einem guten Teil der Wirkung des ersten Bandes der ,,Freiherren von Regensberg". Im ersten Nationalratswahlkreis triumphierte Zangger über den Nordostbahndirektor Stoll. Das Jahr 1867 brachte die entscheidende Wendung. Die herrschende Partei sah sich ,,zur Zeit" nicht veranlasst, auf die Petitionen für Salzpreisherabsetzung, Errichtung einer Kantonalbank usw. einzutreten. Leute, die von Jugend auf in Watte gewickelt waren und keine Ahnung hatten, was es heisst, für Nahrung und Obdach selber sorgen zu müssen, wiesen es als entwürdigend zurück, dass der Wehrmann seine Ausrüstung, für die das arme Bauernknechtlein den fünften Teil seines Einkommens zu opfern hatte, gratis erhalten und dadurch ,,zum Taglöhner des Staates" erniedrigt werden sollte. Die Sprache der Oppositionspresse wurde heftiger und nahm besonders die ,,Bankverhinderungskommission", die ,,Nasführungskommission" des Grossen Rates, aufs Korn. Es mehrten und erweiterten sich die Vorschläge für eine Änderung der Verfassungsgrundlagen. Kurz und bündig lautete Scheuchzers Programm: ,,Initiative und Referendum für das Volk! Mittel dazu: Volksversammlungen, 10,000 Unterschriften und Verfassungsrat, und zwar lieber heute als morgen!" Ein ausführ-

licheres Programm veröffentlichte der „Landbote"; überdies verfasste Bleuler eine vorzügliche kleine Agitationsbroschüre unter dem Titel „Warum?" — „Wir wollen also sondieren," schrieb er am 15. November, „und wenn wir den Boden gut finden: Vorwärts in geschlossenen Kolonnen! Feuer auf der ganzen Linie!" Am 18. November, nachdem Tags zuvor die erste Lochersche Schützenhausversammlung stattgefunden, versammelte sich der Grosse Rat, und auf den Abend lud Regierungsrat Dr. Suter die liberalen Grossräte zu einer Besprechung in den „Zürcherhof" ein. Die Versammlung bestellte ein Abwehrkomitee von 17 Mitgliedern; aber es blieb natürlich im gegnerischen Lager nicht unbemerkt, dass nun hier von der Wünschbarkeit eines „gesunden Fortschrittes" und von der Bereitwilligkeit, notwendige Reformen durchzuführen, gesprochen wurde, nachdem man bisher alle und jede Reformbedürftigkeit des Staatsorganismus schlankweg bestritten hatte.

Der Ustertag (22. November 1867) zeigte nach langer Dürre ein kräftiges Wiedererwachen des politischen Lebens. Von der Feier in Uster schrieb Grunholzer: „Sie war eine der schönsten seit langer Zeit, ganz getragen vom reinen Geiste des wirklichen Tages von Uster, mit grosser Entschiedenheit dem demokratischen Fortschritt geweiht, aber auch ebenso entschieden in der Zurückweisung aller unlautern Mittel." Während aber in Uster unter Grunholzers zurückhaltender Leitung eine Resolution nicht gefasst und eine Abstimmung nicht vorgenommen wurde, gestaltete sich der Ustertag an verschiedenen andern Orten zu einer entschiedenen Stellungnahme für oder gegen die Revisionsbewegung. Auf der „Platte" in Fluntern versammelten sich die Gouvernementalen; Redner waren u. a. die Regierungsräte Treichler, Suter und Hagenbuch, Grundton der Toaste: Das System ist kein Sumpf, seine herrlichen Schöpfungen sind keine Sumpfblüten! — Im „Ochsen" am Kreuzplatz kamen Vertreter beider Richtungen zum Wort, als Fortschrittsmann insbesondere Dr. med. Frei. Pfarrer Spyri tat den für gewisse „prinzipiell" fortschrittlich gesinnte, „zurzeit" aber allemal konservative Liberale charakteristischen Ausspruch: Am Tage von Uster habe es sich um die heiligsten Güter gehandelt, jetzt aber nur um formale Fragen, in denen er das Glück des Volkes nicht erblicken könne. — Im Schützenhaus

haranguierte Dr. Friedrich Locher die Menge; der „Dilettanten-Musikverein", den der Dilettanten-Politiker auch aufgeboten hatte, vermochte nicht einmal in den überfüllten Saal einzudringen. Literat Honegger donnerte gegen das „Haus mit den vier Türmen" (Bahnhof, Residenz Alfred Eschers). — Winterthur hatte eine glänzende Kasinoversammlung; „Millionär und Arbeiter sassen einträchtig nebeneinander"; jubelnd wurde das Programm des „Landboten" angenommen, das in erster Linie Sammlung der 10,000 Unterschriften und Herbeiführung der Revision mit allen gesetzlichen Mitteln verlangte. Die Versammlung des neugegründeten liberalen Vereins unter Oberst Fenner stach gegen das Kasino sehr ab. — Im „Kopf" zu Bülach klopften die Systemsgrössen ihren Jass, unbekümmert um die grosse Versammlung im „Kreuz", wo für Referendum und Initiative demonstriert und „die Sonne und der Tag von Uster" gepriesen wurden. — Hinwil proklamierte: Vorwärts, aber gegen das Pamphlet! — In Horgen brachten Dr. J. Ryf und Widmer-Hüni, beide sonst eher zur Opposition neigend, aber jetzt regierungstreu, ein Pereat auf das „System der Verleumdung" aus. — Alle Grossen von Wald suchten durch das Gewicht ihrer Anwesenheit die dortige Versammlung zu einer Kundgebung für die Regierung zu bestimmen; allein das von Pfarrer Menzi vorgeschlagene Zutrauensvotum wurde mit allen gegen 5—7 Stimmen abgelehnt. — Die einzige Ergebenheitsadresse für das „System" kam aus Stäfa, was in anbetracht der von jener Gemeinde gepflegten revolutionären Erinnerungen in Regierungskreisen besondere Genugtuung erweckte. Die Resolution von Stäfa wendet sich gegen das „wühlerische Treiben einer sogenannten demokratischen Partei", spricht im allgemeinen die Zufriedenheit mit den staatlichen Zuständen aus und verlangt Abhilfe, wo solche nötig, mit andern als verwerflichen Mitteln.

Über den Stand der Bewegung hatte der Ustertag 1867 hoffnungsreiche Abklärung gebracht. Die von 34 Mann besuchte Delegiertenversammlung der Demokraten im alten Schützenhaus am 26. November bestellte ein Zentralkomitee von 15 Mitgliedern und nahm neben der Unterschriftensammlung die Anberaumung von Volksversammlungen in Aussicht. Grunholzer, ein entschiedener Gegner dieser Veranstaltung, trennte sich hier von der

Bewegung und lehnte eine Wahl ins Komitee ab. Aber auch Bleuler-Hausheer war vom Gelingen der Volksversammlungen noch keineswegs überzeugt und wurde von den Ereignissen fast wider Willen vorwärtsgetrieben. Nach dem Erscheinen des dritten Teils der „Freiherren“ schrieb er: „Locher hat wieder einen Salto mortale gemacht, und jetzt müssen wir entweder absatteln oder alles wagen, allenfalls auch das, dass man mit Locher abrechnet und seinen Zürchern überlässt, zu marschieren oder nicht. Meine Stellung in diesem Spiel ist nicht rosig.“ Aber noch viel weniger rosig sah es auf der liberalen Seite aus. „Am 29. November versammelte der Präsident (Hans Roth von Hirslanden) die Delegierten aus allen Bezirken in Zürich, um die Stellung der einzelnen Landesteile kennen zu lernen. Das Bild, das sich aus den einzelnen Berichterstattungen entrollte, war trostlos. Die Bezirke Winterthur, Hinwil, Uster, Pfäffikon und Bülach, mithin die Hälfte des Kantons, waren für die Regierungspartei so gut wie verloren. Wo noch, wie in Zürich und Winterthur, Versammlungen stattfanden und die Bezirksorganisation an die Hand genommen wurde, machte man bald die Erfahrung, dass man jede Fühlung mit dem Volke verloren hatte. Männer, die sich früher einer gewissen Volkstümlichkeit erfreuten, entbehrten gleichsam über Nacht jedes Einflusses auf die Massen.“ (Koller).

Vom 8. Dezember 1867 ist das Manifest der Demokraten datiert, das — von Sieber verfasst — in seiner Leitartikelbreite und trockenen Lehrhaftigkeit alles andere eher war als ein „zündender Aufruf“ und doch als solcher wirkte. Von dem unveräusserlichen Recht freier Männer, unter freiem Himmel zu tagen und die Landesangelegenheiten zu besprechen, erklärten die fünfzehn Unterzeichner Gebrauch machen zu wollen, indem sie das Volk zur Landsgemeinde aufboten, die am Sonntag den 15. Dezember, nachmittags punkt 1 Uhr, in Zürich, Uster, Winterthur und Bülach stattfinden werde. Eine Revision der kantonalen Verfassung sollte verlangt werden, da das reine Repräsentativsystem der dreissiger Verfassung überwunden sei und der Satz: „alles für das Volk“ ergänzt werden müsse durch den ebenso berechtigten: „alles durch das Volk“. Die Unterzeichner protestierten gegen die Herabwürdigung des Zürchervolkes, welche darin liege, dass man es für unfähig erkläre, den wahren Fortschritt zu er-

kennen und dafür Opfer zu bringen. „Wir erblicken in dieser falschen Beurteilung des Zürcher Volkes den hauptsächlichsten Keim der gegenwärtigen Bewegung!" Unter den aufzustellenden Forderungen nennt das Programm des Manifests in erster Linie: „Schwächung des Einflusses der Regierungsgewalt, der Beamten- und Geldherrschaft auf die Gesetzgebung durch Erweiterung der Volksrechte. Zu diesem Ende: das Recht, den Grossen Rat abzuberufen, oder die zweijährige Amtsdauer. Das Referendum, d. h. das Recht der Gemeinden, über die Gesetze abzustimmen. Das Initiativ-Recht, wonach 5000 Bürger eine Gesetzesvorlage machen können und der Grosse Rat alsdann gehalten ist, sie in Erwägung zu ziehen." Ebenfalls am 8. Dezember erschien, aus der Feder von Regierungsrat Dr. Suter, „Ein offenes Wort an das Zürcher Volk", von 46 Liberalen unterzeichnet. Auch diese Kundgebung, welche die von einer Schmähschrift ihren Ausgang nehmende Bewegung und das Begehren nach Verfassungsrevision ablehnte, kargte mit Versprechungen nicht und sprach von gründlicher und entschiedener Anhandnahme zeitgemässer Reformen, Fortschritt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, „aber Fortschritt mit Überlegung und Fortschritt mit Gebrauch ehrenhafter Mittel". Die Liberalen „setzen das volle Vertrauen in den gesunden Sinn unseres Volkes" und sind auch überzeugt, „dass unsere obersten Staatsbehörden nichts versäumen werden, um berechtigten Volkswünschen möglichst baldigen Durchbruch zu verschaffen".

Als am Sonntag morgen, den 15. Dezember, ein Unwetter erster Güte um die Häuser pfiff und der Regen an die Scheiben klatschte, telegraphierte Oberst Rieter in Winterthur an Alfred Escher in Bern die unsterblichen Worte, die auch an dieser Stelle nicht fehlen dürfen:

„Der Himmel ist voll Sympathie,
„Es schneit und regnet wie noch nie!"

Von der Versammlung auf dem neuen Exerzierplatz beim Zeughaus in Zürich erzählt Greulich: „Es schneite, regnete und stürmte derart, dass nur ein bedenklich kleines Häuflein sich beim damaligen Salzhaus, an der heutigen Theaterstrasse, einfand. Es war eine kleine Musik dabei. Der Grütliverein war mit der Fahne erschienen, und dann sah man noch einige Helveterstudenten mit

roten Mützen. Die Situation war so bedenklich, dass Karl Bürkli abstimmen liess, ob wir bei diesem Sauwetter überhaupt eine Versammlung abhalten wollten. Begeistert schrien die Anwesenden, es müsse marschiert werden, und so zog man denn der Limmat entlang hinunter. Aber jetzt strömten die Menschen aus den Gässlein des Niederdorfs nur so herunter. Beim alten Schützenhaus wurden Katzenköpfe losgelassen, und als der Zug beim Zeughaus ankam — die Kaserne stand damals noch nicht — da waren mindestens 6000 Mann beisammen." Nun in Sturm und Graus neue Beratung der Führer, ob man anfangen wolle, und Anfrage an das Volk. „Eintreten! Wir halten aus!" war die Antwort. Kommandant Karl Walder eröffnete die Tagung. In seinem Militärmantel und verwitterten Scheitel machte er nicht übel Figur. Nach der Gastrolle Friedrich Lochers und einer Rede von Dr. Honegger sprach Karl Bürkli: Solches Wetter wie heute sei es gewesen, als die Zürcher vor 400 Jahren zur Murtenschlacht auszogen. „Nun stehn wir auch im Kampf, durchnässt bis auf die Haut, und hoffen unsern Herzog, den Prinzeps, zu schlagen. Wir können den neuen Exerzierplatz nicht besser einweihen, als indem wir einmal mit dem System gründlich und im Feuer exerzieren. Das System ist wie die Cholera, nicht mit Händen zu greifen, aber man spürt es in allen Gliedern. Schon lange sagt der Volksmund, die Kantonsräte ab dem Lande müssen zuerst im Bahnhof unten, wo die Regierung Nr. 1 thront, ja sagen, und dann im Rathaus, wo die Regierung Nr. 2 vom System noch geduldet wird, noch einmal ja!" — Das Programm wurde einstimmig angenommen und dann bei einer Nachfeier im Schützenhaus gehörig „verschwellt".

In Winterthur war Bleuler-Hausheer Tagespräsident. Ausser ihm sprachen Lehrer Fluck, Nationalrat Fehr, Stadtschreiber Ziegler, Kantonsrat Elias Süsstrunk, „Salz-Elias" genannt wegen seines Eifers um die Salzpreisherabsetzung. — Bülach war der einzige Ort, wo die Landsgemeinde im geschlossenen Raum, in der Kirche, stattfand. Die Rafzer waren besonders zahlreich aufgezogen; von ihren Wagen trug jeder eine besondere Inschrift: „Referendum", „Staatsbank" usw. Der bewegliche Scheuchzer, der das Volk wie nicht bald einer kannte und zu behandeln wusste, betonte auch hier wieder als Hauptsache Referendum und Initiative.

Als die Abschaffung der Todesstrafe besprochen wurde, liess eine Grabesstimme sich vernehmen: „Wer Menschenblut vergiesst, dess' Blut soll wieder vergossen werden!" Prompt replizierte ein bibelfester Neuerer: „Geht uns nichts an! Das steht im Alten Testament!"

Den kühnen Griff in die Sterne, aus denen von Zeit zu Zeit die ewigen Menschenrechte wieder heruntergeholt werden müssen, tat Rudolf Zangger in Uster, das wohl die stärkste Versammlung, auf dem geweihten Boden des Zimiker, sah. Zangger schilderte, manches übertreibend, die herrschenden Zustände; „alle unsre Gerechtigkeit ist wie ein unflätig Kleid," sagte er zur Justiz im Kanton Zürich. Mit Emphase wies er, wie andere Landsgemeinderedner, das den Bewegungsmännern vorgehaltene Streben nach einem Sessel zurück, „und von euch — hier Versammelte," fuhr er fort, „vom ganzen Volke behaupten eure Gegner, ihr verstehet noch nicht, eure Interessen selbst zu wahren (stürmisches Hohngelächter). Die Vormundschaft müsse noch länger andauern, als wären 37 Jahre der Bildung spurlos an euch vorübergegangen (Stimme aus dem Volk: ‚me cha's ja emal probiere!')". Nicht weniger Beifall ernteten Sieber, sowie Keller von Fischental in seinem gemütlichen Zürichdeutsch. Am Bankett, das nach der Landsgemeinde improvisiert wurde, brachte Salomon Vögelin sein Hoch den Männern, die vom Feuer des Tages von Uster durchglüht, trotz Sturm und Unwetter nach Uster gekommen waren, „und 5000 Stimmen, abgegeben in Sturm und Unwetter, wiegen mehr als 10,000 Stimmen im Sonnenschein!"

Der „Landbote" schätzte die Gesamtbeteiligung an den vier Landsgemeinden auf rund 20,000 Mann. Die „Neue Zürcher Zeitung" hatte anfänglich an den Zahlen zu markten versucht, musste es aber bald aufgeben. Klüger schrieb die „Freitagszeitung": „Die Versammlungen sind nun einmal nicht misslungen, und über etwas Mehr oder etwas Weniger hinsichtlich ihrer Bedeutsamkeit ist es unnütz, viele Worte zu verlieren. Ihr Zweck, die Petitionen und das Programm zu unterstützen, ist erreicht." Die „St. Galler Zeitung" aber urteilte: „Dieser Tag darf ohne Übertreibung ein zweiter Tag von Uster genannt werden. Er wird für die Geschicke des Kantons und für die Erringung der Volksrechte in der ganzen Schweiz von der grössten Bedeutung sein."

Am Tage vor Weihnachten präsentierten sich vor dem Grossratspräsidenten Regierungsrat Treichler drei seiner alten Konsumvereinsfreunde: Karl Bürkli, Schneider Krebser und Schuster Boli. Sie waren mit Paketen beschwert, welche die ersten 19,410 Unterschriften für eine Verfassungsrevision enthielten, und Bürkli sagte bloss: „Do bringet mer der Regierig 's gut Jahr!" Insgesamt gingen 449 Eingaben mit 26,349 Unterschriften ein, und die Regierung ordnete die Volksabstimmung auf den 26. Januar 1868 an. Dem Volksentscheid ging eine lebhafte Agitation von beiden Seiten voraus, und vielfach spitzte der Kampf sich persönlich zu. Dem Stadtrat Dr. Römer wurde es von seinen liberalen Freunden verübelt, dass er noch immer mit seinem demokratischen Kollegen Schnurrenberger verkehrte, und er war genötigt, durch die „Freitagszeitung" erklären zu lassen, diese Freundschaft habe mit Politik nichts zu tun und beruhe darauf, dass er und Kollege Schnurrenberger während der Cholerazeit Tag und Nacht treue Waffengefährten waren. Handwerker, welche die Kühnheit hatten, etwa eine Schützenhausversammlung zu besuchen, wurden von liberalen Kunden mit der Aufforderung, die Rechnung zu schicken, bestraft. Das „System" stellte sich auf den Standpunkt der reinen Negation und empfahl Verwerfung der Hauptfrage (Verfassungsrevision) und der Nebenfrage (Revision durch einen Verfassungsrat). Nur die zweite, eventuelle Nebenfrage, Revision durch den Grossen Rat, sollte bejaht werden. Immer dringlicher, immer ängstlicher und erregter klang der Unterton in allen Zeitungsartikeln, Broschüren und Flugblättern: Ist es denn möglich, ihr wolltet den Pamphletären nachlaufen, den Zangger, Locher, Bleuler mehr Vertrauen schenken als uns! Ihr wolltet euch getrauen, die Regierung selber in die Hand zu nehmen? Und die Antwort des Volkes: fünfzigtausendmal Ja! Bei einer Beteiligung von 90% der Stimmberechtigten (59,125 von 65,382) wurden am 26. Januar 1868 abgegeben für die Verfassungsrevision 50,786 Ja und nur 7374 Nein. Mit 47,864 gegen 10,060 Stimmen wurde die Revision einem Verfassungsrat übertragen. Und auch die Stadt Zürich befand sich unter den annehmenden Gemeinden; sie stimmte mit 2109 gegen 1361 Stimmen der Revision, mit 1966 gegen 1502 Stimmen dem Verfassungsrat zu! Im ganzen Kanton hatten überhaupt nur zwei Gemeinden die Revision ver-

worfen: neben dem gründlich vergrämten Regensberg noch Boppelsen.

Mit vollem Rechte durfte nach einer solchen Abstimmung der „Landbote" schreiben: „Das Volk hat gesprochen, das ganze Volk hat gesprochen!" Auch die „Neue Zürcher Zeitung" machte sich keine Illusionen mehr; man wolle im Kanton Zürich etwas Neues. Die „St. Galler Zeitung" schrieb: „Vor diesem einmütigen Volksspruch verstummt jede Markterei und kleinliche Deutelei, verstummt das Geschrei über Demagogentum, Pamphletisterpartei usw. Es ist keine Partei, die hier spricht, es ist das Volk in seiner ganzen Grösse, es ist die Seele der Republik, mit aller Kraft ihrer Intelligenz, mit aller Menschenwürde, die sie besitzt." In der „Sonntagspost" urteilte Grunholzer: „Das Resultat ist weniger eine Desavouierung der bisherigen Regenten, als eine Verurteilung des absoluten Repräsentativsystems. Die grössere Beteiligung des Volkes am aktiven Staatsleben ist das Losungswort der Zeit geworden. Der Souverän hat gesprochen; sein Wille geschehe." Bei der Eröffnung des Grossen Rates am 10. Februar sprach Alfred Escher als Präsident die Überzeugung aus, dass schon eine nähere, ruhig prüfende Zukunft, vollends aber die unparteiische Geschichte die Frage, ob der Kanton Zürich in den beiden letzten Dezennien sich auf der Bahn des Fortschrittes in geistiger und materieller Hinsicht bewegt habe, auf eine Weise beantworten werde, welche denen, in deren Händen sich die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten bis anhin befunden habe, kaum zum Vorwurf gereichen dürfte.

Der Klagerückzug Ulmers (s. oben pag. 13) vollendete die Niederlage des „Systems", weckte aber zugleich in seinen tüchtigen und ehrenwerten Anhängern den entschlossenen Mut, sich kräftig wieder aufzuraffen, neu zu organisieren und auf die kommenden Verfassungsratswahlen hin den Kampf mit aller Energie wieder aufzunehmen, um auf die Gestaltung der neuen Verfassung den grösstmöglichen Einfluss zu gewinnen. In der Stadt diente zunächst der „Politische Gemeindeverein" den Liberalen zur Sammlung. Er war am 13. April 1866 als „Stadtverein" unter dem Präsidium von Stadtschreiber Dr. Eugen Escher gegründet worden, nachdem das neue Gemeindeorganisationsgesetz vom 15. Oktober 1865 die Niedergelassenen gemeinsam mit den Bürgern

zur Führung des Gemeinwesens berufen hatte. Im ,,Stadtverein" sollten Bürger und Niedergelassene zur freien Aussprache der Gemeindeangelegenheiten sich zusammenfinden. Die Revisionsbewegung sprengte den Stadtverein, aus dem die demokratischen Mitglieder ausschieden; die Zurückbleibenden konstituierten sich als ,,Politischer Gemeindeverein", und im Schosse des letztern wurde der schon seit längerer Zeit bestehende Wunsch, die ,,Neue Zürcher Zeitung" für die liberale Sache zu erwerben, zur Reife gebracht. Eine Abordnung des Gemeindevereins ersuchte Dr. Eugen Escher, die Redaktion und geschäftliche Leitung der ,,Neuen Zürcher Zeitung" zu übernehmen; als Mitarbeiter hatte er ihr schon seit Jahren angehört. Der Kaufvertrag mit Orell Füssli, den bisherigen Besitzern der ,,Neuen Zürcher Zeitung", kam zustande, Eugen Escher sagte am 17. Februar 1868 zu, und am 6. März 1868 konstituierte sich die Aktiengesellschaft der ,,Neuen Zürcher Zeitung".

Die Wahlen in den Verfassungsrat am 8., 22. und 29. März 1868 brachten den Demokraten die grosse Mehrheit. Von 222 Verfassungsräten zählte man 147 demokratische und 75 liberale. In der Stadt entstieg als erster der Urne Dr. Eugen Escher; dann aber folgten unmittelbar Zangger, Schnurrenberger und Georg v. Wyss. Es ist nicht ohne Interesse, bei dieser Gelegenheit die Stellung der Konservativen zur Revisionsbewegung kennen zu lernen. Dass Georg v. Wyss von Alfred Escher schlecht behandelt worden war, haben wir bereits erfahren. Nicht besser erging es seinem Bruder Friedrich, dessen Grossratskandidatur schon 1866 von Alfred und Eugen Escher bekämpft worden war wegen seiner Mitgliedschaft im Vorstand der Evangelischen Gesellschaft, während das ,,System" einen Ulmer ohne Beschwerde ertrug. Die Brüder Georg und Friedrich v. Wyss waren hochachtbare Vertreter einer wahrhaft vornehmen konservativen Richtung, die bei aller Verehrung für das gute Alte doch oft genug für das notwendige Neue ein rascheres Verständnis und namentlich eine grössere Opferbereitschaft an den Tag legte als der Durchschnittsliberalismus. Die Wünschbarkeit des fakultativen Referendums war von den Konservativen längst eingesehen worden, als die ganze liberale Partei noch dagegen kämpfte. Die amtliche Inventarisation in allen Todesfällen, manchen Liberalen ein Greuel, wurde von den

Brüdern Georg und Friedrich v. Wyss rückhaltlos befürwortet. Charakteristisch ist folgende Äusserung von Friedrich v. Wyss aus dem Jahre 1869: „Mit unsern beiden (jetzt besonders einflussreichen) Ziegler — Regierungsrat G. Ziegler und Stadtschreiber Th. Ziegler — so grob sie sind, möchte ich noch lieber verkehren als mit Alfred Escher; es ist doch offener Sinn und Verständnis da, nicht diese höchst selbstgefällige, abgeschlossene, gescheite und doch bornierte Weisheit. Der sogenannte liberale Schnürleib, den wir so manches Jahr getragen, ist zersprungen, und nun läuft alles durcheinander, Rohes und Gemeines sehr gewöhnlich obenauf, aber doch auch noch anderes, dem nur die rechte Sprache und die rechten Organe fehlen. Wer die Gabe hätte, den rechten tiefen Volkston zu treffen, könnte jetzt mehr Einfluss haben als früher ... Man muss freilich lernen, Opfer auf sich zu nehmen und mit dem Verzicht auf privilegierte Stellungen, Vorteile und Genüsse mehr Ernst zu machen als früher, sonst bleibt alles ohne Wirkung."

Dass die Brüder v. Wyss und ihre nähern Freunde und Gesinnungsgenossen keine Veranlassung hatten, dem „System" in seinem Existenzkampf mit besonderer Wärme und Hingabe beizustehen, leuchtet ein; ihre Haltung der kühlen Neutralität war gegeben. Um so lebhafter scheinen sich weitere Kreise von Konservativen, Vertrauensleute der sogenannten „Stillen im Lande", am Kampf um den Verfassungsrat und die neue Verfassung beteiligt zu haben. Die Taktik dieser unsichtbaren, aber einflussreichen Partei erregte ebensowohl Bewunderung als Unwillen. Ihre Operationen erfolgten von guter Deckung aus. Die Wahllisten dieser Richtung für den ganzen Kanton in dem schon erwähnten Aufruf „Zur Sammlung" waren die einzigen, welche anonym erschienen. Und ihre Bemühungen waren nicht vergeblich. Der Biograph Grunholzers konstatiert, dass die konservativ-pietistische Liste, die geschickt zwischen demokratischen und liberalen Namen ihre Kandidaten einstreute, in mehreren Wahlkreisen ganz überraschende Erfolge errang. Die „Freitagszeitung" glaubte zum Aufsehen mahnen zu sollen: „Es scheint sich zu bestätigen, dass nach dem Kampfe zwischen den Liberalen und den Demokraten die Frommen auf das Schlachtfeld der Erschöpften treten und das Kreuz des Glaubens wieder wie 1839 auf demselben aufpflanzen könnten." Jedenfalls konnte man es auf dieser Seite

nicht gut vertragen, dass manche Herren vom „System“ sich aus den Frommen nichts machten, weshalb sie dann in den religiösen Blättern als solche hingestellt wurden, die „den Herrn und sein Wort nicht achten“ und über die nun ein „gerechtes Gericht Gottes“ hereingebrochen sei. Allerdings war es auch mit der Frömmigkeit der Demokraten nicht gerade weit her. Beide Parteien, las man deshalb irgendwo, gehen in nichts einig, als in der gleichmässigen Verwerfung des Evangeliums, und keine von beiden könne deshalb für die tiefern Bedürfnisse der untern Volksklassen Befriedigung gewähren. Doch scheint mit der Zeit die Hinneigung auf die demokratische Seite die Oberhand gewonnen zu haben. Das hatte insbesondere die in ihrer Mehrheit systemstreue Geistlichkeitssynode verschuldet, welche ein neues Kirchenbuch mit einigen, den Frommen missfallenden Gebeten eingeführt hatte, was einen bekannten Wortführer der „Stillen im Lande“ zu folgender öffentlicher Erklärung veranlasste: „Meine Stellung ist noch bewusster und sicherer geworden durch den unglücklichen Sieg des Systems in der sogenannten Geistlichkeitssynode, welcher Belial als gleichberechtigt mit Christus in unsern Kirchen und Schulen erklärt hat. Hoffentlich ist es jetzt keinem Gläubigen mehr zweifelhaft, ob er sich auf Seite eines solchen Systems oder auf die der vollen Volksfreiheit zu stellen habe.“

Die Beratungen des Verfassungsrates, der sich am 4. Mai 1868 konstituierte — mit Dr. J. J. Sulzer als Vorsitzendem, Ludwig Forrer und Gottfried Keller als Sekretären — zogen sich hinaus bis zum 31. März 1869, an welchem Tage die neue Verfassung mit 164 Ja gegen 56 Nein bei 13 Enthaltungen angenommen wurde. Unter den Annehmenden befanden sich nur zwei Liberale: Abegg von Küsnacht und Pfarrer Wolff von Weiningen. Die Verfassung brachte als Hauptneuerungen: Volkswahl der Regierungs- und Ständeräte, obligatorisches Finanzreferendum, Gesetzes-Initiative, Kantonalbankartikel, Abschaffung der Todes- und Kettenstrafe. Die Volksabstimmung vom 18. April 1869 beendete einen Kampf der Meinungen, der an Hitze und Leidenschaft nicht mehr zu überbieten war. Von beiden Seiten wurde das gröbste Geschütz aufgefahren. Dr. Friedrich Locher, der extra von Bern herkam, um sein Nein abzugeben, hatte „Die neuesten Freiherren“ ins Volk geworfen, für welche die „Freitagszeitung“ gewaltig Reklame

machte. Das Buch wurde in 12,000 Exemplaren gedruckt und als Agitationsschrift gegen die Verfassung massenhaft verbreitet; Unbemittelte konnten es gratis beziehen. Es ist eine hauptsächlich auf Zangger und einige andere Demokratenführer gemünzte Schandschrift unbeschreiblich ekelhaften Inhalts. Und nicht genug damit, dass sich diese Kloake — in Form von „Wehr“ und „Widerwehr“ Beteiligter — Wochen lang, das Land verpestend, durch die Spalten der „Freitagszeitung“ ergoss: dieser Greuel wurde auch noch dramatisiert und unter dem Titel „Die Braut von Zürich“, abwechselnd mit der Lokalposse „Zürich, wie es weint und lacht“, im Sommertheater zum „Weissen Kreuz“ in Unterstrass öffentlich aufgeführt! Die Art und Weise, wie man sich nun liberalerseits Lochers und seines scheusslichsten Werkes gegen die Demokraten bediente, wog die anfängliche Verbindung der Demokraten mit dem Pamphletär reichlich auf. Man hatte sich in dieser Hinsicht gegenseitig nun wirklich nichts mehr vorzuwerfen. Im übrigen waren Fritz Bürkli und seine „Freitagszeitung“ in diesem Kampf wieder einmal ganz auf der Höhe. Er setzte Himmel und Hölle gegen die neue Verfassung in Bewegung. Den sozialistischen Kladderadatsch (ohne freilich das Wort selbst schon zu kennen), den Untergang der alten Eidgenossenschaft malte er gruselich an die Wand. Über so viel Register wie der Zeitungsschreiber an der Schipfe verfügte die „Neue Zürcher Zeitung“ nicht, aber massiv werden konnte sie auch. Noch an den beiden letzten Tagen sprach sie von Karrikaturen von Volksrechten, barem Unsinn, Verschleuderung der Staatsmittel, Ruin und Vernichtung des bisher so glücklichen Staatslebens. „Mit Nein sichern wir uns die Ruhe gegen die permanente Wühlerei, die Unsicherheit aller Gesetze und die Wucherpflanzen der Demagogie; mit Ja organisieren wir die permanente Demagogie in noch nirgends gesehener Form.“

Wenn aber alle Stricke reissen, dann schwingt man sich noch blitzgeschwind auf den Boden des Gegners hinüber und sucht ihn mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Plötzlich erhob sich bei den Liberalen die laute und resolute Forderung, es sei über die Verfassung artikelweise abzustimmen. Nicht einmal, sondern fünfundsechzigmal, zu jedem einzelnen Artikel, habe das Volk Ja oder Nein zu schreiben. Im Namen der Demokratie, im Namen

des Volks und seiner geheiligten Rechte wurde das verlangt, und es war „schändlicher Volksbetrug, Fälschung der Volksrechte, Verrat an der Demokratie“, als der Verfassungsrat trotz allem Abstimmung in globo beschloss! Immerhin waren alle diese verzweifelten Anstrengungen nicht nutzlos und die Abstimmung vom 18. April 1869 bot schon ein wesentlich anderes Bild als diejenige vom 26. Januar 1868, was sich aber ganz natürlich auch daraus erklärt, dass einzelne Bestimmungen der neuen Verfassung ihr zahlreiche Gegner schufen, die den Grundsatz der Verfassungsänderung selbst unbedenklich bejaht hatten. Die neue Verfassung wurde bei einer Beteiligung von 91% (58,896 Votanten von 64,737 Stimmberechtigten) mit 35,458 Ja gegen 22,366 Nein angenommen. Von den 11 Bezirken verwarfen vier: Zürich, Affoltern, Horgen und Meilen; die „Neue Zürcher Zeitung“ nannte sie die „intelligenten Bezirke“. Die Stadt Zürich lehnte die Verfassung ab mit 1983 Nein gegen 937 Ja.

Am 26. April 1869 trat der Verfassungsrat nochmals zur Erwahrung der Abstimmungsergebnisse zusammen. „Mit diesem Tage“, schreibt Scheuchzer, „waren sämtliche Zwanzigjährige volljährig und die seit zehn Jahren Falliierten stimmberechtigt. Die Ketten der Sträflinge fielen, der Henker überlieferte das blutige Schwert dem Altertümler; die Tore des Schuldturms öffneten sich für immer.“ Der „Landbote“ pries die neue Verfassung als den ersten konsequenten Versuch, die Idee der reinen Volksherrschaft in einer den modernen Kulturverhältnissen entsprechenden Form durchzuführen und die ehrwürdige, aber schwerfällige und nur für kleine Verhältnisse geeignete Landsgemeinde durch eine Einrichtung zu ersetzen, deren Eckstein die Abstimmung durch die Urne in den Gemeinden ist. Der „Freie Rhätier“ schrieb: „Die Schweiz ist damit für die Selbstregierung des Volkes erobert und wird hiefür in noch wirksamerer Weise als bisher den Samen republikanischer Ideen auch in die übrigen Völker ausstreuen.“

Und was ist aus allen den düstern Prophezeiungen geworden, die man an die neue Verfassung knüpfte? Sie haben sich nicht erfüllt. Der Kanton Zürich hat mit der direkten Volksgesetzgebung im grossen und ganzen gute Erfahrungen gemacht, und am überzeugendsten in dieser Hinsicht muss die unbestreitbare

Tatsache wirken, dass eine Änderung heute nicht etwa im Sinne ihrer Abschaffung, sondern nur ihrer Erleichterung denkbar wäre. Zwar hat sich Karl Bürkli getäuscht, als er in der direkten Gesetzgebung das Hauptwerkzeug zur allgemeinen Lösung der sozialen Frage erblickte. Georg v. Wyss behielt recht, der das Referendum als eine konservative Einrichtung bezeichnete. Schon die Vorliebe der Konservativen gerade für dieses Instrument der Volksherrschaft bestätigt diese Annahme, und wie oft musste man die schmerzliche Erfahrung machen, dass es leichter ist, ein Parlament als ein ganzes Volk von der Notwendigkeit und Nützlichkeit eines politischen oder sozialen Fortschrittes zu überzeugen! Gleichwohl darf das Referendum nicht als kultur- und fortschrittsfeindlich betrachtet werden; nur rund ein Viertel der Gesetzesvorlagen sind ihm bisher zum Opfer gefallen. Und andrerseits hat sich die Initiative bei weitem nicht in dem gefürchteten Masse als umstürzlerisch erwiesen: das Volk verwirft drei Viertel aller Initiativvorschläge. Das Volk des Kantons Zürich ist im Grund des Herzens konservativ, viel konservativer als man denkt, und könnte noch ein bedeutend grösseres Mass von Volksrechten vertragen, ohne deswegen die Selbstbesinnung und den vernünftigen Gebrauch seiner Freiheit einzubüssen. Der vieljährige Chef der kantonalen liberalen Partei, Oberst Ulrich Meister, hat sich als Alterspräsident des Kantonsrats am 25. Mai 1914 folgendermassen über seine persönlichen Erfahrungen ausgesprochen:

„Ehedem ein eifriger und rühriger Gegner der Verfassung von 1869 und ein überzeugter Verfechter des Repräsentativsystems, muss ich heute unumwunden erklären: Die Befürchtungen, die dazumal meine oppositionelle Stellung gegenüber der reinen Demokratie bedingten, sind durch den Gang der Ereignisse zum Glück nicht bestätigt worden. In einer längern Dauer, als irgend einer frühern Verfassungsperiode des 19. Jahrhunderts beschieden war, ist die so hartnäckig bekämpfte Verfassung zu fruchtbringender Wirkung gelangt. Die Organisation der neu eingeführten Volksrechte, Referendum, Initiative und Wahl der Regierung durch das Volk, hat sich zwar nicht als schlechthin vollkommene Einrichtung erwiesen, aber sie hat den Kanton Zürich vorwärts gebracht und den politischen Sinn des Zürcher Volkes erweitert. Neue, von den Ideen des Jahres 1869 zum Teil

abweichende Zeitströmungen, deren umgestaltende Kraft in wirtschaftlicher und sozialer Richtung sich vielfach heute schon nachdrücklich bemerkbar macht, erhielten freie Bahn und finden zugleich weise Einschränkung durch den in Art. 1 der Verfassung niedergelegten Grundsatz: „Die Staatsgewalt beruht auf der Gesamtheit des Volkes.“ Die elementare Krisis, die zurzeit die Völker auf dem weiten Erdenrund in Bewegung hält, wird sich im Kanton Zürich wegen der demokratischen Grundlage seines Staatswesens ohne eruptive Erscheinungen vollziehen und lösen lassen. Dabei sehe ich voraus, dass einerseits viele zu einer vorurteilsloseren Beurteilung berechtigter Neuerungen gelangen, und dass anderseits bei denen, welche diese Neuerungen im Sturmschritt verwirklichen möchten, eine wirklich demokratische Auffassung sich durchringe. Die Mehrheit des Volkes, die in der Demokratie entscheidet, lässt sich nur für ausgereifte Ideen begeistern. Das ist eine geschichtliche Erfahrung, die man nie vergessen und stets beherzigen sollte.“

◆◆

ACHTUNDZWANZIGSTES KAPITEL

DIE HERRSCHAFT DER DEMOKRATEN

Zürich hatte für einige Jahre die politische Führung im Kanton an Winterthur abzutreten. Es war keine glückliche Zeit für unsern Staat, und die reine Demokratie, zur Herrschaft gelangt, musste schweres Lehrgeld bezahlen. Warum? Weil die Männer, die das „System" gestürzt, nun in dieselben Fehler verfielen, die das „System" zu Fall gebracht. Weil sie, die den Grundsatz aufgestellt: „Die Staatsgewalt beruht auf der Gesamtheit des Volkes", vom ersten Tage an gegen diesen Grundsatz sündigten und an Stelle der wahren Demokratie nur wieder ein ausschliessliches Parteiregiment aufzurichten trachteten. Weil sie, die nicht genug die Verquickung von Staatsgeschäften und Eisenbahninteressen bei Alfred Escher hatten tadeln können, sich jetzt Hals über Kopf ebenfalls in die gewagteste Eisenbahngründerei stürzten und Aufgaben übernahmen, denen sie, die Neulinge, in keiner Weise gewachsen waren. Konnte doch in Winterthur die Idee aufkommen und in allem Ernst ins Werk gesetzt werden, eine schweizerische Eisenbahn „Leman-Bodan" zu bauen und diese in einigen Kilometern Entfernung an der Hauptstadt vorbeizuführen, mit dem ausgesprochenen Zweck, Zürich, das wichtigste Verkehrszentrum der Ostschweiz, „abzufahren", es verkehrspolitisch kaltzustellen und dadurch den politischen Einfluss Alfred Eschers und seines Anhangs vollends abzutöten! — Aber ist es denn eigentlich hoffnungslos mit den Menschen und werden sie ewig nichts lernen? Wird auch die Geschichte der reinen Demokratie nur immer dasselbe Schauspiel bald obsiegender, bald unterliegender herrschsüchtiger Streber, ein fortwährendes und eintöniges Auf und Nieder zeigen? Der Schein spricht dafür, aber er trügt und verbirgt dem oberflächlichen Beschauer den gewaltigen Fortschritt, der sich in allen diesen Kämpfen und Niederlagen fast unvermerkt vollzieht und der erst beim Rückblick auf einige Jahrzehnte und beim Vergleich des erreichten und gesicherten Besitzstandes an demokra-



Carl Tocchi

Fröschengraben. 1860

tischen Freiheiten und Rechten mit dem Ausgangspunkt des Kampfes um dieselben klar in die Erscheinung tritt.

Zwar ist ohne weiteres zuzugeben, dass es ein Leichtes wäre, eine Karrikatur der reinen Demokratie auf Grund der Periode demokratischer Alleinherrschaft in den siebziger Jahren zu zeichnen, und es haben sich denn auch die Gegner der Demokratie diese Gelegenheit nicht entgehen lassen. In den Salons und an den Stammtischen wusste man allerhand erbauliche Beispiele aufzuzählen von unwürdigen Erkorenen des Volkes, und an ihnen wurde beflissen demonstriert, „wohin wir kommen mit unserer Demokratie". Und nun gar die mit der Nationalbahn durchgebrachten 30 Millionen, darunter 3 Millionen guter zürcherischer Staatsgelder, musste man da nicht die Frage erwarten: Haben wir es euch nicht gesagt, dass ihr zur Selbstregierung nicht taugt und nur den Staat ruinieren werdet? War es zu verwundern, wenn die „N. Z. Z." (im August 1882) schrieb: „Das sind die Früchte des zur Zeit der Revisionsperiode so warm befürworteten Satzes, dass jede Beschränkung der sogenannten Gemeindefreiheit aufhören müsse und die zürcherischen Gemeinden ohne irgendwelche Kontrolle von oben ihre Verhältnisse ordnen dürfen. Die Geschicke haben sich nun erfüllt .... Welche Idee muss man von der Mehrheit der Stimmberechtigten bekommen, die den ganzen Jammer mitansehen und demungeachtet fortwährend diejenigen auf den Schild erheben und deren volkswirtschaftliche Einsicht beweihrauchen, welche die Urheber und Förderer dieser trostlosen Zustände sind? Wird es nicht jedem allmählich klar, dass solche Zustände nur in Gemeinden möglich sind, wo die am Gemeinwohl zunächst Interessierten und am meisten finanziell Mitgenommenen in der Minderheit sind, dagegen diejenigen zu befehlen haben, die entweder gar nichts oder wenig bezahlen? Ist es nicht Pflicht der Gesetzgebung, solch unnatürlichen Zuständen ein schnelles Ende zu bereiten; oder soll das Krebsübel noch weiter um sich greifen und die Grundlagen des Staates der vollständigen Zersetzung entgegenführen?"

Davon ist soviel richtig, dass die reine Demokratie gerade in ihren jungen Jahren die schwerste Belastungsprobe auszuhalten, die gefährlichsten Kinderkrankheiten durchzumachen hatte. Aber sie ist davongekommen, gesund und stark geworden und — nicht

mehr umzubringen. So sehr es auch gelegentlich einen politischen Streber gelüsten könnte, mit skrupelloser Ausnützung gerade vorhandener reaktionärer Strömungen im Volk seinen Einfluss zu befestigen, es wird keiner wagen, etwa mit einem Vorschlag zu kommen, der hinter die Verfassung von 1869 zurückginge und die Volkswahl der Regierung, Referendum und Initiative wieder abschaffen wollte. Die antidemokratische Taktik der Gegenwart, an der sich auch gesättigte und nichts mehr wünschende Demokraten von 1869 beteiligen, beschränkt sich auf die Abwehr eines weiteren Ausbaues der reinen Demokratie. Was die abschreckenden Beispiele von Missgriffen des Volks bei der Wahl seiner Beamten und Vertreter betrifft, so braucht man nur zu konstatieren, dass nach vierzigjähriger Dauer der Volksherrschaft die Parteikomitees und die Wähler selbst nicht etwa laxer geworden sind in ihren Ansprüchen an die Ehrenhaftigkeit der Kandidaten, dass vielmehr Vorkommnisse, wie sie aus der ersten Zeit der demokratischen Ära berichtet werden, heute undenkbar wären. Die Nationalbahn aber — nun, wir werden sogleich davon sprechen; für einstweilen nur soviel, dass an ihrem Untergang nicht die Politik allein schuld war. Es krachte und kriselte an allen Ecken und Enden; „demokratische“ und „liberale“ Eisenbahnaktien sanken um die Wette, und auch die Nordostbahn stand vor dem Konkurs. Sei man also gerecht und dessen eingedenk, dass die reine Demokratie tatsächlich ein neugebornes Kind war, zur Welt gekommen am 18. April 1869 im Kanton Zürich; was vorher Demokratie genannt wurde im Schweizerland, verdiente diesen Namen nur bedingt oder auch gar nicht, und die Schweiz selbst war darum, dass sie keinen König hatte, noch lange keine Demokratie. Wie es vollends vor 1830 oder gar vor der französischen Revolution ausgesehen hat mit der berühmten „Schweizerfreiheit“ unter allen diesen Geburts- und Zunftaristokratien und selbst in den „urdemokratischen“ Landsgemeindekantonen mit ihrer Geschlechterherrschaft, das lehrt kurz und klar Wilhelm Öchslis fesselnde Einleitung zu seiner „Geschichte der Schweiz im XIX. Jahrhundert“. Nur wer sich über das Einst und Jetzt einigermassen Rechenschaft gibt, versteht, was wir den Zürcher Demokraten von 1830 und 1869 schulden, und dankt ihnen deswegen nicht minder, weil sie selber nicht durchweg den von ihnen verkündeten Idealen entsprachen.

Die Ausführung der Verfassung von 1869 durch die Gesetzgebung gehört nicht in den Rahmen dieser Darstellung, der Verlauf der Parteikämpfe nur insoweit, als dadurch der Anteil der Stadt Zürich und ihrer führenden Männer daran beleuchtet wird. „Vor den neuen Wagen gehört ein neues Gespann", hiess es auf demokratischer Seite, weshalb für die erste direkte Volkswahl der Regierung am 9. Mai 1869 eine ausschliessliche demokratische Liste aufgestellt und mit einer Mehrheit von 10,000 Stimmen auch durchgedrückt wurde. Das geistige Haupt der neuen Regierung war Gottlieb Ziegler von Winterthur. Im neuen Kantonsrat, wie jetzt der Grosse Rat genannt wurde, zählte man 124 Demokraten, 91 Liberale und 7 „Unbestimmte". Bei der konstituierenden Sitzung am 14. Juni 1869 wurde Dr. J. J. Sulzer von Winterthur Präsident, Zangger im 6. Wahlgang genau mit dem absoluten Mehr von 104 Stimmen Vizepräsident; der liberale Gegenkandidat Treichler erhielt 101 Stimmen (der Vorgang wiederholte sich am 12. Januar 1874, als Zangger wiederum genau mit dem absoluten Mehr von 103 Stimmen — gegen Dr. Conrad Escher — Vizepräsident wurde). Verstärkt wurde auch die demokratische Zürcher Vertretung in der Bundesversammlung; die Ständeräte Rüttimann und Dr. Eugen Escher hatten gleich bei der ersten Volkswahl zwei Demokraten Platz zu machen. Sogar bis in den Kirchenrat hinein erstreckte sich die demokratische „Säuberungsarbeit", indem der Kantonsrat am 18. November 1869 Professor Alexander Schweizer, den „Prinzeps der Kirche", als staatlichen Vertreter durch Sieber ersetzte, worauf dann die Kirchensynode Schweizer als ihren Vertreter wählte. Am 17. Mai 1870 schlug Stadtpräsident Dr. Römer die Wahl zum Vizepräsidenten des Kantonsrates aus mit der Begründung: „Die Parteien stehen sich gegenwärtig noch so schroff gegenüber, — ja viel zu schroff, als ich es für das Wohl unseres Staates zuträglich erachte —, dass ich es nicht für möglich halte, die vermittelnde Rolle, welche ein an diese Stelle tretendes Mitglied der Minderheit nach meiner Ansicht übernehmen sollte, durchzuführen; vielmehr müsste ich auch bei aufrichtigstem Willen, das Gegenteil zu bewirken, besorgen, bald nach der einen, bald nach der andern Seite vielfachen Anstoss zu geben." Erst am 17. Juli 1872 liess sich dann Römer zum Vizepräsidenten wählen und

er eröffnete am 17. Februar 1873 als Präsident den Kantonsrat mit einer bemerkenswerten Rede, in welcher er erklärte, dass die neue Verfassung nun nicht mehr in Frage gestellt werden dürfe und dass man jetzt allmählich aus den Stürmen des Parteilebens herauskommen und den Kampf nur noch um sachliche Differenzen führen sollte.

Innerhalb der liberalen Partei war schon bald nach der Verfassungsrevision eine Spaltung eingetreten. Der linke Flügel der Partei, die „Jungliberalen" oder „Neusilbernen" genannt, denen die „Zürcher Presse" als Organ diente, proklamierte eine fortschrittliche Politik auf Grund der neuen Verfassung, während die Altliberalen sich vollständig mit den Konservativen im „Politischen Gemeindeverein" associerten. Es kam wiederholt vor, dass Kandidaten des Gemeindevereins von Jungliberalen und Demokraten gemeinsam bekämpft wurden. Zum völligen Bruch kam es infolge der Bewegung für die Revision der Bundesverfassung im Jahre 1872. Der mehrheitlich konservativ-föderalistische „Politische Gemeindeverein", der sich am 20. März 1872 neu konstituierte, bekämpfte die Revision; die revisionsfreundlichen Jungliberalen dagegen gaben sich im liberalen Stadtverein eine neue Organisation. In der kantonalen liberalen Partei bekamen die Jungliberalen Oberwasser. Im „Zürcherhof" beschloss am 4. Februar 1872 eine Versammlung von 80 Mann unter dem Vorsitz von Dr. J. Ryf eine Reorganisation der liberalen Partei, die sich nun rückhaltlos auf den Boden der Verfassung von 1869 stellen solle. Fast einstimmig wurde in der kantonalen Parteiversammlung im Kasino am 25. Februar 1872 das Programm der Jungen, besonders auf die Empfehlung Grunholzers hin, angenommen und ihnen auch die Leitung der Wahlkampagne für den Regierungsrat übertragen, wobei sich freilich nicht alle Hoffnungen erfüllten. Zwar gelang es am 14. April, das Siebersche Schulgesetz zu Falle zu bringen, das ohne Vermittlung eine ganze Reihe bedeutender und teilweise tief einschneidender Neuerungen auf einmal einführen wollte, und bei den Regierungsratswahlen am 12. Mai 1872 wurde auch Sieber nicht mehr bestätigt, sondern im 3. Wahlgang am 9. Juli durch den Liberalen Hertenstein ersetzt. Aber schon am 22. September 1872 zog Sieber wieder in den Regierungsrat ein an Stelle des am 12. Juli zum Bundesrat gewählten Scherer;



H. Siegfried del. et sculp. H. Appenzeller, Editeur, Zurich

Vue générale de Zurich

prise de la Waid, 1875

Sieber hatte bei seiner Wiederwahl im zweiten Wahlgang 28,412, sein Gegenkandidat Dr. Römer 27,913 Stimmen erhalten.

Die Lücke im Bundesrat war entstanden durch den Rücktritt von Jakob Dubs am 28. Mai 1872. Dubs, welcher neben Emil Welti im Bundesrat nicht mehr genügend Platz zu haben glaubte, hatte sich an die Spitze der föderalistischen Gegner der revidierten Bundesverfassung gestellt und unter dem 29. April 1872 auch ein „Offenes Wort an das Zürcher Volk" mit der Aufforderung zur Verwerfung gerichtet. Er scheint gehofft zu haben, als Führer der siegreichen antirevisionistischen Strömung, die am 12. Mai 1872 die Revision und damit auch die Verwirklichung einiger neuer Volksrechte im Bund vereitelte, später wieder in den Bundesrat zurückkehren zu können. Einstweilen siedelte er nach Zürich über und liess sich hier in den Kantonsrat wählen, wo er gelegentlich wegen seiner föderalistischen Anschauungen mit Forrer scharf zusammenstiess. Auch mit Alfred Escher hatte sich Dubs gänzlich überworfen, und der Bruch zwischen den beiden früher befreundeten Staatsmännern war besonders peinlich in die Erscheinung getreten, als im deutsch-französischen Krieg die Frage einer Besetzung Savoyens durch die Schweiz plötzlich wieder akut wurde. Während Dubs noch 1859 im Einverständnis mit Escher die Geltendmachung des der Schweiz nach den Verträgen von 1815 zustehenden Besetzungsrechts als eitle und gefährliche Grosstuerei bekämpft hatte, stellte er nun überraschenderweise am 4. November 1870 im Bundesrat als Vorsteher des Politischen Departements den Antrag, im Falle eines weitern Vordringens der deutschen Armee nach Südfrankreich Savoyen sofort zu besetzen. Escher war entrüstet über diesen Antrag, der allerdings durch die Ereignisse unausführbar gemacht wurde, und trat im Nationalrat mit grösster Schärfe gegen den Bundesrat auf. Seine föderalistischen Verdienste empfahlen Dubs dem Politischen Gemeindeverein als Nationalratskandidaten für die Wahlen vom 27. Oktober 1872; er drang indessen im ersten eidgenössischen Wahlkreis nicht durch; dafür übertrug ihm die Waadt das gewünschte Mandat.

Die Frage der Revision der Bundesverfassung wurde jedoch durch den neugegründeten radikalen „Schweizerischen Volksverein" in Fluss gehalten. Eine Sektion Zürich dieses Vereins konstituierte sich am 18. Mai 1873 im alten Schützenhaus und

es führten die Anstrengungen desselben zu einer Annäherung der Liberalen und Demokraten auf eidgenössischem Boden. Ein gemeinsamer Aufruf beider Parteien forderte anfangs Juli zum Anschluss an den Volksverein auf, nachdem der liberale Stadtverein schon am 11. Juni beschlossen hatte, der kantonalen Schützenfahne auf der Fahrt zum schweizerischen Volkstag in Solothurn am 15. Juli 1873 ein starkes Geleite zu geben. Auch die ,,Neue Zürcher Zeitung" schrieb: ,,Wir müssen aufs Rütli. Das ist unsere Pflicht, so wahr wir es mit der Zukunft unseres schweizerischen Vaterlandes ernst meinen." Der von 30,000 Eidgenossen besuchte Volkstag in Solothurn stimmte dem demokratisch-zentralistischen Revisionsprogramm mit einigen Konzessionen an die föderalistischen Welschen einstimmig zu und am 19. April 1874 wurde die neue Bundesverfassung angenommen. Der ,,Lägernbote" schilderte den Anblick, der ihm am Verfassungsabend auf seiner Hochwacht zuteil wurde: ,,So weit und wohin das Auge reichte, vom Randen bis zum Rigi, vom Hörnli bis zum Weissenstein, loderten in unzählbarer Menge die Feuer empor. Der ganze Nordosten des Kantons, Schaffhausen und Thurgau, besonders Zürich und Umgebung, die Ufer und Anhöhen des Zürichsees, boten ein wahrhaft bezauberndes Bild. Der Einblick nach Zug, Luzern und den Aargau liess auch keine schwarzen Punkte mehr erkennen. Auch da wars hell geworden, und vergessen wir nicht die Nachbarn jenseits des Rheins, im Grossherzogtum Baden; auch sie hatten bis Waldshut hinunter mit zahlreichen Freudenfeuern ihre Teilnahme zu erkennen gegeben."

Die kantonale demokratische Partei empfand in ihrer Winterthurer Tagung vom 13. Dezember 1874 das dringende Bedürfnis, sich durch die Schaffung eines 23-gliedrigen Zentralkomitees eine straffere Organisation zu geben, und es wurde sodann im März 1875 ein neues Programm angenommen und veröffentlicht; bei dieser Gelegenheit entstand in Zürich auch ein demokratischer Stadtverein, der einer alten Tradition zuliebe das Café littéraire zu seinem Stammlokal erkor. Bei den Regierungsratswahlen vom 2. Mai 1875 siegte die demokratische Liste mit Staatsanwalt Dr. J. Stössel als neuem Mitglied. Die von hüben und drüben gelegentlich laut werdenden Stimmen nach einer Aussöhnung der Gegensätze und Einstellung des Parteikampfes fanden wenig

Beachtung, und im Sommer 1875 sandten die Winterthurer keine Gabe an das kantonale Schützenfest in Zürich, die Zürcher keine Fahne an das Schützenfest in Winterthur. Als Prediger der Versöhnung auf demokratischer Seite hatte sich Fritz Scheuchzer in Bülach hervorgetan. Im November 1872 sprach er von einem neuen eigenen Programm, das dem kantonalen Parteihader ein Ende machen sollte; fünf Sechstel des Zürcher Volks, meinte er, seien dafür, dass man die „Brüeler" auf beiden Seiten „brüelen" lasse, bis sie vom Volk „geschweiget" werden, das schon lange an ihrem Treiben steinhart genug habe. Es ist jedoch zu beachten, dass die Absage Scheuchzers an die Winterthurer Demokraten, wie wir noch sehen werden, ganz andere Gründe hatte als sein Friedensbedürfnis. Eine fragwürdige Politik aber ist es, den Parteikampf, mit dessen Hilfe man eine beherrschende Position erobert und erlangt hat, was man will, dann auf einmal als „ödes Parteigezänk", als etwas Verwerfliches und Schädliches zu bezeichnen. Der Parteikampf ist niemals zu entbehren und darf niemals aufhören, wenn nicht das politische Leben vollständig versumpfen soll. Solche Versöhnungs- und Friedensschalmeien spekulieren nur auf die Bequemlichkeit und Kampfesunlust der Bürger, die, zur Selbstregierung berufen, diese mehr nur als lästige Pflicht empfinden und herzlich gerne andern überlassen, für sie politisch zu denken und zu handeln. Allerdings finden sich auch immer wieder schlaue und interessierte Streber, die sich ein Vergnügen daraus machen, für die Massen zu denken und sie entsprechend zu lenken, doch das ist dann keine Demokratie mehr. Parteikampf soll sein und muss sein, aber er braucht nicht notwendig mit schlechten Mitteln und auf gemeine Weise geführt zu werden, er braucht kein ödes Parteigezänk zu sein. Richtig verstanden und nobel aufgefasst, dient er der Charakterbildung, der geistigen Erziehung und dem öffentlichen Wohl im allgemeinen zur nachhaltigsten Förderung.

Die schwersten Verheerungen in der zürcherischen Politik der siebziger Jahre hat das Eisenbahnfieber angerichtet, das in der ganzen Schweiz durch die Aussicht auf die baldige Verwirklichung einer Alpenbahn entstanden war. Das Bundesgesetz vom 23. Dezember 1872 über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen, das die Konzessionserteilung einheitlich dem Bund über-

trug, rief einem wahren Wettlauf um Konzessionen. Im Kanton Zürich hatte ein solcher Wettlauf schon eingesetzt mit dem vom Volk am 14. April 1872 angenommenen Gesetz, das den neuen Eisenbahnen unter gewissen Bedingungen eine Staatssubvention von 50,000 Fr. per Kilometer zusicherte. Bei diesen Bestrebungen stand Winterthur an erster Stelle. Seine günstige geographische Lage und sein wirtschaftlicher Aufschwung berechtigten es vollauf zu den Bemühungen, sich möglichst günstige Eisenbahnverbindungen zu sichern. Sein Fehler und sein Unglück war, dass es zu hoch hinaus wollte, seine Kräfte überschätzte und mit Leidenschaft die von ihm gewünschte Lösung einer Verkehrsfrage zur politischen Parteisache machte, für welche unter ungebührlicher Ausnützung der Macht und Stellung der herrschenden Partei und Hintansetzung anderer, ebenso berechtigter Eisenbahnbestrebungen die Mittel des Staates in Anspruch genommen wurden. Es fehlte nicht an warnenden Stimmen. Abgesehen von Fritz Scheuchzer, der schon anfangs der siebziger Jahre — freilich nicht ganz uninteressiert — die Winterthurer Eisenbahnpolitik als ein Unglück und als den Ruin der demokratischen Partei bezeichnet hatte, war auch Bleuler-Hausheer ein ganz entschiedener Gegner dieser grossartigen Eisenbahnpläne und wehrte sich lange, bevor er ihnen den „Landboten" zur Verfügung stellte. Es ist sehr zu beklagen, dass er schliesslich doch nachgab und der Partei das Opfer seines Intellekts brachte, und er vor allen andern hat es schwer büssen müssen. So erschien denn, Ende Februar 1872, auf Veranlassung von Stadtpräsident Dr. J. J. Sulzer im „Landboten" zum erstenmal das gross angelegte Projekt einer schweizerischen „Volksbahn", die als einheitliche Schienenverbindung die ganze Schweiz vom Genfersee bis zum Bodensee durchziehen sollte. Diese „Schweizerische Nationalbahn Leman-Bodan" setzte das Einvernehmen mit den daran interessierten Kantonen Thurgau, Aargau, Bern, Solothurn voraus, und anfangs schien auch die Verständigung und begeisterte Mitarbeit derselben auf bestem Wege zu sein. Allein noch früher als die Winterthurer waren die alten mächtigen Eisenbahngesellschaften — Nordostbahn, Schweizerische Zentralbahn — aufgestanden, und sie brachten es zuwege, durch Geltendmachung ihrer Prioritätsrechte und Ausspielen der einen Lokalinteressen gegen die andern der Nationalbahn nach

allen Richtungen, besonders aber nach der Westschweiz, den Weg zu verlegen, sie auf ein ungünstigeres Trasse abzudrängen und die notwendigen Verbindungsglieder von ihr abzutrennen. Es war ein erster schwerer Schlag für die Gründer der Nationalbahn, als infolge des Konkurses der Bern-Luzern-Bahn die bernische Eisenbahnpolitik vollständig von den eigenen Sorgen in Anspruch genommen wurde und an eine Beteiligung an der Nationalbahn nicht mehr denken konnte. Dann fiel auch Solothurn ab, weil es durch die Gäubahn befriedigt worden war. Im Kanton Aargau aber blieben nur die Städte Baden, Lenzburg und Zofingen der Nationalbahnidee treu, nachdem durch den Südbahnvertrag und den Bötzbergvertrag der übrige Kanton für den Interessenkreis der Nordostbahn und Schweizerischen Zentralbahn gewonnen war.

Von dem wilden Interessenkampf auf dem Boden des Kantons Zürich gewinnt man ein Bild durch den „Dettenbergkrieg", in welchem sogar mit Kanonen geschossen wurde (wenn auch blind). Erst zogen die Rorbaser und Glattfelder mit Geschützen auf die Höhen, als ein Entscheid des Regierungsrates die Nationalbahnlinie Winterthur-Wagenbreche-Glattfelden begünstigte; dann aber, als im August 1873 die Nordostbahn endgültig siegte und die Zufahrtslinie zum Rhein von Winterthur über Pfungen–Dettenbergtunnel–Bülach–Eglisau gesichert war, veranstalteten die Bülacher auf dem Dettenberg eine Kanonade und die Eglisauer zogen mit ihren Katzenköpfen bis an die Dorfgrenze Glattfeldens. Fritz Scheuchzer hatte sich in diesem Krieg auf die Seite der Nordostbahn geschlagen, da ihre Interessen mit denen der Bezirke Bülach und Dielsdorf sich deckten. Das führte zu einer jahrelangen Verstimmung zwischen Bülach und Winterthur und bitterbösen Zeitungsfehden. Seinem Freund Lange schrieb Bleuler-Hausheer am 28. Januar 1873: „Politik. Wüstenei weit herum. Ich mag kaum davon reden. Scheuchzer hat sich illoyal und bübelig benommen. Freilich tat die Winterthurer Prahlhanserei das ihrige. Mein Teil ist wie immer, die Prügel für andere einzukassieren und zwischen Hammer und Amboss zu stecken. Nüchtern überlegt, hätte eine massvolle Haltung des Stadthauses manche Spitze abstumpfen können. Scheuchzer alliiert sich mit der Nordostbahn. Wohl bekomms. Ich denke, wenn das Stadthaus Winterthur

einmal etwas bescheidener wird und werden muss, so kommen wir andere Leute wieder zu Ehren und wird die politische Zerklüftung sich korrigieren." Noch in manchem andern Privatbrief Bleulers klingt ein bitterer Sarkasmus über die Winterthurer Eisenbahngrössen — namentlich den Stadtschreiber Th. Ziegler — durch. Als Dr. J. J. Sulzer mit dem Stadtschreiber auseinanderkam und deshalb zurücktrat, wurde Th. Ziegler (September 1873) Stadtpräsident, Bleuler Stadtschreiber, und nachdem Ziegler als Direktor an die Spitze der Nationalbahn getreten war, avancierte der Stadtzürcher Bleuler, allerdings contre-coeur, am 13. Juni 1875 zum Stadtpräsidenten von Winterthur.

Um die Verwirrung im Kanton Zürich zu vollenden, war auch Jakob Dubs mit einer grossen Eisenbahnunternehmung auf den Plan getreten, mit deren Hilfe er Macht und Einfluss zu gewinnen und Alfred Escher Schach zu bieten hoffte. Dubs gründete mit dem Beistand des Basler Bankvereins die schweizerische Aktiengesellschaft für schmalspurige Lokalbahnen, welche nach seiner Idee nach und nach vollständig an die Stelle der Strassen zweiter Klasse treten sollten. Und so sehen wir denn auch ihn, den klugen und vorsichtigen Staatsmann, auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege mit Eifer und Erfolg bemüht, sein und anderer Leute Geld loszuwerden. Seinen Schmalspurbahnen zuliebe setzte Dubs im Kantonsrat eine Interpretation des Eisenbahngesetzes vom 14. April 1872 durch, welche keineswegs in der Absicht der Gesetzgeber gelegen hatte (in dem Sinne nämlich, dass die Eisenbahnpapiere jeweilen vom Staate verkauft und abermals zu Subventionen verwendet werden dürfen). Trotzdem blühte auch für Dubs kein Weizen; seine Gesellschaft musste mit schweren Verlusten liquidieren, nachdem sie einzig und allein die Linie Herisau–Winkeln zustande gebracht hatte. Dubs liess sich dann, Ende 1875, nicht ungern ins Bundesgericht nach Lausanne versetzen. In dem unsinnigen Kampf der Interessen, der zwischen Nordostbahn, Nationalbahn und Schmalspurbahngesellschaft im Kanton Zürich ausgefochten wurde, verloren alle miteinander und niemand kam auf seine Rechnung als der kleine, schlaue Fritz Scheuchzer in Bülach.

Unter viel ungünstigeren Bedingungen als zu Beginn der Unternehmung mussten die Nationalbahn-Interessenten eine neue

Verbindung mit der Westschweiz herzustellen suchen, die über Baden und Lenzburg nach Zofingen führen und dann in der Richtung Lyss eine (nie ausgeführte) Fortsetzung finden sollte. In aller Hast war mit dem Bau der „Ostsektion" begonnen worden, deren einzelne Linien Winterthur–Singen, Etzwilen–Konstanz und Emmishofen–Kreuzlingen am 17. Juli 1875 dem Betrieb übergeben werden konnten, für deren Ausführung aber bereits auch die für den Bau der Westsektion bestimmten Gelder hatten verwendet werden müssen. Von der „Westsektion" sind, um dies hier vorauszunehmen, die Linien Baden–Lenzburg–Zofingen und Suhr–Aarau am 6. September 1877, die Linie Winterthur–Effretikon–Bassersdorf–Kloten–Seebach–Otelfingen–Wettingen–Baden am 15. Oktober 1877 eröffnet worden.

Um den Bau der Westsektion zu ermöglichen, hatten im Jahre 1874 die Städte Winterthur, Baden, Lenzburg und Zofingen zuhanden der Nationalbahn unter Solidargarantie ein 9 Millionen-Anleihen kontrahiert. Für den Fall, dass die Nationalbahn ihren Verpflichtungen nicht sollte nachkommen können, war bestimmt, dass von diesen Winterthur sieben Achtzehntel, die aargauischen Städte elf Achtzehntel zu übernehmen hätten. Auf Grund dieser Abmachungen wurde die Fusion zwischen Ost- und Westsektion vollzogen und am 5. April 1875 die Gesellschaft der Schweizerischen Nationalbahn förmlich konstituiert. Allein das 9 Millionen-Anleihen machte trotz der Garantie der vier Städte vollständig Fiasko. Schon zeigte sich am Horizont das Gespenst des Konkurses. Im Frühjahr 1876 hätte Winterthur noch Gelegenheit gehabt, sich mit Schaden aus der Sache zu ziehen und weitere Opfer zu vermeiden, indem es von der Garantie zurücktrat; noch war die Westsektion nicht gebaut und kein Rappen von dem garantierten Obligationenkapital ausgegeben. Allein die Stadt Winterthur hielt sich ehrenhalber für verpflichtet, den aargauischen Gemeinden Treue zu halten. „Wie der einzelne, so hat auch die Gemeinde ein gegebenes Wort einzulösen," sagte an der Gemeindeversammlung vom 23. April 1876 Kommandant Schäppi, und die Gemeinde beschloss, zur Abwendung des Konkurses der Nationalbahn mit einer weitern Subvention von 600,000 Fr. zu intervenieren. Da aber die aargauischen Gemeinden selber, für die doch die Westsektion in erster Linie gebaut werden sollte, während Winterthur

mit der Ostsektion vorläufig hatte, was es bedurfte, nicht dieselbe ausdauernde Opferwilligkeit zeigten, war das Unheil nicht mehr abzuwenden. Das Anerbieten der Nordostbahn, die Ostsektion zu übernehmen, war von Winterthur abgelehnt und damit die Nordostbahn nunmehr zum Kampf auf Leben und Tod herausgefordert worden. Zu spät hatte man in Winterthur auch eingesehen, welche fatalen Folgen die sublime Idee, Zürich „abzufahren", haben musste, und dann gesucht, wenigstens durch eine Zweiglinie den Anschluss Zürichs an die Nationalbahn zu gewinnen. Zuerst war dafür ein Projekt Kloten–Zürichbergtunnel–Tonhalle in Aussicht genommen worden, und als sich dies als unausführbar erwies, erwarb ein Konsortium von „Freunden der Nationalbahn" am 4. Juli 1876 die Konzession für eine Zweiglinie Seebach–Unterstrass–Hirschengraben, mit der Absicht, wenn nicht Zürich, so doch den Nordostbahnhof zu umgehen und in einem neuen Bahnhof im „Berg" am Hirschengraben den Freunden vom rechten Seeufer die Hand zu reichen. Das Privatkapital verhielt sich jedoch feindselig und ablehnend gegen diese Unternehmung, deren Finanzierung gänzlich misslang, womit nun wirklich die Lebensader der Nationalbahn unterbunden war.

Aber auch für die Nordostbahn waren jetzt schlimme Zeiten angebrochen. Noch unter der Direktion von Alfred Escher hatte sie, um die Winterthurer Konkurrenz zu bodigen, eine ganze Menge neuer Bauverpflichtungen übernommen. Die Gesamtlänge dieser neuen Linien betrug 346 Kilometer gegenüber einem Stammnetz von 213 Kilometer, ihre Baukosten waren auf 120 Millionen veranschlagt gegenüber 76 Millionen Anlagekapital der alten Linie. Alfred Escher war Ende 1871 zur Gotthardbahn übergegangen und hatte dieser fortan sein Hauptaugenmerk zuzuwenden (es sind, nebenbei bemerkt, zu dem schon bestehenden Eisenbahn-Wirrwarr der siebziger Jahre im Kanton Zürich immer noch die Aufregungen und Kämpfe für die Gotthardsubventionen hinzuzudenken, auf die aber hier nicht eingetreten werden kann). Mit der Nordostbahn blieb Alfred Escher als Präsident des Verwaltungsrates in Verbindung. An seiner Stelle war Dr. Eugen Escher, bisher Redaktor der „Neuen Zürcher Zeitung", am 1. März 1872 in die Nordostbahndirektion eingetreten und hatte nun hier die undankbare Aufgabe, mit unzulänglichen Mitteln eine Einlösung

der eingegangenen Verpflichtungen zu suchen und, als dies unmöglich war, den Ingrimm der Aktionäre und der enttäuschten Landesgegenden auszubaden. Den grössten Unwillen in den Aktionärkreisen erregte es, als pro 1876 nur 3% Dividende ausbezahlt wurden, und es verbesserte die Stimmung nicht, als bekannt wurde, dass das thurgauische Mitglied der Direktion, unter Benutzung seiner frühern Kenntnis der Sachlage, gleich nach der betreffenden Sitzung durch ein Billett der Kantonalbank den Auftrag zu einem Aktienverkauf à découvert, d. h. auf blosse Differenz hin, erteilt und mit dieser Spekulation à la baisse 12,000 Fr. eingesteckt hatte. Die Nordostbahn geriet in die schlimmste Situation; lehrreichen Aufschluss über ihre ganze Finanzmisère gibt namentlich Eugen Eschers „Lebenslauf in ruhigen und bewegten Zeiten". Als Salomon Bleuler gestorben war, las man im Nekrolog der „Neuen Zürcher Zeitung" folgende Worte: „. . . Ebenso wird man hüben und drüben mit Erstaunen hören, dass ihm die Nordostbahn ihre Rettung vor dem Konkurs verdankt. Als diese in einem Augenblick höchster Bedrängnis den Stadtrat Winterthur ersuchte, ihr die benötigte Summe vorzustrecken, beschloss derselbe mit Stichentscheid Bleulers, ihr zu willfahren." Ein Bundesbeschluss vom 14. Februar 1878 erstreckte sodann für die Nordostbahn die Verpflichtung zum Baubeginn für eine Anzahl Linien (die sog. Moratoriumslinien Thalwil–Zug, Etzwilen–Schaffhausen, Bülach–Schaffhausen, Rechtsufrige Zürichseebahn, Dielsdorf–Niederweningen) um acht Jahre und ermöglichte der Gesellschaft damit das allmähliche Wiedererstarken.

Die Eisenbahnkalamitäten führten einen politischen Umschwung herbei und stellten nach und nach das Gleichgewicht zwischen den beiden grossen Parteien her. Eine entscheidende Wendung trat ein bei zwei Ersatzwahlen in den Regierungsrat am 15. April 1877. Das eine der zurückgetretenen Mitglieder war Gottlieb Ziegler, der als Kollege seines Schwagers Bleuler in die Redaktion des Winterthurer „Landboten" eintrat. Bei der Ersatzwahl unterlagen die demokratischen Kandidaten Zangger und Scheuchzer gegen die Liberalen Zollinger und Hafter, und als Ziegler, der auch das Nationalratsmandat niedergelegt hatte, sich von seinen Freunden überreden liess, wenigstens diese Stelle zu behalten und sich für die Ersatzwahl in den Nationalrat wieder

portieren zu lassen, zog ihm die Wählerschaft den Liberalen Bosshard vor. Am 22. Januar 1878 starb Regierungsrat Sieber. Die Gesamterneuerungswahlen für Regierungsrat und Kantonsrat am 19. Mai 1878 hatten das Resultat, dass für den Regierungsrat die Demokraten, für den Kantonsrat die Liberalen siegten; es wurden 111 liberale und 77 demokratische Kantonsräte gewählt; Zangger, Karl Bürkli, der Riesbacher Ring und einige Winterthurer Demokraten waren beseitigt, von der eigentlichen sozialistischen Richtung nicht ein einziger gewählt. Bei den Regierungsratswahlen entspann sich der Hauptkampf zwischen Dr. Stössel und dem von den Liberalen portierten Bundesrichter Dubs, der jedoch für den zweiten Wahlgang seine Kandidatur zurückzog. Die Wahlen für die Bundesversammlung im Oktober 1878 ergaben 7 liberale und 7 demokratische Vertreter des Kantons Zürich. Mit dem liberalen Vormarsch im Kanton Zürich ging ein solcher in der Eidgenossenschaft parallel: den Präsidentenstuhl des Nationalrates bestieg der liberale Stadtpräsident Dr. Melchior Römer von Zürich; der radikale Bundesrat Schenk wurde mit nur einer Stimme über dem absoluten Mehr bestätigt.

Auch in Winterthur war ein gründlicher Stimmungsumschlag eingetreten, obwohl dort die Nationalbahn durchaus nicht nur demokratische Parteisache, sondern mehr noch Gemeindeangelegenheit gewesen war. Hatte doch Bleuler am 12. September 1871 an den damals in London weilenden Reinhold Rüegg geschrieben: „Wir leben überhaupt hier in patriarchalischem Frieden, die Bühler, Ziegler, Bleuler, Keller-Blum etc. einträchtig an einem Tisch. Das Tösstalbähnli ist gesichert, Winterthur-Waldshut ohne Zweifel dito, die Seebahnen dito, ein wahres Eisenbahnen-Paradies." An Lange schrieb er am 6. April 1873: „Zur Nationalbahnfrage: Man konnte am Vorabend der Obligationengemeinde ganz gemütlich mit allen Leuten reden, und was mich am meisten frappierte: die runde Erklärung von wohlhabenden Burgern: wenn die Millionäre sich widersetzen, dann stimmen wir zum voraus mit dem Stadtrat." Ganz anders nun ein (allerdings gegnerischer) Zeitungsbericht über die Gemeindeversammlung vom Dezember 1877, an welcher eine „allerletzte" Subvention von 200,000 Fr. an das Projekt Seebach–Zürich bewilligt wurde: „Während sonst die demokratische Mehrheit alles niederschrie, was gegen solche

Subventionen sprach, wurde jetzt der aus der Gemeinde gestellte Antrag auf Nichteintreten und Einsetzung einer Untersuchungskommission nicht durch Schimpfen, Scharren und Stampfen bekämpft. Man liess es vielmehr geschehen, dass in offener Gemeinde gesagt wurde, die Stimmberechtigten seien hintergangen und belogen worden. Lug und Trug habe die Nationalbahn geboren, in Lug und Trug endige sie nun." Bei den Stadtratswahlen vom 7. April 1878 siegte die liberale Opposition; Stadtpräsident wurde J. J. Spiller, der nachmalige Regierungsrat.

Und die Erklärung hiefür? Der Konkurs der Nationalbahn. Am 18. Februar 1878 hatte das Bundesgericht ihre Zwangsliquidation verfügt. Sie konnte den per 1. Mai 1878 fälligen Coupon des 9 Millionen-Anleihens nicht einlösen, und es sollte daher die Garantie der vier Städte in Wirksamkeit treten. Winterthur machte auch sofort seine Quote bereit, aber die aargauischen Städte weigerten sich, das gleiche zu tun. Die Inhaber der Obligationen hielten sich — die Solidargarantie berechtigte sie hiezu — an Winterthur, und mit Hilfe eines dort am 12. Dezember 1878 von gemeinnützigen und opferbereiten Männern, vorwiegend Demokraten, gegründeten Kreditvereins war es möglich, den Coupon einzulösen. Aber Winterthur musste auch noch 1879 und 1880 für die aargauischen Städte einspringen und überdies die Tösstalbahn über Wasser halten, die ohne das Geschick ihres Anwaltes Ludwig Forrer (der seit 1. Juli 1873 als Anwalt in Winterthur praktizierte) ebenfalls dem Konkurs verfallen wäre. Die Nationalbahn kam im März 1880 zur öffentlichen Versteigerung. Sie fiel der Nordostbahn anheim, welche die Ostsektion als Ganzes weiter betrieb, die Westsektion aber in Stücke zerschlug und als Lokalbahnlinien teilweise selber betrieb, teilweise sie der Zentralbahn überliess. Alle an dem Unternehmen zum Teil mit sehr grossen Summen beteiligten Gemeinden von Kreuzlingen bis Zofingen erlitten schwere Verluste. Ungefähr 30 Millionen an Aktien und Obligationen, von denen sich der weitaus grösste Teil in den Händen der Gemeinden befand, gingen verloren. Winterthur kämpfte heldenmütig, um seinen Schild blank zu erhalten und allen seinen Verpflichtungen nachzukommen. Hatte man Fehler gemacht, so trug man nun auch tapfer die Folgen, und es waren diejenigen, die in erster Linie für das Unternehmen verantwortlich gemacht

wurden, die Führer der demokratischen Partei in Winterthur, nun auch die ersten, welche mit Hab und Gut für die Stadt einstanden. Die Haltung Winterthurs in den Tagen der Not und Drangsal verdient höchste Achtung und Bewunderung, die Akten des Kreditvereins bilden ein Ruhmesblatt seiner Geschichte.

Aber die Leiden der Stadt Winterthur waren damit, dass sie ihren Anteil an den Schuldverpflichtungen des 9 Millionen-Anleihens in ihre Hand brachte und am 4. Juni 1881 feierlich verbrennen lassen konnte, noch nicht zu Ende. Noch dauerte die unheilvolle Solidargarantie für die aargauischen Städte, und es gab Gläubiger, welche sie rücksichtslos geltend machten. Winterthur wurde hart bedrängt und bis zur Pfändung von Gemeindegut und Konkursansage getrieben. Als sogar Anstalten getroffen wurden, die gepfändeten Objekte nach Zürich überzuführen und hier versteigern zu lassen, weil an eine Versilberung in Winterthur nicht zu denken war, fand am 2. Oktober 1883 in Winterthur eine gewaltige Protestversammlung statt, die von Advokat Forrer mit Mühe zur Ruhe und Besonnenheit gebracht wurde. Der Regierungsrat hatte bereits die Intervention des Bundes angerufen. Am 13. Dezember 1883 kam die Vorlage, welche den Kantonen Zürich und Aargau ein Darlehen von 2,400,000 Fr. für die Garantiestädte zusicherte, im Nationalrat zur Behandlung, und da hielt nun Ludwig Forrer eine so gewaltige Rede, dass sich ihrem Eindruck niemand entziehen konnte, die aargauischen Vertreter aber errötend zugehört haben werden. Der Bundesbeschluss datiert vom 20. Dezember 1883. Von dem Anleihen hatte Winterthur ein Drittel zu übernehmen, was ihm dadurch ermöglicht wurde, dass der Kantonsrat ihm am 19. Februar 1884, nach einer warm befürwortenden Rede von Oberst Meister, ein Anleihen von 1 Million zusicherte.

Der demokratischen Partei war im Jahre 1879 eine tüchtige neue Kraft gewonnen worden in der Person von Theodor Curti, der mit Reinhold Rüegg Ende März die „Züricher Post" gründete. Curti, geboren am 24. Dezember 1848 zu Rapperswil, war seit 1873 Redaktor an der „Frankfurter Zeitung". In Zürich griff er sofort energisch in die Tagespolitik ein und unterstützte lebhaft die von Dr. Joos in Schaffhausen eingeleitete Bewegung für das Banknotenmonopol. In einer in Neumünster gehaltenen Rede

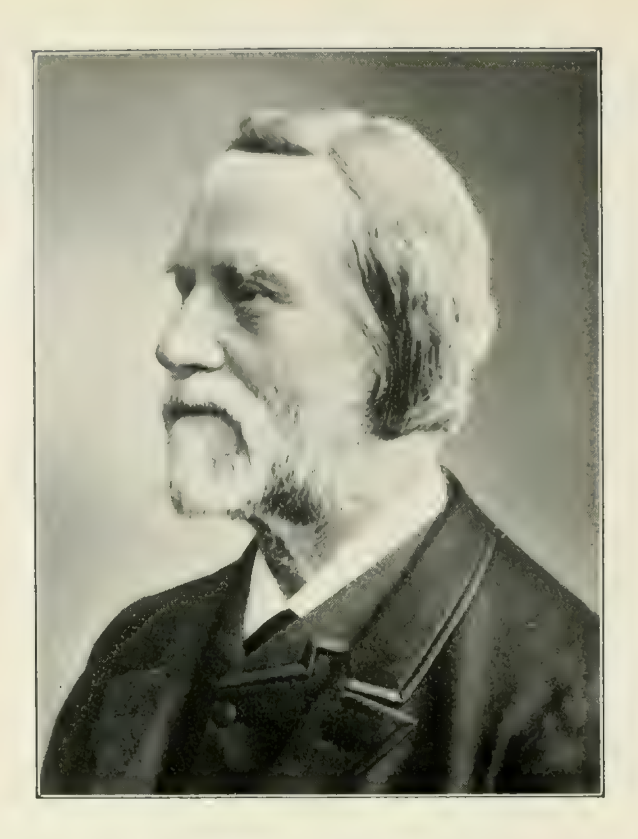
fügte Curti dieser Initiative noch die Forderung nach einer Staatsbank und nach der Volksinitiative für Partialrevisionen der Verfassung bei. Von dem Missbehagen, das sein Auftreten bei der herrschenden radikalen Partei der Schweiz erregte, zeugt Simon Kaisers Schrift gegen den „Tribun von Neumünster" und den „Banknotenspektakel". Die liberale Partei hielt am 17. Oktober 1880 unter der Leitung von Oberst Meister im Sihlhölzli eine Versammlung gegen die Verfassungsrevision ab. Stadtpräsident Dr. Römer referierte und eine Resolution von Alfred Escher empfahl dem Volk die Verwerfung des Banknotenmonopols. Es wurde in der Volksabstimmung vom 31. Oktober 1880 mit grossem Mehr abgelehnt. In diesem Jahr feierte man auch das 50jährige Jubiläum des Tages von Uster: die Liberalen in der Tonhalle in Zürich, die Demokraten in Uster mit Zug in die Kirche.

Der Regierungsrat hatte am 18. Mai 1879 durch die Wahl von Eschmann und Stadtpräsident Spiller von Winterthur — gegen die demokratischen Kandidaten Stüssi und Knüsli — eine starke liberale Mehrheit erhalten. Hertenstein, der am 21. März 1879 an Stelle Scherers († 23. Dezember 1878) zum Bundesrat gewählt worden war, wurde im Ständerat ersetzt durch Walter Hauser von Wädenswil. Am 13. Januar 1879 starb in Lausanne Jakob Dubs, der „grosse Sohn des Amtes" (Affoltern); sein Denkmal auf dem Ütliberg wurde am 20. September 1880 enthüllt. Salomon Bleuler in Winterthur hatte in seiner politischen Tätigkeit noch viele Bitternisse auszukosten. Auch die Grütlianer, deren Vertrauensmann und Führer er lange Jahre gewesen, fielen von ihm ab, als er in der Frage des Getreidemonopols nicht mit ihnen gehen konnte. Er gab daher am 28. April 1879 sein Kantonsratsmandat den Wählern in Töss zurück, die an seiner Stelle Pfarrer Albert Locher in Wülflingen, später Redaktor des „Landboten" und Regierungsrat, in den Kantonsrat sandten. Das Bitterste traf Bleuler im Jahre 1884. Nachdem er das Menschenmögliche getan, um die Verständigung über das Millionenanleihen des Kantonsrates herbeizuführen, nachdem er persönlich Opfer über Opfer gebracht und hundertmal, ohne mit der Wimper zu zucken, Tadel und Vorwürfe eingesteckt hatte, die ganz andere verdienten, erhielt er durch die „Neue Zürcher Zeitung" die brutale Aufforderung, sein Mandat als Nationalrat niederzulegen,

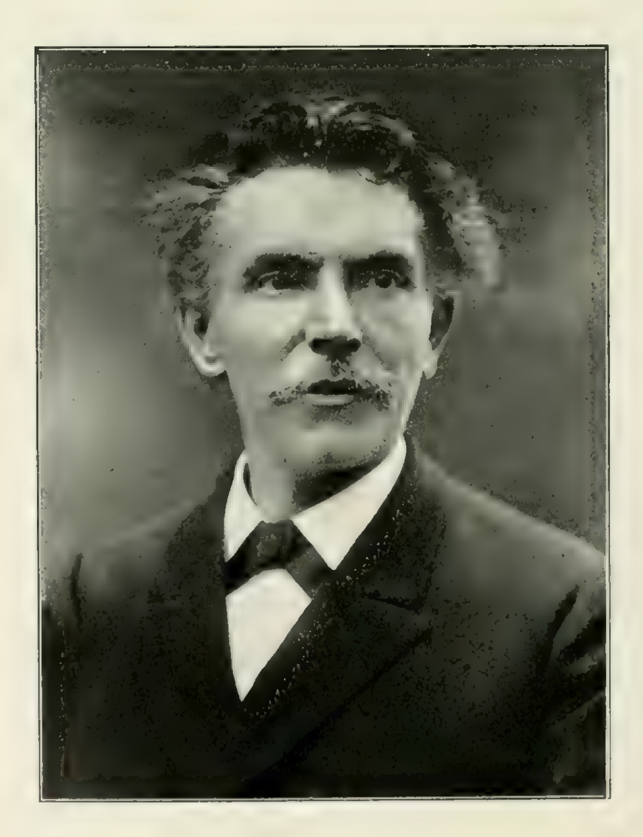
und man liess durchblicken, dass nur, wenn der „Hauptschuldige“ mit Niederlegung seiner Stelle als Nationalrat eine „etwelche Sühne“ biete, die Hilfe für Winterthur möglich sein werde. Bleuler war auf der Stelle bereit, der Sommation nachzukommen. Er erklärte im „Landboten“ am 25. Januar 1884: „Mit Bezug auf das öffentlich gestellte Begehren, ich möchte meine Demission nehmen, erkläre ich unumwunden, dass ich ein solches Kampfmittel, einen politischen Gegner niederzustrecken, für illoyal halte, allein die Wohlfahrt von Winterthur ist mir zu teuer und der Wunsch nach einer endlichen und guten Lösung der Garantieschuldfrage zu sehr Herzenssache, als dass ich zögern könnte, das zu tun, was nach Ansicht meiner Gegner zum Frieden und zur Lösung beitragen kann.“ Salomon Bleuler-Hausheer starb am 12. Februar 1886. Seit dem Tode seiner Gattin (9. September 1885) war er ein gebrochener Mann. Noch am 26. November 1885 hatte er seinem Freunde Stephan Born in Basel geschrieben: „Das Leben hat für mich keine Freude und die Politik kein Interesse mehr; ich sehe nur noch den Schein und die Heuchelei und den Interessenmarkt, der darin steckt.“ Der kranke, müde Mann täuschte sich; was er in trüben Sinnen niederschrieb, war nicht die Bilanz seines Lebens und nicht das Fazit der Politik. Er selbst vermochte das Bleibende und Grosse nicht mehr zu sehen, an dem er redlich mitgeholfen, aber die andern sahen es und anerkennen es dankbar noch heute. Und die Politik ist nicht nur Schein und Heuchelei und Interessenmarkt. Gewiss ist von dem allem ein gut Stück darin, weil Menschen die Politik machen; aber es überwiegt auch in der Politik das Edle, Grosse und Ideale, so wahr als in den Menschen mehr des Guten als des Bösen und Gemeinen ist, — sonst wäre die Welt schon längst zugrunde gegangen.

◆◆


Karl Bürkli


Joh. Jak. Treichler


Herman Greulich


Robert Seidel

Arbeiterführer

◆◆◆

NEUNUNDZWANZIGSTES KAPITEL

DIE ARBEITERBEWEGUNG

Wenn hier die Arbeiterbewegung unter der Ägide der Demokraten erscheint, so hat das nicht den Sinn, dass sie erst aus der demokratischen Bewegung herausgewachsen sei. Sie ist ältern Datums. Wohl aber waren zur Revisionszeit und noch bei manchen spätern Gelegenheiten Demokraten und Arbeiter eng verbündete Waffengefährten und haben einander viel zu verdanken. Es konnte sogar eine Zeitlang scheinen, dass die demokratische Partei die Arbeiterbewegung vollständig in sich aufnehmen werde und auch zugleich eine „Arbeiterpartei" sein wolle. Das wenigstens behauptete die liberale und konservative Presse, die für Ludwig Forrer, Reinhold Rüegg, Bleuler-Hausheer und andere Demokratenführer mit Vorliebe das Stigma „Sozialisten" gebrauchte. Allerdings bekannten sich auch mehrere dieser Demokratenführer selber als „Sozialisten", womit sie aber mehr nur eine prinzipielle Zustimmung zu den sozialen Forderungen der Arbeiter ausdrücken wollten. Sie waren auch der aufrichtigen Meinung, dass die Arbeiterinteressen in ihrer Obhut wohl aufgehoben seien und Mass und Tempo der Arbeiterbewegung am besten von ihnen bestimmt werde. Ohne so weit zu gehen wie Traugott Koller, der (in der Biographie Grunholzers, pag. 751) schreibt: „Nichts ist ungerechtfertigter, unsittlicher und verwerflicher, als in einer Republik eine besondere Arbeiterpartei zu gründen", empfanden doch auch sie es als unangebracht, ja als schwarzen Undank, als die Arbeiter sich mit dem Sozialismus des demokratischen Programms nicht mehr begnügen wollten und auf die Bildung einer eigenen Partei hinarbeiteten.

Die Arbeiterbewegung ist im Kanton Zürich zuerst in der Gestalt des Kommunismus aufgetreten. Die einfachste Auslegung des Kommunismus gaben damals die Gassenbuben, welche in Scharen dem „berüchtigten" Agitator Johann Jakob Treichler nachliefen und im Takt riefen: „Dä wott teile! Dä wott teile!"

Es ist schon in unserm ersten Band (pag. 314ff.) von Weitling, Treichler und Karl Bürkli, den ersten Verkündigern des Kommunismus und Sozialismus in unserer Stadt, die Rede gewesen. Noch nicht so klar wie heute wurde zu jener Zeit der Sozialismus, der die Verstaatlichung des Bodens und der Produktionsmittel, sowie die gemeinsame Produktionsweise anstrebt, definiert und unterschieden vom Kommunismus, welcher darüber hinaus auch das Privateigentum an den Gebrauchsgegenständen abschaffen will. Sicher ist aber, dass der Kommunismus in seinen zürcherischen Verkündigern eine im ganzen sehr massvolle Vertretung gefunden hat und dass namentlich die sinnlose Teilerei, welche Treichler zugeschrieben wurde, nur auf Missverständnis und Unterschiebung beruhte. Aber auch von der Sozialdemokratie, die man als „angewandten Sozialismus" bezeichnet hat, lässt sich sagen, dass ihr der utopistisch-revolutionäre Charakter ihres deutschen Vorbildes fast gänzlich fehlte, was hauptsächlich davon herrührt, dass die bessere Hälfte des Programms der Sozial-Demokratie, nämlich die Demokratie, bei uns zu Recht besteht und die Arbeiter sich im Besitz der politischen Rechte befinden. Bei all ihrer Harmlosigkeit flössten aber die zürcherischen Kommunisten ihren Mitbürgern doch nicht geringen Schrecken ein, und der Staat glaubte sich gegen ihre Umtriebe durch gesetzgeberische Massnahmen schützen zu müssen; er erliess das Koalitionsgesetz betreffend die Handwerksburschen vom Jahre 1844 und das ganz speziell auf Treichler gemünzte sogenannte „Maulkrattengesetz" vom 26. März 1846. Bei Wiederaufnahme seiner politischen Tätigkeit im Kanton Zürich drängte Treichler nun besonders auf die Selbsthilfe der Arbeiter. Als im Jahr 1851 im Grütliverein Karl Bürkli die Errichtung von staatlichen Lebensmittelhallen empfahl, durch welche der Zwischenhandel ausgeschaltet werden sollte, wies Treichler darauf hin, dass die Arbeiterschaft jedenfalls noch lange warten könne, bis die Zürcher Regierung sich zu solchen Massnahmen entschliessen werde; übrigens brauchten die Arbeiter dazu die Regierung gar nicht, sondern könnten sich selber zusammenschliessen, einen Verein bilden, durch diesen gemeinsame Einkäufe machen und einen Laden für den Verkauf einrichten. Das schlug ein, und mit einem Kapital von 75 Fr. wurde unverzüglich ein solcher Verein gegründet, dem man den vom Publikum viel be-

lachten und bewitzelten Namen „Konsum-Verein" gab. Mit Zigarren wurde der Anfang gemacht, und da man im Konsumverein für das gleiche Geld 5 bis 7 statt nur 3 bis 4 Zigarren bekam, begriffen die Arbeiter schnell den Vorteil, und in kurzer Frist konnte man schon zum Hemdentuch übergehen. Der Konsumverein nahm einen fabelhaften Aufschwung. Im dritten Jahr seines Bestehens hatte er schon einen Umsatz von 600,000 Fr. und entwickelte sich unter dem umsichtigen Präsidium Treichlers zur ersten bedeutenden Konsumgenossenschaft auf dem Kontinent.

Am 21. und 22. Juli 1851 feierten die Grütlivereine ihr Zentralfest in Zürich. Die „Freitagszeitung" berichtete darüber: „Wer das stolze Selbstbewusstsein an diesen Leuten, meist blutjungen Handwerkern, zu beobachten Gelegenheit hatte, musste sich sagen, dass hier ein Keim in der Entwicklung liege, der, je nachdem diese Entwicklung geleitet wird, schöne oder schlimme Früchte tragen muss ... Das alte Schützenhaus wurde von den Festfeiernden mit farbigen Gläsern illuminiert; die roten Gläser walteten vor." Der Grütliverein ist 1838 in Genf entstanden, und die Sektion Zürich wurde zehn Jahre später gegründet. Von Kommunismus wollte der Grütliverein nichts wissen; um so mehr lag ihm das Bildungsbedürfnis seiner Mitglieder am Herzen. In politischer Hinsicht beabsichtigte er, „in Wort und Tat die freisinnigen Bestrebungen des Vaterlandes zu unterstützen". Er galt lange Zeit als die Avantgarde der radikalen Partei und zählte in seinen Reihen nicht nur Arbeiter, sondern auch eine grosse Zahl von Kleinmeistern. Im Kanton Zürich bildeten die Grütlivereine das Bindeglied zwischen Demokraten und Arbeitern. Karl Bürkli war nach seiner Heimkehr aus Paris im Jahre 1848 unverweilt in den Grütliverein eingetreten. Im Grossen Rat kämpfte er an der Seite Treichlers mit Begeisterung für die sozialen und demokratischen Postulate, aber die Zeit war dafür nicht günstig. Als auf die Maiwahlen 1854 hin Dubs im „Landboten" die verschiedenen Programme Treichlers kritisch sezierte und mit Benutzung ihrer schwachen Seiten journalistisch geschickt widerlegte, galt der Sozialismus weit herum als abgetan. Die Grossratswahlen standen ganz im Zeichen dieser Polemik und brachten der Regierungspartei einen glänzenden Sieg. Dubs ward als ein wahrer Ritter Georg gefeiert und bestieg zur Belohnung für seine Leistung

den Regierungsratssessel. Er liess sich nicht träumen, dass schon zwei Jahre darauf der so gründlich „erledigte“ Treichler ihm auf demselben Wege nachfolgen werde.

Die Annahme des ihm von Alfred Escher angebotenen Regierungsratsstuhls gab dem Leben Treichlers die tragische Wendung und war für die Arbeiterbewegung ein Verhängnis. Treichler schien vom Schicksal dazu ausersehen, der geistesmächtige Führer einer Arbeiterbewegung von bodenständigem schweizerischem Charakter zu werden und sich in der Geschichte der Demokratie und des Sozialismus einen grossen Namen zu erwerben. Durch seine Wahl zum Regierungsrat wurde er aus der verheissungsvoll begonnenen Laufbahn hinausgeworfen und geriet in eine falsche Stellung. Wäre die Arbeiterpartei nach ihrer Stärke zum Anspruch auf einen Sitz im Regierungsrat berechtigt gewesen, dann hätte diese Wahl nichts Bedenkliches gehabt, sondern der Gerechtigkeitsliebe der liberalen Grossratsmehrheit nur zur Ehre gereicht. Aber sie war nur ein politischer Schachzug oder eine Laune Alfred Eschers, aus dessen Hand Treichler sein Mandat gewissermassen als Geschenk erhielt, und wenn auch einige Genossen ihm zur Annahme rieten, so stand eben doch keine Partei hinter ihm, und es dauerte denn auch nicht zwei Jahre, so wurde er von frühern Freunden als Renegat und Apostat verketzert. Treichler verdiente diese Bezeichnung nicht. Er hatte mit seiner Wahl keinen Glaubenswechsel vollzogen und keine Grundsätze abgeschworen, vielmehr bei ihrer Annahme im Grossen Rat erklärt: „Ich werde nach wie vor meiner Überzeugung und meinen Grundsätzen treu bleiben und ich sehe namentlich in der mir zuteil gewordenen Ehre eine Aufforderung hiezu.“ Und man kann auch tatsächlich nicht sagen, dass er an verantwortlicher Stelle seinen frühern Grundsätzen zuwider gehandelt hätte, nur war er als liberaler Regierungsrat auch nicht mehr in der Lage, für die Ideale seiner Jugend nachhaltig zu wirken. So blieb die Kluft zwischen ihm und seinen frühern Kampfgenossen unüberbrückbar. Karl Bürkli, mit dem er sich auch im Konsumverein überwarf und sogar vor den Gerichten herumstreiten musste, hegte gegen Treichler einen lebenslänglichen tiefen Groll und war auch der einzige von seinen Bekannten, der ihn nie mehr grüsste. Treichler litt unter dieser Unversöhnlichkeit; von weicherem Gemüt, als es die scharf

geschnittenen Züge seines Charakterkopfes vermuten liessen, hatte er das Bedürfnis, verstanden zu werden. Die Revisionsbewegung machte seiner politischen Wirksamkeit ein Ende. Als nun die Demokraten und Arbeiter stark genug gewesen wären, um ihn aus eigener Kraft zu wählen, übergingen sie ihn. Von seinem 47. Jahre an lag der Schwerpunkt seiner Arbeit auf dem Gebiete akademischer Lehrtätigkeit. ,,Nachdem er einige Jahre als Mitglied des Obergerichts amtiert hatte, wurde er 1872 zum Professor der Rechtswissenschaften an der Zürcher Universität ernannt, die ihm schon 1866 für seine Verdienste um die kantonale Gesetzgebung den Doctor juris honoris causa verliehen hatte. Seinen akademischen Pflichten widmete sich Treichler mit grossem Eifer, aber seine bedeutendsten Talente, seine hohen organisatorischen Fähigkeiten, sowie seine bei Behandlung grosser politischer Fragen hinreissende Beredsamkeit vermochte er doch in der Enge des Hörsaales nicht zu betätigen; ein gefangener Adler, der resigniert auf den Gebrauch seiner Schwingen verzichtet, auf denen er sich in stolzem Fluge zur Sonne hätte erheben können, ein Mann, den die Kleinheit und Rückständigkeit der Verhältnisse und der Zeit, in denen er lebte, sein Bestes zu geben hinderte.“ (Dr. Hans Müller.) — Treichler starb am 7. September 1906. —

Als im Jahre 1854 Dubs den Sozialismus im Kanton Zürich besiegt hatte und an eine gedeihliche Arbeiterpolitik hier vorläufig nicht zu denken war, warf sich Karl Bürkli mit der ihm eigenen Zähigkeit auf ein Auswanderungsprojekt, das ihm und seinen Anhängern unter einem günstigeren Himmelsstrich eine Verwirklichung seiner sozialistischen Träume bringen sollte. Von dem mit ihm befreundeten französischen Sozialisten Victor Considérant war der Plan ausgegangen, in Hoch-Texas eine sozialistische Kolonie zu gründen, deren Mitglieder in Phalansterien nach Fourierscher Idee zusammenwohnen und ein glückliches, sorgenfreies Dasein führen sollten. Karl Bürkli warb in Zürich Anhänger für diesen Plan und hielt Propagandaversammlungen im alten Schützenhaus, wo prächtige Stahlstiche an der Wand die Leute für den sozialistischen Himmel auf Erden begeisterten; sie stellten solche Phalansterien dar, grosse palastähnliche Gebäude mit gemeinsamen Haushaltungsanstalten, Vergnügungsräumen, Schulen usw., welche für je eine Assoziation oder Phalanx

bestimmt waren. Bürkli und Lehrer Kaspar Bär übersetzten und verbreiteten auch die lockende Propagandabroschüre Considérants. Am Sonntag den 25. März 1855 reiste die erste Kolonne der zürcherischen Phalansterianer vom Paradeplatz in Zürich nach Texas ab. Eine grosse Menge Zuschauer hatte sich eingefunden und viele gaben den Auswanderern das Geleite bis Baden, wo noch ein zweites Abschiedsmahl stattfand. Karl Bürkli, ausgerüstet mit einer ihm vom Konsumverein zum Abschied geschenkten schönen Jagdflinte, war bereits im Januar über Brüssel, wo ein Kongress der Fourieristen stattfand, vorausgereist. Leider gingen die schlimmen Prophezeiungen, mit denen die „Freitagszeitung" das Unternehmen begrüsst hatte, nur zu bald in Erfüllung. Die Kolonisten gerieten in das tiefste Elend und manche erlagen dem Klima. Schon Ende 1855 befand sich die Kolonie in völliger Auflösung. Der letzte der zürcherischen Phalansterianer, Erwin Bär, lebt heute noch im National Military Home in Kansas. Bürkli wurde dann zur Teilnahme an dem Freischarenzug eines gewissen Walker nach den mittelamerikanischen Staaten gepresst, wobei es ihm leicht hätte schlimm ergehen können; Walker büsste das Unternehmen mit dem Tode. Nach vielen Gefahren und Abenteuern, doch guten Mutes, traf Bürkli im Sommer 1858 wieder in Zürich ein.

Bei Karl Bürkli, den man auch schon „den Vater der schweizerischen Sozialdemokratie" genannt hat, war die kritische Ader besonders stark ausgebildet, und als Kritiker betätigte er sich denn auch auf den verschiedensten Gebieten. Er brachte eine Bewegung in Fluss für die Abschaffung der schweren, unbequemen Militäruniform und ihre Ersetzung durch ein gefälliges bürgerliches Wehrkleid. „Dem Repräsentativsystem rückte er auf den Leib und verkündete das Evangelium der Volksrechte. Den Banken flickte er am Zeug und redete der Verstaatlichung des Kreditwesens das Wort. Den Ingenieuren wies er nach, dass ihr Tun ein halbbatziges sei; die Architekten kanzelte er ab und sagte ihnen, es sei nichts mit ihren Bausystemen." („Freie Jugend".) Über das Wasserbauwesen machte Bürkli viele Studien und veröffentlichte Vorschläge für die Sihlablenkung, die noch bis Ende der Neunzigerjahre den Grossen Stadtrat beschäftigten. Das grösste Aufsehen aber erregte er als historischer Kritiker, welcher „Unsere fingierten Helden" Tell, Winkelried, Rudolf von Erlach rück-

sichtslos ins Fabelreich verwies und die Schlachten von Morgarten und Sempach in ganz neuer Beleuchtung darstellte. Diese historischen Schriften verrieten so viele gründliche Sachkenntnisse, dass Vetter Fritz Bürkli an der Schipfe an die Autorschaft Karl Bürklis gar nicht glauben wollte und ein freches Plagiat vermutete. Aber er irrte sich; Karl Bürkli war wirklich der Verfasser, und er hatte die Genugtuung, dass ein Historiker wie Delbrück seine Schrift „Der wahre Winkelried" einen Beitrag ersten Ranges zur Kriegsgeschichte nannte, und das zugerische Komitee für das Morgartendenkmal ihn einlud, seine Forschungen in einer offiziellen Publikation wiederzugeben. Als Vorkämpfer für die Verhältniswahl machte er mit seiner „Proporz-Perle", dem eigensinnig festgehaltenen einzigen Wahlkreis für den ganzen Kanton, den Gegnern der Verhältniswahl ebenso viel Vergnügen wie ihren Freunden Verdruss. Am höchsten anzurechnen ist ihm sein unentwegtes und konsequentes Eintreten für die Volksrechte. „In der wahren oder Volksrepublik," schrieb er, „befasst sich das Volk nicht nur mit den Personen — Ratswahlen —, sondern auch und vor allem mit den Sachen — Gesetzen. Der gewalttätige Sozialismus und Kommunismus wird durch diese Einrichtung in sein Nichts geschleudert, seine Zähne und Klauen sind ihm genommen." In seinem Auftreten oft von einer etwas gesuchten Derbheit —, er sprach im Kantonsrat nur Dialekt, und oft was für einen! — bewahrte er doch seinem väterlichen Hause eine schöne Pietät und erinnerte sich nicht ungern seiner ruhmreichen Vorfahren, der Inhaber eines Reichsritter- und Freiherrendiplomes, „deren Ahnen auf den Schlachtfeldern von Marignano und Kappel sich ihres angesehenen Geschlechtes würdig erwiesen".

In den Zürcher Blättern vom Jahre 1857 lesen wir zum erstenmal etwas von Umzügen streikender Schuster, und in den spätern Jahren tritt diese Form der wirtschaftlichen Kämpfe immer häufiger auf. Das Jahr 1872 sah einen grossen und siegreichen Streik der Schreinergesellen. Ein Gesuch der Meister an die Regierung um Einschreiten war abgewiesen worden mit der Begründung, dass die Streiker bis jetzt nur von ihrem Rechte Gebrauch gemacht hätten und nur dann gegen sie eingeschritten werden könne, wenn sie sich Ungesetzlichkeiten und Gewalttaten zuschulden kommen liessen. Diese Erfahrungen gaben den Gewerbe-

treibenden des Bezirkes Zürich Veranlassung, eine Unterstützungskasse der Gewerbetreibenden und Arbeitgeber zu gründen, mit welcher jeweilen den von einem Streik betroffenen Gewerben Hilfe gebracht werden sollte. Weniger Glück als die Schreiner hatten im Herbst des gleichen Jahres die streikenden Schmiede und Wagner, die sich mancherlei Ausschreitungen erlaubten. Nach acht Wochen endete der Streik mit einer Niederlage der Arbeiter, die auf die „Landtölpel" schimpften, welche sich als „Streikbrecher" hatten gebrauchen lassen. Einige der Skandalmacher waren am 9. September verhaftet und vor den Polizeipräsidenten Dr. Römer geführt worden, der sie jedoch mit einer ernsten Ermahnung wieder entliess. Im Schützenhaus fanden stürmische Protestversammlungen gegen die Polizei statt. Auch das Jahr 1873 brachte verschiedene Arbeitseinstellungen; ihre Ursache war bei den Bauarbeitern die Abschaffung des „Znüni und Zabig", wofür die Meister fortan 50 Rappen Entschädigung pro Tag bezahlten. Im Jahr 1878 kam ein Spenglerstreik usw. Infolge eines Demonstrationszuges deutscher und italienischer Arbeiter am 11. August erliess die Stadtpolizei im „Tagblatt" vom 16. August 1878 ein Verbot von Umzügen mit der roten Fahne für das laufende Jahr.

Einen bösartigen Verlauf nahm der Schlosserstreik vom Jahre 1886. Bald nach seinem Ausbruch hatte der Stadtrat ein Verbot des Streikpostenstehens erlassen, das von einer Protestversammlung im alten Schützenhaus als ein Gewaltakt und eine arbeiterfeindliche Einmischung bezeichnet wurde. Da sich diese Massregel als unwirksam erwies, verbot der kantonale Justizdirektor Spiller das Belagern der Werkstätten und Begleiten nichtstreikender Arbeiter unter Androhung strafrechtlicher Ahndung. Eine von Conzett geleitete grosse Versammlung im Schützenhaus am 12. Juni verpflichtete sich darauf, alles zu tun, „um den schmählichen, das Proletariat des ganzen Kantons knechtenden Erlass aufzuheben und die Genossen, welche verhaftet wurden, durch Zitieren der schuldigen Beamten vor Gericht zu rächen. Indem wir den Erlass als Verfassungsbruch und Missbrauch der Amtsgewalt bezeichnen, empfehlen wir den Regierungsrat Spiller der gebührenden Hochachtung." Am Pfingstsonntag verteilten die Streikenden massenhaft Protest-Flugblätter unter das Publikum, welche

die Anwendung von Gewalt in Aussicht stellten, wenn die friedlichen Mittel nichts nützen sollten. Dienstag den 15. Juni gab es einen Krawall vor der Hauptwache. Die Schlosser wollten einen verhafteten Genossen befreien, wurden aber beim Eindringen ins Gebäude von den Landjägern mit aufgepflanztem Bajonett abgewehrt. Trotzdem musste wegen des wachsenden Tumults der Verhaftete freigegeben werden. Am Abend wiederholten sich die Demonstrationen; einige Leute wurden abgefasst und ins Selnau abgeführt, gefolgt von einer johlenden Menge. Vor dem Gerichtsgebäude wurde die Polizei mit Steinen beworfen; sie gab einige Revolverschüsse ab und eine ricochettierende Kugel traf den Parkettleger Fischer in die Brust. (Es war jedoch keine tödliche Verletzung; Fischer stand am 6. Oktober mit andern Genossen vor den Gerichtsschranken im Selnau und erhielt noch zwei Monate Gefängnis dazu.) Sonntag den 20. Juni wurde auf dem Platz bei der alten Tonhalle mit Fahnen und Musik eine grosse Volksversammlung abgehalten und eine Resolution angenommen, welche den „Amtsmissbrauch" der Polizeidirektion und das „Blutvergiessen" verurteilte und gerichtliche Klage in Aussicht stellte. Die Resolution war der Versammlung vorgelegt und empfohlen worden von alt Pfarrer Albert Locher, Redaktor des „Landboten", Stadtbürger und Bruder des Schlossermeisters Locher, was in Zürich besonders betont wurde. Andrerseits ging bei der Bürgerschaft eine Sympathieadresse um für Regierungsrat Spiller, welche sich rasch mit Unterschriften bedeckte. Am 8. Juli wurde im Kantonsrat von Dr. Zuppinger über die Streikaffäre interpelliert und mit 133 gegen 49 Stimmen das Vorgehen der Justizdirektion gebilligt. Dr. Amsler hatte unter scharfem Tadel Übergang zur Tagesordnung beantragt..

In vielen von diesen Kämpfen hatten die Demokraten lebhaft für die Arbeiter Partei genommen und sich zu ihren Wortführern in der Presse und im Ratssaal gemacht. Der grossen Mehrzahl der Bevölkerung aber war das aus England herübergekommene Streiken von allem Anfang an zuwider. Sie erblickte darin nur eine Gesetzwidrigkeit, eine strafbare Störung der öffentlichen Ordnung, bestenfalls einen Vorwand zum Faullenzen. Am meisten tadelte sie die Beteiligung der fremden Elemente, denen sie auch die Schuld daran zuschrieb, dass die zürcherischen Arbeiter

sich der „Internationalen Arbeiter-Assoziation" anschlossen und von ihr alles Heil erwarteten. Für die liberale „Zürcher Presse" war diese Vereinigung nichts anderes als eine „internationale Schwefelbande", für die „Freitagszeitung" eine Gesellschaft religions- und vaterlandsloser Tagediebe und Taugenichtse. Von der Internationale war — wie diese Blätter entrüstet feststellten — den zürcherischen Arbeitern die Idee gekommen, dass sie als Proletarier — proles, Nachkommen, nannte man im alten Rom eine Klasse von Bürgern, die dem Staat nur durch ihre Nachkommen nütze — eine ganz besondere Klasse bilden und sich als solche im Gegensatz zu allen andern Klassen fühlen sollten. — Der Vorläufer der Arbeiter-Internationale war der „Bund der Kommunisten" gewesen, der als Geheimverband schon seit 1836 bestanden hatte und in dessen Auftrag Marx und Engels im November 1847 das „Kommunistische Manifest" verfassten, das mit den bekannten Worten schliesst: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Der „Bund der Kommunisten", welcher zuerst den internationalen Charakter der Arbeiterbewegung betont hat, verlief jedoch im Sande. An seine Stelle trat die „Internationale Arbeiter-Association", zu welcher eine Verbrüderung englischer und französischer Arbeiter auf der Londoner Weltausstellung von 1862 den Anstoss gab. Ihre förmliche Konstituierung erfolgte am 28. September 1864 zu St. Martinshall in London. Von den Kongressen, welche die „rote Internationale" in den nächsten Jahren veranstaltete, fanden drei auf Schweizerboden statt: vom 3.—10. September 1866 in Genf, vom 2.—8. September 1867 in Lausanne, vom 8.—9. September 1869 in Basel. Dieser Basler Kongress beschloss u. a. die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden. Karl Bürkli hielt einen Vortrag über die unmittelbare Volksgesetzgebung, Referendum und Initiative. Bakunin meinte aber, diese Volksrechte seien nur im Interesse der Bourgeoisie; die Arbeiterschaft solle sich überhaupt nicht mit Politik befassen, sondern nur suchen, sich auf dem Wege der Revolution der Herrschaft zu bemächtigen und alles niederzuschlagen, wogegen Liebknecht durchblicken liess, ein solcher Radikalismus, wie ihn Bakunin verkünde, arbeite nur der Reaktion in die Hände; ohne die politischen Freiheiten und ohne die Beteiligung der Bürger an der Gesetzgebung könne die soziale Frage gar nicht gelöst werden.

Das Haupt der Internationale war der Rheinländer Karl Marx, Abkömmling einer reichen jüdischen Familie. Er hat den modernen Sozialismus wissenschaftlich begründet in seinem Hauptwerk „Das Kapital", das „die Bibel der Sozialdemokratie" genannt worden ist. Es ist eine Bibel, die auch von ihren Verehrern nicht gelesen wird, denn das Evangelium, das sie verkündet, ist von einer trostlosen Dürre, ein öder Materialismus und Atheismus. Marx hat in die Arbeiterbewegung den Hass und den Hohn hineingetragen. Durch ihn wurde die deutsche Sozialdemokratie, die eine radikale, aber nützliche Fortschrittspartei hätte werden können, eine fanatische und intolerante Sekte. Von einer Begegnung mit Marx im Jahre 1848 berichtet Karl Schurz u. a.: „Ich erinnere mich noch sehr wohl des schneidend höhnischen, ich möchte sagen, des ausspuckenden Tones, mit welchem er das Wort ‚Bourgeois' aussprach, und als ‚Bourgeois', das heisst als ein unverkennbares Beispiel einer tiefen geistigen Versumpfung, denunzierte er jeden, der seinen Meinungen zu widersprechen wagte."

Karl Marx verursachte mit seinem herrischen, diktatorischen Wesen, gegen das sich besonders die französischen und westschweizerischen Sektionen empörten, den Zusammenbruch der ersten Internationale im Jahre 1873; sie fiel in eine gemässigte und eine radikale Richtung auseinander, die fortan ihre Tagungen getrennt abhielten. Eine zweite Internationale entstand aus Anlass der hundertjährigen Gedächtnisfeier der französischen Revolution durch den internationalen Arbeiterkongress in Paris vom 14. bis 20. Juli 1889. Der Kongress von Brüssel im Jahre 1891 erklärte, dass er auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehe und dass die Arbeiter der ganzen Erde ihre Kräfte vereinigen sollen, um den Widerstand der kapitalistischen Klassen zu überwinden und sich die politischen Rechte zur Erlangung der politischen Macht zu erringen. In Brüssel schon und dann auch im Jahre 1893 in Zürich wurden die Anarchisten von den Verhandlungen ausgeschlossen. In den alle zwei Jahre stattfindenden Arbeiterkongressen erblickte die „internationale revolutionäre Sozialdemokratie" ihre offizielle Vertretung. Nun aber ist im Jahre 1914 auch diese zweite Internationale jammervoll zusammengebrochen. Als der Augenblick gekommen war, da die internationale Verbrüderung der Arbeiter hätte zur Wahrheit werden

sollen, als die Proletarier allerorten klopfenden Herzens der Erfüllung der grossen Verheissungen entgegensahen, dass die internationale revolutionäre Sozialdemokratie jeden weitern Krieg unmöglich machen könne und werde, da ward auf einmal das andere Transparent aufgesteckt: „Proletarier aller Länder, tötet euch!“ Die Pariser Genossen revolutionierten nicht und die deutschen Genossen im Reichstag, 110 Mann stark, übernahmen bereitwillig auch ihrerseits die Verantwortung für die Entfesselung des Weltkrieges.

Der zürcherischen und schweizerischen Arbeiterbewegung gereichte ihre Verbindung mit der Internationale zum schweren Schaden und zur fortwährenden Hemmung. Die Grundsätze der Internationale wirkten auf die Bevölkerung abstossend, und da die Anhänger der Internationale, getreu des Meisters Lehre, keineswegs darauf ausgingen, für sich und ihre Sache die Sympathien des Volkes zu gewinnen, sondern sich vom übrigen Volke möglichst abzusondern und sich in einen feindseligen Gegensatz zu allen andern Klassen zu stellen, ist es auch nicht zu verwundern, dass ihnen die Sympathien des Volkes sich nicht zuwandten. In einer demokratischen Republik aber, in welcher das Volk selbst der Souverän ist, braucht jede Partei, die etwas erreichen will, den guten Willen und das Vertrauen des Volkes. Es ist zwar nicht zu bestreiten, dass speziell die deutsche Sozialdemokratie der zürcherischen Arbeiterbewegung auch vorzügliche und achtungswerte Führer gegeben hat, die, wie Greulich, Seidel, Manz-Schäppi, vollständige Schweizer geworden sind, selbst wenn der eine oder andere von ihnen noch kein vollkommen reines Schweizerdeutsch sprechen sollte. Von Greulich sagte August Bebel, er sei „ganz verschweizert“, und wie oft hat Seidel in Arbeiterversammlungen leuchtenden Auges unsre herrlichen Schweizer Freiheiten und Rechte gepriesen und die Genossen aufgefordert, sich ihrer zu freuen und sie zu gebrauchen! Die schönsten seiner Lieder widmete Seidel, der gefeierte Arbeitersänger, seiner zweiten Heimat, unserm Schweizerland. Diese und andere Genossen aus dem Deutschen Reiche haben die nicht geringe Mühe auf sich genommen, sich ganz in unsre Schweizerart hineinzuleben, sie verstehen zu lernen und sich zu eigen zu machen. Das bringen nur die wenigsten der von draussen hereinkommenden Genossen fertig,

und für die kurze Zeit, die sie bei uns zuzubringen gedenken, wollen sie sich damit auch gar nicht erst plagen. So bleiben sie uns wie wir ihnen fremd, beteiligen sich aber gleichwohl gelegentlich sehr lebhaft an unsern wirtschaftlichen und selbst an politischen Kämpfen. Dadurch schädigen und kompromittieren sie aber nicht selten die vielleicht sonst gute Sache der einheimischen Arbeiter; denn so wenig wie anderswo lässt man sich bei uns gerne von Fremden in die eigenen Landesangelegenheiten hineinreden. Dazu kommt der bei uns besonders spürbare Einfluss des doktrinären deutschen Sozialismus, der mit aller Gewalt und im Widerspruch mit dem ganzen Geist und Wesen unsrer Demokratie, die wohl herrschende Parteien, aber keine herrschenden Klassen kennt, auch unsern Staat zum reinen „Klassenstaat" stempeln will. Revolution und Klassenkampf haben aber in der reinen Demokratie keinen Sinn, und nicht dazu hat unser Volk in jahrhundertlangen Kämpfen die reine Demokratie errungen, alle Klassenvorrechte abgeschafft und die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz durchgeführt, um schliesslich die politische Macht wieder einer einzelnen Klasse, diesmal dem Proletariat, zu übertragen.

Der Name Greulichs taucht zum erstenmal auf im Protokoll des (am 10. März 1840 als Gesangverein gegründeten) deutschen Arbeitervereins „Eintracht" im Jahre 1865. Die Eintragung besagt, dass der junge, eben aus Deutschland zugereiste Genosse den Antrag stellte, man möchte ihm die Vereinsvioline zur Benutzung überlassen, was ihm zugestanden wurde. Herman Greulich ist am 9. April 1842 in Breslau geboren. Sein Vater war Kutscher und Transportarbeiter. Greulich machte eine fünfjährige Lehrzeit als Buchbinder durch und begab sich im September 1862 auf die Wanderschaft. Als Abgeordneter des Arbeitervereins Reutlingen besuchte er 1865 den dritten Vereinstag deutscher Arbeitervereine in Stuttgart und machte dort die Bekanntschaft von Bebel, F. A. Lange u. a. In Stuttgart riet man ihm: „Sie müssen nach der Schweiz, dort werden Sie erst lernen!" Greulich liess sich das gesagt sein und war einige Wochen später in Zürich, zuerst als Buchbinder, dann als Angestellter in einem photographischen Atelier und schliesslich als Kaffeeröster im Konsumverein arbeitend. Im August 1867 wurde die Sektion Zürich der „Internationale" gegründet mit Karl Bürkli als Präsident und

Greulich als Sekretär. In den Arbeiterversammlungen im Schützenhaus im Frühjahr 1868 trat Greulich öfters als Redner auf und verfocht den Anspruch der ausländischen Genossen, auch in Verfassungs- und Gesetzesfragen in solchen Arbeiterversammlungen mitzusprechen. Eine gewisse Rolle spielte in diesen Schützenhaus-Zusammenkünften der „Gottist“ Clement, halb Sozialist, halb religiöser Schwärmer, dem Greulich entgegentrat, indem er sagte, er habe dessen grünes Büchlein gelesen, aber auch nicht einen gesunden Gedanken darin gefunden. Es war aber immerhin nicht so ungeschickt, dass Clement in einer Versammlung des „Politischen Gemeindevereins“ zur Besprechung der sozialen Frage den Vorschlag machte, dass an unsrer Hochschule die „komparative Nationalökonomie“ eingeführt werden möchte. Im Gegensatz zu den „Internationalen“ im Schützenhaus verkündete der Grütliverein öffentlich, dass er nicht in Sozialismus mache und gegen die Ideen Clements und seiner Genossen sei. Eine ähnliche Stellung nahm (1868) der „allgemeine Arbeiterverein des Kantons Zürich“ ein, welcher in einem Aufruf zur genossenschaftlichen Organisation sagte: „Im Gegensatz zu denen, welche alles Heil von der Staatshilfe erwarten, ist ein Teil eurer Genossen zusammengetreten, um sich selbst zu helfen. Der Kommunismus, den man uns von einigen Seiten predigt, bedroht uns mit dem Verlust unsrer Selbständigkeit und mit der Vernichtung unserer eigenen wenigen Ersparnisse. Die Anklagen gegen das Kapital haben uns bisher um keinen Schritt vorwärts gebracht und können auf die Dauer uns nur schaden und in den Strudel schwerer Krisen stürzen. Lasst uns daher die allgemeinen Redensarten und unfruchtbaren Hirngespinste mit gesunden Schöpfungen genossenschaftlicher Selbsthilfe vertauschen.“ Die vom Verfassungsrat getroffenen Kommissionswahlen gaben der „Freitagszeitung“ die Beruhigung, dass der Rat sich von den Schützenhausversammlungen der Internationale nicht imponieren lassen und den Kanton Zürich nicht dem Sozialismus entgegenführen werde; es sei bloss zu gewärtigen, dass die bisherige radikale Opposition des Grossen Rates „auch wieder System werde, sobald sie auf die ersehnten Sessel gestiegen, dass sie die sozialistische Partei, auf deren Rücken sie emporgestiegen, unter den Füssen werde zu behalten suchen, und schliesslich, dass sie zu dem Ende hin lieber mit den Liberalen

wieder Friede machen werde, um gemeinsam den Sozialismus zu bekämpfen, statt dessen Diktaten sich zu fügen".

Auf Betreiben Greulichs wurde Ende 1869 eine Probenummer der „Tagwacht", des ersten sozialdemokratischen Blattes der Schweiz, herausgegeben. Sie erschien von 1870 an zweimal wöchentlich unter der Redaktion Greulichs und brachte schon gleich anfangs ziemlich heftige Artikel wegen der Verwerfung des neuen kantonalen Fabrikgesetzes am 24. April 1870, obgleich ein grosser Teil der Arbeiterschaft selber das Gesetz verworfen hatte, weil es ihren Forderungen zu wenig entsprach. Der deutsche Arbeiterverein „Eintracht" ergab sich 1870/71 dem Patriotismus, holte seine Fahne hervor und zog in die Tonhalle, um mit den Alldeutschen Sedan zu feiern; den Genossen Greulich wollten die „Einträchtler" hinauswerfen, weil er ihren Hurrahpatriotismus bekämpfte. Am 4. Februar 1872 beschloss eine Arbeiterversammlung im alten Schützenhaus, einen Zentralausschuss der Krankenkassen und Gewerkschaften als „oberste leitende Behörde der sozialdemokratischen Partei" zu betrachten und ihn mit den nötigen Anordnungen zu beauftragen, um für die Schweiz eine grosse, tatkräftige, aber selbständige, d. h. wohl von der Internationale unabhängige sozialdemokratische Partei zu schaffen. Etwas Derartiges entstand dann auch wirklich im Jahre darauf. Grosses Aufsehen erregte im Jahre 1872 die Auslieferung des am 14. Mai in Neumünster verhafteten russischen Revolutionärs Netschajeff, welcher am 27. Oktober geschlossen abgeführt wurde, sich aber dann auf dem Transport nach Sibirien erschoss. Im Kantonsrat stellte darüber am 1. November Professor Gustav Vogt eine Interpellation.

Es ist zu einem guten Teile das Verdienst Greulichs und seiner „Tagwacht", dass am 1.—3. Juni 1873 in Olten der (alte) schweizerische Arbeiterbund gegründet wurde als die erste grosse zentrale Organisation der Arbeiterschaft unseres Landes, die zugleich politischer und gewerkschaftlicher Sammelpunkt der schweizerischen Lohnarbeiter war und sich äusserlich unabhängig zur Internationale stellte, obgleich er ihre grundsätzlichen Anschauungen vertrat. Der Grütliverein schloss sich dem Arbeiterbund nicht an, begrüsste aber seine Gründung „als im Interesse des Arbeiterstandes liegend"; dagegen war er dem bürgerlich-radikalen

„Volksverein“ beigetreten. Im Frühling 1874 wollte der schweizerische Arbeiterbund seine Delegiertenversammlung in Zürich abhalten; er ersuchte den Regierungsrat um Überlassung des Rathaussaales zu diesem Zwecke, was auf Antrag Gottlieb Zieglers ohne weiteres gestattet wurde. Im Publikum machte diese Erlaubnis böses Blut, und eine mit 10,675 Unterschriften bedeckte Petition an den Kantonsrat verlangte ihre Zurücknahme. Nach lebhafter Debatte überwies am 11. Mai der Kantonsrat auf den Antrag von Forstmeister Ulrich Meister mit 98 gegen 94 Stimmen die Petition dem Regierungsrat zur Berücksichtigung. Der Arbeiterbund tagte dann auf die Einladung des Stadtrates von Winterthur im dortigen Stadthaus; der Regierungsrat aber erliess am 26. Mai eine Verfügung, wonach der Rathaussaal künftig keiner privaten Veranstaltung mehr einzuräumen, sondern einzig den Sitzungen von Behörden zu reservieren sei. Von diesem Verbot wurden für einige Jahre auch die akademischen Rathausvorträge betroffen. Im Grütliverein war eine Spaltung entstanden über der Frage der Stellung zum Volksverein und Arbeiterbund. Während die eine Richtung — hauptsächlich vertreten durch Bleuler-Hausheer, der seit 1873 Redaktor und Verleger des „Grütlianer“ war — den Grütliverein ohne Preisgabe seines nationalen Charakters auf den Boden des modernen Sozialismus und einer entschiedenen Sozialreform stellen wollte, bekämpfte dagegen die „nationale“ Richtung, welcher das Zentralkomitee in Bern und der Zentralpräsident Redaktor Arnold Lang das Panier vorantrug, die Ziele und Grundsätze der Internationale. Der Streit endete mit dem Sturz des Zentralkomitees im August 1875; aber schon auf Ende 1877 legte Bleuler Redaktion und Verlag des „Grütlianer“ nieder. Dass bei ihm und wohl auch manchen andern Demokraten die Sympathie für die Internationale mehr platonischer Art gewesen war, zeigt seine scharfe Stellungnahme gegen Greulich, den er noch im Jahr 1874 in einem Brief an Lange einen „genialen Burschen“ genannt hatte, und die Tatsache, dass er bereits im Februar 1878 zwischen sich und den ehemaligen Genossen von der „Tagwacht“ das Tafeltuch ein- für allemal feierlich zerschnitt. Im Mai 1879 folgte dann noch eine weitere scharfe Absage im „Landboten“.

Der gewaltige Kampf um das eidgenössische Fabrikgesetz, welcher im Spätjahr 1876 einsetzte, gibt Gelegenheit, auch einer

neuen politischen Organisation der Konservativen Erwähnung zu tun: es ist dies der „Eidgenössische Verein", in dessen lebhaft bewegter Sitzung am 27. November 1876 auf der „Waag" in kontradiktorischem Verfahren das eidgenössische Fabrikgesetz behandelt wurde. In schöner Vorurteilslosigkeit hatte man auch den Sozialdemokraten Greulich, Karl Bürkli, Rudolf Morf u. a. Zutritt und Teilnahme an der Diskussion gestattet. Der „Eidgenössische Verein" war am 6. Mai 1875 in Olten gegründet worden, die Sektion Zürich hatte sich am 8. März 1876 konstituiert. Unter den Mitgliedern des „Eidgenössischen Vereins" finden wir eine Reihe von Trägern glänzender Namen aus Basel, Zürich, der Westschweiz. Das reichste und anregendste Leben in der Sektion Zürich entfaltete sich zu der Zeit, als Prof. Dr. Georg v. Wyss das Präsidium, Friedrich Otto Pestalozzi das Sekretariat inne hatte und der Bruder des letztern, der geistvolle Pfarrer am Grossmünster, Ludwig Pestalozzi, mit seinen häufigen Vorträgen das Vereinsleben bereicherte. Eine imposante Arbeiter-Landsgemeinde fand am 13. Mai 1877 in Zürich statt, die nach Reden von Vogelsanger, Salomon Vögelin, Morf und Greulich begeistertes Eintreten für das Fabrikgesetz beschloss. Demselben Zweck, der Agitation für das Fabrikgesetz, diente auch der gemeinsame Pfingstkongress des Grütlivereins und des Arbeiterbundes in Neuenburg. Es war eine Bewegung, wie sie gleich mächtig in der schweizerischen Arbeiterschaft nicht mehr vorgekommen ist, und ihr war denn auch die Annahme des Fabrikgesetzes am 21. Oktober 1877 zu verdanken. Auf dem Neuenburger Kongress (19. bis 22. Mai 1877) wurde auch die Gründung einer geschlossenen sozialdemokratischen Partei der Schweiz beschlossen; allein der Allianzvertrag zwischen Arbeiterbund und Grütliverein, welcher dazu hätte führen sollen, wurde vom Grütliverein in seiner Luzerner Delegiertentagung 1878 abgelehnt, obwohl der Verein gleichzeitig das von der Berner Sektion ausgearbeitete Programm der sozialdemokratischen Partei der Schweiz annahm. Die sozialdemokratische Partei der Schweiz konnte tatsächlich erst ins Leben treten, als der Arbeiterbund sich im Jahre 1880 auflöste, da die Erfahrung gezeigt hatte, dass eine und dieselbe Organisation der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung nicht gerecht zu werden vermochte. An die Stelle des Arbeiter-

bundes trat der schweizerische Gewerkschaftsbund einerseits (mit der „Arbeiterstimme“ als Organ) und die schweizerische sozialdemokratische Partei andrerseits, die aber noch Jahre lang nicht zu einer eigentlichen Entfaltung kam.

Die „Tagwacht“ ging Ende 1880 ein. Greulich war verdienstlos und behalf sich einstweilen mit journalistischer Tätigkeit für demokratische Blätter. Er hatte 1876 ein Heimwesen in Hirslanden erwerben können und war 1879 mit Stichentscheid des Präsidenten Gattiker in das Bürgerrecht von Hirslanden aufgenommen worden. Noch in der „Tagwacht“ und dann auch in dem neuen, seit 1. Oktober 1879 in Zürich erschienenen Blatt „Der Sozialdemokrat“ trat Greulich der anarchistischen Richtung Bakunins energisch entgegen. Der „Sozialdemokrat“ war hauptsächlich für die Genossen in Deutschland bestimmt, welche durch das am 21. Oktober 1878 erlassene Sozialistengesetz in ihrer freien Bewegung schwer gehemmt waren und deshalb die Zentralstelle für ihre agitatorische Tätigkeit nach Zürich verlegt hatten. Von hier aus versorgte „der rote Postmeister“ (Motteler) auf hundert Schleichwegen und mit Schmuggelkniffen aller Art die Genossen im Reich mit verbotener Literatur. Am 20.—23. August 1880 und ebenso am 21. August 1881 tagte auf Schloss Wyden bei Ossingen ein hauptsächlich von Deutschen besuchter internationaler Kongress. Die letzte Lebenszeit der „Tagwacht“ kennzeichnete ein leidenschaftlicher Kampf des Mitarbeiters Herter gegen das Offizierskorps, das in einer Versammlung am 27. Oktober 1880 auf „Zimmerleuten“ unter dem Vorsitz von Oberst Meister eine Eingabe an den Bundesrat beschloss, aber den Bescheid erhielt, dass bedauerlicherweise nach gegenwärtigem Gesetz gegen die „Tagwacht“ nicht eingeschritten werden könne.

Zwischen den Demokraten und den Arbeitern war allmählich eine ziemlich tiefe Entfremdung eingetreten. Ernüchternd hatte es schon gewirkt, als auf dem Arbeitertag in Uster am 28. Januar 1877 Regierungsrat Sieber erklärt hatte, dass er „im Prinzip“ ganz einverstanden sei mit den gewünschten sozialistischen Neuerungen (unentgeltliche Krankenpflege usw.), dass aber der Staat zu ihrer Ausführung kein Geld habe. Als am 18. Juni 1877 Karl Bürkli im Kantonsrat gegen die Nordostbahn vorging und unter schärfsten persönlichen Ausfällen auf den anwesenden Alfred

Escher strafrechtliche Untersuchung ihrer „Misswirtschaft" verlangte, erhoben sich für seine Motion nur drei Mitglieder, und die daraufhin inszenierte Volksinitiative gegen die Nordostbahn erzielte nicht die nötige Unterschriftenzahl. Auf dem Arbeitertag in Winterthur am 20. Januar 1878 machte Greulich die Demokraten für diese Niederlage verantwortlich und warf ihnen vor, sie hätten die Revisionsbewegung nur benutzt, um sich gute Plätze und ihren Unternehmungen, die jetzt vor dem Zusammenbruch ständen, die staatliche Unterstützung zu sichern. Auch in der Frage des staatlichen Getreidehandels, dessen Einführung der Arbeitertag auf die Initiative des Arbeitervereins Töss hin anzustreben beschloss, gingen Demokraten und Arbeiter auseinander, und bei den Regierungs- und Kantonsratswahlen vom 14. Mai 1878 traten die Arbeiter zum erstenmal als sozialdemokratische Partei selbständig auf, was ihnen aber schlecht bekam, da sie keine Eroberungen machten und noch verloren, was sie hatten. Auch Karl Bürkli wurde „gesprengt" und erst später in Töss wiedergewählt. Die von der Partei ins Werk gesetzte Getreidemonopol-Initiative, für welche 6072 Unterschriften eingingen, wurde vom Kantonsrat am 19. Februar 1879 ablehnend begutachtet und am 4. Mai 1879 vom Volk verworfen.

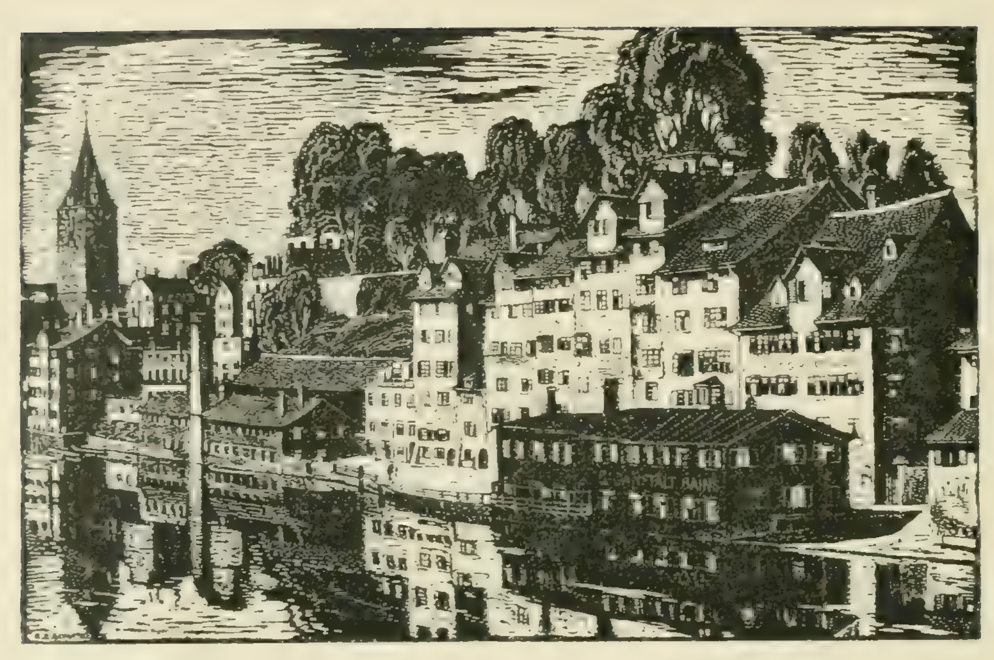
Als Hauptträger und Förderer der Idee des Getreidemonopols in der Schweiz ist Robert Seidel anzusehen. Schon auf dem Winterthurer Arbeitertag vom Januar 1878 wurde auf seinen Antrag die Zustimmung zu der Anregung des Arbeitervereins Töss beschlossen, und seitdem hat Seidel wiederholt den Gedanken des Getreidemonopols wieder aufgegriffen und in zahllosen Vorträgen, in Broschüren und Zeitungsartikeln dafür Propaganda gemacht. Es bedurfte aber des europäischen Krieges von 1914/15, um ihm zum Durchbruch zu verhelfen, und am 7. April 1915 hatte Seidel die Genugtuung, im Nationalrat den Vertreter des Bundesrates die Gedanken und Anschauungen entwickeln zu hören, die er seit Jahrzehnten verfochten hatte. Robert Seidel ist geboren am 23. November 1850 zu Kirchberg in Sachsen. Er wurde Buckskinweber in Crimmitschau und entfaltete im Arbeiterbildungsverein, im Volksverein usw. eine reiche Tätigkeit als Vorstandsmitglied, Sekretär und Lehrer. In einem Alter, da andere noch erzogen werden, mit 19 Jahren, hielt Seidel bereits öffentliche Vorträge

über Erziehung. Von 1870 an arbeitete er als Weber und später als kaufmännischer Angestellter in verschiedenen Fabriken im Kanton Zürich und übernahm sodann am 1. November 1876 die Stelle des Zentralbuchhalters bei den sogenannten „Bundesinstituten“ des schweizerischen Arbeiterbundes in Zürich (Druckerei, Buchhandlung, Expedition der „Tagwacht“). 1880 erwarb Seidel nach nur einjährigem Besuch des Seminars Küsnacht das Primarlehrerpatent, später auch das Sekundarlehrerpatent. Seidel nahm lebhaften Anteil an den Verhandlungen des sozialistischen Weltkongresses in Chur vom 2.—4. Oktober 1881. Dieser Kongress, der vom Generalrat der sozialistischen Partei Belgiens einberufen worden war, hat seine Vorgeschichte. Er hätte in Zürich stattfinden sollen; es stellten sich aber die Herren vom „Eidgenössischen Verein“ (Oberst Eduard Ziegler, Georg v. Wyss, Oberst Pestalozzi u. a.) an die Spitze einer mächtigen Volksbewegung, welche in kürzester Frist über 30,000 Unterschriften für eine Petition gegen die Abhaltung des Kongresses in Zürich zusammenbrachte. Die Erregung ist zu verstehen, wenn man liest, in welcher rohen Weise in der internationalen Presse der Zarenmord vom 13. März 1881 in Petersburg (Alexander II.) verherrlicht und das wüste Treiben der Anarchisten in Schutz genommen wurde. Der Regierungsrat gab am 12. Juni der Petition Folge; die Regierungsräte Hauser und Stössel protestierten dagegen zu Protokoll als gegen eine Verletzung der verfassungsmässigen Versammlungsfreiheit. Am 12. Juli wies der Kantonsrat nach zweitägiger Beratung unter Namensaufruf mit 120 gegen 69 Stimmen den Rekurs ab, den Karl Bürkli, Herter und Obrist gegen den Regierungsbeschluss eingereicht hatten. Die demokratische Minderheit des Kantonsrats rekurrierte ohne Erfolg an das Bundesgericht. So lebhaft sich aber die Demokraten für das Recht der Versammlungsfreiheit wehrten, missbilligten doch auch sie den verhetzenden und verletzenden Ton der sozialistischen Presse. Salomon Vögelin sagte im Kantonsrat einmal, es komme dem mit ruhigem Temperament ausgestatteten Zürcher Bürger widerlich vor, sich in der „Tagwacht“ allwöchentlich vor die Alternative gestellt zu sehen, er sei, wenn er sich dem neuen sozialdemokratischen Evangelium nicht anschliesse, entweder ein Blödsinniger, an Gehirnerweichung Leidender, oder aber ein Schurke. Für den Grütli-

verein bot diese Kongressaffäre den Anlass, sich am 21. August 1881 von den „Internationalen" zu trennen und einen Verband der Grütlivereine des Kantons Zürich zu bilden. Aber schon 1883 fand wieder eine Annäherung statt, und es wurde ein gemeinsames Komitee der Grütli- und Arbeitervereine eingesetzt.

Im Jahre 1884 wurde Greulich Angestellter und dann Chef des kantonalen statistischen Bureaus. Kurze Zeit darauf trat er wieder vollständig in den Dienst der Arbeiterbewegung. Vom schweizerischen Grütliverein war nämlich die Anregung zur Gründung eines neuen schweizerischen Arbeiterbundes auf neutraler Grundlage und mit einem ständigen Sekretariat ausgegangen. In einer Eingabe an das eidgenössische Handels- und Landwirtschaftsdepartement vom 28. August 1886 ersuchte der Grütliverein um eine Bundessubvention für ein solches Sekretariat. Das Gesuch fand gute Aufnahme und am 10. April 1887 konnte in Aarau der neue schweizerische Arbeiterbund konstituiert werden, dessen Zweck die gemeinsame Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse ist. Zum schweizerischen Arbeitersekretär wurde am genannten Tage Herman Greulich gewählt; der ebenfalls vorgeschlagene Seidel blieb in Minderheit. Das schweizerische Arbeitersekretariat, das seinen Hauptsitz in Zürich hat, wird vom Bunde mit 25,000 Franken jährlich subventioniert, ein Beweis, zu welcher Bedeutung und Anerkennung es die Arbeiterbewegung in der Schweiz gebracht hat. Das Verhältnis zwischen den zürcherischen Demokraten und den Sozialdemokraten machte noch mancherlei Wandlungen durch und wechselte zwischen gelegentlichen Bündnissen und heftiger Fehde. Besonders verübelte man es bei den Arbeitern den Demokraten, dass sie nach dem Schlosserstreik von 1886 den Justizdirektor Spiller wieder wählen halfen. Nach und nach bildete sich dann der Zustand heraus, den Reinhold Rüegg mit dem gemütlichen Ausspruch kennzeichnete: „Die Demokratie denkt noch keineswegs ans Einpacken. Sie hat ein bescheidenes Vermögen, bewegt sich in bürgerlich geordneten Verhältnissen, geniesst die Achtung der freisinnigen Kreise und lässt die Sozialdemokraten höhnen; das tut nicht weh."

◆◆



E. E. Schlatter

An der Schipfe in Zürich

SECHSTER TEIL

DAS AUFBLÜHEN DER STADT



Heinrich Mousson

Stadtpräsident

◆◆

DREISSIGSTES KAPITEL

STADTPRÄSIDENT MOUSSON

Johann Heinrich Emanuel Mousson war der ältere Sohn des eidgenössischen Kanzlers Johann Marcus Samuel Mousson († 22. Juni 1861). Er wurde geboren am 29. September 1803 im Hause seines Grossvaters, des damaligen Pfarrers von Lonay bei Morges. Zwei Monate vor seiner Geburt war sein Vater im Alter von erst 27 Jahren zum eidgenössischen Kanzler ernannt worden, und er führte dieses wichtige Amt mit solcher Auszeichnung, dass ihn die Regierungen von Zürich (1816) und Bern (1821) mit dem Landrecht, die beiden Hauptstädte mit dem erblichen Bürgerrecht beschenkten. Der mit dem Wechsel des Vororts verbundene mehrmalige Wohnsitzwechsel des Kanzlers legte den Grund zur künftigen Bestimmung seines Sohnes und bedingte dessen Bildungsgang. Heinrich Emanuel Mousson erhielt seinen Unterricht am Schochschen Institut in Zürich und an der Akademie in Bern. Nach einem Aufenthalt in Genf bezog er 1824 die Universität Göttingen als Studierender der Rechte, brachte den Winter 1827/28 in Paris zu und trat sodann als Freiwilliger unter den Augen seines Vaters in den Dienst der eidgenössischen Kanzlei. Noch im Jahre 1828 wurde er zum Privatsekretär seines Vaters befördert. Nach dessen Rücktritt avancierte der bisherige eidgenössische Staatsschreiber Amrhyn zum Kanzler und Heinrich Mousson wurde Staatsschreiber. Das Amt entsprach der sorgfältigen Vorbildung, die er dazu erhalten hatte, seinen Fähigkeiten und Neigungen. In Charakter, Überzeugungen und Talent war er dem Vater ähnlich, doch von weicherer Gemütsart. Als die Wirren von Schwyz und Basel 1833 die Schweiz erschütterten und die Mehrheit der Stände mit Waffengewalt gegen die Minderheit einschritt, fühlte er sich gedrungen, sein Amt als eidgenössischer Staatsschreiber niederzulegen (5. August 1833), da er die Fortführung desselben mit seinem der Eidgenossenschaft als Ganzes geleisteten Eide für unverträglich hielt.

Mousson liess sich nunmehr in Zürich nieder, wo er das Bürgerrecht besass, und wurde alsbald zum Mitglied des Grossen Rates gewählt. 1834 übernahm er das Sekretariat des kaufmännischen Direktoriums, dem jetzt nach den zwischen Staat und Stadt geschlossenen Verträgen die Ausführung wichtiger Bauten übertragen war. Im Jahr 1836 wurde Mousson Mitglied des Grossen Stadtrates und des Bezirksgerichts Zürich. Die konservative Staatsumwälzung von 1839 verschaffte Mousson den Eintritt in die Regierung (20. September). Schon im folgenden Jahre wurde er als Nachfolger von J. J. Hess Bürgermeister und damit Amtsgenosse des weit ältern, aber mit ihm befreundeten C. v. Muralt. Doch auch hier musste nach einigen Jahren eine eidgenössische Frage Veranlassung zu seinem Rücktritt werden. Was Mousson im Jahre 1833 bewogen hatte, seiner damaligen eidgenössischen Laufbahn zu entsagen, wiederholte sich jetzt in viel grösserem Masstabe gerade in dem Augenblick, als ihn sein Amt als Haupt des Vorortes an die Spitze der Eidgenossenschaft rief. Unter dem Einfluss der Jesuiten- und Klosterfrage war ein gänzlicher politischer Umschwung im Kanton Zürich erfolgt und hatte auch eine andere Zusammensetzung des Regierungsrates und Grossen Rates herbeigeführt, welche dem Bürgermeister als Tagsatzungspräsidenten die Fortsetzung seiner vermittelnden Politik unmöglich machte. Mousson eröffnete zwar noch die Tagsatzung vom 20. Februar 1845 in Zürich und nahm die Gelegenheit wahr, die Ehre und Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft gegen die ungebührliche Einmischung Frankreichs in ihre inneren Angelegenheiten nachdrücklich zu verteidigen. Aber am 3. April trat er sodann mit Bluntschli aus dem Regierungsrat zurück, blieb zwar Mitglied des Grossen Rates, hatte jedoch nun bis 1847 eine gewisse Mussezeit.

Ein neuer, ihm voll zusagender Wirkungskreis eröffnete sich ihm, als die Stadtgemeinde Zürich ihn am 17. Mai 1847 zum Mitglied des engern Stadtrates berief und im Herbst 1848 auch zum Vizepräsidenten des Stadtrates beförderte. Mit rüstiger Tätigkeit und mit der wohltuenden Empfindung, Pflichten obzuliegen, von denen das Wohl des Ganzen und vieler Einzelner oft weit mehr abhängt als vom Ausgang politischer Parteikämpfe, mag auch ihr Gebiet vom lauten Treiben des Tages oft weit abliegen, widmete

sich Mousson nun den wichtigsten Zweigen der städtischen Verwaltung. Als ihm am 1. Juni 1863 das Amt des Stadtpräsidenten übertragen wurde, sah er sich in einflussreicher Stellung auch an einer Aufgabe beteiligt, die ihn an eine frühere vielfach erinnern musste. Denn an die städtischen Bauten von 1834/40 schlossen sich nun die Anfänge einer weit umfassenderen baulichen Entwicklung der Stadt an, die neben Umgestaltungen auf allen andern Gebieten des Gemeindelebens einhergingen und Mousson voll in Anspruch nahmen. Sein Wirken, seine Leitung des städtischen Gemeinwesens fand allgemeine Anerkennung. Alle amtliche Arbeit hinderte ihn nicht, in mannigfachen Kreisen freiwilliger Art für Zwecke der Wohltätigkeit und religiöse Bestrebungen tätig zu sein. Als Mitglied des Konsistoriums der französischen Kirche in Zürich, einer 1685 für die aus Frankreich flüchtenden Protestanten errichteten Stiftung, nahm er einen ihm durch Familienerinnerungen und ernsten eigenen Glauben nahe liegenden Anteil an der Leitung ihrer Gemeinde. Er behielt auch bis 1868 seine Stelle eines Mitgliedes des Grossen Rates unter den Vertretern der Stadt bei. Indessen hatte ihn schon 1867 ein körperliches Leiden ergriffen, welches sich zuletzt auf die Stimmorgane warf, ihm allmählich sehr hemmend entgegentrat, und nur die Zuvorkommenheit seiner Amtsgenossen, die auf sein Verbleiben in den Geschäften grossen Wert legten und seine Aufgabe zu erleichtern suchten, bewog ihn, noch auszuharren. Als aber ein längerer Aufenthalt im Süden im Frühjahr 1869 das Übel nicht zu heben vermochte und er wenige Tage nach seiner Heimkehr von einer zweiten schweren Prüfung heimgesucht wurde, indem er plötzlich nahezu erblindete, während Stimmlosigkeit ihn des Gesprächs mit andern beraubte, legte er am 3. Juli 1869 alle seine Stellen nieder. Als die städtischen Behörden in einer von der goldenen Verdienstmedaille begleiteten Urkunde, die er nicht selbst zu lesen imstande war, ihren Dank für seine zweiundzwanzigjährige Wirksamkeit aussprachen, lehnte er das ihm erteilte Lob ab. In stiller Ergebung trug er die Heimsuchung, bis ihm am Tage nach der Weihnacht, die noch einmal die Seinigen um ihn versammelte, die ersehnte Erlösung zuteil wurde. Dritthalb Wochen früher war ihm sein einstiger Amtsgenosse v. Muralt als 90jähriger Greis im Tode vorangegangen. (Nach den Nekrologen von Georg v. Wyss,

dem Schwager Moussons, in der Allg. deutschen Biographie und der „N. Z. Z.").

*

In die Amtsjahre des Stadtpräsidenten Mousson fällt eine wichtige rechtliche und organisatorische Änderung der Stadtverwaltung: die völlige Rechtsgleichheit zwischen Bürgern und Niedergelassenen in Gemeindeangelegenheiten. Zuerst brach sich das Prinzip Bahn auf dem Gebiete der Schule, etwas früher auf dem Lande, etwas später in der Stadt, die in dieser Beziehung infolge eines besondern Gesetzes noch eine bevorzugte Stellung inne hatte. Noch in den fünfziger Jahren hatten — wie Treichler in einem Rathausvortrag am 10. Januar 1884 über „Politische Wandlungen in der Stadt Zürich" ausführte — die Niedergelassenen zum städtischen Schulwesen rein nichts zu sagen. Die städtischen Schulen waren ihren Kindern zwar nicht verschlossen, aber wenn sie das hohe Schulgeld von 12 bis 20 Fr. für einen Primarschüler nicht bezahlen konnten oder wollten, so mochten sie ihre Kinder in die von mildtätiger Hand gestiftete Armenschule zum Brunnenturm schicken. Eine Knabensekundarschule gab es nicht. Endlich verlangten die Niedergelassenen, im Schulwesen in der Stadt nicht schlechtern Rechtes zu sein als in jeder Landgemeinde. In der Bürgerschaft hegte man dagegen die grössten Bedenken, da die Niedergelassenen bereits die Mehrheit bildeten. „War es da," sagte man, „nicht eine Pflicht der Behörde gegen die vorangegangene und die kommende Generation, wenigstens die hergebrachten bürgerlichen Schulen gegen die Fluktuationen einer so zahlreichen, allen Zufälligkeiten preisgegebenen Gemeindeversammlung sicher zu stellen?" Daher verlangten die, welche so sprachen, einen doppelten Schulorganismus für die Stadt Zürich: bürgerliche Schulen unter einer bürgerlichen Behörde und Gemeindeschulen unter einer besondern Gemeindeschulpflege. Doch siegte auch hier schliesslich der Einheits- und Solidaritätsgedanke: nur eine städtische Schulgemeinde, nur eine Stadtschulpflege, nur ein Schulfond. Ja, die neue, nunmehr aus Bürgern und Niedergelassenen bestehende Schulgemeinde geht noch einen Schritt weiter: Einstimmig beschliesst sie 1860 auf Antrag der neuen Stadtschulpflege, dass in Zukunft in Zürich wie in allen andern Gemeinden des Kantons nur noch eine, die



Prediger-Quartier und Ketzerturm (abgebrochen 1878)

Kinder aller Volksklassen umfassende Primarschule bestehen soll; daher seien die beiden Schulanstalten, in welche die Primarschule der Stadt Zürich bis anhin zerfiel, nämlich die städtische Knaben- und Mädchenschule und die sogenannte Gemeindeschule im Brunnenturm, in eine Primarschule zu verschmelzen.

Unter den sieben Verfassungsgesetzen, welche das Volk am 15. Oktober 1865 mit wuchtigem Mehr annahm, befand sich auch das Gesetz über die Organisation der Gemeindebehörden, welches die Vertretung der Niedergelassenen regelte, und dann folgte, vom Grossen Rat am 25. April 1866 erlassen, das neue Gemeindegesetz. Dasselbe brachte die Einführung der „Einwohnergemeinde", innerhalb welcher die Bürgerschaft als besondere Sektion ihre eigenen Angelegenheiten ordnen sollte. Auf dieses Gesetz stützte sich die neue Stadtverfassung: die städtische Gemeindeordnung vom 1. Juli 1866. Die bisher den 13 Zünften zustehende Wahl des Grossen Stadtrates, der mit Einschluss des engern siebengliedrigen Stadtrates 60 Mitglieder zählen sollte, ging auf den einheitlichen Wahlkörper der Gesamtgemeinde über, und als eine bezeichnende Wirkung dieser Änderung wurde es u. a. angesehen, dass bei einer Wahl in den Grossen Stadtrat am 5. August 1866 Karl Bürkli über den greisen Führer der Alt-Konservativen, Oberst Nüscheler, siegte. Als erster Vertreter der Niedergelassenen im engern Stadtrat wurde am 29. Juli 1866 Spenglermeister Schnurrenberger-Dickenmann, der spätere Verwalter des Burghölzli, gewählt. Auf dem Stadthaus in Zürich war damit die rein bürgerliche Fahne niedergeholt.

Am 10. Mai 1865 wohnten in Zürich 15,000 Menschen der Hinrichtung des Mörders Götti bei. Es war dies die letzte öffentliche und überhaupt die letzte Hinrichtung im Kanton Zürich. — Am Dienstag den 24. Juli 1866 fuhren vier zweispännige Wagen in den Posthof von Zürich ein. Sie brachten Fässchen mit der Aufschrift „Württembergische Staatskasse". Ihr Inhalt bestand aus gemünztem Gold, total 1,800,000 Gulden, die vor den Preussen geflüchtet wurden. Der württembergische Finanzminister begleitete persönlich den Transport und deponierte den Staatsschatz bei der Kreditanstalt. Auch die Frankfurter hatten einen grossen Teil ihrer Gelder und Wertpapiere nach Zürich gesandt. — Im Jahre 1867 sollte in unserer Stadt das eidgenössische Musikfest

stattfinden; man war aber in Verlegenheit um ein geeignetes Lokal. Da kam Professor Karl Keller auf den glücklichen Gedanken, das alte Kornhaus am See zu diesem Zwecke herzustellen, und es gelang ihm, den Stadtrat und dann auch die Gemeinde für diese Idee zu gewinnen. Das Gebäude wurde seit dem Bezug des neuen Kornhauses beim Bahnhof im Jahre 1860 zu allen möglichen Zwecken benützt. Neben der Synagoge der Israeliten hatten darin die Musensöhne ihren Fechtboden; zur Seite einer Dienstmänneranstalt tönte das Gepolter einer Schreinerwerkstätte, während in einer andern Ecke um Trödelkram und alte Möbel gefeilscht wurde und Ratten und Mäuse überall herumhuschten. Nun sollte dieses alte Kornhaus ausgehöhlt und in eine Tonhalle umgewandelt werden, die zugleich auch andern öffentlichen Zwecken, wie namentlich der Gemeindeversammlung, dienen konnte; hatte doch die Kirchenpflege St. Peter schon zu verstehen gegeben, dass die Abhaltung der Gemeindeversammlungen in ihrem Gotteshaus an Sonntagvormittagen ihr nicht mehr passe. Nun fand freilich die städtische Baukommission, dass die Lage des alten Kornhauses für Gesellschafts- und öffentliche Zwecke ungünstig sei, und beantragte deshalb, den Kredit für den Umbau auf das im Hinblick auf das eidgenössische Musikfest durchaus erforderliche Mass zu beschränken. In diesem Sinne fasste auch die Gemeinde am 3. März 1867 Beschluss. An der Gemeindeversammlung zu St. Peter, die wegen anderer wichtiger Traktanden den ganzen Tag dauerte, nahm auch Musikdirektor Wilhelm Baumgartner teil, der allen Schweizern lieb und wert ist allein schon wegen seiner Komposition von Gottfried Kellers „O mein Heimatland" und dessen Denkmal in der Platzpromenade am 15. November 1891 enthüllt wurde. Baumgartner hielt den ganzen Tag in der ungeheizten Kirche aus, um nur ja den Augenblick nicht zu versäumen, da die Tonhalleangelegenheit zur Abstimmung kommen würde, und mit seiner Stimme zur Annahme mitzuhelfen. Er zog sich, bereits leidend, eine schlimme Erkältung zu, an deren Folgen er am Abend des 17. März starb. Die Kornhaus-Tonhalle aber, welche bequem 700 Sänger und Musiker und 3600 Zuhörer fasste, bestand am eidgenössischen Musikfest, Mitte Juli 1867, die Probe aufs glänzendste, und namentlich die Akustik war tadellos. Noch niemals seien Zürich, meinte



Der Hof des alten Spitals bei der Predigerkirche, nachherige Versorgungsanstalt bis 1867

die „Freitagszeitung", solche musikalische Genüsse geboten worden, und der Wunsch setzte sich fest, dass die Darbietungen der Musik, die — ausser den in den Kirchen abgehaltenen Chor-aufführungen — im Kasino nur einem kleinen Kreise zugänglich waren, zum Gemeingut der ganzen kunstliebenden Bevölkerung gemacht werden möchten. Das war nur möglich durch den vollständigen Ausbau der Tonhalle, zu welchem Zweck sich anfangs 1868 eine Gesellschaft bildete, die mit dem Stadtrat einen Vertrag über den von der Stadt auszuführenden Ausbau und die von der Gesellschaft zu übernehmende Miete abschloss. In der Gemeindeversammlung vom 3. Mai 1868 wurde dieser Vertrag genehmigt. „Und zu was allem," schrieb die „Ausstellungszeitung" 1883, „hat im Laufe der Jahre der Tonhallesaal und der Pavillon schon dienen müssen! Die grossen Aufführungen des Gemischten Chores, Männergesangfeste, Totenfeiern, bewegte Gemeindeversammlungen, politische Meetings, religiöse und sozialistische Feste, Ledermessen, Maskenbälle und Tanzfeste, alles hat die gastliche Tonhalle beherbergt, und der anstossende Pavillon, infolge des künstlerischen Sinnes des rührigen und stets erfinderischen Tonhallepächters, Herrn Krug, in einen Palmengarten umgewandelt, diente und dient bis zur Stunde geselligen Vereinigungen jeder Art."

Vom Mai bis August 1867 vollzog sich etappenweise der Umzug der Insassen des alten Spitals bei der Predigerkirche in die Räume des aufgehobenen Klosters Rheinau. „Transport um Transport ging zu Fuss und im Wagen durchs Niederdorf nach dem Bahnhof, die Kräftigen zuerst, die Kranken und Schwachen nachher. Die Bewohner des Niederdorfs winkten den Scheidenden mit Tüchern zu und riefen ihnen ein Lebewohl nach." Diesen selbst, an sorgsame Pflege im Spital gewohnt, kam es vor, als müssten sie nach Sibirien. Nur die Irren blieben in Zürich zurück und warteten auf die Vollendung der Anstalt Burghölzli, welche — bereits unter Dach — einen imponierenden Eindruck machte. Ende Juli 1867 wurde in Zürich die Cholera eingeschleppt. Zuerst erkrankte und starb ein von Rom gekommenes Kind des Kunstmalers Müller aus Basel, das sich im „Schwarzen Weggen" im Niederdorf in Pflege befand. Dort holten dann eine Wäscherin von Hottingen und ein im Haus verkehrender Postkommis den

Todeskeim. Gleich nach den ersten Fällen wurde eine Sanitätskommission mit Polizeipräsident Dr. Römer an der Spitze eingesetzt, welche das Menschenmögliche zur Lokalisierung der Seuche vorkehrte, und als einige Tage lang keine neuen Erkrankungen erfolgten, glaubte man sie bereits erloschen. Aber am 12. August brach sie mit neuer Heftigkeit aus. Stadtschreiber Dr. Eugen Escher berichtet in seinem „Lebenslauf": „Im ganzen erkrankten in Zürich und Umgebung von etwa 55,000 Einwohnern bis Ende Oktober, wo die Seuche erlosch, 771 und starben 499; die heimgesuchteste Woche war diejenige vom 15. bis 21. September mit 231 Erkrankungen und 153 Todesfällen; am schlimmsten war der 17. September, an welchem die Zahl der Erkrankungen gegenüber dem vorhergehenden Tag von 43 auf 60 sprang. Es war eine eigentümlich schwere Zeit, welche damals die Bevölkerung durchlebte, nur zu vergleichen mit dem Aufenthalt in einer von der Aussenwelt abgesperrten, vereinsamten, zu jeder Stunde des Tages und der Nacht von unberechenbaren Geschossen heimgesuchten Festung. Dieser Eindruck musste sich namentlich auch mir aufdrängen, weil ich bei den Gegenvorkehren gegen den unsichtbaren Feind, über dessen Verheerungen fast stündlich Bericht ins Stadthaus kam, selbstverständlich auch Anteil hatte und eines Morgens direkt an die nahe Gefahr erinnert wurde, da man mir meldete, dass der nebenanwohnende Stadtratsweibel, welchen ich noch spät abends in gutem Befinden gesprochen, von der Krankheit ergriffen sei und bereits am Sterben liege. Mit dem Gedanken, des kommenden Tages ungewiss zu sein, pflegte man sich abends zu trennen, und in meiner Haushaltung war stets alles für den schlimmeren Fall vorgesehen. Glücklicherweise blieben wir alle verschont, obschon oder weil wir unser gewohntes, allerdings sehr regelmässiges Leben unverändert fortführten und ich allabendlich auch mit meiner bisherigen Gesellschaft beim Bier zusammentraf. Recht unheimlich war über die ganze Zeit die schauerliche Öde der Strassen, und noch schwebt mir vom damaligen Bettag (der in die schlimmste Zeit fiel) ein Abendspaziergang im Gedächtnis, den ich bei herrlichem Wetter und wundervoller Gebirgsaussicht mit meiner Frau nach Enge machte, fast ohne einem lebenden Wesen zu begegnen.

„Es wäre jedoch irrig, anzunehmen, dass die Leute sich angsterfüllt in ihre Häuser verkrochen hätten. Wer geblieben war (und

es waren darunter viele, die ganz wohl sich hätten flüchten können, ohne eine Pflicht zu verletzen), stellte ausnahmslos seinen Mann: der Geistliche wie der Arzt, der Stadtrat wie der Polizeiangestellte, der Kaufmann wie der Handwerker und Taglöhner. Alles war bemüht, dem Übel nach Möglichkeit zu steuern, eingetretenes Elend zu mildern und jeder Anwandlung unwürdiger Entmutigung vorzubeugen. Aus der ganzen Ostschweiz kamen nach Zürich anerkennende und ermunternde Worte für diese Haltung, und unter anderem suchten befreundete Glarner ihren Dank für Zürichs Hilfe beim grossen Brand werktätig zu beweisen, zuerst durch eine grössere Sendung von Veltlinerwein, welcher an die Kranken und die am meisten exponierten Hilfspersonen (Ärzte, Polizeiangestellte und Cholerawäscherinnen) abgegeben wurde, und daran anschliessend durch eine Geldkollekte, welche man anfänglich, um nicht etwa zu verletzen, vermieden hatte. Es traten ferner in Zürich Männer aus den verschiedensten Ständen zur Beratung zusammen, ob nicht zur Verbesserung der während der Seuche bei den unbemittelten Klassen zutage getretenen Misstände weiteres geschehen und zunächst eine Volksküche (Speiseanstalt) an Stelle der während der Seuche in der Kaserne improvisierten Suppenanstalt bleibend eingerichtet werden solle. Durch Aufruf vom 8. Oktober 1867 wurde dann auf den 11. gl. Monats ins alte Schützenhaus eine öffentliche Versammlung einberufen, um hierfür eine Gesellschaft zu bilden und die Vorsteherschaft zu wählen, deren Präsidium mir übertragen wurde; als Gesellschaftskapital wurden 24,880 Fr. beigebracht, statt des verlangten Maximums von 10,000 Fr. Mit Energie wurde zur Einrichtung der Speiseanstalt in einem damals noch an der Löwengasse stehenden, seither behufs Anlage des Bahnhofquartiers beseitigten Zeughaus geschritten, so dass dieselbe schon am 21. Oktober eröffnet werden konnte. Im Anfang war der Besuch recht befriedigend, über 500 Personen täglich, sank aber vom folgenden Frühjahr an immer mehr, so dass im Frühjahr 1869 die mit grossen Hoffnungen begonnene Anstalt eingestellt wurde; ein erheblicher Teil des Kapitals blieb immerhin gerettet und wurde dem damals in Ausführung genommenen Kinderspital in Hottingen zugewendet."

Recht übel traf es in dieser Cholerazeit mit ihrem Besuch in Zürich die Kaiserin Elisabeth von Österreich, welche am Samstag

den 24. August hier eintraf und bei strömendem Regen von einer grossen Volksmenge erwartet wurde. Sie stieg im „Baur au lac" ab. Der Zweck ihrer Reise nach Zürich war der Besuch ihrer hier weilenden Schwestern, von denen die eine, die Gräfin Trani, im „Venedigli" in der Enge, die Exkönigin von Neapel aber im Seefeld wohnte. Schon nach wenigen Tagen verreisten die drei Schwestern an den Rheinfall, um dort den Kaiser Franz Joseph zu erwarten, mit dem sich die Kaiserin nach Paris begab. Beim Abschied von Zürich hatte die Kaiserin versprochen wiederzukommen, und sie kam wieder, aber — im Sarge! Am Freitag den 9. September 1898 stiess ihr in Genf Luigi Luccheni seine spitzige Feile ins Herz. Der Hofzug mit der Leiche passierte Zürich am Mittwoch den 14. September, nachmittags nach 4 Uhr. „Fast lautlos fuhr er in die Bahnhofhalle ein. Er zählte sieben Wagen; im dritten lag die Kaiserin. Durch die Fenster sahen wir von einem danebenstehenden leeren Eisenbahnzug aus den braunen Eichensarg, mit einigen Kränzen bedeckt. Den reichsten Blumenschmuck führte der zweite Wagen mit sich. Einige Kranzspenden der versammelten Österreicher Zürichs wurden noch in den Wagen untergebracht, eine neue Lokomotive vorgespannt, und dann rollte der Zug in geisterhafter Geräuschlosigkeit wieder fort."

In dem wichtigen Amt des Stadtschreibers trat im Frühjahr 1868 ein Wechsel ein infolge des Übertritts von Dr. Eugen Escher zur „Neuen Zürcher Zeitung". Der letztere hatte seine Stelle als Nachfolger von Stadtschreiber Heinrich Gysi-Schinz († 1878) am 1. Februar 1857 angetreten. Dr. jur. Eugen Escher, geb. 1831, begann seine Laufbahn im Jahre 1854 als Kommissionssekretär beim Bezirksgericht Zürich und wurde dann Ende 1855 zum Mitglied des Bezirksgerichts gewählt. Als Stadtschreiber wurde er sogleich Mitglied einer schon 1855 eingesetzten Kommission für Revision der sogenannten „Stadtverfassung" und erhielt dadurch Gelegenheit, auf diejenigen Änderungen in der städtischen Verwaltungsorganisation hinzuwirken, welche durch das auf den 20. Juni 1855 in Kraft getretene Gemeindegesetz oder sonst durch die veränderten Zeitverhältnisse und mit Rücksicht auf die an die Stadtbehörden herantretenden gesteigerten Anforderungen angezeigt schienen. „Vor allem bemühte ich mich, die noch immer sich zeigende, aus ältern Zeiten überkommene Geheimnistuerei

C. Burkhardt, 1860

Hôtels du Lac et de la Couronne

über die Vorgänge und Bestrebungen in der Stadtverwaltung zu beseitigen und an deren Stelle eine regelmässige, sich gegenseitig stützende und fördernde Wechselwirkung zwischen Behörden und Bevölkerung zu setzen. Zu diesem Ende kamen jährliche Geschäftsberichte der Stadtbehörden an den Grossen Stadtrat und die Gemeinde, sowie Jahresvoranschläge und Rechnungsübersichten zur Einführung. Aus den stadträtlichen Verhandlungen, soweit dieselben sich zur Veröffentlichung eigneten, erhielten die öffentlichen Blätter regelmässige Mitteilungen. Die Sitzungen des Grossen Stadtrates wurden öffentlich erklärt."

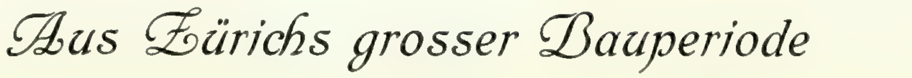
Zum Stadtschreiber an Stelle von Dr. Eugen Escher wurde im April 1868 gewählt Johann Bernhard Spyri, der bisherige Rechtskonsulent der Stadt Zürich. Spyri war 1821 geboren und hat als Fürsprech und Redaktor der konservativen „Eidgenössischen Zeitung", ganz besonders aber durch seine treffliche Amtsführung als Stadtschreiber sich einen sehr geachteten Namen gemacht. Noch bekannter als er war seine Gattin, die liebenswürdige, geistvolle, sinnige Jugendschriftstellerin Johanna Spyri, Verfasserin des „Heidi" usw. († 7. Juli 1901). Von ihrer ersten Erzählung schrieb Widmann: „Wie eine feine Musik läuten, der Seele nur hörbar, die Glocken von Peschiera am Gardasee bis hinauf zu den blumigen Matten Sils und Maloja. Es war nicht berechnende Kunst, die das erreicht. Es war das echte Talent, das Johanna Spyri von ihrer Mutter Meta Heusser, der Dichterin schöner geistlicher Lieder, geerbt hatte". — Spyris Nachfolger als Rechtskonsulent der Stadt Zürich wurde Fürsprech Dr. Georg Mousson, der dritte Sohn des Stadtpräsidenten (Rechtskonsulent bis 1903, † 1905). Ein Enkel des Stadtpräsidenten, Sohn des Bankiers Rud. Em. Heinrich Mousson-v. May, ist Regierungsrat Dr. H. Mousson, und ein jüngerer Bruder des Stadtpräsidenten (geb. 1805, † 1890) war der ausgezeichnete Professor der Physik Joh. Rud. Albert Mousson. Stadtschreiber Bernhard Spyri starb im Amte am 19. Dezember 1884. Sein Konkurrent bei der Bewerbung um das Stadtschreiberamt im Jahre 1868 war Dr. Römer gewesen, dem dann jedoch — am 22. August 1869 — die Ehre der Wahl zum Stadtpräsidenten vorbehalten blieb.

EINUNDDREISSIGSTES KAPITEL

DIE GROSSE BAUPERIODE

Von einer „grossen" Bauperiode wird man sprechen dürfen, wenn in wenigen Jahrzehnten, 1860—1889, sechs neue Stadtquartiere entstehen, zwei neue Brücken über die Limmat geschlagen werden, der See sich mit den Quaianlagen umsäumt, mit Wasserversorgung und „Kloakenreform" den sanitaren Anforderungen Genüge geleistet wird und durch neue Eisenbahnverbindungen, Tram und Telephon der Verkehr eine ungeahnte Ausdehnung gewinnt.

Mit der baulichen Entwicklung Zürichs in dieser Zeit ist vor allem der Name von Dr. Arnold Bürkli-Ziegler verknüpft, dessen Lebensbild Dr. J. Escher-Bürkli im Neujahrsblatt des Waisenhauses 1905 gezeichnet hat. Stadtingenieur Arnold Bürkli war der Sohn von Rittmeister und Stadtpräsident Georg Konrad Bürkli. Als er am 2. Februar 1833 geboren wurde, bewohnten seine Eltern den sog. „hintern Tiefenhof" (an dessen Stelle sich heute der Neubau der Eidgenössischen Bank erhebt), siedelten aber bald in den Neuen Seidenhof über. Bürkli absolvierte die Industrieschule mit glänzenden Zeugnissen, praktizierte sodann als Ingenieurgehilfe beim städtischen Strassen- und Wasserbauwesen und, im Jahre 1853, im Dienst der Nordostbahn beim Bau der Eisenbahn Zürich-Winterthur. Nach weiterer Ausbildung auf der Bauakademie in Berlin trat er 1858 in den Dienst der Vereinigten Schweizerbahnen in St. Gallen und wurde am 4. Dezember 1860 an die neugeschaffene Stelle eines Stadtingenieurs von Zürich gewählt. Am 21. Mai 1860 war vom Grossen Stadtrat ein „Baukollegium" bestellt worden, das dem Stadtrat in allen wichtigen Baufragen an die Hand zu gehen hatte, und eine der ersten Aufgaben, die es dem Stadtingenieur zuwies, war die Vermessung der Stadt. Dann bemühte es sich auch, bei den kantonalen Behörden den Erlass eines Baugesetzes für städtische Verhältnisse auszuwirken, und auf seinen Antrag beschloss die Gemeinde am



Arnold Vögeli-Bodmer
„Bauherr"

Dr. Arnold Bürkli
Stadtingenieur

P. E. Huber-Werdmüller
Gemeindepräsident von Riesbach

Aus Zürichs grosser Bauperiode

21. November 1861, an den Kantonsrat eine Petition in diesem Sinne zu richten. Das Gesetz wurde entworfen und trat am 30. Juni 1863 in Kraft. Auf Grund desselben arbeitete Bürkli eine allgemeine Bauordnung und spezielle Baureglemente für die neuen Quartiere aus. Kloakenreform und Wasserversorgung waren Bürklis Meisterwerk. Sein organisatorisches Talent, sein technisches Geschick, die sichere und zielbewusste Durchführung der beiden grossen Werke rückten Bürkli in die erste Reihe der Fachleute und machten ihn zum berühmten Manne. Zürich war stolz auf seinen Stadtingenieur, und der Grosse Stadtrat verlieh ihm 1873 die goldene Verdienstmedaille. Zehn Jahre später, beim 50jährigen Jubiläum der Hochschule Zürich, verlieh ihm die medizinische Fakultät die Würde eines Doctor medicinae honoris causa wegen seiner Verdienste um die Sanierung der Städte, speziell Zürichs. Sein Name erhielt europäischen Ruf, und unausgesetzt wurde Bürkli von Städten der Schweiz und des Auslandes als Experte bei Wasserversorgungen und andern komplizierten Arbeiten berufen. Der Stadt erwies er sich ausser in seiner amtlichen Stellung noch besonders nützlich durch seinen freudigen und pflichteifrigen Dienst bei der Feuerwehr, der er von 1878 an als Oberfeuerkommandant vorstand. Im Militär erreichte er den Grad eines Majors des Genie. Erst in vorgerückten Jahren nahm Bürkli an der Politik teil. Anfangs der achtziger Jahre wurde er Mitglied des Grossen Stadtrates, wo er sein gewichtiges Wort für die Einführung der elektrischen Beleuchtung einlegte und sich an der Organisation der Licht- und Wasserwerke beteiligte. 1883 trat er auch in den Kantonsrat ein, übernahm während mehreren Jahren die Führung der liberalen Partei und leistete als Kommissionspräsident einen Hauptanteil an der Ausarbeitung des neuen Baugesetzes (von 1893). In den Nationalrat wurde Dr. Arnold Bürkli 1888 gegenüber dem Sozialdemokraten Vogelsanger gewählt. In der Gesellschaft der Schildner zum Schneggen und auf der Zunft zur Meisen war Bürkli ein besonders reges Mitglied. Er liebte es, seine Umgebung froh und heiter zu sehen, und sparte Arbeit und Mühe nie, wenn es galt, einem engern oder weitern Kreise Anregung oder Vergnügen zu bereiten. Als Präsident seiner Zunft bemühte er sich eifrig um eine gediegene und würdige Gestaltung der Sechseläuten-Umzüge. Ein erster Schlag-

anfall, der ihn am 3. November 1891 in Martigny traf, nötigte ihn zur Niederlegung aller seiner Ämter und Verpflichtungen; seine Bibliothek schenkte er, damit sie nicht brach liege, dem eidgenössischen Polytechnikum. Noch einige Jahre genoss er eines schönen Abendfriedens und entschlief alsdann in der Frühe des 6. Mai 1894. Ein Denkstein, der sein Bild und seinen Namen kommenden Geschlechtern überliefert, ist in den Quaianlagen am 24. Juni 1899 enthüllt worden.

Der zweite der hervorragenden Männer Zürichs, die im Zusammenhang mit der grossen Bauperiode genannt werden müssen, ist Arnold Vögeli-Bodmer. Als er am 26. Mai 1906 aus dem Baukollegium zurücktrat, hob der Stadtrat in einem offiziellen Dankschreiben die Verdienste hervor, die er als kundiger Beirat der Leitung jener Verwaltungsabteilung geleistet, „der Sie von 1865 bis 1879 selbst in so trefflicher Weise vorgestanden sind, in den Jahren, da Zürich zu einer modernen Stadt umgeschaffen wurde, so dass Ihr Name, verbunden mit den bedeutendsten Bauten und Anlagen jener Zeit, in der Geschichte des modernen Zürich unvergessen bleiben wird". Arnold Vögeli ist geboren am 27. Oktober 1826. Er trat 1841 in die k. k. Ingenieur-Akademie in Wien ein, wurde Leutnant und später Hauptmann im Ingenieurkorps und machte manchen interessanten Garnisonsdienst mit. Am 4. Mai 1849 stand er in den Laufgräben von Malghera bei Venedig zum erstenmal im Feuer und bewahrte als Andenken an diese Zeit ein kaiserliches Schreiben vom 11. Juni 1849 mit dem Ausdruck „allerhöchster Zufriedenheit bei der Belagerung und Einnahme von Malghera". Seinen letzten Dienst in der österreichischen Armee leistete Vögeli als Chef des k. k. Geniestabes der Bundesfestung Mainz. 1861 quittierte er diesen Dienst, versehen mit einem ehrenvollen Zeugnis „für seine ausgezeichnete und vor dem Feind tapfere Dienstleistung". Nun öffnete sich ihm auch eine schöne Karriere in der eidgenössischen Armee. Vögeli wurde am 14. März 1861 Major im eidg. Generalstab, am 6. Januar 1863 Sekretär der kantonalen Militärdirektion in Zürich, am 25. Februar 1865 kantonaler Waffenkommandant des Genie. Zum Oberstleutnant im eidg. Generalstab avancierte er am 6. April 1866, zum eidgenössischen Oberst am 25. März 1870, und vom 18. Januar bis 26. März 1871 hatte er Grenzdienst zu

tun als Stabschef der 5. Division beim Übertritt der Bourbaki-Armee. Am 13. Februar 1875 übertrug ihm der Bundesrat das Kommando der 7. Armee-Division, das er bis Ende 1888 führte. Seiner Vaterstadt hat Arnold Vögeli seit seiner Rückkehr aus dem Ausland wertvolle Dienste geleistet, vorerst als Mitglied des Baukollegiums von 1861 an und gleichzeitig als Sekretär der Aktiengesellschaft für die Erstellung billiger Wohnungen im Sihlfeld, deren Präsidium er seit 1868 bekleidete. Am 15. Oktober 1865 wurde er in den engern Stadtrat, am 6. Mai 1866 in den Grossen Rat gewählt. Er war ferner Präsident der militärisch-mathematischen Gesellschaft, Gründer und Präsident des schweizerischen Vereins der Dampfkesselbesitzer, Vorstandspräsident der Blinden- und Taubstummenanstalt, Vorstandsmitglied des Kinderspitals usw. Die so ausgezeichnete Durchführung der Landesausstellung 1883 war in der Hauptsache das Werk und Verdienst Vögelis und bildete den Anlass, dass ihn der Bundesrat zum schweizerischen Generalkommissär an der Pariser Weltausstellung 1889 ernannte, wo er sich den wärmsten Dank seiner Landsleute erwarb und vom eidg. Handelsdepartement mit einer Statue von Raimondo Pereda, die an der Ausstellung prämiiert worden war, beschenkt wurde. Aus dem Stadtrat ist Arnold Vögeli im Mai 1879, aus dem Kantonsrat im April 1893 zurückgetreten, aber bis ans Ende nahm der verehrungswürdige Greis an den öffentlichen Dingen das lebendigste Interesse. Er starb am 4. Juni 1915.

*

Wir könnten nun mit Alfred Escher weiterfahren, welcher für kurze Zeit Präsident des städtischen Baukollegiums gewesen ist. Nicht darin lag aber seine Bedeutung für die Stadt Zürich; vielmehr ist es die Entwicklung des Eisenbahnwesens, die in Alfred Escher ihren verdientesten Förderer gefunden hat. Sein Lebensbild im 24. Kapitel hat bereits auf die Kämpfe um die Gotthardbahn hingedeutet, die in Stadt und Kanton Zürich mit besonderer Vehemenz geführt wurden und mit der Bewegung für die Hebung der Verkehrslinien Zürichs — ganz abgesehen von der Nationalbahnkalamität — das Jahrzehnt 1870—1880 vollständig ausfüllten. Zürich interessierte sich nicht nur für die unmittelbar hier anschliessenden neuen Linien, sondern beteiligte sich auch aufs

lebhafteste an den Diskussionen über den Gotthard und seine Zufahrten, über die Bötzbergbahn (eröffnet am 20. Sept. 1875), Effretikon-Wetzikon usw., und die um jene Zeit in Zürich amtende „Eisenbahnkommission" war massgebender als der Stadtrat. Über Gebühr mischten sich in diese Eisenbahnfragen parteipolitische Interessen. Kampf gegen den Gotthard war für viele Leute gleichbedeutend mit Kampf gegen Alfred Escher. Politische Gegner Eschers bestimmten die Wetzikoner Volksversammlung am 17. Oktober 1863 zu einer Protesteingabe an den Grossen Rat gegen eine Beteiligung des Staates am Gotthardunternehmen, und es bedurfte einer zweimaligen Volksabstimmung (am 19. Mai und 27. Oktober 1878), um dem Gotthard die zürcherische Nachsubvention zu sichern. Beim Ausbau des zürcherischen Eisenbahnnetzes äusserten sich nicht selten Eifersüchteleien zwischen den einzelnen Landesgegenden. Als die Nordostbahn die Linie durch das — wie behauptet wurde — geld- und volksarme Reppischtal projektierte, opponierte der See, und ein Nationalrat vom linken Ufer behauptete im Grossen Rat, es sei ja eine einzige Gemeinde des Bezirks Horgen reicher als das ganze Amt Affoltern! Die grossartige Einweihungsfeier der Reppischtalbahn (Zürich-Affoltern-Zug) am 30. Mai 1864 versöhnte jedoch viele Gegner mit ihr. Ein Jahr später, am 30. April 1865, konnte die Linie Örlikon-Bülach-Dielsdorf eingeweiht werden. Der vermehrte Verkehr erforderte einen Neubau des Bahnhofs Zürich. Er war am 15. Oktober 1871 vollendet und stand folgenden Tages dem Publikum zur Besichtigung offen. Eine bewundernde Menge wälzte sich abends durch die riesige Halle, und die glänzend erleuchteten Wartsäle mit ihren schwellenden Polstern, mit den Spiegeln, Buketts und plätschernden Springbrunnen, und nicht am wenigsten wurde der Luxus der Wirtschaftseinrichtungen und die „Noblesse" der Toiletten bestaunt.

Die nächste Eisenbahnlinie, welche in den Bahnhof Zürich eingeführt werden konnte, war die Linksufrige Zürichseebahn, eröffnet am 20. September 1875. Schon beim Bau dieser Linie und bei allen weitern Arbeiten bis 1895 stand der Nordostbahn eine vorzügliche Kraft zur Verfügung in dem spätern Oberingenieur Doctor honoris causa Robert Moser. Als betriebstechnische Neuerung brachte die „Linksufrige" die elektrischen Signalglocken auf



Uebersichtsplan d
entworfen und ge



...dt Zürich, 1880

...on J. J. Hofer

den Stationen. Reich an Enttäuschungen ist die Geschichte der Rechtsufrigen Zürichseebahn. Die ersten Unternehmer, Kuchen & Napier, beabsichtigten, die Linie nach einem Projekt von Kantonsingenieur Wetli zur Tonhalle und dann auf einer eisernen Brücke über den Seeausfluss aufs linke Ufer und in den Bahnhof Enge zu führen. Mit aller Macht wehrte sich Stadtingenieur Bürkli gegen den die Stadt einschnürenden und verunstaltenden ,,eisernen Ring" und arbeitete ein Gegenprojekt mit Trasse auf dem rechten Ufer bis zur Walche aus. Aber Einsprachen bei der Regierung gegen das Projekt Wetli blieben erfolglos. Da versammelten sich am 3. Mai 1873 in der Tonhalle 2000 Bürger zu einem energischen Protest; in seiner entschiedenen und eindrucksvollen Rede erklärte hier Stadtrat und Bauherr Oberst Vögeli, dass die Haltung der Regierung ihr nicht zur Ehre gereiche und nicht im Interesse des Landes liege. Die Gemeindeversammlung vom 18. Mai 1873 bewilligte darauf 1½ Millionen für die Rechtsufrige Zürichseebahn unter der Bedingung, dass nach dem Projekt Bürkli gebaut werde. Es gelang nun, die Konzession auf die Nordostbahn zu übertragen, welche mit den Erdarbeiten an der Münchhaldenstrasse am 31. Dezember 1874 begann. Aber nachdem der Tunnel Tiefenbrunnen 1877 zu ¼ vollendet war, mussten wegen der Nordostbahnkrisis die Arbeiten eingestellt werden. Erst viel später konnte man sie — unter Verlängerung des rechtsufrigen Trasses bis zum Letten — wieder aufnehmen und am 15. März 1894 die Strecke Stadelhofen-Rapperswil, am 1. Oktober 1894 das letzte Teilstück Zürich-Stadelhofen dem Verkehr übergeben.

Am 19. Februar 1872 wurde in Zürich ein Initiativkomitee gegründet für den Bau der Ütlibergbahn. Noch am 22. Oktober gleichen Jahres erteilte der Kantonsrat die Konzession, und die Erdarbeiten konnten am 7. November 1873 beginnen. Die Bauausführung begegnete grossen Schwierigkeiten, förderte aber auch zahlreiche antiquarische Funde zutage. Schon früher hatten die Überreste des römischen Refugiums und des Wachtturms auf dem Kulm die Antiquarische Gesellschaft und ihren Präsidenten Dr. Ferdinand Keller stark beschäftigt, während andere Gelehrte die sagenhafte Eroberung der Burg des Lüthold von Regensberg auf dem Ütliberg durch die Zürcher unter Anführung Rudolfs von Habsburg im Jahre 1268 behandelten. Nun wurden besonders

beim Bau des Bahnhofs Ütliberg eine Reihe von römischen Gräbern abgedeckt, welche Dr. Heinrich Zeller-Werdmüller des genauesten untersuchte und beschrieb. Weitere Entdeckungen machte man bei der Abtragung der alten Hochwacht auf dem Kulm und beim Bau des an Stelle des Beyelschen Gasthauses aus dem Jahr 1839 errichteten grossen Hotels und Restaurants Uto-Kulm. Die Ütlibergbahn wurde am 12. Mai 1875 eröffnet. Sie war die erste Bergbahn, welche so bedeutende Steigungen ohne Zahnrad, durch blosse Adhäsion, überwand, und es war besonders der Energie des langjährigen verdienten Verwaltungsratspräsidenten Oberst Huber-Werdmüller zu verdanken, dass das Adhäsionssystem gewählt wurde. Zwischen Station Selnau (417,03 m ü. M.) und Bahnhof Ütliberg (816,03 m) wird auf einer Strecke von 9130 m eine Steigung von genau 399 m überwunden. Anfangs übertraf der Zudrang zur Ütlibergbahn alle Erwartungen. Am 8. August 1875 fuhren auch die Exkaiserin Eugenie und „Lulu" auf den Ütliberg; eine grosse Volksmenge befand sich auf dem Kulm, doch wussten die wenigsten um die Anwesenheit der Kaiserin und Napoleons IV. Im November 1876 erhielt Schiffsvermieter Treichler in Zürich die Erlaubnis, mit seinem kleinen Dampfschiff den Schanzengraben zu befahren und beim Botanischen Garten einen Landungssteg für die Ütlibergbahn anzulegen. Bald aber sank die Frequenz der Bahn auffallend. Dazu kamen missliche Verhältnisse auf dem Kulm. Ein Gross-Spekulant, der fast bei allen wichtigeren Liegenschaftenkäufen die Hand im Spiel hatte, kaufte schon 1872 alles Erreichbare auf dem Ütliberg zusammen, erbaute das Kulm-Hotel und später noch ein zweites, grösseres „Hotel Ütliberg" auf der „Ägerten". Am Montag nachmittag den 4. November 1878 genossen die Bewohner Zürichs den schaurig-schönen Anblick des brennenden Kulm-Hotels. Bald darauf verkaufte und verpachtete der Eigentümer sein Ütlibergbesitztum und zog sich auf ein Stadthotel zurück, und hier kam es im Oktober 1880 bei einem Streit mit seinem Schwiegersohn an den Tag, dass dieser auf sein Anstiften das Kulmhotel angezündet hatte. Der Kriminalroman des Spekulanten schloss mit dem Zuchthaus ab. — Im Jahre 1881 kaufte Hotelier Landry das „Hotel Ütliberg", das er 1897 an die Ütlibergbahngesellschaft wieder verkaufte, und diese führt seitdem das Hotel und das neue kleinere Restaurant Uto-



H. Siegfried

Das alte Hotel auf dem Uetliberg (abgebrannt 1878)

Kulm. — In Zürich hätten wir nur noch die Seilbahn zum Polytechnikum zu erwähnen, welche am 8. Januar 1889 eröffnet wurde. Der Bau hatte jahrelange Verzögerungen erlitten, bis das Trasse bestimmt und für den Durchbruch der Häuserreihe am Seilergraben das Restaurant „Limmatbrücke" abgebrochen war.

*

Es war für die Stadt Zürich von Wichtigkeit, dass das Baugesetz von 1863 in seinem § 62 eine Reform des Kloakenwesens durch Erstellung unterirdischer Abzugskanäle in allen Strassen forderte. Kleinere Kanäle dieser Art waren von Bürkli zum Teil schon in Angriff genommen worden. Der erste grosse Kanal wurde 1864 beim Bau der Bahnhofstrasse gelegt und war dazu bestimmt, die Abwässer des grössten Teils der „kleinen Stadt" aufzunehmen. Im Zusammenhang mit der Kanalisation hatte eine gründliche Änderung der Abortverhältnisse und die Beseitigung der alten schrecklichen „Ehgräben" stattzufinden. Bürkli unternahm 1864 zu diesem Zweck eine Studienreise nach Frankreich und England und legte ihre Ergebnisse in einem sorgfältigen Berichte nieder. Die Gemeindeversammlung vom 3. März 1867 genehmigte das Projekt, und es wurde zur Durchführung der Kloakenreform ein besonderes Anleihen von einer Million aufgenommen. Bürklis Vorschläge zur Entwässerung von Zürich bestanden in einem einfachen System von Kanälen, gemeinsam für Schmutz- und Regenwasser, in Verbindung mit der Anwendung von beweglichen Abtrittkübeln. Mit den letztern wurde im Niederdorf der Anfang gemacht und sodann die Kanalisation nach und nach in den einzelnen Stadtteilen durchgeführt. Ein noch weiter gehendes Projekt Bürklis vom Jahre 1874 bezweckte die Klärung der Abwässer durch die Anlage von Rieselfeldern im Limmattal, und es vollzog auf seinen Antrag der Grosse Stadtrat am 24. Februar 1874 vorsorglich die nötigen Landkäufe. Während jedoch Bürkli mit dem Strickhofdirektor Hafter eine Studienreise zur Besichtigung von Berieselungsanlagen unternahm, erhob sich gegen sein Projekt eine starke Opposition, namentlich von seiten derjenigen Gemeinden, auf deren Gebiet das Berieselungsfeld geplant war. Da bei den Landverkäufen im Limmattal auch der oben erwähnte Spekulant beteiligt war, wurde dieser Umstand von der

Opposition mit durchschlagendem Erfolg gegen das Projekt ausgebeutet. Ganz gebrochen kehrte Bürkli aus der Gemeindeversammlung vom 2. Februar 1879, welche sein Projekt verwarf, nach Hause zurück. Immerhin wurde in einer zweiten Gemeindeversammlung, acht Tage später, die Abrechnung über die Landkäufe genehmigt, und im folgenden Jahre beschloss die Gemeinde sehr vernünftigerweise, das Land zu behalten und zu verpachten, das Hardhüsli aber der Abfuhrunternehmung zur Verfügung zu stellen.

*

Für die Wasserversorgung hatte Bürkli schon im Jahre 1863 ein erstes Projekt ausgearbeitet. Weitere Studien und Besichtigungen im Ausland führten ihn im Jahr 1867 dazu, ein doppeltes System vorzuschlagen: vermehrte Quellwasserzuleitung für die öffentlichen Brunnen und Verwendung von filtriertem Flusswasser für den Hausgebrauch. Obwohl gegen diese letztere Verwendungsart viele Befürchtungen laut wurden, genehmigte die Gemeinde am 6. September 1868 das Projekt. Es wurde ein Filter im Limmatbett, oberhalb der Münsterbrücke, gebaut, das gereinigte Wasser durch eine im Fluss versenkte Rohrleitung zum Pumpwerk am Obern Mühlesteg geführt, von dort in die Reservoirs in der Spitalwiese und bei der Sternwarte hinaufgepumpt und in die Stadt verteilt. Bald genügte aber das Pumpwerk nicht mehr. Im September 1871 waren von den 1480 Wohnhäusern der Stadt schon 902 an die Wasserversorgung angeschlossen. Es musste ein provisorisches neues Pumpwerk mit Dampfbetrieb beim Kornhaus hinter dem Bahnhof errichtet und benutzt werden bis zur Vollendung des grossen Pumpwerks im Letten, das im Mai 1878 dem Betrieb übergeben wurde. Es pumpte nicht nur Brauchwasser, sondern lieferte mittelst Drahtseiltransmission und Wassertransmission auch Triebkraft über die Limmat ins Industriequartier. Im Jahre 1883 schritt die Stadt zu einer bedeutenden Erweiterung der Wasserversorgung durch Angliederung einer dritten Druckzone mit Reservoir an der Kleinjoggstrasse auf der Höhe des Forstes. Man glaubte damit die Wasserversorgung für längere Zeit erledigt zu haben, als im Frühjahr 1884 eine schwere Typhusepidemie ausbrach, deren Ursache in einer Schadhaftigkeit des Filters und der Wasserleitung in der Limmat vermutet wurde.



Oberer Mühlesteg 1911

Es führte das zu einer totalen Änderung der Wasserfassungsanlage. Das Wasser wurde nun nicht mehr der Limmat entnommen, sondern im See gefasst, etwa 200 m oberhalb der Quaibrücke in 12 m Tiefe, und es hatte vor dem Eintritt in das Pumpwerk eine Filteranlage im Industriequartier, beim Einfluss der Sihl in die Limmat, zu passieren. Mit Eröffnung der neuen Anlagen im Jahre 1886 war eine zweite Bauperiode der Wasserversorgung abgeschlossen.

*

Der Bau der Bahnhofstrasse an Stelle des alten Fröschengrabens (1864), der Bahnhofbrücke (1863) und des Bahnhofquartiers wurde im I. Band, Seite 346/347 erwähnt. Das Bahnhofquartier belebte sich ziemlich rasch mit stattlichen Bauten. In der „Ausstellungszeitung" wurde an die in dieser Gegend stattgefundenen Hinrichtungen erinnert und beigefügt: „Ich sehe ihn noch, den Besitzer des Kartoffelackers, der, mit einem grossen Prügel bewaffnet, das schaulustige Volk daran zu hindern suchte, seine Pflanzung zu verwüsten, während die armen Sünder in einem Zweispänner langsam vorüberfuhren. Heute gleitet der Tramway in seinem würdigen Tempo über die Stelle, wo Todesqualen ausgestanden wurden, und elegante Luxusläden wachsen da, wo vor 25 Jahren noch Kartoffeln wuchsen." Die Einmündung des Rennwegs in die Bahnhofstrasse erforderte die Niederlegung des Rennwegtors (1866), dessen gewaltiges Mauerwerk der Zerstörung zähen Widerstand bot. Ausserdem mussten (1872) noch acht Häuser am innern Rennweg niedergerissen werden. Von der Ausmündung des Rennwegs an wurde eine neue Strasse nach dem Ötenbacherhof (Areal der Strafanstalt) und am Wollenhof vorbei zum Obern Mühlesteg und eine weitere Strasse als Zufahrt vom Lindenhof her erstellt. Der „Rain", ein eigenartiger Baurest mitten im Rennweg, wurde 1880 abgetragen. 1878 kaufte die Stadt den Wollenhof zur Sicherung des Zugangs von der Schipfe zum Bahnhof.

Der geradlinigen Fortsetzung der Bahnhofstrasse zum See stand der Baugartenhügel mit dem Kratzturm im Wege (der Standort des Kratzturms befindet sich genau in der Mitte der Fahrbahn der obern Bahnhofstrasse und wird von der südlichen Baulinie der Börsenstrasse geschnitten). Der an den Kratzturm sich schmiegende Baugartenhügel war einer der malerischen Punkte

des alten Zürich und bot in seiner reizvoll gelegenen Gartenwirtschaft einen herrlichen Ausblick auf See und Gebirge. Der Wunsch, dieses charakteristische Wahrzeichen dem Stadtbild Zürichs zu erhalten, lässt sich verstehen, doch hielt der Stadtingenieur die Beseitigung im Interesse einer rationellen Gestaltung des neuen Stadthausquartiers für unvermeidlich. Die Lösung der Frage wurde dringlich, als das Projekt des Börsenbaues, der in das Baugartenareal hineingestellt werden sollte, auftauchte und Gefahr bestand, dass die zu seinen Gunsten von den Erben Bodmer zur „Arch" gemachte Schenkung von 500,000 Fr. dahinfallen könnte, wenn die Baufrist nicht innegehalten würde. Die Opposition gegen die Pläne des Stadtingenieurs ging von der Baugartengesellschaft aus, welche den Baugarten als Stammlokal von der Stadt gepachtet und zu den ihr dienlichen Tagesstunden für sich reserviert hatte, so dass das weitere Publikum nur zu bestimmten Zeiten Zutritt zum Baugarten erhielt. Die Baugartengesellschaft, eine anfänglich ziemlich exklusive gesellige Vereinigung, ist am 5. September 1802 auf der „Waag" gegründet worden. Sie benützte schon seit 1807 den Baugarten als Sommerlokal, und nun tat es ihr begreiflicherweise leid genug, das lieb gewordene Heim verlassen zu müssen. Doch machte sie für ihren Widerstand nicht egoistische, sondern allgemeine Interessen geltend: sie wollte, wie es in einer Publikation hiess, die Stadt „an zu unvorsichtig raschem Vorgehen in der Bauentwicklung" zu verhindern suchen. Als die Gemeinde am 19. März 1876 den Vertrag mit der Kaufmännischen Gesellschaft über den Börsenbau angenommen hatte, wurde der Baugartengesellschaft die Pacht gekündet und zugleich der Wunsch geäussert, dass sie noch vor Ablauf des Pachttermins den Baugarten räumen möge. Darauf trat die Gesellschaft zunächst nicht ein, doch einigte man sich schliesslich auf den 31. Oktober 1876 als Räumungstermin. Die Gesellschaft versuchte dann noch, auf dem Wege einer in Umlauf gesetzten Petition den Zeitpunkt des Abbruchs hinauszuschieben; sie wurde jedoch abgewiesen, und am 22. Januar 1877 vergab der Stadtrat die Abbruchsarbeiten. Stadtrat Vögeli, obwohl Mitglied der Baugartengesellschaft, hatte mit aller Energie den Standpunkt des Stadtingenieurs verfochten und das Vorgehen der Gesellschaft missbilligt. Im März 1877 wurde der Kratzturm abgetragen, der alte Kratzplatz und der bis



Der Baugarten mit dem Kratzturm, Seeseite, 1878

zum See reichende Baugarten vereinigten sich mit den seit 1850 bestehenden „Stadthausanlagen"; an der Westseite der durchgeführten Bahnhofstrasse erstand in den Jahren 1877—1880 der stolze Börsenbau (mit südlich anstossendem Haus Abegg, 1901), der Börse gegenüber, an der Nordseite der Börsenstrasse, baute Henneberg 1882 sein palastähnliches Geschäftshaus und den Stadthausanlagen gegenüber, Börsenstrasse 10, Guyer-Zeller 1885 seinen „Gryffenberg". Der Baugartengesellschaft aber kehrten nach ihrer Vertreibung aus dem Stammsitz viele ihrer Mitglieder grollend den Rücken, und die noch übrig bleibenden wurden vom letzten überlebenden Vorstandsmitglied, Oberst Vögeli-Bodmer, auf den 13. Januar 1904 zusammenberufen, um die förmliche Liquidation zu beschliessen. Auf der Saffran fand am 11. Februar 1904 die letzte Generalversammlung statt.

*

Wenn schon ums Jahr 1220 Bischof Otto von Freising den Ausspruch tun konnte: „Wen Gott lieb hat, dem schenkt er ein Haus in Zürich", was hätte er erst im 19. Jahrhundert sagen müssen beim Anblick dessen, was aus dem Fröschengraben geworden ist! Zürich begann auch im Innern eine schöne Stadt zu werden, und das von Bürkli bei der Quaifeier zitierte Wort Benvenuto Cellinis: „Zürich, eine wunderherrliche Stadt, schmuck wie ein Juwel", das in bezug auf seine Lage zu allen Zeiten Geltung hatte, wurde nun erst zur vollen Wahrheit. An der Bahnhofstrasse erstanden Jahr um Jahr elegante moderne Bauten und gaben ihr mehr und mehr ein grosstädtisches Aussehen. Um den Bahnhofplatz, auf dem 1880 zu Ehren des eidgenössischen Sängerfestes eine Prachtsfontäne ihren Wasserstrahl emporsandte — an der Stelle, wo 1889 das Alfred Escher-Denkmal enthüllt wurde — reihten sich die Hotelpaläste, erst das „National" und dann (1882) das „Viktoria". Von den modernen Privathäusern an der Bahnhofstrasse war eines der ersten dasjenige des Photographen Ganz; 1869 wurde das Haus Waltisbühl erbaut, 1870 das jetzt schon wieder verschwundene „Windegg" beim Paradeplatz, 1883 das Haus des Stadtpräsidenten Römer usw. Eine besondere Anziehungskraft übte die Gegend der Bahnhofstrasse auf die Banken aus. Zuerst etablierte sich (1872) die „Meisenbank" (Bank in

Zürich) auf dem Platz vor der alten Hochschule; 1875 bezogen Leu & Cie. ihren ersten grössern Bau an der Bahnhofstrasse (später an die Bank in Baden abgetreten). Die Kantonalbank verlebte ihre Jugendjahre in ziemlich patriarchalischen Verhältnissen in dem im Hof gelegenen Wohnhaus des alten Feldhofs; den Dienst der heutigen ,,Safes" und ,,Tresors" versah damals ein riesiger Bernhardiner, der dann aber abgetan werden musste, weil er noch mehr als die Diebe die Kunden abschreckte. Als die Kantonalbank durch Spekulation aus dem Feldhof verdrängt wurde, kaufte sie 1872 das Wohnhaus zur ,,Marienburg" in den hintern ,,Tiefenhöfen". Dieses für Bankzwecke ebenfalls wenig geeignete Haus machte 1902 dem heutigen Prachtbau Platz. Die Schweizerische Kreditanstalt befand sich bis 1868 im alten Postgebäude, dem heutigen Zentralhof, und musste dann einer Erweiterung des Telegraphenbureaus weichen. Sie siedelte vorerst in die hintern Tiefenhöfe über, sicherte sich dann aber einen beträchtlichen Teil des Feldhofareals am Paradeplatz. Im Februar 1873 genehmigte der Stadtrat die Pläne für den imposanten Neubau mit Hauptfassade im reichsten Renaissancestil, der im Jahr 1877 bezogen wurde. Den übrigen Teil des Feldhofs hatte der mehrerwähnte Spekulant in seine Hände gebracht, der es verstand, die eidgenössische Post aus der Poststrasse wegzulocken und im Neubau auf dem Feldhofareal an der Bahnhofstrasse einzulogieren, der am 1. Dezember 1873 bezugsfertig war und bis 1898 benutzt wurde. Das verlassene Posthaus aber bauten Spekulanten zum ,,Zentralhof" um und verkauften das anstossende Areal mit reichem Gewinn an Private. Der aus 15 Wohnhäusern bestehende Block mit grossem Hof entstand in den Jahren 1873—1875. Der benachbarte Häuserblock des ,,Kappelerhofes" war etwa ein Jahrzehnt später vollendet, und er schnitt schon tief ins alte Kratzquartier ein.

Das Kratzquartier! Wer kennt sich dort noch aus? Wer erinnert sich noch an das ,,Café Frieden", über dessen Stätte heute der Postturm ragt, an den ,,Gasthof zur Sonne" (ungefähr in der Mitte der heutigen Postfassade), an den ,,Goldenen Ring" (beim Eingang ins Metropol-Restaurant an der Fraumünsterstrasse)! Verschwunden ist die ganze Herrlichkeit. Auch dem alten Stadthaus, samt der ,,Bauhütte", schlug seine Stunde. Es wurde 1886 abgebrochen, nachdem 1885 das neue Verwaltungs-



Kaufhausquai und Kratzquartier, 1878

gebäude im Fraumünsteramt, Ecke Fraumünsterstrasse-Kappelergasse, bezogen worden war (es ist dies der ältere Teil des heutigen, viel grösseren Stadthauses). Der Häuserblock am Stadthausquai Nr. 1—7, an der Stelle des alten Stadthauses, wurde 1887—1889 erbaut. Mit den alten Gassen und Plätzen des Kratzquartiers ist auch sein Name verschwunden; es heisst jetzt Stadthausquartier.

*

Vom Selnauquartier (u. a. Westend-Terrasse, 1872 erbaut) und Stadelhoferquartier, deren Entstehen ebenfalls in die „grosse Bauperiode" fällt, ist im I. Band, Seite 343 und 345, gesprochen worden. Am 19. Dezember 1880 erhielt der Stadtrat vom Grossen Stadtrat den Auftrag, die Ausfüllung des Hafens bei der Tonhalle sofort einzuleiten. Eine mit 800 Unterschriften bedeckte Petition hatte schon vorher den Stadtrat ersucht, den sog. „Trümplerturm" zu beseitigen. Als „Trümplerturm" bezeichnete der Volksmund das ehemals an der Torgasse Nr. 37 stehende Trümpler-Greutersche Wohnhaus. Die Torgasse bildete vor 1839 eine zusammenhängende Häuserreihe vom Oberdorfturm (bei der jetzigen Sonnenapotheke) bis an den Seeausfluss. Der unterste Teil der Torgasse, das Trümplerhaus Nr. 37, das Haus zum „Egli" Nr. 39 und das Magazin für das nach Luzern, Zug etc. zu verschiffende Salz weitete sich zu einem zusammenhängenden Block von unregelmässigem Grundriss. Nun wurde beim Durchbruch des Sonnenquai 1839 dieser ganze Block von der Torgasse abgeschnitten, und das dem Durchbruch zunächst stehende Haus Nr. 37 erhielt dadurch die turmähnliche Gestalt, die ihm seinen Übernamen eintrug. Das Haus zum „Egli" mit anstossenden Gebäulichkeiten wurde um die Mitte des Jahrhunderts zum „Hotel Bellevue" ausgebaut, auf welches Wirt Gujer vom „Raben" oder „Hotel Bilharz" (Hechtplatz 1) herüberkam. Durch den Abbruch des im Jahr 1879 von der Stadt angekauften Trümplerhauses wurde das „Bellevue" nach dem Sonnenquai hin freigelegt; auf der andern Seite führte ein schmaler Uferweg seiner Front entlang. Nach dem Bellevueplatz war dem Hotel das 1850/52 errichtete neue Salzhaus vorgebaut, das dann ungefähr gleichzeitig wie das Trümplerhaus wieder abgebrochen wurde, während durch den Quaibrückenbau und die Hafenausfüllung der Uferweg sich zum

Quai erweiterte. Das aus seinen Anbauten allmählich herausgeschälte Hotel Bellevue kauften 1872 Ermell & Pohl, welche mit ihm später einen bedeutend verschönernden Umbau vornehmen liessen.

Als „Zähringerquartier“ ist die Gegend des alten Spitals (Band I, 26, 332) zu betrachten. Der Hauptbestandteil seines Strassennetzes ist die Zähringerstrasse, von der Seitenstrassen nach dem Niederdorf und Seilergraben laufen. Im April 1878 wurde mit dem Abbruch der alten Häuser, den Strassenbauten, der Kanalisation und gleichzeitig auch mit der Erstellung von neuen Häusern durch Private begonnen. 1883 konnte die Durchführung dieser Regulierung als vollendet betrachtet werden. Der Erstellung dieses Quartiers fiel auch der letzte, von der alten Befestigung noch übrig gebliebene Turm, der Ketzerturm oder Gräbliturm am Seilergraben, zum Opfer. Er hatte noch bis in die neuere Zeit als Hochwacht, dann als Magazin und Eiskeller gedient und wurde auch zum Felletrocknen ausgeliehen, und zwar bis 1866, als mit Rücksicht auf die Geruchsnerven der Professoren am Polytechnikum ein Verbot dagegen erging. Der Baumeister, welcher 1878 den Abbruch übernahm, hatte das Unglück, dass ihm der alte Turm ausbrannte und ein grosser Teil des Abbruchmaterials samt Gerüst vernichtet wurde.

*

Durch die Erfahrung belehrt, dass der Limmatquai von Anfang an viel zu schmal angelegt worden war, genehmigte die Gemeinde am 6. November 1887 das grössere Projekt des Grossen Stadtrates zur Verbreiterung (9 m Fahrbahn mit je 3 m Trottoir zu beiden Seiten) gegenüber einem billigeren des engern Stadtrates. Die Verbreiterung war 1891 durchgeführt. Den Angaben über Metzgpassage, Schlachthaus, Walche im I. Band (vgl. Register) sei noch beigefügt, dass die entscheidende Gemeindeversammlung für die Erweiterung der Metzgpassage am 14. April 1862 stattfand, die alte Metzg 1865 abgebrochen wurde, das Schlachthaus „Walche“ am 1. Mai 1865 bezogen werden konnte und am 10. April 1866 die Metzger zu Ehren der Eröffnung der neuen Fleischhalle einen kostümierten Umzug (Mordnacht 1350) veranstalteten. 1867 wurden die ersten privaten Fleischverkaufslokale in der Stadt herum genehmigt und eröffnet. Gegenüber der Fleischhalle entstanden die Neubauten der Gesellschaft zum



Schipfe und Oetenbachkirche 1902

„Schneggen" (1864) und der Museumsgesellschaft (1866). Der „Schneggen" trägt die goldenen Jahrzahlen 1444—1864. Seitherige Forschungen haben aber ergeben, dass die Entstehung der Gesellschaft viel weiter hinaufreicht als bis 1444. Der „alte Schneggen" stand am Platz des heutigen Museums und es hatten dort die Ratsherren ihre Trinkstube. Der sog. „neue Schneggen" wurde 1398—1400 an das damals neue Rathaus angebaut. Er stiess im rechten Winkel an die Nordostecke des Rathauses und sprang gegen die Marktgasse hin vor, und es steht fest, dass eine „Gesellschaft der Schildner zum Schneggen" als Erbauerin und Besitzerin dieses Hauses anzusehen ist, so dass für jeden einzelnen sein Schild der Titel des förmlichen Anteilrechtes am Hause war. Seit dem Alten Zürichkrieg kam für die Schildner auch der Name „Böcke" oder „Schwertler" auf. 1694 wurde der „neue Schneggen" gleichzeitig mit dem Rathaus niedergerissen. (Einweihung des jetzigen Rathauses am 22. Juni 1698.) Den „Schildnern" wurde die „Schützenstube" im Haus zum Schütz zugewiesen. Sie bauten an seiner Stelle 1754 ein neues Gesellschaftshaus, das 1864—1866 durch das heutige Gesellschaftshaus ersetzt wurde. Die Museums-Gesellschaft hatte zuerst ihr Lesezimmer im Haus zum „grossen Erker" im Oberdorf; seit 12. April 1843 wohnte sie im „Rüden" bei der adeligen Gesellschaft zur Miete, seit 1867 im eigenen Heim. Auf dem „Rüden" hatte seit 31. Dezember 1349 die „Gesellschaft der edlen Leute" ihre Trinkstube. Am 30. November 1643 kaufte die adelige Gesellschaft das Haus; 1868 verkaufte sie es der Stadt und löste sich 1879 auf. — Weniger glücklich als der Limmatquai war die gegenüberliegende Schipfe, deren Korrektion namentlich von Fritz Bürkli schon von den 60er Jahren an unablässig gefordert wurde. Er erlebte sie nicht mehr, und ob die heutige Generation sie noch sehen wird, ist die Frage. Im Haus zum „grossen Luchs" an der Schipfe ist im Jahre 1865 die erste schweizerische Briefumschlagfabrik von F. Wagner gegründet und damit in unserm Lande eine neue Industrie eingeführt worden.

*

Die Gemeindeversammlung vom 18. Mai 1873, welche die Rechtsufrige Zürichseebahn auf das richtige Geleise brachte, beauftragte zugleich den Stadtrat, sofort nach Sicherstellung dieser

Bahn der Gemeindeversammlung eine Vorlage betr. Ausführung der neuen Quaianlagen samt Brücke über die Limmat zu machen, in dem Sinne, dass diese Bauten, soweit sie städtisches Gebiet betreffen, mit Vollendung der beidseitigen Seebahnen ebenfalls vollendet würden. Der Stadtrat hatte aber schon von sich aus, im August 1872, den Gemeinden Riesbach, Enge und Wollishofen einen Vorschlag zu gemeinsamer Ausführung der Quaibauten unterbreitet. Wollishofen lehnte, weil zu weit entlegen, ab, dagegen fiel in Enge und Riesbach die Anregung auf günstigen Boden. Nach dem Gemeindebeschluss von 1873 arbeitete dann Stadtingenieur Bürkli, gemeinsam mit dem damaligen Bauvorstand der Gemeinde Riesbach, Oberst P. E. Huber-Werdmüller, das erste Projekt aus, das denn auch bei der Plankonkurrenz von 1874 über 27 andere Projekte den Sieg davontrug. Bürkli gehörte auch der aus Vertretern der drei Seequaigemeinden gebildeten „Seequai-Kommission" an, und auf sein Betreiben war schon 1871 durch das neue Wasserbaugesetz Vorsorge getroffen, dass bei grössern Quaianlagen die Anstösser zu einem entsprechenden Beitrag an die Kosten verpflichtet werden konnten, wodurch die finanzielle Basis für grosse Unternehmungen dieser Art gewonnen war. Doch blieben noch grosse Schwierigkeiten zu überwinden. In der „Freitagszeitung" äusserte sich (1879) eine heftige Opposition gegen den „Quaibautenschwindel", welcher es wohl zuzuschreiben war, dass die am 18. Mai 1880 für die Bildung eines „Seequai-Garantievereins" verlangten Beiträge nicht gezeichnet wurden. Der Verein konstituierte sich gleichwohl im Juni 1880. Der endgültige Entscheid fiel aber erst am 4. September 1881, an welchem Tage, nach mühsam zuwege gebrachter Finanzierung, den gleichzeitigen Gemeindeversammlungen von Zürich, Enge und Riesbach der Vertrag über die Quaibaute zur Genehmigung vorgelegt wurde. In Zürich wurde der Vertrag mit 1576 gegen 373 Stimmen angenommen, in Enge und Riesbach nahezu einstimmig, und mit Kanonendonner ward das grosse Ereignis gefeiert. Die Ausführung wurde einer besondern „Quai-Unternehmung" übertragen, die im Februar 1882 Bürkli zu ihrem leitenden Ingenieur berief. Infolgedessen verliess Bürkli den Dienst der Stadt, aber nur, um eine erweiterte Wirksamkeit für ein neues Zürich anzutreten; war doch der Zusammenschluss der drei Quai-



Die Quaianlagen in Zürich, 1887

gemeinden zur Durchführung des grossen gemeinsamen Unternehmens nur der Vorläufer der ein Jahrzehnt später erfolgten Vereinigung Zürichs mit seinen Ausgemeinden. Grosse Schwierigkeiten bereitete beim Bau der Quaibrücke die schlechte Beschaffenheit des rechtseitigen Ufers, und ein guter Freund ärgerte Bürkli täglich mit der „Dummen Frage" im „Tagblatt": „Wann wird endlich die Quaibrücke mit dem Festlande verbunden?" Zur Strafe für die Neckerei musste ihm dann der gute Freund die ersten 100,000 Fr. für die Dampfschwalbengesellschaft zeichnen. Da von einer förmlichen Einweihung der Quaibrücke abgesehen werden sollte, veranstaltete Bürkli von sich aus eine kleine Festlichkeit: Am Silvesternachmittag des Jahres 1884 bewegte sich über die zum erstenmal geöffnete Brücke ein langer Zug, voran die Arbeiter mit ihren Werkzeugen, dann eine endlose Reihe von Wagen, eleganten Equipagen, Müllerei- und Bierfuhrwerken und Geschäftswagen aller Art. Zweieinhalb Jahre später war die ganze Quaianlage, soweit sie vorerst geplant war, vollendet. Ein fröhlicher Kinderumzug und eine imposante, würdevolle Volksfeier gaben dem denkwürdigen Momente die Weihe. Anerkennung, Lob und Auszeichnung senkten sich von allen Seiten auf den Erbauer des grossen Werkes; die drei Quaigemeinden stifteten einen Lorbeerkranz, und der Vertreter der Stadt sprach es aus, dass der Name Bürklis auf immer mit den Quaianlagen verbunden sein werde, die ein Denkmal zu seiner Ehre seien, dauernder als Erz. Mehr noch freute ihn wohl das schlichte Denkblatt seiner Untergebenen, welches lautete: „Die Arbeiter der Direktion am Quaibau in Zürich stiften dieses Andenken dem Quai-Ingenieur A. Bürkli-Ziegler von Zürich, in Erinnerung an dessen väterliche Fürsorge für die Arbeiter, überreicht am Tage der Eröffnung des Quais nach fünfjähriger Bauzeit am 3. Juli 1887". Und der Sprecher der Abordnung fügte hinzu: „Möge dieses Andenken Ihnen dienen zur Erinnerung, dass Sie zu dem grossen Werke, das Sie geschaffen, auch manch gutes Werk getan haben." Mit der Quaifeier war auch eine feierliche Taufe von Brücke und Quais verbunden: Quaibrücke, Stadthausplatz (jetzt Bürkliplatz), Alpenquai, Mythenquai, Utoquai und Seefeldquai lauteten die von der Terrasse verkündeten Namen. Noch im gleichen Jahr, am 18. Dezember 1887, beschloss die Gemeinde Riesbach Fortsetzung des

Seefeldquai bis zum Zürichhorn, das sie schon am 17. Dezember 1882 angekauft hatte, um es in eine öffentliche Anlage umzuwandeln, und mit den neuen Quais wurde auch der Hafen Riesbach eröffnet, der den eingedeckten Hafen beim Bellevue ersetzte.

*

Die hölzerne Rathaus- oder Gemüsebrücke erfuhr in den Jahren 1880/1881 einen gründlichen Umbau, wobei auch die Verkaufsläden auf der Brücke beseitigt wurden. Die Gemeinde hatte am 15. Februar 1880 den Umbau beschlossen und dabei die Errichtung einer Gemüsehalle auf der Brücke vorgesehen. Dagegen erhob sich jedoch Opposition; eine Petition von Salomon Vögelin, Bezirksrichter Heinrich v. Wyss u. a. ersuchte den Stadtrat, dieses das Stadtbild verunstaltende „Denkmal der Geschmacklosigkeit" nicht zu bauen (Januar 1881), und die Petition hatte Erfolg. Als während einer Kantonsratssitzung der „Metzgerstein" bei der Gemüsebrücke, ein Findling in der Limmat, gesprengt wurde, sollen verschiedene Ratsherren erschrocken und „weiss" geworden sein. Zu gleicher Zeit wie die Gemüsebrücke wurde der Waisenhaussteg umgebaut, d. h. fahrbar mit dem Obern Mühlesteg verbunden; die Arbeit war „nützlich, solid, aber bis zur Unschönheit einfach".

In Aussersihl wurde 1865 dringend die Entfernung der hölzernen, gedeckten Sihlbrücke gefordert, durch welche sich täglich 1100 Fuhrwerke und 11,000 Personen, oft mit Lebensgefahr, winden mussten. Als am 12. März 1866 der Grosse Rat, entgegen dem Verwerfungsantrag der Winterthurer, den Kredit bewilligte, krachten die Mörser in Aussersihl, und noch im Oktober wurde an den Abbruch und Neubau geschritten. — Im gleichen Jahre 1866 wurden auch gebaut die Militärbrücke bei den Stallungen an der Sihl und die Usteribrücke über die Mündung des 1862 in die Sihl abgelenkten Schanzengrabens. Die Gessnerbrücke über die Sihl, in der Richtung der Usteribrücke gelegen, kam erst 1885 dazu. Für eine fahrbare Brücke beim Sihlhölzli bewilligte der Grosse Stadtrat den nötigen Kredit am 24. Oktober 1886. — Die Zollbrücke beim Bahnhof war von der Nordostbahn erbaut worden, welche sie gemäss Vertrag mit dem Stadtrat 1861 dem öffentlichen Verkehr übergab. — Der Mattensteg zwischen Industriequartier und Platzpromenade wurde 1880 erstellt, der Draht-



Alte Kaserne am Thalacker (abgebrannt 1871)

schmidlisteg 1872, der Lettensteg 1877 erbaut. Die eiserne Fachwerkbrücke von Wipkingen stammt aus dem Jahr 1871.

*

,,Im Kräuel" hiess die Gegend am linken Sihlufer, etwa von der jetzigen Kaserne an bis ins Hard. Sie lag im Gemeindebann Aussersihl, aber die Stadt besass dort noch manche Liegenschaft; auch viel Bürgerland befand sich von altersher im ,,Kräuel". Der Name dünkte aber die Bewohner der dortigen Gegend längst nicht mehr schön, und es wurde schon 1866 vorgeschlagen, statt dessen ,,Sihlvorstadt" zu sagen. Nun aber entstand seit Mitte der siebziger Jahre im untern ,,Kräuel" ein eigentliches Industriequartier; im Jahre 1875 wurden mit der Nordostbahn Unterhandlungen geführt über Anlage und Betrieb eines besondern Industriegeleises, das 1883 dem Verkehr übergeben wurde. Es verkehrten darauf im genannten Jahr 4300 Wagen.

Der Bau der Kaserne liess trotz des schon 1864 mit dem Staat abgeschlossenen Vertrags (Band I, 346) sehr lange auf sich warten. Auch der Brand der alten Kaserne im Thalacker am 9. Juni 1871, bei dem der Feuerwehrmann Schreiner Waser das Leben verlor, förderte den Beginn der Bauarbeiten nicht im gewünschten Masse und es musste noch eine Petition im Jahre 1872 nachhelfen. Das Übrige tat dann der Brand der Militärbaracken A, B, C auf dem Kasernenareal im Dezember 1872, wodurch das Militär gänzlich obdachlos wurde. Erst am 18. Mai 1873 bewilligte die Volksabstimmung die erforderlichen Kredite und 1876 war die Kaserne vollendet. Hinter der Kaserne, von dieser durch den 37,000 Quadratmeter grossen Exerzierplatz getrennt, stehen die Zeughäuser, im Geviert angeordnet und im Charakter der Kaserne angepasst. Die Stallungen am rechten Sihlufer, die zuerst als Zeughaus benützt worden waren, umfassen ein Magazingebäude für Artilleriematerial, ein Stallgebäude für 120 Pferde und einen Reitschopf, sowie — durch eine Strasse getrennt — ein Hauptgebäude mit grosser Reitbahn in der Mitte und beidseitig anstossenden Stallungen für insgesamt 240 Pferde. Die hübsche Allee der Sihl entlang vor der Kaserne wurde 1880 angelegt.

*

Unter den neuen Strassenzügen und Korrektionen nimmt die grossartige Korrektion der Rämistrasse eine hervorragende Stelle ein; im August 1885 wurde der darauf bezügliche Vertrag mit der Immobiliengesellschaft (Architekt Heinrich Ernst) genehmigt. Der alte Kartoffelmarkt wurde in eine Anlage umgewandelt und 1887 mit der Waldmannstrasse ein Durchbruch nach der Neustadt vorbereitet, der aber durch spätere Projekte hinfällig geworden ist. Oben an der Rämistrasse, Ecke Zeltweg, steht das ehemalige Haus zum „Pfauen". Dieser Name ist auf das am Zeltweg ihm gegenüber errichtete Sommertheater und dann auf die grosse Baute Hürlimanns zum „Pfauen" übergegangen. Im neuen „Pfauen" fand am 9. März 1887 der erste Maskenball statt. In den Jahren 1875 bis 1879 wurde zur Verbindung der neuen schönen Hottingerstrasse mit dem Hirschengraben die Heimstrasse gebaut und der Heimplatz angelegt, auf welchem 1883 die schweizerischen Sänger ihrem Ignaz Heim ein Denkmal errichteten. 1861 war die Freie Strasse, 1876 die Bergstrasse und die Dufourstrasse, 1884 die Weinbergstrasse angelegt worden.

Im Juni 1866 wurde der Judenfriedhof beim „Geerenhölzli" eröffnet. Im Dezember 1873 kaufte die Kirchgemeinde Neumünster die „Pfaffenhalde", links von der Forchstrasse gegen die Rehalp, zur Anlage eines neuen Friedhofs, der am 23. August 1874 mit einer Ansprache von Pfarrer Hiestand eingeweiht wurde. Der alte Friedhof St. Anna, mitten in der Stadt, wurde parzelliert, die dort bestatteten Gebeine Lavaters ausgegraben und am 11. Februar 1882 an der Nordmauer zu St. Peter wieder beigesetzt, wobei Antistes Finsler, ein Urenkel Lavaters, eine Rede hielt. Die feierliche Eröffnung des Zentralfriedhofes durch Ansprachen von Stadtpräsident Dr. Römer und Pfarrer Furrer vom St. Peter fand statt am 7. Oktober 1877. Auf demselben wurde im nächstfolgenden Jahrzehnt ein Krematorium erbaut, welches am 15. Juni 1889 eröffnet werden konnte. Dasselbe war ein Werk des Feuerbestattungsvereins Zürich, als dessen Gründer Johann Jakob Wegmann-Ercolani anzusehen ist. Er war der erste, der im Jahre 1874 durch seine Schrift „Über Leichenverbrennung als rationellste Bestattungsart, dem gesunden Menschenverstand gewidmet", für die Kremation Propaganda machte und auf den 6. März 1874 zu einer ersten Versammlung ins Kasino einlud. Sie war

Der alte Kartoffelmarkt an der untern Rämistrasse (bis 1885)

so stark besucht, dass schon am 10. März eine zweite, noch grössere Versammlung in der St. Peterskirche stattfinden musste und dort auch die Statuten des Feuerbestattungsvereins angenommen werden konnten. Dem ersten Vorstand gehörten u. a. an die Professoren Albert Heim, G. Kinkel, F. Goll, Eugen Huber, E. Kopp. Am 1. Juli 1900 ging das Krematorium in den Besitz der Stadt über. Nachdem durch Gesetz vom 29. Juni 1890 die unentgeltliche Beerdigung im Kanton Zürich eingeführt worden war, wurden auch die Leichenverbrennungen in Zürich mit dem Übergang des Krematoriums an die Stadt unentgeltlich erklärt. — Zu St. Jakob zogen sich längs der Badenerstrasse zwei Gottesäcker hin: rechts der am 29. April 1821 eingeweihte Friedhof „Grabesnacht-Frühlingsmorgen", auf welchem 1844 ein Bethaus errichtet wurde (Band I, 389); dieser Friedhof wurde nach der Einweihung des Zentralfriedhofs noch 22 Jahre in Stand gehalten und dann 1898 aufgehoben. Der alte Friedhof St. Jakob, links der Badenerstrasse, wurde 1850 vom Stadtrat an die Katholiken abgetreten, 1861 von ihnen erweitert und mit einer Kapelle versehen. 1870 eröffneten die Katholiken einen neuen Friedhof im „Löchli"-Wiedikon an der heutigen Elisabethenstrasse, welcher 1892 geschlossen und 1910 aufgelassen wurde.

*

Zürichs Stolz ist der reiche Kranz von Schulen und Anstalten an den Hängen des Zürichbergs. Das im Jahr 1864 bezogene eidgenössische Polytechnikum (s. 23. Kapitel) erhielt seine Ergänzung durch eine Reihe von Annexanstalten: die land- und forstwirtschaftliche Schule (1874), das Chemiegebäude (1886), das Physikgebäude (erbaut 1887—1890), die Festigkeits- oder Materialprüfungsanstalt, 1879 eröffnet in einem Gebäude im Areal der Nordostbahn und dann im Jahre 1893 im Neubau an der Leonhardstrasse untergebracht. Zum Kantonsspital erhielt der Staat im Jahre 1870 einen zweiten imposanten Bau: die Anstalt Burghölzli für Geisteskranke. 1875 wurde die kantonale Frauenklinik eröffnet, 1877 das Bürgerasyl neben dem Pfrundhaus, 1882 das Pathologische Institut beim Kantonsspital, 1885 das kantonale Gebäude für Physik und Physiologie an der obern Rämistrasse. Nachdem die Chemie am Polytechnikum 1886 ihren Neu-

bau erhalten hatte, wurde das Gebäude hinter dem Polytechnikum an der Rämistrasse 1887 zum kantonalen Chemiegebäude umgewandelt.

Weniger zahlreich waren in diesen Jahren die kirchlichen Bauten. Im Jahr 1864 hatte Mathilde Escher, die Tochter Kaspar Eschers im Felsenhof, die „neue St. Anna-Kapelle“ erbauen lassen. Sie war mit einer Anstalt für körperlich schwache, aber vollsinnige Kinder verbunden und es sollte das Haus auch als Absteigequartier für Prediger, Missionare usw. dienen. Mathilde Escher starb am 27. Mai 1875. — Am 17. August 1884 konnte die Kirche Unterstrass eingeweiht werden, am 16. September 1884 die Synagoge der Israeliten an der Löwenstrasse, im August 1889 die Friedenskirche der Evangelischen Gemeinschaft am Hirschengraben. Als im Jahre 1882 Enge zur selbständigen Kirchgemeinde erhoben worden war, wandelte man das ans alte Bethaus angebaute Schulhaus in ein Pfarrhaus um; Ersatz für die Schule war bereits geschaffen in dem 1874 erbauten Schulhaus auf dem Gabler. Im Jahre 1861 erklang zum erstenmal ein Glöcklein auf der Kirche Fluntern. Das neue Geläute im Fraumünster wurde am 18. Oktober 1874 eingeweiht und im St. Peter feierte man am 15. August 1880 die Glockenweihe. „Zum erstenmal genoss die Stadt das herrliche Zusammenläuten mit Grossmünster und Fraumünster; besonders das As der 123 Zentner schweren Glocke von St. Peter klang majestätisch in die Ohren jedes Zuhörers.“ 1876 wurde im Grossmünster die neue Orgel, 1889 das neue Geläute eingeweiht.

Das Kasino am obern Hirschengraben war 1873 von der Stadt erworben und dann gegen Ablösung der staatlichen Eigentumsrechte im Fraumünsteramt an den Kanton abgetreten worden, der das Haus mit einem Aufwand von 180,000 Fr. zum Obergerichtsgebäude mit Schwurgerichtssaal umbaute (1874). Aussersihl eröffnete 1863 das grosse Zentralschulhaus an der Langstrasse, Riesbach 1874 das Schulhaus an der Mühlebachstrasse, 1875 das Gemeindehaus an der Feldeggstrasse. Die Stadtgemeinde beschloss am 11. Mai 1873 den Bau des Linthescher-Schulhauses und des Schanzengrabenschulhauses. Das im Jahr 1865 nach Plänen von Prof. G. Semper erbaute Geschäftshaus Theodor Fierz zum „Sonnenbühl“ darf hier erwähnt werden, weil es später ebenfalls öffentlichen Zwecken zu dienen hatte.

*



St. Anna-Kapelle (Mathilde Escher-Stiftung, erbaut 1864, abgebrochen 1909)

Am 12. Februar 1839 gründeten zehn Männer aus Zürich und Umgebung den „Christlichen Verein" zur Erhaltung des evangelisch-reformierten Christenglaubens in den Volksschulen. Veranlassung dazu boten die Berufung von David Friedrich Strauss und die Verhältnisse im Staatsseminar Küsnacht. Durch die der Straussischen Bewegung folgende Revolution wurde der „Christliche Verein" von seinen Zielen abgelenkt und blieb dreissig Jahre lang unfruchtbar. Dann erinnerte er sich plötzlich wieder seines einstigen Zweckes, und am 14. Juli 1868 beantragte der 1839 viel genannte Fürsprech Heinrich Spöndlin die Gründung eines christlichen Seminars in der Ostschweiz. Am 3. Mai 1869 konnte die Eröffnung mit sechs jungen Leuten stattfinden, und zwar im „Kreuzhof", Forchstrasse Nr. 26, in der Wohnstube des neugewählten Direktors, Sekundarlehrer Heinrich Bachofner (geb. 19. Mai 1828, † 15. Juni 1897). Eine zweite Eröffnung fand statt am 15. Mai 1870 im ehemaligen Gasthaus und Sommertheater zum „Weissen Kreuz" in Unterstrass. Ebenfalls aus den Kreisen des „Christlichen Vereins" hervorgegangen ist die Freie Schule Zürich I. Eine Versammlung zu St. Anna, in welcher Bachofner referierte, beschloss ihre Gründung am 12. Februar 1874. Das Haus der Freien Schule an der Ötenbachstrasse wurde am 10. August 1876 eingeweiht (Rektor: J. Hofstetter-Bader, † 6. August 1914). Als dritte Schöpfung des „Christlichen Vereins" darf die Anstalt für Epileptische auf der Rüti angesehen werden, welche im September 1886 eröffnet worden ist (erster Hausvater: Friedrich Kölle, † 9. März 1905). Zu den Anstalten der „Evangelischen Gesellschaft" (gegründet 1837) gehört die Diakonissenanstalt Neumünster (1858), welche 1886 ihr erstes grosses Krankenhaus eröffnen konnte. Das Altersasyl zum „Wäldli" baute sie 1881 auf einer von der Familie Schulthess-v. Meiss in Hottingen geschenkten Liegenschaft. Die 1885 erbaute Villa „Patumbah" fiel nach Ableben des Erbauers Kaufmann Grob-Zundel durch Schenkung seiner Witwe ebenfalls der Evangelischen Gesellschaft zu. 1884 kaufte die Gesellschaft den „Kleinen Widder" am Rennweg, um ihn zu einer Herberge und Volksküche umzuwandeln. Der „Eleonorenstiftung" verdankt der 1874 erbaute Kinderspital seine Entstehung, 1887 öffnete der Privat-Spital vom „Roten Kreuz" in Fluntern seine Tore, 1889,

am 25. August, weihte Bischof Haas das katholische Gesellenhaus am Wolfbach ein.

*

Bis zum Jahr 1873 wurde die „Neue Zürcher Zeitung" bei Orell Füssli im „Elsasser" gedruckt. Dann übernahmen den Druck Zürcher & Furrer, die zu diesem Zweck das Haus zum „Wellenberg" an der Ecke Brunngasse-Niederdorf ankauften. Orell Füssli erwarben eine Liegenschaft an der Bärengasse und am 20. August 1881 wurde mit einer Dampferfahrt nach der Ufenau, an der 350 Geschäftsangehörige teilnahmen, der Umzug vom „Elsasser" in den „Schwarzen Bären" gefeiert.

Das Berichthaus an der Münstergasse konnte im Jahr 1880 das 150jährige Jubiläum von Buchdruckerei und „Tagblatt" begehen, und im Jahre 1914 waren es nun auch schon hundert Jahre, seitdem die Firma sich in den Händen der Familie Ulrich befand. Bis zum Jahr 1882 stand ihr als Chef Oberrichter Johann Caspar Ulrich vor († 14. Oktober 1883). Ihn unterstützte seit 1857 sein älterer Sohn Carl H. Ulrich-Gysi († 13. Juli 1899) und von 1870 an auch der jüngere Sohn Fritz Ulrich-von Orelli († 6. April 1908). Aus den engen und dunkeln Räumen an der Münstergasse-Ankengasse zog das Berichthaus im November 1884 um ins „Grüne Schloss" am Zwingliplatz. Dieses „Grüne Schloss" hat eine interessante Vergangenheit, die bis ins 13. Jahrhundert hinauf reicht. Eine Gedenktafel über der Haustür erinnert an den Chorherrn und Magister Felix Hemmerlin, den Vorsteher der Stiftsschule, der von 1440—1450 hier wohnte und von dem die Redensart vom „Meister Hämmerli" herrührt. Felix Hemmerlin, der für seine Ideale hundert Jahre zu früh geboren war, schrieb gegen die Missbräuche in der Kirche, wurde dem Bischof von Konstanz ausgeliefert und von ihm zuerst im Schloss Gottlieben, dann in Luzern lebenslänglich eingekerkert. 1531—1536 wohnte Antistes Bullinger, der Nachfolger Zwinglis, im „Grünen Schloss", das bis 1835 Wohnung von Chorherren am Grossmünster blieb und dann an die Familie des Goldschmieds Fries überging. Von ihr kaufte das Berichthaus das „Grüne Schloss", um es gründlich umzubauen und durch einen ausgedehnten Neubau an der Blaue Fahne-Strasse zu erweitern. An der fröhlichen „Hausräuke" am 18. Ja-

nuar 1885 war auch Stadtpräsident Dr. Römer, ein Neffe des verstorbenen Oberrichters Ulrich, anwesend und erinnerte sich in einem humorvollen Toast der Jugendzeit, da auch er noch gelegentlich im Geschäfte mithalf, z. B. beim Adressenschreiben über Neujahr.

*

Schon in den Jahren 1864/65 beschäftigte man sich in Zürich mit dem Gedanken an eine Strassenbahn. Stadtingenieur Arnold Bürkli begründete in einem Bericht die Ansicht, ,,dass die Strassenbahn ein wirksames Mittel zur Hebung des Verkehrs und eine Wohltat für das Publikum sei". Er fand dafür nicht genügende Beachtung. In Riesbach, wo das Bedürfnis nach einem derartigen Verkehrsmittel am stärksten empfunden wurde, richtete Lohnkutscher Furrer im Jahr 1865 einen Omnibusdienst ein, der aber nach vier Jahren als zu unrentabel wieder aufgegeben werden musste. Kein besseres Resultat hatten die weiteren Versuche mit Omnibusfahrten 1869—1871 und 1877. Dann aber wurde durch ein von Gemeinderat P. E. Huber-Werdmüller namens der Gemeinde Riesbach im Oktober 1876 eingereichtes Konzessionsgesuch für eine Linie Flühgasse-Stadtgrenze (Falkengasse) die Strassenbahnfrage ernstlich in Fluss gebracht. Arnold Bürkli und sein Freund Huber-Werdmüller erhielten von der Gemeindekommission den Auftrag, einen einlässlichen Bericht zu erstatten. Sie kamen darin (1877) zu dem Schlusse, es liege eine rationell angelegte und betriebene Strassenbahn so sehr im Interesse der Stadt und der Aussengemeinden, dass es sich rechtfertigen würde, aus öffentlichen Mitteln dafür Opfer zu bringen. Der Bericht empfahl ferner Bau und Betrieb der Strassenbahn durch die Gemeinde selbst. Dafür war aber die Zeit noch nicht reif, hatte man doch alle Mühe, die öffentliche Meinung überhaupt für eine Strassenbahn zu gewinnen. Nur in der Enge bildete sich im Februar 1879 ein ,,Tramway-Klub" und in Riesbach beschloss Ende September 1879 eine Volksversammlung die Einleitung einer Massenpetition für den Bau einer Strassenbahn. Erst im Jahre 1881 schlossen sich die Gemeinden Zürich, Riesbach, Enge und Aussersihl zusammen, um durch öffentliche Ausschreibung zur Bewerbung um die Konzession von Strassenbahnen auf ihrem Gebiet einzuladen, und

Arnold Bürkli wurde Präsident der Strassenbahnkommission. Es musste auf fremde Bewerbung um die Konzession abgestellt werden, da die Gemeindeversammlungen jede finanzielle Beteiligung an dem Unternehmen verweigerten. Die Konzession für den Bau der Strassenbahn erhielt unter verschiedenen Bewerbern die Londoner Firma Meston & Co., die sich verpflichtete, von den Aktien selber einen Betrag bis zu 450,000 Fr. fest zu übernehmen. Dieser unzweideutige Akt des Zutrauens in die Sache führte einen Umschwung in der öffentlichen Meinung herbei, so dass statt der ausgeschriebenen 400,000 Fr. in Aktien die vollen 850,000 Fr. gezeichnet wurden. Am 16. Mai 1882 konnte man mit dem Schienenlegen für die Pferdebahn beginnen und es wurden eröffnet: am 5. September 1882 die Linie Tiefenbrunnen-Bahnhof-Paradeplatz, am 24. September die Linie Paradeplatz-Stockgasse (Enge), am 28. September die Linie Helmhaus-Paradeplatz-Zentralfriedhof. Das Präsidium der den Betrieb leitenden Aktiengesellschaft übernahm P. E. Huber-Werdmüller, welcher in einem Dokument bei Anlass seines Rücktritts 1883 als der Mann bezeichnet wird, ,,dem die Strassenbahn ganz eigentlich ihre Entstehung und erste Einrichtung verdankt.“ — Huber-Werdmüller, geboren am 24. Dezember 1836, war einer der ersten Schüler des Polytechnikums. Er hat die Maschinenfabrik Örlikon gegründet, die als Schmiede und Walzwerk 1864 ihren Betrieb eröffnete und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1876 unter Hubers persönlicher Leitung 1878—1894 ihren heutigen Weltruf erwarb. Ihm gebührt u. a. ein Hauptverdienst am Zustandekommen (1891) der ersten elektrischen Kraftübertragung auf grosse Distanz Lauffen a. Neckar-Frankfurt, 175 km. Oberst Huber war auch Mitgründer und Präsident der Ütlibergbahn, der Aluminium-Industriegesellschaft Neuhausen, des Vereins schweizerischer Maschinenindustrieller und des Arbeitgeberverbandes der schweizerischen Maschinenindustriellen. Grosses hat ihm namentlich seine Gemeinde Riesbach zu verdanken, für deren bauliche Entwicklung er als Gemeinderat und Bauvorstand in der weitsichtigsten und erfolgreichsten Weise tätig war. Strassenbahn, Rechtsufrige Zürichseebahn und Quaibauten bezeichnen nur die wichtigsten Fragen, mit deren glücklicher Lösung der Name von Oberst Huber-Werdmüller verknüpft bleibt.

*



Der Paradeplatz mit der Pferdebahn, 1895

Das Hör- und Sprech-Telephon des Taubstummenlehrers Alexander Graham Bell in Boston, das eine nahezu vollkommene Übermittlung der Sprache auf elektrischem Wege ermöglichte, hielt seinen Einzug in Europa im Jahre 1876 und wurde von der deutschen Reichspostverwaltung 1877 eingeführt. In der Schweiz war es wiederum die Stadt Zürich, die auf diesem Gebiete bahnbrechend voranging, und es konnten die Gäste des eidgenössischen Sängerfestes im Juli 1880 sich zu ihrem masslosen Erstaunen von der Wirklichkeit und Brauchbarkeit dieser wunderbaren Erfindung überzeugen, da der bekannte Elektriker W. Ehrenberg an verschiedenen Punkten der Festhalle bei der alten Tonhalle Telephon-Sprechstationen eingerichtet hatte. Trotzdem hatte auch das Telephon, wie alles Neue, mit viel Misstrauen und Geringschätzung zu kämpfen. Man betrachtete es mehr als Spielerei, und sogar die „Neue Zürcher Zeitung" vermutete, das Telephon werde nach wenigen Jahren wieder verschwinden! Durch diese Skepsis liessen sich aber die beiden Männer nicht beirren, die in klarer Erkenntnis der eminenten Bedeutung des Telephons sich im April 1880 um die Konzession für ein Telephonnetz bewarben: Dr. J. Ryf und Paul F. Wild, und es ist in erster Linie das Verdienst dieser Männer, dass Zürich das erste grosse Telephonnetz der Schweiz erhielt und die erste öffentliche Telephonanlage auf dem Kontinent in Zürich errichtet wurde. Vorsichtig verklausulierte der Stadtrat seine Konzessionserteilung: die Zürcher Telephongesellschaft, auf welche die Konzession übergegangen war, erhielt die Erlaubnis, auf ihre Gefahr eine Telephoneinrichtung in der Stadt probeweise zu erstellen, unter Vorbehalten und Bedingungen, welche für eine definitive Konzession völlig freie Hand liessen. Die Bundeskonzession lautete auf fünf Jahre mit dem Vorbehalt des Rückkaufs, von dem der Bund denn auch im Jahre 1885 Gebrauch machte, da der Telegraph einen gefährlichen Konkurrenten im Telephon erhalten hatte. Als Gründungstag des Zürcher Privatnetzes ist der 15. August 1880 anzusehen. Die ersten Einrichtungen erstellte die „International Bell Telephon Co." in New-York; doch bald errichtete die Gesellschaft selber ein Fabrikationsgeschäft im Industriequartier. Schon im November 1880 konnte trotz vieler Schwierigkeiten ein Nachtdienst eingerichtet werden. Die Abonnementsgebühr betrug anfänglich 150 bis

250 Fr. jährlich für die einfache Verbindung, also beispielsweise für eine Leitung von der Wohnung ins Geschäft oder von einem Geschäft ins andere; Telephonzentralen mit Umschaltungen zur Herstellung beliebiger Verbindungen gab es vorerst nicht. Zur Zeit der Gründung zählte man 200 Abonnenten. Die erste interurbane Verbindung in der Schweiz wurde 1882 zwischen Zürich und Winterthur erstellt.

*

Es sei gestattet, in einem „Anhang“ zu diesem Kapitel noch einige „Kleinigkeiten“ zu erwähnen, die ein gewisses Interesse beanspruchen dürfen: wir meinen die Errichtung des ersten elektrischen Uhrennetzes in Zürich im Jahr 1868, die Gründung eines Verschönerungsvereins für den Zürichberg 1873, das erste Adressbuch für die Stadt Zürich von Orell Füssli & Co. 1875. Früher als alle diese Neuerungen, schon anfangs der sechziger Jahre, war in Zürich die elektrische Hausklingel aufgekommen. „Manche unserer ältern Leser erinnern sich gewiss noch des nachhaltigen Eindrucks, den die sauberen weissen Porzellantaster an den Haustüren auf sie machten; es war etwas Geheimnisvolles damit verbunden. Nur wenige unter uns damaligen Schuljungen hatten einen annähernd richtigen Begriff von der Sache; etwas Furcht vor etwaigen elektrischen Schlägen machte einen anfänglich etwas ängstlich, bis man die Ungefährlichkeit einsehen lernte, sehr zum Ärger der betreffenden Hausbesitzer“ (Prof. Tobler). — Die erste Molkerei in Zürich, die einer sanitarisch einwandfreien Milchversorgung Bahn brach, wurde am 15. Oktober 1887 in Aussersihl von Dr. Niklaus Gerber eröffnet.

In den Jahren 1880 und 1890 verzeichnet die Chronik „Seegefrörene“. Besonders „glanzvoll“ gestaltete sich die erstere. Tausende von Schlittschuhläufern tummelten sich auf der spiegelglatten Fläche. Vom Sonntag den 1. Februar 1880 berichtet die „Freitagszeitung“, dass sich 60—80,000 Menschen auf dem See herumtrieben. Etwa 60 Wirtschaften waren errichtet worden und es entwickelte sich ein Leben und Treiben wie an einem Volksfeste. Die Züge von Basel, Aarau und Winterthur brachten Scharen von Besuchern. Noch lebhafter ging es am folgenden Sonntag zu; allein das Bureau Reinhardt brachte in einem Extrazug von



J. Nieriker

Das Eisfeld bei Zürich

Sonntag, 8. Februar 1880

Basel 500 Gäste und selbst von Frankfurt a. M. kamen einige bewährte Schlittschuh-Virtuosen. „Die Freude wurde diesmal um so weniger gestört, als nicht mehr übermütige Reiter und Schlittenlenker sich in die Menge schreckend und gefährdend eindrängen durften, während dann allerdings abends eine überfröhliche Jugend durch unvorsichtiges Hantieren mit ihren Fackeln den Leuten lästig wurde. Den wahren Schluss aller dieser Feste machte der Fackeltanz des Seeklubs und seiner Dämchen, Feuerwerk und Illumination anstehender Herrenhäuser, — eine wahre italienische Nacht. Diese Festlichkeit sammelte dann aber allerdings eine solche Menge Menschen auf einem Punkt, dass es einen gewaltigen, erschreckenden, wenn auch ungefährlichen Krach gab. Während an den Eingängen des Sees in Zürich, Neumünster und Enge Büchsen für die Armen aufgestellt waren, schwärmten die Mitglieder des Seeklubs, elegante junge Damen begleitend, welche Sammelbüchsen trugen, auf dem See herum und brachten hier noch mehr als die andern Kassen zusammen. Und nun, da die Herrlichkeit ein Ende hat, darf mit hoher Anerkennung hervorgehoben werden, dass die städtische Polizei und ihre Angestellten in musterhafter Weise für die Sicherheit der Eisbesucher und für die Ordnung auf dem Eise selbst bis ans Ende gesorgt haben."

◆◆

ZWEIUNDDREISSIGSTES KAPITEL

GRENZBESETZUNG 1870/71

Im Sommer 1870 brach über Europa das Unglück des deutsch-französischen Krieges herein. Der schweizerische Bundesrat stand auf seinem Posten. Als am 15. Juli das französische Parlament die Kriegskredite bewilligte, wurden die Kantonsregierungen telegraphisch ersucht, die Mobilisation vorzubereiten, und am 16. Juli wurden dann die Divisionen I, II, VI, VII und IX aufgeboten. An Zürcher Truppen befanden sich dabei: in der VI. Division (Oberst Albert Stadler von Zürich) die Parkkompagnie 35 (Heusser), in der VII. Division die Infanteriebataillone 64 (Schellenberg) und 48 (Ammann), und die Sappeurkompagnie 7 (Brunner), in der IX. Division die Dragonerkompagnie 19 (Arbenz). In den Tagen des 19.—21. Juli wurden von der Bundesversammlung General Hans Herzog von Aarau und Generalstabschef Rudolf Paravicini von Basel gewählt und beeidigt. Der General übernahm am 22. Juli den Oberbefehl. Insgesamt wurden 37,423 Mann nebst 3541 Pferden und 66 Geschützen aufgeboten, mit denen unsere Nordgrenze von Schaffhausen bis Pruntrut zu besetzen war. Da aber der Kriegsschauplatz sich mehr und mehr von der Schweizergrenze entfernte, konnten die Truppen des ersten Aufgebots nach sechswöchentlichem Dienst gegen Ende August wieder in die Heimat entlassen werden. Zum Grenzschutz genügten zwei neu eingerückte westschweizerische Brigaden.

Mit tiefster Anteilnahme verfolgte man überall im Schweizerland den Gang der kriegerischen Ereignisse. Ganz besonders nahe ging den Zürchern das Schicksal der von lange her befreundeten Stadt Strassburg, die seit dem 13. August unter dem Feuer der deutschen Kanonen stand. Als sich nun dort plötzlich das Gerücht verbreitete, dass die Schweiz der belagerten Stadt hilfreiche Hand bieten wolle, schien diese Nachricht den Bewohnern unglaublich. Sie sollte sich jedoch im vollen Umfang erwahren. Der Gedanke, der hauptsächlich von Staatsschreiber Dr. Bischoff

Th. Schuler, Strassburg

Die Schweizer Hilfsexpedition vor Strassburg, 1870

von Basel angeregt worden war, hatte sofort gezündet. Am 7. September traten in Olten unter dem Präsidium von Bundesrat Schenk Vertreter von Basel, Bern und Zürich zusammen, um die Sache energisch an die Hand zu nehmen. Die Konferenz bestellte eine Delegation aus den Herren Staatsschreiber Dr. Bischoff, Stadtpräsident Oberst Otto von Büren von Bern und Stadtpräsident Dr. Melchior Römer von Zürich, mit dem Auftrag, sich unverzüglich nach Strassburg, resp. ins deutsche Hauptquartier zu begeben, um den bedrängten Bewohnern Strassburgs Hilfe und Zuflucht in der Schweiz anzubieten und darauf hinzuwirken, dass die Tore, mit Unterbrechung des Bombardements, für einige Stunden zu sicherem und ruhigem Ausgang geöffnet werden. Gleich am folgenden Tage machte sich die Delegation auf den Weg. Generalleutnant v. Werder, der Kommandant der gesamten Belagerungsarmee im Hauptquartier zu Mundolsheim, gab im allgemeinen seine Zustimmung zu dem Unternehmen, nur sollten ihm gewissenhaft und in beschränktem Masse angefertigte Listen zur Genehmigung unterbreitet werden, worauf er dafür sorgen wolle, dass die Leute ungehindert aus der Festung und über den Rhein spediert werden.

Sonntag der 11. September, dieser ewig denkwürdige Tag — so erzählt Stadtpräsident Dr. Römer — brach mit vollem Sonnenglanze an. Gegen 11 Uhr schwiegen die beidseitigen Batterien auf der Route Eckboldsheim-Königshofen; wir machten uns auf den Weg. Der Trompeter und der Parlamentär mit der weissen Fahne reiten voraus. Von Zeit zu Zeit ist eine Barrikade, womit alle Wege verrammelt sind, zu passieren. Endlich ausserhalb Königshofen winkt von weitem die weisse Fahne des französischen Offiziers. Militärisch höflich, ja freundlich war das Rendez-vous der Offiziere. Die Briefe werden abgegeben, der Reçu eingehändigt, und nun geht's unter französischer Eskorte in die Festung hinein. Die Fallbrücke ist heruntergelassen, das grosse Tor öffnet sich: welch unerwartetes Schauspiel bietet sich unsern Augen dar! Im Torweg steht die ganze Commission municipale in Galakleidung, um uns festlich zu begrüssen, umringt von der Menge der herbeigeeilten Bürger. Ehe wir uns versehen, ist ein Kreis um uns gebildet. Der Maire, ein würdiger alter Mann, mit den Amtsinsignien angetan, verliest mit bewegter Stimme eine Adresse, auf welche Dr. Bischoff französisch ant-

wortet. Rechts und links am Arm genommen, ging's nun zu Fuss in die Stadt hinein. Nach dem offiziellen Empfang im Sitzungssaal der Gemeindekommission liessen wir uns zu General Uhrich führen, einem Mann von 68 Jahren, von dem feinen chevaleresken Benehmen des französischen Offiziers.

Donnerstag den 15. September, 10 Uhr, begleitete General Uhrich selbst mit einigen hohen Militärpersonen die Auswanderungskolonne vor die Festung hinaus. Diesseits der Barrikaden harrten sechzig mit Stroh gepolsterte Wagen der Ankömmlinge. Welch ein Anblick, als nun plötzlich ein langer Zug von Kutschen, Gasthof- und Eisenbahnomnibussen, alle vollgepfropft, langsam angefahren kamen, ihnen folgend eine lange Reihe von Frauen und Kindern zu Fuss (Männer waren, mit Ausnahme einer Anzahl älterer, keine herausgelassen worden). Alle Gesichter strahlten vor Freude und Dank. Als alles verpackt und jeder Wagen mit militärischer Bedeckung versehen war, setzte sich der Zug unter berittener Eskorte nach Rheinau in Bewegung.

Am Freitag abend, den 16. September, langte ein erster Transport von 70 befreiten Strassburgern in Zürich an. Sie wurden am Bahnhof empfangen und nach dem alten Schützenhaus geführt, wo Erfrischungen für sie bereit standen. Eine grössere Anzahl traf dann am Samstag ein. Doch haben die Strassburger im allgemeinen von der ihnen angebotenen Gastfreundschaft der Schweiz nur einen mässigen Gebrauch gemacht. Durch die Bemühungen der Schweizer Delegation wurden insgesamt etwa 2000 Personen aus der belagerten Stadt gerettet, von denen indessen manche es vorzogen, ihre Bekannten im Elsass und Baden aufzusuchen, statt nach der Schweiz zu kommen. An Dankbarkeit hat es Strassburg deswegen doch nicht fehlen lassen. Am 12. Januar 1871 wurde den Mitgliedern der Schweizer Delegation in Basel von einer Strassburger Deputation ein prachtvolles photographisches Album überreicht, und im Jahre 1872 übersandte der Munizipalrat von Strassburg dem von Stadtpräsident Römer präsidierten Zürcher Komitee für das eidgenössische Schützenfest als Gabe ein schwer silbernes Caféservice mit Sèvresschalen, das hernach dem glücklichen Gewinner von der Gesellschaft der Böcke abgekauft wurde und im Gesellschaftshaus zum Schneggen aufbewahrt wird. Aber auch noch im Jahre 1914 sind wir wieder-

um an die Freundschaft zwischen Zürich und Strassburg erinnert worden. Es war am 18. April, an der Feier zur Einweihung der neuen Universität, als beim Bankett im Pavillon der Tonhalle der Rektor der Universität Strassburg, Prof. Dr. Chiari, im Tone herzlicher Freude und Dankbarkeit dieser Freundschaft gedachte. Angetan mit seinem malerischen Ornat und der goldenen Amtskette, sprach der Redner vom Podium aus zu der aufmerksam lauschenden Versammlung. Er pries das um Jahrhunderte zurückreichende, ganz besonders freundnachbarliche Verhältnis zwischen den beiden Städten, sprach von der berühmten siebzehnstündigen Hirsbreifahrt von 1576, von der Strassburger Expedition des Jahres 1870, von dem in Strassburg 1884 zu Ehren Zürichs errichteten Zürcherbrunnen, um mit dem bewundernden Ausruf zu schliessen, dass die Zürcher auch mit dem jetzt eingeweihten prachtvollen Universitätsbau wiederum bewiesen haben: „Wollen ist Können!" —

Für die Schweiz brachte der deutsch-französische Krieg schwere wirtschaftliche Nachteile, aber auch politische Gefahren mit sich. Abgesehen von der Möglichkeit, infolge einer Verletzung unserer Neutralität selbst in den Krieg verwickelt zu werden, konnte unter Umständen der Ausgang des gewaltigen Ringens für uns eine weittragende Bedeutung erhalten. Da war es denn nur natürlich, dass unser Volk die mit dem Krieg zusammenhängenden Fragen und Probleme eifrig erörterte und auch mit der Bekundung seiner Sympathien nicht allzu ängstlich zurückhielt. Diese Sympathien standen im Anfang des Krieges überwiegend auf deutscher Seite, namentlich bei den gebildeten Ständen, wo man zu der Lauterkeit der deutschen Politik ein unbegrenztes Zutrauen hatte und den französischen Angriffskrieg auf das schärfste verurteilte. Die in der Schweiz lebenden Deutschen fühlten sich hier heimisch und durften kein Bedenken tragen, einen Aufruf zur Gabensammlung für Verwundete und Kranke vom 22. Juli 1870 — unterzeichnet vom Rektor der Universität Zürich, Prof. Gusserow, Kaufmann O. Wesendonck und andern — nicht nur an ihre Landsleute, sondern an die Bevölkerung des Kantons Zürich zu richten, mit dem Beifügen: „Sind wir doch alle schon oft Zeugen gewesen, dass Zürich stets in erster Linie stand, wenn es sich um Werke der Nächstenliebe handelte." Ganz vereinzelt blieben Stimmen wie die eines „schlichten, aber aufrichtigen Republi-

kaners" in Nr. 378 der „N. Z. Z.", welcher den Krieg als eine unausbleibliche Folge der 1866er Ereignisse und der preussischen Eroberungspolitik hinstellte. Aber gerade der Umstand, dass auch in deutsch-schweizerischen Blättern solche vereinzelte kritische Aussetzungen erscheinen konnten, und der Standpunkt, wonach die deutsche Diplomatie in ihrem Wesen von jeder andern total verschieden, ein deutscher Krieg in keiner Weise mit irgend einem andern Krieg zu vergleichen wäre, in der Schweiz nicht ganz ungeteilte Zustimmung fand, wurde in Deutschland nicht verstanden, und mit grosser Verwunderung mussten die Schweizer erfahren, dass gerade die süddeutschen Blätter sich in immer heftiger werdenden Angriffen auf die Schweiz ergingen. Das kam den Schweizern um so seltsamer vor, als ja kaum fünf Jahre vergangen waren, seitdem auch Süddeutschland im Kampf gegen das aufstrebende Preussen gestanden und ebenfalls zu jener „Welt des Hasses und Neides" gehört hatte, gegen welche sich Preussen nach Bismarcks Behauptung mit „Blut und Eisen" durchsetzen musste. Ruhig und würdig wies die „N. Z. Z.", die unter der ausgezeichneten Redaktion von Dr. Eugen Escher die streng neutrale Stellung der Schweiz mit Takt und Entschiedenheit verteidigte, die ungebührlichen Zumutungen deutscher Blätter zurück. „Früher" — so sagte sie am 23. August — „wären alle Deutschen mit der Neutralität unseres Landes zufrieden gewesen; jetzt deutet man mitunter ziemlich unverblümt an, dass die Schweiz sich ihrer Stammesverwandtschaft erinnern und als Staat sich nicht in Neutralität einhüllen, sondern für die kämpfenden Stammesgenossen aktiv Partei ergreifen sollte. Diejenigen, welche uns solche Andeutungen machen, erinnern sich wohl kaum, dass die Schweiz nur zum Teil aus deutschen Elementen besteht, dass ihr Lebensprinzip gerade im Hintansetzen der sprachlichen Stammesverwandtschaft beruht, dass sie nicht in der Ausbildung weniger kolossaler Staaten auf Grundlage der Sprachgemeinschaft das richtige Ziel staatlicher Fortentwicklung erblickt, sondern dass sie in Sicherung der Freiheit der Einzelnen die oberste Staatsaufgabe erkennt. Der Schweiz zumuten, dass sie in einem Kampfe zwischen Deutschland und Frankreich der Stammesverwandtschaft wegen Partei nehme, heisst nichts anderes, als ihr zumuten, sich selbst zu zertrümmern, sich selbst den Todesstoss zu geben."

Wenn die Vehemenz des deutschen Pressekrieges gegen unser Land eine Einschüchterung der Schweizer bezweckte, dann zeigte die Erfahrung, dass damit das gerade Gegenteil bewirkt wurde und die deutschen Sympathien in der Schweiz in Gefahr kamen, immer mehr zu schwinden. Viel trug dazu auch das Unglück Frankreichs bei, das bei uns tiefes und aufrichtiges Mitleid erregte. Befürchtungen, die in der Schweiz für das eigene Schicksal sich regten, erhielten neue Nahrung durch deutsche Zeitungsstimmen, die ungescheut das Recht der Schweiz auf ihre selbständige Fortexistenz bestritten. Auch eine Autorität wie Professor Adolf Wagner kam in einer Broschüre zu dem Schlusse, ,,dass diese Zwischenstaaten (Holland und die Schweiz) nach geographischer Lage, Nationalität, volkswirtschaftlichen Interessen naturgemäss ein Teil Deutschlands sind ..." Selbst die ,,N. Z. Z.", die sich fortwährend die grösste Mühe gab, zur Ruhe und Besonnenheit zu mahnen, konnte sich der Bemerkung nicht enthalten, es sei keinem zu verargen, wenn er vorläufig noch einiges Misstrauen setze in die Friedensliebe einer Macht, ,,die innert ein paar Lustren drei Eroberungskriege geführt hat." Den Gipfel des Hohnes gegen die Schweiz erreichte die süddeutsche Presse beim Übertritt der Bourbaki-Armee in die Schweiz, den sie mit wahren Ausbrüchen der Schadenfreude begleitete. So schrieb das ,,Ulmer Tagblatt" — um nur ein Beispiel von vielen zu nennen — unter der Überschrift ,,Wir gratulieren": ,,Wir gönnen unsern liebenswürdigen Nachbarn diese ungebetenen Gäste wahrlich von ganzem Herzen und hätten gar nichts dagegen einzuwenden, wenn es doppelt so viele wären ... Es unterliegt gewiss keinem Zweifel, dass diese 80,000 Gefangenen für die Schweiz eine wahre Kalamität sein werden, aber gerade das ist's, was wir ihr gönnen ... Erwägen wir überdies, aus welchem Gesindel die Bourbakische Armee grösstenteils besteht, dann wahrlich können wir nur wiederholen, was wir oben gesagt: Wir gratulieren!" Gegenüber solchen kleinlichen Gehässigkeiten wirkten doppelt wohltuend die abmahnenden Korrespondenzen einzelner in der Schweiz lebender Deutscher, und mit Dankbarkeit wurde davon Notiz genommen, dass die massgebende deutsche Presse, vorab die ,,Norddeutsche Allgemeine Zeitung", wiederholt ihrer Anerkennung der vollkommen loyalen Haltung der Schweiz Ausdruck gab. Befreiend wirkte

aber besonders die deutsche Note vom 14. Dezember 1870 nach Wien, aus welcher mit Sicherheit hervorging, dass kein Nachbarstaat Deutschlands von diesem irgendwelche Annexionsgelüste zu befürchten hatte.

Die Kriegslage erforderte am 3. Oktober 1870 ein erneutes, teilweises Aufgebot der III. Division, die nach und nach komplettiert wurde, worauf aber auch die IV. und V. Division noch aufgeboten werden mussten. Es war am Sonntag den 15. Januar, als durch die zürcherischen Dörfer der Generalmarsch rasselte und die Truppen der V. Division auf die Grenzwache nach den verschneiten Höhen des Jura rief. Zu dieser Division gehörten die Zürcher Bataillone 9 (Huber), 34 (Goll) und 11 (Graf), die Dragonerkompagnien 3 (Hablützel) und 12 (Maggi) und die Acht-Pfünder-Batterie Nr. 4. Einige Offiziere dieser Truppen haben interessante Aufzeichnungen über die Grenzbesetzung veröffentlicht, so der Waffenoffizier (Kommandant des Fuhrwesens) des Bataillons 9, Zeller-Werdmüller, Major Dr. Conrad Escher vom Bataillon 11 (Kommandant des Bataillons und Major waren damals noch nicht wie heute in einer Charge vereinigt) und Leutnant Othmar Blumer, der spätere Ständerat, von der Dragonerkompagnie 3. Am 19. Januar übernahm General Herzog abermals den Oberbefehl und verlegte die nach Basel instradierte V. Division weiter westwärts gegen Delsberg. Das Bataillon 9 war am 17. Jan. in Zürich beeidigt worden. Es wurde folgenden Tages nach Olten transportiert und trat dann den Marsch durch den Jura an. Am 24. Januar sammelte sich die Brigade (13) bei Pruntrut. „In tiefem Schweigen harrten die Truppen angesichts der Stadt Pruntrut hinter ihren Gewehrpyramiden auf weitere Befehle, während sowohl von Belfort her als in der Richtung von Abbevillers und Blamont unausgesetzter Kanonendonner herüberdröhnte.“ Am 27. Januar kam das Bataillon 9 hart an die Grenze in das typische Schmugglerdorf Fahy. Acht Tage vorher hatten dort in geringer Entfernung noch Kämpfe stattgefunden. Man sah mit blossem Auge die Verwüstungen in Abbevillers, und in einem Wäldchen auf Schweizergebiet wurden noch preussische Tornister gefunden. Am 30. Januar ging's nach Pruntrut zurück und dann über Delsberg und Tavannes nach Biel. — Bataillon 11 war am 21. Januar aus Zürich in Pratteln und Umgebung eingetroffen; es wurde

am 22. nach Kleinlützel verlegt, wo auch die Dragonerkompagnie 3 im Quartier lag, kam dann nach Beaucourt und Saignelegier und nach einem beschwerlichen Nachtmarsch am 29./30. Januar nach Chaux-de-Fonds, von dort am 31. Januar nach Neuenburg und folgenden Tages im Extrazug nach Yverdon. — Die Dragonerkompagnie 3 stand am 19. Januar in Basel zur Verfügung des Kommandanten der V. Division, Carl Meyer-von Bern, „und seines ebenso vorzüglichen wie liebenswürdigen Stabschefs Oberst Vögeli von Zürich". Die Kompagnie, welche die ganze Grenzstrecke von Basel bis Genf im Sattel zurückgelegt hat, traf am 1. Februar über Chaux-de-Fonds und Colombier in Yverdon ein.

Am 28. Januar 1871 langten in Pontarlier die Trümmer der französischen Ostarmee (Bourbaki) in einem Zustand vollständiger Demoralisation und Auflösung an. Nach dem Selbstmordversuch Bourbakis von General Clinchant geführt, vom Korps Werder von Norden her, vom Korps Manteuffel von Westen und Süden bedrängt, verriet die erschütterte Armee die deutliche Absicht, auf Schweizerboden überzutreten. Am Mittwoch den 1. Februar früh um vier Uhr wurde im Quartier des Generals Herzog in Verrières-Suisse zwischen ihm und dem französischen Parlamentär Oberstleutnant Cheval eine Konvention für den Übertritt abgeschlossen, deren Zustandekommen General Clinchant in Verrières-françaises sehnsüchtig erwartete. Noch vor fünf Uhr brachte ihm Oberstleutnant Cheval, begleitet von dem Adjutanten des Generals Herzog, Oberstleutnant Siber, das Dokument, das Clinchant beinahe unbesehen unterzeichnete, und nun ergossen sich die Kolonnen in ununterbrochenem Zuge ruhelos und rastlos, 48 Stunden lang, hinein in die freie Schweiz.

Es waren im ganzen 87,847 Mann, 11,800 Pferde, 285 Kanonen und 1158 verschiedene Fuhrwerke, welche in den Tagen vom 1. bis 3. Februar die Schweizergrenze passierten. Die Mannschaften mussten beim Überschreiten der Grenze die Waffen niederlegen und wurden dann in Kolonnen von 1000 und 1500 Mann abgeteilt zum Weitertransport nach dem Innern des Landes. 33,500 Mann kamen bei Verrières herein, 54,000 Mann über die waadtländischen Jurapässe bei Ste-Croix, Jougne-Vallorbe, über den Mont Risoux ins Jouxtal hinab und durch das Dappental nach St-Cergues. An der Entwaffnung bei Jougne-Ballaigues war auch das Zürcher

Bataillon 34 beteiligt. Das Bataillon 9 begegnete den ersten Franzosen in Biel am 4. Februar. Es waren Liniensoldaten und Moblots, halb verhungerte, halberfrorene wankende Gestalten. In Neuenburg fielen am 5. Februar den Zürchern 57 gefangene pommersche Grenadiere durch ihre Sauberkeit inmitten des unordentlichen Haufens der Franzosen auf. In Colombier, wo das Bataillon die Parkwache zu übernehmen hatte, sah es greulich aus. „In den ausgedehnten fünfstrahligen Alleen standen Tausende von Pferden zur Untersuchung und Behandlung. Vor Hunger hatten sich die armen Tiere Mähnen und Schweifhaare abgefressen und an den prachtvollen Kastanien- und Lindenbäumen die Rinde bis weit hinauf abgenagt, wie man auch im Artilleriepark vielfach auf durchgenagte Radspeichen und Deichseln traf. Im Schlamm lag allerlei Gerät umher, selbst Kürassierhelme mit Tigerfellbelag und Rosshaarbusch, dazwischen tote frisch geworfene Füllen. Abseits war eine mächtige Grube ausgegraben zur Aufnahme der abgestandenen oder wegen Krankheit und Rotzverdacht getöteten Pferde. Über alles regierte die Hünengestalt des uns wohlbekannten Oberpferdearztes Direktor Zangger (von Zürich)." Das Bataillon 9 wurde am 16. Februar in die Heimat entlassen.

Bataillon 11 stand vom 1. bis 11. Februar in Yverdon. Es hatte die ankommenden Franzosen nach allen Seiten zu verteilen, zu eskortieren und die an der Grenze liegenden Ortschaften nach hangengebliebenen Franzosen abzusuchen. Die Schilderungen des Leutnants Lavater, die Dr. Conrad Escher in seinen Erinnerungen mitteilt, geben ein anschauliches Bild von den chaotischen Zuständen in der nach Yverdon hereinflutenden französischen Armee. Mit einem Teil des Bataillons hatte Major Escher dann noch im Jouxtale Grenzwachtdienste namentlich gegen die Einschleppung der Rinderpest zu versehen, die andern Kompagnien wurden nach Cossonay, Nyon und St-Cergues dirigiert. Vom 11. bis 26. März war das ganze Bataillon in Genf vereinigt. Besonders anstrengend war der Dienst vom 14. März an beim Rücktransport der Internierten. Fortwährend langten die Eisenbahnzüge mit den Internierten aus der Schweiz an, die am Bahnhof in Empfang genommen und truppenweise nach St-Julien begleitet werden mussten. Sonntag den 26. März schlug für das Bataillon 11 die Stunde der ersehnten Heimkehr.

Unvergessliche Eindrücke hatte auch die Dragonerkompagnie 3 in Yverdon und Orbe gesammelt. Ein schwerer und mühseliger, aber auch höchst interessanter Dienst war ihr beim Einmarsch der Franzosen geworden. Leutnant Blumer stand unter dem direkten Befehl des Stabschefs Oberst Vögeli, mit dem er am 3. Februar zur Grenze ritt und dort Zeuge des Einzugs endloser französischer Kolonnen war. Am 7. März kam die Kompagnie nach Genf und hörte dort am 11. März ohne Freude, dass Generalmarsch geschlagen wurde für das Aufgebot der nichtzürcherischen Bataillone nach — Zürich, wo die bedrohte Ordnung wieder hergestellt werden sollte. Die Entlassung der Dragoner erfolgte am 13. März.

Die französischen Internierten wurden auf sämtliche Kantone mit Ausnahme von Tessin, Appenzell I.-Rh. (wo preussische Ulanen interniert waren), Neuenburg und Genf verteilt. Auf den Kanton Zürich entfielen bei der ersten Verteilung 11,031 Mann, zu denen aber noch Nachzügler kamen, so dass der Etat vom 25. Februar 11,556 gesunde und 727 kranke, zusammen 12,283 Internierte aufwies. In Zürich wurden die Franzosen mit grosser Spannung erwartet. Es gab Leute, welche die ganze Nacht auf dem Bahnhofplatz zubrachten, um den Moment der Ankunft nicht zu verpassen. Als am 4. Februar morgens 3 Uhr ein grosser Transport eintraf, ward den Franzosen von der Volksmenge ein herzlicher Willkomm geboten. ,,Vive la France!"— ,,Vive la Suisse!" — ging es hin und her. Einige Deutsche, welche ,,Vive la Prusse!" dazwischen riefen, wurden verprügelt. Die Stadt Zürich behielt von dem ersten Transport von 4700 Mann zunächst 3600, darunter das ganze 92. Linienregiment; ein Zug mit 1000 Internierten war schon am Abend des 3. Februar direkt nach Winterthur weiter gefahren. Eben dahin kam auch die berittene Gendarmerie, die eine Regimentskasse mit 95,000 Fr. mitgebracht hatte. Andere Abteilungen wurden per Schiff in die Dörfer am See gebracht, 800 Mann kamen nach Uster in die Fabrik Zangger & Gyr usw. In Zürich verteilte man die gesunden Internierten auf die ehemalige Speiseanstalt im Zeughaus beim Bahnhof, auf die übrigen Zeughäuser, die Reitschule, die Stallungen im ,,Platz" und die Predigerkirche. Damit nicht auch das Grossmünster in Anspruch genommen werden musste, hatten die Herren Escher vom Felsenhof ihr

neues Zwirnereigebäude am Untern Mühlesteg zur Verfügung gestellt. Für die Kranken und Verwundeten waren die schöne Bürgliterrasse, die Schiesstände beim neuen Schützenhaus im Sihlhölzli und die Spannweid angewiesen. Als Absonderungshaus für Pocken und andere ansteckende Krankheiten diente die Stephansburg. Zur militärischen Bewachung der Internierten, die der kantonale Militärdirektor Oberst Scherer zu leiten hatte — Platzkommandant in Zürich war Oberst Rudolf Hess, — waren zuerst die Bataillone 85 und 87 aufgeboten worden, die dann (am 21. Februar) von den Reservebataillonen 86 und 88 und der Jägerkompagnie des Bataillons 29 abgelöst wurden. Die Internierten wurden im Kanton Zürich von den militärischen Behörden keineswegs verhätschelt, sondern eher streng gehalten, so dass sogar der eidgenössische Inspektor Oberst Trümpy fand, man dürfte die Zügel ohne Schaden etwas locker lassen. Grossartig wie immer war in Zürich die Wohltätigkeit. Beim Hilfskomitee auf dem Rüden türmten sich die Kleider, Hemden, Strümpfe, Schuhe usw. zu Bergen, und überdies gingen in bar 25,443 Fr. ein.

Den Wunsch der Schweiz, die Internierten Mitte Februar zurückschaffen zu dürfen, hatte Deutschland am 14. Februar abgewiesen; man sollte damit warten bis nach Abschluss des Präliminarfriedens. Endlich konnte der Beginn des Rücktransportes auf den 8. März festgesetzt werden, wurde dann aber auf Wunsch des zum Empfang seiner heimkehrenden Söhne noch nicht vorbereiteten Frankreich nochmals auf den 13. März hinausgeschoben. Trotzdem reiste die berittene Gendarmerie schon am 7. März von Winterthur ab, und das 92. Linienregiment verliess Zürich am Mittwoch den 8. März. Bevor jedoch die Rücktransporte fortgesetzt werden konnten, trat noch ein Ereignis ein, das — nach seiner politischen Bedeutung masslos übertrieben — für Zürich von den unangenehmsten Folgen war: der Tonhallekrawall von Donnerstag den 9. März 1871. Zum voraus sei festgestellt, dass die Franzosen für die Störung der deutschen Siegesfeier in der Tonhalle der geringste Teil der Schuld trifft. Die Beteiligung der Internierten am Bombardement auf die Tonhalle war nicht erheblich; bei der Inspektion in den Interniertenlagern am Donnerstag Abend fehlten nur etwa zehn Mann. Was die Gesinnung der Offiziere betrifft, so darf vielleicht an einen Vorgang am 14. Februar



Alte Tonhalle, Haupteingang Stadtseite (abgebrochen 1896)

erinnert werden. An jenem Tage trafen in Zürich die 57 gefangenen Pommern ein, die die Bourbakiarmee mitgebracht hatte und die nun in Basel ausgewechselt werden sollten. Am Bahnhof Zürich wurden sie von den hiesigen, ausserordentlich zahlreich versammelten Deutschen mit Jubel empfangen. Abends veranstalteten diese in einem öffentlichen, jedermann zugänglichen Restaurant der Stadt eine Feier zu Ehren der Pommern; laut erschallten in der fröhlichen Runde die deutschen Kriegs- und Siegeslieder. Da traten einige französische Offiziere ein. Man liess sich dadurch nicht stören, machte ihnen vielmehr freundlich Platz; die Franzosen setzten sich zu den Preussen, und hell klangen die Gläser zusammen.

Ob die Deutschen nicht besser getan hätten, auf ihre Siegesfeier zu verzichten, kann man ruhig dahingestellt sein lassen, da ihr Vorgehen, man mag es jetzt beurteilen wie man will, das Vorgefallene in keiner Weise entschuldigt. Über Fragen des Taktes — und eine solche lag hier vor — gehen bekanntlich oft in den besten Familien die Meinungen auseinander. Nur das lässt sich vielleicht sagen: wenn denn doch, trotz ernstlicher Abmahnung, durchaus gefeiert werden musste, wobei die Möglichkeit einer Störung Wochen vorher vollständig klar vorausgesehen wurde, wie dies die Verabredungen mit den Behörden beweisen, dann hätte diese Störung auch in Kauf genommen werden können und brauchte nicht so ungeheuer tragisch aufgefasst zu werden, zumal man mit der Feier nicht nur sich selbst, sondern auch dem gastfreundlichen Lande, wo sie stattfand, erhebliche Ungelegenheiten bereitete. Die volle Verantwortung für den wüsten Rummel fällt auf einheimische Elemente, die aber wieder nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ausmachten. Die weitaus meisten Stadtbewohner lagen friedlich in den Federn und hörten am Freitag Morgen mit Staunen, was vorgefallen war. Für das Treiben der Krawallanten aber ist kein Wort der Verurteilung scharf genug. Wir wollen nichts davon hören, dass auch in monarchischen Polizei- und Militärstaaten solche Krawalle häufig vorkommen. Dort sind sie eine natürliche Erscheinung, bei uns, wo das Volk regiert, eine Schande und Unnatur. Immerhin sind auch die innerpolitischen Verhältnisse in jenem Momente nicht ganz ausser acht zu lassen. Nach dem grossen Sieg der Demokraten standen sich die Parteien

im Kanton Zürich noch unversöhnt gegenüber. Die politischen Gegensätze erstreckten sich sogar auf die Sympathien und Antipathien während dem Krieg. Bei den Liberalen und Konservativen hielt man mehr auf die deutsche Seite; die Demokraten bekundeten offen ihre Vorliebe für die französische Republik. Auch eine gewisse Passivität der städtischen Bevölkerung den Vorgängen bei der Tonhalle gegenüber mag sich aus einem Rest politischer Verbitterung teilweise erklären. Ohne mit den Radaubrüdern im mindesten zu sympathisieren, gönnte man der vom Volk gewählten Regierung die Verlegenheit. „Es war," schrieb die „Freitagszeitung", „die Genugtuung, unsere Regierung in dem ihr prophezeiten Kampfe mit den schlimmen Elementen zu sehen, durch welche sie sich hatte emporheben lassen, und die Hoffnung, dass die Regierung diese Aufrührerrotte zwar wohl besiegen könne, aber dabei werde offenbar werden, wie unfähig das demokratische Regiment sei und wie grosse Gefahren es dem Lande bereitet habe."

Doch nun wird es Zeit, den Hergang zu erzählen.

Im „Tagblatt" vom 31. Januar 1871 erschien folgendes Inserat:

> Deutscher Kommers.
>
> Die neueste entscheidende Wendung im deutsch-französischen Kriege hat bei den Unterzeichneten den Gedanken angeregt, die staatliche Neugestaltung Deutschlands durch einen Abend-Kommers zu feiern. Zu Festen ist die Zeit nicht angetan, in anspruchsloser Form wollen wir den grossen Moment im Kreise Gleichgesinnter begehen. Wir laden demnach alle hier wohnenden Deutschen, die mit uns in der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches ein freudiges Ereignis erblicken, sowie alle Schweizer, die Freunde der deutschen Sache sind, höflichst und dringend ein, an dem Abend-Kommers im grossen Saale der Tonhalle Donnerstag den 2. Februar teilzunehmen.
>
> G. Semper, Professor. — O. Wesendonck.
> A. Gusserow, Professor. — A. Exner, Professor.

Diese Ankündigung erregte in einigen Kreisen der Stadt Verwunderung und Aufregung, die noch vermehrt wurde, als ihr auf dem Fusse die Nachricht vom Übertritt der Bourbaki folgte. Die

Polizei fand in einigen Wirtschaften lithographierte Zirkulare mit einem Protest gegen die Feier: ,,Wie weit haben wir es gebracht und wie weit werden wir es noch bringen mit der Aufrechthaltung unserer Neutralität, wenn Behörden und demokratisch gesinnte Vereine, sowie alle rechtgesinnten Bürger ruhig zusehen, wie in unserem Lande solche Feierlichkeiten, resp. Demonstrationen unter dem Titel Deutscher Kommers zur Frohlockung über den Mord an einer Schwesterrepublik in öffentlichen Lokalen gehalten werden können" usw. Das Komitee für den deutschen Kommers teilte im ,,Tagblatt" vom 2. Februar mit, ,,wegen der durch das Einrücken der Franzosen in die Schweiz über den Kanton hereingebrochenen Kalamität" werde der Festkommers auf unbestimmte Zeit verschoben. Eine Einsendung vom gleichen Tage in der ,,N. Z. Z." empfahl den Deutschen, doch lieber nach Friedensschluss eine allgemeine Friedensfeier zu veranstalten, zu welcher dann auch die Franzosen und alle andern Nationalitäten eingeladen werden könnten. Eine längere Einsendung aus deutschen Kreisen in der ,,Freitagszeitung" rechtfertigte das Vorgehen der Deutschen und erklärte zum Schluss: ,,Solchen Drohungen gegenüber ist dem Komitee die Feier des Festes nicht mehr bloss Sache des Herzens, sondern Sache der Ehre. Es wird Vorkehrungen treffen, um Störungen zu vermeiden und durch eine anderweitige Art der Einladung Störer fern zu halten. Im übrigen aber verlassen sich die Festteilnehmer auf die staatliche Ordnung des Kantons Zürich; sie werden es nötigenfalls darauf ankommen lassen, ob das freie Versammlungsrecht und der Schutz der Gesetze auch den hier lebenden Deutschen gewährleistet ist. Das Fest wird daher gefeiert werden, wenn der Kanton wieder beruhigt und der Friede gesichert ist."

Am 2. März erfolgte im ,,Tagblatt" die definitive Einladung auf Donnerstag den 9. März, abends 8 Uhr. Erneuten Vorstellungen gegenüber, dass man doch wenigstens warten möchte bis nach der Abreise der Franzosen, wurde deutscherseits betont, die abermalige Verschiebung wäre lächerlich und würde als eine Feigheit erscheinen. Gerade jetzt feiere ganz Deutschland den Sieg, und da könne man hier nicht erst hintennach hinken. Die Abreise der Franzosen sei übrigens schon festgesetzt gewesen, ihre abermalige Verschiebung nicht Schuld der Deutschen. Und schliesslich werde

die Feier im geschlossenen Raume und nur für Eingeladene abgehalten. Unter diesen Auspizien fanden schon von Dienstag ab vorsorgliche Besprechungen zwischen Stadt- und Kantonspolizei über die zu treffenden Massnahmen statt. Der kantonale Militärdirektor Oberst Scherer befand sich bei einer nationalrätlichen Kommission in Bern. Ihn ersetzten in der Oberleitung der Internierten-Bewachung Oberst Stadler und dessen Adjutant Stabsmajor Ulrich Meister; stellvertretender Militärdirektor war Regierungsrat Walder. Mittwoch den 8. März machte Direktor Marck namens des deutschen Komitees dem Polizeidirektor Müller offiziell Mitteilung von dem abzuhaltenden Kommers und bat um polizeilichen Schutz. Auf Donnerstag nachmittag 2 Uhr wurden die Herren Wesendonck und Marck aufs Platzkommando in die Kaserne beschieden, wo ihnen der Adjutant des Platzkommandanten Hess, Stabshauptmann Pestalozzi, mitteilte, dass eine Störung des Festes zu befürchten sei; die Truppen würden aber zu seinem Schutze herbeieilen. Die Bemerkung von Hauptmann Pestalozzi, dass man das Fest hätte verschieben sollen, beantwortete Herr Marck damit, dass an den Dispositionen nun nichts mehr geändert werden könne. Zwischen Oberst Hess und seinen Vorgesetzten scheint nicht das beste Einvernehmen bestanden zu haben und der letztere beklagte sich u. a. darüber, dass noch am Donnerstag abends 5 Uhr die eben von der Grenze heimgekehrte Dragonerkompagnie 12, die einige Stunden später ausgezeichnete Dienste hätte leisten können, ohne sein Vorwissen entlassen wurde. Auf abends 7 Uhr bat Oberst Hess noch Professor Wislicenus zu sich in die Kaserne und empfahl ihm als dem Festpräsidenten, dafür zu sorgen, dass die Festteilnehmer, unbekümmert um das, was draussen vorgehe, in der Tonhalle bleiben; für die Ordnung vor der Tonhalle würde gesorgt werden.

Als gegen 8 Uhr die ersten Gäste mit ihren Damen bei der Tonhalle ankamen, fanden sie die Zugänge von halbwüchsigen Schlingeln belagert, die ihnen Schimpfnamen zuriefen. Schlimmeres noch liessen die Haufen von Männern ahnen, die sich nach und nach dazu gesellten. Der grosse Tonhallesaal war mit den deutschen Farben geschmückt; eine imposante Figur der Germania, am Rhein Wache haltend, von Maler Witt, leuchtete den Eintretenden entgegen. Auf dem Podium der deutsche Sängerverein

„Liedertafel“ und die Kapelle Dietrich. Man sang zuerst „Wir sind vereint zur guten Stunde“. Dann hielt Professor Wislicenus, ein eingebürgerter Deutscher, die Begrüssungsansprache, die mit einem Hoch auf das Deutsche Reich und das deutsche Volk endete. Nachdem die etwa 900 Personen zählende Versammlung zur Musikbegleitung den Choral „Nun danket alle Gott“ und hierauf die Liedertafel Geibels „Nun lasst die Glocken von Turm zu Turm“ gesungen, sprach begeistert Professor Johannes Scherr, bisher einer der radikalsten Deutschen. „Dummheit, Unwissenheit, Gemeinheit, Neid und Bosheit sind grosse Gewalten auf Erden,“ rief der Redner aus, „aber die vereinigte Macht dieser fünf Grossmächte reicht doch nicht aus, den Ruhmesglanz des kolossalen Werkes zu trüben, welches Deutschland binnen sieben Monaten geschaffen hat. Mit dauernderen Flammenzügen als sie der Blitz in die Felsen schreibt, wird die Geschichte die Einzelheiten dieser Arbeit in das Buch der Ewigkeit schreiben, und dort wird, wenn die Leidenschaften, die Verhetzungen und Gehässigkeiten von heute längst verschollen sein werden, zu lesen sein, dass die Grossartigkeit des welthistorischen Dramas von 1870/71 auf deutscher Seite insbesondere beruht 1. auf der quellenlautern und spiegelblanken Reinheit und Gerechtigkeit unserer Sache, 2. auf Deutschlands Alleinstehen, so dass es ohne alle und jede Unterstützung von aussen, aus seines Wesens innerstem Kern heraus, ganz und gar aus eigener Kraft seine staunenswerten Erfolge errang, 3. auf der Einheit aller deutschen Stämme, Stände und Volksschichten in dem nationalen Gedanken.“

Schon während der Rede von Professor Wislicenus waren einige Steine klirrend durch die Oberfenster hereingeflogen und die Ansprache Scherrs begleitete ein immer stärker werdender Steinhagel auf die Tonhalle, so dass man sich allmählich aus der Mitte des Saales unter die Galerien zurückziehen musste. Heftiges Poltern an den Türen und fortwährendes Scheibenklirren liessen die Absicht eines Einbruchs von aussen vermuten. In eine unangenehme Situation gerieten besonders die zahlreichen Zürcher, die, der Einladung folgend, gekommen waren, um ihre Sympathie für die deutsche Sache zu bekunden. Sie hatten nun eine vierstündige Belagerung mit ihren deutschen Freunden durchzumachen und wurden von ihnen mit bitteren Vorwürfen über die

„saubere Ordnung" in unserem Lande regaliert. Plötzlich entstand auf dem Podium ein furchtbarer Lärm. Man sah, wie dort Sänger und Musiker nach der Seitentür stürzten, die zum nebenanliegenden Bierlokal, dem sogenannten „Schlauch", hinabführte, und um diese Türe ein wütender Kampf entbrannte. Die jungen Leute im Saal, namentlich eine Anzahl Polytechniker, eilten aufs Podium, demolierten die Musikpulte, um sich mit Stücken davon zu bewaffnen, traten Stuhlbeine und Stuhllehnen ab oder brachen Latten aus den Dekorationsstützen. Einer sprang mit beiden Füssen aufs Klavier und wurde wieder heruntergestossen. Alles hieb wie toll auf die Türe los, die schliesslich den Fusstritten und Schlägen von aussen und innen nachgab. Im „Schlauch", ihrem gewohnten allabendlichen Stammlokal, hatte sich eine Anzahl französischer Offiziere eingefunden, darunter der Bataillonskommandant Comte de Vitrolles, die Hauptleute Cardozo und Delacour, die Leutnants und Secondeleutnants Bensas, Poirel, Hubert, Didier, de Raimond, Monteaux, die Sergeants Peyré und Castanet; auch einige Soldaten und ein hitziger kleiner Turco waren da. Anfänglich verhielten sich die Franzosen ruhig an ihren Tischen, gerieten aber durch den Lärm draussen und die Siegeslieder im Saal mehr und mehr in Aufregung. Wie auf ein verabredetes Zeichen erhoben sich auf einmal alle; man hörte rufen „Vive la France!" — „On nous insulte!" Der ganze Haufen der Offiziere drängte sich in den dunkeln Gang, der zur Treppe und der Tür nach dem Podium führte. Tonhallewirt Boller, der diese Türe vorsorglich verschlossen hatte und die Tonhalle-Vorstandsmitglieder Fürsprech Dr. G. Mousson und Lehrer Bosshard versuchten umsonst, mit Wort und Tat den Franzosen zu wehren. Wirt Boller eilte schliesslich barhaupt hinaus, den Obersten Hess zu suchen und militärische Hilfe zu erbitten. Die Franzosen bearbeiteten die Podiumtüre mit einer dicken Stange (Baumstütze), mit der sie die beiden untern Füllungen durchbrachen, worauf deutsche Fäuste die Stange ergriffen und hereinzogen. Die Offiziere fuchtelten mit den Säbeln durch die Lücken; Sergeant Peyré der so unvorsichtig war, den Kopf hindurchzustecken, erhielt einen furchtbaren Schlag, taumelte die Treppe herab und stürzte beim Buffet bewusstlos nieder. Nun sprang auch die Tür auf, die Deutschen stürzten sich mit Hurrah auf die Franzosen und warfen sie

die Treppe hinunter. Am Fuss der Treppe wilder Kampf. Mit vollen und leeren Biergläsern und Weinflaschen, Zündholzsteinen, Porzellanunterlagen wurden die Deutschen bombardiert, und sie hieben mit ganzen Sesseln und Fragmenten von solchen um sich. Acht Deutsche wurden verwundet, darunter der Photograph Riedel erheblich. Schliesslich gelang es mit Hilfe der Polizei, die Franzosen zu entwaffnen und zu verhaften oder aus dem Lokal zu werfen, und die Deutschen, einmal im Zuge, hatten die grösste Lust, durch einen „Ausfall" den von Demonstranten angefüllten Salzhausplatz (Bellevueplatz) zu säubern, was aber Regierungsrat Walder nicht gestattete. Bei der Rückkehr packten der Polytechniker Eichenberger und andere trotz ernstlicher Abwehr des Ingenieurs Münch im Seefeld den noch immer am Boden liegenden Sergeanten Peyré und schleppten ihn aufs Podium hinauf, um ihn als „Gefangenen" der Versammlung zu zeigen. Nachdem sich diese genugsam an dem Anblick erbaut, wurde Peyré auf der Treppe der Polizei übergeben. Nicht lange nach dieser Szene erschien die behäbige Figur des Obersten Hess im Saal. Er bat das Komitee, die Musik nicht mehr spielen zu lassen, und verschwand wieder. Als bald darauf doch wieder Musik im Saal erschallte, kam Adjutant Pestalozzi mit dem Befehl, das Fest nunmehr abzubrechen und die Lichter herunterzuschrauben, weil das für die Sicherheit der Kommersteilnehmer unbedingt erforderlich sei. Mit einigem Murren wurde gehorcht, und es hatte das Aufhören der Musik und das Dunkelwerden der Tonhalle sofort eine beruhigende Wirkung auf die Volksmasse. Die Festteilnehmer wurden von den Offizieren nach und nach hinausbegleitet, aber es wurde 3 Uhr morgens, ehe die Tonhalle geschlossen werden konnte.

Draussen vor der Tonhalle war es nach dem Ausspruch des Instruktors Vogler den ganzen Abend „krautig" zugegangen. Das anfängliche Aufgebot nichtuniformierter Stadt- und Kantonspolizisten hatte nicht genügt, um die gegen die Tonhalle drängende, auf die Deutschen und die Regierung schimpfende Volksmenge zurückzuhalten, welche schon anfing, Steine nach den Fenstern und dem Vordach der Tonhalle zu werfen. Die Regierungsräte Müller und Walder, Stadtpolizeipräsident Hagenbuch und fünf höhere Offiziere waren auf dem Platz. Sie wurden beschimpft, verhöhnt und sogar tätlich angegriffen, so dass Oberst Stadler

den Säbel zog und einen Angreifer verletzte. Aus der Menge wurde ihm zugerufen, dass sein Haus demoliert werden solle, worauf er nach Hause eilte und dann nach etwa einer Stunde wieder geholt wurde. Nun rückte uniformierte Polizei an, der es für kurze Zeit gelang, das Volk gegen das Salzhaus und die Kronenhalle zurückzudrängen und einige Leute zu verhaften, darunter einen Mann mit einer Mistgabel, der nachher wegen Säuferwahnsinns ins Burghölzli kam. Jeder Steinwurf, der eine Scheibe zertrümmerte, wurde vom Volk mit Jubel und Bravo begleitet. Endlich erschien auch das heiss ersehnte Militär auf dem Platz, Oberst Hess an der Spitze von 150 Mann vom Bataillon 88, von der Menge mit Pfeifen und Johlen begrüsst. Die wogende Masse übersehend, fand Oberst Hess, dass er zu schwach sei, um etwas ausrichten zu können, und liess deshalb die Soldaten untätig über eine Stunde bei der Kronenhalle stehen. Dann rückte eine Abteilung ein Stück weit in der Tonhallestrasse vor, wobei Adjutant Pestalozzi fast vom Pferde gerissen wurde. Als der stellvertretende Militärdirektor Walder die Abteilung bei der Kronenhalle zur Tonhalle hinüber dirigieren wollte, erhielt er den Bescheid, die Soldaten hätten strengen Befehl, niemandem zu gehorchen als dem Obersten Hess. Diesem war inzwischen aus der Mitte des Publikums geraten worden, die Truppen zurückzuziehen, da sich das Volk dann eher beruhigen würde. Oberst Hess zog deshalb seine Kompagnie auf den Hechtplatz und zum Eingang in die Stadelhoferstrasse zurück. Dann wieder von allen Seiten bestürmt, er möchte doch jetzt einmal eingreifen, beharrte Oberst Hess dabei, ohne schriftlichen Befehl nichts tun zu können. Bei der Stadelhoferstrasse vereinigten Wirt Boller und Polizeipräsident Hagenbuch ihre Vorstellungen und Stabsmajor Meister machte ihn energisch für alle Folgen seiner Inaktivität verantwortlich. Aber erst dem Regierungsrat Walder, der mit Hess endlich auf dem Hechtplatz zusammentraf, gelang es, den letztern zum Einschreiten zu bestimmen. Die Menge hatte nach dem Abzug der Truppen auch die Ost- und Südseite der Tonhalle in Angriff genommen, und es war schwierig für das Militär, die beiden befohlenen Stellungen beim Haupteingang und beim Restaurant einzunehmen, wo es weiterhin — mit Front gegen die Tonhalle! — ohne Befehle und Verhaltungsmassregeln stehen gelassen wurde und die ganze Arbeit der übermenschlich angestrengten Polizei

überliess. Das Steinwerfen war, wie die „Freitagszeitung“ schrieb, förmlich organisiert. „Baumstarke Kerle sahen wir, denen Hintenstehende die massenhaft herbeigeführten Steine boten, sogar bis zwischen die Soldaten mit einem ‚Excusez!‘ sich vordrängen und sicher zielend werfen.“ Dem früheren Stadtpräsidenten Oberst Ziegler, welcher den Soldaten zuzusprechen versuchte, wurde bedeutet, er solle zuerst die Uniform anziehen, wenn er hier befehlen wolle. Er ging heim, kam in Uniform zurück und gesellte sich unterstützend dem Stabsmajor Meister bei, der es schliesslich dazu brachte, dass das Militär in der Richtung auf das Salzhaus vorrückte und den Platz räumte. Um 2½ Uhr konnten die Truppen in die Kaserne zurückkehren. Die Polizei hatte 29 Tumultanten verhaftet, die im Weiberbau des Zuchthauses im Ötenbach untergebracht wurden.

Am Freitag morgen sah die Tonhalle traurig aus; kaum eine Scheibe mehr ganz, der Platz mit faustgrossen Steinen übersäet. Nachmittags, als das Lokal für die Börse in der Tonhalle geöffnet wurde, vermochten einige Leute in den grossen Saal einzudringen, wo sie die Germania zerstörten und die deutschen Fähnchen zerrissen. Stadtschreiber Bernhard Spyri, Pfarrer Paul Hirzel, Pestalozzi-Wiser und Direktor G. Stoll veröffentlichten eine „Adresse der zürcherischen Bevölkerung“, in welcher der Entrüstung über das Vorgefallene Ausdruck gegeben und der Regierungsrat ersucht wurde, „gegenüber den beleidigten Deutschen Dolmetscher unserer Gefühle zu sein“. Die Adresse wurde in der Eisenhandlung Joh. David Wiser am Münsterhof und in der Kunsthandlung Cramer & Lüthi aufgelegt und von 437 Einwohnern unterzeichnet. (Der Regierungsrat erklärte am 18. März, er sei nicht in der Lage, die Adresse eines Teils der Einwohnerschaft an einen andern Teil in amtlicher Stellung zu vermitteln, und verwies auf die einmütige Kundgebung des Kantonsrates, der er sich anschliesse; hierauf richteten die obgenannten Herren die Adresse mit den Unterschriften direkt an das deutsche Komitee.) Fast sämtliche schweizerische Professoren der Universität und des Polytechnikums drückten in einer von G. v. Wyss verfassten Adresse ihren Kollegen deutscher Abkunft das tiefe Bedauern über den Krawall aus. Der städtische Schulrektor Zschetzsche, ein eingebürgerter Deutscher, telegraphierte am Freitag früh an den

Bundespräsidenten Dubs und an den Gesandten des Norddeutschen Bundes in Bern, General von Röder; letzterer begab sich daraufhin zum Bundespräsidenten und verlangte Auskunft, die der Bundesrat unverzüglich telegraphisch von Zürich einholte. Das Telegramm Zschetzsches an den norddeutschen Gesandten war später noch Gegenstand eines Pressprozesses. Die Regierung berief am Freitag vormittag die 2. Jägerkompagnie des Bataillons 29 vom linken Seeufer nach Zürich und bot für Samstag die Scharfschützenkompagnien 47 und 74 auf. Das Komitee für den deutschen Kommers richtete eine scharfe Eingabe an den Regierungsrat, indem es die Behörden für alle Folgen verantwortlich machte, strenge Bestrafung auch der fehlbaren Beamten verlangte und sich eventuell weitere Schritte vorbehielt. Der engere Ausschuss des Komitees (Marck, Wesendonck, Wislicenus) veröffentlichte eine Kundgebung in der Presse, die unter Darlegung der Besprechungen mit den Behörden alle Verantwortlichkeit seitens der Deutschen ablehnte und deren Schutzlosigkeit beklagte. Freitag abends zwischen 9 und 10 Uhr rotteten sich in der Gegend der Strafanstalt einige hundert Männer zusammen mit der Absicht, die Gefangenen im Weiberhaus zu befreien. Auf dem Lindenhof hielten ein Schweizer und dann ein Deutscher Ansprachen an die Gesellschaft, dann begann das Bombardement mit Pflastersteinen. Die Strafanstalt war stark militärisch besetzt. Von der Kaserne her kamen mehrere Patrouillen, geführt von Stabsmajor Bluntschli. Ein Freiwilliger wurde von der Truppe abgedrängt und lebensgefährlich misshandelt. Da die Soldaten mit Steinen beworfen wurden, schossen sie mit ihren Gewehren in die Luft; ein Schuss traf den württembergischen Schneider Teufel, der an seinem Kammerfenster im dritten Stock der Wirtschaft Stutz gegenüber der Strafanstalt stand. Teufel war aus Paris ausgewiesen worden und hatte hier Arbeit gefunden. Die Grabrede hielt ihm der Rektor der Universität Zürich, Professor Gusserow. Das Resultat des Krawalls vor der Strafanstalt waren weitere Truppenaufgebote (ganzes Bataillon 29 und Dragonerkompagnie 19).

Als am Samstag morgen den 11. März der Regierungsrat sich zu seiner ordentlichen Sitzung versammelte, lagen bereits Polizeirapporte vor, nach denen man auf eine wachsende revolutionäre Bewegung schliessen musste. Nicht nur sollte der Angriff auf das

Zuchthaus wiederholt werden, sondern man sprach auch — in einigen Spelunken — von einem Sturm aufs Rathaus und dem Sturz der Regierung. Es wurde im Rathaus die Frage erörtert, ob nicht der Sitz der Regierung in die Kaserne verlegt werden sollte. Einstweilen erliess der Regierungsrat eine Proklamation an die Bevölkerung, welchem Beispiel auch der Stadtrat folgte. Die tollsten Gerüchte zirkulierten. In einer mittags 1 Uhr in der Kaserne abgehaltenen Konferenz, an welcher die Regierungsräte Ziegler und Walder, Polizeipräsident Hagenbuch, Oberst Stadler und Major Meister teilnahmen, betonte speziell Oberst Stadler die Notwendigkeit weiterer Truppenaufgebote, da man sich auf das Stadtbataillon wegen seiner revolutionären Gesinnung nicht verlassen könne. So müssten eben eidgenössische Truppen herbeigezogen werden, resümierte Ziegler. An den Bundesrat gingen im Lauf des Nachmittages folgende Depeschen des Regierungspräsidenten Gottlieb Ziegler:

3 Uhr 25: „Heute wächst die Bewegung. Es steht eine Revolution bevor von unklarem, aber drohendem Charakter. Wir bitten um eidgenössisches Aufsehen."

5 Uhr 35: „Situation kritisch. Zuverlässigkeit teils aufgebotener Truppen zweifelhaft."

Um 5 Uhr 45 lief vom Bundesrat die telegraphische Mitteilung ein, dass er vier Bataillone Infanterie und zwei Batterien nach Zürich aufgeboten habe. Die Truppen wurden unter den Befehl des Obersten Eduard v. Salis gestellt. Überdies ernannte der Bundesrat einen eidgenössischen Kommissär in der Person des Landammanns Dr. Heer von Glarus. Die beiden Batterien 16 und 17, Appenzell und St. Gallen, kamen nicht nach Zürich, sondern wurden alsbald wieder entlassen. Die aufgebotenen Bataillone waren das 17. (Aargau) und 49. (Thurgau), die beide noch in Genf standen, sowie die St. Galler Bataillone 31 und 63. Für den Samstag, den letzten der kritischen Tage, musste Zürich freilich noch mit den eigenen Kräften auszukommen suchen, und das war auch ohne alle Schwierigkeiten möglich. Die vorhandenen Truppen wurden auf die wirklich oder vermeintlich bedrohten Punkte, Rathaus, Zuchthaus, Zeughäuser, Druckereien der „Neuen Zürcher Zeitung" im Elsasser und der „Freitagszeitung" an der Schipfe, Villa Wesendonck usw. verteilt, 1000 französische In-

ternierte aus den Zeughäusern sofort nach Genf abgeschoben. Beim Rathaus war schon von 6 Uhr an eine formidable Kriegsmacht aufgestellt: die Scharfschützenkompagnie 47, das Bataillon 29, die Dragonerkompagnie, die den Rathausquai und die Zugänge von Marktgasse und Limmatquai her besetzt hielt, für die neugierige Bevölkerung ein sicheres Zeichen, dass es hier etwas zu sehen geben werde, weshalb sie sich denn auch entsprechend zahlreich einstellte. Die zweifelhaften Elemente bildeten eine Minderheit. Die Zeit des stundenlangen Wartens vertrieb sich die Menge mit dem unaufhörlichen Singen von Vaterlandsliedern, und waren es auch nicht gerade Huldigungen, die dann und wann zum Saale des in Permanenz tagenden Regierungsrates emporstiegen, so schien die ganze Situation für die Regierung denn doch von ferne nicht so gefährlich wie damals, da die Revolution unter den Fenstern des Rathauses Psalmen anstimmte. „Der hostile Charakter der Bewegung eher abnehmend", telegraphierte der Regierungspräsident um 9 Uhr 50 nach Bern. Eine kompakte Masse drängte sich immer näher an das Rathaus heran und war nur schwer zurückzuhalten, da das Militär nicht brutal vorgehen mochte. In der vordersten Reihe stand ein bäumiger Kerl mit einem Knüppel, Pankraz Meyenberg, Kesselschmied in der Neumühle. Der Scharfschützenhauptmann ging auf ihn zu mit den Worten: „Guter Freund, Ihr scheint mir gerade der rechte Mann zu sein, um uns ein wenig zu helfen; macht doch, dass die Leute zurückbleiben!" — „Ja, wenn es so gemeint ist," sagte geschmeichelt der Keulenmann, „ja wohl! — Zurück da, ihr Leute!" — Wieder verging eine Stunde, ohne dass etwas geschah. Da ward es dem Pankraz zu dumm. Er hielt eine Ansprache an das Volk, woraus zu entnehmen war, dass man sich oben an der Strehlgasse wieder treffen wolle. Wirklich fand sich am bezeichneten Ort ein Haufen dunkler Gesellen ein, die Pankraz mit einer zweiten Ansprache animierte. Die Detektive Wolfer und Rüegg folgten ihm auf den Fersen, und beim Ötenbach kamen noch die uniformierten Polizeisoldaten Graf und Guhl dazu. Pankraz begrüsste die unerwünschte Gefolgschaft: „Wollt Ihr auch einstehen und mitmachen?" — „Das würde sich für uns nicht schicken," sagten die Polizeimänner. „Dann macht, dass Ihr fortkommt!" Sofort waren die Polizisten umringt, bekamen Steine an den Kopf und



Strafanstalt am Oetenbach, Hauptportal, 1902

Rücken und flohen das Lindenhofgässchen hinauf. Guhl zog den Säbel, Pankraz ihm nach und suchte ihm die Waffe zu entreissen. Bei dem Ringen verlor Guhl die Polizeimütze, mit der dann nachher Pankraz als Häuptling der Bande stolz sich schmückte. Stockfinstere Nacht; nur beim Zuchthausportal verbreitete eine erschöpfte Laterne einen zweifelhaften Schein. Man hörte Pfiffe vom Lindenhof, vom Rennweg, von der Schipfe herauf. Das Gesindel gab sich Signale, und es waren verschiedene dabei, die von einem früheren Aufenthalt im Ötenbach her über die erforderliche Ortskenntnis verfügten. Es mochte auf Mitternacht gehen, als etwa dreissig Mann in den matten Schein vor dem Zuchthausportal heraustraten und mit Pflastersteinen den Artillerieangriff auf das in Dunkel und tiefer Stille liegende Gebäude markierten. Sechs schleppten eine 20 Fuss lange Gerüststange herbei, mit der sie einen Fensterladen zertrümmerten, aber dann auf ein Gitter stiessen und nun gegen das Portal operierten. Scharfe Augen hatten jede Bewegung verfolgt. Im Weiberbau lag die 2. Jägerkompagnie des Bataillons 29, den Finger am Drücker des Gewehrs. Zweimaliger Trommelwirbel warnte die Stürmenden und mit lauter Stimme forderte Major Escher-Hess aus einem Fenster auf, den Platz zu verlassen, ansonst geschossen werde. Einige Schüsse an eine gegenüberliegende Mauer unterstrichen die Warnung. „Ihr habt ja keine Kugeln," höhnte die Sippschaft und berannte von neuem das Tor. Jetzt folgten gezielte Schüsse. Vier Männer wälzten sich in ihrem Blute. Zwei blieben tot auf dem Platze, zwei starben bald nachher. Mehrere wurden verwundet. Fritz Bürkli sah, wie man einen am Brunnen vor dem Rennwegtore wusch. Als man einen der Toten in der Anatomie untersuchte, fand man seine Kleider voll Ungeziefer, und der Mann hatte — keine Zehen!

Die Lektion der 29er vor dem Zuchthaus war genügend. Die Stürmer liessen die Gerüststange fallen und flohen, aber nur, um vor dem Rathaus nochmals mit drohenden Worten und Gebärden zu demonstrieren und nach der Absetzung der Regierung zu schreien. Doch auch hier bedurfte es nur einiger Revolverschüsse in die Luft von Oberst Hess und einem andern Offizier, um die letzten Radaumacher zu verscheuchen. Um halb ein Uhr traf, vom Militärdirektor Oberst Scherer am Bahnhof empfangen und

zum Rathaus geleitet, der eidgenössische Kommissär Dr. Heer in Zürich ein. Er kam post festum; die Sache war vorüber ....

Zürich unter dem Schutz der eidgenössischen Bajonette, verbeiständet von einem eidgenössischen Kommissär! Ein bitteres und schmerzliches Gefühl. Konnte man uns diese Demütigung nicht ersparen? So fragte sich am Sonntag jedermann, und ein heisser Zorn kochte in der Bürgerschaft gegen eine Regierung, die so furchtsam gewesen, wegen eines Haufens von Strolchen das eidgenössische Aufsehen anzurufen. Den Ausgangspunkt der ganzen dummen Geschichte, den deutschen Kommers, hatte man schon fast vergessen; jedenfalls aber hatten die Skandale vom Freitag und Samstag mit deutschen Sympathien oder Antipathien nicht das geringste mehr zu tun. An den Mauern der Stadt prangte am Sonntag vormittag die Proklamation des eidgenössischen Kommissärs mit der Mahnung an die Bevölkerung, die Ordnung aufrecht zu halten und ihm zu ersparen, von den Mitteln der Gewalt Gebrauch zu machen! Man schämte sich fast, die eidgenössische Vermahnung zu Ende zu lesen, und mit gemischten Gefühlen wohnten am Nachmittag halb 6 Uhr die Stadtzürcher dem Einmarsch der beiden St. Galler Bataillone bei, denen von Genf her um 6¼ Uhr die Aargauer und im Laufe der Nacht die Thurgauer folgten. Eidgenössischer Platzkommandant war Oberst Trümpy. Am 15. März konnten die Aargauer und Thurgauer wieder abmarschieren; die St. Galler hatten noch bis zum 18. zu bleiben.

Mit den Internierten wurde nun so rasch als möglich abgefahren. Acht Tage lang bot der Bahnhof Zürich, den im ganzen 24,500 Mann passierten, ein überaus belebtes Bild. An der Sihl war eine eigene Restauration errichtet worden, wo die Franzosen nochmals erquickt wurden. Die letzten Internierten aus dem Kanton Zürich kamen am 19. März zu Schiff an und marschierten, die Marseillaise singend, flinken Schrittes die Bahnhofstrasse hinunter. Den Franzosen, unter denen sich noch zahlreiche Rekonvaleszenten befanden, mag es vorgekommen sein, als kämen sie aus einer guten warmen Stube heraus beim Verlassen der Schweiz in Verrières-françaises, wo sozusagen nichts zu ihrem Empfang vorbereitet war und sie die erste Nacht auf heimatlichem Boden wieder in Schnee und Eis unter freiem Himmel zubringen mussten, um dann zu Fuss den langen Weg nach Lyon zurückzu-

legen. 90 Internierte der Stadt Zürich hatten hier in kühler Erde ihren dauernden Aufenthalt gefunden. Ihre Landsleute errichteten ihnen auf dem katholischen Friedhof in Wiedikon ein Denkmal, das am 17. März 1872 mit sieben Reden eingeweiht wurde. Es trägt die Inschrift: „Aux Français internés morts à Zurich, victimes de la guerre 1870—1871, leurs compatriotes et amis suisses. Sont enterrés ici" — und dann folgen 51 Namen von den in Wiedikon Begrabenen. Auf der Rückseite des Denkmals sind die 20 Internierten vom Friedhof Neumünster und die 19 vom Friedhof des Kantonsspitals verzeichnet. Als der Friedhof im „Löchli" Wiedikon 1910 aufgelassen wurde, versetzte man das Franzosen-Denkmal auf den Friedhof Manegg.

Der Kantonsrat war von seinem Vizepräsidenten, Stadtschreiber Th. Ziegler von Winterthur, auf Montag den 13. März 1871 zu einer ausserordentlichen Sitzung eingeladen worden. Obwohl der Regierungspräsident Gottlieb Ziegler erklärte, noch keinen Bericht erstatten zu können, wurde eine Kommission mit Stadtpräsident Dr. Sulzer von Winterthur an der Spitze eingesetzt zur Prüfung der Akten und Berichterstattung auf den folgenden Tag. Vorläufig begnügte sich der Rat damit, auf den Antrag von Dr. Frey sich zum Zeichen der Entrüstung über die Vorgänge von den Sitzen zu erheben. Am 14. März begründete Dr. Sulzer folgenden Antrag der Kommission: „Der Kantonsrat, überzeugt, dass der Kanton Zürich fähig ist, die Ordnung in seinem Gebiete mit eigenen Kräften aufrecht zu erhalten, beschliesst: Der Regierungsrat wird beauftragt, diese Anschauungsweise dem Bundesrat kund zu tun, mit dem Ansuchen, es solle derselben bei weitern Schlussnahmen Rechnung getragen werden." In seinen Erläuterungen der Vorgänge bei der Tonhalle, die von denen beim Zuchthaus total verschieden waren, führte er die ersteren auf drei Momente zurück: den „Deutschenhass" in einem Teil der Bevölkerung, das Mitleid mit den Franzosen und die Stimulation, welche die Anwesenheit der Internierten bewirkte. Bezüglich des „Deutschenhasses" liess sich Dr. Sulzer nach der „N. Z. Z." ungefähr folgendermassen vernehmen: „Es ist eine eigentümliche Wahrnehmung unter uns, dass, während wir desselben Stammes sind, dieselbe Sprache sprechen und von denselben Kulturelementen getragen werden, doch ein so grosser Teil des Volkes von tiefer Abneigung

gegen die politische Stellung unseres Nachbarreiches erfüllt ist .... Wenn die Stellung der Deutschen noch dieselbe wie vor zehn Jahren gewesen, so wäre eine solche Spannung nicht eingetreten; seither aber sind die Forderungen und Ansichten der deutschen Nation ganz andere geworden. Sie war von der Überzeugung erfüllt, dass ihr nicht die Achtung gezollt würde, auf die sie Anspruch machen dürfte. Dies hat sie nun in glänzendem Siegeslaufe erreicht. Was heisst aber das, eine Machtstellung ersten Ranges in Europa erringen? Das, jedem andern, sobald es beliebt, Furcht einzuflössen. Wer diese Stellung einnimmt, muss sich nicht wundern, dass man ihm nicht mit Liebe entgegenkommt. Von der Furcht zum Hass ist aber nur ein kleiner Schritt. Wenn daher in unserer Bevölkerung Befürchtungen aufgetaucht sind, so ist das nichts Unerklärliches.“ Die Ausführungen des Referenten blieben im Rate nicht ohne lebhaften Widerspruch. Dr. Alfred Escher erklärte den Deutschenhass als etwas durchaus Verwerfliches. „Wenn zwei Nationen miteinander in friedlichem Verkehr leben sollen, so ist es die deutsche und die schweizerische.“ Er erinnerte auch daran, dass das offizielle Deutschland uns gegenüber stets eine freundliche Stellung eingenommen hat. A. Guyer beantragte geradezu, die deutsche Kolonie einzuladen, ihre Siegesfeier wann und wo immer nochmals abzuhalten unter Zusicherung unbedingten Schutzes. G. v. Wyss teilte vollständig die Auffassung Alfred Eschers. „Soviel ist gewiss, dass dieser sogenannte Deutschenhass etwas ganz Unverständiges ist. Unsere Verwandtschaft mit der deutschen Nation in Sprache und Sitte, Wissenschaft und Kunst sollte hinreichen, uns davor zu bewahren. Seit vierzig Jahren ist an unsern Unterrichtsanstalten eine Reihe ausgezeichneter Männer Deutschlands in allen Gebieten der Wissenschaft tätig, und bin ich auch nicht mit jeder Richtung, die sie vertraten, einverstanden, so muss ich doch sagen: ihnen verdankt das Zürich des 19. Jahrhunderts einen guten Teil seines geistigen Lebens und des Ruhmes, den es beansprucht.“ Andere Redner kritisierten aufs schärfste die Regierung und die beklagenswerte eidgenössische Intervention. Alt-Regierungsrat Dr. Suter beantragte ein Tadelsvotum. Widmer-Hüni und Reiff-Huber ergingen sich in heftigen Vorwürfen. „Die Intervention anzurufen,“ sagte der letztere, „ist eine Schmach an unserem Militär. Es wundert mich

nicht, wenn Soldaten und Offiziere weinten und ihre Degen zerbrechen wollten, als sie dem eidgenössischen Militär Platz machen sollten. Ich liebe die Eidgenossen, aber diesmal wünschte ich sie zum Teufel." Für diesen Ausdruck erhielt der Redner einen Ordnungsruf. Kommandant Hotz beantragte eine allgemeine Amnestie für die am Auflauf vom 9. März beteiligten Angeklagten, zog dann aber, von dem allgemeinen Gelächter überrascht, den Antrag wieder zurück. Der Kommissionsantrag fand einhellige Annahme; das Tadelsvotum von Dr. Suter wurde abgelehnt. Der schriftliche Bericht der Regierung kam erst am 9. Mai zur Behandlung. Es wurde davon einfach Notiz am Protokoll genommen, da die Kommission sich auf irgend einen Antrag nicht hatte einigen können. Die Kostennote für die eidgenössische Intervention — 62,277 Franken und 18 Rappen — hat dann der liberalen politischen Agitation, so für die Wahlen von 1872, noch verschiedentlich gute Dienste geleistet.

Der Tonhallekrawall und seine Folgen erzeugten in Zürich eine so verdriessliche Stimmung, dass man sogar auf das Sechseläuten vom 27. März verzichtete. Am meisten aber klagten die Deutschen. Mehr als alles andere hatte sie die Rede von Dr. Sulzer im Kantonsrat gekränkt. Dass man in amtlicher Stellung von „Deutschenhass" sprechen und ihn noch halbwegs rechtfertigen konnte, war den Deutschen ganz unbegreiflich. Mehrere deutsche Professoren haben wegen dieser Rede Sulzers Zürich verlassen, und auch O. Wesendonck verkaufte seine Villa in Enge (die spätere Kaiser-Villa „Rietberg") und siedelte nach Dresden über. Der Philolog und Archäolog Prof. Benndorf sagte in seinem Demissionsgesuch vom 16. April: „Bei der andauernden Stimmung, welche die hiesige Bevölkerung gegen die Deutschen erfüllt, und nach den bekannten Ereignissen, deren Motive im hohen Kantonsrate Verteidigung gefunden haben und für welche der hohe Regierungsrat eine wiederholt erbetene Genugtuung durch eine versöhnliche Erklärung den hier anwesenden Deutschen zu geben abgelehnt hat, ist es mir zur innerlichen Unmöglichkeit geworden, meine Stelle an der Universität länger zu bekleiden." Auf die Adresse der 437 deutschfreundlichen Stadtzürcher antwortete das deutsche Komitee in der Presse mit einer Kundgebung vom 30. März, worin es heisst: „Wir bedauern nur, dass die von Ihnen

kundgegebenen sympathischen Anschauungen seitens der obersten Behörde nicht geteilt oder doch nicht zu bestimmterem Ausdruck gebracht worden sind. Es musste uns mit Befremden erfüllen, dass der hohe Regierungsrat sich damit begnügt, auf die einmütige Manifestation des hohen Kantonsrates vom 13. hinzuweisen und dieser Erklärung der obersten Landesbehörde seinerseits beizupflichten, — denn wir vermögen in dem vom h. Kantonsrate durch gemeinsames Aufstehen ausgesprochenen ‚tiefen Bedauern' und der Entrüstung über die letzten tumultuarischen Vorgänge doch kaum etwas weiteres als eine allgemeine Missbilligung der die Republik Zürich betreffenden Gesetzesverletzungen zu erblicken. Weder bei diesem Akte, noch überhaupt sonst in irgend einer offiziellen Äusserung ist der Deutschen oder der Beleidigungen, welche sie als Deutsche erfahren, auch nur mit einem Worte Erwähnung getan worden, vielmehr geschah es im Schosse der obersten Landesvertretung, dass in fast offizieller Weise der in der Schweiz verbreitete ‚Deutschenhass' verteidigt und gegen erhobene Einsprache nachdrücklich in Schutz genommen wurde." An der Hochschulfeier am 29. April, bei welcher das Bankett ausfiel, klagte der Rektor Professor Gusserow: „Noch ist nicht von mir und einem grossen Teil meiner Kollegen das Wort genommen, das in der höchsten Behörde dieses Landes ausgesprochen wurde, dass wir als Deutsche verhasst seien, verhasst in dem Gemeinwesen, dem wir unsere besten Kräfte in ehrlicher Arbeit gewidmet."

Es musste erwartet werden, dass die Zürcher Vorfälle der deutschen Presse neuen Anlass bieten würden, sich intensiv mit der Schweiz zu beschäftigen. Ein wahrer Platzregen von Leitartikeln über den „Deutschenhass in der Schweiz" ergoss sich auf unser unglückliches Land, und diesmal machten auch die grossen Blätter Chorus mit den andern. Die „Karlsruher Zeitung" meinte, durch die Rede von Dr. Sulzer habe die Affäre politische Bedeutung erlangt, und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" liess sich vernehmen: „Den ‚Deutschenhass' findet Herr Sulzer gerechtfertigt in der Schweiz, die über den ganzen Krieg deutscherseits aufs loyalste behandelt wurde, trotzdem ihre Presse die gute deutsche Sache systematisch verleumdete! Den Deutschenhass rechtfertigen, vollends in der deutschen Schweiz, die so sehr auf die gute Nachbarschaft angewiesen ist, dass sie heute ihre sämt-

lichen höheren Bildungsanstalten, ihre Hochschulen, Polytechnikum, Theater, Konzerte und so manche Werkstätten schliessen müsste, wenn ihr die Deutschen den Rücken kehrten, – ist ein so bodenlos verrücktes Unterfangen, dass nur der Dr. Sulzer es wagen konnte." — Die deutschen Herzensergiessungen wollten kein Ende nehmen. — „Es sollte uns wundern," schrieb am 20. April die „N. Z. Z.", „wenn zur Stunde nicht jeder regelrechte deutsche Quartaner mit dem gleichen dankbaren Stoffe beschäftigt wäre .... Eine Menge deutscher Zeitungen und Wochenschriften haben sich mit der genauesten Prüfung von Herz und Nieren unseres Landes befasst und gar wenig Gutes dabei herausgebracht; so ziemlich alle sind sie darüber einig, dass sehr vieles faul sei im Staate Dänemark, und auch an solchen fehlt es nicht, welche auf die Frage der Fortexistenz der Schweiz ihre schwarze Kugel bereits abgegeben haben ..." Leider wurde die Hetze noch von Zürich aus geschürt, von Deutschen, die sich über angeblich geflissentliche Verschleppung der gerichtlichen Untersuchung beklagten, und nicht fehlen durfte auch in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" der „geborene Schweizer", der in dem deutschen Blatte über unsern tiefen Fall weinerlich Busse tat. Doch schliesslich, nachdem sich aus den Fenstern des deutschen Zeitungshimmels vierzig Tage und vierzig Nächte lang die Flut über den sündlichen Hass der Schweiz, insbesondere Zürichs gegen Deutschland ergossen hatte, „also dass bereits die fünfzehn Ellen des Wasserstandes über allen Schweizerbergen erreicht sein mochten" („N. Z. Z."), war doch ein Abnehmen zu verspüren, und das Beste dazu tat dann wiederum ein Deutscher in Zürich, der seinen Landsleuten durch die „Augsburger Allgemeine" sagte: „Nun aber höre man endlich in Deutschland auf, unsere Lage als entsetzlich und unerträglich darzustellen, dadurch die Schweizer unverdienterweise zu verletzen und unserer Stellung, sowie dem Wohle unserer Lehranstalten dadurch wirklich zu schaden. Es ist nicht so schlimm. Viele von uns haben von Anfang an den Humor nicht verloren, und diejenigen, welche früher etwas stark erregt waren, sind fast sämtlich längst wieder beruhigt, da sie sehen, dass die besseren Kreise dem Treiben durchaus fern standen und es verurteilten, und dass die eidgenössische Justiz kein leeres Wort ist."

Das gerichtliche Nachspiel zum Tonhallekrawall vollzog sich in zwei Akten. Schauplatz war beidemal der Kantonsratssaal,

zuerst für die kriegsgerichtlichen Verhandlungen vom 13. und 14. April 1871, bei denen vier französische Offiziere zu je drei Monaten Gefängnis, Kosten und Entschädigungen verurteilt wurden, und dann für die Eidgenössischen Assisen vom 30. Mai bis 7. Juni 1871, vor deren Schranken 41 Angeklagte zu erscheinen hatten. In seinem Plaidoyer führte der zum Bundesanwalt bestellte Fürsprech J. Weber von Lenzburg u. a. aus: „Ich fühle gegenüber unserem Lande die heilige Pflicht, hier laut und energisch zu protestieren gegen alle jene unwahren und unlautern Beweggründe, die jenen Vorfällen schon haben unterschoben werden wollen, namentlich feierlichen Protest einzulegen gegen die Zutat, als ob dem Schweizervolke oder auch nur dem kleinsten Teile desselben das Hässlichste, das eines Menschen und speziell eines freien Volkes Unwürdigste anklebe: der Nationalitätenhass. Nein, meine Herren! Der Absolutismus allein kann den Nationalitätenhass für seine Zwecke erzeugen und gebrauchen; auf dem freien Boden gemeiner schweizerischer Eidgenossenschaft wächst diese Pflanze nicht und wird nicht wachsen, sogar wenn man sie mit Gewalt importieren wollte. Das Land, das seit Jahrhunderten allen Nationalitäten die Türe geöffnet, weiss nichts von Völkerhass!" Unter Berufung auf zahlreiche Zeugenaussagen legte der Bundesanwalt dar, dass die in Arbeiterkreisen bestehenden Antipathien gegen die Deutschen mit politischen Erwägungen nichts zu schaffen haben. „Aber wenn sich der Arbeiter durch den Deutschen vielleicht aus der Werkstatt hinausgedrängt sieht, weil dieser besser und billiger arbeitet, wenn er sich durch ihn in seinen ökonomischen Interessen, in seinem täglichen Brotverdienste verletzt und geschädigt fühlt, — das bleibt sitzen, das pflanzt einen Groll, der allerdings bei geeignetem Anlass zu Überschreitungen führen kann." Unter den Verurteilten befand sich auch Pankraz Meyenberg. Er erhielt 9 Monate Gefängnis. Zwei Jahre darauf hat Meyenberg auf dem Milchbuck bei Zürich einen jungen bayrischen Schlossergesellen umgebracht und ist dann zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden.

Es war wie ein „Nachbeben" zu den grossen Erschütterungen des Jahres 1871, als im folgenden Jahre über der Frage „Deutschland und die Schweiz" nochmals eine heftige Diskussion entstand, hervorgerufen durch keinen Geringern als unsern vortreff-

lichen Staatsschreiber Dr. Gottfried Keller. Professor Gusserow ging weg — er folgte einem Ruf nach Strassburg —, und am Abschiedsbankett entbot ihm der Staatsschreiber beim perlenden Champagner den Scheidegruss und trug ihm auf, den alten Verbündeten der Schweizer, den Strassburgern, zu sagen, sie sollten sich nicht zu sehr grämen, dass sie zum Deutschen Reiche zurückgebracht worden seien. Wenn das Deutsche Reich sich so entfalte, dass es Staatsformen der verschiedensten Art, also auch die der Schweiz, in sich aufnehmen und ertragen könnte, so dürfte — aber nur dann! — auch an uns Schweizer der Gedanke herantreten, wieder zu Kaiser und Reich zurückzukehren. Wann aber das geschehen werde, sei nicht zu berechnen; es könne Jahrhunderte, es könne aber auch bloss Jahrzehnte anstehen. — Es war das eine regelrechte Entgleisung des Meisters Gottfried, doch ist der Ort und die Stunde zu bedenken, und in Zürich war man sich nach der ersten Überraschung bald darüber klar, wie absurd es wäre, einem Manne mangelnden Patriotismus vorzuwerfen, der mit seinem ganzen Wesen in der Heimat wurzelte und mit seinen Dichtungen für Heimatliebe und Schweizersinn mehr getan hat als Generationen schweizerischer Staatsmänner.

DREIUNDDREISSIGSTES KAPITEL

DER LETZTE ANTISTES

Neben dem „Grünen Schloss“ am Zwingliplatz steht das alte Pfarrhaus zum Grossmünster. Nach der Gedenktafel an seiner breiten Fassade war es vor der Reformation Amtswohnung des Kustos der Propstei, seit 1536 des Antistes der zürcherischen Kirche Heinrich Bullinger und seiner Nachfolger bis 1833. Aber auch der 22. und letzte in der ehrwürdigen Reihe der zürcherischen Antistes seit Zwingli, Diethelm Georg Finsler, wohnte wieder in diesem Pfarrhause. Vorausgegangen waren ihm als Antistes im Laufe des letzten Jahrhunderts: Hans Jakob Hess, Diakon am Fraumünster und dann Pfarrer am Grossmünster, zum Antistes gewählt am 9. Februar 1795, † 29. Mai 1828; Georg Gessner, Pfarrer am Fraumünster und dann am Grossmünster, gewählt am 18. Juni 1828, zurückgetreten am 26. September 1837; Hans Jakob Füssli, Pfarrer am Neumünster, gewählt am 19. Dezember 1837, vom Grossen Rat am 20. Dezember 1849 nicht mehr bestätigt und ersetzt durch Pfarrer Faesi zu St. Peter, der aber die Wahl ablehnte; Hans Jakob Brunner, Pfarrer in Regensdorf und dann am St. Peter, gewählt am 24. Mai 1850, zurückgetreten am 2. Oktober 1866.

Antistes D. G. Finsler ist geboren am 24. Dezember 1819 im Haus zum „gelben Ring“ im Kratzquartier. Sein Vater, Johann Georg Finsler, geb. 1793, war Pfarrer der Gemeinde Wipkingen, die damals noch als Filiale des Grossmünsters kein eigenes Pfarrhaus besass, weshalb ihre Geistlichen meist in der Stadt wohnten. Pfarrer J. G. Finsler liess sich im Jahre 1823 nach Wangen wählen und wurde 1830 Dekan des Kapitels Uster, 1838 Mitglied des Kirchenrates. Er war eine Zierde seines Standes und einer der begabtesten und tüchtigsten Geistlichen des Kantons; von ihm stammt u. a. ein trefflicher Katechismus, welcher Jahrzehnte hindurch im Gebrauch stand. Es war ein herber Verlust für die zürcherische Landeskirche, als der ausgezeichnete Mann im kräf-



Diethelm Georg Finsler

Antistes

tigsten Alter 1839 durch den Tod hinweggerafft wurde. Die Gattin († 1879), eine Tochter des Antistes Gessner und als solche Enkelin Lavaters, siedelte mit der Familie wieder nach Zürich über. Hier besuchte Diethelm Georg Finsler, der in Wangen überaus glückliche Jugendjahre verlebt hatte, das Gymnasium und als Studiosus der Theologie die Universität, wo ihn besonders Alexander Schweizer und Ferdinand Hitzig fesselten. Er bestand 1842 die theologische Prüfung und wurde ordiniert, bezog aber dann noch für zwei Semester die Universität Bonn und hörte dort u. a. den greisen Ernst Moritz Arndt und Gottfried Kinkel. Bestimmend aber für seine theologische Richtung war der Einfluss des Vermittlungstheologen Karl Immanuel Nitzsch. Den Abschluss der Studienjahre bildete eine Reise durch Holland und einen grossen Teil von Deutschland.

In die Heimat zurückgekehrt, fand Finsler ein lohnendes Arbeitsfeld als Vikar des Antistes Füssli am Neumünster. Volle sechs Jahre hindurch versah Finsler dieses arbeitsreiche Amt, das für ihn eine vortreffliche Schule und Vorbereitung auf die spätere Wirksamkeit in der Stadt geworden ist. 1849 wurde Finsler zum Pfarrer der kleinen Landgemeinde Berg am Irchel gewählt und trat im Februar 1850 diese Stelle an, nachdem er noch zuvor den Ehebund geschlossen hatte mit Elisabetha Zeller von Zürich († 20. September 1894). Der Ruf nach dem idyllischen Dorfe mit seinen 600 Einwohnern hatte Finsler besonders gelockt, weil dort das Pfarramt Musse liess zu intensiver theologischer Fortbildung und fruchtbarer literarischer Tätigkeit. Nach beiden Richtungen hat Finsler die köstlichen Jahre von Berg voll ausgenützt, ohne jedoch im geringsten die eigene Gemeinde zu vernachlässigen. Er selber nannte später die Wirksamkeit in Berg die glücklichste Zeit seines Lebens, und das grösste Kompliment für den gelehrten Pfarrherrn war es, als eine Bäuerin ihm sagte, man könne mit ihm so gut reden, wie wenn er selber ein Bauer wäre. Finsler wurde ein eifriger Mitarbeiter am „Kirchenblatt für die reformierte Schweiz"; er verfasste die Biographien von Antistes Füssli und Antistes Gessner, seinem Grossvater, und gab 1854 ein grundlegendes Werk „Kirchliche Statistik der reformierten Schweiz" heraus, an dem er nahezu fünf Jahre gearbeitet hatte. Im ersten grössern Teil dieses Werkes werden die kirchlichen

Verhältnisse eines jeden der evangelischen Kantone, das gottesdienstliche Leben, die Verfassung, das Sektenwesen usw. auf Grund eines sorgfältigen Detailstudiums eingehend dargestellt; im zweiten wird unter dem bescheidenen Titel einer vergleichenden Übersicht eine zusammenfassende Geschichte der kirchlichen Verfassung und des Kultus der evangelischen Schweiz seit der Reformation gegeben, so dass die Schrift noch immer für die Kenntnis unserer vaterländisch-kirchlichen Entwicklung eine der wichtigsten Fundgruben bleibt. Für dieses Werk verlieh dem Verfasser die Universität Basel bei ihrem 400jährigen Jubiläum im Jahre 1860 die Würde des Doctor honoris causa.

Es konnte nicht fehlen, dass die Aufmerksamkeit der kirchlichen Kreise und der Behörden schon recht bald auf den talentvollen Pfarrer von Berg gerichtet wurde. 1856 erfolgte seine Wahl zum Mitglied des Kirchenrates, und als 1866 Antistes Brunner zurücktrat, ernannte der Grosse Rat zu dessen Nachfolger am 30. Oktober 1866 den Pfarrer und Kirchenrat Finsler. ,,Der Antistes,“ so bestimmt § 11 des Kirchengesetzes vom 20. August 1861, ,,ist der Vorsteher der evangelisch-reformierten Geistlichen des Kantons und von Amtes wegen Präsident der Synode und des Kirchenrates.“ Für dieses Amt war Finsler wie geschaffen. Er war der Typus des evangelischen ,,Kirchenfürsten“ schon nach seiner äussern, würdigen und imponierenden Erscheinung, noch mehr aber durch seine hervorragende Begabung, die wissenschaftliche Tiefe, die überlegene Klugheit und das feine diplomatische Geschick, das ihn in so manchen schwierigen Fällen die seinem konzilianten Wesen entsprechende Vermittlung glücklich finden liess. Es mögen unter den Antistes der zürcherischen Landeskirche nur wenige gewesen sein, die den letzten Inhaber dieses Amtes an geistiger Bedeutung überragten.

Die Wahl zum Antistes liess es Finsler wünschbar erscheinen, seinen Wohnsitz wiederum in die Nähe der Stadt zu verlegen. Noch im Jahre 1866 erfolgte seine Berufung an die Kirche Wipkingen, wo schon sein Vater gewirkt hatte, und 1867 fand die Übersiedlung statt. Es war dies aber nur ein Provisorium. Nach altem Brauch gehörte der Antistes an die Hauptkirche der Stadt, und als im Jahre 1871 der hervorragende Grossmünsterpfarrer Professor Alexander Schweizer seinen Rücktritt nahm, wurde am

19. März 1871 Antistes Finsler zu seinem Nachfolger gewählt. Am gleichen Tage wählte die Grossmünstergemeinde zum zweiten Pfarrer den seit 1867 an der Kirche wirkenden Vikar Ludwig Heinrich Pestalozzi (geb. 21. November 1842, † 28. September 1909), Sohn von R. A. Pestalozzi-Wiser am Münsterhof († 3. Februar 1895). In schönem brüderlichem Einvernehmen haben trotz mancher Verschiedenheiten des Wesens die beiden Geistlichen am Grossmünster 27 Jahre hindurch miteinander gearbeitet. Ludwig Pestalozzi gehörte der streng-positiven Richtung an. Sein Ideal war ein „irenisches" Christentum, das allen konfessionellen Differenzen möglichst aus dem Wege zu gehen und die Einheit des Geistes mit der christlichen Gesamtkirche anzustreben sich bemühte, wogegen Finsler jederzeit mit Nachdruck an der Zwinglikirche die Traditionen Zwinglis hochhielt und noch in seinem letzten Hirtenbrief gegen die römische Propaganda seine warnende Stimme erhob. Sehr verschieden waren auch die ausseramtlichen Arbeitsgebiete der beiden Grossmünsterpfarrer. Finsler stand als Antistes im Mittelpunkt der kirchlichen Interessen und nahm in der kirchlichen Presse und Literatur eine führende Stellung ein, beteiligte sich aber auch als Mitglied des Verfassungsrats und des Kantonsrates (von Anfang der Sechzigerjahre bis 1896) mit regem Eifer am staatlichen und politischen Leben; er vertrat im Kantonsrat mit Würde und Geschick seine Kirche und als gewandter Redner verstand er es namentlich, die Behandlung des Kirchengesetzes auf eine höhere Stufe zu heben. Pestalozzi jedoch wurde schon durch seine ausgeprägt konservative Gesinnung von der aktiven Politik ferngehalten; er führte seine eigene und unabhängige Kirchenpolitik in dem von ihm geistreich und originell redigierten „Evangelischen Wochenblatt", das nach seinem Hinschied, mit dem Schluss des 50. Jahrganges 1909, eingehen musste, weil die Persönlichkeit Pestalozzis, auf die das Blatt vollständig zugeschnitten war, nicht ersetzt werden konnte. Die Sorge und Arbeit Pestalozzis galt vornehmlich der Evangelischen Gesellschaft und ihren Werken und Anstalten, insbesondere aber dem Evangelischen Seminar, dem er jahrzehntelang als Präsident des Komitees vorstand.

Antistes Finsler hat auf die Gestaltung des kirchlichen Lebens im Kanton Zürich und über seine Grenzen hinaus einen grossen

Einfluss ausgeübt. Er besass einen klaren Blick für die Erfordernisse einer fortgeschrittenen Zeit und auch den nötigen Mut, neue Wege entschlossen zu beschreiten. In den ersten Jahren seiner Amtstätigkeit hatte er die schwierige liturgische Frage zur Erledigung zu bringen. In der Synode von 1868, die darüber zu beschliessen hatte, beantragte er die Einführung einer zweiteiligen Liturgie, deren Formulare den Anforderungen beider Richtungen für alle Anlässe, auch die Sakramentsverwaltung, entsprechen sollten, wobei für diejenigen der Reformrichtung namentlich die Weglassung des Apostolikums bei Taufe und Abendmahl in Betracht kam. Er bestritt, dass mit dieser Zweiteiligkeit ein Ja und ein Nein ausgesprochen werde, da in beiden Formen das Wesentliche der christlichen Lehre enthalten sei, beide mithin auch von den positiven Geistlichen gebraucht werden könnten, und empfahl der Synode die Annahme als den einzigen Weg, um aus der herrschenden Anarchie wieder zu einer gewissen Ordnung und Einheit innerhalb der Landeskirche zu gelangen. Er fand zwar im Kreis der Synode heftigen Widerspruch, aber schliesslich wurde das vorgelegte Kirchenbuch doch von der Mehrheit dem Grossen Rat zur Einführung empfohlen und damit dem Grundsatz der Gleichberechtigung der beiden Richtungen die kirchliche Sanktion erteilt. Jahrzehntelanger Bemühungen bedurfte es, um eine zeitgemässe Reorganisation der Landeskirche in die Wege zu leiten und durchzuführen. Nachdem schon 1830 und 1850 die Abschaffung der reinen Geistlichkeitssynode und die Einführung einer gemischten Volkssynode als Grundlage einer neuen Organisation vergeblich versucht worden war, stellte Finsler 1864 eine dahin zielende Motion — mit demselben negativen Ergebnis. Nach Annahme der neuen kantonalen Verfassung vom Jahre 1869 machte sich die Revisionsbedürftigkeit des Kirchengesetzes von 1861, einer Schöpfung des Repräsentativstaates, doppelt fühlbar, allein die unter Finslers Leitung in den Jahren 1871, 1873, 1883 und 1893 unternommenen Anläufe der Synode führten wiederum zu keinem Resultat. Erst am 3. November 1895 hat dann endlich das Volk ein Gesetz betreffend die Kirchensynode und die Wahlart des Kirchenrates angenommen, das die gemischte oder Volkssynode von Laien und Geistlichen einführte und das Amt des Antistes abschaffte. Die gemischte Synode wurde erstmals am



Ausblick vom Petersturm nach dem See, 1880

26. April 1896 gewählt, und es ging im I. Kreis der Stadt Zürich Antistes Finsler als Erstgewählter mit der höchsten Stimmenzahl aus der Urne hervor. Am 9. Juni sprach ihm in ihrer konstituierenden Sitzung die neue Synode, die er als ältestes Mitglied zu eröffnen hatte, den einmütigen wärmsten Dank aus für die ausgezeichnete Leitung der zürcherischen Kirche während dreier Jahrzehnte und wählte ihn mit allen gegen seine eigene Stimme zum ersten Mitglied des Kirchenrates. Die erste Aufgabe der neuen Synode war die Ausarbeitung des Kirchengesetzes zuhanden des Kantonsrates. Sie beauftragte damit den Kirchenrat, und dessen Entwurf, der in der Hauptsache das Werk Finslers war, wurde sodann durchberaten und am 23. Juni 1899 als Initiativvorschlag dem Kantonsrat eingereicht. Da der kantonsrätliche Gegenvorschlag vom 24. März 1902 nur wenige Änderungen enthielt, zog die Synode zu seinen Gunsten am 30. April 1902 ihren Initiativvorschlag zurück, worauf das Volk am 26. Oktober 1902 mit grossem Mehr das neue Kirchengesetz annahm. Die auf Grund desselben von der Synode ausgearbeitete neue Kirchenordnung trat 1904 in Kraft. Finsler hat die Vollendung des Werkes nicht mehr erlebt; dennoch trug dasselbe die unverwischbaren Spuren seines Geistes.

Von 1862 bis 1895 war Finsler Mitglied, seit 1872 Präsident der Prüfungsbehörde des theologischen Konkordats; er war Mitglied der Abgeordnetenversammlung der reformierten Kirchenbehörden, als deren erste Frucht die Erhebung des Karfreitags zum allgemeinen kirchlichen Feiertag im Jahre 1858 zu betrachten ist. Finsler hat sich auch grosse Verdienste um die Schaffung und Einführung des neuen Kirchengesangbuches in acht deutschschweizerischen Kantonen erworben. Er leitete viele Jahre als Präsident die aus Vermittlungstheologen bestehende „Schweizerische Kirchengesellschaft" und war auch Präsident des protestantisch-kirchlichen Hülfsvereins im Kanton Zürich. Von seinen literarischen Erzeugnissen verdient besonders hervorgehoben zu werden die „Geschichte der theologisch-kirchlichen Entwicklung in der deutsch-reformierten Schweiz seit den dreissiger Jahren" (1881), ein wertvolles kulturhistorisches Opus „Zürich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts" (1884) und die letzte Arbeit, eine „Geschichte der zürcherischen Hülfsgesellschaft 1799 bis

1899". Im Kantonsrat hat Finsler eine sehr geachtete Stellung eingenommen und sich öfters durch unabhängige Gesinnung hervorgetan; so gehörte er auch zu den fünf einzigen Stadtzürchern, welche der Stadtvereinigung beipflichteten. Was er auf dem Gebiete des Armenwesens geleistet, das bezeugt die grossartige Tätigkeit des „Freiwilligen Armenvereins", dessen Schöpfer er im Jahr 1879 gewesen. Der Verein hat sich nach der Stadtvereinigung zur „Freiwilligen und Einwohner-Armenpflege" erweitert, und Finsler war bis an sein Ende ihr Präsident.

In der Kirche und auf der Kanzel Zwinglis zu wirken, das war für den Antistes Finsler stets ein erhebender Gedanke, und er hat getan, was in seinen Kräften stand, um im Volk das Verständnis für das Werk des grossen Reformators und zugleich seine pietätvolle Verehrung zu mehren. Er hat es zustandegebracht, dass im Jahre 1884 der 400jährige Geburtstag Zwinglis festlich begangen wurde, und er hat in einem vortrefflichen kleinen Schriftchen sein Lebensbild dem Volke wieder vorgeführt. Antistes Finsler ist es auch, dem Zürich sein Zwinglidenkmal zu verdanken hat. Allerdings ist die erste Anregung dazu nicht von ihm ausgegangen, sondern von Pfarrer Heinrich Lang am St. Peter, aber Finsler hat den Gedanken freudig aufgegriffen und in zäher, unermüdlicher, dreizehnjähriger Arbeit zur Verwirklichung gebracht. Finsler hat am 17. Juni 1872 eine Zusammenkunft veranstaltet, bei welcher die einleitenden Schritte zur Ausführung des Denkmals beschlossen wurden, und er stand dann auch während der ganzen Zeit an der Spitze der Denkmalskommission. Drei Vorträge Finslers zugunsten des Denkmals, die nachher auch im Druck erschienen, trugen wesentlich dazu bei, das Interesse für Zwingli und sein Werk neu zu beleben und die Arbeit des Komitees zu fördern. So war es denn auch für Antistes Finsler ganz persönlich ein Ehren- und Freudentag, als am Dienstag den 25. August 1885 das Zwinglidenkmal bei der Wasserkirche enthüllt werden konnte. Am Vorabend hatte zur Einleitung der Feier der „Dramatische Verein" Charlotte Birch-Pfeiffers Drama „Ulrich Zwinglis Tod" im Stadttheater zur glanzvollen Aufführung gebracht. Am Dienstag den 25. August, vormittags gegen 11 Uhr, bewegte sich unter dem Geläute aller Glocken der Stadt der Festzug vom Grossmünster zur Wasserkirche. Die

Sängervereine „Harmonie" und „Männerchor" hatten sich bei dem Denkmal aufgestellt, und sie sangen zur Eröffnung des Festaktes mit Orchesterbegleitung Nägelis „Lichtschöpfer". Dann hielt Antistes Finsler die eindrucksvolle Weiherede, kräftig, würdig und versöhnlich, indem er auch dem anwesenden Bildhauer Nater für sein sinniges, herrliches Kunstwerk dankte. Während die Hülle fiel, intonierte die Stadtmusik „Konkordia" das Zwinglilied „Herr, nun heb den Wagen selbst", worauf Stadtpräsident Dr. Römer in formschöner Ansprache das Denkmal in die getreue Obhut der Stadt übernahm; die Stadt Zürich, betonte er, werde dem Streben Zwinglis Treue bewahren; sein Geisteswerk soll Zürichs Bekenntnis bleiben bis auf die spätern Geschlechter. Von den beiden Sängervereinen wurde nun mit Instrumentalbegleitung die Festkantate von Conrad Ferdinand Meyer, komponiert von Gustav Weber, vorgetragen. Hierauf begab sich die Festgemeinde zum Bankett in den Tonhallepavillon, bei dem wiederum Finsler den ersten Toast ausbrachte, indem er u. a. darauf hinwies, dass die Feier für die Katholiken nichts Verletzendes haben könne, denn sie gelte nicht nur dem Kirchengründer, sondern auch dem schweizerischen Staatsmanne, ohne den die Schweiz nicht das hätte werden können, was sie geworden ist; oder man solle einen grössern nennen als Zwingli! — Abends waren Stadt und Seeufer wunderbar illuminiert.

Als Höhepunkte im Leben Finslers dürfen auch die beiden Jubiläen betrachtet werden, die er im Jahre 1896 gefeiert hat: am 23. Juni das 50jährige oder genauer gesagt das 52jährige Jubiläum seiner Wirksamkeit in der zürcherischen Landeskirche, am 11. Oktober — zusammen mit seinem Kollegen Pestalozzi — das 25jährige Jubiläum seines Pfarramtes am Grossmünster. Beide Anlässe häuften eine Fülle von Ehren und Anerkennung auf sein Haupt: kantonale und städtische Behörden, die alte und die neue Synode, die Vorstände der schweizerischen kirchlichen Vereinigungen, die zürcherischen Vertreter in der Bundesversammlung fanden sich durch Zuschriften oder Delegationen unter den Gratulanten ein. Bei dem erstern Jubiläum überreichte alt Pfarrer Scheller im Namen des Kirchenrates eine kalligraphisch ausgeführte Dankesurkunde und sprach in seiner Rede nur die allgemeine Überzeugung aus, als er sagte, dass das nunmehr aufgehobene Amt des

Antistes keinen würdigeren zu seinem letzten Träger hätte haben können als Finsler. Beidemal schloss sich an die kirchliche Feier ein ungemein belebtes Bankett mit zahllosen Toasten in den Übungssälen der neuen Tonhalle. Der Flut der Lobreden hielt der greise Antistes aufrecht und mit gutem Humor stand.

Zwei Jahre rüstiger Wirksamkeit waren ihm noch vergönnt, dann wollte es Abend werden um den letzten Antistes. Er sah sich im Oktober 1898 genötigt, seine Demission als Pfarrer am Grossmünster auf den 1. Mai 1899 einzureichen. Aber schon am 1. April 1899, am frühen Morgen des Karsamstags, erlosch sein Lebenslicht. Er hatte noch die grosse Freude erlebt, dass ihm am 12. Februar 1899 die Grossmünstergemeinde seinen Sohn, den Pfarrer und Dekan Rudolf Finsler in Hausen am Albis, zum Nachfolger gab, dessen feierlicher Einsatz am 25. Juni erfolgte. Das Leichenbegängnis des Antistes am 4. April war von einer ergreifenden Weihe; die Trauerrede seines Amtsbruders Pestalozzi gehörte zu den ehrendsten und beredtesten Zeugnissen für die reiche Saat seines gesegneten Lebens.

*

Es wird sich im weitern Verlauf unserer Darstellung kaum mehr Gelegenheit bieten, nochmals auf die Kirche und ihre Würdenträger zurückkommen, weshalb vielleicht hier noch einige Worte beigefügt werden dürfen über die Entwicklung des kirchlichen Lebens in der Stadt Zürich. Von den vier Pfarrkirchen der Stadt — Grossmünster, Fraumünster, St. Peter und Predigern — war, mit Ausnahme des Fraumünsters, jede mit einer Reihe von Filialen versehen, in besonders stattlicher Zahl die grosse Mutterkirche zu St. Peter. Vom Grossmünster hatte sich, wie wir bereits im I. Band (Seite 133) gesehen, schon im Jahre 1834 die Kirchgemeinde Neumünster abgelöst. Im gleichen Jahre erhielt Wipkingen das Recht der eigenen Pfarrwahl, und am 14. Januar 1865 wurde es durch Beschluss des Regierungsrates selbständige Pfarrei. Die volkreichste städtische Kirchgemeinde war längere Zeit die Predigergemeinde. Zu ihr gehörten auch die Filialen Unterstrass, Oberstrass und Fluntern, denen das Kirchengesetz vom Jahre 1861 die Selbständigkeit gab; ihre vollständige rechtliche Ablösung erfolgte allerdings erst durch das Gesetz vom 20. August

1893. Die Kirchgemeinde St. Peter umfasste die Filialen Wollishofen, Enge, Wiedikon und Aussersihl. Am 20. April 1853 hat der Grosse Rat Wollishofen zur eigenen Kirchgemeinde erhoben; die drei übrigen wurden ebenfalls durch das Kirchengesetz von 1861 abgelöst, aber nicht vollständig, so dass zwischen ihnen und der Mutterkirche St. Peter noch im Jahre 1882 ein förmlicher Ausscheidungsvertrag abgeschlossen werden musste. Das Recht der eigenen Pfarrwahl erhielt Aussersihl bereits durch das Wahlgesetz vom 2. April 1850. Für die vier Pfarrgemeinden der Stadt hat eine Reihe von Jahren zur Besorgung der gemeinsamen kirchlichen Interessen eine Gesamtkirchenpflege bestanden, die dann durch das Gesetz betreffend das Gemeindewesen vom Jahr 1875 in Wegfall kam. Ein neuer, wenn auch ziemlich loser Verband umschlingt seit dem Jahr 1906 die 13 Kirchgemeinden der vereinigten Stadt Zürich; durch ihn wurde eine kirchliche Zentralkasse geschaffen, deren Zweck darin besteht, einzelne Verbandsgemeinden, die wegen geringen eigenen Vermögens und geringer Steuerkraft stark belastet sind, so zu unterstützen, dass sie ihren kirchlichen Bedürfnissen, wenn möglich, ohne den Steuerfuss von jährlich 1 Promille zu überschreiten, ausreichend Genüge leisten können. Das Volk erteilte am 18. April 1909 dem Initiativvorschlag der 13 Kirchgemeinden die Sanktion.

Unter den Geistlichen, die im Laufe des vergangenen Jahrhunderts, speziell in der zweiten Hälfte, an stadtzürcherischen Kirchen wirkten, finden sich eine Reihe bedeutender Namen, von denen hier aber nur einige wenige herausgegriffen werden können. Am Grossmünster hat vor Finsler der hier schon öfters erwähnte grosse Denker und scharfsinnige Kirchenpolitiker Professor Alexander Schweizer gepredigt (geb. 14. März 1808 in Murten, † 3. Juli 1888). Er war am 11. Februar 1844 installiert worden als der erste Geistliche in der Stadt, welcher von der Gemeinde selbst nach der neuen Wahlart gewählt wurde; vorher besass nur die St. Petersgemeinde das uralte Vorrecht, ihren Geistlichen, den sie selbst besoldete, frei aus allen Geistlichen des zürcherischen Ministeriums zu wählen. — Einer grossen Beliebtheit und zahlreichen Zuhörerschaft erfreute sich Jahrzehnte hindurch am Fraumünster Pfarrer und Dekan G. Rudolf Zimmermann (Pfarrer von 1849 bis 1898, † 8. Juni 1900). Sein Nachfolger, Pfarrer und Kirchen-

rat Adolf Ritter (geb. 11. Januar 1850 in Seegräben-Wetzikon, † 18. Oktober 1906) hat sich seinen grossen Ruf als Kanzelredner am Neumünster erworben, wo er von 1878 bis 1898 wirkte und dort einen neuen Aufschwung des lange Zeit gänzlich darniederliegenden kirchlichen Lebens hervorbrachte. Ritter hatte auch schon vor Adolf Stöcker in Berlin den Plan gefasst, dem gottentfremdeten Grosstadtproletariat das Evangelium wieder nahe zu bringen, und im alten Schützenhaus tapfer mit den Sozialdemokraten um das Christentum gestritten (Ende der Siebzigerjahre). Bei St. Peter ist vor allem zu nennen Diakon Heinrich Hirzel, „der Helfer", das Ideal eines Reformers, wie ihn der Konservative Blösch genannt hat, charaktervoll schon als Knabe — nie kam über seine Lippen der Name des Spielkameraden, durch dessen Schuld er die Sehkraft eines Auges verlor, — als Mann der Träger aller gemeinnützigen und schulfreundlichen Bestrebungen. Geboren am 17. August 1818 als Sohn des nachmaligen Regierungsrats Kaspar Hirzel, amtete er zuerst als Pfarrer in Sternenberg und Höngg, wurde 1857 Diakon zu St. Peter und erst 1870 Pfarrer († 29. April 1871). Die Wahl des neuen Helfers zu St. Peter an Hirzels Stelle am 5. März 1871 war eine heiss umstrittene; sie fiel auf Hirzels Freund und Gesinnungsgenossen, den freisinnigen Württemberger Heinrich Lang (geb. 1826, † 13. Januar 1876), der also nur noch wenige Wochen mit Hirzel zusammen wirken konnte. Wie Lang, hatte auch Pfarrer und Erziehungsrat Joh. Jak. Wissmann in Meilen gewirkt, bevor er an die Peterskirche berufen wurde (geb. 15. August 1843, † 11. Juni 1903). Man kann von Pfarrer Wissmann nicht sprechen, ohne an die Waldmannfeier vom 23. Juni 1889 zu denken, an welcher er mit seiner mächtigen Stimme auf dem Münsterhof die Festrede hielt. Dekan und Professor Dr. Konrad Furrer (geb. 5. November 1838, † 14. April 1908) hat nach Abschluss seiner Studien 1863 eine Fusswanderung durch Palästina gemacht und darüber ein treffliches Buch veröffentlicht. Er wurde noch im gleichen Jahre Pfarrer in Schlieren und 1871 der Nachfolger Salomon Vögelins in Uster. 1878 erfolgte seine Wahl an die St. Peterskirche. Neben dem Pfarramt widmete sich Furrer Jahrzehnte hindurch der akademischen Lehrtätigkeit und bot in zahllosen Vorträgen über religiöse und zeitgeschichtliche Themata weitesten Volkskreisen Anregung und Belehrung. Stark besucht

waren seine Kontroversen mit atheistischen Sozialisten im Vereinshaus „Eintracht" (1893), die Vorträge über allgemeine biblische Fragen in der Tonhalle (1895) und über den Katholizismus (gehalten im St. Peter 1899). Das 200jährige Bestehen der jetzigen Kirche St. Peter (eingeweiht am 21. November 1706) feierte Furrer 1906 in einer würdigen Denkschrift. — An der Predigerkirche nennen wir Dr. Paul Hirzel, (geb. 26. April 1831 in Leipzig, † 21. Juni 1908, Pfarrer an der Predigerkirche 1862 bis 1875). Hirzel trat 1874 an die Spitze des städtischen Schulwesens und war für nahezu zwei Jahrzehnte der eigentliche Mittelpunkt von Zürichs Bildungsbestrebungen. Pfarrer Walter Bion, der Gründer der Ferienkolonien, des Erholungshauses Fluntern, des Spitals zum Roten Kreuz (geb. 29. April 1830, † 3. September 1909, Pfarrer beim Prediger 1873 bis 1904) hat durch ein warmherziges Christentum der Tat Zürich Ehre gemacht und seinen guten Ruf in der Welt gemehrt. An seinem 25 jährigen Jubiläum im Mai 1898 gratulierten u. a. Henri Dunant, der Gründer des Roten Kreuzes, Professor Röntgen, die Städte Baden-Baden und Aachen usw. — An der St. Anna-Kapelle pastorierte von 1873 bis 1908 Pfarrer Edmund Fröhlich (geb. 17. Mai 1832 in Aarau, † 30. September 1908).

In den Neunzigerjahren kam eine Richtung unter der Geistlichkeit auf, die das Schwergewicht der Lehre auf die sozialen Pflichten der Kirche und des Christentums überhaupt gegenüber den Enterbten dieser Erde legte und den „Mammonsdienst" der Kirche und der christlichen Gesellschaft, die durch übel verstandene Wohltätigkeit sich der schwereren Pflicht der wahren Bruderliebe zu den Armen und Geringen zu entledigen suche, mit harten Worten geisselte. Nachdem bereits um 1895 Pfarrer J. Probst in Horgen († 28. Mai 1910 in Basel), dem Beispiel Fr. Naumanns, Paul Göhres und anderer deutscher „Kanzel- und Kathedersozialisten" folgend, in Rede und Schrift den Kampf gegen die „pflichtvergessene Kirche" eröffnet, wurde der eigentliche Herold dieses sozialen Evangeliums Lic. theol. Hermann Kutter. Geboren am 12. September 1863 in Bern, hatte er von 1887 bis 1898 in Vinelz am Bielersee als Pfarrer gewirkt und in jenen Jahren bei häufigen Besuchen im württembergischen Bad Boll von Christoph Blumhardt mancherlei Anregung empfangen,

war aber schon frühzeitig durchaus eigene Wege gegangen. Kutter wurde am 25. September 1898 zum Pfarrer von Neumünster als Nachfolger von Pfarrer Ritter gewählt. Seine Predigten, die mit schonungsloser Energie den Mammonismus in jeglicher Form bekämpften, übten eine grosse und dauernde Anziehungskraft aus. Noch mehr Aufsehen erregten aber seine zahlreichen Schriften, besonders das viel zitierte Buch „Sie müssen", das die göttlichen Triebkräfte in der sozialdemokratischen Bewegung nachzuweisen unternahm. Obwohl nun aber seine Schriften manche Berührungspunkte mit der Sozialdemokratie aufweisen, verschrieb er sich der sozialdemokratischen so wenig wie irgend einer andern Partei und unterschied sich dadurch von andern sozialen Pfarrern, die — wie Paul Pflüger — den ausgesprochenen Parteimann mit dem Geistlichen vereinigten. Ebensowenig bemühte sich Kutter um die Sammlung und Organisation seiner begeisterten Anhänger unter der jüngern Geistlichkeit und in der Laienwelt und hielt sich vielmehr von allen derartigen Bestrebungen grundsätzlich fern. Einen hervorragenden Organisator, Wortführer und literarischen Vertreter fand sodann die religiös-soziale Gruppe — so geheissen zum Unterschied von den katholischen Christlich-Sozialen — in Pfarrer Leonhard Ragaz in Basel, der am 6. Juli 1908 zum ausserordentlichen Professor an der Universität Zürich gewählt wurde und dessen Bestreben es war, den neuen sozialen Ideen auch an der theologischen Fakultät Eingang zu verschaffen. Eine Monatsschrift „Neue Wege", von Ragaz und einigen seiner Gesinnungsgenossen herausgegeben, dient einer zahlreichen Gemeinde von Bekennern der religiös-sozialen Grundsätze, besonders auch in der sozialdemokratischen Partei, welcher Ragaz persönlich beigetreten ist. Sein Einfluss geht aber über den Rahmen der Partei weit hinaus, und besonders in den Wirrnissen der mit dem Weltkrieg zusammenhängenden Fragen ist Ragaz zu einem geistigen Führer und Halt für Tausende geworden. Kutters unbestrittenes Verdienst bleibt es jedoch, das religiös-soziale Problem in der Schweiz recht eigentlich in Fluss gebracht zu haben. Wie mit mächtigen Posaunenstössen hat er durch eine gewollt einseitige und scharfe Kritik an der Kirche und ihren Versäumnissen zahlreiche Schläfer aufgeschreckt, junge Theologen mit neuer Begeisterung für ihr Amt erfüllt und in Laienkreisen, die der Kirche schon

völlig entfremdet waren, wieder Interesse und Verständnis für sie wachgerufen.

Eine letzte Bewegung auf kirchlich-religiösem Gebiet, die hier noch Erwähnung verdient, weil sie für die Zukunft der zürcherischen Landeskirche von Bedeutung werden kann, ging aus von der neuen Bibelübersetzung, die von der Kirchensynode am 21. November 1906 beschlossen und einer siebengliedrigen Kommission hervorragender Fachmänner übertragen worden ist. Diese Kommission hat im Jahre 1913 einige Proben ihrer Arbeit veröffentlicht und damit eine ausserordentlich lebhafte Diskussion in Vorträgen, Zeitungen und Zeitschriften entfesselt. Von positivkirchlicher Seite wurde der Kommission nichts Geringeres als ein Attentat auf das „Fundament des Christentums" vorgeworfen, weil sie zu Math. 1, 16 folgende Fussnote angebracht hatte: „Einige Zeugen, zum Teil von hohem Alter, lassen in verschiedener Weise erkennen, dass Jesus einer andern Gestalt des Textes zufolge als ehelicher Sohn des Joseph und der Maria betrachtet wurde." Obwohl der Text dieser Fussnote schlechterdings nichts anderes besagt, als was auch von der Bibel selbst bezeugt wird (nämlich dass Jesus von seinen Zeitgenossen als Sohn Josephs und der Maria betrachtet wurde), so dass auch die vier Vertreter der Evangelischen Gesellschaft in der Bibelübersetzungskommission der Aufnahme dieser Note zustimmten, erregte sie in streng bibelgläubigen Kreisen einen Sturm der Entrüstung, der sich besonders in zahlreichen Einsendungen der „Zürcherischen Freitagszeitung" widerspiegelte. Die Kirchensynode jedoch anerkannte am 25. November 1914 in vollem Umfang die gediegene und mühevolle Arbeit der Kommission und ermunterte sie, im gleichen Sinn und Geist weiterzufahren.

♦♦

◆◆

VIERUNDDREISSIGSTES KAPITEL

LANDESAUSSTELLUNG 1883

Den 29. Februar 1880, es war der so selten eintretende fünfte Sonntag des Schaltmonats, verkündete gegen die Mittagsstunde Kanonendonner von der Höhe des Polytechnikums herab den Zürchern, dass der Durchstich des Gotthard vollzogen sei. Tausende von Spaziergängern blickten an dem schönen Sonntagnachmittag südwärts nach dem schneeglänzenden Kranz der Berge, wo rechts an der Pyramide des Bristenstocks in der dunkeln Tiefe des Alpenwalles die letzte Schranke gefallen war, welche den Süden vom Norden trennte, und jede Unterhaltung bewegte sich um das inhaltsschwere Ereignis und seine Folge. In einem kleinen Kreise von Bekannten tauchte an jenem Abend, wie J. Hardmeyer-Jenny in seiner „Ausstellungszeitung" erzählt, der Gedanke auf, die nun in erreichbarer Nähe stehende Eröffnung der Gotthardbahn durch eine schweizerische Landesausstellung zu feiern, und aus der lebhaften Diskussion ging die Idee siegreich hervor. Die schweizerische Landesausstellung in Zürich 1883 ist verknüpft mit der Eröffnung der Gotthardbahn, wie im Jahre 1914 die schweizerische Landesausstellung in Bern mit der Eröffnung des Lötschberg, wenn auch beidemal der Ausstellungstermin hatte hinausgeschoben werden müssen. Die Ausstellung in Zürich war gesichert, nachdem einmal die Kaufmännische Gesellschaft mit ihrem Präsidenten, Kommandant Konrad Bürkli, an der Spitze die einleitenden Schritte übernommen und zunächst ein kantonales Komitee gebildet hatte. Die schweizerische Ausstellungskommission tagte zum erstenmal in Bern am 3. März 1881 unter dem Vorsitz von Bundesrat Droz. Das generelle Programm bestimmte, dass die Landesausstellung „alle Erzeugnisse der Industrie, der Gewerbe, des Kunstgewerbes, der bildenden Künste und der Landwirtschaft der ganzen Schweiz vereinigen, sowie das gesamte Unterrichtswesen zur Darstellung bringen soll". Es war dies die vierte schweizerische Landesausstellung; vorausgegangen



Nach der Natur gezeichnet von J. Weber

Schweizerische Landesausstellung in Zürich 1883

waren ihr die schweizerischen Industrie- und Gewerbeausstellungen von St. Gallen 1843 und Bern 1848 und 1857; aber welcher Unterschied zwischen der St. Galler und der Zürcher Ausstellung! Dort 185 Aussteller, die ihre Gegenstände in einigen Sälen unterbrachten; in Zürich 5000 Aussteller und eine kleine Ausstellungsstadt mit Gebäudekomplexen, in denen sich mehr als 10,000 Menschen bewegen konnten. So gross aber auch der Plan der Zürcher Landesausstellung im Vergleich mit frühern Veranstaltungen gedacht war, in bezug auf die Hauptsache, die Zahl der Besucher, hatte man immer noch viel zu bescheiden gerechnet, denn statt der erwarteten 600,000 stellten sich wohlgezählte 1,759,940 Besucher ein! Die Landesausstellung war aber auch mustergiltig organisiert und wurde geradezu glänzend durchgeführt. Am 1. Mai, dem Eröffnungstage, stand sie — von einigen nicht nennenswerten Kleinigkeiten abgesehen — fix und fertig da, „Katalog in die Hand"; pünktlich mit dem Sonntag den 30. September, der mit 28,081 Besuchern die höchste Tagesfrequenz der ganzen fünfmonatlichen Dauer aufwies, wurde sie geschlossen, und die Rechnung ergab bei 3,637,973 Fr. Einnahmen ein Benefiz von 23,289 Fr. Dieses Schlussresultat, wie überhaupt der alle Hoffnungen übersteigende Erfolg der schweizerischen Landesausstellung in Zürich war vor allem der unermüdlichen Hingabe und Begeisterung der Mitglieder des Organisationskomitees zu danken. An seiner Spitze stand als Präsident Oberst A. Vögeli-Bodmer; als Ausstellungssekretär fungierte Ingenieur A. Jegher; Direktor der Ausstellung war Oberst Zuan-Salis; unter den übrigen um die Ausstellung verdienten Männern sollen wenigstens noch der Präsident des Preisgerichtes, Eduard Guyer-Freuler, die Ausstellungsarchitekten A. Pfister und W. Martin und der Ausstellungsingenieur Emil Bavier genannt werden.

Als sehr glücklich erwies sich insbesondere die Wahl des Ausstellungsplatzes, die für Zürich beinahe einer Entdeckung gleichkam. Es wurde dazu nämlich die Platzpromenade ausersehen, und da waren es nun vorab die Stadtzürcher, welche ganz erstaunt die Augen aufrissen ob dem herrlichen Park, den die Ausstellungskünstler ihnen vor die Augen gezaubert, der sich aber bei näherem Zusehen als der längst in ihrem Besitz und zu ihrer freien Verfügung stehende „Platzspitz" erwies. Seitdem dort unten, im

18. Jahrhundert, der alte Bodmer seine ambulanten Kollegien gehalten, war die schöne Promenade mehr und mehr in Vergessenheit und Verlassenheit versunken; die herrlichen alten Bäume beschatteten nüchterne Bürgergärten und wucherndes Dorngestrüpp, und auch als sie ihrem ursprünglichen Zweck wieder zurückgegeben war, kamen nur etwa Dienstmädchen, alte Frauen und Bummler aller Art in den Platzspitz oder es tummelte sich gelegentlich ein Reiter auf seinen Pfaden. Erst der Landesausstellung von 1883 war es vorbehalten, die Platzpromenade wieder zu vollen Ehren zu ziehen. Alle Beschreibungen stimmen darin überein, dass der von dem Halbrund der Kastanienbäume eingerahmte Platz vor der Industriehalle, in dessen Mitte eine hochaufstrahlende mächtige Fontäne blitzte, den Glanzpunkt des Ausstellungsparkes bildete. Das Hauptgebäude, an der Stelle des heutigen Landesmuseums — es hatte ihm auch das sog. neue Kornhaus beim Bahnhof weichen müssen — war in einem seiner Aufgabe entsprechenden Stil von provisorischen Festbauten gehalten. Reich dekorierte offene Giebelfronten mit Galerien und schlanken Türmchen maskierten glücklich die monotonen langgestreckten Dachflächen. Dekorationsmalerei belebte die Felder und tiefliegenden Stellen, während die Hauptteile in einem mit dem Grün der Umgebung harmonierenden Tone, ähnlich dem der Alphütten, gehalten war. Von dem nach dem Park sich öffnenden Portale gingen zwei offene arkadenartige Galerien je im Viertelskreis aus, die sich einerseits an die Hauptrestauration, anderseits an den Pavillon für Hotelwesen lehnten und so mit den gegenüberstehenden Kastanienbäumen den Kreis um den Springbrunnen schlossen. Eine Anzahl anderer Ausstellungsbauten und Pavillons einzelner Aussteller waren malerisch im Park herum zerstreut: auf einer kleinen Anhöhe der solid konstruierte Pavillon der Konditorei Sprüngli, der jetzt als alkoholfreie Wirtschaft vom Frauenverein betrieben wird, daneben das in einer Felsen- und Erdhöhle kühl gebettete Aquarium, an der Limmat der Forstpavillon, eine phantastische Zusammenstellung von einzelnen kleinen Gebäudeteilen verschiedener Höhe und Gestalt mit einem viereckigen Hauptturm, dicht dabei im Gebüsch eine Klubhütte der Sektion Uto S. A. C., weiter unten gegen den Platzspitz der Pavillon für Keamik. Für das die Ausstellung nicht betretende Publikum stellte

eine über den Platzspitz hinwegführende Hochpasserelle die Verbindung zwischen Drahtschmiedlisteg (Limmat) und Mattensteg (Sihl) her. Dicht unterhalb dieser Hochpasserelle hingen die Glocken der Giesserei Rütschi in Aarau, die je vor 12 Uhr und 6 Uhr zwanzig Minuten lang ihr Spiel erklingen liessen. Zu unterst im Spitz ragte eine 38 m hohe, aus dem Sihlwald stammende Flaggenstange mit mächtiger eidgenössischer Fahne.

Ein grosser Teil der Ausstellung hatte im Industriequartier errichtet werden müssen und war mit der Platzpromenade durch zwei hölzerne Brücken verbunden, so namentlich die gewaltige Maschinenhalle. Ihre beiden langen Trakte stiessen rechtwinklig zusammen und umfingen ein für kleinere Annexbauten und für Rasen- und Blumenbeete bestimmtes Terrain. Um die langen Fluchten der Maschinenhalle, die sich von der Platzpromenade aus etwas einförmig ausnahmen, zu unterbrechen und zu beleben, wurde im Scheitel des Gebäudewinkels eine Rotunde in Holzkonstruktion erbaut. Ihre Höhe bis zur Spitze der turmartig sich aufbauenden Laterne betrug 30 m. Eine Treppe von 106 Stufen führte den Besucher auf die Plattform des Gebäudes, auf welcher sich eine entzückende Aussicht über Ausstellung, Stadt und Hochgebirge bot. Hinter der Maschinenhalle lag die Abteilung für Landwirtschaft. Für die temporären Tierausstellungen (Kleinvieh, Pferde, Rindvieh, Hunde) waren von der Militärdirektion die Militärstallungen und die zugehörige Reitschule bereitwillig eingeräumt worden. Eine Geflügel- und Vogelausstellung nahm der Turnschopf und Spielplatz des Linthescher-Schulhauses auf.

Weit weg vom Ausstellungspark, draussen am See, ausserhalb der alten Tonhalle, war der Kunstpavillon errichtet, ein Gebäude im Stil eines antiken Wohnhauses (Front gegen die Tonhalle), wobei freilich der reiche Mittelbau mit den vier korinthischen Säulen auf hoher Estrade, dem Frontispize und der Ornamentik des Vestibüls mehr einem Tempel ähnelte. Wie man sich denken kann, gehörte der Kunstpavillon zu den schönsten und reichsten Partien der Ausstellung. Der Anblick des Äussern wurde allerdings etwas beeinträchtigt durch die allzu aufdringliche Nähe der am Ufer, wenig oberhalb des Dampfschiffsteges errichteten Festhalle und die auf gar keinen Stil Anspruch erhebende

Tonhalle. Man betrat den Tonhallefestplatz von der Tonhallestrasse (jetzt Theaterstrasse) aus, ungefähr gegenüber dem heutigen Corso. Ausgedehnte Rasen- und Gartenanlagen breiteten sich vor dem Eintretenden aus, die gegen die Stadt hin von der Tonhalle mit angebautem Palmengarten, südwärts von der Kunsthalle und nach dem See hin durch die speziell für die Ausstellungsanlässe von der Tonhallegesellschaft erbaute Festhalle begrenzt waren.

Nun aber noch etwas über den Verlauf der glanzvollen schweizerischen Landesausstellung in Zürich 1883. Bei zweifelhafter Witterung, die sich aber dann doch bis abends 10 Uhr hielt, fand am 1. Mai die Eröffnung statt. Im maurischen Saal des Hotel ,,National" und im ,,Viktoria" wurde den eidgenössischen Ehrengästen, die mit dem Extrazug um 9 Uhr 30 von Bern her eingetroffen waren, ein Gabelfrühstück serviert. Ein langer Kutschenzug brachte die Herren zur Tonhalle, wo um 11 Uhr der Eröffnungsakt beginnen sollte; eine zahllose Menschenmenge füllte die dekorierten Strassen. Nach der vom Orchester gespielten Ouverture zum ,,Sommernachtstraum" von Mendelssohn, dirigierte in der Tonhalle Kapellmeister Friedrich Hegar die von ihm komponierte, von (dem still und unscheinbar bei den Zuhörern sitzenden) Gottfried Keller gedichtete Kantate, während der ebenfalls anwesende Conrad Ferdinand Meyer ein von der ,,Ausstellungszeitung" publiziertes prachtvolles Festgedicht zu dem grossen Tag beigesteuert hatte. Es folgte die Eröffnungsrede des Präsidenten des Organisationskomitees, Oberst Vögeli-Bodmer, und die Schlüsselübergabe an Herrn Bundesrat Droz, der seinerseits mit einer längern Rede dankte. Keller-Baumgartners ,,O mein Heimatland", von Attenhofer dirigiert, schloss die Feier. Unmittelbar daran knüpfte sich die Besichtigung des Kunstpavillons. ,,Gar malerisch hatten sich die Weibel alle zu beiden Seiten der Treppe des weiss schimmernden Atriums des prachtvollen Gebäudes aufgestellt, und die Herren Oberst Theodor de Saussure von Genf und Professor Salomon Vögelin, Präsident der Gruppen moderne und historische Kunst, umgeben von ihrem Stabe, empfingen die Gäste." In der schmucken Festhalle am See wartete ihrer der gedeckte Tisch. Vom Festzug, der um 2 Uhr 15 abmarschierte, berichtet die ,,Freitagszeitung": ,,Man hat schon prunkvollere

und buntere Festzüge in Zürich gesehen, aber wohl noch keiner war mit der Pünktlichkeit und Sicherheit angeordnet und geführt wie dieser: alles traf auf die Minute genau ein und ging seinen vorgeschriebenen Gang, wie wenn es vorher eingeübt worden wäre. Der Zug, dem Militär vorausging und nachfolgte und Spalier bildete, bestand zwar meist nur aus schwarz gekleideten, bezylinderten und bloss mit Festabzeichen geschmückten Herren, ausgenommen einige höchste Militärpersonen in Gala, darunter General Herzog, ausgenommen auch noch die sämtlichen Standesweibel in den kantonsfarbigen Mänteln — eine Erinnerung an die alten Tagsatzungsaufmärsche. Aber eine überaus sinnige und freundliche Anordnung war es, dass etwa tausend weissgekleidete und rot und blau beschärpte kleine Mädchen mit Blumenkörben in den Händen zu beiden Seiten des ganzen langen Zuges mitzogen — ein herzerfreuender Anblick. Da gingen voran die Herren Bundesräte und fremden Diplomaten, dann kamen die Abgeordneten der Kantone mit ihren Standesweibeln, natürlich unsere Regierung in corpore und der Stadtrat ebenfalls, dann die Sänger der Harmonie und des Männerchors. Es ging der Zug durch die geschmückten Strassen zum ,,Platz“ hinunter, mit drei Musikkorps, unter Glockengeläute und Kanonensalven, durch eine ungeheure, wohl in die 30,000 Köpfe sich belaufende Menschenmenge. Unter dem Portal der Ausstellung erwartete den Zug der Direktor, Oberst Zuan-Salis. Und das Resultat der Besichtigung? Allgemeines Erstaunen darüber, was die Schweiz in der Industrie alles zu leisten imstande sei, aber auch Bewunderung des künstlerischen Geistes und feinen Schönheitssinnes, mit welchem die ganze Ausstellung angelegt und die Ehrenzeugen des schweizerischen Gewerbefleisses und des schweizerischen Kunstsinnes aufgestellt, angeordnet und herausgeputzt sind. Männer, die schon Weltausstellungen gesehen haben, bekennen laut, dass sie wohl schon grössere und reichere Ausstellungen gesehen, aber noch keine so schön und zweckmässig bis aufs kleinste gelungene.“ Abends 7 Uhr Soirée familière in der Festhalle am See. ,,Aus dem wogenden Meer der Freude stiegen wie drei Raketen drei Reden auf: Erziehungsdirektor Grob feierte den Triumph des menschlichen Geistes, den Patriotismus und die Einigkeit; Stadtpräsident Dr. Römer entbot den Willkommensgruss der Stadt Zürich, und

der französische Gesandte Arago trank auf das Wohl der kleinen grossen Schweiz. Zwei nachher noch folgende Redner versanken im Festgewoge, das über ihnen zusammenschlug, so dass man sie nur noch mit den Händen über dem Wasser herumfuchteln sah.“ Eine brillante Illumination mit nautischen Spielen sollte den Schlusseffekt bilden, doch nun liess der Regen sich nicht mehr halten und prasselte so mächtig nieder, dass schon bald nach 10 Uhr das allgemeine Lichterlöschen an beiden Ufern des Sees begann.

Nach den ersten drei Wochen konnte die „Ausstellungszeitung“ einen vielversprechenden Anfang und zunehmenden Besuch konstatieren. Am 27. Mai wanderte die hohe und ungebeugte Gestalt des Generalfeldmarschalls Moltke durch die Ausstellung, geführt vom Präsidenten Oberst Vögeli. Aussprüche des grossen Schweigers über das von ihm Beobachtete sind nicht bekannt geworden. Überraschend und erschreckend verbreitete sich am 1. Juni in der Stadt die Kunde, „die Ausstellung brennt!“ Es war Feuer in einem kleinen Gebäude der städtischen Materialverwaltung in unmittelbarer Nachbarschaft der Maschinenhalle ausgebrochen, das jedoch vom Dach der letztern aus durch die Feuerwehr lokalisiert werden konnte. Folgenden Tages feierten die Preisrichter ein gemütliches Fest. Festliche Tage brachte der Ausstellung am 5., 6. und 7. Juni der Besuch des Orchesters des Scalatheaters in Mailand. Die Bundesversammlung stattete am 20. und 21. Juni der Ausstellung ihren offiziellen Besuch ab. Ein internationaler Presskongress, der aber vom Ausland nur sehr schwach besucht war, sollte am 29. Juni und den folgenden Tagen, gleichzeitig mit einer internationalen Regatta auf dem See, gehalten werden. Die Tagung hatte die Gründung des schweizerischen Pressvereins am 2. Juli zur Folge. „Den 9. August gegen Mittag spazierte der millionste Besucher durch das Tor der Ausstellung. War es ein biderbes Bäuerlein? War es eine Modedame? Niemand weiss, woher er kam der Fahrt und was sein Nam’ und Art, kein Ehrentrunk wurde dem absonderlichen Millionär gereicht. Für die Ausstellung aber war der millionste Gast sieben Wochen vor ihrem Schlusse hochbedeutsam.“ Sehr belebt war am 24. und 25. August das Fest der Aussteller, an dem auch die Vertreter der Behörden in grosser Zahl teilnahmen. Am 6. Sep-

tember sah sich noch der Exkönig von Portugal die Ausstellung an. Viel zu schnell für die Männer der Ausstellungsleitung kam der Schlusstag heran. Weit davon entfernt, mit einem Seufzer der Erleichterung die Last der Arbeit und Verantwortung abzulegen, nahmen sich diese Wackern den Torschluss zu Herzen wie ein tieftrauriges Familienereignis. Der offizielle Bericht sagt wörtlich: „In so freudig gehobener Stimmung die Eröffnung gefeiert worden, so reich in fast übergrosser Freude das Ausstellerfest vorübergegangen — so ernst andächtig lauschte die kleine Gemeinde, welche am 2. Oktober gemeinsam den Abschiedsgang durch die ehrwürdigen Hallen getan, den ernsten Worten, in denen Herr Vögeli den Ausstellern, den Behörden und dem Volke dankte, die durch ihre Arbeit und durch ihr Vertrauen uns die Erfüllung unserer Aufgabe ermöglicht, und der Vorsehung, die gütig alles Missgeschick von uns abgewendet. Und als hierauf Herr Bundesrat Droz das farbenprächtige Bild des verflossenen Sommers an unserm geistigen Auge vorüberziehen liess, als er im Namen des Schweizervolkes erklärte, Zürich und das Zentralkomitee habe sich um das Vaterland verdient gemacht und nun mit bewegter Stimme das Schlusswort sprach — da schämten sich die Männer, die sonst jedem Ereignis ruhig ins Auge zu schauen gewohnt sind, der Tränen nicht, die sich unter ihren Wimpern hervordrängten. Aus der Halle heraus intonierte die Musik den Choral „Es ist bestimmt in Gottes Rat“, und die schweizerische Landesausstellung war geschlossen. — Eine wohltuende Überraschung harrte noch des Zentralkomitee und seines Präsidenten, indem bei der dem Schlussakt folgenden Tafel Herr Stadtpräsident Dr. Römer in feierlicher Ansprache laut Beschluss des Stadtrates dem Herrn A. Vögeli-Bodmer die goldene Verdienstmedaille der Stadt Zürich überreichte, die höchste Auszeichnung, welche die Stadt Zürich einem ihrer Bürger verleihen kann. Stürmischer Beifall dankte dem Redner und der Behörde, in deren Namen er gesprochen.“

FÜNFUNDDREISSIGSTES KAPITEL

GOTTFRIED KELLER

Ein Stadtkind war er, ein Gassenbüblein aus dem Rindermarkt, dem die Armenschule zum „Brunnenturm" die Geheimnisse des ABC erschloss; ein Jüngling mit gänzlich verfehltem Bildungsgang, der noch in reifern Jahren sich und den Seinen keine Antwort zu geben wusste auf die bange Frage, ob wohl jemals etwas Rechtes aus ihm würde oder nicht. Und diese „verbummelte Existenz", dieser Gottfried Keller brauchte nur anzufangen, zu schreiben und zu dichten, so wies ihm die deutsche Literaturgeschichte einen Platz in der unmittelbaren Nachbarschaft Goethes an. Doch es ist hier nicht der Ort, den Dichter Gottfried Keller zu würdigen; hiefür wird man sich an die gelehrten Kenner und Forscher der Literatur und ihrer Geschichte zu wenden haben, unter denen vor allen Jakob Baechtold mit seinem grundlegenden biographischen Werke und sodann Emil Ermatinger in Zürich sich die grössten Verdienste um Gottfried Keller erworben haben. Aber auf unserm Gang durch die letzten hundert Jahre der Zürcher Stadtgeschichte dürfen wir nicht vorbeigehen an dem Haus zur „Sichel" am Rindermarkt, ohne seines berühmten Bewohners zu gedenken und mit ein paar Strichen den äussern Lebensgang des Mannes zu zeichnen, der so viel zu Zürichs geistiger Bedeutung beigetragen hat, und dieser Versuch ist sehr erleichtert worden durch manchen freundlichen Rat und Fingerzeig Prof. Ermatingers. Zürich ist Gottfried Keller dankbar für seine tiefe Heimatliebe, für den Zauber der Anmut, mit dem er seine historischen Gestalten umwob, für den verklärenden Schimmer, den seine Dichtungen auf die Gassen der Stadt, auf ihre Feste und ihren Alltag, ihre Freuden und Kümmernisse ausgegossen. Ein Grosser verdient genannt zu werden, wer immer in freudiger Lebensbejahung seinen Mitmenschen den Mut und die Lust zum Dasein hebt, die Augen für die Schönheiten der Umwelt und den verborgenen Reichtum des eigenen Gemütes öffnet. Solch ein Grosser war Gottfried Keller.



G. Keller.

Einige seiner besten Charakterzüge hatte er vom Vater geerbt. Der Drechslermeister Hans Rudolf Keller von Glattfelden war schon kein gewöhnlicher Mann gewesen. Geboren 1791 als Sohn eines Küfers, hatte er von langer Wanderschaft etwas fremdartig Schwungvolles in die Heimat zurückgebracht. Er trug einen grünen Frack und feine Wäsche und sprach immer schriftdeutsch. Frischweg warb er um die fast dreissigjährige Elisabeth Scheuchzer, die Tochter des in Glattfelden angesessenen „Chirurgus" aus Gottfried Kellers „Johannisnacht": Johann Heinrich Scheuchzer von Zürich, 1751—1817, dessen Sohn Heinrich, der Bruder von Gottfried Kellers Mutter, 1856 als Arzt in Glattfelden starb. Die Trauung fand am 3. Mai 1817 im Kirchlein zu Glattfelden statt, und bald darauf siedelte das junge Paar in die Stadt Zürich über. Es bewohnte zuerst das Haus zum „Goldenen Winkel" am Neumarkt, in der Nähe des Kronentors, dann den „Greifen" am Rindermarkt und seit 1821 das inzwischen käuflich erworbene Haus zur „Sichel" neben dem „Greifen". Mit der liebevollen Erinnerung des früh Verwaisten hat Gottfried Keller im „Grünen Heinrich" die tätige, hilfsbereite Art des Vaters, seinen Eifer um die Volksbildung, seinen Wissenstrieb, seinen rührenden Idealismus geschildert. Kellers Vater, sagt Otto Stoessl, stellt etwa die gute Grundmasse der Zürcher Stadtbevölkerung, das „aufstrebende, bildungsbeflissene, politisch energische und gut radikale Kleinbürgertum dar, während die Mutter einen angebornen, frauenhaften Konservatismus ruhiger Gesittung bewährte". Von der nicht alltäglichen Art des Vaters, dem auch eine gewisse dichterische Veranlagung nicht abging, zeugte besonders die Zartheit des ehelichen Verhältnisses. Meister Keller ertrug es mit Lächeln, als seine Frau einmal sagte, wenn er doch nur Gottfried heissen würde statt Rudolf, das wäre ein so viel schönerer Name. Er wusste, dass einst eine stille Neigung den Junker Gottfried von Meiss auf Schloss Teufen und die Tochter des Chirurgus von Glattfelden einander genähert hatte, und als nun am 19. Juli 1819 im Haus zum „Goldenen Winkel" Zürichs grösster Dichter geboren wurde, da hat der glückliche Vater ohne Wissen seiner Frau den Junker Meiss zum Taufpaten erbeten, wohl wissend, welche Freude er ihr damit bereiten werde. Und der Junker hat dem Knäblein seinen Namen gegeben und bei der Taufe am 28. Juli in der Predigerkirche sich als Paten eintragen lassen.

Leider starb der treffliche Vater schon am 12. August 1824. Die Mutter — die nicht ganz dem Bild derjenigen des „Grünen Heinrich" entspricht — besass zwar vorzügliche Eigenschaften und war eine verständige und resolute Frau; es gelang ihr aber nicht, die Erziehung und Bildung des talent- und phantasievollen Sohnes in feste, geordnete Bahnen zu lenken. Was ihr an praktischem Geschick vielleicht abging, ersetzte sie durch eine unerschöpfliche Liebe und Hingabe, durch eine Aufopferung sondergleichen. Gottfried Keller erkannte das und hielt Mutter und Schwester, die für ihn sich plagten und für ihn darbten, in hohen Ehren. „Wenn ich mir einst einige Ehre erwerbe," schreibt er aus Berlin, „so habt Ihr den grössten Teil daran durch Eure stille Geduld." In seinem Tagebuch findet sich die Aufzeichnung: „Ich bin die unnütze Zierpflanze, die geruchlose Tulpe, welche alle Säfte dieses Häufleins edler Erde aufsaugt . . . Indessen bin ich stolz auf unser verborgenes Leiden und auf die Stärke und Kraft meines armen alten Mütterchens und auf den stillen Wert meiner Schwester. Das übertrifft alle Fraubasereien meiner öffentlichen Beziehungen." Die Mütter in Gottfried Kellers Dichtungen zeugen davon, was er von seiner Mutter gehalten, und vom „Grünen Heinrich" sagte ein Kritiker: „Noch nie ist ein Gedicht der Liebe zwischen Mutter und Sohn gedichtet worden, so einfach und innig, so wahr und schön."

Die ersten Jahre nach des Vaters Tod führte die Mutter die Drechslerwerkstatt noch weiter und heiratete dann auch den ersten Gesellen; aber es war das ein Irrtum, und die Ehe musste wieder geschieden werden. Mutter Keller war eine ganz vortreffliche Briefstellerin. „Die Antworten der betrübten und doch immer wieder zu jedem Opfer für den Sohn bereiten Frau, die mit kummervollem Herzen dem fernen Kinde zur Erheiterung erzählten kleinen Nachrichten aus der Nachbarschaft gehören zu den rührendsten und in ihrer einfältigen Vornehmheit und ursprünglichen Feinheit ergreifendsten Äusserungen elementarer mütterlicher Natur." Das Haus zur „Sichel" war von oben bis unten vermietet und auch auf dem eigenen Stockwerk jeder Raum durch Abgabe an Kostgänger nutzbar gemacht. Von ihren sechs Kindern waren der Witwe nur zwei geblieben, Gottfried und Regula (geb. 1822), und dieses Geschwisterpaar blieb auch auf eine weite Strecke seines Lebenslaufes aufeinander angewiesen. Regula gab nicht allzuviel auf des Bruders

Schriftstellerei; dass er Staatsschreiber geworden, machte ihr bedeutend mehr Eindruck. Sie ist nicht zu vergleichen mit „Betsy", der ebenbürtigen Schwester Conrad Ferdinand Meyers, aber sie hat sich ein Anrecht auf den Dank der Nachwelt erworben dadurch, dass sie dem Bruder und der Mutter ihre Jugend und ihr Lebensglück opferte. Mit ihrem Verdienst als Schneiderin im Kundenhaus und später als Verkäuferin in einem Schirmladen hielt sie den Haushalt über Wasser und steuerte nach Kräften bei zum Unterhalt des Bruders in Deutschland. Und als die Mutter gestorben war, führte sie ihm die Junggesellenwirtschaft in ihrer sparsamen und mehr als einfachen Weise. Geistig vermochte sie ihm nichts zu bieten, und zwischen den beiden Geschwistern war „ein ewiges Gebrumm". Doch das zunehmende Alter schloss sie immer enger zusammen, und als im Jahr 1888 die Schwester starb, trauerte Keller aufrichtig um sie.

Als sinniger Knabe hat der Dichter seine glückliche Kindheit im behaglichen Gesumme seiner Gasse verdämmert, in der Armenschule die ersten Freundschaften geschlossen und auch den ersten Widersacher, das „Meierlein", gefunden. Wie manche von Gottfried Kellers Hausgenossen und lieben Nachbarn am Rindermarkt haben später als lebensvolle Gestalten die Szenen des „Grünen Heinrich" und der „Züricher Novellen" bevölkert und durch die Berührung mit des Dichters Zauberstab ihre papierne Unsterblichkeit erlangt! Früh äusserte sich bei dem Knaben der künstlerische Gestaltungstrieb in allerhand wunderbaren Malereien, mit Vorliebe Morgenrot oder Abendrot darstellend, in schnurrigen „Launen" und Einfällen, mit denen er ein zusammengekleistertes Notizbuch füllte, besonders aber in den ersten dramatischen Versuchen, bei deren glanzvollen Aufführungen die Nachbarskinder Rordorf mitzuwirken hatten. Von 1831—1833 hat Gottfried Keller als der Sohn eines Ansassen das sogenannte „Landknabeninstitut" an der Stüssihofstatt besucht und dann die kantonale Industrieschule im Chorherrenstift beim Grossmünster bezogen, die ihn aber schon im folgenden Jahre schmählich ausstiess, und zwar einer ganz einfältigen Geschichte wegen. Einige Herrensöhnchen aus einer ältern Klasse, die gegen einen unbeliebten Lehrer eine Demonstration inszenierten, hatten die Unschuld aus dem Rindermarkt zum Mitgehen angestiftet, die dann auch hängen blieb, während sie selber

frei ausgingen. Gottfried Keller hat diese ungerechte Relegation, der er die Schuld an seinem „verhunzten“ Bildungsgang zuschrieb, tief und lebenslang empfunden. Mühsam den Weg seines geistigen Fortkommens selber suchend, blickte er noch öfters schmerzlich „durch das verschlossene Gitter in den reichen Garten der reifern Jugendbildung“.

Es fiel ihm ein, Maler zu werden, und er zog zunächst mit seinen Gerätschaften und reichlichem Papier zu Onkel Scheuchzer nach Glattfelden, der ihm schon öfters ein trautes Ferienheim geboten hatte. Dort verbrachte der fortgejagte Industrieschüler ganz vergnügte Sommermonate, indessen zu Hause die Mutter sich um seine Zukunft härmte und bei Freunden und Bekannten herumlief, um sich guten Rat zu holen. Aber als der Sohn im Herbst 1834 mit einigen Malereien heimkehrte, wusste sie noch immer nicht, wo aus und an. Der erste Lehrmeister, den sie schliesslich ausfindig machen konnte, war ein Stümper, und der zweite zwar ein grosser Künstler, aber — wahnsinnig! Unterdessen nahm der hoffnungsvolle Sohn an Jahren unheimlich zu. Er war zu Weihnachten 1835 in der Predigerkirche konfirmiert worden, wurde aber unversehens 20 Jahre alt, bevor sich irgend ein gangbarer Lebensweg für ihn zeigte. In diese Zeit fallen auch seine ersten, nicht für den Druck bestimmten schriftstellerischen Versuche: phantastische Erzählungen, Landschaftsschilderungen, Gedichte und Ähnliches. In den Skizzenbüchern aus diesen Jahren treten die Zeichnungen vor dem Geschriebenen mehr und mehr zurück. Schon ringt in Gottfried Keller, ihm selber unbewusst, der werdende Dichter mit dem angehenden Maler.

Darüber allerdings ist er sich nun klar geworden, dass er in der Heimat nichts mehr lernen kann und mag und dringend der Ausbildung in einer wirklichen Kunststadt bedarf. So beschliesst er denn, nach München zu ziehen, und die gute Mutter ist einverstanden, so sehr sich auch ihr ganzes Wesen gegen die abenteuerliche Künstlerlaufbahn sträubt. Es gelingt ihr auch — nicht ohne Widerstand der Vormundschaftsbehörde in Glattfelden — ein „Pergamentlein“ aus des Vaters Erbe zu versilbern, und mit einem Betriebskapital von 50 Gulden zieht Gottfried Keller im Mai 1840 in München auf. Das langt nun allerdings nicht weit, und bald ist das ganze „Pergamentlein“ von 236 Gulden aufgezehrt. Der Mutter

und der Schwester Sparpfennige wandern nach München, und immer wieder schreibt Gottfried um Geld. Er drängt die Mutter, eine Hypothek auf das Haus zu nehmen. Sie kann sich dazu erst entschliessen, als sie — tödlich erschrocken — vor den Polizeipräsidenten zitiert wird, bei dem aus München polizeiliche Recherchen wegen Nichtbezahlung eines Mietzinses eingegangen sind. Mit schwerem Herzen macht die Mutter 300 Gulden flüssig, die von den Münchener Schulden restlos aufgesogen werden. — Und doch lebte Gottfried Keller keineswegs unsolid. Er arbeitete im Schweisse seines Angesichts, sparte und schränkte sich aufs äusserste ein. Tagelang genoss er nichts als ein Stück Brot und ein Glas Bier und kam in der Gesundheit ganz herunter; er wurde auch auf den Tod krank und sah im halben Fieber zuweilen etwa einen Landsmann auf einen Augenblick an sein Bett treten mit der teilnehmenden Frage: „Hat's dich, Strabo!" Das Schlimmste aber war, dass es auch in München mit der Malerei nicht geraten wollte und nagende Zweifel an seiner Begabung als Künstler ihn quälten. Seine mangelhafte Vorbildung hinderte ihn daran, dem damals üblichen allgemeinen Akademieunterricht regelmässig zu folgen, und so wurde auch der Münchener Aufenthalt nur eine Fortsetzung seines schrullenhaften und unterbrochenen Bildungsganges. Bei seinen eigenen Bildern verfolgte ihn andauerndes „Pech". Dem einen, für das ihm 50—60 Gulden in Aussicht standen, brannte der Ofen ein Loch in die Leinwand, die er doch nur hätte trocknen sollen. Ein anderes sandte Keller auf die Ausstellung nach Zürich. Schlecht verpackt und von einem Fuhrmann gleichgültig transportiert, kam es in einem traurigen Zustand in Zürich an, und die Mutter hatte Laufereien genug, bis das Bild gereinigt und hergestellt in der Ausstellung hing. Dann schrieb sie dem Sohne: „Gestern ging ich auf die Ausstellung mit Regula und noch mehreren Bekannten, weil bloss die Freitage in der Woche frei sind. Dein Bild befindet sich an einem schönen Platze im zweiten Zimmer; es wurde mit grossen Augen von uns Nichtkennern bewundert. Ich stand lange mit Nachdenken dabei und berechnete eben die Kosten der Rahme und die Zeit der Arbeit. Und dann wieder die Besorgnis, wenn es hier nicht verkauft wird! Freude und Kummer wechselten stets meine Gedanken." Die trübe Ahnung trog die Mutter auch diesmal nicht; das Bild fand keinen Käufer. In München trieb Gottfried Kellers

Künstlerschicksal dem Schiffbruch entgegen. Er brachte seine ganze künstlerische Habe dem Trödler und fand — vom Hunger bezwungen — Arbeit als Anstreicher von Flaggenstangen für irgend ein Prinzenfest. Aus allen Nöten und Verlegenheiten flüchtete Gottfried Keller im November 1842 nach Hause.

Es folgten sechs Jahre des ungewissen Lebens, und doch hat Gottfried Keller auch diese schweren Jahre, an die er später nur mit Grauen zurückdachte, nicht umsonst gelebt; denn in dieser Zeit hat sich sein eigentliches Wesen durchgesetzt und ist er zum Dichter geworden. Mit allem Eifer wurde zwar die Malerei vorderhand noch weiter betrieben, und da der Mutter Dachstübchen zu klein war für die riesigen Kartons, mietete Keller ein kleines Atelier in der Nähe. Aber die Bude war kalt und unfreundlich, und immer häufiger und länger zog sich der Maler von der Staffelei hinter den warmen Ofen zurück, um sich in seine Bücher zu vertiefen, an seinem Tagebuch zu schreiben oder einem melancholischen Spintisieren sich hinzugeben. Dabei kam ihm der Gedanke, einen traurigen kleinen Roman zu schreiben über den tragischen Abschluss einer jungen Künstlerlaufbahn, an welcher Mutter und Sohn zugrunde gingen. Es sollte ein elegisch-lyrisches Buch werden mit heitern Episoden und einem zypressendunkeln Schluss, wo alles begraben wurde. Das waren die Anfänge des „Grünen Heinrich“! Doch bald durchkreuzte diesen Plan eine andere Entdeckung. Ein Band der Gedichte Herweghs, den er eines Morgens im Bett durchblätterte, weckte in seiner Brust den Liederborn. Mit Macht brach der Quell der Poesie hervor und die Verse strömten ihm mit einer Leichtigkeit zu, die ihn selber in Erstaunen setzte. Die Farben auf seiner Palette trockneten vollends ein, und Keller begab sich, mit seinem Sammetfräcklein angetan, jeden schönen Morgen in den Platzspitz, wo Limmat und Sihl zusammenfliessen, und richtete sich unter einem der Bäume häuslich ein. Eine Menge von Gedichten sind auf diesem idyllischen Fleckchen Erde entstanden. 1843 ist das Geburtsjahr von Gottfried Kellers Lyrik. Ihre Stoffe fand er zum Teil in den politischen Strömungen jener von Jesuitenlärm und Sonderbund erfüllten Tage. Das erste gedruckte Gedicht Gottfried Kellers führt den Titel „Loyolas wilde verwegene Jagd“. Eine konservative Nachbarin wurde von dem „garstigen politischen Lied“, als es am

3. Februar 1844 in der ,,Freien Schweiz" erschien, so in Wut versetzt, dass sie darauf spuckte und weglief.

Den ersten Schritt zur Ruhmeshalle deutscher Dichter tat Gottfried Keller am 17. August 1843, an welchem Tage er eine Auswahl seiner Gedichte zur Prüfung und Beurteilung an Dr. Julius Fröbel in Hottingen sandte. Er kam damit vor die rechte Schmiede. Fröbel, der Gründer des ,,Literarischen Comptoir" in Zürich und Winterthur und Redaktor des ,,Schweizerischen Republikaner", antwortete am 30. August aufmunternd und wies Keller an Ludwig Follen, den Romantiker des Deutschtums, der in Hottingen ein gastliches Haus für seine Freunde und Gesinnungsgenossen führte. Follen nahm sich des jungen Dichters liebevoll an und gab sich redliche Mühe, Keller bei der notwendig befundenen Umarbeitung und Läuterung seiner Gedichte anzuleiten. Die Verbindung mit Fröbel und Follen wurde für Gottfried Keller überaus wertvoll und anregend. Er machte die persönliche Bekanntschaft grosser deutscher Dichter wie Ferdinand Freiligrath und Hoffmann von Fallersleben, schloss Freundschaft für das Leben mit Wilhelm Schulz, dem gewandten Publizisten, und bewegte sich fortan mit Behagen in einem Kreise deutscher und schweizerischer Literaten und Politiker. ,,Junge Liebesleidenschaft zu der reizenden Winterthurerin Luise Rieter, freilich so enttäuscht, wie eben jede Kellersche Werbung barock und vergeblich, die Energie dichterischer Sehnsucht, das feurige, aber allerdings fahrige politische Treiben im bewegten Strom des damaligen Schweizer Lebens, welches zu einer Neugestaltung der Dinge führte, Zechgelage und Ausflüge im sommerlichen Land erfüllten diesen Lebensraum mit lautem Schall." Dem Jesuitenlied folgten, wie Keller erzählt, ,,andere Dinge dieser Art, Siegesgesänge über gewonnene Wahlschlachten, Klagen über ungünstige Ereignisse, Aufrufe zu Volksversammlungen, Invektiven wider gegnerische Parteiführer usw., und es kann leider nicht geleugnet werden, dass lediglich diese grobe Seite meiner Produktionen mir schnell Freunde, Gönner und ein gewisses kleines Ansehen erwarb. Dennoch beklage ich heute noch nicht, dass der Ruf der lebendigen Zeit es war, der mich weckte und meine Lebensrichtung entschied."

Am 13. September 1843 entstand das Lied ,,O mein Heimatland, o mein Vaterland". Keller hat von diesem Gedicht nie viel

gehalten und immer behauptet, dass es seine Volkstümlichkeit nur der am 10. Juni 1846 komponierten Melodie Wilhelm Baumgartners verdanke. Es wurde zum erstenmal im März 1851 vom Studentengesangverein öffentlich gesungen. Baumgartner hat sich einmal bei einer Begegnung unter dem Helmhaus dem Dichter vorgestellt, und seitdem verband diesen eine innige Freundschaft mit dem „Spielmann treu und klug". „O mein Heimatland" war das erste von den 15 Gedichten Kellers, die Baumgartner komponiert hat. Bei seiner Maifahrt 1858 sang der Studentengesangverein in Anwesenheit Kellers und unter des Komponisten Leitung das herrliche Lied auf dem Rasengrün der Ufenau. Übermannt von Freude und Dank fiel der Dichter dem Freunde um den Hals.

Aber Keller empfand das Bedürfnis, sich auch aktiv an der Bekämpfung der Jesuiten und aller schwarzen Reaktion im Schweizerland zu beteiligen. Er befand sich unter dem kleinen Häuflein von Zürcher Freiwilligen, die im Dezember 1844 den Luzerner Freischaren zu Hülfe kommen wollten, aber schon in Albisrieden aufgelöst wurde. Auch beim Freischarenzug vom 31. März 1845 machte Keller an der Seite von Grunholzer, Sieber, Treichler, Bosshard-Jacot u. a. mit. Diesmal kam man bis Maschwanden, aber wieder nicht über die Grenze des Kantons hinaus. Dubs, der an dem Gewalthaufen vorüberritt, rief dem martialisch ausgerüsteten Keller lachend zu: „Gottfried, du hast ja einen hölzernen Feuerstein!" (Er hatte vergessen, das Sperrhölzchen am Gewehrschloss durch den Feuerstein zu ersetzen.) Ohne kriegerischen Ruhm musste die von Statthalter Hegetschweiler am Weitermarsch verhinderte Streitmacht heimkehren. Dafür feierte Keller in begeisterten Versen die grosse Volksversammlung von Unterstrass am 26. Januar 1845 und die Befreiung von Dr. Steiger in Luzern. Eine weitere Liederreihe verdankte ihr Entstehen einem Aufenthalt Gottfried Kellers in Glattfelden im Juli und August 1845.

Unterdessen hatten, anfangs 1845, im „Deutschen Taschenbuch" von Fröbel und Follen die ersten Gedichte Gottfried Kellers den Weg in die grosse Öffentlichkeit gefunden. Sie erschienen unter dem Titel: „Lieder eines Autodidakten. Gottfried Keller von Glattfelden bei Zürich." Die Kritik liess sich sofort sehr günstig vernehmen. Das Stuttgarter „Morgenblatt" feierte Keller als das bedeutendste lyrische Talent, das in der Schweiz laut geworden.

Enthusiastisch begrüssten ihn auch die „Jahrbücher der Gegenwart"; Dichter und Maler zugleich, sei Keller von einer Muse der andern abgenommen worden. Follen vermochte den Verleger Anton Winter in Heidelberg zu bestimmen, ein Bändchen „Gedichte" Gottfried Kellers herauszugeben, das anfangs 1846 erschien. Auch diesmal bereitete die Kritik dem Dichter eine glänzende Aufnahme; nur wurde gelegentlich die radikale Eisenfresserei der politischen Lieder getadelt.

So schön diese Erfolge waren, für die Prosa des Alltags, die vor allem ein genügendes Auskommen verlangte, bedeuteten sie immer noch zu wenig. Gottfried Keller war jetzt bald dreissig Jahre alt und streckte noch immer die Füsse unter der Mutter Tisch. Er war über zwei Dinge im Klaren: dass er Dichter werden wollte und dass dazu noch eine tüchtige akademische Bildung gehörte. „Und hier" — so erzählt der Deutsche Otto Stössl schlicht und schön — „griff sein Vaterland ein wie ein besonderes, über einem wertvollen Menschen waltendes Schicksal, das einen Gefährdeten, Irrenden kräftig beim Schopfe fasst und zurechtsetzt. Dass und wie die damalige Zürcher Regierung und ihre Leute diese Hilfe geleistet, gereicht dem Lande zu hohen Ehren. Freilich gibt das glückliche Gelingen dem Unternehmen erst den Glorienschein des Verdienstes, aber eben wie die Heimat einem fahrigen, seiner selbst wahrlich nicht sichern Menschen, der kaum die erste Probe der Begabung abgelegt, beispringt, ohne viel zu fragen und zu bedingen, einfach weil Hilfe not tut und schon durch den ersten Ruf einer Begabung gerechtfertigt und verdient genug ist, wie man den jungen Mann zu seiner dichterischen Ausbildung in die Fremde schickt, damit aus ihm werde, was da mag, das ist ein Stück Kunstpolitik und praktischen Erziehungseifers von seltener Würde und Freiheit staatlichen Empfindens und Wirkens. Man vergleiche damit nur das gequälte, bureaukratische, mit gestempelten Wohlverhaltungs- und Bildungszeugnissen ausgewiesene, ängstlich auf die möglichst zeitige Wiedervergeltung bedachte, karge, von kläglichem Protektionswesen korrumpierte, nicht dem ersten Besten, sondern oft genug dem ersten Schlimmsten zufallende Stipendienalmosen, das, anderwärts üblich, mehr beschämt als fördert, das, mit einem penetranten Armenleutegeruch behaftet, den Bedürftigen zu einer Art von Sünder macht, der, um es zu erjagen, ein

Spiessrutenlaufen durch ein Spalier von salbungsvollen und verständnislosen Quasigönnern antreten muss. Und wie abhängig wird sonst durch eine solche öffentliche Gabe der Empfänger, dem für alle Zeiten politisch und gesellschaftlich der Mund geschlossen ist, der sich nur zu Dankesbezeugungen und loyalen Kundgebungen öffnen darf. Für Keller bedeutete diese Hilfe gar keine Verpflichtung ausser der selbstverständlichen eines gewissenhaften, strengen künstlerischen Verhaltens. Hat er doch in spätern Jahren, selbst als besoldeter Regierungsmann, zu jeder Zeit die Freiheit seines Wortes gewahrt und zum Besten seines Vaterlandes ausgenützt, ohne Rücksicht auf Einzelne oder auf herrschende Gönner."

Einige deutsche Professoren an der Universität Zürich, die Keller im Follenschen Hause kennen gelernt, darunter Ferdinand Hitzig und K. J. Löwig, suchten den Bürgermeister Alfred Escher und die Regierungsräte Eduard Sulzer und Rudolf Bollier für den prächtigen und hochbegabten jungen Menschen, der in Gefahr stand zu verbummeln, zu interessieren. Eduard Sulzer liess Keller zu sich kommen, und das Resultat der Unterredung war ein Stipendium von 800 Fr., das ihm am 26. September 1848 bewilligt wurde. Damit ging Keller im Oktober nach Heidelberg, um sich zunächst auf dramaturgische Studien zu werfen. In einem abermaligen Missverstehen eines jugendlichen Spieltriebes richtete er seine Pläne auf das Drama und schlug damit wiederum einen Abweg ein; die Folge war, dass die erwarteten Leistungen ausblieben und neue Enttäuschungen Platz griffen, bis dann die harte Hand des Schicksals den Widerstrebenden auf den Weg stellte, der ihm bestimmt war. In Heidelberg fand Keller auserlesene Gesellschaft bei dem Literar- und Kunsthistoriker Hermann Hettner, dem Philosophen Christian Kapp, von dessen Tochter Johanna er das zweite, zierliche Körbchen empfing, dem Anatomen Jakob Henle, der Keller in Zürich kennen gelernt und von ihm geschrieben hatte: ,,Für uns war es ziemlich dasselbe, ob ein junger zahmer Bär oder ein Poet mit uns zu Tische sass; denn ausser einigem unartikulierten Gebrumme bekamen wir nichts von ihm zu hören." Der Philosoph Ludwig Feuerbach hat Keller in Heidelberg den Glauben an den persönlichen Gott wegdisputiert, doch stand der Dichter in späteren Jahren dem Gottesglauben weniger schroff ablehnend gegenüber. Als das Stipendium aufgezehrt war, fing das Borgen

bei der Mutter wieder an. Zum Trost schrieb er dazu: ,,Ich lebe jetzt ziemlich wohlfeil. Es ist hier Sitte, dass man seine Besuche am Abend nach 7 Uhr macht, wo man dann mit den Leuten Tee trinkt und etwas Wurst oder Schinken isst. Da ich in mehreren Häusern eingeführt bin und jede Woche einmal hingehen muss, so habe ich mir das gemerkt und studiere nun jeden Abend, wo ich hingehen wolle."

Zum Glück hatte die weitherzige Zürcher Regierung abermals ein Einsehen und bewilligte im Oktober 1849 ein zweites Stipendium von 1000 Fr., das Keller für einen Aufenthalt in Berlin bestimmte, wo er dem Theater näher zu sein hoffte. Im April 1850 fand die Übersiedlung statt, aber aus dem Studienaufenthalt in Berlin wurden fünf lange, bittere, entscheidende Jahre. ,,Berlin war meine Korrektionsanstalt", pflegte Gottfried Keller zu sagen. Fortwährend peinigten ihn Verlegenheiten und damit verbundene Demütigungen. Unvergesslich blieb ihm — es war im zweiten Jahr des Berliner Aufenthalts — die Szene in dem Bäckerladen, wo er mit seinem letzten Groschen ein Brot kaufte, die elegante Bäckerstochter aber verächtlich den Groschen als gefälscht zurückwies, so dass er das Brot wieder hinlegen und beschämt aus dem Laden schleichen musste. An diesem ganzen Tag ass er nichts. Er war auch in Berlin ,,immer derselbe unentschlossene, schweigsame, dahinträumende Gottfried Keller, welcher jedesmal erst zum Handeln gelangte, wenn ihm das Wasser bis an die Seele ging, aber auch immer derselbe ehrliche, wahrhaftige, sich selbst getreue Mensch." Kellers sauerstes Berliner Tagewerk, das sich durch fünf Jahre hindurch zog, war der schon 1846 begonnene Jugendroman. ,,Der grüne Heinrich", ein reich ausgestalteter und gemütstiefer selbstbiographischer Roman. Gottfried Keller konnte sich zur schriftstellerischen Arbeit jeweilen nicht leicht aufraffen; für ihn hatte nur die Erfindung einer Dichtung und das stille Ausdenken derselben Reiz; aber das Niederschreiben war ihm lästig, und er entzog sich dieser Aufgabe so lange als möglich. Die Sorge ums tägliche Brot trieb ihn, das Werk, von dem nur einige Seiten geschrieben waren, schon im Februar 1850 dem Verleger Vieweg in Braunschweig anzubieten, der mit überraschender Bereitwilligkeit darauf einging und mit Keller einen Vertrag abschloss. Aber bis Vieweg nun den Dichter dazu brachte, seine Verpflichtungen

zu erfüllen und seine Nachlässigkeit zu überwinden, das war für ihn ein hartes Stück Arbeit, denn Gottfried Keller hatte in diesen Dingen eine Art, die auch den gutmütigsten und geduldigsten Verleger zur Verzweiflung bringen konnte. „Der Briefwechsel, womit die beiden Kontrahenten einander mit aller Höflichkeit und Erbitterung bekriegten, ist einer der merkwürdigsten Beiträge zur Entstehungsgeschichte eines Manuskriptes.“ Aber auch für Keller war die Niederschrift des hundertmal verwünschten Romans eine Qual, ein wahres Martyrium. Ohne den Zwang der Not hätte er mit Freuden den ganzen Plan fahren lassen. Am Palmsonntag 1855 „schmierte“ Keller buchstäblich unter Tränen das letzte Kapitel des „Grünen Heinrich“ aufs Papier und liess zum grossen Verdruss des Verlegers seinen Helden sterben. Im Mai konnte der vierte und letzte Band endlich die Presse verlassen. Dem buchhändlerischen Erfolg hatte die verzettelte Erscheinungsweise schwer geschadet. Den Rest der Auflage kaufte Keller später zurück und Regula heizte damit den Ofen.

1851 liess Keller bei Vieweg ein Bändchen „Neuere Gedichte“ erscheinen; dagegen verlautete von Dramen nichts. Nachdem er bereits einen dritten Staatsbeitrag von 500 Fr. erhalten und verbraucht hatte, sandte am 29. Mai 1852 Alfred Escher im Auftrag des Erziehungsrates „nicht ohne Bedenken“ ein letztes Stipendium von 600 Fr. „Wir glauben im Erziehungsrat,“ schrieb Escher dazu, „Sie sollten mit Ihren Dichtungen etwas zuversichtlicher und mutiger ans Tageslicht treten.“ 1853 begann Keller mit der Niederschrift des satirischen Gedichts „Der Apotheker von Chamounix“, das aber erst nach dreissig Jahren in den „Gesammelten Gedichten“ Aufnahme fand. Es gehörte zu den Eigentümlichkeiten Kellers, die herrlichsten Sachen Jahre und Jahrzehnte lang im Pult liegen zu lassen und dann etwa gelegentlich auf irgend einen äussern Anstoss hin zu veröffentlichen. So geschah es auch mit den zum Teil in Berlin entstandenen Sinngedicht-Novellen und den „Sieben Legenden“. Mit der grössten Leichtigkeit und in einem Zuge schrieb Gottfried Keller 1854 und 1855 den Novellenkranz „Die Leute von Seldwyla“. Auf einem Stadthintergrund, von welchem Keller sagt, es rage in jeder Stadt und jedem Tal der Schweiz ein Türmchen von Seldwyla, spielt sich das einzelne Geschehen dieser Novellen mit ihrer Besonderheit und Fülle ab:

„Pankraz der Schmoller“, „Frau Regel Amrain und ihr Jüngster“, „Romeo und Julia auf dem Dorfe“, „Die drei gerechten Kammmacher“ und das Märchen „Spiegel das Kätzchen“. Ein zweiter Band der „Leute von Seldwyla“ erschien 1874 mit den Novellen: „Kleider machen Leute“, „Der Schmied seines Glücks“, „Die missbrauchten Liebesbriefe“, „Dietegen“ und „Das verlorene Lachen“. Es ist namentlich dieser zweite Band nach Stössls Charakteristik ein „ideales“ Stadtbild von grimmiger Komik, eine naive Kritik der Abenteuerpolitik und eines „grosszügig“ fabulierenden Spekulantenwesens der modernen Stadt und zugleich der Schweizer Stadt mit ihrer provinzialen Begrenzung und Beschränktheit, mit Leichtsinn und Abenteuerlust, mit Sucht nach Gold und Glanz ohne ernste Arbeit und Mühe, mit Leidenschaft in Genuss und Ausbeuten jeder Konjunktur ohne wahre Zucht, dabei mit einer gewissen Anmut und Naivität, mit einer schliesslichen Gutmütigkeit des Menschenschlages, welcher zwar keinen wahren ganzen Mann hervorbringt, aber auch keinen völlig verkommen lässt, so dass immer eine ältere Generation bankerotter Nichtstuer die interessierte Zuschauergallerie für die jüngere der beflissenen Windbeutel und Unternehmer abgibt.

Immer dringlicher hatte die Mutter den fernen Sohn zur Heimkehr gemahnt. Sie war in beständiger Sorge um ihn, da er sie oft lange Zeit — einmal anderthalb Jahre — ohne alle Nachricht liess. Er mochte nicht von seiner traurigen Lage schreiben, mochte aber auch nicht heimkommen, bevor der „Grüne Heinrich“ erledigt und die Schulden bezahlt waren. Die Mutter schickte ihm nicht nur Geld — sie hatte ihr Haus am Rindermarkt verkauft und war nach der „Platte“ und dann nach Hottingen gezogen —, sondern auch Hemden, die aber Keller wegen ihres Schnittes und ihrer „Grobheit“ in Verlegenheit setzten. „Einzig das Hemd, welches eine breite Brust ohne Falten hat, trage ich, auch wenn ich wohin eingeladen bin, da es wegen seines wunderbaren Schnittes Aufsehen erregt. Als mich ein Frauenzimmer befragte, ob man in der Schweiz solche Hemden trage, sagte ich: Ja, es sei ein schweizerisches Nationalhemd, und als solches darf ich es in der vornehmsten Gesellschaft tragen, da das Fremdländische immer nobel ist.“ In der Nachschrift heisst es noch: „Das Nationalhemd geht nun auch bergab.“ Von dem Eindruck, den Keller in der Berliner Ge-

sellschaft hervorrief, schrieb Ludwig Pietsch: ,,In seiner urwüchsigen schweizerischen Derbheit machte der kleine, breitschultrige, untersetzte, eisenfeste, wortkarge, bärtige Mann mit den schönen ernsten und feurigen dunkeln Augen unter der mächtigen Stirn, der indes, wenn ihn etwas oder irgend wer ärgerte, nicht nur sehr unverhohlen seine Meinung äusserte, sondern auch immer bereit war, ihr mit seinen kräftigen Fäusten mehr Nachdruck zu geben, zwischen den abgeschliffenen Berliner Menschen eine ganz eigentümliche Figur. Dass er nicht allzu viel von ihnen hielt, daraus machte er kein Geheimnis.“ Die Not Kellers vermehrte noch eine heisse, unerwiderte Liebe zu der anmutigen Betty Tendering, dem ,,Dortchen Schönfund“ im ,,Grünen Heinrich“, das er im Dunckerschen Hause kennen gelernt. Den Freunden in der Heimat, namentlich Jakob Dubs und Alfred Escher, gelang es schliesslich, Keller durch Bezahlung seiner Schulden von Berlin loszueisen. Für das Unternehmen wurden Anteilscheine zu 300 Fr. à fonds perdu ausgegeben, die Keller aber alle zurückkaufte. Dubs trug ihm auch eine Professur für Kunst- und Literaturgeschichte am neu zu eröffnenden Polytechnikum an; Keller lehnte ab, weil sie ihn seiner dichterischen Arbeit zu sehr entzogen hätte. Zu Weihnachten 1855 war der nun schon zu einer gewissen Berühmtheit gelangte Dichter wieder in der Heimat.

Er liess es sich wohl sein in der Obsorge der Mutter und im Kreis der Freunde, dem die bedeutendsten Professoren am Polytechnikum, Fr. Th. Vischer, G. Semper, P. Bolley, Jakob Burckhardt, ferner Moleschott von der Universität und andere angehörten. Er vertrug sich gut mit Richard Wagner und war häufiger Gast in der Villa Wesendonck, wo er nicht selten die Musiker Th. Kirchner und Friedrich Hegar antraf. Auch bei Dr. François Wille in Meilen ging Keller aus und ein. Am liebsten aber war ihm die Gesellschaft Baumgartners, Rudolf Kollers und Gottfried Sempers. Sorglos mit der Zeit umgehend, ergab sich Keller einem verspäteten Studententreiben und häufigen Zechgelagen im Kreise lustiger Genossen. Literarisch waren diese Tage nicht besonders ertragreich. Es entstanden einige Gedichte und Festgesänge; für die Schillerfeier in Bern dichtete er einen Prolog und schilderte in dem Aufsatz ,,Am Mythenstein“ unübertrefflich die liebliche Feier der Einweihung des Schillerdenkmals am 21. Oktober 1860.

Die einzige grössere und besonders in der Schweiz ungemein dankbar aufgenommene Arbeit war die reizvolle, herzerfrischende Geschichte: „Das Fähnlein der sieben Aufrechten", die später in die Sammlung der „Züricher Novellen" überging. Sie erschien zuerst in Berthold Auerbachs „Volkskalender" für das Jahr 1861.

Doch dem grossen und reichen Talent Gottfried Kellers drohte neuerdings das Los des Verbummelns, und zum zweitenmal streckte das Vaterland seine schützende Hand nach ihm aus. Verblüffend für alle Welt kam am 14. September 1861 seine Wahl zum Staatsschreiber des Kantons Zürich. Es war ein gewagter Schritt, und die übelsten Prophezeiungen knüpften sich daran. Das Hauptverdienst an dieser kühnen Tat, die für Gottfried Keller nach dem Ausspruch seines Biographen Baechtold zur moralischen Rettung wurde, gebührt dem Regierungsrat Franz Hagenbuch. Zu gönnen war es der Mutter Kellers, dass ihr nun die grosse Ehre und Freude zuteil wurde, mit dem Sohne die stattliche Amtswohnung im Steinhaus an der obern Kirchgasse beziehen zu dürfen, wo sie am 5. Februar 1864 die Augen schloss. Gottfried Keller hat das Zutrauen seiner Wahlbehörde vollauf gerechtfertigt und ist ein ausgezeichneter Staatsschreiber geworden. Zwar gleich im Anfang sah es nicht danach aus; vielmehr schienen die Tadler allzu früh Recht zu bekommen: am Vorabend seines Amtsantritts (23. September 1861) beteiligte sich Keller an einer tollen Kneiperei, und am folgenden Vormittag musste Regierungsrat Hagenbuch seinen Schützling aus dem Bette holen. Der Staatsschreiber erhielt den ersten, aber auch den letzten „Rüffel". Der Grosse Rat drückte der Regierung seine Missbilligung der „ungeschickten Wahl" dadurch aus, dass er den Staatsschreiber nicht wie üblich zu seinem ersten Sekretär wählte. Erst im Mai 1862 wurde er zweiter Sekretär. Eine bedeutende politische Rolle hat der Staatsschreiber Keller nicht gespielt und im Grossen Rat, dessen Mitglied er als Vertreter Bülachs war, nur selten gesprochen. Als „Systemler" wurde er 1866 von seinem Wahlkreis fallen gelassen. Dass die demokratische Regierung ihn nicht entliess, als sie 1869 ans Ruder kam, wunderte ihn selber. Er ist auch mit den Demokraten gut gefahren, hat aber seine Überzeugung gewahrt und den Regierungsräten, als sie ihm nach seinem Rücktritt am 8. Juli 1876 ein Abschiedsmahl bereiteten

und einen Silberbecher überreichten, derb die Meinung gesagt: „Es war eigentlich kommun undankbar," sagte sich Gottfried Keller selber hintendrein.

Eine schöne Feier bereiteten ihm seine Mitbürger an seinem 50. Geburtstage, den 19. Juli 1869. Die Anregung dazu war von den Studenten ausgegangen, die in grossartigem Fackelzug abends 9 Uhr auf dem Paradeplatz vor dem Hotel Baur en ville aufzogen und deren begeisterter Sprecher besonders das patriotische Element in den Dichtungen Kellers pries. Der Gefeierte, zwischen den Säulen auf dem hohen Balkon stehend, dankte mit bewegten Worten. Dann wurde er in vierspänniger Kutsche zum Kommers nach der alten Tonhalle geführt, an welchem ihm der Dekan der philosophischen Fakultät, Georg von Wyss, das Diplom des Ehrendoktors überreichte. Im Herbst 1872 fuhr Gottfried Keller nach München, alte Erinnerungen aufzufrischen, 1873 an den Mondsee im Salzburgischen, 1874 nach Wien. Die Geschäfte des Staatsschreibers hielten die Muse Kellers im Banne; immerhin traten 1872 aus verborgenen Tiefen, wo sie seit langem schlummerten, die „Sieben Legenden" ans Tageslicht, ein wahres Wunderwerk an Feinheit und Grazie. Der ersten Auflage musste sofort eine zweite folgen. Und 1874 feierten die „Leute von Seldwyla" ihre literarische Auferstehung. Die Vorbereitung auf den Ruhestand bedeutete der Wohnungswechsel Kellers im April 1875; er siedelte über nach dem herrlich gelegenen „obern Bürgli" in der Enge.

Der Dichtkunst zurückgegeben, machte sich Gottfried Keller unverweilt an die Herausgabe seiner anmutigen „Züricher Novellen", um deren Zustandekommen sich Julius Rodenberg in Berlin kein geringes Verdienst erwarb, da er es verstand, den schwer zu behandelnden Dichter sachte und unmerklich vorwärts zu schieben und von ihm nach und nach die lieblichen Gaben für seine „Deutsche Rundschau" herauszulocken. Sie sind dort in den Jahren 1876 und 1877 erschienen in der Form einer Rahmenerzählung (der „Herr Jacques") als Fassung für die köstlichen Edelsteine „Hadlaub", „Der Narr auf Manegg" und „Der Landvogt von Greifensee", denen Keller noch „Das Fähnlein der sieben Aufrechten" und „Ursula" beigab. Die „Züricher Novellen" fanden wiederum eine ungemein warme Aufnahme; die Stadt Zürich insbesondere fühlte sich durch sie geehrt, und am 28. April

1878 schenkte die Bürgergemeinde dem Dichter unter jubelnder einhelliger Zustimmung das Ehrenbürgerrecht. Sein 60. Geburtstag am 19. Juli 1879 ward im engern Kreis froh gefeiert, und die Ansprache hielt der älteste der anwesenden Freunde Kellers, alt Regierungsrat Franz Hagenbuch.

Gottfried Keller hat in den Jahren beschaulicher Musse nach seinem Rücktritt als Staatsschreiber literarisch eifrig und ausdauernd gearbeitet. Neben kleinern Sachen reifte auch ein reicher Blütenstrauss seiner schönsten Gedichte. Vor allem aber ging er nun tapfer an die Umarbeitung und Neuausgabe seines Jugendromans „Der grüne Heinrich", — „denn wie ich höre," äusserte er einmal, „wird der arme Kerl in den Mädchenpensionaten, wenn der Sprach- und Literaturlehrer auf das Kapitel des Romans zu sprechen kommt, stets heraufbeschworen und vor die unaufmerksamen Schülerinnen hingestellt, herumgedreht, hin und her geführt und muss als abschreckendes Beispiel dienen, wie ein Roman nicht beschaffen sein soll, und es hilft gegen diese grausame Belästigung nicht der Umstand, dass der Ärmste ja mittels der Vorrede die Erklärung in der Tasche mit sich führt, dass er kein rechter Roman sei!" Die Umarbeitung machte aber dem Dichter beinahe so viel Mühe, Not und Verdruss, wie die erste Niederschrift, und auch sie konnte nicht in einem Zuge durchgeführt und herausgegeben werden; dafür war dann aber auch der neue „Grüne Heinrich", als er Ende 1880 vollendet vorlag, nach kompetentem Urteil eine ganz wesentliche Verbesserung und Verfeinerung des alten. Gottfried Keller selber war davon so sehr überzeugt, dass er wünschte, die erste Ausgabe möchte für immer begraben bleiben; „die Hand soll verdorren, welche je die alte Fassung wieder zum Abdruck bringt," rief er drohend aus. Glücklicherweise hat sich Emil Ermatinger an diese — übrigens kaum sehr ernst gemeinte und jedenfalls nicht berechtigte — Verwünschung nicht gekehrt und im Jahre 1914 eine „Studienausgabe" des alten „Grünen Heinrich" bei Cotta in Stuttgart bewerkstelligt, die zu den wertvollsten Erscheinungen auf diesem Gebiete gehört. Wie aufschlussreich und anregend eine Vergleichung der beiden Ausgaben des „Grünen Heinrich" sein kann, das hat in fesselnder Weise die Arbeit von Franz Beyel „Zum Stil des Grünen Heinrich" gezeigt, durch die wir einen Einblick erhalten in des

Dichters „Werkstatt"; indem wir sehen, was und wie er änderte, erfreuen wir uns nicht nur an seinem verfeinerten und veredelten Sprachgefühl und seiner vollendeten Meisterschaft des Stils, sondern erfahren auch über Wesen, Charakter und Gesinnung Kellers mehr als durch manche geistreiche Abhandlung, denn — „le style c'est l'homme".

Das nächste, was aus des Dichters Händen hervorging, war das „Sinngedicht", mit dessen Niederschrift Keller schon 1855 begonnen hatte und die er nun 1880 einfach da fortsetzte, wo er fünfundzwanzig Jahre früher aufgehört hatte. Das „Sinngedicht" erschien 1882 in Berlin und ist wiederum eine Rahmenerzählung, welche sechs Novellen umfasst, in denen alle Saiten des Liebes- und Ehegeschicks voll angeschlagen werden. 1883 kamen die „Gesammelten Gedichte" heraus. Am Ende — wie am Anfang — des künstlerischen Schaffens von Gottfried Keller steht ein Roman: „Martin Salander", in welchem die Kritik trotz mancher Schönheiten ein Abnehmen der geistigen Spannkraft des Dichters und namentlich eine Abkehr von seinem frühern fröhlichen Optimismus zu grämlich moralisierender Busspredigt bemerkt haben will. Durfte das „Fähnlein der sieben Aufrechten" als Ausdruck der Zufriedenheit mit den vaterländischen Zuständen gelten, so regten sich schon im „Verlorenen Lachen" manche Zweifel; „Martin Salander" aber wird „eine Kette bitterer Seufzer, eine Reihe unwirscher Geständnisse" genannt, welche zum Aufsehen mahnen und Schäden in unserem Volksleben blosslegen wollen. Indessen ist das Werk, das eine vollendete Kunstarbeit zeigt, unvollständig; es hätte noch ein zweiter Teil folgen sollen, in welchem Keller seine Hoffnungen auf die junge Generation in dem Sohn Salander zu verkörpern gedachte; „denn er blickte nicht ohne Trost in die Zukunft und schied nicht als vergrämter Pessimist von dieser Erde" (Adolf Frey).

Über das Verhältnis Kellers zu Conrad Ferdinand Meyer hat sich der letztere in den folgenden einfachen Worten geäussert: „Die ‚Deutsche Dichtung' ersucht mich um einige Aufzeichnungen über Keller, in der natürlichen Voraussetzung, dass wir uns als Landsleute nahe standen. Das war nun nicht der Fall; doch haben wir uns immerhin gekannt und es fand zwischen uns ein freundliches Verhältnis statt. Er zeigte sich mir immer — oder fast immer

— liebenswürdig und geistreich unterhaltend, womit ich mich gerne zufrieden gab. Meinerseits begegnete ich ihm immer mit Ehrerbietung und hielt diesen Ton fest, wenn er auch gelegentlich darüber spottete und einmal einen ‚in Ehrerbietung' unterzeichneten Brief mit ‚in Ehrfurcht' erwidert hat." Baechtold fügt hier bei: „In ihrem Bildungsgange, in ihrer Eigenart grundverschieden, waren die beiden Männer zur Zeit ihrer persönlichen Begegnung bereits zu fertig, zu abgeschlossen in sich, als dass einer dem andern noch Zugeständnisse machen konnte. Aber beide Dichter waren zu neidlos und gerecht, als dass sie sich nicht anerkannt hätten".

Im Herbst 1882 erfolgte der Umzug Kellers ins „Thaleck", Ecke Zeltweg-Gemeindestrasse in Hottingen, da der weite Weg ins „Bürgli" und die Unwirtlichkeit während des langen Winters der kränkelnden Regula zu beschwerlich geworden war. Bei Keller machte sich das Alter mit seinen Beschwerden geltend; er zog sich mehr und mehr in sich zurück und vereinsamte vollends, als ihm am 6. Oktober 1888 die Schwester genommen wurde. Glücklicherweise brachte ihm der Umgang mit Arnold Böcklin, der für einige Jahre in Hottingen sein Atelier aufgeschlagen, viel Freude und Erheiterung. Böcklin wurde ihm ein fast unzertrennlicher Gefährte, ein unermüdlicher Berater und Helfer auch in allen kleinen Nöten und Verdriesslichkeiten, und setzte den häufigen üblen Launen Kellers eine unerschütterliche Geduld und Heiterkeit entgegen. Das Jahr 1889 brachte die Ausgabe von Gottfried Kellers „Gesammelten Werken" in zehn Bänden und die Feier seines 70. Geburtstages, dessen geräuschvollen Veranstaltungen er sich allerdings durch die Flucht nach Seelisberg entzog. Dort hinauf folgte ihm der Kanzler der Eidgenossenschaft und überreichte ihm ein von J. V. Widmann verfasstes, kostbar ausgestattetes Glückwunschschreiben des Bundesrates. Ehrungen aller Art häuften sich auf sein Haupt; aus Berlin kam eine Adresse, unterzeichnet von mehreren hundert berühmten Namen, Generalfeldmarschall Moltke an der Spitze. Auch eine goldene Medaille ward zu seinen Ehren geprägt.

Mit seiner Gesundheit ging es nun unaufhaltsam abwärts; ein greisenhaftes Siechtum war im Anzuge. In seinem letzten Brief an Sigmund Schott in Frankfurt vom 4. Februar 1890 bemerkt er u. a. in halb erstorbenen Schriftzügen: „Ich werde nicht mehr

lange vermeiden können, von einem gewissen Fuhrwerk (wohl dem Totenwagen) Gebrauch zu machen.“ Sein Testament hatte er schon am 11. Januar 1890 in Gegenwart von Arnold Böcklin und Prof. Dr. Albert Schneider, dem Testamentsvollstrecker, niederschreiben lassen; Haupterben sollten werden der zürcherische Hochschulfond und die schweizerische Winkelriedstiftung; der Stadtbibliothek waren die Bibliothek und die goldene Medaille bestimmt. In seinen „Erinnerungen an Gottfried Keller“ berichtet C. F. Meyer von dem letzten Besuch, den er dem kranken Dichter machte, und den mit ihm geführten Gesprächen. „Inzwischen drehte er unaufhörlich die Karte, durch die ich mich gemeldet hatte, bis ich sie ihm sachte aus den Fingern zog. ‚Ich meinte nur,‘ sagte er, ‚in den schönen weissen Raum liesse sich ein Vers schreiben.‘ ‚Welcher denn?‘ fragte ich. ‚Nun, zum Beispiel,‘ sagte er: ‚Ich dulde, ich schulde,‘ womit er wohl den Tod meinte, den wir alle der Natur schuldig sind. Stunden vergingen so, und es wurde Zeit zum Scheiden. ‚Wir wollen vom Sommer Heil erhoffen,‘ sagte ich. ‚Ja‘, scherzte er, ‚und ein Landhaus am Zürichberg mieten.‘ Es war ein Jammer. Ich glaubte nicht an seine Genesung, und er wohl auch nicht. Die Tränen traten mir in die Augen und rasch nahm ich Abschied.“

Gottfried Keller entschlummerte sanft am 15. Juli 1890, nachmittags gegen 4 Uhr. Die Stadt Zürich bereitete ihrem grossen Mitbürger ein prunkvolles Leichenbegängnis. Das ganze Schweizerland in den Vertretern seiner höchsten Behörden schritt im Zuge, eine ungeheure Menschenmenge bedeckte die grünen Hänge der Rämistrasse, in die der Kondukt vom Zeltweg her einbog. In der dicht gefüllten Fraumünsterkirche wurde die mit dem Trauermarsch aus der Eroica eingeleitete Abdankung gehalten. Dekan Zimmermann verlas die Liturgie und Professor Stiefel hielt die Gedächtnisrede. Dann brauste als ergreifendste Totenklage Gottfried Kellers „O mein Heimatland“ durch die Halle. Der Leichenzug bewegte sich zum Zentralfriedhof, wo auf den Stufen des Krematoriums Stadtpräsident Hans Pestalozzi dem Toten den letzten Gruss des dankbaren Vaterlandes entbot. „In der dämmerigen Halle des in seiner edlen Form ergreifenden kleinen Tempels steht der weisse Tannensarg des Dichters, mit Blumen überdeckt. Eine Klingel ertönt. Von unsichtbarer Kraft geschoben, gleitet er leise vor eine eiserne

Türe. Sie öffnet sich. Eine sonnenähnliche Glut umloht die Umrisse des Sarges. Ein Augenblick, und unhörbar schliesst sich die Pforte wieder. Ein kurzes Flammenbad, und alle Schauer der Vernichtung sind aufgehoben. Was an Gottfried Keller sterblich war, hat der Aschenkrug gesammelt."

Seit dem Jahre 1892 schmückt die Marmorbüste des Staatsschreibers Dr. Gottfried Keller, von Richard Kisslings Meisterhand, die Eingangshalle des Rathauses in Zürich. Am Sechseläuten den 18. April 1898 enthüllte die Zunft Hottingen eine Gedenktafel am Sterbehaus Gottfried Kellers am Zeltweg. Die Stadtbibliothek, die Hüterin kostbarer geistiger Schätze des Verewigten, eröffnete am 26. Juli 1899 ein „Gottfried Keller-Zimmer" und am 8. August 1901 fand auf dem Zentralfriedhof die feierliche Beisetzung der Asche Gottfried Kellers in dem von der eidgenössischen Winkelriedstiftung und dem zürcherischen Hochschulfond errichteten Denkmal (von Prof. Bluntschli und Richard Kissling) statt. Am lebendigsten aber bleibt Gottfried Kellers Andenken unter uns durch seine Werke. „Das Ausserordentliche Kellers", sagt Conrad Ferdinand Meyer, „liegt wohl darin, dass er die spezifische Vaterlandsliebe des Schweizers und seine gottlob noch immer aufrechten ethischen Eigenschaften der Gradheit und Pflichttreue mit einer ungewöhnlich starken Phantasie und ihren Launen und Verwegenheiten vereinigt, eine seltene Mischung, die sich nicht so bald wiederholen wird. Doch ist es natürlich, in dieser Stunde der Landestrauer voraus seine tiefe Anhänglichkeit an die Heimat zu preisen, mit der er ganz und gar verwachsen ist. Er hat die Heimat sehr geliebt, die es ihm mit gleicher Liebe vergilt."

◆◆

SECHSUNDDREISSIGSTES KAPITEL

STADTPRÄSIDENT RÖMER

Als Mitglied der „Gelehrten Gesellschaft" in Zürich, in welcher die ehemalige „Gesellschaft der Gelehrten auf der Chorherren" weiterlebt, übernahm es Ständerat Dr. Paul Usteri, für das Neujahrsblatt des Waisenhauses 1901 das Lebensbild des Stadtpräsidenten Dr. Melchior Römer zu schreiben, und es ist diese Quelle, welcher wir im Nachstehenden, mit einigen Ergänzungen, teils auszugsweise, teils wörtlich folgen. Die Einschiebungen, welche hauptsächlich das chronologische Bild der Stadtereignisse aus der Amtszeit Römers vervollständigen sollen, werden auch ohne jedesmaligen Vermerk als solche leicht kenntlich sein.

Die Familie Römer stammt aus Mastricht in den Niederlanden. Eine alte Chronik sagt von ihrem Stammvater: „Matthias Römer von Mastricht nat: Flöchnete sich anno 1568 wegen der Religion nacher Achen, zur Zeit der Wüterey des Duc d'Alba in den Niderlanden: uxor Maria van Tongern. Er hatte drey Brüder / davon zwey in der Flucht von Mastricht über die Maass geschwummen / da der Jüngere von ihnen ertrunken / der Eltere aber hatte geheüerathet / von welchem auch ein Sohn und ein Sohns Sohn bekannt worden / der dritte und jüngste Bruder Johannes hate auch geheüerathet und ist anno 1647 zu Amsterdam ohne Kinder gestorben." Von der Familie der Römer in Aachen verpflanzte sich ein Zweig nach Stuttgart, ein anderer nach Zürich, das von jeher eine Stütze des neuen Glaubens gewesen war. Die hier eingewanderte Familie Römer, welche hauptsächlich der Kaufmannschaft, namentlich dem Leinwandhandel oblag, erfreute sich grossen Ansehens. Sie erhielt 1622 das Bürgerrecht und kam auch in den Rat. Das ansehnliche Römerhaus im Bleicherweg (Nr. 44) war längere Zeit im Besitze der Familie. Die Eltern von Stadtpräsident Römer waren Melchior Römer, Kaufmann, und Maria Magdalena Ulrich, die Schwester von Oberrichter Dr.



Stadtpräsident

Nach Photographie von R. Ganz

Ulrich im Berichthaus, eine sehr verständige, streng kirchlich gesinnte Frau. Melchior Römer jun. ist geboren am 16. Juni 1831 in der Werdmühle; aber nicht hier, sondern in dem Haus zur „Trülle“, gegenüber dem gewaltigen Rondell des Rennwegtores, verbrachte er seine Jugend und fast die ganze spätere Lebenszeit. Das Haus stand an einem sonnigen, kurzweiligen Platz. Es hatte eine freie Aussicht nach Süden über den tiefliegenden Fröschengraben und das Glacis (beide jetzt in der Bahnhofstrasse aufgegangen) hinweg und zwischen dem Kratzturm und den hohen Bäumen des Baugartens hindurch auf den See und das Alpengebirge von Schwyz und Glarus. Auf der Ostseite senkte sich eine steile Strasse nach der Werdmühle und der Scheune des Lohnkutschers Dürr, nach der dortigen Säge und andern „Gewerben“, welche die Wasserkraft der „zahmen Sihl“ benutzten, und durch deren Wirrnis ein kundiger Fussgänger schliesslich beim alten Schützenhaus vorbei in grossem Bogen den Weg nach dem Bahnhof der Nordbahn fand. Die „Trülle“ schloss freundliche Zimmer und grosse Kammern von puritanischer Einfachheit in sich, die mit dem weiten, gegen das Sihlwiesli und die zahme Sihl sich erstreckenden Garten ein recht behagliches Wohnen gestatteten. Vor der Haustüre fehlte nicht die steinerne Bank zum Ausruhen am Feierabend. Nach Westen schlossen sich die Seidenhöfe an, die an Alter und Einfachheit mit der „Trülle“ wetteiferten; im ganzen eine stille Gegend mit alt eingesessenen Bewohnern, die auch alle untereinander bekannt waren.

Römer besuchte von 1837—1844 die allgemeine Stadtschule, die auch für ihn den Grund legte zum Zusammengehen und Zusammenleben der nach Erziehung, Bildung und sozialer Stellung so verschiedenen Bevölkerungsschichten unserer Stadt. Von 1844 bis 1851 durchlief er das kantonale Gymnasium und galt als Musterschüler; dazu trug wohl hauptsächlich die mütterliche Erziehung bei, die auf gute Ordnung in allen Dingen hielt. Nach wohlbestandener Maturität bezog Römer die Universität Zürich zum Studium der Rechte, das er von 1853 an in Berlin fortsetzte. Das Doktorexamen bestand er 1855 in Zürich mit einem zivilrechtlichen Thema und sprach in seiner Inauguralrede in glänzender Weise über „Die heilende Kraft der Zeit“. Im Januar 1856 trat der neue juris utriusque doctor seine Auslandsreise an,

doch verweilte er zunächst einige Monate in Yverdon bei seinen Verwandten, wo ihm das Französische geläufig wurde, und ging dann im Juni nach Paris und im August nach London. Nach seiner Heimkehr, 1857, brachte ihm die Wahl zum Adjunkten des Statthalteramtes Zürich die erste öffentliche Stellung. Seine Funktion bestand in der Voruntersuchung von Polizei- und Straffällen, sowie im Vollzug der Strafurteile und der ,,Wortzeichen" (des Schuldverhafts gegenüber Schuldnern, die wegen Unvermögens oder aus bösem Willen ihre Gläubiger nicht befriedigt hatten). Das Amt machte ihn bekannt und trug ihm die Wahl zum ,,Wahlmann", d. h. zum Mitglied der Bezirkswählerversammlung, des Wahlkollegiums für die zu jener Zeit meist indirekt erfolgenden Wahlen ein. Bald fand seine Tätigkeit weitere Anerkennung bei seinen Mitbürgern. Im September 1859 wählte ihn die Zunft zur Gerwe zum Mitglied des Grossen Stadtrates und gab ihm damit zum erstenmal Gelegenheit, sich näher mit den Fragen der städtischen Verwaltung zu beschäftigen. Im nächsten Jahre folgte die Wahl in die grössere Stadtschulpflege.

Zur Anbahnung und Durchführung von Reformen und Neuerungen in der bis dahin mit wenig Steuern (1861: 2,2 Promille des Vermögenskatasters) schlicht und recht verwalteten Stadtgemeinde, die 1860 nicht mehr als 20,381 Einwohner auf ihrem 187 Hektaren umfassenden Stadtgebiete zählte, bedurfte es junger Männer mit Weltkenntnis und Unternehmungslust, und bereits hatte die Behörde angefangen, sich zu verjüngern. Und da der junge Statthalteradjunkt Römer in seinem schwierigen Amte sich zu kehren so wohl verstanden hatte, wählte ihn die Bügerschaft bei den Erneuerungswahlen des Jahres 1861 (10. Juni) zum Mitglied des Stadtrates. Seine Kollegen übertrugen ihm das Polizeipräsidium, nach welchem Amte zu keiner Zeit starke Nachfrage sich bekundet hat, für dessen fachmännische und praktische Leitung ihn aber seine juristischen Studien und vor allem das Amt, von dem er herkam, voll befähigten. Mit dieser neuen Beamtung und mit der bereits im Frühjahr 1862 erfolgenden Wahl zum Mitglied des Grossen Rates war Römers künftige Lebensaufgabe bestimmt. In ihrer Erfüllung bekundete er von Anfang an den offenen und weiten Blick und die echt liberale Gesinnung, die ihn auch politischen Gegnern sympathisch und achtungswert machten.



Haus „zur Trülle“ am Fröschengraben

Um nur eine der politischen Streitfragen jener Tage hervorzuheben, sei an die Judenemanzipation erinnert, für welche Dr. Römer mit Alfred Escher und andern offen und unerschrocken eintrat. In der obersten städtischen Behörde war nun mit Dr. Römer, seinem Schulfreund und Jahrgänger Stadtrat Heinrich Landolt (seit 1857 im Amt), Stadtschreiber Dr. Eugen Escher, Stadtingenieur Arnold Bürkli und dem 1865 in den Stadtrat eintretenden Oberst A. Vögeli-Bodmer ein Kreis von Männern gebildet, in dem sich hauptsächlich die Entwicklung der Stadt in den sechziger und siebziger Jahren verkörpern sollte.

Zu Anfang der sechziger Jahre zeigten unsere Strassen noch recht das Bild der Universitätsstadt. Die bunten Mützen der zahlreichen Korps, Landsmannschaften und Burschenschaften, die sich aus Studierenden der Universität und auch aus Polytechnikern rekrutierten, traten als interessante Staffage des Stadtbildes stark hervor und der Student mit seinem jugendlichen Frohmut galt als ein Faktor, dessen Bedeutung für Zürichs gesellschaftliches Leben jedermann vor Augen stand. Nun waren gerade beim Amtsantritt Römers als Polizeipräsident Studenten und Polizei wieder einmal gründlich aneinander geraten, und die letztere wurde in ihrer kleinstädtischen Unbeholfenheit Gegenstand des unbarmherzigsten studentischen Ulkes. Römer aber verstand Spass, nahm den studentischen Übermut nicht für ein Kapitalverbrechen, und wenn einmal bei der Heimkehr aus der Kneipe das billige Mass nicht eingehalten wurde, schaffte ein ernstes, aber freundliches, vom akademischen Bürger zu einem ebensolchen gerichtetes Wort Ordnung. So viel Kleinigkeiten und Kleinlichkeiten des täglichen Lebens der Vorsteher einer Stadtpolizei zu kosten bekommt, so waren sie Römer doch nicht zu gering; denn er sagte sich, dass sie im einzelnen Fall doch die Beteiligten nahe berührten, die sich in ihren Gewohnheiten und Gebräuchen nicht gern stören lassen, und dass viele Leute speziell nach dem Auftreten der Polizei die ganze Stadtverwaltung als gut oder schlecht beurteilen. Römer sorgte denn auch bald nach seinem Amtsantritt für eine schmucke Uniformierung des Polizeikorps, die im wesentlichen bis heute beibehalten wurde. Nach Entlassung der Nachtwächter im Jahre 1865 wurde das Korps verdoppelt und in verschiedenen Richtungen besser rekrutiert,

ausgebildet und höher gelöhnt. Mit demselben bestand Römer während der Choleraepidemie des Jahres 1867 (in der Altstadt 217 Erkrankungen und 136 Todesfälle) durch furchtlose Tätigkeit und Handreichung eine rechte Feuerprobe. Aber auch ohne diese Leistung in ernster Zeit erwarb sich Römer als Polizeipräsident die Achtung und Zuneigung der Bürgerschaft, denn ihm blieb seine liebenswürdige Art, mit dem Publikum zu verkehren, auch in den Verdriesslichkeiten des Amtes allezeit treu. Regen Anteil nahm Römer als Vorsteher der Sanitätspolizei an der mit Anfang der sechziger Jahre einsetzenden Periode der baulichen Entwicklung der Stadt. In jenen Jahren (1865) trat er überdies in die engere Stadtschulpflege ein. Begreiflicherweise passte auch das patriarchalische Gewand der Stadtverwaltung nicht mehr zu den grossen Ansprüchen der modernen Zeit. Und in der Tat führte die Aufhebung des kantonalen Gemeindegesetzes vom 20. Juni 1855 und das neue Gesetz vom 25. August 1866 die Gleichstellung der Niedergelassenen mit den Bürgern herbei, von denen die erstern jedoch nur sehr langsam von der ihnen von Anfang an zustehenden Mehrheit in der Gemeindeversammlung Gebrauch machten. Die neue Gemeindeordnung beschränkte die Zahl der Mitglieder des Stadtrates von 9 auf 7, schaffte die Polizeikommission ab und verlieh dem Polizeipräsidenten eine grössere Kompetenz und freiere Stellung. Im Jahre 1867 wählte der Stadtrat Römer zu seinem Vizepräsidenten und designierte ihn damit, soviel an ihm lag, der Bürgerschaft gegenüber als künftigen Stadtpräsidenten, als welcher er denn auch nach dem Rücktritt des verdienten Stadtpräsidenten Mousson am 22. August 1869 gewählt wurde.

Die Gemeindeordnung nahm in bewusster Absicht davon Umgang, dem Stadtpräsidenten eine Verwaltungsabteilung im engern Sinne zuzuteilen, sondern sie übertrug ihm bloss die Leitung der unter besondern Kollegien stehenden Dienstzweige des bürgerlichen Armenwesens, des Waisenhauses, des Pfrundhauses, sowie der Stiftungen. Dadurch wurde einerseits dem Stadtpräsidenten die nötige Zeit für das Studium allgemeiner Fragen reserviert und ihm anderseits im Kollegium eine von vornherein bedeutende, weil unabhängige Stellung eingeräumt, indem er nicht als Abteilungsvorstand für seine Anträge einzustehen und zu kämpfen und im Interesse ihres Erfolges solchen anderer Kollegen Rück-



Zürich vom Polytechnikum aus, Hirschengraben mit Messbuden (abgeschafft 1878)

sichten zu tragen hatte. Römer verstand es denn auch meisterlich, sich in das neue Amt einzuarbeiten und aus dessen bevorzugter Stellung heraus die städtischen Geschäfte zu leiten. Er wurde auch nie zum Bureaukraten, und wie er selbst stets in freundlichem Tone Audienzen erteilte, so legte er Wert darauf, dass man überall in der Stadtverwaltung die Leute nicht „anschnauze", sondern sich hilfsbereit erweise, und dass die Beamten stets sich bewusst bleiben, dass sie des Publikums wegen da seien und nicht das Publikum ihrethalben. Eine Aufgabe besonderer Art war der Vorsitz in der Gemeindeversammlung, die zu Römers Zeit teils in der Peterskirche, teils im grossen Saal der alten Tonhalle abgehalten wurde. Seine helle Stimme und deutliche Diktion, dazu die völlige Beherrschung der formalen Seite der Geschäfte imponierte auch einer durch scharfe Gegensätze und lebhafte Rede und Gegenrede erregten Gemeindeversammlung von vielen hundert, ja tausend Köpfen. Dabei liess der Stadtpräsident es sich nicht nehmen, wenn ein harter Kampf stattgefunden hatte, zum Schluss der Debatte ein offenes Wort an seine Mitbürger zu richten, um die Anträge und das Vorgehen der Stadtbehörde zu rechtfertigen; er war auch frei genug, begangene Irrtümer der Behörde unumwunden anzuerkennen. Als Mitglied des Grossen Rates hatte Römer die demokratische Bewegung des Jahres 1867 sich entwickeln sehen. Von Haus aus den konservativen Kreisen nahestehend, war er selbst eine durchaus frei angelegte, jeder Angstmeierei abgeneigte Persönlichkeit. Die Politik des „Systems" fand er zu starr und hielt deshalb in den Wogen der Revisionsbewegung anfangs eher zurück, hatte auch in Stadtrat Schnurrenberger, den er als Vertreter der städtischen demokratischen Partei in die Stadtbehörde gebracht hatte, persönliche Beziehungen zur Revisionspartei. Römer wurde 1868 als Vertreter der liberalen Partei in den Verfassungsrat gewählt, der ihn in die 35er Kommission zur Vorbereitung der Verfassungsrevision delegierte, und 1869 trat er in den Kantonsrat ein, welcher ihn in die wichtigste Kommission, die 21er Kommission für Revision der Gesetzgebung wählte. Auch der Kommission für Revision des Strafgesetzbuches gehörte er an.

Am 17. Januar 1869 hatte die über 850 Mann starke Gemeindeversammlung Beibehaltung der Jahresmessen beschlossen und den

damaligen Polizeipräsidenten Römer beauftragt, Vorschläge über Bestellung und Instruktion einer grössern Einwohnerkommission zu machen, deren Aufgabe es sein sollte, über zeitgemässe Umgestaltung der beiden Jahresmessen zu beraten. Das Resultat dieser Beratungen war die einstweilige Fortdauer der Jahresmessen, die erst mit Gemeindebeschluss vom 10. Februar 1878 gänzlich abgeschafft wurden. — Im Jahre 1870 galt es für die städtische Abordnung, bei Beratung eines neuen Strassengesetzes im Kantonsrat der Stadt die zur selbständigen Durchführung der städtischen Strassenbauten nötige Freiheit zu sichern. — Am eidgenössischen Schützenfest, welches am 13. Juli 1872 unter Mitwirkung der Konstanzer Regimentsmusik eröffnet wurde, begrüsste Stadtpräsident Dr. Römer die Schützen und Gäste im Namen der Stadt Zürich. Französische und deutsche Schützen nahmen friedlich nebeneinander am Schiessen und an den Banketten teil. Der Festplatz befand sich an der Strasse nach Altstetten, in der Nähe der beiden Friedhöfe, und den Weg zur Festhütte säumten Bildnisse bedeutender Männer aus den 22 Kantonen ein.

Im Oktober 1872 wurde Römer zum Mitglied des Nationalrates gewählt. Er war damit berufen, an der Beratung der Verfassungsrevision von 1874 mitzuwirken, deren Annahme am 19. April jenes Jahres er dann vom Erker des alten Stadthauses aus am folgenden Tage, dem Sechseläuten, in begeisterten Worten der Bürgerschaft verkündete. Zu diesem Akte hatten sich die Bürger Zürichs, die Sänger voran, in hellen Scharen mit Zunftfahnen und Musik auf dem Stadthausplatz eingefunden. Römer gehörte in Bern dem Zentrum an, das eine Reihe hervorragender Männer unter der Führung Alfred Eschers zu seinen Mitgliedern zählte. Den Nationalrat präsidierte Römer im Jahre 1878. Nach dem Tode von Bundesrat Scherer im Frühjahr 1879 trat die Kandidatur Römers für den Bundesrat in den Vordergrund. Da aber die damalige Zusammensetzung der obersten Bundesbehörde den Eintritt eines Militärs wünschbar machte, wurde Regierungsrat Hertenstein gewählt. — 1873 folgte die Wahl Römers zum Präsidenten des Kantonsrates, welche Stellung er noch zweimal, 1878 und 1886 einnahm. — Die Bürgergemeinde beschloss am 2. März 1873 die Abschaffung der besondern Waisenhauspfarrei.



Nach Photographie

Altes Stadthaus 1865

Im Sihlhölzli wurde vom 1. bis 3. August 1874 das eidgenössische Turnfest gefeiert. — Im Herbst des gleichen Jahres kam die Gründung der Höhern Töchterschule zustande. Es war eigentlich ihre zweite Gründung. Als Stiftungsurkunde ist der Beschluss vom 5. März 1774 anzusehen, durch welchen Bürgermeister und Rat von Zürich den Chorherrn Leonhard Usteri ermächtigten, die von ihm vorgeschlagene Höhere Töchterschule zu eröffnen. Sie begann ihre Wirksamkeit am 22. April 1774 in der Wohnung der ersten Lehrerin, Jungfer Susanna Gossweiler. 1793 wurde das Haus zum „Napf" an der Napfgasse erworben, wo die Töchterschule bis 1853 blieb. Sie war 1803 von der Stadt übernommen und durch Anfügung von Unterklassen erweitert worden. Bei der Reorganisation des städtischen Schulwesens zu Anfang der Dreissigerjahre wurden die vier untern Klassen der städtischen Primarschule zugeteilt, die drei obern in eine Mädchensekundarschule umgewandelt und bald noch durch Anfügung einer vierten (obersten) Klasse ergänzt. Eine „Höhere Töchterschule" war das nun allerdings nicht mehr, und sie bezog darum auch als gewöhnliche „Mädchenschule" am 7. August 1853 das neue Grossmünsterschulhaus (Band I, 337). Zwanzig Jahre später trat das Bedürfnis nach einer Höhern Töchterschule abermals und dringend hervor. Es sollte nun aber eine wirkliche „Höhere Töchterschule" werden, d. h. eine Mittelschule für die weibliche Jugend im Anschluss an die Sekundarschule. Ihre Gründung wurde am 20. September 1874 durch die Schulgemeinde beschlossen und zu Ostern 1875 die Schule mit 101 Schülerinnen eröffnet. Schon im folgenden Jahre gesellten sich dazu die Seminarklassen, nachdem 1874 zum erstenmal Lehrerinnen in der Volksschule des Kantons Zürich Anstellung gefunden hatten. Die Abschaffung des Schulgeldes durch die Gemeindeordnung vom 1. Januar 1894 erleichterte den Besuch der Schule auch den Unbemittelten, und die Aufhebung der 4. Sekundarklasse in der Altstadt führte den Fortbildungsklassen eine grössere Schülerzahl zu. Es wurden besondere Handelsklassen gegründet, und als der Zudrang von Seminaristinnen und Maturandinnen zu gross wurde, schritt man 1904 zur Errichtung einer Gymnasialabteilung. Zum ersten Rektor der Höhern Töchterschule wurde im Jahr 1874 Ferdinand Zehnder, damals Prorektor der Höhern Mädchenschule in Winterthur, gewählt († 22. Sep-

tember 1885). Ihm folgten Pfarrer Weitbrecht von Waiblingen, 1892 Dr. Salomon Stadler, 1911 Dr. Wilhelm von Wyss. Die Handelsschule wird von Rektor Schurter geleitet.

Im Jahre 1874 gelang es Stadtpräsident Römer, im Verein mit Stadtschreiber Spyri, im Interesse der Erhaltung des Bürgerprinzips in unserm Gemeinwesen, dessen Bürgerschaft stationär blieb, die unentgeltliche Einbürgerung von Schweizerbürgern nach zehnjähriger Niederlassung in der Wohngemeinde in das neue Gemeindegesetz zu bringen, das vom Volk am 23. Juni 1875 angenommen wurde. Für die Stadt Zürich mit ihren zahlreichen, seit Dezennien hier niedergelassenen Familien zürcherischer und schweizerischer Gemeinden war diese Neuerung von ungewöhnlicher Bedeutung. Die erfreuten Neubürger hielten am 1. April 1876 im grossen Saal der Tonhalle eine Feier, bei welcher Stadtpräsident Römer eine seiner prächtigen Reden hielt. — Am 30. Mai 1875 beschloss die Stadtgemeinde ohne Opposition die sofortige Einführung der Stimmurne für die städtischen Wahlen, „was uns", bemerkte die „Freitagszeitung", „ganz an die japanischen Daimios erinnert, die sich den Bauch selber aufschlitzen, um der Hinrichtung zu entgehen. Durch diesen Beschluss ist allerdings der Minoritätsherrschaft der Konservativen zugunsten der Demokratisch-Liberalen das Ende bereitet; wenn aber die Frucht erst einmal zeitig ist, so fällt sie schliesslich in den Schoss der Demokratisch-Sozialen." Den Beschluss der Kirchgemeinde Neumünster vom 13. Juni 1875, die unentgeltliche Beerdigung einzuführen, bezeichnete die „Freitagszeitung" als reinen Kommunismus, der eine beträchtliche Steuererhöhung für die Besitzenden zur Folge haben werde. — Es ist selbstverständlich, dass Stadtpräsident Römer auch ein hochgeschätzter Präsident seiner Zunft zur Gerwe und Schuhmachern war (1871—1886), an den Sechseläutenfeiern sich als trefflicher Sprecher erwies und mit Vergnügen die Besuche der Schwesterzünfte empfing, die nicht zum mindesten seiner Person galten. Hier und auch bei Anlässen im Familienkreise floss ihm ein echt zürichdeutscher Toast mühelos von den Lippen. Als treuer Sohn der Landeskirche und fleissiger Kirchgänger, dem die Religion Herzensbedürfnis war, unterliess er es nicht, die neuen Geistlichen der städtischen Kirchgemeinden bei ihrem Einsatz in das Amt willkommen zu heissen. — Das Jahr 1874 brachte die Gründung des

Gewerbemuseums, dem Römer in den achtziger Jahren als Mitglied und Präsident angehörte.

Im Sommer 1876 wurde das fünfzigjährige Jubiläum des Sängervereins vom Zürichsee in der Tonhalle gefeiert; zum erstenmal zog eine Ferienkolonie von Pfarrer Bion in die Berge. — Wie schon angedeutet, war dem Stadtpräsidenten die Leitung des Armenwesens, des Pfrund- und Waisenhauses übertragen. Im fernern beteiligte sich Römer mit Freuden an der Gründung des freiwilligen Armenvereins (1874—1878), den der ihm nahestehende Antistes Dr. Finsler ins Leben rief. Mit besonderer Liebe widmete er sich aber dem Waisenhaus, das er stets als „Augapfel Zürichs" pries. Es war Römers Verdienst, dass der ihm bekannte damalige Pfarrer Moritz Hofer in Sumiswald (geb. 27. Juli 1849, † 12. April 1906) vom Stadtrat am 7. März 1882 zum Waisenvater berufen wurde. Bei der Einführung Hofers in sein Amt am 7. Mai 1882 sprach Stadtpräsident Römer: „Wir übergeben Ihnen die Perle unserer bürgerlichen Stiftungen, den Augapfel unserer Bürgerschaft, unser Waisenhaus". Waisenvater Hofer hat sich in seiner Stellung die Dankbarkeit und Anerkennung Zürichs in hohem Grade erworben. Der Stadtrat schenkte ihm schon 1885 das Bürgerrecht und schickte ihm am Neujahrsmorgen 1886 den Bürgerbrief durch den Weibel ins Haus.

In Hinsicht auf die Organisation der Stadtverwaltung gab das Gemeindegesetz von 1875 Anlass zu der neuen Gemeindeordnung vom 26. April 1877, welche die Verschmelzung der Schulgemeinde mit der politischen Gemeinde — unter Beibehaltung des Dualismus von Stadtrat und Schulpflege — statuierte; als Schulpräsident wurde am 13. Mai 1877 der 1874 erstmals gewählte alt Pfarrer Paul Hirzel beim Prediger bestätigt. — Zum erstenmal erhielten 1877 die Stadtbürger keinen Bürgernutzen mehr. — Mitte Juli 1880 wurde in der Tonhalle und einer dabei errichteten Festhütte das eidgenössische Sängerfest gefeiert; ein Festmarsch von Attenhofer leitete die Eröffnung ein. Die eidgenössische Sängerfahne wurde am Schluss in die Wohnung des Stadtpräsidenten gebracht. Eine Nachfeier hielten dann die Sängervereine „Harmonie" und „Männerchor" am 2. Oktober. „Als Denkmal des herzlichen Einvernehmens der beiden in edelster Weise rivalisierenden Vereine wurde eine gegenseitige Ehrenmitgliedschaft derselben

errichtet und überdies die beiden Festpräsidenten, Regierungspräsident Zollinger und Stadtpräsident Römer, zu Ehrenmitgliedern beider Vereine ernannt.

Das eidgenössische Polytechnikum feierte am 31. Juli 1880 sein 25jähriges Jubiläum, für welchen Anlass man die Sängerfesthütte bei der Tonhalle noch hatte stehen lassen. Der Festakt am Vormittag fand im Börsensaal statt. Es sprachen Schulratspräsident Kappeler, Bundesrat Anderwert und Prof. Rambert. Am Bankett in der Tonhalle hörte man Toaste von Nationalratspräsident Ruchonnet, Regierungspräsident Stössel und Stadtpräsident Römer. Der Generalversammlung der Gesellschaft ehemaliger Polytechniker am Sonntag den 1. August folgte wiederum ein Bankett in der Tonhalle und eine Rundfahrt auf dem See. Einen leichten Schatten hatte auf die Feier der Volksentscheid vom 30. November 1879 geworfen, durch welchen die Abmachungen mit dem Bund über die weitere Baupflicht Zürichs gegenüber dem Polytechnikum verworfen worden waren. — Im Dezember 1880 wurde der 80. Geburtstag des berühmten Altertumsforschers und Gründers der Antiquarischen Gesellschaft, Dr. Ferdinand Keller, gefeiert, zu dessen Ehren Professor Salomon Vögelin eine Festschrift „Aus der Familie Keller vom Steinbock" herausgab. Der Jubilar überlebte den Ehrentag nicht mehr lange; er starb am 21. Juli 1881. Das Präsidium der Antiquarischen Gesellschaft hatte er aber schon im Jahr 1871 an den damals erst 28jährigen Sekretär der Gesellschaft, Professor Dr. Gerold Meyer von Knonau, Ordinarius für Allgemeine Geschichte an der Universität, abgetreten. Geboren am 5. August 1843, gehört Prof. Meyer von Knonau schon seit 1866 dem Lehrkörper der Universität an und leitet seit nunmehr 44 Jahren die ihm so sehr am Herzen liegende Antiquarische Gesellschaft. Unter den Werken von Prof. Meyer von Knonau sind an erster Stelle zu nennen die Jahrbücher des Deutschen Reichs unter Heinrich IV. und Heinrich V., die St. Gallischen Geschichtsquellen, die Biographie von Georg von Wyss, die historischen Vorträge und Aufsätze „aus mittleren und neueren Jahrhunderten", nicht zu reden von der überaus grossen Zahl kleinerer Schriften. Eine monumentale „Festgabe" mit reichen wissenschaftlichen Beiträgen ist zu seinem 70. Geburtstag 1913 erschienen; die Gesellschaft der „Schildner zum Schneggen" besitzt seit langen Jahren

in Prof. Meyer von Knonau ihren verehrten Obmann. Am 20. Oktober 1900 feierten Prof. Dr. Meyer von Knonau und Prof. Dr. J. R. Rahn das 30jährige Doppeljubiläum ihrer Ernennung zu Professoren an der Hochschule. In den nahe verwandten und vielfach ineinander übergreifenden Gebieten der Geschichte und der Kunstgeschichte haben die eng verbundenen Freunde eine reiche wissenschaftliche und lehrende Tätigkeit entwickelt. Joh. Rudolf Rahn (geb. 24. April 1841, † 28. April 1912) ist auch neben seiner Berufsarbeit als Mitglied gelehrter Gesellschaften und als Privatmann eifrig für vaterländische Bestrebungen und Unternehmungen, besonders auf künstlerischem Felde, tätig gewesen. Von seiner feinen Künstlerhand zeugen die 1911 bei seinem 70. Geburtstag von Freunden und Verehrern herausgegebenen „Skizzen und Studien“ aus seinen Zeichnungsmappen.

Anfangs Juli 1882 wurde in Zürich das Allgemeine deutsche Musikfest gefeiert; es galt in erster Linie dem berühmten Komponisten Franz Liszt, den der Stadtpräsident am Bahnhof begrüsste. — Die Hochschule Zürich beging am 2. und 3. August 1883 ihre Halbjahrhundertfeier, die in der Festschrift von Professor Georg von Wyss ihr bleibendes Denkmal erhielt. Eine ganze Menge berühmter Professoren, die früher in Zürich gewirkt, waren als Ehrengäste an der Feier erschienen, so Gusserow, Dernburg, Wislizenus, Moleschott u. a. Alle schweizerischen und die meisten deutschen und österreichischen Universitäten waren durch Deputationen vertreten. Am Morgen des ersten Festtages bewegte sich der feierliche Zug vom Polytechnikum herab durch die mit Fahnen geschmückten Strassen zum Grossmünster, das der Wohlklang der Attenhoferschen Kantate erfüllte; den viel zitierten Text dazu hatte Gottfried Keller gedichtet:

Kein fürstlicher Reichtum,
Kein Erbe der Väter
Erhält uns die Schule;
Auf schwankem Gesetze
Sie steht in den Äther
Des täglichen Willens,
Des täglichen Opfers
Des Volkes gebaut!

Der Festrede von Rektor Prof. Steiner folgten die üblichen Ehrendoktor-Ernennungen. Nachmittags fand im Rathaussaal die

offizielle Begrüssung durch Erziehungsdirektor Grob und Stadtpräsident Römer statt. Alt Oberrichter Escher überreichte als Ertrag einer Sammlung von Freunden der Hochschule eine Gabe von 50,000 Fr. zur Aufbesserung der Lehrergehalte, Prof. Kesselring 8000 Fr. als Kollekte von ehemaligen schweizerischen Studierenden der Hochschule für bedürftige Studenten. Das glänzende Festmahl in der Tonhalle würzte eine Menge von Toasten. Am zweiten Festtag fuhr man nach der Ufenau und abends hielten die Studenten einen Fackelzug ab. — Die nächste grössere Feier — am 6. Januar 1884 — galt dem 400jährigen Geburtstag Ulrich Zwinglis, die mit allgemeinem Glockengeläute um 7 Uhr eingeleitet und durch einen Festgottesdienst geweiht wurde; die Kirchensteuer fiel dem Zwinglidenkmal zu. Um halb 11 Uhr spielte die Stadtmusik „Concordia“ auf der Münsterterrasse einige Choräle. Abends 6 Uhr begann in der Tonhalle die allgemeine Feier mit Reden von Prof. Meyer von Knonau und Antistes Finsler. Der Gemischte Chor sang drei von Zwingli gedichtete und komponierte Lieder. Eine akademische Zwinglifeier schloss sich am 7. Januar an, wobei Prof. Alexander Schweizer die Festrede hielt. Ein Festkommers wurde im kleinen Tonhallesaal abgehalten und eine Zwingli-Ausstellung im Linthescher-Schulhaus war vom 4.—8. Januar dem Publikum geöffnet. (Der Zwingli-Denkmalfeier am 25. August 1885 haben wir im 33. Kapitel gedacht.)

Nach dem Tode Bernhard Spyris im Dezember 1884 wurde das Amt des Stadtschreibers der Stadt Zürich in die Hände von Dr. jur. Paul Usteri gelegt, der ihm vom 13. Januar 1885 bis 21. August 1892 seine Kräfte und Talente widmete. — In das Jahr 1886 fiel das 25jährige Jubiläum Dr. Melchior Römers als Mitglied des Stadtrates. Eine Deputation des letztern brachte dem an der Junisession der Bundesversammlung in Bern weilenden Jubilar die ihm vom Grossen Stadtrat verliehene goldene Verdienstmedaille und eine Glückwunschadresse seiner Kollegen. Leider folgte sehr bald nach diesem Jubiläum ein schmerzlicher Zusammenbruch; doch hat sich Römer von der schweren Erschütterung seiner Gesundheit zum guten Teil wieder erholt. — In diesem Jahre 1886 hat sich nach hartem Kampfe die von England herübergekommene Heilsarmee, die heute in den allerbesten Beziehungen zu den Behörden lebt und für ihre Sozialwerke von der Stadt eine

jährliche Subvention von 3500 Fr. erhält, ihren Platz in Zürich erobert. Die abenteuerlichsten Gerüchte waren ihr vorangegangen und im Jahr 1883 schon wurde unwahrerweise von Extrasitzungen des Regierungsrats zur Abwehr dieses ,,Schwindels" berichtet. Von ihrem Auftauchen in Schlieren, Rapperswil, Uster im Jahr 1885 las man ungefähr mit den nämlichen Gefühlen wie vom Auftreten der Phylloxera. An der Spitze des Korps zur Eroberung der Hauptstadt stand der preussische ,,Stabshauptmann" Schaaff, der mit grosser Zähigkeit und Energie die Glaubens- und Gewissensfreiheit auch für die Heilsarmee durch alle Instanzen erstritt. Am 28. Juni 1885 wurde von der Heilsarmee der ,,Grünenhof" in Hottingen (Ecke Bergstrasse-Jupiterstrasse, jetzt von Italienern bewohnt) gemietet. Die Versammlungen gaben bald zu Störungen und Skandalen aller Art Anlass. Der Statthalter büsste den Versammlungsleiter, weil er nicht im Besitz eines ,,Patentes für Schaustellungen" sei. Schaaff rekurrierte an das Bezirksgericht, das die Busse aufhob. Der Staatsanwalt appellierte ans Obergericht, zog dann aber wegen eines inzwischen gefällten bundesgerichtlichen Entscheides zugunsten der Heilsarmee die Appellation wieder zurück. Andrerseits hatte Schaaff einige Störer der Versammlungen verzeigt, die vom Bezirksgericht und Obergericht verurteilt wurden. Die Versammlungen im ,,Grünenhof" wurden polizeilich verboten und ein Rekurs gegen dieses Verbot vom Regierungsrat abgewiesen, worauf Schaaff den Rekurs ans Bundesgericht weiter zog und die Versammlungen trotz Verbot fortsetzte. Die Besucher dieser Versammlung wurden ,,wegen Ungehorsams gegen amtliche Verfügungen" angeklagt, aber vom Bezirksgericht freigesprochen. Vom Bundesgericht wurde am 20. Februar 1886 der Rekurs Schaaffs gutgeheissen und nur für Kinder unter 16 Jahren der Versammlungsbesuch verboten. Die Bevölkerung verhielt sich noch längere Zeit feindlich gegen die ,,neue Mode" und las mit Schmunzeln eine öffentliche Erklärung des Spritzenkorps Neumünster, das sich gegen die Beschuldigung verwahrte, absichtlich drei Heilsarmee-Offiziere gespritzt zu haben. Ein Heilsarmeelokal in Aussersihl wurde demoliert und im Jahre 1887 verbot die Regierung öffentliche Heilsarmee-Umzüge. Mit ihrer segensreichen Tätigkeit auf sozialem Gebiet hat dann die Heilsarmee einen gänzlichen Umschwung der öffentlichen Meinung herbeigeführt. Seinen

ersten Besuch in Zürich, im Kasino Hottingen, machte General Booth, der Gründer der Heilsarmee, am 7. und 8. Mai 1888. — Im Oktober 1888 starben rasch nacheinander drei Männer von verschiedener Stellung und weit bekanntem Namen: am 17. Prof. Salomon Vögelin, am 20. Schulratspräsident Kappeler und am 23. alt Stadtrat Schnurrenberger. — Am 7. März 1889 rasselte wieder einmal der Generalmarsch für ein Truppenaufgebot nach dem stets unruhigen Tessin.

Die letzten Amtsjahre des Stadtpräsidenten Dr. Römer waren vielfach von unbefriedigenden Gesundheitsverhältnissen getrübt. Er hielt so lange als möglich Stand, doch war er zu seinem Schmerze schliesslich zum Rücktritt von allen seinen Ämtern auf den 30. März 1889 gezwungen. Nach schweren Leidensjahren folgte am 2. April 1895 die Auflösung. Am 5. April fand die feierliche Beerdigung statt, bei welcher Antistes Finsler im Fraumünster den Verstorbenen als Staatsmann, Familienvater und Freund der zahlreichen Trauerversammlung schilderte und Stadtpräsident Pestalozzi die hohen Verdienste Römers um die Stadt Zürich und ihre Verwaltung hervorhob. „Bis in seine letzten Tage," fügte der Redner bei, „verfolgte er mit Aufmerksamkeit die äussere Entwicklung seiner geliebten Vaterstadt. Als er nicht mehr gehen konnte, liess er sich im Wagen nach den Punkten hinführen, von wo er sie überblicken konnte. Nun haben sich die treuen Augen für immer geschlossen. Aber seine Werke folgen ihm nach. Der letzte Stadtpräsident des alten Zürich wird auch beim neuen Zürich stets in dankbarem Andenken bleiben." Dann ging's hinauf zum Friedhof auf der Hohen Promenade, wo bei den Strahlen der sinkenden Abendsonne die sterbliche Hülle des Stadtpräsidenten der Erde übergeben wurde.

„Römer war vor allem" — so sagt Ständerat Usteri am Schluss seiner anziehenden Biographie des Verewigten — „eine aufrichtige, wohlwollende Natur, bestrebt, dem Wahren zu helfen, dem Unrecht zu wehren, das Gute zu fördern. In seinem Auftreten hielt er durch ein feines und gemessenes Benehmen eine magistrale Würde inne, die aber die Vertraulichkeit im Umgange keineswegs fernhielt. Der Stolz des begüterten Stadtzürchers aus aristokratischer Familie lag seinem Wesen völlig fern, ebenso fern wie der Glaube an die gute alte Zeit. Seine Freundlichkeit im Umgang und seine elegante Beredsamkeit schaffte ihm in allen Schichten

der Bevölkerung Freunde und Anhänger. Römer hielt in politischen Kämpfen Mass; denn er vergass nicht, dass die streitenden Brüder nach der Entscheidung wieder zu gemeinsamer Arbeit berufen seien und dass seine Stellung dann gerade ihm die Aufgabe zuweise, in der Hitze des politischen Kampfes gerissene Fäden wieder neu zu knüpfen. Die Intrigue lag ihm fern. Seinen Verkehr durfte auch ein anderer kennen. ‚Ich habe keine Geheimnisse,' sagte er, und ermächtigte den Stadtschreiber, die an seine persönliche Adresse geschriebenen Briefe zu öffnen und zu durchgehen. Zweimal kam er bei Wahlen in Konkurrenz mit Stadtschreiber Bernhard Spyri, das erste Mal 1859 bei der Wahl des Rechtskonsulenten und 1868 bei der Wahl des Stadtschreibers, und beide Mal unterlag er gegenüber Spyri trotz seiner ernstlichen Bewerbung. Gleichwohl war das Verhältnis zwischen beiden stets ein ungetrübtes, ja ein freundschaftliches. 1881—1883 liess Römer neben dem väterlichen Haus zur Trülle an der Bahnhofstrasse von seinem Vetter, C. C. Ulrich, Stadtrat und Bauherr, einem künstlerisch veranlagten und auch sonst vielfach talentierten Manne, ein Wohnhaus im Stil moderner Renaissance erbauen, das eine Stätte freier und edler Gastlichkeit wurde. Und im Esszimmer malte in seinem Auftrag der alte Freund Stückelberg al fresco die Szene aus Gottfried Kellers Hadlaub, da Fides auf der Burg Manegg dem Sänger den Kranz in die Locken drückt, eine treffliche, wirkungsvolle Komposition, zugleich eine Ovation an den grossen Zürcher Dichter, der unserer Vaterstadt in dem prächtigen Novellenkranz der ältern und neuern Geschichte durch eine glänzende Reihe lebenswahrer und duftiger Gestalten ein unvergleichliches Denkmal gewidmet hat."

◆◆◆

◆◆◆

SIEBENUNDDREISSIGSTES KAPITEL

DIE STADTVEREINIGUNG

Zu Beginn und am Schluss der Stadtpräsidentschaft von Dr. Melchior Römer stand auf der Tagesordnung die Frage der Stadtvereinigung. Noch haben wir nicht die nötige Distanz gewonnen, noch stehen wir zu nahe am Fuss des von uns überstiegenen Berges, um rückschauend beurteilen zu können, wie er sich in die Kette der übrigen Höhen und Tiefen der städtischen Geschichte einreiht, welche Stellung und Bedeutung ihm in dem Gesamtbilde Zürichs in den letzten hundert Jahren zukommt. Aber nach dem Urteil derjenigen, welche unter dem Zwang einer historischen Notwendigkeit die Stadtvereinigung in Angriff genommen und durchgeführt haben, hat seit 1798 kein Ereignis tiefer in die Geschichte der Stadt Zürich eingegriffen, nachhaltiger auf ihre Entwicklung eingewirkt, und es gewinnt nicht den Anschein, als ob mit dem zunehmenden zeitlichen Abstand dieser Eindruck mehr und mehr schwinden müsste; im Gegenteil! Aus der Ferne gesehen, wächst dieser Berg zu immer mächtigerer Höhe, und andere Gipfel, die zuvor den ersten Rang behaupteten, treten hinter ihm zurück.

Der geniale Bluntschli war der erste, welcher — in den dreissiger Jahren — den Gedanken an die Stadtvereinigung zur öffentlichen Diskussion stellte. Wie viel leichter wäre sie damals durchzuführen gewesen, mit wie viel geringern Opfern! Aber schliesslich hatte auch die schöpferische Kraft der Regenerationszeit ihre Grenzen, und die Stadtvereinigung blieb liegen. Ende 1860 trat, wie wir gesehen haben, Dr. med. Emanuel Hauser in Aussersihl mit einem Vereinigungsprojekt auf den Plan. Hauser (geb. 1816, † 25. Januar 1907 in St. Gallen), der noch unter Hans Georg Nägeli Aktivmitglied des Sängervereins Zürich gewesen, hat sich lebenslang einen idealen Sinn bewahrt und für das Gemeinwesen, in dem er wirkte, seine besten Kräfte eingesetzt. Im Namen und Auftrag einer grössern Anzahl von Bürgern Aussersihls trat



Dr. Conrad Escher — Dr. Paul Usteri — Benjamin Fritschi

Vorkämpfer der Stadtvereinigung

er am 12. Januar 1861 an den Stadtrat Zürich heran mit dem Begehren um völlige Verschmelzung der Gemeinde Aussersihl mit der Stadt Zürich. Weil aber diese Petition von der Gemeindebehörde von Aussersihl nicht offiziell unterstützt wurde, fand sie beim Stadtrat Zürich kein Gehör. Die ablehnende Haltung des letztern hatte noch eine Reihe anderer Gründe: Die starke Inanspruchnahme der Stadt durch die eben unternommenen grossen baulichen Aufgaben, die befürchtete Steuererhöhung, der rein landwirtschaftliche Charakter des äussern Aussersihl usw. Auch glaubte man nicht, dass der Grosse Rat einer Verschmelzung zustimmen werde. Zu wenig verblasst war noch die Erinnerung an frühere städtische Privilegien, zu lebendig dafür der Antagonismus von Zürich und Winterthur, als dass eine glatte Zustimmung zu einer solchen Gebietserweiterung der Stadt hätte erhofft werden dürfen. Die Verhältnisse drängten jedoch mit Macht auf ein wenigstens teilweises Zusammenarbeiten der Behörden von Zürich und den angrenzenden Gemeinden. Auf dem Vertragswege wurde am 18. Juni 1864 eine „Gemeindekommission der Stadt Zürich und Ausgemeinden“ gegründet, von welcher sich jedoch die Gemeinde Enge noch jahrelang fern hielt. Stadtrat Römer wurde Präsident der Polizeisektion dieser Kommission. Die Institution hat manches Gute gewirkt und hie und da auch die Bildung spezieller Verbände zur Erstellung öffentlicher Einrichtungen erleichtert. Allein es fehlten ihr alle Kompetenzen zu eigenen und durchgreifenden Massnahmen. Wie in der alten Eidgenossenschaft die Gesandten der Stände immer erst heimzuberichten hatten und von den Kantonen dann die einen wollten, die andern nicht, so dass etwas Neues und Erspriessliches bestenfalls auf dem Konkordatsweg zu erreichen war, so war es auch mit dieser „zürcherischen Tagsatzung“, wie Römer die Gemeindekommission titulierte. Erst das Gemeindegesetz vom 27. Juni 1875, welches Gemeindeverbände für spezielle Aufgaben gestattete, schuf die rechtliche Basis für die Konzentration öffentlicher Einrichtungen und damit auch für die „Gemeindekommission“ in Zürich, ohne dass jedoch damit Reibungen und Anstände aller Art verschwunden wären. Praktische Bedürfnisse hatten längst vorher die Gemeinden Riesbach, Hottingen und Hirslanden zu einem engern Verbande unter sich veranlasst zum Behuf gemeinsamer Besorgung

des Strassenunterhalts und gewisser weiterer Verwaltungszweige. Als aber auf Grund eines ziemlich allgemein lautenden Vertragsartikels im Jahre 1873 die „Zentralkommission Neumünster" eine Subventionsübernahme für die rechtsufrige Zürichseebahn veranlasste, wurden die dahin zielenden Beschlüsse vom Regierungsrat wegen Überschreitung der Kompetenz aufgehoben. Eine wichtige Einigung fand statt in den Jahren 1872 und 1873 mit Bezug auf die Erweiterung des zürcherischen Waffenplatzes. Hier einigten sich nämlich die Stadt Zürich, die neun angrenzenden Ausgemeinden und Wollishofen dem Kanton gegenüber auf die Verpflichtung, die Wollishofer Allmend auf ihre Kosten zu erweitern, wenn der Kanton ohne Verzug eine neue Kaserne in Aussersihl erbaue. Die Übereinkunft kam zustande, und es trat in ihr zum erstenmal die Stadt Zürich mit sämtlichen Ausgemeinden (ausser Wipkingen) als ein Ganzes in Aktion. In dasselbe Kapitel gehört die Bildung der Quai-Kommission durch die Gemeinden Zürich, Riesbach und Enge. Bei der Anlage ihrer Kanalisation und Wasserversorgung zog die Stadt von Anfang an auch das Gebiet der Ausgemeinden mit in Berechnung und schloss dann in der Folge Verträge mit den letztern für beide Unternehmungen. In diesem Zusammenhang könnte auch noch die in spätere Jahre fallende gemeinsame Errichtung des Katasterbureau, des Gewerbemuseums und der Strassenbahn und der Anschluss an die Gasversorgung genannt werden. „So kam es, dass es zuerst der Techniker war, der die Einheit der zürcherischen Gemeinden in den Gemeindeeinrichtungen zur Wahrheit machte, während die politischen Formen die alten blieben und desgleichen die wirtschaftlichen Grundlagen in den Gemeinden."

Unter den ersten Pionieren der Stadtvereinigung ist Dr. jur. Conrad Escher-Ziegler in Enge zu nennen. Er ist geboren am 27. Juli 1833 in dem alten Patrizierhaus „zum Brunnen", zwischen Bahnhofstrasse und Peterskirche, das jetzt dem Neubau der Bank Leu & Co. weichen musste. Nach Absolvierung der städtischen Unter- und Mittelschulen studierte Escher die Rechte an den Universitäten Zürich, Leipzig und Göttingen und promovierte am letztern Orte. Er unternahm nun einige Reisen und trat dann 1860 als Sekretär des neu gegründeten Baukollegiums in den städtischen Dienst ein. Dem Stadtrat, zu dessen Mitglied er 1863 gewählt

wurde, gehörte er nur kurze Zeit an, da er schon 1866 nach Enge übersiedelte. Dafür wirkte er dann von 1866—1872 als Mitglied und zeitweise als Präsident des Bezirksgerichts Zürich. Die Gemeinde Enge verdankt ihm u. a. eine sehr tatkräftige und opferfreudige Förderung ihres Kirchenbaues. Im Militär avancierte er bis zum Oberstleutnant. Seit 1867 und bis zum Jahr 1911 gehörte Dr. Escher dem Kantonsrat an, dessen Präsidium er 1883/84 inne hatte. Im Grossen Stadtrate (1892—1911) zählte er zu den einflussreichsten Mitgliedern. Lange Jahre war er auch Mitglied des Bankrates der Kantonalbank und drei Jahre hindurch dessen Präsident. Ganz besondere Verdienste erwarb sich Dr. Conrad Escher als Mitglied und Präsident des Konvents der Stadtbibliothek.

Der zweite hervorragende Vorkämpfer der Stadtvereinigung aus der Altstadt ist Stadtschreiber Dr. jur. Paul Usteri, dessen Name an den berühmten Staatsmann der Regenerationszeit, seinen Urgrossvater, erinnert. Paul Usteri ist geboren am 12. August 1853 in Zürich. Er durchlief die öffentlichen Schulen der Vaterstadt, absolvierte das Gymnasium und studierte dann die Rechte an den Universitäten Lausanne, München, Zürich und Berlin, worauf er 1877 in Zürich promovierte. 1878 wurde Usteri zum Gerichtsschreiber des Bezirks Meilen gewählt. Die selbständige und unabhängige Tätigkeit in einem Kreis einsichtiger und erfahrener Männer, als einziger ständiger Gerichtsbeamter des Bezirks, dessen politische und kulturelle Verhältnisse sich noch überblicken liessen, sagte Usteri so sehr zu, dass er 1881 eine Kandidatur für das Obergericht — allerdings auch mit Rücksicht auf den hochbetagten Gerichtspräsidenten — ablehnte. Nach wenigen Jahren aber verschaffte ihm die Wahl zum Stadtschreiber eine neue einflussreiche Stellung, die er namentlich als Mitglied wichtiger städtischer Kommissionen, wie als Mittelsmann zwischen Stadtrat und Grossem Stadtrat, welch letzterem er zugleich als Sekretär angehörte, zur Geltung bringen konnte. Von hervorragender Bedeutung wurde die Wirksamkeit Usteris bei den Vorarbeiten für die Stadtvereinigung. Die wichtigen Weisungen des Stadtrates vom 31. Juli 1889 und 25. Januar 1890, sowie die Eingabe an die kantonsrätliche Kommission vom 14. Juni 1890 sind in der Hauptsache sein Werk. Die Wahl Usteris zum Mitglied des Kantonsrates im September 1899 gestattete ihm, neben der XXIer Kommission, der er nicht

angehörte, einen gewichtigen Einfluss auf die Gestaltung des neuen Gemeinwesens auszuüben. Von Bedeutung war dann auch wieder seine Mitwirkung bei Beratung des neuen Baugesetzes 1893. Präsident des Kantonsrates war er 1897. Wegen der Vorarbeiten für die Gründung der Schweizerischen Nationalbank trat er 1906 aus dem Kantonsrat zurück.

Nach Annahme des Zuteilungsgesetzes wurde Usteri Präsident und Referent der XXIer Kommission der Abgeordnetenversammlung für die neue Gemeindeordnung. Am 9. August zum Mitglied des Stadtrates gewählt, übernahm er die Leitung des Bauwesens und brachte u. a. die periodischen Konferenzen der bei baulichen Fragen beteiligten Chefs der verschiedenen Dienstabteilungen zuwege, in der Absicht, die Einheit und Zusammenarbeit derselben zu sichern. Auf seine Initiative zurückzuführen ist auch die neue Geschäftsverteilung der Mitglieder des Stadtrates mit der hauptsächlichsten Neuerung der Zweiteilung des Bauwesens, wie sie jetzt besteht. Im Jahre 1896 folgte Usteri einem Ruf in die Direktion der Schweizerischen Lebensversicherungs- und Rentenanstalt, die er mit dem 31. Dezember 1912 wieder verliess, um die Leitung der Organisationsarbeiten der „Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt in Luzern“ zu übernehmen. Am Tage der Verwerfung der lex Forrer, der ersten Kranken- und Unfallversicherungsvorlage (20. Mai 1900) wurde Dr. Paul Usteri an Stelle des verstorbenen Othmar Blumer zum Ständerat gewählt. Er wirkte dort namentlich auf folgenden Gebieten: Einrichtung und Leitung der ständigen Kommission für die Bundesbahnen; Reglement der neu geschaffenen Finanzdelegation und Mitglied derselben; Anleihensangelegenheiten, Nationalbank, Zivilgesetzbuch, Obligationenrecht, Kranken- und Unfallversicherung, Militärversicherung, Zolltarif, Militärorganisation, Verwaltungsgericht. 1909/1910 war Usteri Präsident des Ständerates und nahm als solcher am Empfang des Präsidenten der französischen Republik teil. Bei dieser und andern Gelegenheiten kam er in Berührung mit diplomatischen Kreisen und war auch 1908 Delegierter des Bundesrates beim Mehlzollkonflikt. Im Jahre 1906 wurde Usteri zum Vizepräsidenten des Bankrates der Schweizerischen Nationalbank und zum Präsidenten des Komitees der Zürcher Zweiganstalt gewählt und nahm an den weitschichtigen organisatorischen Arbeiten der Bank und ihrer Zweig-

anstalten sowie an ihrem Ausbau und ihrer Verwaltung Anteil. Im Jahre 1912 erfolgte die Wahl Usteris zum Präsidenten des Verwaltungsrats der „Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt in Luzern", die völlig neu zu organisieren ist in personeller, versicherungstechnischer und baulicher Hinsicht. Sie wird nach ihrer Eröffnung, die auf den 1. Januar 1917 in Aussicht genommen ist, vermutlich einen Versicherungsbestand von 600,000 Personen und einen Umsatz in einfacher Aufrechnung von rund 30 Millionen Fr. aufweisen. Seiner militärischen Pflicht genügte Usteri in den Jahren 1875—1894. Er quittierte den Dienst im Jahre 1896 mit dem Grad des Oberstleutnants als Kommandant des 22. Infanterie-Regiments.

Es hat nun im Jahre 1874 Dr. Conrad Escher — um hier den Faden der Vereinigungsgeschichte wieder aufzunehmen — in einer Artikelserie der „Neuen Zürcher Zeitung" (Nr. 266—286), die hernach als Broschüre („Zürich und die Ausgemeinden. Eine Betrachtung und Anregung") erschien, die Notwendigkeit der Vereinigung hauptsächlich auch im Hinblick auf eine gesunde Entwicklung der Gemeindefinanzen betont. „Einem Fremden, der, mit den hiesigen Verhältnissen nicht näher bekannt, auf dem Dampfboot sich der Stadt Zürich nähert oder den Tunnel bei Wipkingen verlässt und auf der dortigen Eisenbahnbrücke nach Süden blickt, präsentiert sich die Stadt Zürich samt den Ausgemeinden bereits als Eine grosse Stadt. Wenn er das stattliche Häusermeer, das sich an die beidseitigen Bergabhänge hinaufzieht, überschaut, kann er es kaum glauben, dass dasselbe von 10—11 selbständigen Gemeinden gebildet werde, die rücksichtlich ihrer Verwaltung unter sich in fast gar keinem Zusammenhang stehen." Nach gründlicher Untersuchung der bestehenden Verhältnisse und ihrer Mängel kommt Dr. Escher dazu, nun zunächst die Zentralisation des Bau- und Strassenwesens und hernach des Polizeiwesens vorzuschlagen, auch die Gemeinde Enge zum endlichen Beitritt in die „Gemeindekommission" zu mahnen. Es ist ihm, wie er sagt, nicht darum zu tun, „eine Verschmelzung der Ausgemeinden mit der Stadt Zürich in Anregung zu bringen, obschon dieselbe früher oder später gewiss kommen wird und nach unserer Ansicht auch nicht zu weit hinausgeschoben werden sollte. Die Zeit wird nicht ausbleiben, wo selbst das Interesse zu einer gänzlichen Vereinigung führen

wird, nicht nur der besser situierten Gemeinden miteinander, sondern auch dieser mit den Gemeinwesen, die sich in schwierigen ökonomischen Verhältnissen befinden, in der Art, dass die erstern unterstützend den letztern an die Hand gehen werden." Er schlägt darum vor, dass die einzelnen Gemeinwesen sich, ähnlich wie die Kantone zugunsten der Eidgenossenschaft, der Besorgung gewisser Verwaltungszweige zugunsten des Ganzen begeben sollten.

„Die zeitgemässe Schrift wurde gelesen und — vergessen, auch von Aussersihl, obschon letzteres, schon anno 1873 bei 7 Promille Gemeindesteuer (exkl. Armensteuer) angelangt, bereits besondere Ursache gehabt hätte, die so bestimmt hinausgeworfene Zentralisationsidee zu erfassen und festzuhalten" (Fritschi-Zinggeler). Über die Gründe der ungenügenden Beachtung des Mahnrufs von Dr. C. Escher äussert Dr. P. Usteri (Lebensbild Römer): „Man stand sich, teils wegen der Kämpfe in der kantonalen Politik, teils aus dem Gegensatz von Stadt und Land, wie er in einem überlebten Gedankenkreis noch bestand und dem sich führende Männer der Ausgemeinden auch in Fragen von allgemeinem städtischen Interesse hin und wieder noch zuneigten, trotz der Nachbarschaft, manchmal auch wegen derselben, recht fremd gegenüber, und die Lust am Negieren liess mancher Gemeindebehörde eine Gemeindevereinigung noch keineswegs als begehrenswert erscheinen. Auch verleitete die Grösse und Schwierigkeit der Vereinigung zur Hoffnung, dass sie eher Schritt für Schritt werde durchgeführt werden können (Rechenschaftsbericht des Stadtrates von 1875)." Gegen das im Sommer 1879 vom Industriequartier ausgegangene Bestreben, sich der Stadt anzugliedern, wodurch der Gemeinde Aussersihl ein grosses Steuerkapital entzogen worden wäre, legte der Gemeinderat Aussersihl beim Stadtrat feierliche Verwahrung ein.

Auf dem heute nicht mehr ungewöhnlichen, damals aber durchaus neuen Wege einer „Dummen Frage" auf der letzten Seite des „Tagblattes" wurde die Angelegenheit der Stadtvereinigung sodann von privater Seite vor die breiteste Öffentlichkeit gebracht und mit Beharrlichkeit durch Monate hindurch je alle 8—10 Tage dieser öffentliche Appell erneuert. Es war am 9. November 1881, als das „Tagblatt" zum erstenmal folgendes Inserat veröffentlichte: „Frage. Wann werden die Ausgemeinden mit der Stadt

vereinigt?" Das Inserat war aufgegeben worden von dem unternehmenden und weitsichtigen Kaufmann Karl Fierz-Landis, der nicht zufrieden war mit dem Verlauf der Stadtgrenze bei der Hohen Promenade, durch den sein neuerworbenes Gut wider seine Annahme nicht der Stadt, sondern der Gemeinde Hottingen zugeteilt war. Seinen Zweck, die öffentliche Diskussion über die Vereinigungsfrage in Fluss zu bringen und nicht mehr einschlafen zu lassen, erreichte Fierz vollständig. Die Vereinigung wurde Tagesgespräch, die Meinungen darüber gingen aber weit auseinander, und von einigen wurde die „Frage" des unbekannten Einsenders eine „Dumme Frage" gescholten. Von daher stammt der Brauch, dass einer, der im allgemeinen Sprechsaal des „Tagblattes" etwas recht Gescheites vorbringen will, ihm in der Regel den Titel „Dumme Frage" gibt. Von der Wirkung jenes Inserates auf die Öffentlichkeit sagt Fritschi-Zinggeler: „Die Frage schien keinen Tod zu haben; immer wieder erschien sie, und wenn man glaubte, derselben endlich los zu sein, stand sie erst recht wieder da. Kurz, es war nicht mehr zum Aushalten." Benjamin Fritschi-Zinggeler, Redaktor des demokratischen „Zürcher Volksblattes" in Aussersihl, war gerade um jene Zeit, am 30. Oktober 1881, in den Gemeinderat von Aussersihl gewählt worden, und mit ihm erhielt jene Behörde die eigentliche treibende Kraft, die in zäher Ausdauer auf die Vereinigung lossteuerte. Wenn die gegnerische Presse ihn gelegentlich den „Vereinigungsdiktator" nannte, so kennzeichnete sie damit am besten seine hervorragende Rolle in der grossen Sache. Fritschi ist 1842 in Teufen-Freienstein geboren. Er hat das Lehrerseminar Küsnacht besucht und eine Zeitlang als Lehrer gewirkt. Dann ging er zur Industrie über und war in Embrach und Kloten Fabrikdirektor. 1878 kam er nach Aussersihl, gründete die „Freien Stimmen vom Uto" und vereinigte sie mit dem 1881 angekauften „Zürcher Volksblatt". Im Stadtrat, dem er von 1892—1914 angehörte, verwaltete er nacheinander das Gesundheitswesen, das Schulwesen und das Bauwesen II. — In seiner (März 1887 erschienenen) Schrift: „Die Vereinigung von Zürich und Ausgemeinden" erzählt Fritschi im Anschluss an das Tagblattinserat weiter: „So nahm denn — mittlerweile hatten sich nämlich die Gemeinderäte von Zürich und Ausgemeinden zu einem hoffnungsvollen Verein zusammengeschlossen — das Präsidium des

letztern, Herr Präsident Schellenberg in Hottingen, mangels anderer Traktanden Veranlassung, auf die immerwährende Frage im „Tagblatt" die Aufmerksamkeit der andächtig Versammelten zu lenken, kurz auseinandersetzend, dass der Frage einige Berechtigung durchaus nicht abzusprechen sei, indem die zurzeit bestehende Zehngemeindewirtschaft grosse Ungerechtigkeiten im Gefolge habe (Hinweis auf Aussersihl). In der Diskussion fand die Auffassung des Vorsitzenden zum Teil lebhafte Unterstützung, ja man sagte sich so en famille, die Vereinigung von Zürich und Ausgemeinden sei eigentlich nur eine Frage der Zeit und müsse einmal kommen, nur — per se — jetzt noch nicht."

Immerhin wurde doch in jener Sitzung auf den Antrag Fritschis beschlossen, sich einmal von einem Mitglied einen Vortrag über die Vereinigungsfrage halten zu lassen. Die Aufgabe wurde, wie recht und billig, Herrn Dr. Conrad Escher übertragen, welcher sodann in seinem Referate auf die teilweise Vereinigung tendierte. Ein zweites Referat, von Fritschi-Zinggeler, im Sommer 1882 vertrat den Standpunkt der totalen Vereinigung. Es hatte zur Folge, dass eine Elferkommission mit dem weitern Studium der Angelegenheit beauftragt wurde. Ein Memorial Fritschis an die Kommission vom 25. November 1882 gab ihren Arbeiten eine bestimmte Grundlage. In den ersten Monaten des Jahres 1883 wurde auf die Anregung des Zentralkomitees der Landesausstellung eine provisorische Zentralisation des Polizeiwesens geschaffen, die aber auf viel Widerwillen stiess und allgemein als verfehlt betrachtet wurde, ohne dass man sich heute über die Gründe dieses Misserfolges recht klar werden kann. Aus der dadurch erzeugten Stimmung heraus verfasste auch Gemeindeschreiber Elias Hasler in Enge, Mitglied der Elferkommission, am 24. Juni 1883 ein Memorial an die letztere, das einen andern Standpunkt einnahm als das Memorial Fritschi. Hasler wollte von der Enquete bei den Gemeinderatskanzleien, welche Fritschi vorschlug, absehen und die prinzipiellen Vorfragen direkt von der Kommission selbst prüfen und entscheiden lassen. Die Kommission kam zu dem Schlusse: Das eine tun und das andere nicht lassen! Die Enquete bei den zehn Gemeinderatskanzleien (Wollishofen und Wipkingen kamen anfangs nicht in Frage, Hirslanden nur wegen seiner Zugehörigkeit zur Neumünstergemeinde) wurde angehoben und —

mit Ausnahme von zweien — von ihnen auch durchgeführt; das Programm Hasler aber überwies man an vier Subkommissionen, von denen — keine einzige auch nur je eine Sitzung hielt! „Alle Nachfragen über den Gang und Stand der Angelegenheit — und es geschahen deren viele — blieben wirkungslos, ja zum Teil ohne alle Antwort. Man hatte die beste Gelegenheit, an solch passivem Widerstand zu verzweifeln."

Mittlerweile gingen die Geschicke ihren Gang. Das zweite (private) Anleihen der Gemeinde Aussersihl im Betrage von 300,000 Fr. ging zur Neige, während die provisorischen Schullokalitäten sich mehrten, ohne dass irgendwelche Hoffnung vorhanden war, von privater Seite ein drittes Anleihen erhältlich machen zu können. So beantragte denn der Gemeinderat Aussersihl bei der Budgetberatung des Frühjahrs 1885 der Gemeindeversammlung, es sei eine Petition an den Kantonsrat zu richten mit dem Ersuchen um Prüfung einer gänzlichen Vereinigung von Zürich und Ausgemeinden und Gewährung eines Staatsanleihens an die Gemeinde Aussersihl zur Sicherung ihres einstweiligen Fortbestandes. Die Behörden von Aussersihl erblickten in der gänzlichen Vereinigung die einzige Rettung, weil eine dauernde Unterstützung der Gemeinde durch immer erneuerte Staatsanleihen kaum anging und andererseits das Scheitern der Polizeizentralisation gelehrt hatte, dass auf dem Wege der Freiwilligkeit eine Vereinigung von Zürich und Ausgemeinden nicht zustandekommen werde.

Die vom Gemeinderat Aussersihl ausgearbeitete, grösstenteils von Benjamin Fritschi verfasste Petition wurde von der Gemeindeversammlung Aussersihl am 1. November 1885 gutgeheissen und eingereicht. Sie wurde vom Winterthurer „Landboten" mit folgenden Worten charakterisiert: „Ein schwerwiegenderes Aktenstück ist schon lange nicht mehr im Umkreis der politischen Fragen des Kantons Zürich aufgetaucht. Ohne jemanden anzuklagen, ohne einen Vorwurf zu erheben, tritt eine ansehnliche Gemeinde, die zweitgrösste des Kantons, vor die oberste Landesbehörde mit dem Nachweis, dass sie, unschuldigerweise, dem unausweichlichen Verderben entgegengetrieben wird. Und dieser Nachweis ist ein unwidersprechlicher. Seine Quintessenz liegt in der Blosstellung eines Prozesses, bei dem die um ihrer Abhängigkeit und Armut

willen vom Gemeinwesen mehr verlangenden als ihm gebenden Elemente von einem mächtigen, in sich alle Bedingungen des Gedeihens tragenden sozialen und politischen Körper ausgeschieden, beiseite zusammengeschoben und sich selber überlassen werden. In Aussersihl, wo aus leicht wahrzunehmenden Gründen Haus und Grund wohlfeil, zeitweise fast wertlos sind, wächst diejenige Bevölkerung lawinenartig, welche dieser Wohlfeilheit bedarf. Jahr um Jahr lassen sich in ihr fast tausend neue Bewohner nieder, Jahr um Jahr nimmt die Schülerzahl um etwa 150 zu, mit andern Worten um ein grosses Schulhaus und ein paar Lehrer; die Strassen wollen unterhalten, die öffentliche Ordnung gewahrt, die Bewohnerschaft mit Wasser, Licht und Abzugskanälen versorgt sein; die Nachbarschaft, das innige Verwachsensein mit Gemeinwesen, welche auf der Höhe moderner städtischer Entwicklung stehen, macht jedes Zurückbleiben in solchen Dingen auffälliger, stossender, entfremdender als es draussen in ländlichen Kreisen erschiene. Mit jener schwellenden Zunahme an Säften geht parallel eine bedrohliche Abnahme an Kräften. Aussersihl ist der einzige Teil von Gross-Zürich, in welchem das Steuerkapital, auf den Kopf bezogen, in den letzten Jahren abgenommen hat, und dieses Kapital ist gesetzlich fast die einzige Quelle, aus welcher die Gemeindebedürfnisse bestritten werden müssen. Die tatsächliche heutige Last und noch mehr die unausweichlich erscheinende künftige Vermehrung derselben halten den Zuzug von neuen Kapitalkräften ab und bringen die noch gebliebenen in Versuchung, sich diesem Verhängnis durch die Flucht zu entziehen."

Aus der umfangreichen Petition selbst, welche nachweist, dass die totale Vereinigung nicht etwa nur im Interesse von Aussersihl, sondern in demjenigen des ganzen Platzes Zürich liege, sei nur folgende charakteristische Stelle noch hervorgehoben: „Herr Präsident, hochgeehrte Herren! Wenn Zürich und Ausgemeinden zuwarten müssten, bis die Total-Zentralisation allgemein als nicht mehr verfrüht erklärt würde und folglich ohne viel Opposition und Schwierigkeit durchzuführen wäre, so könnte man das laufende und folgende Jahrtausend noch ruhig ablaufen lassen; denn so reif, dass er quasi von selbst Realität gewänne, wird der Gedanke überhaupt nie; das liegt in seiner Natur. Geschichte aber, die sich

nicht machen will, so sehr sie sich machen sollte, die muss gemacht werden. Grosse Gedanken sind, nachdem sie einmal erkannt worden und die Zeit für sie gekommen, was im vorliegenden Fall ernstlich niemand bestreiten wird, nicht mehr sich selbst und dem Zufall zu überlassen.“ In ihrem zweiten Teil begründet die Petition das Begehren um ein zunächst zinsfreies staatliches Darlehen von 300,000 Fr.

Die Aussersihler Petition wurde am 16. November 1885 vom Kantonsrat zum Bericht und Antrag an die Regierung gewiesen. Der Regierungsrat bestellte für die Vorarbeit aus seiner Mitte eine dreigliedrige Kommission (Eschmann, Nägeli, Em. Grob) und wies die Frage des Darlehens an die Finanzdirektion; die weiteren darauf bezüglichen Verhandlungen des Kantonsrates endeten mit der Gewährung eines von Aussersihl mit 4% zu verzinsenden Darlehens von 300,000 Fr. am 16. August 1886. Ein weiteres Darlehen von 100,000 Fr. (ebenfalls à 4%) wurde am 21. Februar 1888 gewährt und zugleich der Regierungsrat ermächtigt, der politischen Gemeinde Aussersihl unter gleichen Bedingungen nötigenfalls weitere Darlehen bis auf den Gesamtbetrag von höchstens 150,000 Fr. zu bewilligen; auch wurde der Regierungsrat eingeladen, die Frage zu prüfen, durch welche Massnahmen der unhaltbare finanzielle Stand der Gemeinde Aussersihl dauernd gebessert werden könnte, und darüber binnen Jahresfrist dem Kantonsrat Bericht und Antrag zu hinterbringen. Mit Lebhaftigkeit bemächtigte sich nun auch die öffentliche Diskussion des Gegenstandes. Die kantonale statistische Gesellschaft, unter dem Vorsitz von Regierungsrat Dr. Stössel, veranstaltete eine Reihe von Vorträgen, in denen Dr. Zuppinger, Erziehungssekretär C. Grob, Stadtrat Schlatter und Dr. C. Escher die weitschichtige Frage von verschiedenen Gesichtspunkten aus beleuchteten. Die Gemeinnützige Gesellschaft Aussersihl liess sich von den Pfarrern Hartmann Hirzel und Denzler darüber referieren. Mehrere Versammlungen der Kantons- und Gemeinderäte von Zürich und Aussersihl befassten sich mit Organisationsentwürfen von Präsident Schneider in Riesbach und von der „Zentralisationskommission“ von Aussersihl (Schenkel, Fritschi-Zinggeler, Julius Weber, Dr. Amsler). Mit einem eigenen, vollständig ausgearbeiteten Entwurf trat in seiner Schrift Fritschi-Zinggeler (März 1887) an die

Öffentlichkeit. Sehr viel kam nun für die gedeihliche Weiterentwicklung der Angelegenheit auf die Haltung der Stadt an, und für diese war es wiederum bedeutsam, dass Stadtpräsident Dr. Römer ohne Zögern und mit Entschiedenheit für die Ansicht eintrat, die Stadt solle sich nicht in Gegensatz zur Petition von Aussersihl stellen, sondern ihre Bereitwilligkeit erklären für eine Vereinigung auf gesetzlicher, organisch und finanziell zuverlässiger Grundlage. Als von konservativer Seite eine die Stellung der Stadt zur Vereinigung betreffende Motion eingebracht wurde, erklärte Stadtpräsident Dr. Römer in der Sitzung des Grossen Stadtrates vom 18. Februar 1886, dass der Stadtrat gegen die Vereinigung der Stadt und ihrer Ausgemeinden keine Opposition erheben werde, indem die letztere auch der traditionellen Politik der Stadtbehörde entgegenlaufen würde, die stets für eine mit den Verhältnissen Schritt haltende Entwicklung der Gemeindeorganisation eingetreten sei. Stadtpräsident Römer bildete mit Dr. Amsler, Dr. C. Escher, Albert Fierz, Gemeindepräsident J. Schneider und Stadtschreiber Dr. Paul Usteri das Bureau der „Vereinigung der Kantonsräte und Gemeindebehörden von Zürich und Ausgemeinden", welche in emsiger Arbeit, durch Vorbesprechungen, durch Sammlung und Sichtung der Gemeinde- und Verbandsrechnungen usw. die „Grundzüge einer Organisation für die neue Stadtgemeinde Zürich" feststellte und in einem Bericht von 50 Druckseiten im Januar 1888 publizierte. Wir wollen daraus hier nur den Vorschlag erwähnen, auch Wipkingen und Wollishofen in die Vereinigung einzubeziehen, mit folgender Begründung: „Mit Bezug auf die Gemeinde Wipkingen war massgebend, dass ihr Gebiet von Unterstrass und Aussersihl umfasst ist und dass das Pumpwerk der Brauchwasserversorgung im Gemeindebann Wipkingen liegt. Bei Wollishofen kam einmal in Betracht, dass die Lage dieser Gemeinde am linken Seeufer so ziemlich den äussern Quartieren von Riesbach und Hirslanden auf dem rechten Ufer entspricht und der Waffenplatz (zugleich Gemeindeschiessplatz) zum grossen Teil in ihrem Gebiet liegt, sodann, dass die Ortschaften Unter- und Mittelleimbach die Elemente zu einer selbständigen Gemeindebildung nicht besitzen, die Einbeziehung von Leimbach ohne diejenige von Wollishofen aber aus topographischen Rücksichten nicht angeht. Es wird dann aber ge-

boten sein, die Ortschaft Oberleimbach, die nur politisch mit Wollishofen zusammenhängt, mit ihrer Schul-, Kirch- und Armengemeinde Adliswil, resp. Kilchberg, zu vereinigen und sie damit zum Bezirk Horgen zu schlagen" (was dann auch geschah). Im Auftrag der regierungsrätlichen Kommission verarbeitete das kantonale statistische Bureau die von den Gemeinden ausgefüllten Fragebogen zu zwei Heften, von denen das eine die Verhältnisse der politischen Gemeinden, das andere diejenigen der Primar- und Sekundarschulkreise und der Bürgergemeinden behandelte. Aus der fleissigen Feder von Staatsschreiber Stüssi kam noch dazu ein Gutachten über die Frage vom staats- und gemeinderechtlichen Standpunkt aus mit dem Vorschlag der nötigen Änderungen an den bestehenden Gesetzen.

Auf diesem reichen Material fusste die regierungsrätliche Vorlage, welche am 15. Juli 1889 vom Kantonsrat an eine XXIer Kommission (Präsident Dr. C. Escher) gewiesen wurde. Aber die dieser Kommission gesetzte Frist bis Ende Dezember 1889 erwies sich als viel zu knapp für die zu bewältigende Riesenarbeit. Neues Material musste beigebracht, die Eingaben von Gemeinden und Privaten mussten geprüft und insbesondere die Finanzfrage gründlich studiert werden. Wollishofen protestierte in seiner Eingabe vom 25. August 1889 energisch gegen jede Einbeziehung in die Vereinigung; Enge bemühte sich, in einer 5 Bogen starken Broschüre andere Mittel und Wege gegen die Bedrängnis von Aussersihl ausfindig zu machen und vorzuschlagen; Fluntern empfahl eine nur teilweise Vereinigung, während man in der Stadt Zürich bestrebt schien, die Lösung der Frage hinauszuziehen. So kam es, dass die Kommission erst am 28. Oktober 1890 ihre Arbeit dem Kantonsrate vorlegen konnte. Vorher aber hatte der Kantonsrat der Gemeinde Aussersihl noch ein viertes Darlehen von 400,000 Fr. zu bewilligen, was am 7. Juli geschah. Die Stellungnahme der Stadt Zürich zur Vereinigung kam in dem einstimmigen Beschluss der imponierenden Gemeindeversammlung vom 1. Februar 1891 in der alten Tonhalle zum Ausdruck. Langwierige und mühevolle Verhandlungen im Stadtrat und Grossen Stadtrat waren vorausgegangen. Der Grosse Stadtrat hatte am 15. Januar als Antrag an die Gemeinde die „Bedingungen" festgestellt, unter denen die Stadt der Vereinigung zustimmen könne. Dem vermittelnden

Einfluss des Stadtpräsidenten Hans Pestalozzi gelang es sodann, in einer ausserordentlichen Sitzung des Grossen Stadtrates am 29. Januar die letzten Differenzen hinsichtlich dieser Anträge zu beseitigen und auch die „Bedingungen" in „Vorbehalte" herabzumildern. Am Vorabend der Gemeindeversammlung legte noch Kantonsrat Friedrich Otto Pestalozzi in einem Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung", welcher ohne Zweifel die Auffassung der grossen Mehrheit der städtischen Stimmberechtigten wiedergab, den Standpunkt der konservativen Stadtbürger dar und schloss seine Ausführungen mit den Worten: „Nicht Obstruktion und nicht Verschleppung, sondern verständige Mitarbeit mit weitem Blick für die Zukunft, aber auch ruhige Festigkeit, wo es sich um die Verteidigung seines guten Rechtes handelt, sei Zweck und Ziel der Versammlung vom kommenden Sonntag." Vor der Gemeinde referierte Stadtrat Meyer; eindrucksvolle Voten hörte man von Kommandant Schulthess, Prof. Georg von Wyss und Dr. Zuppinger. Gegen die „Vorbehalte" erhob sich keine Stimme. Sie verlangten in der Hauptsache:

1. Umwandlung des Nutzungsgutes in eine Stiftung der neuen Bürgergemeinde und Nutzniessungsberechtigung an den bürgerlichen Stiftungen und Fonds seitens der bisherigen Stadtbürger während einer Übergangsperiode von 25 Jahren.

2. Einheit des jetzigen Stadtgebietes als Wahl- und Verwaltungskreis der neuen Gemeinde.

3. Einführung des 7. und 8. Schuljahres für die Alltagsschule.

4. Verzicht des Staates auf die der Gemeinde Aussersihl gemachten Darlehen.

5. Herbeiziehung des Einkommens für die Gemeindesteuern. Zuweisung der Hälfte der Erbschaftssteuer an die Gemeinde und Aufstellung eines Steuermaximums von 6 Promille für die Vermögenssteuer.

6. Ablehnung einer besondern Staatsaufsicht, dagegen Einräumung eines erweiterten Rekursrechtes gegenüber Gemeindebeschlüssen.

Es sei hier gleich vorausgeschickt, dass vom Kantonsrat nur Nr. 1 und 2 dieser Vorbehalte glatt angenommen wurden. Nr. 3, pro forma ebenfalls akzeptiert, ward durch separate Volksab-

stimmung illusorisch gemacht, Nr. 4 verworfen, Nr. 5 und 6 nur teilweise berücksichtigt.

Am Tage nach der Gemeindeversammlung, Montag den 2. Februar 1891, begann die Beratung im Kantonsrat. Unerwartet rasch konnte der allgemeine Ratschlag geschlossen werden. Durch den grundlegenden § 1 wird das Gebiet der politischen Gemeinden Aussersihl, Enge mit Leimbach, Fluntern, Hirslanden, Hottingen, Oberstrass, Riesbach, Unterstrass, Wiedikon, Wipkingen und Wollishofen (ohne Oberleimbach) der Stadt Zürich zugeteilt. Die bürgerlichen Angehörigen der aufgehobenen Gemeinden werden Bürger der Stadt Zürich. Der Protest Wollishofens gegen seine Einverleibung blieb mit 13 Stimmen gegen 168 in Minderheit. § 6 bestimmt, dass der Genuss der bürgerlichen Stiftungen und Separatfonds während 25 Jahren (also bis 31. Dezember 1917) den Bürgern der einzelnen Gemeinden verbleibt, aber auch mit dieser Frist wurde es manchen Stadtbürgern nicht ganz leicht, nun auf einmal 10,000 neue Bürger unentgeltlich ins Stadtbürgerrecht aufnehmen zu sollen. Eine besondere Schulgemeinde und einen Sekundarschulkreis Zürich soll es nicht geben, sondern nur eine Stadt. Dagegen bleiben die Kirchgemeinden getrennt. § 12 trifft folgende Kreiseinteilung:

I. Zürich (bisherige Stadt),
II. Enge (Enge und Wollishofen),
III. Aussersihl (Aussersihl und Wiedikon),
IV. Unterstrass (Unterstrass, Oberstrass und Wipkingen),
V. Neumünster (Riesbach, Hirslanden, Hottingen und Fluntern).

Statt der Gemeindeversammlung, die im neuen Zürich 20,000 Stimmberechtigte zählen würde, wird die Urnenabstimmung eingeführt. Ein grosser Teil der bisherigen Befugnisse muss auf den Grossen Stadtrat übertragen werden; doch kann man gegen dessen Beschlüsse das Referendum anrufen und es steht den Stimmberechtigten auch ein ausgebildetes Vorschlagsrecht (Initiative) zur Verfügung. Ausser dem Grossen Stadtrat gibt es folgende Behörden: Stadtrat (9 Mitglieder), Waisenamt, Armenpflege, eine Zentralschulpflege, fünf Kreisschulpflegen, Zivilstandsamt, Betreibungs- und Friedensrichterämter, Steuer- und Taxa-

tionskommissionen. Zur Erleichterung des Gemeindehaushalts werden folgende neue Steuern eingeführt: Einkommensteuer, Feuerwehrersatzsteuer, Zuschlag zur Hundetaxe und zu den Gebühren für notarialische Eigentumsübertragungen. Die Haushaltungssteuer soll aufhören, dagegen die Mannssteuer auf den anderthalbfachen Betrag erhöht werden. Nach § 85 sollen diese neuen Steuern auch für Winterthur gelten, dessen Behörden sie dringend gewünscht haben. Als eine Art Reservesteuer wird der Stadt Zürich noch die Mietwertsteuer eingeräumt. Einen ganz besondern Wert legte man in der Stadt Zürich auf den § 92, welcher der neuen Stadtgemeinde gestatten sollte, an Stelle der in städtischen Verhältnissen absolut ungenügenden Ergänzungs- und Singschule für diejenigen Kinder, welche nicht die Sekundarschule oder eine andere höhere Bildungsanstalt besuchen, die Volksschule um zwei Jahreskurse zu erweitern. Dagegen erhob sich nun im Ratssaal und ausserhalb desselben hartnäckiger Widerstand. Die Landgemeinden, die ihre Ergänzungsschüler leicht bei den Feldarbeiten beschäftigen konnten, wollten die Not der städtischen Jugend, welcher nach dem Fabrikgesetz auch die Fabrik bis zum 14. Jahr verschlossen war, nicht begreifen. Politischen Doktrinären erschien das Verlangen Zürichs als Frevel an der Rechtsgleichheit von Stadt und Land, als Sünde wider den heiligen Geist von Uster. Zwar wurde vom Kantonsrat das 7. und 8. Schuljahr schliesslich doch bewilligt, aber mit der Klausel, dass der § 92 gesondert zur Volksabstimmung kommen solle, womit sein Schicksal von vorneherein besiegelt war. Damit hatte man in den Augen vieler städtischer Stimmberechtigten so ziemlich die einzige Perle aus dem Gesetz herausgebrochen. Bezüglich der auf 950,000 Fr. sich belaufenden Darlehen an Aussersihl hatte die Kommission vorgeschlagen: „Behufs Erleichterung der ökonomischen Ausgleichung zwischen den in die Vereinigung einbezogenen Gemeinden verzichtet der Staat auf die Rückforderung der Anleihen bis zum Betrag von 500,000 Fr.“ Gegen diese neue „Begehrlichkeit“ der Stadt ritt der im Zeichen der Stadtvereinigung gegründete „Landschaftsklub“ eine schneidige Attacke; es kam sodann mit Stichentscheid des Präsidenten Wirz ein Beschluss zustande, der wenigstens den Zinsfuss herabsetzte, aber in der zweiten Lesung am 27. April wurde auch diese Vergünstigung

wieder gestrichen. Das mit der Hauptvorlage im Zusammenhang stehende Verfassungsgesetz, das besondere gesetzliche Bestimmungen für Gemeinden mit mehr als 10,000 Einwohnern gestattet, gab nicht viel zu reden. Die erste Lesung war am 10. März beendet, die zweite erfolgte, wie erwähnt, am 27. April, die Hauptabstimmung am 11. Mai. Sie ergab unter Namensaufruf 169 Ja und 11 Nein bei 7 Enthaltungen. Von den Stadtzürchern stimmten für Annahme Antistes Dr. G. Finsler, Schulpräsident Paul Hirzel, Professor Elias Landolt, Stadtforstmeister Ulrich Meister, Stadtschreiber Dr. Paul Usteri.

Der Volksabstimmung vom 9. August 1891 ging in der Stadt Zürich eine Zeit der Erregung und Gemütsbewegung voraus, die man nur mit jenen Tagen vergleichen kann, da der Grosse Rat die Aufhebung des Chorherrenstiftes und die Schleifung der Festungswerke beschloss. So nah wie jene „grundstürzenden" Umwälzungen ging vielen Bürgern Zürichs die Tatsache, dass die gute alte Stadt Zürich nun einfach aufgehen sollte in einem grössern Gemeinwesen, dem sie zwar den Namen geben durfte, dessen neue Bürgerschaft aber gegenüber den bisherigen Stadtbürgern eine erdrückende Mehrheit bildete. Nicht „zugeteilt" wurden in ihren Augen die Ausgemeinden der Stadt Zürich, sondern die letztere wurde von den Ausgemeinden aufgesogen. Nicht ein Gross-Zürich sahen ihre politischen und finanziellen Befürchtungen entstehen, sondern ein „grosses Aussersihl". Und wie war es nun mit den Vorbehalten der Gemeindeversammlung vom 1. Februar, die nur zum kleinsten Teil Berücksichtigung fanden? Die Frage wurde verschieden beantwortet. Männer wie Stadtpräsident Pestalozzi hielten sich an die Bedingungen des Gemeindebeschlusses gebunden und fühlten sich deshalb, ganz besonders auch wegen der Ausmerzung des Schulartikels, in ihrem Gewissen verpflichtet, gegen die Vereinigungsvorlage Stellung zu nehmen. Die fünf annehmenden Kantonsräte dagegen erklärten in einer öffentlichen Kundgebung am 6. August, dass sie dem Gemeindebeschluss nicht die Bedeutung zumessen konnten, eventuell gegen ihre eigene Überzeugung stimmen zu müssen, sondern nur nach besten Kräften für seine Geltendmachung zu wirken, was auch geschehen sei, und die Gemeinde selbst bestätigte am 9. August die Richtigkeit dieser Interpretation ihres Beschlusses. Die genannten Herren

wiesen auch darauf hin, dass mit der Verwerfung des Vereinigungsgesetzes nicht etwa die Annahme des Schulartikels gesichert sei und dass ein brauchbares Projekt für eine nur teilweise Vereinigung noch von keiner Seite vorgeschlagen werden konnte. ,,Die Unternehmen, die bisher auf dieser Basis gegründet worden sind, zeigen uns denn auch, dass auf diesem Wege befriedigende Resultate nicht zu erreichen sind, wie das z. B. bei den Strassenbahnen immer deutlicher zutage tritt. Die Leistungen der gutsituierten Gemeinden und die Beaufsichtigung der von ihnen unterstützten Gemeinwesen würden ein Hineinregieren der Zentralgemeinde in die Gemeinden bedingen, so dass die gewünschte Selbständigkeit der letztern eben doch in allen wesentlichen Fragen verloren ginge. Wir bekämen nur zu den schon vorhandenen Verwaltungen einen neuen bureaukratischen Apparat hinzu, in noch vermehrtem Masse als jetzt würde eine Unsumme von Zeit und Arbeit an die Aufrechterhaltung zweckwidriger Organisationen nutzlos vergeudet.“ Der bäuerlichen Opposition gegen die Vereinigung trug der Gründer des Bauernbundes, Konrad Keller in Hofstetten-Oberglatt, mit seiner Flugschrift ,,Neu-Babylon“ die Fahne voran.

Auf der andern Seite kämpfte in der vordersten Reihe für die Vereinigung Stadtschreiber Dr. Paul Usteri, der noch während der Verhandlungen des Kantonsrates auf die Gestaltung der Dinge durch eine Serie von zwölf Artikeln in der ,,Neuen Zürcher Zeitung“ (1891, Nr. 17 ff.) unbestreitbar einen nachhaltigen Einfluss ausgeübt hatte. In klaren Auseinandersetzungen wurde hier auch einem weitern Publikum die Tragweite der Stadtvereinigung eindrücklich gemacht, deren Bedeutung über die Grenzen des Kantons hinausreichte und ein Gemeinwesen schuf, welches der Bevölkerungszahl nach grösser war als sieben Kantone und sechs Halbkantone: die erste Grosstadt der Schweiz mit vollständiger Autonomie. Usteri zeigte, dass die bisherigen Gemeindegrenzen Zürichs nicht so alten Ursprungs sind, wie viele annahmen. Mit ganz besonderm Nachdruck trat er aber dafür ein, dass der herrliche Sihlwald bei der Stadt Zürich bleibe und nicht etwa in das Eigentum einer aus den bisherigen Stadtbürgern gebildeten Korporation übergehe. ,,Es gibt wohl wenig Eigentum, das so lange in einer und derselben Hand gelegen hat wie der Sihlwald, der

schon zur Zeit der allerersten eidgenössischen Bünde den Bürgern von Zürich das Holz lieferte. Bereits der erste Richtebrief, der auf die Zeit vor 1280 fällt, regelt den Holzbezug, und noch eingehender tut dies der zweite Richtebrief von 1304. Mehr als 600 Jahre hat also die Stadt Zürich durch alle Stürme der Jahrhunderte hindurch dieses kostbare Besitztum sich zu erhalten gewusst. Und wenn in der Neuzeit infolge des Hinzutritts der nicht bürgerlichen Einwohner zur Gemeindeverwaltung die rechtliche Stellung des Sihlwaldes zur Stadt als Bestandteil des speziell bürgerlichen Nutzungsgutes eine etwelche Veränderung erfahren, so hat dafür die Bürgergemeinde durch ihren Verzicht auf jede persönliche Nutzung und die Bestimmung des Waldertrages für die Förderung idealer Bestrebungen den Sihlwald in Tat und Wahrheit in noch viel höherm Masse zu einem öffentlichen Gute der Stadt Zürich geschaffen als dies zu Zeiten der Fall gewesen, da entsprechend den damaligen Anschauungen der Holznutzen der Bürger im Vordergrund stand. .... Der Sihlwald und die Stadt Zürich sind, soweit nur die geschichtliche Überlieferung reicht, zusammen gewesen. Der Sihlwald gehört zur Stadt Zürich; er soll auch in Zukunft bei ihr bleiben und nicht das Eigentum einer Holzgenossenschaft werden." Wer wollte sich heute nicht von Herzen dessen freuen, dass es gelungen ist, den Sihlwald der Stadt zu erhalten! Neben den von so vielen hervorragenden und achtungswerten Männern vorgetragenen Argumenten für die Vereinigung mag auch das Gutachten des konservativen Prof. Dr. Andreas Heusler in Basel von bestimmendem Einfluss auf das Abstimmungsergebnis gewesen sein. Prof. Heusler machte u. a. gegenüber der Anfechtung einiger sogenannten „Ausnahmebestimmungen" darauf aufmerksam, „dass auch die Vereinigung Zürichs und seiner Ausgemeinden etwas höchst Ausserordentliches, Singuläres, Exzeptionelles ist, das im ganzen Kanton und in keiner einzigen Gemeinde desselben irgend eine Analogie findet und daher auch gar wohl und ohne Gefahr weiterer Konsequenzen singulär behandelt werden kann." Was aber speziell die Stellung der Stadt zur Vereinigungsfrage anbelangt, so frägt Prof. Heusler: „1. Wodurch sind die Ausgemeinden das geworden, was sie jetzt sind? Nicht durch die in ihnen selbst liegenden Bedingungen und Kräfte, sondern durch die von der Stadt Zürich ausgehende

Attraktionskraft. Die Stadt hat den Sammelpunkt gebildet für die grosse Ausdehnung der Ausgemeinden; nicht nach Riesbach, Hottingen usw., sondern nach Zürich ist der Zufluss der Bevölkerung gerichtet gewesen. Ist es billig, dass die Stadt die zufällige Beschränktheit ihres Bannes ausnutze und allen Schwierigkeiten und Lasten, welche durch die von ihr hervorgerufene Bevölkerungszunahme entstanden sind, aus dem Wege gehe? Wiegt der Umstand, dass tatsächlich Zürich zur Grosstadt geworden ist, nichts gegenüber dem Umstand, dass rechtlich die Stadt nicht grösser geworden ist? 2. Was hat Zürich zu der in kommerzieller, wissenschaftlicher, künstlerischer Beziehung, kurz in allen Richtungen des Kulturlebens so bedeutenden und grossartig entwickelten Stadt gemacht, als welche wir sie jetzt sehen? Ist es nur die kleine Stadtgemeinde Zürich, die das zuwege gebracht hat? Niemand glaubt das. Mitgewirkt haben auch die Ausgemeinden. Das kleine Zürich von 26,000 Einwohnern hätte nie die Kräfte vereinigt, die ihm solche Erfolge ermöglichten."

Das Ergebnis der Volksabstimmung vom 9. August 1891 war für die Stadt Zürich eine Überraschung. Man hatte bestimmt auf Verwerfung gerechnet; nun war die Vereinigung angenommen, und zwar auch von der Stadt Zürich selber. In Oberstrass donnerten die Mörser und in Aussersihl feierte man ein zweitägiges Fest.

In Ziffern lautete das Abstimmungsresultat (bei 79,899 Stimmberechtigten):

Zuteilungsgesetz	37,843	Ja	24,904	Nein
Verfassungsgesetz	36,019	„	25,197	„
Schulartikel	27,408	„	32,081	„

Der Schulartikel war mit Ausnahme Zürichs von sämtlichen Bezirken verworfen worden; das Zuteilungsgesetz hatten ausser Enge und Wollishofen sämtliche Ausgemeinden mit starken Mehrheiten angenommen; in Enge betrug die verwerfende Mehrheit bloss fünf Stimmen (448 Ja, 453 Nein), in Wollishofen stand der verwerfenden Mehrheit (256) eine ansehnliche annehmende Minderheit (124) gegenüber. Die Stadt Zürich gab 2535 Ja und 1781 Nein. Die Gemeinde Wollishofen rekurierte gegen ihre zwangsweise Eingemeindung beim Bundesgericht und bei der Bundesversammlung. Das Bundesgericht wies am 21. November 1891 den Rekurs

einstimmig ab; die Bundesversammlung erledigte ihn am letzten Tage der Dezembersession durch diskussionslosen Übergang zur Tagesordnung. Zum Zeichen dessen, dass Wollishofen nicht aufhören werde, gegen die Vereinigung „hautement“ zu protestieren, liess es einen allerletzten Protest in seinen Kirchturmknopf einkapseln.

Zunächst war nun für das neue Gemeinwesen ein städtischer „Verfassungsrat“, die Abgeordnetenversammlung für die Ausarbeitung einer Gemeindeordnung zu wählen. Die Wahl der 118 Abgeordneten erfolgte am 18. Oktober 1891 (es waren 63 Liberale, 44 Demokraten und 11 Sozialdemokraten). In ihrer konstituierenden Sitzung auf dem Rathaus am 14. Dezember 1891 wählte die Abgeordnetenversammlung zu ihrem Präsidenten Erziehungssekretär C. Grob, zu Vizepräsidenten Oberst Ulrich Meister und Fritschi-Zinggeler, als Sekretäre Gemeindeschreiber Elias Hasler, Bausekretär Heinrich Wyss und Gemeindeschreiber Bebie. Die Ausarbeitung der Gemeindeordnung übertrug die Versammlung einer XXIer Kommission mit Stadtschreiber Dr. Paul Usteri als Präsidenten. Das Plenum beriet die Vorlage zwischen dem 19. April und 22. Juni 1892 durch. In der ersten Abstimmung Neu-Zürichs am 24. Juli 1892 wurde die Gemeindeordnung mit 11,702 Ja gegen 1195 Nein angenommen. Zur Erwahrung des Abstimmungsergebnisses fand sich am 30. Juli die Abgeordnetenversammlung nochmals im Rathaus ein, und dann begab sie sich, nach Verzicht auf das letzte Taggeld zugunsten der Ferienkolonien, zu einer Schlussfeier auf den Ütliberg. Der grosse Saal des Restaurants auf dem Kulm umschloss nun bald eine fröhliche Tafelrunde. In zierlichen Hexametern pries in seinem Eröffnungstoast Präsident C. Grob das vollendete Werk und Zürichs künftige Grösse, brausend erscholl das Hoch der Gäste und hell klangen die Gläser aneinander. Mächtig brach die Begeisterung sich Bahn. Es „stiegen“ der Reden viele, und in den beziehungsreichen Toasten begegneten sich alte und neue Zeit. Golden strahlte indessen das Abendrot durch die Fenster, und nach Beendigung eines gemeinsamen Kantus strömte alles hinaus, um einen Sonnenuntergang zu schauen, wie ihn in solcher Pracht keiner der Anwesenden jemals gesehen. Als die feurige Kugel hinter den Bergen versunken, blieb jeder wie gebannt auf dem Platze stehen. Ein

schwarzer Wolkenvorhang verhüllte den westlichen Horizont, darinnen klaffte ein langer, zackiger Riss, durch welchen man wie durch den Sprung eines riesigen, russigen, gluterfüllten Kessels in ein Meer von Feuer blickte, während durch andere, einzelne Öffnungen die Sonnenstrahlen büschelweise und immer mehr sich verbreiternd hervordrangen, gerade wie man sie etwa auf alten Bildern gemalt sieht. Im Süden aber rollte der Donner, und schlängelnde, leuchtende Blitze zerrissen ab und zu den Wolkenschleier, während noch kurz zuvor ein Regenbogen seine schillernde Brücke von Berg zu Berg geschlagen. Die wunderbare Pracht dieses Sonnenuntergangs bildete den Glanzpunkt des Festes auf dem Ütliberg, und es war ganz erhebend, die in hartem Kampf so oft gegeneinander ringenden, in manchem Sturm ergrauten Männer nunmehr vom Zauberbann der Natur umfangen, in feierlicher Eintracht ein altes schönes Kinderlied singen zu hören, das unsterbliche „Goldne Abendsonne, wie bist du so schön" ...

Doch nicht alle sangen sie mit. Ernst und schweigend standen einige der Abgeordneten am Geländer der Terrasse, ganz versunken in das Bild der scheidenden Sonne, und jeder wusste, was der andere in diesem Augenblick dachte und empfand: Ja, so scheiden wir von dir, du liebes altes Zürich, schmerzbewegt und doch hochgemut, und wenn einmal, so gilt es heute:

Was vergangen, kehrt nicht wieder,
Aber ging es leuchtend nieder,
Leuchtet's lange noch zurück.

◆◆



W. F. Burger

Neu=Zürich

SIEBENTER TEIL

DIE GROSSTADT



Nach Photographie von [illegible]

◆◆

ACHTUNDDREISSIGSTES KAPITEL

STADTPRÄSIDENT PESTALOZZI

Hans Konrad Pestalozzi wurde geboren am 2. Juli 1848 als jüngstes von vier Geschwistern im Haus zum hintern „Pelikan" an der Talgasse. Der Vater war Inhaber eines Rohseidengeschäftes und hatte daneben mannigfache wissenschaftliche und künstlerische Interessen; die Mutter, eine lebhafte, gesellige Frau, nahm regen und tätigen Anteil an der Entwicklung der Kinder. Es war ein gut altzürcherisches Milieu mit allen seinen Vorzügen, namentlich auch einer einfachen Lebensführung, in dem Hans Pestalozzi aufwuchs. Nach Absolvierung der Industrieschule bildete er sich 1865—1868 an der Bauschule des Polytechnikums zum Architekten aus und erwarb im August des letztern Jahres das Diplom. Auch nach dem Examen beschäftigte ihn sein hochverehrter Lehrer Gottfried Semper in seinem Atelier mit den Plänen für die Wiener Hofmuseen. Im Sommer 1869 folgte die Artillerie-Aspirantenschule in Thun; sie legte den Grund zu seiner militärischen Karriere, welche mit dem Grad eines Obersten der Artillerie abschloss. Die im Spätherbst 1869 beginnenden Wanderjahre führten ihn zunächst nach Paris, wo er im Atelier Jaeger Anstellung fand. Als der Krieg gegen Deutschland ausbrach, befand sich Pestalozzi im Auftrag Jaegers in Creuse noire bei Mâcon; er hatte dort den Umbau von Wohn- und Fabrikgebäuden zu leiten, kehrte dann aber, als der Krieg auch die Schweiz zur Grenzbesetzung nötigte, nach Zürich zurück. Die folgenden Jahre wurden abwechselnd in Wien, bei Gottfried Semper, und auf Studienreisen in Italien zugebracht. 1874 nach Hause zurückgekehrt, etablierte er sich als Architekt im väterlichen Hause, in einem Eckzimmer, dessen Fenster die eingeritzten Namen französischer Offiziere trugen, welche 1798/99 hier einquartiert waren. Pestalozzi baute in Zürich eine Reihe von Wohnhäusern und Villen, erst allein, dann unter Beteiligung seines künftigen Schwiegervaters August Stadler. 1881 suchte ihn Stadtpräsident Dr. Römer

für den Eintritt in den Stadtrat zu gewinnen; Pestalozzi, dem sein Beruf lieb war, hatte dazu anfänglich keine Lust. Als er aber im Herbst in Basel an der Jahresversammlung des Schweiz. Ingenieur- und Architektenvereins einem von P. Reber verfassten Festspiel beiwohnte, das den Dienst für die Öffentlichkeit als das Höchste pries, änderte er seinen Sinn und stellte sich dem Stadtpräsidenten zur Verfügung. Damit war nun freilich die Wahl noch nicht gesichert; sie kostete vielmehr noch einen ziemlich ernstlichen Kampf, der jedoch am 13. November 1881 mit dem Siege Pestalozzis endete. Er erhielt 1458, der demokratische Gegenkandidat Nötzli, Redaktor des „Nebelspalter", 823 Stimmen.

Im Stadtrat übernahm Pestalozzi das Hochbau- und Promenadenwesen und die Baupolizei; er wurde Mitglied einer Reihe wichtiger Kommissionen und es eröffneten sich ihm sofort reiche und dankbare Arbeitsgebiete. Daneben nahmen neue grosse Probleme, die der Stadtrat zu lösen hatte, seinen Eifer in Anspruch. Im Jahre 1885 wurde Pestalozzi auch in die Stadtschulpflege gewählt; ferner war er Quästor des Polizeirates im Polizeiverband von Zürich und Ausgemeinden, Mitglied der Gemeindekommission, des Verwaltungsausschusses und des Direktionskomitees für die Quaibauten und Delegierter im Strassenbahnverband. In den Kantonsrat trat Pestalozzi am 1. Mai 1887 an Stelle des zurückgetretenen Dr. Römer.

Als im Jahre 1889 Dr. Römer auch als Stadtpräsident zurücktrat, warf die Vereinigungsbewegung schon ihre hohen Wellen, und man wünschte mit dem Nachfolger Römers jetzt schon den Mann zu bezeichnen, der später an die Spitze von Gross-Zürich treten sollte. Neben ihm wurde auch Stadtschreiber Dr. Paul Usteri als Kandidat genannt und von den Demokraten gegen ihn Stadtrat Baltensberger portiert. Dieser erhielt bei der Wahl am 5. Mai 925 Stimmen; Hans Pestalozzi war mit 1576 Stimmen zum Stadtpräsidenten gewählt. Die Stadtvereinigung nahm für die nächste Zeit den Hauptteil der Kräfte der städtischen Behörden in Anspruch. Dass und warum Stadtpräsident Pestalozzi dazu kam, schliesslich ein „Nein" gegen das Zuteilungsgesetz abzugeben, haben wir gesehen. Der Entscheid ist ihm wahrlich nicht leicht gefallen; er entsprang seiner innersten Überzeugung, und der Mut, mit welchem er ihr Ausdruck gab, ist ebenso hoch

anzuschlagen wie die Haltung seiner Wählerschaft, da diese seine Überzeugung ehrte und ihn wieder wählte, obschon sie in ihrer Mehrheit die Vereinigung angenommen hatte. Die Situation war für Pestalozzi um so kritischer, als ein erheblicher Teil der freisinnigen Führerschaft daraufhin arbeitete, nunmehr Stadtschreiber Dr. Usteri zum Stadtpräsidenten zu machen in Anbetracht seiner vorzüglichen Qualifikation zu dem Amt und seiner hohen Verdienste um das Zustandekommen der Vereinigung. Die Mehrheit der freisinnigen Partei konnte sich aber doch nicht entschliessen, dem bisherigen verdienten Stadtpräsidenten den Abschied zu geben, und Dr. Usteri verzichtete freiwillig und ritterlich auf eine Kandidatur.

Am 8. Mai 1892 waren die Behörden der alten Stadt, Stadtrat und Grosser Stadtrat, für den Rest der am 31. Dezember 1892 zu Ende gehenden Lebensdauer der alten Stadtverwaltung nochmals gewählt worden. Mitglieder des letzten Stadtrates der alten Stadt waren Pestalozzi, Koller, Schwarz, Ulrich, Baltensberger, Meyer, Schlatter; Präsident des letzten Grossen Stadtrates Dr. J. Ryf. Der Stadtrat und der Grosse Stadtrat für die erweiterte Stadt Zürich wurden gewählt am 21. August 1892. Als Stadtrat erhielt Hans Pestalozzi 12,281 Stimmen (das Maximum), als Stadtpräsident 10,438 Stimmen. Neben ihm waren Mitglieder des Stadtrates der erweiterten Stadt: Dr. Paul Usteri, August Koller, Johannes Schneider, Heinrich Walcher, Johann Caspar Grob, Elias Hasler, Benjamin Fritschi-Zinggeler, Jakob Vogelsanger.

Stadtrat Usteri ist, wie bereits erwähnt, 1896 zurückgetreten. Es folgte ihm am 21. Juni 1896 Stadtingenieur Johannes Süss, welcher 1904 zurücktrat († 8. Februar 1904). Süss hatte als Stadtratskandidat gesiegt über den von einer frondierenden Richtung der Freisinnigen portierten Obersten Ulrich Wille, der damals mit dem Bundesrat in einen Kompetenzkonflikt geraten und aus dem eidgenössischen Dienst ausgetreten war. Auch bei der Nationalratswahl vom 25. Oktober 1896 unterlag seine Kandidatur, und es siegte im dritten Wahlgang Schäppi über Wille und Greulich. — An die Stelle von Stadtrat Süss wählte am 31. Januar 1904 die Gemeinde Dr. jur. Heinrich Mousson (geb. 1866). Auf den Vorschlag des „Gemeindevereins für das vereinigte

Zürich" am 24. April 1898 zum Mitglied des Grossen Stadtrates gewählt, 1904 Stadtrat, 1905 Kantonsrat geworden, trat Mousson 1912 in den Regierungsrat über. Sein Stadtratsmandat erhielt am 3. März 1912 Dr. jur. Arnold Bosshardt, der aus einfachen bürgerlichen Verhältnissen stammt. Er wurde geboren am 9. März 1871 in Aarau als Sohn des Baumeisters Arnold Bosshardt von Zürich. Nach Absolvierung des Gymnasiums in Zürich machte er seine juristischen Studien an den Universitäten von Genf, Freiburg i. B., Leipzig und doktorierte in Zürich. Nach kurzer Betätigung als Auditor am Bezirksgericht Pfäffikon wurde er im Mai 1897 vom Regierungsrat zum Sekretär-Stellvertreter der Finanzdirektion, Abteilung Steuerwesen, gewählt. Im Jahre 1899 übertrug ihm der Regierungsrat die Stelle des Sekretärs der Direktion des Innern und des Armenwesens. 1907 wurde Dr. Bosshardt als Nachfolger von Dr. Klöti Sekretär der Baudirektion; 1908 übertrug ihm der Verwaltungsrat der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich auch das Sekretariat dieser Behörde. Auf die Anregung von Dr. Bosshardt wurde 1900 das ,,Schweizerische Zentralblatt für Staats- und Gemeindeverwaltung" gegründet. Zusammen mit Dr. C. A. Schmid und Pfarrer Wild rief er die ständige Kommission der schweizerischen Armenpflegerkonferenz ins Leben, der er auch als Präsident vorstand; zugleich war er Vorsitzender des 600 Mitglieder zählenden Vereins der Staatsbeamten des Kantons Zürich. Dr. Bosshardt verwaltet seit seiner Wahl das städtische Schulwesen.

August Koller, früher Lehrer an der Knabenprimarschule und an der Mädchenschule, war Steuervorstand im alten Stadtrat und bekleidete das nämliche Amt im neuen. Er starb, erst 53 Jahre alt, am 15. November 1896. — Ihn ersetzte am 6. Dezember 1896 Redaktor Robert Billeter von der ,,Neuen Zürcher Zeitung". Nach drei Jahren ging derselbe zur ,,Schweizerischen Kreditanstalt" über, und es wurde an seine Stelle am 18. Februar 1900 gewählt Bezirksrichter Robert Welti. Bei den Erneuerungswahlen am 21. April 1907 von dem jüngern Mitbewerber Klöti überholt, trat auch Welti in die Direktion der Kreditanstalt ein. Dr. jur. Emil Klöti, geb. den 17. Oktober 1877 in Winterthur, besuchte die dortige Volksschule und das Gymnasium, bestand 1896 das Maturitätsexamen und widmete sich von 1896 bis 1900 dem

Studium der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie. Er erwarb den Doktortitel 1900 an der Universität Zürich mit einer Dissertation über die Proportionalwahl in der Schweiz, die zu den grundlegenden Arbeiten über diese Frage gehört. Im Herbst 1900 wurde Klöti zum II. Sekretär des kantonalen Steueramtes, im Mai 1902 zum Sekretär der Direktion der öffentlichen Bauten gewählt. Klöti war von 1907 bis 1909 Vorstand des Steuerwesens, von 1909 bis Frühjahr 1910 Vorstand des Finanzwesens und seit 1910 Vorstand des Bauwesens I.

Johannes Schneider, geb. 1847 als Sohn kleiner Bauersleute in Zumikon, bildete sich auf dem Bureau von Dr. A. Schneider, dem spätern Professor, zum Rechtsagenten aus, beteiligte sich an der demokratischen Bewegung von 1867, wurde Gemeinderat in Riesbach und Kantonsrat und galt als eine Stütze des sog. „Riesbacher Rings". Nach dem Zusammenbruch dieses Regiments führte Schneider als Gemeindepräsident die Verwaltung der Gemeinde in die Bahnen solider und ernsthafter Wirtschaft zurück. Bekannt sind seine Verdienste um das Zustandekommen der rechtsufrigen Zürichseebahn, der Strassenbahn, der Quaianlagen. Die Bevölkerung von ganz Zürich hat ihm die Erhaltung eines Juwels zu danken: die Energie Schneiders hat es durchgesetzt, dass der Staat das Zürichhorn um einen mässigen Preis der Gemeinde Riesbach verkaufte, statt um eine höhere Summe an einen Privaten, und so dem lieblichen Platz der Charakter einer öffentlichen Anlage gewahrt wurde. Nach langem Leiden starb Schneider am 29. März 1897. — Am 25. April 1897 wurde zum Stadtrat gewählt der damalige Direktor der Landwirtschaftlichen Schule im Strickhof, Jakob Lutz, der 1901 zum Regierungsrat vorrückte. Bei dieser Gelegenheit trat am 24. November 1901 Robert Billeter wieder in den Stadtrat ein.

Heinrich Walcher, der frühere Gemeindepräsident von Aussersihl, der Schulter an Schulter mit Fritschi-Zinggeler die Vereinigung durchgekämpft hatte, trat 1898 aus dem Stadtrat zurück und starb am 18. Mai 1901 in stiller Zurückgezogenheit. Sein Nachfolger wurde zunächst Architekt E. J. Müller (gewählt am 24. April 1898, nicht mehr bestätigt 1901) und dann am 21. April 1901 Stadtschreiber Heinrich Wyss. Geboren 1854, stammt Wyss — wie alle lebenden Mitglieder des Geschlechts — von dem ältern Bürger-

meister David v. Wyss (1737—1815) ab. Dessen einer Sohn war der jüngere Bürgermeister David von Wyss, Vater von Georg von Wyss und Friedrich von Wyss. Ein zweiter Sohn des ältern Bürgermeisters David von Wyss war der Kaufmann Melchior von Wyss; dessen Sohn Oberrichter Moritz von Wyss († 23. Januar 1903) war der Vater des Stadtschreibers Heinrich Wyss, der für sich das Adelsprädikat abgelegt und sich der sozialdemokratischen Partei angeschlossen hat. Sein Grossvater mütterlicherseits war Dr. med. Hans Konrad Rahn, einer der Führer der 1839er Bewegung. Heinrich Wyss studierte in Zürich und Göttingen die Rechte, wurde 1875 Substitut des Bezirksgerichtsschreibers in Zürich, 1878 Mitglied des Bezirksgerichts. Zehn Jahre später trat er als Sekretär der Bauverwaltung und Substitut des Stadtschreibers in den Dienst der Stadt. An den Arbeiten für die Stadtvereinigung beteiligte er sich als Mitglied der Abgeordnetenversammlung. Zum Stadtschreiber wurde er am 8. September 1892 gewählt. Nebenher hatte er auch der Stadtschulpflege der alten Stadt, seit 1889 als Ersatzmann, von 1901 bis 1904 als Mitglied dem Kassationsgericht angehört. Im Stadtrat leitete Wyss neun Jahre lang die erste Abteilung des Bauwesens und am Schluss noch kurze Zeit das Finanzwesen. Der Kantonsrat wählte ihn am 23. August 1910 zum Mitglied des Obergerichts; doch blieb Wyss als Mitglied des Grossen Stadtrates, dessen Präsident er 1913/14 war, mit der Stadtverwaltung in Verbindung. — Als Nachfolger von Heinrich Wyss im Stadtrat wurde am 23. Oktober 1910 im zweiten Wahlgang Pfarrer Paul Pflüger gewählt. Er ist geboren am 3. Januar 1865 als Sohn eines Missionars in Brasilien und studierte von 1883 bis 1887 Philosophie, Theologie und Jurisprudenz in Basel, Lausanne und Zürich. Von 1887 bis 1897 wirkte er als Pfarrer in Dussnang (Kt. Thurgau). Am 14. November 1897 wurde er nach lebhaftem Wahlkampf, an dem sich auch die sozialdemokratische Partei zugunsten Pflügers beteiligte, zum Pfarrer in Aussersihl gewählt. Im Jahre 1900 wurde Pflüger in den Kantonsrat, 1901 in den Grossen Stadtrat gewählt. Im Stadtrat übertrugen ihm seine Kollegen die Verwaltung des Vormundschafts- und Armenwesens.

Johann Caspar Grob, geb. 1841 in der Gemeinde Maschwanden, widmete sich dem Lehrerberuf, wirkte in Unterstrass, dann vier



Jakob Vogelsanger



Dr F. Erismann



Dr Emil Klöti



Hans Naegeli

Stadträte

Jahre als Rektor der Höhern Töchterschule in Aarau und wurde im Jahr 1876 zum Sekretär der zürcherischen Erziehungsdirektion berufen. Im Stadtrat tat er Grosses für das städtische Schulwesen und für gemeinnützige Bestrebungen aller Art; im Kantonsrat machte er sich besonders verdient als Kommissionspräsident für das Schulgesetz. Caspar Grob starb nach längerem Leiden an einem Herzschlag am 21. Oktober 1901. — Die entstandene Lücke wurde ausgefüllt durch Professor Dr. Friedrich Erismann (gewählt am 24. November 1901). Er wurde am 24. November 1842 geboren in Gontenschwil, Kanton Aargau, wo sein Vater damals Pfarrer war. Sein späterer Bildungsgang führte ihn an die Kantonsschule in Aarau und nach abgelegter Maturitätsprüfung zunächst an die medizinische Fakultät der Universität Zürich, sodann nach Würzburg, Prag und zurück nach Zürich. Hier widmete sich Erismann nach Absolvierung seiner Studien und des Staatsexamens im Kanton Aargau speziell der Augenheilkunde und versah während zwei Jahren (1865 bis 1867) die Assistentenstelle bei dem berühmten Ophthalmologen Professor Horner. Nachdem er im Jahre 1867 sich den Doktortitel erworben hatte, wandte er sich behufs weiterer Ausbildung in seiner Spezialität nach Heidelberg, Berlin und Wien. 1869 liess er sich als praktischer Augenarzt in St. Petersburg nieder und wandte sich später ganz der Hygiene zu. Im russisch-türkischen Krieg 1877 leitete er als Chef einer Sanitätskommission die Desinfektionsarbeiten auf Schlachtfeldern, in Kriegsspitälern und Wohnstätten im Gebiete des ausgedehnten Kriegsschauplatzes. Am 12. Dezember 1881 wurde Erismann zum Professor der Hygiene an der Universität Moskau ernannt. Mehrmaliges Eintreten zugunsten der Studenten bei sogenannten Studentenunruhen führte zu Differenzen, die nach und nach seine Stellung erschütterten. Im Sommer 1896, während er in der Schweiz in Urlaub war, erhielt er die unerwartete Nachricht, dass der Unterrichtsminister durch eine geheime Verfügung seine Entlassung von der Professur ausgesprochen habe. Er siedelte mit seiner Familie nach der Schweiz über und liess sich in Zürich nieder. Am 24. April 1898 wurde er als Mitglied des Grossen Stadtrates gewählt, am 1. April 1900 als Mitglied der Bezirksschulpflege, am 16. April 1901 als Mitglied der Zentralschulpflege.

Im Stadtrat wurde Erismann als Vorstand des Gesundheitswesens bezeichnet und verblieb seither in dieser Stellung.

Der frühere Gemeindeschreiber von Enge, Elias Hasler, wurde nach seinem Rücktritt aus dem Stadtrat ersetzt durch Hans Naegeli. Der letztere wurde geboren am 31. Januar 1865 zu Nuolen im Kanton Schwyz. Nachdem die Familie wieder in ihre Heimatstadt Zürich zurückgekehrt, durchlief er hier die Primarschule und das damals noch bestehende dreiklassige städtische Realgymnasium. Dann folgte der Besuch des kantonalen Gymnasiums. Im Herbst 1883 bezog Naegeli die Universität Zürich zum Studium der Theologie. Nach Beendigung der Prüfungen und einem kurzen Aufenthalt in Deutschland bekleidete er einige Monate das Amt eines kantonalen Hilfspredigers und versah in den Jahren 1889 und 1890 die Stelle eines Pfarrvikars in Neumünster. Auf Beginn des Jahres 1891 trat er in den Verwaltungsdienst über und amtete bis zur Vereinigung der Ausgemeinden mit der Altstadt als Aktuar der Stadtschulpflege unter Schulpräsident Paul Hirzel. Dann wählte ihn der Stadtrat zum I. Sekretär der bürgerlichen Verwaltung, der die bürgerliche Armenpflege, die Forstverwaltung und die bürgerlichen Güter und Stiftungen zugeteilt waren. Nach Aufhebung dieser Verwaltungsabteilung, die Ende 1895 notwendig wurde, damit aus dem überlasteten Bauwesen zwei Abteilungen gebildet werden konnten, und nachdem die bürgerliche Armenpflege dem Stadtpräsidenten, die übrige bürgerliche Verwaltung dem Finanzvorstande übertragen worden war, blieb er unter Stadtpräsident Pestalozzi als I. Sekretär der Armenpflege tätig, bis er auf 1. Januar 1901 vom Stadtrate als Nachfolger von Erziehungssekretär Dr. F. Zollinger zum I. Schulsekretär gewählt wurde. Daneben bekleidete er seit 1893 das Sekretariat der Waisenhauspflege. 1895—1901 gehörte Naegeli der Kreisschulpflege V, 1898—1901 der Zentralschulpflege als Mitglied an. Am 21. April 1907 wurde er in den Stadtrat gewählt und erhielt das Vormundschaftswesen zugeteilt, dem sich im Herbst infolge Revision der Gemeindeordnung auch noch das bürgerliche Armenwesen beigesellte. Im Oktober 1910 übernahm Naegeli das durch den Übertritt von Stadtrat Wyss ins Obergericht freigewordene Finanzwesen, dem er heute noch vorsteht.

Benjamin Fritschi ist 1914 zurückgetreten. Hans Kern, sein Nachfolger, gewählt am 29. März 1914, ist ein Bürger der ehemaligen Gemeinde Riesbach. Geboren am 5. Februar 1867, durchlief er die Volksschule und das Gymnasium in Zürich und studierte 1885—1890 an den Universitäten Zürich und Berlin Jurisprudenz, Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Statistik. Am 1. Juli 1891 wurde Kern zum Vorsteher des kantonalen Bureaus für Fabrik- und Haftpflichtwesen ernannt, womit die Stelle eines kantonalen Fabrikinspektors verbunden ist. Er bekleidete dieses Amt bis 1898 und war daneben auch Mitglied verschiedener Schulbehörden. Mitglied des Bezirksgerichtes Zürich war Kern vom 1. Januar 1899 bis 1. August 1906. Seit dieser Zeit leitete er als kaufmännischer Direktor die Firma Löhle & Kern, A.-G. für Eisenbau, in Zürich. Dem Grossen Stadtrat gehörte er seit der Stadtvereinigung an und präsidierte diese Behörde 1909/10. In den Jahren 1895/96 war er Mitglied des Kantonsrates; 1902 neuerdings gewählt, ist er bis heute Mitglied desselben. Als eifriger Militär absolvierte Kern in den Jahren 1885 bis 1887 die kriegswissenschaftliche Abteilung des eidgenössischen Polytechnikums. Seit 31. Dezember 1909 bekleidet er den Rang eines Oberstleutnants der Infanterie und kommandiert zurzeit das Infanterie-Regiment Nr. 27, das sog. Stadtregiment.

An die Stelle des verstorbenen Stadtpräsidenten Hans Pestalozzi wurde am 22. August 1909 zum Mitglied des Stadtrates gewählt Oberst Emil Schneebeli (geb. 1854 zu Affoltern a. A.), der sich 1914 aus Gesundheitsrücksichten leider zum Rücktritt genötigt sah († 19. Oktober 1914). Sein Nachfolger, Dr. jur. Adolf Streuli, ist geboren am 25. August 1868 als Sohn einer Bauernfamilie in Horgen. Er machte eine mehrjährige Notariatslehre durch, an die sich das Universitätsstudium anschloss. 1890 erwarb er das Notariatspatent und begab sich für ein Jahr nach Paris, wo er als Volontär auf einem der schweizerischen Gesandtschaft attachierten Anwaltsbureau tätig war. Noch in Paris erhielt er eine Stellung bei der Zürcher Kantonalbank. Sodann wirkte er drei Jahre als Substitut im Stadtnotariat. Von 1893 bis 1897 amtete er als Bezirksanwalt; dann zwei Jahre als Rechtskonsulent bei einer zürcherischen Versicherungsanstalt. Während dieser Zeit bestand er das Rechtsanwaltsexamen. Hierauf nahm er

seine Studien, speziell der wirtschaftspolitischen Fächer, wieder auf und promovierte 1902, als Schüler Herkners, mit der damals viel beachteten Dissertation über „Die Zürcher Liegenschaftenkrise". 1899 erfolgte seine Wahl zum Handelsregisterführer; 1906 kam dazu noch die Stellvertretung im Börsenkommissariat, 1914 das Amt eines Bankrates der Kantonalbank. Dem Grossen Stadtrat gehörte Streuli seit 1907 an. Die unbestrittene Wahl zum Stadtrat, in dem er das Steuerwesen verwaltet, erfolgte am 6. September 1914.

Jakob Vogelsanger, das letzte noch im Amt stehende Mitglied des am 21. August 1892 für das vereinigte Zürich erstmals gewählten Stadtrates, wurde geboren als Sohn einfacher Landleute am 1. Juli 1849 in dem schaffhausischen Randendorfe Beggingen. Er kam 1856 nach Zürich, besuchte hier die Schulen, nahm teil an allen sich bietenden Fortbildungsgelegenheiten und pflegte eifrig das Selbststudium insbesondere auf dem Gebiete der Verfassungs- und Rechtskunde und der sozialen Fragen. Die demokratische Revisionsbewegung von 1867 lenkte mächtig sein Interesse dem öffentlichen Leben zu. Mit 18 Jahren schloss er sich dem Schweizerischen Grütlivereine an, dessen publizistischer Führer er später während vieler Jahre gewesen ist. 1870 trat er zur Journalistik über, übernahm die Parlamentsberichterstattung für die „Berner Tagespost" über die Bundesrevisionsverhandlungen der eidgenössischen Räte und beteiligte sich unter Allemann, dem nachmaligen Herausgeber des „Argentinischen Wochenblattes", an der Redaktion des damals in Bern erschienenen „Grütlianer". 1875 zog ihn Bleuler-Hausheer, dem der Grütliverein die Redaktion des Vereinsorgans übertragen hatte, nach Winterthur, wo er neben Bleuler und Reinhold Rüegg am „Landboten" und dem „Grütlianer" mitarbeitete und 1878 die selbständige Leitung des letztern zugewiesen erhielt. Die Führung des „Grütlianer" behielt er, jeweilen den wechselnden Druckorten folgend (Winterthur, Bern, Chur, Zürich), bei bis 1892. In Chur war er während sechs Jahren Mitglied des Grossen Stadtrates. 1890 erfolgte die Rückkehr nach Zürich, wo ihn 1891 Oberstrass in den Gemeinderat und die Sekundarschulpflege und in die Abgeordnetenversammlung für Neu-Zürich, 1892 in den Kantonsrat wählte und ihm das Bürgerrecht verlieh. In der Abgeordnetenversammlung war Vogel-



Joh. Bernhard Spyri



Dr. Eugen Escher



Heinrich Wyss



Dr. Rud. Bollinger

Stadtschreiber von Zürich

sanger Mitglied der XXIer Kommission für Vorberatung der Gemeindeordnung. Im Stadtrat stand er bis 1898 dem Polizei-, dann bis 1. Dezember 1901 dem Gesundheits-, darauf bis Frühjahr 1907 dem Vormundschafts- und seither dem Polizeiwesen vor. Von 1890 bis 1905 war Vogelsanger als Vertreter des I. eidgenössischen Wahlkreises auch Mitglied des schweizerischen Nationalrates.

In der Reihe der Stadtschreiber von Zürich ist Dr. jur. Rudolf Bollinger der achte. Es sind ihm vorangegangen: Hans Heinrich Hofmeister, gewählt 1803, Johannes Nüscheler 1830, Heinrich Gysi-Schinz 1839, Dr. Eugen Escher 1856, Johann Bernhard Spyri 1868, Dr. Paul Usteri 1885 und Heinrich Wyss 1892, dem am 29. Mai 1901 Dr. Bollinger folgte. Er ist geboren am 7. Juni 1856 in Zürich, besuchte hier die Volksschule und das Gymnasium, studierte an den Universitäten Zürich, Leipzig und Berlin die Rechtswissenschaft, promovierte 1885 mit einer Arbeit „Zur Revision der Lehre von der Klagänderung". Schon vorher stand Dr. Bollinger in der Praxis als stellvertretender Untersuchungsrichter und Substitut des Bezirksgerichtsschreibers in Winterthur. Er wurde sodann im Dezember 1886 zum Sekretär des Freiwilligen Armenvereins in Zürich gewählt und blieb lange Jahre hindurch Berufsarmenpfleger, seit 1895 als Generalsekretär der Freiwilligen und Einwohnerarmenpflege in Zürich. Als Vertreter der freisinnigen Partei war Dr. Bollinger von 1891—1894 Mitglied des Kantonsrates und Grossen Stadtrates. Seine Wahl zum Stadtschreiber als Nachfolger von Stadtrat Heinrich Wyss erfolgte am 29. Mai 1901. Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, dass Stadtschreiber Dr. Bollinger in den letzten Jahren mit grosser Energie und Sachkenntnis für entschlossene Massnahmen gegen die Überfremdung der Schweiz tätig war und auch Vorsitzender der interkantonalen sog. „Neunerkommission" ist, die sich das Studium dieser Frage zur Pflicht gemacht hat. Dr. Bollinger wurde zu dieser Stellung geführt durch seine vieljährigen Erfahrungen als Berufsarmenpfleger und Einbürgerungsbeamter.

Wir kehren zum Beginn der Stadtverwaltung des vereinigten Zürich zurück. Nach der Wahl des neungliedrigen Stadtrates am 21. August 1892 amteten nun während des grössern Teils dieses Jahres Stadtrat und Grosser Stadtrat der alten und der neuen Stadt Zürich nebeneinander, und das „Tagblatt" und städtische

Amtsblatt brachte stets zweierlei Rubriken amtlicher Anzeigen: „Stadt Zürich“ und „Erweiterte Stadt Zürich“. Der neue Stadtrat konstituierte sich am 30. August und wählte Fritschi zum Vizepräsidenten; der neue Grosse Stadtrat, 118 Mitglieder stark, setzte sich zusammen aus 64 Freisinnigen, 34 Demokraten, 13 Sozialdemokraten und 7 Konservativen. Er konstituierte sich am 17. September und übertrug das Präsidium Dr. Conrad Escher. Am 4. September erfolgte die Wahl der Zentralschulpflege, der Friedensrichter, Betreibungsbeamten, am 25. September diejenige der Kreisschulpflegen. Viele Reden begleiteten im Sihlhölzli beim letzten Knabenschiessen des alten Zürich am 22. August 1892 den Übergang aus der alten in die neue Zeit, und es dauerte Jahre, bis (am 27./28. August 1899) die schöne Institution im neuen Zürich wieder auferstand. Die letzte Gemeindeversammlung des alten Zürich fand statt am 11. Dezember 1892 in der St. Peterskirche. Hiebei schenkte die Bürgergemeinde dem Kapellmeister Lothar Kempter das Bürgerrecht und ermächtigte den Stadtrat, den im Gebiet der erweiterten Stadt Zürich wohnenden Beamten, Lehrern, Angestellten und Arbeitern schweizerischer Nationalität, welche seit Mai 1889 der Stadtverwaltung gedient hatten und ins Bürgerrecht aufgenommen zu werden wünschten, die Einkaufssumme zu erlassen. (Hievon machten 176 Petenten Gebrauch). Der alte Grosse Stadtrat, am 29. Dezember 1892 im Linth-Escherschulhaus unter dem Vorsitz seines Vizepräsidenten Dr. Rud. Spöndlin zu seiner letzten Sitzung versammelt, votierte eine Dankesurkunde an die Mitglieder des abtretenden Stadtrates. Der alte Stadtrat seinerseits schloss am 30. Dezember seine Tätigkeit mit der Schenkung des Bürgerrechts an Professor Jakob Baechtold, Professor Erwin Zschokke und Konsul Heinrich Angst. Hierauf machte er endgültig dem neuen Stadtrat Platz, welcher unter dem 1. Januar 1893, d. h. beim tatsächlichen und rechtlichen Beginn der neuen Stadtverwaltung, im „Tagblatt“ einen warmen Appell an die „lieben Mitbürger“ richtete. Seine eigentliche und unwidersprechliche Sanktion durch die Bevölkerung erhielt der neue Stand der Dinge aber doch erst, als einmal das erste Sechseläuten von Gross-Zürich darüber gegangen war. Das geschah am 17. April 1893. An diesem Tage, nach der Mittagstafel, versammelten sich sämtliche Zünfte


Phot. J. Meiner

Stadthaus Fraumünsteramt

mit ihren Musikkorps auf dem altehrwürdigen Lindenhof, der im Laufe der Jahrhunderte schon so manchen feierlichen Aufzug der Zünfte gesehen, jetzt aber wohl eine der imposantesten Volksversammlungen umfasste, die je unter dem Laubdach der Linden getagt. Dirigiert von Lehrer Baur, sang der gewaltige Männerchor „Brüder, reicht die Hand zum Bunde". Dann bestieg das Rednerpult Oberst und Nordostbahn-Direktor Hans Wirz-Nägeli, unter dessen Vorsitz der Kantonsrat das Zuteilungsgesetz beraten hatte. Er entrollte eine sehr interessante Geschichte der Zünfte und des Sechseläutens und erinnerte u. a. an die erste gemeinsame Versammlung der Zünfte Zürichs auf dem Lindenhof am Sechseläuten des Jahres 1838. Damals hielten die Zünfte eine Art Totenfeier um die letzten politischen Vorrechte, welche der Stadt Zürich durch die Verfassungsrevision des vorhergehenden Jahres verloren gegangen waren; „heute aber dürfen wir mit Freuden konstatieren, dass dafür der Sinn für Geselligkeit nicht nur keine Einbusse erlitt, sondern, losgelöst von allem politischen Hader, sich nur um so freier entwickelte. Das halten wir Zünfter hoch; nach politischem Einfluss sehnen wir uns nicht zurück". Mit weitschallender Stimme antwortete dem Sprecher der Zünfte als Vertreter der zugeteilten Ausgemeinden Direktor Lutz vom Strickhof, nachmaliger Stadtrat und Regierungsrat. Mit Nägelis „Stehe fest, o Vaterland" schloss die Feier, und man zog gemeinsam zum Feuer im „Kratz", wo der „Bögg" schon tüchtig aus seiner Tabakpfeife qualmte.

Im Neujahrsblatt des Waisenhauses von 1912, das dem Stadtpräsidenten Pestalozzi gewidmet war, schrieb dessen Nachfolger, Stadtpräsident Billeter: „Es ist unmöglich, hier die Entwicklung Zürichs seit der Vereinigung zu schildern. Sie ist sicherer, grosszügiger und günstiger vor sich gegangen als irgend jemand zu hoffen gewagt hatte. Die Stadt stellt ein durchaus festgefügtes, kräftiges und leistungsfähiges Gemeinwesen dar. Was man am meisten befürchtete, die Erschütterung der Finanzen, ist nicht eingetreten, und wenn diese auch gespannt waren, was angesichts der gewaltigen Aufgaben der Gemeinde nicht verwunderlich ist, so hat ihr Kredit sich dennoch befestigt, das beste Zeichen allgemeinen Vertrauens. Pestalozzi hat dieser Auffassung in einem Vortrage Ausdruck gegeben, den er zehn Jahre nach

der Vereinigung im Verein städtischer Beamter und Angestellter über die Entwicklung des Gemeinwesens hielt (es war dies am 23. August 1902, vgl. „N. Z. Z.“ Nr. 243 ff.).

„Im November 1906 veranstaltete der Stadtrat eine seinen Wünschen und seiner Art entsprechende kleine Feier zu Ehren der fünfundzwanzigjährigen Wirksamkeit Hans Pestalozzis im Stadtrat von Zürich. Herzliche Freude machte ihm die ihm vom Stadtrat nebst einer Urkunde überreichte, eigens erstellte Wappenscheibe. Im Kantonsrat, dessen Vorsitz er 1901/02 inne hatte, nahm er mit Eifer und Interesse an den Verhandlungen teil. Die Beratung des Zuteilungsgesetzes am Anfang und die Vorbereitung des Baues der neuen Hochschulgebäude am Ende seiner Wirksamkeit im Rate gaben ihm besondern Anlass zu emsiger Arbeit. Er war Präsident der Kommission, die die wichtigen und umfangreichen Vorlagen des Regierungsrates wegen der Ablösung der Pflicht des Kantons, für das eidgenössische Polytechnikum die Gebäude zu erstellen, und wegen des Baues der neuen Hochschulgebäude vorzubereiten hatte. Als Dr. Römer 1890 aus dem Nationalrat schied, wurde Pestalozzi auch hier sein Nachfolger. Er nahm 1905 seinen Rücktritt wegen seiner Wahl in den Verwaltungsrat der Bundesbahnen, dessen zahlreiche Sitzungen ihn so sehr in Anspruch nahmen, dass er dem einen oder andern Ehrenamte entsagen musste. Frohe Tage, die ihn mit stolzer Genugtuung erfüllen mussten, brachte der Juni 1898. Am 24.—26. dieses Monats fand mit grossen Festen die Eröffnung des Schweizerischen Landesmuseums statt, in Gegenwart des Bundesrates und der Bundesversammlung. Als Präsident der Landesmuseumskommission hatte er schwierige und verantwortungsvolle Tage hinter sich. Die Städte und grössern Orte verdanken Pestalozzi die Anregung zur Gründung des Schweizerischen Städteverbandes. Er brachte sie während der Landesausstellung in Genf vom Jahre 1896 vor. Im folgenden Jahre fand dann in Zürich die Konstituierung und erste Versammlung des Verbandes statt. Besondere Ehrung gebührt Pestalozzi für sein Wirken im schweizerischen Verein vom Roten Kreuz. Er war seit 1890 Mitglied und Präsident des Vorstandes des Zweigvereins Zürich, den er nachdrücklich förderte. Unter seiner Leitung wurde die Sammlung für die Verwundeten im südafrikanischen Kriege von 1900 an die

Hand genommen und unter seiner Mitwirkung die weit umfassende Hilfeleistung für die Opfer des Erdbebens in Süditalien von 1908 durchgeführt. Im Mai 1908 übernahm Pestalozzi das Präsidium des Schweizerischen Vereins vom Roten Kreuz. Am 12. und 13. Juni 1909 leitete er noch die Delegiertenversammlung im Rathaus in Zürich. Zwei Tage darauf, am 15. Juni, raffte ihn der Tod plötzlich vom Feld der Arbeit hinweg."

Das Leichenbegängnis Pestalozzis am 17. Juni gehörte zu den grossartigsten, die Zürich je gesehen. Die kirchliche Feier fand im Fraumünster statt. Die Leichenpredigt hielt Pfarrer Ludwig Pestalozzi vom Grossmünster, selber auch ein müder Mann, den bald die Grabesruhe umfangen sollte. Galten die sympathischen Worte des Predigers vor allem der Persönlichkeit des Verstorbenen und seinem durch manchen intimen Zug gekennzeichneten, wahrhaft vornehmen und achtunggebietenden Wesen, so schilderten alsdann im Namen der städtischen Behörden Stadtrat Billeter und der Präsident des Grossen Stadtrates, Dr. Schmid, das reiche Wirken und Arbeiten des bis zum Tode pflichtgetreuen obersten Magistraten der Stadt. Im Zug, der hernach unter leichtem Gewitterregen zum Friedhof aufbrach, wurden etwa 3000 Teilnehmer, zwei Musikkorps und 54 Fahnen von Zünften, Vereinen und Studenten gezählt. Das nimmer rastende, ruhelos hastende Leben der Grosstadt schien einen Augenblick zu pausieren, als man den Stadtpräsidenten zum Friedhof geleitete. Tram- und Wagenverkehr stockte vollständig in den Strassen, die der Leichenkondukt passierte; wie eine Mauer stand das Volk in ehrfurchtsvollem Schweigen dem Weg entlang, die Maurer und Zimmerer auf den Baugerüsten hielten in der Arbeit inne, die Schreiber in den Kontoren eilten zu den Fenstern, Kunden und Verkäufer drängten sich unter der Ladentür, dann aber, als er vorüber war, schlugen alsbald die gestauten Wogen des Strassenlebens wieder zusammen, und weiter flutete der Strom im alten Bett, als wäre nichts geschehen. Am reich geschmückten Grabe, gegenüber von Gottfried Kellers Ruhestätte, sprachen noch im Namen der Bundesbahnbehörden alt Bundesrat Lachenal und für den nähern Freundeskreis Oberst Ulrich Meister. Die Stadt Zürich stiftete ihrem verehrten Oberhaupt ein Grabmonument als Zeichen und Sinnbild ihrer Dankbarkeit.

*

In die Zeit des Stadtpräsidenten Pestalozzi fiel der Tessiner Prozess vor den eidgenössischen Assisen im Rathaussaal vom 29. Juni bis 14. Juli 1891. Der Gerichtshof bestand aus den Bundesrichtern Olgiati (Präsident), Morel und Broye, die Anklage führte Generalanwalt Scherb. Die zwanzig Angeklagten wurden verteidigt von den Anwälten Forrer, Prof. Zürcher, Dr. Amsler, Emil Müller, Dr. Kurz und Dr. Weibel. Als am 14. Juli die Angeklagten freigesprochen wurden, brach im Saal und auf der Tribüne ein ungeheurer Jubel los. Anwälte und Angeklagte umarmten sich mit Freudentränen. Der Tumult wälzte sich die Treppe hinab und ward auf der Strasse fortgesetzt. Ein vielsagendes Echo fanden die Freudenausbrüche des Bürgertums über den Sieg der Revolution in der sozialdemokratischen Presse. — Freundlichere Erinnerungen weckt das 700jährige Jubiläum des ersten eidgenössischen Bundesbriefes von Brunnen vom 1. August 1291. Die Hauptfeier am 1. August 1891 fand in Schwyz und auf dem Rütli statt. Durch die reich beflaggte Stadt Zürich bewegte sich an diesem Tag ein festlicher Zug mit der Stadtmusik „Konkordia" an der Spitze zum Münsterhof, wo Pfarrer Bion die Festrede hielt; am Abend gemütliche Vereinigung auf dem Bauschänzli, Illumination und Höhenbeleuchtung. Einer Anregung Berns Folge gebend, hat dann der Bundesrat 1899 die Kantone zu regelmässiger Abhaltung der Bundesfeier mit Glockengeläute von 8½ bis 8¾ Uhr abends eingeladen; sie fand in dieser Weise zum erstenmal am 1. August 1899 statt.

Die neue Stadtverwaltung bedurfte wie die alte eines amtlichen Publikationsorgans, als welches wiederum das „Tagblatt" bestimmt wurde; den Vertrag mit der Buchdruckerei Berichthaus hat die Stadtgemeinde am 10. Dezember 1893 angenommen. — Das Jahr 1894 sah die schöne kantonale Gewerbeausstellung in der alten Tonhalle und den daran angeschlossenen umfangreichen Bauten. Am 15. Juni eröffnet, endigte sie am 16. Oktober mit einer gelungenen Schlussfeier. — Schwere Ruhestörungen ereigneten sich in den Tagen vom 26. bis 28. Juli 1896 in Aussersihl. Sie richteten sich gegen die besonders im untern Industriequartier und einigen abgelegenen Vierteln zahlreich angesiedelten Italiener, gegen deren lärmende Gewohnheiten längst eine Misstimmung sich angesammelt hatte. Verschärft durch wiederholte Stechereien,

kam der Unwille zur Entladung, als in der Nacht vom 25./26. Juli der elsässische Scherenschleifer Remettre an der Brauerstrasse erstochen wurde. Sonntag abend, den 26. Juli, begannen die Italienerhetzen und das Bombardieren von Italienerwirtschaften in der Gegend der Langstrasse. Am Montag nahmen die Ruhestörungen einen so bedrohlichen Charakter an, dass die in der Kaserne stehende Rekrutenschule ausrücken musste. Die Internierung von Verhafteten lockte am Dienstag abend den grossen Haufen der Krawallanten vor die Kaserne, wo ihnen die Rekrutenschule mit Mühe, aber kaltblütig Stand hielt. Mittwoch vormittag erging der Generalmarsch in den Dörfern am See, und am Nachmittag rückten die Bataillone 70 und 71 und 80 Mann Kavallerie ein. Der an Wohnungen und Mobiliar der Italiener angerichtete Schaden wurde auf 8900 Fr. geschätzt. Von den 197 Verhafteten kamen am 28. September 22 zur gerichtlichen Aburteilung. Der Krawall von Aussersihl gab Anlass zu weitschichtigen Verhandlungen im Grossen Stadtrat und Kantonsrat und zu einer Reihe polizeilicher und fremdenpolizeilicher Massnahmen. — 108 Vertreter aller Stände und Parteien forderten auf zu einer Protestversammlung auf dem Münsterhof am 11. Oktober 1896 gegen die Christenmetzeleien in Armenien; Pfarrer Furrer vom St. Peter hielt die eindrucksvolle Ansprache. — Vom 23. bis 28. August 1897 wurde in der Tonhalle der internationale Kongress für Arbeiterschutz abgehalten.

Am 6. Januar 1900 starb Nationalrat Dr. Cramer-Frey, der hervorragendste parlamentarische Vertreter der zürcherischen und ostschweizerischen Handelswelt. Er fand am 28. Januar 1900 seinen würdigen Nachfolger im Sekretär des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, Dr. Alfred Frey (geb. 1859). Ihm hat am 9. März 1907 der Grosse Stadtrat das Bürgerrecht geschenkt „in Ehrung seiner Verdienste um die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons und der Stadt Zürich und um die Ordnung der Handelsvertragsbeziehungen der Schweiz“. — Grosses Interesse brachte Zürich dem Burengeneral Delarey entgegen, der in Begleitung des Kommandanten Ferreira und des Pastors Schowalter am 27. November 1902 in Zürich eintraf. Bei einem Bankett im Hotel Bellevue überreichte das Zürcher Burenkomitee (Präsident Pfarrer Schönholzer, Quästor Direktor Dr. Schärtlin) dem

General einen Check von 100,000 Fr. für die notleidenden Buren. — Die Stadtbehörden hatten am 10. April 1903 den Besuch von 39 englischen Bürgermeistern (Lordmayors) und Stadträten, die im „Baur au lac" bewirtet wurden. — Von einer schweren Katastrophe am Piz Blas wurde am 26. Juni 1903 die 2. Klasse des Obergymnasiums betroffen; ihre Opfer waren Professor Gröbli und die Schüler Ad. Odermatt, E. Hofmann und R. Liebmann. — Gegen den Wunsch des Stadtpräsidenten Pestalozzi, welcher der Stadt nicht diese fortwährenden Aufwendungen zumuten wollte, fanden in Zürich kurz nacheinander drei eidgenössische Feste statt: das eidgenössische Turnfest vom 18. bis 21. Juli 1903, das eidgenössische Sängerfest vom 14. bis 18. Juli 1905 und das eidgenössische Schützenfest vom 7. bis 18. Juli 1907.

Nach jahrelangen, leider vergeblichen Bemühungen ist ein Versuch, das für Zürichs enormes Wachstum viel zu eng geschnürte Zuteilungsgesetz vom 9. August 1891 zeitgemäss zu revidieren, in der Volksabstimmung vom 20. August 1903 gescheitert; es wurde verworfen sowohl das neue Verwaltungsgesetz für die Stadt Zürich, wie der gesondert vorgelegte Verfassungsartikel 55bis, der die Uebertragung der Lehrerwahlen in der Stadt an den Grossen Stadtrat ermöglichen sollte. Den Verhandlungen im Kantonsrat hatten zwei Initiativen zugrunde gelegen: die „behördliche" Initiative des Grossen Stadtrates und die Initiative von Dr. Wettstein und Genossen, welche gegenüber der erstern der Gemeindeautonomie grössern Spielraum gewähren wollte. Die Gemeinde hatte es am 19. August 1900 mit Mehrheit abgelehnt, den Vorschlag Wettstein dem Kantonsrat als „Gemeinde-Initiative" einzureichen. Da aber die bejahende Minderheit immerhin über 5000 Stimmen zählte, stritt man sich lange Zeit um die „Doktorfrage", ob das nun trotz Ablehnung durch die Mehrheit eine „Gemeinde-Initiative" sei oder nicht. Der Kantonsrat benutzte für seine Vorlage aus beiden Initiativen, was ihm gut schien. Nachdem die Änderung des Zuteilungsgesetzes verunmöglicht war, konnte auch die von der Gemeinde am 8. September 1907 angenommene neue Gemeindeordnung keine durchgreifenden Neuerungen bringen, da man in bezug auf die wünschenswertesten Änderungen an das bisherige Gesetz gebunden blieb. — Am 10. Dezember 1904 beschloss der Grosse Stadtrat die Schaffung der Stelle eines Schularztes; vom Stadtrat wurde am

11. Januar 1905 zum Schularzt gewählt Dr. med. Adolf Kraft. Durch Beschluss des Grossen Stadtrates vom 12. Oktober 1907 folgte dann noch die Schaffung der Stelle eines Schulzahnarztes und die Eröffnung einer Schulzahnklinik. Die Bürgergemeinde verwarf am 24. September 1905 eine Vorlage über Erleichterung der Einbürgerung.

Das eidgenössische Polytechnikum feierte am 29. und 30. Juli 1905 sein 50jähriges Jubiläum. Ein Festzug, in dem auch ein Trüpplein Veteranen von 1855 marschierte, bewegte sich am ersten Tag vom Polytechnikum herab zur Festhalle des eidgenössischen Sängerfestes auf dem Tonhalleplatz, wo der eigentliche Festakt mit Reden von Schulratspräsident Dr. Gnehm und Direktor Dr. Franel stattfand. Beim Festbankett in der Tonhalle sprach u. a. Bundesrat Forrer. Stadtpräsident Pestalozzi liess nach einem warmen Toast durch einen Stadtratsweibel Bürgerrechtsbriefe an 19 Professoren, die seit zehn Jahren und länger am Polytechnikum wirkten, verteilen. Die wertvollste Erinnerung an das 50jährige Jubiläum des eidgenössischen Polytechnikums bildet die im Auftrag des schweizerischen Schulrates von Professor Wilhelm Oechsli verfasste, gross angelegte „Geschichte der Gründung des eidgenössischen Polytechnikums mit einer Übersicht seiner Entwicklung 1855—1905“. Sie erschien in vornehmer Ausstattung als erster Teil der „Festschrift“ zum Jubiläum, eines Prachtwerkes, dessen zweiter Teil, „Die bauliche Entwicklung Zürichs in Einzeldarstellungen, herausgegeben von Mitgliedern des zürcherischen Ingenieur- und Architektenvereins“, eine reiche Fundgrube für Zürichs Baugeschichte darbietet. Das Werk Oechslis ist ein Ausschnitt aus der Geschichte der Schweiz und ihrer geistigen Kultur in der wichtigsten und interessantesten Periode der neuern Zeit. Es würde für sich allein dem Verfasser einen ehrenvollen Platz in der Reihe der schweizerischen Geschichtsschreiber sichern. Aber wir verdanken ihm noch viel mehr, und am höchsten wird die Nachwelt unter seinen Schöpfungen wohl die bis jetzt auf zwei Bände gediehene „Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert“ stellen, deren Fortsetzung die gesamte Gelehrten- und Laienwelt schweizerischer Geschichtsfreunde mit Sehnsucht erwartet. Prof. Dr. Wilhelm Oechsli ist geboren am 6. Oktober 1851 zu Riesbach. Er besuchte das Gymnasium in Zürich und studierte an der

hiesigen Universität Theologie, vertiefte sich aber bald auch in Literatur und Geschichte, hörte kunstgeschichtliche Vorlesungen bei Salomon Vögelin und philosophische bei Fr. A. Lange. Nach Absolvierung des theologischen Vorexamens 1871, besuchte Oechsli mehrere deutsche Universitäten und arbeitete u. a. in Mommsens Seminar in Berlin. 1873 doktorierte er in Zürich mit zwei geschichtlichen Abhandlungen. Nach einer praktischen Lehrtätigkeit in Frankreich wirkte Oechsli von 1876 bis 1886 als Geschichtslehrer an den höheren Schulen Winterthurs und wurde 1887 als Professor der Schweizergeschichte an das eidgenössische Polytechnikum berufen. — Von den eidgenössischen Räten wurde in der Dezembersession 1910 ein Postulat erheblich erklärt, infolge dessen das Polytechnikum fortan den Namen „Eidgenössische Technische Hochschule" zu führen hatte. — Ein grosser Volkstag für die neue eidgenössische Militärorganisation, an welchem Bundesrat Forrer die begeisternde Ansprache hielt, wurde am 27. Oktober 1907 auf dem Münsterhof abgehalten. — Am 1. Juli 1908, während man in den Kreisen der Presse Vorbereitungen traf für den am 4. beginnenden schweizerischen Pressetag in Zürich, erschien zum erstenmal über unserer Stadt ein Zeppelin-Luftschiff, geführt von dem Grafen Zeppelin persönlich, der einen freundlichen Kartengruss herabsandte. Jauchzende Bewunderung stieg von den Gassen, Dächern und Türmen der Stadt zu dem Luftschiff empor, das in majestätischem Fluge nordwärts entschwebte.

◆◆

NEUNUNDDREISSIGSTES KAPITEL

KUNST UND LITERATUR

Limmat-Athen ward Zürich oft genannt; es ist ein altbekannter Musensitz und lässt sich nicht leicht in der Liebe zu den Wissenschaften, in der Pflege aller schönen Künste von Städten gleichen Ranges übertreffen. Vielgestaltig und ausgedehnt sind die Schatzkammern von Zürichs geistiger Kultur, aber beklemmend eng der Raum, der für sie in diesen Blättern zur Verfügung steht. Können und wollen unsere Aufzeichnungen nirgends Anspruch auf Vollständigkeit erheben, dann gewiss am allerwenigsten in dem Kapitel über „Kunst und Literatur". Wir können nur eben die Tür ein klein wenig öffnen zu diesem Reich des Schönen und durch den Spalt einen flüchtigen Blick hineinwerfen.

Mehreren der holden Musen sind im Lauf der letzten Jahrzehnte neue Tempel errichtet worden. Zuerst erstand das Stadttheater; sieben Vierteljahre nach dem Untergang des alten Aktientheaters in der ehemaligen Barfüsserkirche konnte es eröffnet werden. Für die Besucher der Vorstellung am Neujahrstage 1890 war es keine geringe Überraschung, als während des vierten Aktes der Präsident der Theater-Aktiengesellschaft, Eisenhändler S. Kisling, plötzlich an die Rampe trat und folgende Worte an das Publikum richtete: „Es kann nicht weiter gespielt werden; die Vorstellung muss abgebrochen werden. Ich ersuche das Publikum, das Theater sofort, aber ruhig zu verlassen. Gefahr ist keine vorhanden." In wenigen Minuten war das Theater geleert, und als die Leute ins Freie traten, schlugen schon die Flammen zum Dache hinaus. Zuerst wurde nun für die abgebrannten Künstler gesorgt — es hatte keiner zu darben — und dann ging man mit bewunderungswürdiger Energie an das Projekt für ein neues Theater. Der Bau wurde der Wiener Firma Fellner & Helmer übertragen. Schon am 30. September 1891 konnte die Eröffnungsvorstellung stattfinden, zu welcher Conrad Ferdinand Meyer einen stimmungsvollen Prolog, Carl Spitteler und Lothar Kempter ein

hübsches Festspiel beigesteuert hatten. Eine empfindliche Konkurrenz erwuchs dem Stadttheater durch die in seiner Nachbarschaft errichtete, im April 1900 eröffnete Variétébühne des Corsotheaters. Das 1899 umgebaute Pfauentheater ist zurzeit als Annex für das Schauspiel dem Stadttheater angegliedert. Auch das Theater verdankt in der Hauptsache sein Bestehen und Gedeihen privater Initiative. Die Stadt gewährt ihm Subventionen und hat als Gegenleistung die regelmässigen Volksvorstellungen zu sehr niedrigen Preisen ausbedungen. Direktor Alfred Reucker hat seit längern Jahren das Stadttheater mit solcher Auszeichnung geführt, dass ihm die Universität Zürich bei ihrer Hausweihe 1914 den Ehrendoktorhut verlieh. Derselben Ehre war bereits am 28. Februar 1911 der musikalische Leiter des Stadttheaters, Lothar Kempter, teilhaftig geworden. Geboren 1844 im Bayrischen, wurde Kempter 1875 erster Kapellmeister am alten Theater; er übernahm 1879 auch die Leitung der populären Tonhallekonzerte, 1886 ein Lehramt an der Musikschule und leitete von 1906 bis 1911 den Lehrergesangverein. Zwei Opern Kempters haben in Zürich ihre Erstaufführung erlebt. Er ist auf den 31. Mai 1915 in den Ruhestand getreten.

Häufige Gäste auf der Bühne des Stadttheaters oder des „Pfauen" sind die begeisterten und wohlgeschulten Dilettanten des „Dramatischen Vereins Zürich". Er verdankt seine Gründung dem am 21. November 1899 verstorbenen Gerold Vogel, einem städtischen Beamten, dessen Vater, Sekretär Friedrich Vogel, sich die grössten Verdienste um Zürichs Lokalgeschichte erworben hat durch die Umarbeitung und Fortsetzung von Hans Heinrich Bluntschlis „Memorabilia Tigurina". Dem Andenken Gerold Vogels ist die pietätvolle Erinnerungsschrift „Ein Zünfter von echtem Schrot und Korn" von Dr. Friedrich Meyer gewidmet. Der „Dramatische Verein", gegründet am 20. Oktober 1855, nannte sich anfänglich „Didascalia" und vollzog am 1. März 1866 eine zweite Konstituierung als „Musikalisch-dramatischer Verein". Seine Geschichte soll eine auf das Jahr 1916 geplante Jubiläums-Festschrift veröffentlichen. Zu den Glanztagen des Vereins gehörten die Aufführungen bei der Einweihung des Zwingli-Denkmals 1885, für dessen Verwirklichung er früher als irgend jemand tätig war; stiftete er doch schon am 14. Juli 1871 einen

Beitrag von 1000 Franken zu diesem Zweck. Der „Dramatische Verein“ hat eine grosse Zahl von Dialekt-Lustspielen zürcherischer Dichter als Premieren zur Aufführung gebracht; wir nennen nur die Namen von August Corrodi, Leonhard Steiner, Ulrich Farner, Wilhelm Niedermann, Emilie Locher-Werling, J. Wiss-Stäheli.

Mit dem Ausbau der Quaianlagen war der alten Tonhalle am Utoquai das Urteil gesprochen. Das unschöne ehemalige Kornhaus passte nicht mehr in die neue Umgebung, und ein Umbauprojekt vom Jahre 1883 wurde wieder fallen gelassen. 1887 veranstaltete die Quaibaudirektion einen Wettbewerb zur Erlangung von Plänen für einen Neubau, wobei die Wahl zwischen den beiden Bauplätzen am alten Ort oder am Alpenquai offen gelassen wurde. Im Mai 1891 erfolgte die Gründung der Neuen Tonhalle-Gesellschaft, und am 12. Juli desselben Jahres entschied sich eine bewegte Gemeindeversammlung zu St. Peter nach einem markigen Votum des Bauherrn Ulrich mit 595 gegen 181 Stimmen für den Bau am Alpenquai. Den Vertrag mit der Tonhalle-Gesellschaft über die Abtretung des Platzes und eine Subvention von 300,000 Fr. genehmigte der Grosse Stadtrat am 5. Mai 1892. Fellner & Helmer in Wien, durch den Theaterbau gut eingeführt, erhielten am 4. April 1893 auch den Auftrag für den Neubau der Tonhalle. Sowohl das Theater wie die Tonhalle sind „Pfahlbauten“: ersteres steht auf 1830, letztere auf 2120 Pfählen, die in die Seeauffüllung eingerammt werden mussten. In den glanzvollen Tagen vom 19. bis 22. Oktober 1895 fand die Eröffnungsfeierlichkeit statt, eingeleitet durch eine Festouverture von Hegar und eine prächtige Rede des Präsidenten der Tonhalle-Gesellschaft, alt Pfarrer Frick-Forrer. Verdiente Ehrung ward auch dem Vorstandspräsidenten Koch-Vlierboom zuteil, der schon für das Theater, besonders aber für die Tonhalle seine ungewöhnliche Energie eingesetzt hatte. Für das erste Konzert im Prunksaal der neuen Tonhalle am 20. Oktober hatte der Gemischte Chor das „Triumphlied“ von Johannes Brahms gewählt, und der Meister selbst dirigierte die Aufführung. Ein Beifallssturm ging durch das Haus, als er erschien; die Geiger erhoben sich und klopften mit den Fiedelbogen auf die Notenpulte, Sänger und Publikum klatschten und riefen Bravo. Brahms war den Zürchern kein Unbekannter, und öfters schon hatte Hegar ihm den Taktstock überlassen; hier in Zürich hat Brahms, der

eine Zeitlang in einem Bauernhaus an der Kueserstrasse wohnte, sein ,,Deutsches Requiem" komponiert, von dem mehrere Teile nach Manuskript dem Meister im Musiksaal von einem dem Gemischten Chor entnommenen Elitechor unter Hegars Leitung vorgetragen wurden. In die Leitung der übrigen Eröffnungskonzerte, an denen auch der Violinvirtuose Joseph Joachim mitwirkte, teilten sich Hegar, Attenhofer und Angerer.

Zürich ist die Wiege des schweizerischen Volksgesanges und speziell des vierstimmigen Männerchors. Hans Georg Nägeli († 1836) hat dieser neuen Kunstgattung das Dasein gegeben und damit eine Unzahl von Gesangvereinen in der ganzen Schweiz und über ihre Grenzen hinaus zum Leben erweckt (im Jahr 1914 bestanden in Zürich 95 Sängervereine, darunter 53 Männerchöre). Nägeli gründete am 2. Oktober 1826 den ,,Sängerverein der Stadt Zürich" und lehrte ihn seine Weisen. Eine seiner frühesten Kompositionen ist das allbekannte ,,Freut euch des Lebens" (Gedicht von Martin Usteri); von ihm sind die vielgesungenen Lieder ,,Goldne Abendsonne", ,,Nach der Heimat süsser Stille", ,,Stehe fest, o Vaterland". In seinem Sinne wirkte weiter ein Hans Ulrich Wehrli, der Schöpfer des Sempacherliedes; in Zürich empfing fruchtbare Anregung J. R. Weber, der Berner ,,Sängervater" (,,Es lebt in jeder Schweizerbrust"), und sein Sohn Gustav Weber (,,Waldweben") hat hier seine Erfolge errungen. Wir könnten noch nennen Franz Abt (,,Wenn die Schwalben heimwärts ziehn", ,,Die Abendglocken klingen", ,,Über den Sternen"), Ignaz Heim (,,Wenn der Schnee von den Alpen niedertaut", ,,Siehst du am Abend die Wolken ziehn"), Wilhelm Baumgartner (,,O mein Heimatland", ,,Noch ist die blühende, goldene Zeit") und viele andere. Der ,,Stadtsängerverein" oder ,,Nägeliverein" machte verschiedene Schicksale durch. Politische Streitigkeiten infolge des ,,Züriputsches" sprengten 1841 einen grossen Teil seiner Mitglieder ab, die einen neuen Sängerverein, die ,,Harmonie", gründeten und bald den alten Verein überflügelten, obgleich diesen Wilhelm Baumgartner leitete. Und noch ein zweiter ,,Männerchor" spaltete sich in den Sechzigerjahren von den ,,Stadtsängern" ab, vereinigte sich aber wieder mit ihnen, als Carl Attenhofer die Nachfolge Baumgartners angetreten hatte, und von da an nannte sich der Gesamtverein ,,Männerchor Zürich". Unter Attenhofers Füh-

rung gelangte der „Männerchor" zu höchster Blüte und schritt von Sieg zu Sieg. Attenhofer hat die Aufführung grosser Chorwerke mit Orchesterbegleitung in Zürich eingeführt und fast alle grossen Chorballaden Friedrich Hegars, die zu den stolzesten Aufgaben aller grossen Männergesangvereine deutscher Zunge gehören, erstmals aufgeführt. Auf mancher Sängerfahrt hat der „Männerchor" den Ruhm der Zürcher Sangeskunst auch im Ausland verbreitet; er war 1879 in Strassburg, Frankfurt und Köln, 1888 in Mailand, wo das deutsche Lied im Scalatheater höchste Triumphe feierte, 1897 in Augsburg, München und Innsbruck, 1908 in Paris, das die Sänger im Stadthaus empfing und ihrem Konzert im Trocaderopalast mit Entzücken lauschte; auch dem versammelten Ministerium Clémenceau wurde ein Konzert geboten.

Carl Attenhofer, der populärste schweizerische Liederkomponist, ist geboren am 5. Mai 1837 in Wettingen als Sohn des damaligen Pächters der Klosterwirtschaft. Er zeigte früh musikalische Begabung und spielte im Kadettenkorps Baden die erste Trompete. Einen trefflichen Musikunterricht empfing Attenhofer von dem Seminarlehrer Dr. Daniel Elster, der auch seine Eltern zu bestimmen vermochte, ihn für die Musik ausbilden zu lassen. Er bezog das Konservatorium in Leipzig und lernte dort unter den jüngern Mitschülern Friedrich Hegar kennen. Nach seiner Heimkehr wurde Attenhofer Musiklehrer im Kloster Muri und 1864 Musikdirektor in Rapperswil. Dort hat er sich mit der glänzenden Durchführung des XII. Eidgenössischen Sängerfestes 1866 weitreichenden Ruhm erworben. Der Männerchor Zürich, der Männerchor Aussersihl und der Studentengesangverein bewarben sich um ihn; er sagte allen dreien zu und siedelte 1867 nach Zürich über. Fast ein halbes Jahrhundert hindurch hat Attenhofer in Zürich gewirkt als Leiter von Männerchören in Zürich, Winterthur und Uster, als Lehrer an der Töchterschule und am Lehrerinnenseminar, als Dirigent des Lehrerinnenchors und zusammen mit Hegar als Direktor des Konservatoriums. „Unvergleichlich reich floss der Quell seiner Lieder und Tonschöpfungen auf volkstümlichem, vaterländischem, romantischem und kirchlichem Gebiet, in ernster und heiterer Art, in kleinen Liebesliedern und in Messen, in Chören und Instrumentalmusik." Welchen Wohllaut wecken in der Erinnerung nur schon die Liedernamen „Das weisse Kreuz im

roten Feld", „Mein Schweizerland, wach auf", „Vale carissima", „Ein Wanderbursch mit dem Stab in der Hand", „Margret am Tore", „Der treue Kamerad". Attenhofers Lieder sind Volksgut geworden. Auch ihm können die Verse gelten, die Gottfried Keller seinem Freunde Baumgartner widmete:

„Lenz- und sommerlang, sein Spiel zur Hand,
Ging er treulich mit dem Vaterland;
Mit dem Vaterland und allen Freien
Ging er stets dem goldnen Licht entgegen;
Freiheit, Licht und Wohlklang, diesen dreien
Galt der Takt von seines Herzens Schlägen."

„Attenhofers schönste Gabe," sagt Bundi, „war die natürliche, frisch quellende Erfindung, das gesunde, ungekünstelte Ausgeben einer warmen, echten Empfindung. Er hat dem Schweizervolk so recht nach dem Herzen gesungen, und darum hat es ihn auch ins Herz geschlossen. Weit im Lande herum blickte man zu Attenhofer hinauf nicht wie zu einer kalten Berühmtheit, sondern wie zu einem lieben Freunde." Unübertrefflich war Attenhofer als Chordirigent; nie werden die Zuhörer des Eidgenössischen Sängerfestes 1905 in Zürich den Eindruck vergessen, den der von Attenhofer geleitete Massenchor von 6000 Sängern auf sie machte. Mit schwärmerischer Verehrung hingen die Schülerinnen des Seminars an ihm; den Studenten hat er, der immer jung geblieben war, versprochen, dass der Studentengesangverein der letzte sein werde, den er abgeben werde. Aus seiner dunkeln Augen Glut strahlte die Begeisterung für alles Edle und Schöne, die unbezähmbare Energie und die tiefe Herzensgüte. Noch war er mit 68 Jahren nicht alt, als er in weiser Selbstbeschränkung im Jahre 1904 den Dirigentenstab des Männerchors, den er 38 Jahre hindurch geführt, an eine jüngere Kraft, den hochbegabten modernen Künstler Volkmar Andreae, abgab. Von den Singstudenten nahm er im Oktober 1913 Abschied. Seine letzten Kräfte an der Seite seines Freundes Hegar galten dem Konservatorium. Attenhofer und Hegar, die Dioskuren, wie Gottfried Keller und Conrad Ferdinand Meyer in der Literatur, die grössten im Reiche der Musik! Noch im März 1914 schleppte sich Attenhofer im Konservatorium von Prüfung zu Prüfung; dann brach er zusammen. Am 22. Mai ist er gestorben. Bei der Trauerfeier im Fraumünster sprachen Prof. Dr. Arnold Meyer, Robert Thomann, der Präsident des Männer-

chors, und Rektor Dr. Wilhelm v. Wyss tiefempfundene Worte des Dankes und der Erinnerung. Hegar dirigierte den Gesang des Attenhoferschen Liedes mit dem wehmutsvollen Schlusse: „So treuen Kameraden find' ich wohl nimmermehr!"

Der Sängerverein „Harmonie Zürich" ist am 12. Februar 1841 gegründet worden. Als dritter Dirigent nach W. Krauskopf (1841—1844) und Franz Abt (1844—1852) leitete ihn Ignaz Heim von 1852 bis 1872. In die Anfangsjahre von Heims Zürcher Wirksamkeit fiel noch die für Zürich so anregende Tätigkeit Richard Wagners, des grossen Reformators der Oper und Schöpfers des Musikdramas. Er war 1849 als Flüchtling von Dresden gekommen und blieb mit kurzen Unterbrechungen Gast unserer Stadt bis 1858. Ignaz Heim, der von Laufenburg stammte, aber in Deutschland geboren (7. März 1818) und aufgewachsen war, wohnte neben dem ihm eng befreundeten Richard Wagner in den Escherhäusern am Zeltweg. Heim hat sich besonders als Herausgeber neuer Liedersammlungen und Redaktor der bekannten „Synodalhefte", die seit ihrem Erscheinen 1862 in raschem Fluge das Land eroberten, einen bedeutenden Namen gemacht. Wegen beginnender Erblindung musste Heim 1872 die Direktion der „Harmonie" niederlegen. Er starb am 3. Dezember 1880. Sein von Baptist Hoerbst geschaffenes Denkmal wurde am 4. November 1883 enthüllt. Nach Heims Rücktritt wurde Franz Behr (1872—1875), dann Hegar (1875—1878) Direktor der „Harmonie". Nach ihm kam Gustav Weber, der 1872 als Nachfolger Theodor Kirchners Organist am St. Peter, 1876 Organist am Grossmünster wurde und an der Knabensekundarschule, am Realgymnasium und an der Kantonsschule Gesangunterricht erteilte. Erst 41 Jahre alt, wurde er am 12. Juni 1887 hinweggerafft, kurz nachdem ihm — zugleich mit Attenhofer — der Grosse Stadtrat am 22. Mai 1887 das Bürgerrecht geschenkt hatte. Der nächste „Harmonie"-Dirigent war Gottfried Angerer, ein früherer württembergischer Lehrer, geboren den 3. Februar 1851, Schöpfer zahlreicher Männerchorlieder („Zieh mit", „Eidgenossen, Gott zum Gruss"). Für das Knabenschiessen hat er ein nettes, von Ernst Zahn gedichtetes Knabenlied komponiert und auch andere Kinderlieder herausgegeben, für welche ihm gewöhnlich Konrad Gachnang, ein um die „Harmonie" vielverdienter Musikfreund, die Texte lieferte. Angerer, dem 1897

das Bürgerrecht geschenkt wurde, erteilte auch an der Kantonsschule und am Konservatorium Unterricht und gründete dann eine eigene Musikakademie. Neben der ,,Harmonie", die von 1887 bis 1909 unter seinem Szepter blühte, leitete er mit grossem Erfolg den ,,Männerchor Enge". Nach seinem Tod (19. August 1909) folgte das Interregnum Castelberg und seit 1911 die Direktion von Peter Fassbänder (geb. 1869 in Aachen), der bisher Musikdirektor in Luzern gewesen. — Schon zwei Jahre nach ihrer Gründung hat die ,,Harmonie", 1843, ein eidgenössisches Sängerfest durchgeführt, und seitdem in ununterbrochenem Fortschreiten Ruhm und Ehre in der Schweiz und im Ausland erworben. 1856 zog die ,,Harmonie" mit einem warmen Hirsbrei nach Strassburg; 1863 fuhr sie nach Stuttgart, 1874 nach Reutlingen, 1892 nach Karlsruhe. Eine weitere Sängerreise nach Süddeutschland und an den Rhein schloss sich 1898 an; 1903 wurde Wien, 1911 Amsterdam und Hamburg besucht. Von besonderm Werte waren für sie die Welschlandfahrten 1896 zur Landesausstellung in Genf und 1914 zum Eröffnungskonzert an der erhebenden Genfer Zentenarfeier, dem letzten schönen Bundesfest der Eidgenossen vor dem Krieg.

Als Geburtstag des ,,Gemischten Chors Zürich" ist der 28. Oktober 1863, als Hauptgründer Professor Karl Keller zu betrachten. Schon im November 1862 war ein ,,Gemischter Gesangverein" gegründet worden, der sich dann an die ,,Harmonie" anschloss und bewirkte, dass diese sich in zwei Sektionen, Männerchor und Gemischter Chor, teilte unter dem gemeinsamen Präsidium von Dr. Heinrich Honegger und der gemeinsamen Direktion von Ignaz Heim. 1864 wurde die Verbindung mit der ,,Harmonie" gelöst und ein neuer Vorstand mit Prof. Keller als Präsident bestellt. Von 1865 bis 1901 hat Friedrich Hegar den ,,Gemischten Chor" dirigiert und dieser Epoche seinen Stempel aufgedrückt. Auf ihn folgte (1901—1902) Hermann Suter und seit 1902 Volkmar Andreae. Dieselben Männer, die mit der Gründung des Orchestervereins 1862 dem musikalischen Leben Zürichs neue Impulse gaben — Professor Keller, Gerold Eberhard, Moritz von Wyss — haben den ,,Gemischten Chor" geschaffen und ihn in engstem Einvernehmen mit Hegar zur Blüte emporführen helfen. Ihnen ist beizugesellen Professor Dr. Hans Wirz, Präsident des ,,Gemischten Chors" seit 1880 († 23. August 1914). Eine Reise ins Ausland hat



Fraumünsteramt, alter Musiksaal, niedergelegt 1897

der „Gemischte Chor" nur einmal unternommen: im April 1911 führte er in Mailand Bachs Matthäuspassion auf, die in Italien noch nie zuvor zur Aufführung gelangt war.

Friedrich Hegar wurde am 11. Oktober 1841 in Basel geboren und erhielt schon von den Eltern den musikalischen Vorunterricht. 1857 bezog er das Konservatorium in Leipzig, war für kurze Zeit Konzertmeister in Warschau und übernahm 1861 eine Stellvertretung für Stockhausen zu Gebweiler im Elsass. Theodor Kirchner veranlasste ihn, 1863 nach Zürich überzusiedeln. Hier begann Hegar seine Tätigkeit als Konzertmeister des Orchestervereins und Chordirektor am Theater. 1864 rückte er zum Kapellmeister vor, 1865 wurde ihm die Leitung des „Gemischten Chors", des „Stadtsängervereins" und der Abonnementskonzerte der Allgemeinen Musikgesellschaft übertragen. Er wurde und blieb auch das geistige Haupt der Kammermusikaufführungen, an welchen er selbst als Geiger regelmässig Anteil nahm. Hübsch hat Hegar einmal erzählt von den Konzerten im alten Kasino, zu denen sich die vornehmen Damen noch in Sänften tragen liessen; in den Pausen wurde Eis und Limonade serviert, die Gläser und Schälchen stellte man dann unter den Stuhl, wo sie gelegentlich während der Symphonie mit einem Fuss in klirrende Berührung kamen. 1868 ernannte die Tonhalle-Gesellschaft Hegar zu ihrem Kapellmeister. Nur vorübergehend war dagegen seine Tätigkeit als Direktor der „Harmonie" und Gesanglehrer an der Kantonsschule. Einen ehrenvollen Ruf nach Basel hat Hegar 1875 abgelehnt und zur einzigen Bedingung seines Bleibens gemacht, dass eine Musikschule gegründet werde. Diese konnte am 24. April 1876 eröffnet werden im Musiksaal und im Fraumünsteramt gegenüber der jetzigen Post. Noch im Herbst desselben Jahres bezog sie das alte Schulhaus zum „Napf" an der Napfgasse, und am 10. Juli 1901 war es ihr vergönnt, als „Konservatorium für Musik" den Neubau an der Florhofgasse zu beziehen und mit dieser Feier ihr 25jähriges Jubiläum zu verbinden. Als Hegar 1896 für einige Jahre seinen Wohnsitz nach Aarau verlegte, wurde ihm als zweiter Direktor Attenhofer zur Seite gestellt, der dieses Amt auch nach der dauernden Rückkehr Hegars nach Zürich beibehielt.

Hegars glänzende Leistungen als Chor- und Orchesterdirigent, die von ihm erzielte, von wahrhaft künstlerischem Geist getragene,

technisch exakte und schwungvolle Wiedergabe grosser Orchesterwerke, die vom ,,Gemischten Chor" unter seiner Leitung — vielfach zum erstenmal in der Schweiz — aufgeführten hervorragenden Kompositionen aus alter und neuer Zeit, vor allem aber seine eigenen Schöpfungen haben seinen Ruf in alle Lande verbreitet. Dass Hegar allen Lockungen von aussen widerstand und unserer Stadt treu blieb, vergilt ihm das dankbare Zürich mit gleicher Treue und Anhänglichkeit und hat sie auch schon bei gutem Anlass zum Ausdruck gebracht. Am 11. Mai 1873 ist ihm das Bürgerrecht geschenkt worden; 1889, am Dies academicus, erhielt er, gleichzeitig mit Attenhofer und Böcklin, die Ernennung zum Ehrendoktor der Universität. Zu seinem im grössten Stil gefeierten 25jährigen Jubiläum am 19. und 20. Oktober 1890 stiftete auch Conrad Ferdinand Meyer einen poetischen Gruss. Immer wieder muss man, von Hegar sprechend, auch Attenhofers gedenken. Kaum jemals sonst haben sich zwei kongeniale Naturen so gut verstanden und so trefflich einander in die Hände gearbeitet. Hegar schenkte dem Männerchor und seinem Dirigenten manche neue Komposition und schätzte sich glücklich, in seinem Freunde Attenhofer und dem ,,Männerchor" Organe zu finden, die mit aufopferungsvollem Bemühen und liebevoller künstlerischer Einsicht in seine Intentionen eindrangen und ihnen den denkbar vollkommensten Ausdruck verliehen. Mit berechtigtem Stolz hat Robert Thomann am Sarge Attenhofers die Hegarschen Männerchorwerke genannt, die von Attenhofer aus der Taufe gehoben und in die singende Welt eingeführt worden waren: ,,Bundeslied", ,,Die beiden Särge", ,,Rudolf von Werdenberg", ,,Totenvolk" (Attenhofer gewidmet), ,,Hymne an den Gesang", ,,Der Daxelhofen", ,,Kaiser Karl in der Johannisnacht", ,,Königin Berta". Von andern berühmt gewordenen Werken wäre vor allen zu nennen das Oratorium ,,Manasse"; dann ,,Schlafwandel", ,,Festouverture" für grosses Orchester, ,,Ahasvers Erwachen", ,,Das Herz von Douglas", ,,Heldenzeit", ,,1813". Der letztere Chor war Preisgesang am Sängerwettstreit in Frankfurt a. M. 1913 und musste von jedem Chor einzeln gesungen werden. Hegar war auch Mitglied der Redaktionskommission für das auf Anregung des deutschen Kaisers herausgegebene Volksliederbuch und gehörte der Delegation an, die dem Monarchen das vollendete Werk überreichte.



Friedrich Hecker.



O. Ottendorfer.

Mit dem Jahre 1896 begann das teilweise Abrüsten. Hegar trat zurück als Dirigent des (1891 gegründeten) Lehrergesangvereins, 1901 als Direktor des „Gemischten Chors", der ihn bei der Abschiedsfeier zum Ehrendirektor ernannte. Besonders eindrucksvoll aber gestaltete sich nach Hegars Rücktritt als Kapellmeister der Tonhalle-Gesellschaft sein letztes grosses Konzert im festlich bekränzten Tonhallesaal am 3. April 1906. Schon beim Betreten des Dirigentenpultes begrüsste ihn eine Ovation. Am Schluss des Konzertes überreichte ihm Frau Staehelin-Baechtold mit einer Ansprache in gebundener Rede einen Lorbeerkranz, und in diesem Moment brachen aus allen Winkeln des Podiums Heinzelmännchen und -weibchen hervor, die ein Blumenbombardement auf den Dirigenten eröffneten. Alsbald beteiligte sich auch das Orchester an der Attacke, und von den Galerien herab ergoss sich ein dichter Blumenregen auf sein Haupt. Im anstossenden Pavillon folgte ein Bankett mit vielen Toasten und einer geist- und gemütvollen Rede Hegars. Dank sagte er dabei auch seinem Freunde Adolf Steiner-Schweizer, Doctor honoris causa der Universität Zürich, dem allbekannten A. S. der „N. Z. Z.", der mit seiner Jahrzehnte hindurch geübten, überaus gewissenhaften, sachlichen und vornehmen Kritik den Kunstbestrebungen wertvolle Dienste geleistet hat. Was freilich die Kritik im übrigen betraf, meinte launig Hegar, so möchten die Herren entschuldigen, wenn er ihre guten Ratschläge über Tempo, Dynamik usw. jeweilen nicht befolgte, „und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich fest überzeugt war, dass ich das ganz gewiss besser verstand".

Als Attenhofer gestorben war, legte Friedrich Hegar auch die Direktion des Konservatoriums nieder; allein der Krieg sprach sein Veto und gönnte Hegar sein otium cum dignitate nicht: für seinen am 2. Juli 1914 gewählten Nachfolger Volkmar Andreae, der nun vorerst und für unbestimmte Zeit sein Bataillon zu kommandieren hatte, musste Hegar einspringen und die Bürde des Amtes weiter tragen. — Volkmar Andreae ist Bürger von Fleurier und am 5. Juli 1879 in Bern geboren. Er hat dort das Gymnasium und die Musikschule unter Karl Munzinger besucht, 1897 bis 1900 am Konservatorium in Köln studiert und von 1900 bis 1901 als Solorepetitor an der Hofoper in München gewirkt. Am 5. November 1902, nach erfolgreicher Aufführung seines von ihm selbst

dirigierten Chorwerks „Charons Nachen", wurde er zum Direktor des „Gemischten Chores" gewählt. 1904 übernahm er an Stelle Attenhofers die Direktion des „Männerchors" und 1906 als neuernannter Kapellmeister auch die Leitung der Abonnementskonzerte der Tonhalle-Gesellschaft. Im Februar 1914 ernannte ihn der Erziehungsrat zum Universitäts-Musikdirektor und erteilte ihm die venia legendi für Musikgeschichte und Kompositionslehre. Gleichzeitig übernahm er die Leitung des verwaisten Studentengesangvereins. Von Andreaes Kompositionen ist bis jetzt die bedeutendste die Oper „Ratcliff", die 1914 am deutschen Tonkünstlerfest in Essen aufgeführt wurde. Ihre Aufführung am Zürcher Stadttheater hat bis heute der Krieg verhindert. Auch Volkmar Andreae trägt seit April 1914 den Ehrendoktorhut der Universität Zürich. — Indem wir uns zum Verlassen des musikalischen Gebietes anschicken, gewahrt unser Auge noch einen neuen Stern, eben erst über dem Horizont erschienen, von noch nicht bestimmbarer Grösse, aber — wie die musikalischen Astronomen versichern — bereits von intensivem Licht: Othmar Schoeck aus Brunnen, Direktor des Lehrergesangvereins Zürich und des Männerchors Aussersihl.

*

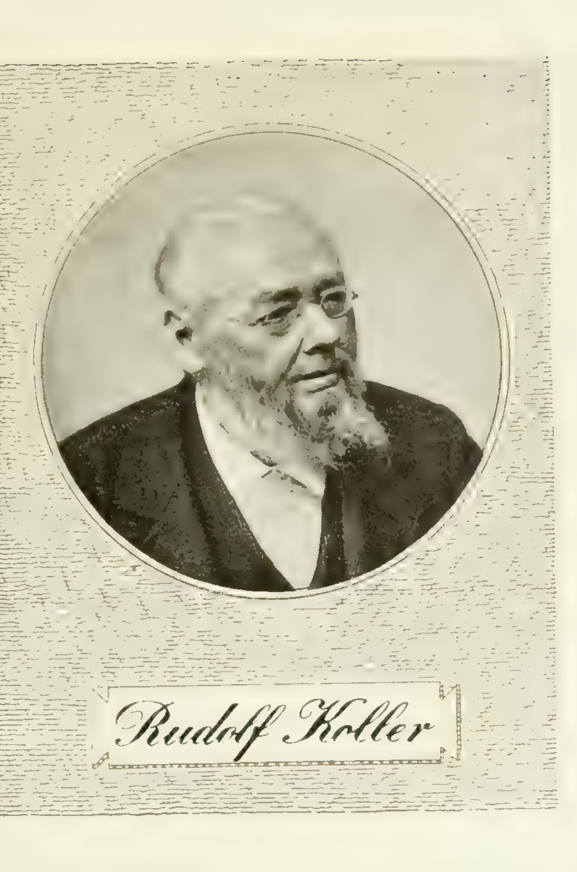
Länger als die dramatische Kunst und die Musik hatte die bildende Kunst auf ein neues Heim zu warten. Ihre Pflege war durch mehr als ein Jahrhundert Sache der „Zürcher Künstlergesellschaft", die im Jahr 1787 entstand, zunächst als „Samstags"-, dann „Donnstags-Gesellschaft" mit vorwiegend geselligen Zwecken. Als „Zürcher Künstlergesellschaft" konstituierte sie sich neu im Herbst 1803, und von ihr ist drei Jahre später auch der Anstoss ausgegangen zur Gründung des Schweizerischen Kunstvereins. Mit Vertrag vom 28. Januar 1813 erwarb die Gesellschaft das ehemalige Ottsche Gütchen im „Berg", das sie zu dem heimeligen „Künstlergütli" umbaute. Das Ausstellungsgebäude kam 1846 dazu und wurde im folgenden Frühjahr mit einer Jubiläumsausstellung eröffnet. Im Lauf der Jahrzehnte machte sich starker Platzmangel geltend. Ein an sich unbedeutender Vorfall verhalf im Jahr 1895 der Gesellschaft unverhofft zu einem kleinen Ausstellungsgebäude in der Stadt selbst: von der Kommission für die

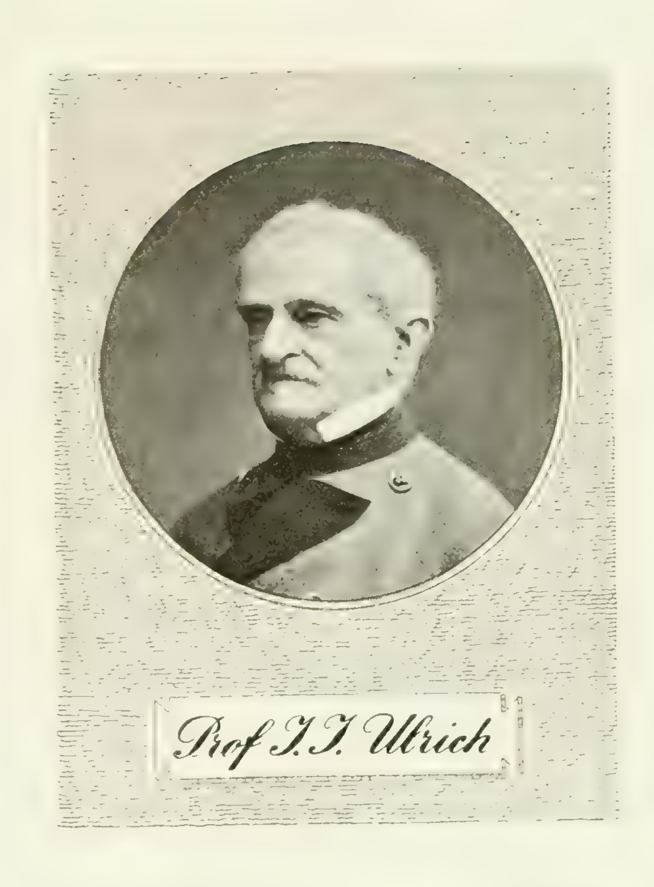
Das Künstlergütli (abgebrochen 1910)

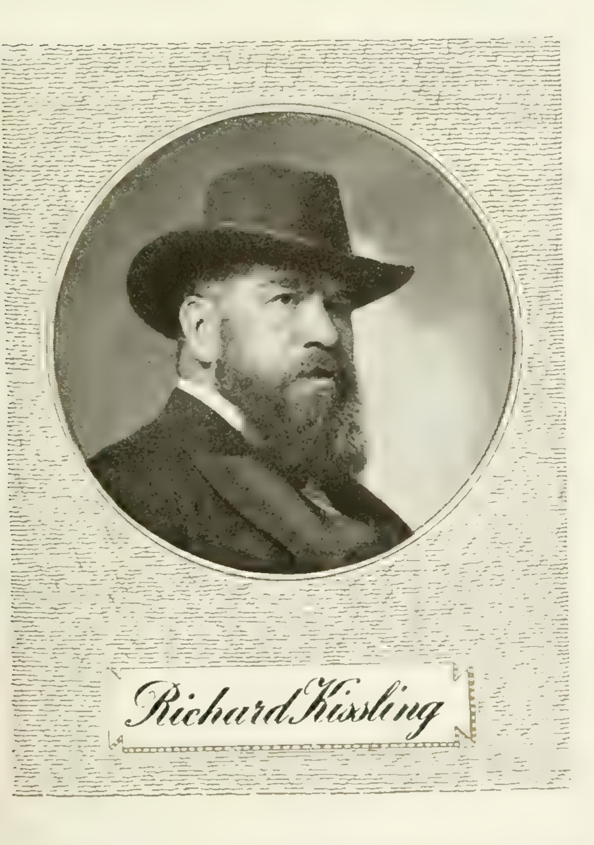
Weihnachtsausstellung 1894 im Börsensaal war ein von privater Seite offeriertes Bild von Gabriel Max, „Die Braut von Korinth", zurückgewiesen worden, wie es scheint mehr aus sittlichen als aus künstlerischen Gründen, doch wurde auch der künstlerische Wert des Bildes allgemein nicht hoch angeschlagen. Es entstand eine Bewegung, die zur Bildung eines neuen Vereins für Kunstpflege, „Künstlerhaus Zürich", führte und dem in kürzester Frist 450 Mitglieder beitraten, während die alte Gesellschaft nur etwa 150 Mitglieder zählte. Die Seele des neuen Vereins war Redaktor Albert Fleiner von der „N. Z. Z." († 1902). Bei der Konstituierung am 13. Februar 1895 übernahm Prof. F. Bluntschli das Präsidium; Vizepräsident wurde Stadtbaumeister Gustav Gull. In einer schon am 30. Januar 1895 im Hotel Baur au lac eröffneten Ausstellung erhielt man Gelegenheit, „Die Braut von Korinth" nebst einigen neuen Bildern Böcklins usw. zu sehen. Das Bestreben des jungen Vereins ging auf rasche Erstellung eines Ausstellungsgebäudes, für das Prof. Bluntschli ein Projekt entwarf. Schon am 15. Juli 1895 konnte dieses unscheinbare „Künstlerhaus" an der Ecke Talgasse-Börsenstrasse eröffnet werden. Es hat als Schutz- und Zufluchtshütte der Zürcher Kunst während fünfzehn Jahren schmerzens- und enttäuschungsreicher Bemühungen für einen Kunsthausbau unschätzbare Dienste geleistet. Dass man zu einem Neubau nur mit vereinten Kräften gelangen konnte, war auch dem Künstlerhaus-Verein klar, und er versagte sich deshalb nicht, als schon in seinem Gründungsjahr unter dem Vorsitz von Oberingenieur Robert Moser Kommissionssitzungen anberaumt wurden für eine Fusion mit der alten Gesellschaft. Diese Wiedervereinigung kam dann im Mai 1896 zustande unter dem Namen „Zürcher Kunstgesellschaft" und dem Präsidium von Dr. C. von Muralt. Die alte Künstlergesellschaft hielt am 18. Juni 1896 ihre letzte Sitzung ab. Dem scheidenden Präsidenten F. O. Pestalozzi wurde in Anerkennung seiner hohen Verdienste um die Gesellschaft in der Einkleidung eines Festspiels des nie versagenden Gesellschaftspoeten Leonhard Steiner eine silber-vergoldete Nautilusschale überreicht.

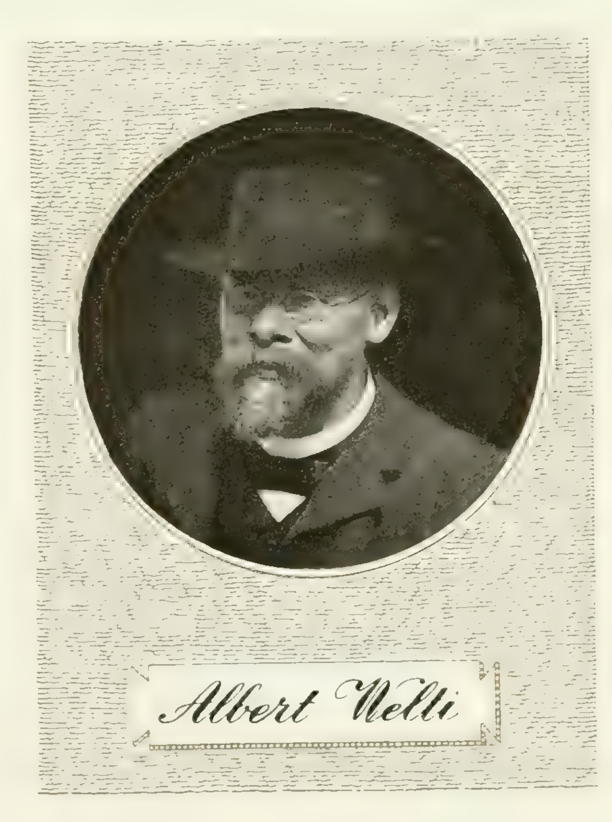
Die Kunstgesellschaft verwahrt in ihren Archiven eine ganze Sammlung gescheiterter Pläne. Man versuchte es mit einem Bau beim Künstlergütli; man wollte das alte Kaufhaus verwerten;

Projekte bestehen für den Platz zwischen Theater und Utoquai, für das Tonhalleareal in mehreren Variationen. Ein flotter Überbauungsplan Gulls für das ganze Areal und ein darauf gestütztes prachtvolles Projekt Bluntschlis schien die beste Aussicht zu haben. Die Inanspruchnahme der Stadthausanlagen verweigerte die Gemeinde am 30. April 1899. Schliesslich verfiel man auf das Gut zum „Lindental" am Heimplatz. Diese Liegenschaft war Besitztum von Stadtrat Heinrich Landolt-Mousson († 6. Januar 1885), der sie der Stadt zu einem sehr niedrigen Preis für öffentliche Zwecke testamentarisch zur Verfügung stellte, mit dem Vorbehalt des lebenslänglichen Nutzniessungsrechts für die Witwe. Die Zeit drängte, da das „Künstlergütli" in die Grundrisspläne für die neue Universität einbezogen werden und in absehbarer Zeit verschwinden sollte. Man wagte eine Anfrage bei Frau Stadtrat Landolt und erhielt die generöse Erlaubnis, schon zu ihren Lebzeiten den Garten des „Lindentals" zu überbauen. Demgemäss beschränkte sich das Projekt für eine erste Bauperiode auf das Hauptgebäude mit dem Ausstellungsflügel längs dem Heimplatz; eine spätere Bauperiode wird durch den rückwärtigen, für die Gesellschaftsräume bestimmten Flügel das Kunsthaus mit dem noch stehenden Wohnhaus verbinden. Mit der Stadt kam ein Vertrag über Abtretung und Arrondierung des Terrains nebst einer Barsubvention von 100,000 Fr. zustande, dem die Gemeinde am 15. Juli 1906 ihre Zustimmung gab. Der imposante, streng künstlerisch gegliederte Bau wurde von Prof. Karl Moser (Curjel & Moser in St. Gallen und Karlsruhe) ausgeführt und am Einweihungstag, den 17. April 1910, in feierlicher Ansprache dem Präsidenten der Kunstgesellschaft, Oberst Paul Ulrich, übergeben, der seit längern Jahren an der Spitze der Gesellschaft steht und sich namentlich mit seinen erfolgreichen Bemühungen um den Neubau ihre lebhafte Dankbarkeit erworben hat. Ein glanzvoller Sechseläutenumzug am folgenden Tage besiegelte die Besitzergreifung Zürichs von seinem neuen Kunsthaus, und das nächste Neujahrsblatt der Gesellschaft mit dem Titel „Künstlergut, Künstlerhaus, Kunsthaus", verfasst von dem einflussreichen Kunstkritiker Dr. Hans Trog, setzte dem freudevollen Ereignis ein würdiges literarisches Denkmal. Es war ein wehmütiger Abschied vom alten „Künstlergütli", als am 30. September 1909 eine letzte









ZÜRCHERISCHE KÜNSTLER

gesellige Zusammenkunft in seinen vertrauten Räumen stattfand, die so viele geist- und witzsprühende Vereinigungen der Künstlergesellschaft gesehen. Zu ihren heitersten Erinnerungen gehörte wohl das Kostümfest am 13. Februar 1886, bei welchem man dem mit seinem Freunde Böcklin anwesenden Gottfried Keller lauter Figuren und Gruppen aus seinen „Züricher Novellen" vorführte und von ihm eine artige Dankrede hörte.

Es kann sich auch in bezug auf die ausübenden Künstler der Vergangenheit und Gegenwart für uns nur darum handeln, einzelne Namen beispielsweise herauszugreifen. So sei unter den ältern Malern Professor Johann Jakob Ulrich genannt, der Sohn des Landschreibers von Andelfingen und Bruder von Oberrichter Ulrich im Berichthaus. Geboren am 28. Februar 1798 zu Andelfingen, hat er schon 1799 seine erste Reise in die Welt gemacht, und zwar im Korb auf dem Kopf einer Botenfrau, die ihn vor den anziehenden Franzosen und Österreichern zu den Grosseltern nach Weisslingen flüchtete. Ulrich hat sich seine künstlerische Ausbildung und seinen Ruf als Landschafts- und Marinemaler in Paris erworben. In die Heimat zurückgekehrt, eröffnete er hier Ende der vierziger Jahre eine Zeichenakademie, aus welcher auch Rudolf Koller hervorgegangen ist. Im Zürcher Kunsthaus befindet sich u. a. sein bekanntes und vielbeachtetes Ölgemälde „Der Waldbach" (1853). 1855 wurde Ulrich zum Professor des Landschaftzeichnens am neugegründeten Polytechnikum ernannt. Er starb am 17. März 1877.

Der eben erwähnte berühmte schweizerische Tiermaler Johann Rudolf Koller ist am 21. Mai 1828 in Zürich geboren († 5. Januar 1905). Er malte schon 1845/46 wochenlang Pferdestudien in württembergischen Gestüten, ging dann an die Akademie nach Düsseldorf und von dort mit seinem Freund Arnold Böcklin (1885—1892 in Zürich, † 16. Januar 1901) nach Brüssel, später nach Paris, wo er mit Böcklin Bett und Atelier teilte. Durch die Februarrevolution 1848 nach Hause vertrieben, setzte Koller seine Studien bis 1851 in Bayern fort, richtete dann in Oberstrass sein erstes Tieratelier ein und bezog 1862 sein am Zürichhorn gelegenes Heimwesen „zur Hornau" mit Wohnhaus, Atelier und Stall. Koller ist einer der bedeutendsten Tiermaler aller Zeiten. Pferd und Rind, Hund und Ziege, Schaf und Esel hat er gleich vortreff-

lich in der Ruhe wie in der lebhaftesten Bewegung gemalt. Oft hatte er auf der Wiese vor seinem Wohnhaus am Zürichhorn zwölf Staffeleien aufgestellt und war von einer zur andern geeilt, je nachdem eines seiner Tiere sich gelegt hatte. Auch als Landschafter gebührt Koller ein Ehrenplatz. Am populärsten ist unzweifelhaft seine „Gotthardpost" geworden. Zu Ehren seines 70. Geburtstages wurde 1898 im Börsensaal eine „Koller-Jubiläumsausstellung" veranstaltet. Am „Rudolf Koller-Abend" im Tonhallepavillon, 4. Juni 1898, proklamierte Professor Wilhelm Oechsli namens der philosophischen Fakultät den Jubilar zum Doctor philosophiae honoris causa. Auch bei diesem Anlass fehlte nicht ein zierliches Festspiel Leonhard Steiners, des liebenswürdigen Dichters, Aquarellisten und Landschafters (geb. 9. November 1836 in Zürich), der als Kaufmann erst mit 48 Jahren der Kunst sich zuwandte und mit bewundernswerter Frische und Ausdauer bis in sein hohes Alter auf diesem Felde tätig geblieben ist.

Albert Welti, von Zurzach stammend, ist verewigt hauptsächlich durch sein herrliches Landsgemeindebild im Ständeratssaal in Bern, zu dem er — früh vollendet — freilich kaum noch die Kartons hatte fertigstellen können; die Ausführung auf der Wand war von vornherein seinem Freunde Wilhelm Balmer vorbehalten. Welti ist am 18. Februar 1862 in Zürich geboren als Sohn des Spediteurs Welti-Furrer, hat in Böcklins Atelier in Hottingen gearbeitet und dann in München, Pullach und Solln, mit kräftiger Unterstützung seines Mäzens, des ostpreussischen Gutsbesitzers Rose, ein ideales und fruchtbares Künstlerdasein im Kreise seiner Familie geführt. Aus dem von seinem trefflichen Kunstgenossen W. L. Lehmann (geb. 7. März 1861 in Zürich, in München lebend) mit Wärme gezeichneten Lebensbild Albert Weltis im Neujahrsblatt 1913 der Kunstgesellschaft tritt uns ein edler Mensch und ein ganzer Mann entgegen, den man lieb gewinnen muss, dessen vollen künstlerischen Wert aber vielleicht erst eine spätere Zeit zu würdigen vermag. Allzu frühe senkten sich die Todesschatten auf sein trautes Heim. Vorahnend schrieb er, der am 7. Juni 1912 in Bern die Augen schloss, unter die dem Begräbnis seiner jäh verstorbenen Frau gewidmete Radierung:

Glück und Unglück, Beides trag in Ruh;
Alles geht vorüber und auch Du.

Als Meister der Plastik nennen wir Richard Kissling, Doctor honoris causa der Universität Zürich, Ehrenbürger der Stadt, Schöpfer des Alfred Escher-Denkmals, der Gottfried Keller-Büste im Rathaus und des unübertrefflich eindrucksvollen Tell-Denkmals in Altdorf, dessen preisgekrönter Entwurf 1892 im Helmhaus ausgestellt war. Bildhauer Richard Kissling ist am 15. April 1848 in Wolfwil im Kanton Solothurn geboren, hat als Schüler Ferdinand Schlöths in Rom seine Ausbildung erhalten und weilt seit 1883 in Zürich. Von seinen übrigen Werken sind am bekanntesten das Fontana-Denkmal in Chur, das Vadian-Denkmal in St. Gallen, die mächtigen Gestalten an den Giebelfeldern der Kuppel des Parlamentsgebäudes in Bern, die Figuren am Hauptportal des Bahnhofs Luzern. — Nicht ganz übergehen möchten wir in unserm Stadtbuch die populäre und originelle Gestalt Urs Eggenschwylers, dem weitern Publikum mehr als Tierfreund und Tiergartenbesitzer denn als Künstler bekannt. Dem mit rührender Hingabe zwischen seinen Käfigen hausenden Löwen- und Bärenvater sieht allerdings nicht jeder an, dass in der rauhen Hülle ein begabter Künstler steckt. Urs Eggenschwyler, geboren am 24. Januar 1849 in Subigen (Kanton Solothurn), wurde schon im dritten Lebensjahr infolge einer Krankheit schwer übelhörig, was seiner Ausbildung ungemein hinderlich war. Immerhin brachte er es zu recht ansehnlichen Kunstleistungen; wir erinnern an den Löwen in carrarischem Marmor für das Museum in St. Gallen, die vier Löwen auf der Stauffacherbrücke, die Bären am Parlamentsgebäude in Bern usw. Am liebsten ist dem Künstler allerdings der persönliche Umgang mit seinen Tieren. Die ihm eine Zeitlang anvertrauten beiden abessinischen Löwen, welche Minister Alfred Ilg der Stadt Zürich schenkte, erkennen ihn noch jetzt, wenn er sie gelegentlich im Zoologischen Garten in Basel besucht.

*

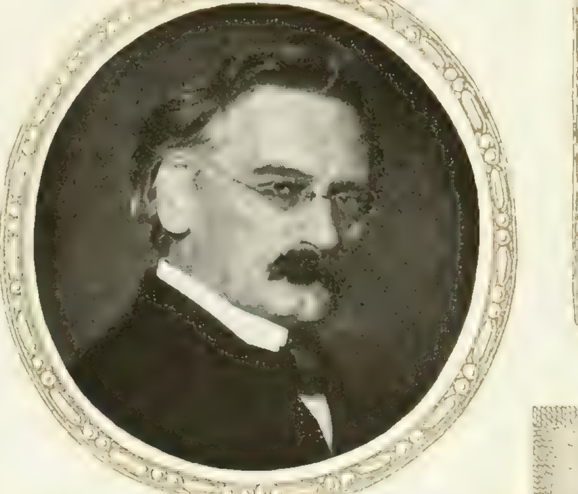
Zur Architektur übergehend, beginnen wir mit dem auch heute noch unübertroffenen Erbauer des Polytechnikums: Gottfried Semper, der im Jahre 1803 in Hamburg geboren ist († 15. Mai 1879 in Rom). Sein stolzer Name eröffnete die Reihe der Berufungen an das Eidgenössische Polytechnikum, dem er von 1855 bis 1871 seine Dienste lieh. Kein Geringerer als Richard Wagner

hatte Alfred Escher, Kern und Staatsschreiber Hagenbuch auf Semper, seinen Dresdener Schicksalsgenossen, aufmerksam gemacht. Semper erbaute von 1858 bis 1863 das Polytechnikum, 1861 bis 1864 die Sternwarte, 1865 bis 1869 das Winterthurer Stadthaus; auch das Geschäftshaus Fierz auf dem Sonnenbühl und der Turm der Kirche Affoltern a. A. sind seiner Hände Werk. Noch während seiner Wiener Zeit (1871—1879) stand er in Verbindung mit seinen Zürcher Freunden, zu denen auch Gottfried Keller gehörte. Mit ihm sass Semper am Abend des 21. September 1869 in der geliebten Stammkneipe zur „Bollerei" an der Schifflände, als er aus der Zeitung die Nachricht vom Brande seines Dresdener Hoftheaters erfuhr und in erschütterndes Schluchzen ausbrach. Die Anfertigung der ihm übertragenen Pläne für den Neubau füllten Sempers letzte Zürcher Jahre aus.

Das bekannteste Wahrzeichen der Baukunst von Professor Dr. Alfred Friedrich Bluntschli ist die Kirche in Enge. Er hat ausserdem mehrere Villen und zusammen mit Prof. Lasius die eidgenössischen Gebäude für Chemie und Physik erbaut. Der hervorragende Künstler ist der Sohn des genialen Staatsmannes J. C. Bluntschli, geboren in Zürich am 29. Januar 1842. Seine Ausbildung erhielt er unter Semper, dessen späterer Nachfolger er wurde, am Polytechnikum und an der Ecole des beaux arts in Paris. Er liess sich 1866 in Heidelberg, 1870 in Frankfurt a. M. nieder und führte in Verbindung mit Architekt Mylius eine grosse Zahl von Monumentalbauten in Frankfurt a. M. und andern deutschen Städten aus. 1881 wurde er als Professor der Baukunst ans Polytechnikum berufen, von welcher Stelle er vor kurzem zurücktrat.

Erbauer der Universität, von der im 44. Kapitel noch gesprochen wird, ist der am 10. August 1860 zu Baden im Aargau geborene Architekt Karl Moser. An der Bauschule des Polytechnikums und der Ecole des beaux arts ausgebildet, war er von 1885 an in Wiesbaden praktisch tätig und associierte sich dann 1888 mit Architekt Curjel in Karlsruhe. 1915 folgte er, als Nachfolger Bluntschlis, einem Ruf als Professor der Baukunst an die Eidgenössische Technische Hochschule. Ausser der Universität und dem Kunsthaus baute Professor Moser in Zürich noch die St. Antoniuskirche mit ihrem wuchtigen Turm, die Josephskirche

PROF. F. BLUNTSCHLI



PROF. G. GULL

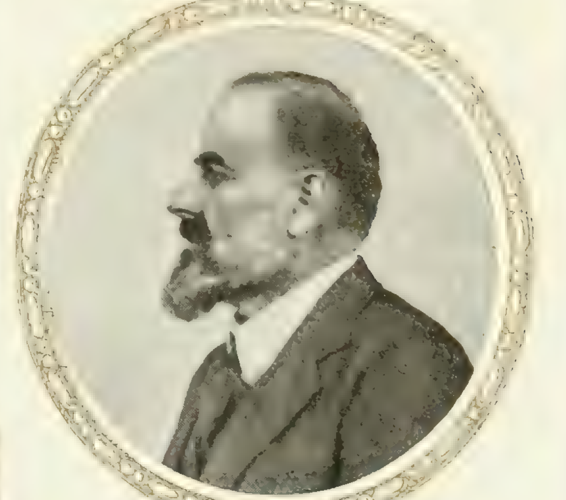


PROF. G. SEMPER

ARCHITEKTEN



C. C. ULRICH, BAUHERR



PROF. K. MOSER

und verschiedene Villen, in St. Gallen Bank- und Geschäftshäuser und das Hedwigschulhaus. Schaffhausen verdankt ihm das Zoll- und das Regierungsgebäude, Basel die Pauluskirche, Bern die Paulus- und die Johanniskirche. In Tablat und Bruggen hat Moser die protestantischen Kirchen, in Deutschland eine grosse Zahl öffentlicher und privater Gebäude erstellt.

Wir schliessen die Reihe der Architekten mit zwei Männern, die in engster Beziehung zur Stadtverwaltung standen: Stadtrat und Bauherr Ulrich und Stadtbaumeister Gull. C. C. Ulrich-Näf (geb. 1846, † 13. März 1899) war der jüngste Sohn von Oberrichter Ulrich im Berichthaus. Vom Polytechnikum weg ging er für zwei Jahre zur praktischen Ausbildung nach Paris und war dann in Zürich und Schaffhausen als Architekt tätig. Zusammen mit E. Schmid erhielt er den ersten Preis bei der Plankonkurrenz für die Quaibauten und führte mit Albert Müller den Bau der Börse aus. 1879 trat er in den Stadtrat ein und leitete von 1881 bis zur Stadtvereinigung das Bauwesen der Stadt Zürich. Ulrich hat bei einer Masse baulicher Angelegenheiten, die bei der raschen Entwicklung der Stadt immer zahlreicher wurden, einen entscheidenden Einfluss ausgeübt, wozu ihn sein weiter freier Blick und sein entschieden künstlerischer Sinn in ungewöhnlichem Masse befähigten. Er wusste mit grosser Menschenkenntnis und viel Geschick stets die tüchtigsten Mitarbeiter zu gewinnen. In der Armee bekleidete er zuletzt den Grad eines Obersten des Genie und war auch Obmann der Stadtschützengesellschaft. In geselligen Kreisen eine wahre Frohnatur und im Umgang von grosser Leutseligkeit, erfreute sich der stattliche Mann mit dem buschigen, hoch erhobenen Haupt der Sympathien der ganzen Bevölkerung. Zahllose landschaftliche und architektonische Skizzen, die er auf Reisen und in Kurorten mit erstaunlicher Leichtigkeit aufs Papier warf, zeugen von seiner hohen künstlerischen Begabung.

Gustav Gull hat dem Stadtbild Zürichs bleibende Züge eingegraben und zu seiner Verschönerung mit Meisterwerken der Architektur beigetragen. Deutlicher noch als die Gegenwart werden einst spätere Geschlechter die Hand Gulls erkennen und höher sie lobpreisen, wenn einmal der von ihm projektierte, von der Gemeinde beschlossene stolze Bau des zentralen Stadthauses der Silhouette Zürichs die bestimmenden Linien geben wird. In

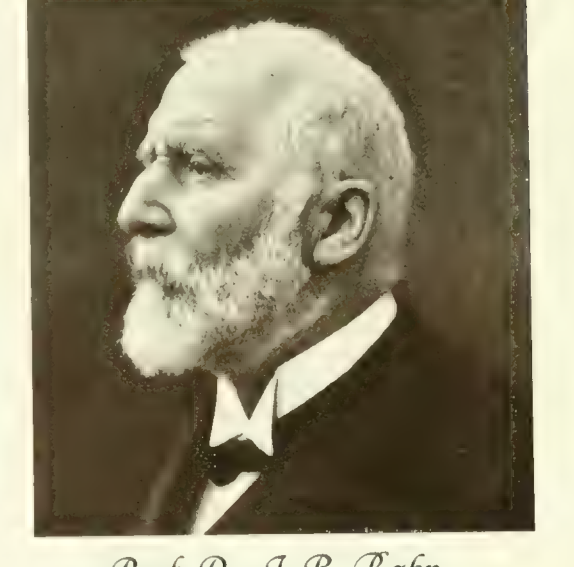
einem spätern Kapitel, das der baulichen Entwicklung Zürichs in den letzten Jahrzehnten gewidmet ist, werden wir dem Namen Gulls immer wieder begegnen; hier ist nur eine knappe Lebensskizze in die Reihe der Träger zürcherischer Baukunst einzufügen. Gull wurde am 7. Dezember 1858 in Altstetten bei Zürich geboren und durchlief die Bauschule des Polytechnikums und die Ecole des arts décoratifs in Genf. Am Bau des Bundesgerichtsgebäudes in Lausanne erhielt er die praktische Ausbildung. Von 1895 bis 1900, in der der Stadtvereinigung folgenden wichtigen Bauperiode, war Gull Stadtbaumeister von Zürich. Unter Gulls Bauten wird stets an erster Stelle das Schweizerische Landesmuseum zu nennen sein. Das Stadthaus im Fraumünsteramt erregt Bewunderung nicht am wenigsten durch seine geniale, künstlerisch vollendete Verbindung mit dem Fraumünster, und auch die Fraumünsterkirche selbst trägt in Stein gemeisselt den Namen Gustav Gulls, ihres ungewöhnlich geschickten Restaurators. Bereits treten auch in den nach und nach entstandenen Bauten auf dem Ötenbach- und Werdmühleareal die Umrisse des künftig dominierenden Stadtteiles von Zürich hervor, und zu dem auf der Hohen Promenade ragenden Bau der Höhern Töchterschule hat Gull die Pläne entworfen. Eine neue gewaltige und ehrenvolle Aufgabe hat ihm das eidgenössische Departement des Innern mit den Bauten für die Eidgenössische Technische Hochschule übertragen. Diese Anstalt berief ihn 1900 zum Professor für Architektur, und die Universität zeichnete ihn 1905 aus mit der Ernennung zum Doctor honoris causa.

*

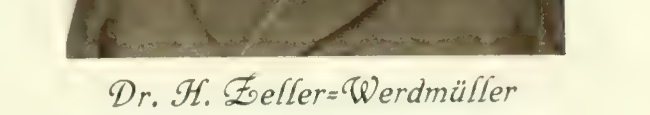
Vor der Literatur im engern Sinne ist der Geschichtschreibung und Altertumsforschung zu gedenken, für welche Zürich glänzende Namen aufzuweisen hat. Es wird an anderer Stelle auf die Verdienste von Gerold Meyer von Knonau (s. S. 222), Wilhelm Oechsli (S. 271), Georg von Wyss (S. 353), J. R. Rahn (S. 223) hingewiesen. Hier soll noch der Name von Paul Schweizer beigefügt werden. Geboren 1852 als Sohn des geistvollen Theologen Professor Alexander Schweizer, ist nach einer kürzern Wirksamkeit als Privatdozent an der Universität Tübingen Paul Schweizer von 1881 bis 1897 Staatsarchivar in Zürich gewesen, 1892 ausserordentlicher, 1909 ordentlicher Professor für allgemeine Geschichte und Hilfswissen-



Prof. Dr. K. Dändliker



Prof. Dr. J. R. Rahn



Dr. H. Zeller-Werdmüller

Prof. Dr. W. Oechsli



Prof. Dr. G. Meyer von Knonau



Prof. Dr. Paul Schweizer

Zürcherische Historiker und Altertumsforscher

schaften an der Universität Zürich geworden. Zu seinen bedeutendsten Werken gehören das Urkundenbuch der Stadt und Landschaft Zürich und die Geschichte der schweizerischen Neutralität, über welche er auch in den sturmerregten, gefahrvollen Tagen der Gegenwart Kundgebungen veröffentlicht hat, die durch ihre ruhige Klarheit und Sachlichkeit wahrhaft wohltätig wirkten. — Das genannte Urkundenbuch gibt willkommenen Anlass, auch des Mitarbeiters an diesem Werk, alt Oberrichter Dr. Jakob Escher-Bodmer, Ehrendoktor der Universitäten Zürich und Göttingen, zu gedenken, der am 24. Januar 1909 fast 91jährig starb, nachdem er bis in seine letzte Lebenszeit mit unverwüstlicher Gesundheit und beneidenswerter Geistesfrische seinen wissenschaftlichen Arbeiten obgelegen. — Mit Dankbarkeit ist ferner an Professor Dr. Karl Dändliker zu erinnern (geb. 1849, † 14. September 1910), den Verfasser einer dreibändigen „Geschichte der Schweiz" und der hier ganz besonders hervorzuhebenden „Geschichte der Stadt und des Kantons Zürich", die er allerdings leider nicht mehr zu vollenden vermochte; sie ist dann in seinem Sinn und Geist und in vorzüglicher Weise zu Ende geführt worden von seinem begabten Schüler und Mitarbeiter Dr. Walter Wettstein, Redaktor des Schaffhauser „Intelligenzblattes". Abgesehen von diesen auch von uns reichlich benützten Arbeiten Dändlikers und Wettsteins, wären noch eine Menge grösserer und kleinerer Publikationen des überaus fleissigen und gewissenhaften Historikers Dändliker zu nennen. Im Pfarrhaus Rorbas aufgewachsen, hat Dändliker nach Absolvierung des akademischen Bildungsganges von 1872 bis 1910 am Lehrerseminar Küsnacht gewirkt und daneben an der Universität und am Polytechnikum, an welchen beiden Anstalten er sich schon 1875 habilitiert hatte, eine anregende akademische Lehrtätigkeit ausgeübt.

Seit seiner Gründung hat das Schweizerische Landesmuseum keinen grössern Verlust erlitten als am 27. Februar 1903, an welchem Tage Heinrich Zeller-Werdmüller aus dem Leben schied. Er war zwar kein Beamter dieser Anstalt, aber der vorderste und vornehmste ihrer freiwilligen Mitarbeiter, denen das Landesmuseum seine ehrenvolle Stellung unter den Museen der Welt mit zu verdanken hat. Heinrich Zeller, geboren am 2. April 1844, war ein Zürcher Stadtkind. Er widmete sich der kaufmännischen

Laufbahn, lebte aber daneben seiner Liebhaberei für die historische Forschung, bei welcher ihm sein phänomenales Gedächtnis zustatten kam. Diese Gabe fand ihre Ergänzung in einem unermüdlichen, eisernen Fleiss und angestrengter geistiger Tätigkeit zu jeder Zeit, die ihn befähigte, neben seinen bis 1896 beibehaltenen geschäftlichen Stellungen die umfassendsten Kenntnisse zu sammeln und gründliche wissenschaftliche Arbeiten auszuführen. Dem Landesmuseum trat er zum erstenmal näher durch seine Mitarbeit an dem bekannten Album „Zürichs Bewerbung", das in der unglaublich kurzen Zeit von einem Monat geschrieben, illustriert und verteilt, von grosser Wirkung für den endgültigen Entscheid zugunsten Zürichs als Sitz des Landesmuseums war. Damit begann eine ungemein vielseitige und uneigennützige Tätigkeit Zellers im Interesse des Landesmuseums, für das er Ausgrabungen persönlich leitete, Auslandreisen ausführte, die Waffensammlung ordnete, Münzen und Medaillen katalogisierte und dem Direktor als Berater bei jeder grossen und kleinen Angelegenheit zur Seite stand. Für sein grösstes Werk, die mittelalterlichen Burganlagen der Ostschweiz und die Statistik der zürcherischen Burgen, ernannte ihn am 2. Januar 1893 die Universität Zürich zum Ehrendoktor. An Zellers Grabe schilderte Prof. G. Meyer von Knonau mit warmen Worten seine Verdienste um die Antiquarische Gesellschaft und die Gesellschaft für die Erhaltung schweizerischer Kunstdenkmäler. Namentlich hob er auch hervor seine erstaunlich eingehende Vertrautheit mit der Geschichte seiner Vaterstadt, seine mustergültige Ausgabe der in den Zürcher Stadtbüchern enthaltenen Zeugnisse aus einer der wichtigsten Perioden der städtischen Entwicklung und seine eingreifende Beteiligung an der Ausgabe des Zürcher Urkundenbuches. — Einen ehrenvollen Namen hat auch Sekundarlehrer und Privatdozent beider Hochschulen Dr. h. c. Jakob Heierli hinterlassen als Gründer der Schweizerischen Gesellschaft für Urgeschichte und Verfasser des grundlegenden Werkes über die „Urgeschichte der Schweiz" (geb. 11. August 1853 in Speicher, † 18. Juli 1912).

*

Eine leise Erinnerung an die einleitenden Sätze dieses Kapitels wird am Platze sein, wenn wir am Ende unseres Rundganges noch

den Garten der Poesie und des zürcherischen Schrifttums betreten: unsere Jubiläumsschrift will keine Literaturgeschichte sein und muss darum gar vieles, was in eine solche gehören würde, ganz beiseite lassen und im übrigen sich mit einigen Andeutungen begnügen, bei denen — dem Zweck und der Anlage dieses Buches gemäss — überall das Heimische, Lokalgeschichtliche wegleitend zu bleiben hat. So sei denn, nachdem für Gottfried Keller und Conrad Ferdinand Meyer besondere Abschnitte vorbehalten worden, zunächst einmal der Denkstein erwähnt, den im Jahre 1914 Dr. Gottfried Bohnenblust mit einer neuen kritischen Ausgabe von Heinrich Leutholds Dichtungen diesem Unglücklichen errichtet hat. Die entscheidende Tat für Leutholds Ruhm war freilich die Herausgabe seiner Gedichte durch Baechtold (unter Mithilfe von Gottfried Keller) im Jahre 1879. Eigenes, tragisches Geschick spricht aus den Versen, die der am 1. Juli 1879 in geistiger Umnachtung verstorbene Dichter aus Sophokles übersetzt hatte:

Niemals geboren sein wäre das Beste,
Auch in der Kindheit zu sterben ist gut.

Und die gleiche melancholische Stimmung kommt zum Ausdruck in dem kleinen Gedicht „Blätterfall", das an der Spitze der Baechtoldschen Sammlung seiner Poesien steht:

Leise, windverwehte Lieder,
Mögt ihr fallen in den Sand.
Blätter seid ihr eines Baumes,
Welcher nie in Blüte stand.

Welke, windverwehte Blätter,
Boten naher Winterruh',
Fallet sacht! . . . Ihr deckt die Gräber
Mancher toten Hoffnung zu.

Wir wenden uns der reichen und duftenden Blumensaat eines Lebenden zu: Adolf Frey, der Verfasser der klassischen Biographie von Conrad Ferdinand Meyer, der „Erinnerungen an Gottfried Keller", des Böcklin- und Koller-Buches, ist selbst ein Dichter von kaum zu übertreffender Formvollendung und Tiefe der Gedanken und darum der berufenste Interpret jener Geistesheroen, die die Schweizer Kunst und Literatur als ihre Grössten ehrt. Manche seiner Lieder sind von Brahms, Hegar, Niggli, Othmar Schoeck komponiert worden. Seine „Gedichte" mit dem packenden Totentanz-Zyklus und die „Neuen Gedichte" allein schon sichern ihm

dauernden Dichterruhm; aber er meisterte auch die dramatische Form („Erni Winkelried"), schuf Festspiele (zur 550jährigen Feier von Zürichs Eintritt in den Bund) und schrieb den reichbewegten historischen Schweizerroman „Die Jungfer von Wattenwil". Von Freys weitern wissenschaftlichen Arbeiten werden die Beiträge zu einem Laokoon-Kommentar und die Studien über Albrecht von Haller und Gaudenz von Salis-Seewis in erster Linie genannt. Hegar hat nicht nur die Kantate Freys zur Universitätseinweihung und sein preisgekröntes Gedicht „1813" komponiert, sondern auch zu seinem, von dem literarischen Zürich als ein Ereignis gefeierten 60. Geburtstag (18. Februar 1915) einen „Festgruss" geschaffen. Schon während seiner Lehrtätigkeit an der Kantonsschule Aarau hat Adolf Frey, von 1883 bis 1891, als Privatdozent an der Universität Zürich gewirkt und sodann 1898 den Lehrstuhl für deutsche Literaturgeschichte bestiegen. Er ist ein Sohn des Dichters Jakob Frey und ein Bruder des Nationalrats Dr. Alfred Frey.

In der Feuilletonredaktion der „N. Z. Z." folgte Ende 1891 auf Carl Spitteler, den Dichter des „Olympischen Frühlings", Jakob Christoph Heer, geb. 17. Juli 1859 in Töss. Zum Lehrer ausgebildet, amtete er vor seiner Berufung an die „N.Z.Z." u. a. in Aussersihl. Von 1899 bis 1902 lebte Heer in Stuttgart als literarischer Leiter der „Gartenlaube" und kehrte dann als freier Schriftsteller in die Schweiz zurück. Seine Romane „An heiligen Wassern", „Joggeli, die Geschichte einer Jugend", „Der König der Bernina", „Felix Notvest" usw. gehören auch in Deutschland zu den begehrtesten Büchern der Leihbibliotheken. — Fritz Marti, ebenfalls aus dem Lehrerstande hervorgegangen, trat am 1. Oktober 1899 die Nachfolge Heers an der „N. Z. Z." an. Er ist am 24. April 1866 im aargauischen Othmarsingen geboren; seine meistgelesenen Werke, „Das Vorspiel des Lebens", „Sonnenglaube", „Die Schule der Leidenschaft", tragen alle die Kennzeichen eines reichen Gemütes und eines grundehrlichen und gütigen Wesens. Viel zu früh ist Fritz Marti am 8. August 1914 seinem Beruf und seinen Freunden entrissen worden; sein Nachfolger ist der geistreiche Literarhistoriker und Kritiker Eduard Korrodi. Jakob Bosshart, der Rektor des Zürcher Gymnasiums, erweist sich in seinen alpinen Erzählungen „Im Nebel", „Das Bergdorf" als

trefflicher Kenner und Beobachter bäuerlichen Lebens; von leiser Schwermut überschattet sind seine Novellen „Früh vollendet", „Durch Schmerzen empor". Von Adolf Voegtlin kennt auch ein weiterer Kreis die eindrucksvollen Erzählungen „Meister Hansjakob, der Chorstuhlschnitzer von Wettingen", „Heinrich Manesses Abenteuer und Schicksale", sowie das Trauerspiel „Hans Waldmann". Meinrad Lienert, aus Einsiedeln stammend, ist durch seine „Wildleute", „Die Geschichten aus der Sennhütte", „Die Geschichten aus den Schwyzer Bergen" berühmt geworden, ganz besonders aber durch seine meisterhaften Kindergeschichten und unübertroffenen Dialektdichtungen („'s Schwäbelpfyffli"). Ernst Zahn, ein Bürger unserer Stadt, ist von der kraftvollen Schilderung des innerschweizerischen Berglebens („Albin Indergand", „Helden des Alltags", „d'Clarie-Marie", „Schattenhalb") zur Darstellung städtischer Konflikte übergegangen, als deren Schauplatz man unschwer Zürich erkennt („Was das Leben zerbricht" u. a.). — Zu einer jüngern Schule begabter Literaten gehören Heinrich Federer („Lachweiler Geschichten", „Berge und Menschen", „Jungfer Therese", „Sisto e Sesto", „Umbrische Geschichten"), Emil Ermatinger, Verfasser der neuen grossen Gottfried Keller-Biographie („Jenseits des Tages", „Weggefährten", „Der Weg ins Leben"), Konrad Falke („Carmina Romana", „Astorre"), Ernst Eschmann („Volksfrühling", ein Zürcher Roman), Robert Faesi („Zürcher Idylle"), Hans Roelli, Max Geilinger. Aus dem gemütlichen alten Zürich möchten wir einen Namen nicht vergessen: J. Hardmeyer-Jenny, den langjährigen Redaktor der „Zürcher Wochenchronik" und geschickten Gelegenheitsdichter, mit seinen köstlichen Erinnerungen aus vergangenen Tagen. Dem unbestreitbaren Bedürfnis der gebildeten Kreise nach einem freien, von der Parteischablone nicht eingeengten Meinungsaustausch kommt in hervorragendem Masse die politisch-literarische Zeitschrift „Wissen und Leben" entgegen, die von Prof. Dr. Ernst Bovet begründet wurde und von ihm mit einem vorbildlichen Idealismus unterhalten wird; die Schriftleitung lag während mehrerer Jahre in den Händen von Dr. Albert Baur.

Unter den zürcherischen Schriftstellerinnen und Dichterinnen nimmt Johanna Spyri (s. S. 105) einen hohen Rang ein. — Nanny von Escher, die Hüterin teurer Familientraditionen — sie ist

eine Tochter des Obersten Hans Conrad von Escher —, deren Tusculum auf dem Albis ein Wallfahrtsort der Freunde geistreicher Unterhaltung über Zürichs literarische und historische Erinnerungen geworden ist, hat ein Bändchen feinsinniger Gedichte, ein Vers-Epos aus der Untergangszeit der alten Eidgenossenschaft „Kleinkindleintag" und ein dramatisches Spiel „Die Escher von Wülflingen" herausgegeben. Die letztere Gelegenheitsdichtung wurde mit einer zweiten gleichartigen von Dr. Eugen Ziegler, „Salomon der Letzte von Wülflingen" als Festspiel am künstlerischen Bazar, den der Kunstverein Winterthur zu Gunsten der Erhaltung des Schlosses Wülflingen veranstaltet hatte, aufgeführt; in einem niedlichen Bändchen „Auf Schloss Wülflingen" vereinigt, sind die beiden Dichtungen bei Schulthess & Co. in Zürich erschienen. Von Nanny von Escher stammt auch die Inschrift auf dem Schlachtendenkmal 1799 auf dem Zürichberg. — Werke von Clara Holzmann-Forrer, deren Dichtergabe seinerzeit von ihrem Lehrer Pfarrer Ritter angeregt und gefördert worden ist, sind die „Gedichte" (1886), die Gedichtsammlung „Blütenschnee" (1895), „Neue Gedichte" (1908), „Jungbrunnen, ein Buch für Kinder" (1910), — Erzeugnisse einer echten Poesie. Stolzbescheiden durfte Clara Forrer von sich sagen:

Ich weiss, mir winkt ein stiller Port,
Mein Tag flieht nicht vergebens,
Und wenn die Flut mich schrecken will,
So singe ich zum Saitenspiel
Die Lieder meines Lebens.

Wiederholt sind in diesen Blättern auch schon die feinen lokalgeschichtlichen Skizzen von Olga Amberger erwähnt worden. Hedwig Bleuler-Waser, die Geschichtschreiberin des Lesezirkels Hottingen, ist durch ihre umfangreiche und gediegene Arbeit über Ulrich Hegner in den literarhistorischen Kreisen eingebürgert worden. Maria Waser, Verfasserin zahlreicher kunstkritischer und literarischer Essays, die besonders in der von ihr, gemeinsam mit ihrem Gemahl, Professor Dr. Otto Waser (Verfasser von „Meisterwerke der griechischen Plastik"), redigierten angesehenen Zeitschrift „Die Schweiz" zur Veröffentlichung gelangten, ist durch das Meisterwerk ihres historischen Romans „Die Geschichte der Anna Waser" ein Liebling namentlich der gebildeten Frauen-



ZÜRCHERISCHE DICHTERINNEN

welt geworden. Die Jugendliteratur haben Lily von Muralt, Maria Wyss, Thekla von Muralt-Ulrich, Emma Wüterich-Muralt durch manche treffliche Gabe bereichert.

Zur Hebung des literarischen Interesses und zur Mehrung der Freude an einheimischer und fremder Dichtung hat keine Vereinigung mehr beigetragen als der Lesezirkel Hottingen. Den von ihm veranstalteten literarischen Abenden verdankt das Zürich unsrer Tage mannigfachste Anregungen und unauslöschliche Eindrücke. Seine Trachtenfeste und ,,Kränzchen", zu denen nicht selten ganze Scharen von sangesfrohen Teilnehmern aus andern Kantonen beigezogen wurden, wirkten auf unser Publikum wie eine Offenbarung, ,,welches Kleinod wir, unbeschadet unsrer nationalen Einheit, in der kulturellen Verschiedenartigkeit der Volksstämme besitzen, die in unsern Bergen nebeneinander wohnen". Seine Sommerfahrten ins Land hinaus boten eine Fülle edler Genüsse und anmutigster Geselligkeit. Mit Erstaunen erfährt man aus der Festschrift von Hedwig Bleuler-Waser zum 25jährigen Jubiläum des Lesezirkels am 4. und 9. November 1907, wie rasch dieser Verein, der ganz aus der Familie Bodmer in Hottingen herausgewachsen ist, aus bescheidenen Anfängen sich zu einem angesehenen und in der ganzen Schweiz anerkannten Vertreter der literarischen Interessen unseres Landes entwickelt hat. Der ,,Lesezirkel Hottingen" ist, nachdem ein erster Gedanke schon im Hottinger Turnverein von Wilfried Treichler geäussert worden war, am 4. November 1882 im ,,Sonneneck" in Hottingen von zwölf Jünglingen, unter denen sich der eigentliche Gründer und nachmalige ständige Präsident Hans Bodmer befand, konstituiert worden. Es wurde vorerst eine Lesemappe mit Zeitschriften, der ,,Thek", in Zirkulation gesetzt, und diese älteste, grundlegende Institution des Vereins ist auch heute noch seine sorgsam gepflegte Hauptaufgabe. Es kamen dann dazu eine Leihbibliothek und die Veranstaltung von literarischen Vorträgen. Mit dem im Jahre 1891 im Gemeindehaus Hottingen eröffneten Lesezimmer wurde eine weitere Institution geschaffen, die dem Lesezirkel hernach die 1896 gegründete Pestalozzi-Gesellschaft abnahm; in den weitesten Volkskreisen werden namentlich die in allen Stadtteilen eröffneten, stets stark besuchten Lesesäle der Pestalozzi-Gesellschaft als grosse Wohltat empfunden, und auch ihre Volksbibliotheken,

Volkslehrkurse und Volkskonzerte werden von vielen geschätzt, die dieser Bildungsmittel sonst nicht teilhaftig würden. Der „Lesezirkel Hottingen" setzte sich nach den Statuten von 1896 den Zweck, „durch geeignete Veranstaltungen den Sinn für Literatur zu pflegen". Seinen Aufschwung verdankt er insbesondere seinen öffentlichen Anlässen und Festlichkeiten. Durch sie wurde er „ein soziales Wesen, dem sich die verschiedensten persönlichen Beziehungen nicht nur innerhalb seines Mitgliederkreises und seiner engern Gemeinde, sondern in der ganzen Heimatstadt und im Schweizerlande herum, ja über seine Grenzen hinaus erschlossen. Man kann wohl sagen, dass seit dem Tage des Schweizer Trachtenfestes (1896) der Lesezirkel in der ganzen Schweiz immer mehr angesehen wird für eine Art Verwalter und Popularisator heimischer Kulturschätze, von dem ähnliche Bestrebungen und Vereinigungen Rat und Hilfe begehren." Nichts Lieblicheres als diese Dichterfeiern (Klopstocks auf der Au, Gessners im Sihlwald), diese mit ebensoviel Geschmack als Kunstsinn durchgeführten Sommerfeste auf der Ufenau, in Rapperswil, in Stein am Rhein, die immer wieder an Gottfried Kellers Verse erinnern:

Ja, dieses Volk, in reg' empfundnem Triebe,
Eilt aller Kunst voran und übt sich frei,
Gesetzlos spielend auf den freien Fluren!
Da sieht man oft auf kaum ergrünter Wiese
Ein leicht' Gerüst, drauf unter Frühlingswolken
In bunter Tracht voll Eifer es tragieren,
Von seiner eignen Menge ernst umringt.
Und schliesst die Handlung, so begehn die Spieler
Vereint in einem Zuge mit den Hörern
Des Orts Gemarkung feierlichen Schrittes.
So freut das Volk der trauten Heimat sich!

Zu den reizendsten winterlichen Anlässen in Zürich aber gehören stets die unter dem Namen „Kränzchen" in der Tonhalle abgehaltenen Feste, bei denen die sämtlichen Lokalitäten eine stilgerechte Ausschmückung erhalten, die noch tagelang eine viel bewunderte Sehenswürdigkeit zu bleiben pflegt. Unter ihnen sind die „Frühlingsmesse von Seldwyla", „Die Bauernkirchweih", „Die Orientreise", die Röseligarten-Aufführungen besonders eindrücklich geblieben. Mit seinen „Literarischen Abenden", die jeden Winter stattfinden, bezweckt der Lesezirkel, hervorragende Erscheinungen oder bestimmte Gebiete der Literatur durch Vor-

träge, Rezitationen und kleinere dramatische oder musikalische Aufführungen zu lebendiger Anschauung zu bringen. Dabei wird die Literatur der Gegenwart möglichst in der Weise herangezogen, dass Dichter und Schriftsteller Proben aus ihren Werken persönlich vorlesen, und mancher Träger eines berühmten Namens in der Schweiz und im Ausland ist der Gemeinde des Lesezirkels auf diese Weise auch von Angesicht bekannt geworden. Für die literarischen Feinschmecker aber besteht dann noch ein literarischer Klub. ,,In diesem zugleich beweglicheren und engmaschigeren Netz liessen sich dann allerlei feinere literarische Spezialitäten und Merkwürdigkeiten, auch unausgewachsene Exemplare, oder zur Abwechslung auch Amphibien aus benachbarten Gebieten auffangen", sagt die Verfasserin der Festschrift. Ausser diesem schönen Buche verdanken wir dem ,,Lesezirkel Hottingen" noch manche andere wertvolle und interessante literarische Publikation, die durch seine Feste veranlasst wurde. Das neueste ist der Prachtband ,,Schwyzerländli", ein Gemälde des schweizerischen Volkslebens im Spiegel des mundartlichen Liedes, illustriert durch 22 farbige Trachtenbilder nach ältern Miniaturküpferchen. Eine neue Quelle der Unterhaltung und Anregung hat der Verein seinen Mitgliedern erschlossen mit seinem Organ, ,,Der Lesezirkel".

Noch immer fehlt dem ,,Lesezirkel Hottingen" das seinen Zwecken genügende eigene Heim mit Vortrags-, Lese- und Gesellschaftsräumen; es soll aber ein solches unter dem Namen ,,Gottfried Keller-Haus" erstehen, zu dem am Jubiläum von 1907 mit einem namhaften Beitrag der Grundstein gelegt worden ist. Eine patriotische Tat vollbrachte der ,,Lesezirkel Hottingen" in Gemeinschaft mit andern mit der Gründung der ,,Schweizerischen Schillerstiftung", die den Zweck hat, Schriftsteller, die sich um die schweizerische Nationalliteratur verdient gemacht haben, in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen und auch auf andere Weise (Stipendien an jüngere Talente, Volksausgaben von Meisterwerken schweizerischer Dichtkunst) die nationale Literatur zu fördern. An der vom Lesezirkel am 9. Mai 1905 in der Tonhalle veranstalteten Schillerfeier ist von Bundesrat Forrer die Gründung der ,,Schweizerischen Schillerstiftung" proklamiert worden.

VIERZIGSTES KAPITEL

CONRAD FERDINAND MEYER

„In meinem Wesen und Gedicht
„Allüberall ist Firnelicht,
„Das grosse stille Leuchten."
C. F. Meyer.

Wie zwei Türme ragen aus dem literarischen Zürich des 19. Jahrhunderts die Namen Gottfried Keller und Conrad Ferdinand Meyer: viereckig, trutziglich, wie aus unbehauenen Quadern gefügt der eine, rund, mit sorgsam geglätteter Oberfläche der andere. Welcher von ihnen der grössere sei, ist eine der müssigen Fragen, wie sie Goethe, der mit Schiller verglichen wurde, mit den Worten zurückwies: ,,Freut euch doch lieber, dass ihr zwei solche Kerle habt!" Gottfried Keller und Conrad Ferdinand Meyer waren grundverschieden bis in die innersten Wurzeln ihres Wesens; sie dürfen nicht gegeneinander abgeschätzt und gewogen werden. Welchen Gegensatz bietet trotz mancher Ähnlichkeiten — die früh verwitwete, kummerreiche Mutter, die treue, nur für den Bruder lebende Schwester, der fatale Ruf einer ,,verfehlten Existenz" — schon ihr äusserer Lebensgang! Das Milieu, aus welchem Gottfried Keller hervorging, war der Rindermarkt mit seinen kleinbürgerlichen, teilweise ärmlichen Verhältnissen; in eine ganz andere Gesellschaftsschicht aber führt uns das Leben Conrad Ferdinand Meyers. Er ist der Sprössling einer angesehenen altzürcherischen Familie, der Sohn des Regierungsrats Ferdinand Meyer (geb. 7. März 1799, † 10. Mai 1840), eines feingebildeten, edeldenkenden Magistraten, der seine Mussestunden mit Vorliebe historischen Studien widmete. Die Frau Regierungsrat Betsy Meyer war die Tochter des zur Zeit der Helvetik vielgenannten Taubstummenlehrers, Statthalters und spätern Oberrichters Johann Conrad Ulrich, eine der feinsten und anziehendsten Frauengestalten, die Zürich je hervorgebracht hat. J. C. Bluntschli erblickte in ihr das ,,Ideal der Weiblichkeit", und dem heranwachsenden Geschlecht erschien sie wie die Verkörperung einer andern,


Meyer von

vergangenen, feineren Zeit. Einer Freundin von Johanna Spyri machte Frau Betsy den Eindruck, als ob sie aus dem Zeitalter Schillers und Goethes zurückgeblieben sei, und über ihr schwebte, was für viele so unauslöschlich wirkte, der Zauber seltener Anmut, feinen Geistes, eines reinen, warmen Herzens und der Reiz einer leisen Melancholie, des ,,Urheimwehs", wie sie sagte, das wir nie verlieren, solange wir auf dieser Erde wandeln.

Als Conrad Ferdinand Meyer am 11. Oktober 1825 geboren und folgenden Tages — wie Gottfried Keller in der Predigerkirche — getauft wurde, wohnten die Eltern noch im Ulrichschen Hause zum ,,Stampfenbach". Seit 1830 finden wir sie im ,,Grünen Seidenhof", wo ihnen am 19. März 1831 das zweite Kind geboren wurde: die hochbegabte Betsy Meyer († 22. April 1912 in ihrem Chalet ,,Rischmatt" in Veltheim bei Wildegg, Kt. Aargau). Es wäre zu viel gesagt, wenn man behaupten wollte, dass diese um 5½ Jahre jüngere Schwester Conrad Ferdinand Meyer zu dem gemacht habe, was er geworden ist; aber dass ihr ein Hauptanteil daran gebührt, das gehört zu den sichersten Tatsachen der Literaturgeschichte. Sie ist zu ihm gestanden und hat an ihn geglaubt durch lange, trübe Jahre, als kein Mensch auf der weiten Welt etwas von Conrad Ferdinand Meyer hielt und erwartete; sie war sein Halt und sein Trost in den Kämpfen und Nöten des werdenden Dichters; sie kannte jeden seiner Gedanken und war seine vertraute Freundin und Ratgeberin, mit der er seine dichterischen Pläne durchsprach. Betsy Meyer hat unter viel Mühe die Drucklegung des Erstlingswerks ihres Bruders, der ,,Zwanzig Balladen", erwirkt, und es war die glücklichste Stunde ihres Lebens, als sie ihm unter der Anrede ,,Mein liebster Dichter!" den Erfolg ihrer Bemühungen melden konnte. Bis zu seiner Verheiratung führte Betsy dem Bruder den Haushalt und diente ihm als Privatsekretär; er diktierte ihr seine Werke und Entwürfe und nahm sie mit auf seine Reisen nach Italien und ins Bündnerland. Und als er dann das eigene Heim begründete, ist sie still verschwunden, um ihren weitern Lebensweg allein zu suchen und durch volle fünfzehn Jahre als freiwillige Gehilfin in der Gebetsheilanstalt von Samuel Zeller in Männedorf zu wirken. Dass auch sie selber meisterlich die Feder zu führen verstand, bewies Betsy Meyer mit dem Buch: ,,Conrad Ferdinand Meyer in der Erinnerung

seiner Schwester", das die Treue und Hingabe für den angebeteten Bruder krönte.

In die Schulzeit Conrad Ferdinand Meyers — er besuchte das untere und das obere Gymnasium — fiel der Hinschied des Vaters, ein Ereignis, das die aufs tiefste erschütterte Mutter in ihrem Tagebuch mit dem einzigen Wort „Todesstoss" bezeichnete. Anfänglich machte der junge Conrad in der Schule gute Fortschritte; dann kam er aber hinter andere zurück und zeigte ein zerstreutes, träumerisches Wesen. Die Mutter verstand ihn nicht zu behandeln und wusste das auch. „Ich bin," schrieb sie an einen Freund, „trotz oder wegen meiner mütterlichen Zärtlichkeit, die Person, die ihm am meisten schadet". Oder ein andermal: „Meine Freunde werfen mir nicht vor, ich verwöhne ihn, sondern vielmehr, ich halte die Zügel zu straff und laufe Gefahr, den Faden zu brechen, der mich mit diesem so unabhängigen Geist verbindet ... Ich habe grösstenteils sein Zutrauen verloren, weil ich mit zu grossem Eifer ihm meine religiösen Überzeugungen aufzudrängen suchte." Unter solchen Umständen hielt die bekümmerte Mutter es für richtiger, die Erziehung des Sohnes ganz in andere Hände zu geben. Durch Vermittlung des Historikers Louis Vulliemin placierte sie ihn in eine gute Pension in Lausanne. Im folgenden Jahr (1844) kehrte er zurück, mit einem Kopf voll gärender Ideen und weniger disponiert denn je, sich in die Enge der heimischen Verhältnisse und die gegebenen Schranken des täglichen Lebens zu schicken. Zwar bestand er das Maturitätsexamen und sollte nun auf den Rat Bluntschlis Jurisprudenz studieren, aber die trockene Wissenschaft widerte ihn bald an, und er zog sich aus den Hörsälen gänzlich auf sein Zimmer zurück, begann eine vielgestaltige, planlose Lektüre und machte dichterische Pläne und Entwürfe, von denen aber kein einziger zur Reife gelangte. Ganz verzweifelt schrieb die Mutter 1849 an Vulliemin: „Er leidet, dass er kein Ziel und keine Karriere hat und keinen Entschluss fassen kann. Auch kann ich sagen, dass ich von ihm nichts mehr in dieser Welt erwarte." Es geht, wie Köhler schreibt, etwas Müdes, Gequältes, Überängstliches durch das Tun der feinfühligen Frau, „und die beiden, Mutter und Sohn, nebeneinander zu sehen, ist überaus peinlich. Beide hangen in inniger Liebe aneinander, aber sie finden sich nicht, sie bleiben ein-

ander innerlich fremd und verzehren sich in den Konflikten ihrer Seele".

Dieser Dämmerzustand, von dem Meyer selbst schrieb: „Ich war von einem schweren Bann gebunden. Ich lebte nicht. Ich war in Traum erstarrt," dauerte bis zum Jahr 1852. Ein häusliches Vorkommnis führte nun eine Änderung herbei. Meyer wurde unabsichtlich Ohrenzeuge, wie die Mutter einer der besuchenden Freundinnen, die sie mit ihren teilnehmenden Fragen quälten, sagte: „Schonen Sie meiner! Mein erstes, mein begabtes Kind ist für solche Zukunftshoffnungen einer Mutter verloren. Er begräbt sich selbst, er ist für das Leben nicht mehr da!" Meyer war von dem, was er gehört, ganz vernichtet, liess sich aber von der Schwester bestimmen, den Wunsch der Mutter zu erfüllen und sich in einer Heilanstalt auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Die Mutter begleitete ihn nach Préfargier bei Neuenburg. Beim Anblick der Anstaltsmauern sagte Meyer: „Ich glaube, ich bin gesund." Das bestätigten denn auch die Anstaltsärzte, welche keine psychische Krankheit, sondern nur eine etwas abnorme Überreizung der Konstitution feststellten. Nach zwei Monaten konnte er die Anstalt vollständig geheilt verlassen, um sich zunächst zu Prof. Charles Godet nach Neuenburg zu begeben, welcher der Mutter den Rat gab, ihn fortan möglichst für sich selber sorgen zu lassen und ihn dadurch zu zwingen, seinen Lebensunterhalt selber zu verdienen. „Sein grosser Feind ist das eigene Ich; das ist das Zentrum, um das sich alles dreht." Im März 1853 zog Conrad Ferdinand Meyer zu Louis Vulliemin in Lausanne, der ihm zum grössten Segen geworden ist und den nachhaltigsten Einfluss auf ihn ausgeübt hat. „Vulliemin wirkte bestimmend auf sein Geistes- und Seelenleben ein; er bildete Meyers historischen Sinn und leitete seine Studien. In seinem Hause entwickelten sich unseres Dichters feine, gesellschaftliche Formen. Im Umgang mit Vulliemin und seiner ebenso geistvollen wie herzensguten Gattin, sowie im Verkehr mit den Menschen, die in ihrem Hause aus- und eingingen, eignete er sich jene Art feiner, gedankenvoller Causerie an, die jeden, der ihm später nähertrat, mit Bewunderung erfüllte. Hier, wo ihm wahre Religiosität ungeschminkt und lebensvoll in lauteren Persönlichkeiten sich kundgab, wuchs ihm das Verständnis für

die überlegene Geistesmacht des Christentums, wie sie besonders in seiner protestantischen Form in die Erscheinung trat. Es war der französische Historiker, der, von Haus aus Theologe, seinen Blick auf die eigenartige Grösse der Reformatoren und die Kämpfe der Hugenotten lenkte. Die deutsche Literatur hat es vor allem dem welschen Geschichtsschreiber zu verdanken, dass ihr in Conrad Ferdinand Meyer ein Dichter des Protestantismus erstand, der mit Meisterhand die Gestalten Luthers, Zwinglis, Huttens und Colignys, Gustav Adolfs und Rohans aus ihrem innersten Wesen heraus zeichnete." (Langmesser).

Auf Veranlassung Vulliemins übersetzte Meyer in Lausanne Thierrys ,,Récits des temps Mérovingiens". Die umfangreiche Arbeit, eine treffliche Schulung für Meyers Talent und die Bildung seines Stils, erschien 1855 ohne den Namen des Übersetzers und war die erste (und letzte) Freude der Mutter über sein schriftstellerisches Bestreben. Als ein anderer kehrte er am Silvester 1853 nach Hause zurück, und die Mutter schrieb voll Dank und Freude an Vulliemin von der ,,moralischen und religiösen Veränderung", die mit ihm vorgegangen war. Bald hernach verfiel die Mutter in Schwermut und musste schliesslich nach Préfargier gebracht werden, wo sie am 27. September 1856 Kühlung und Tod in den Fluten der Zihl gefunden hat. Den erschütternden Eindruck, welchen die Katastrophe auf das der Mutter verwandte Gemüt Conrad Ferdinand Meyers machte, schildern seine Verse:

Trüb verglomm der schwüle Sommertag,
Dumpf und traurig tönt mein Ruderschlag —
Sterne, Sterne — Abend ist es ja —
Sterne, warum seid ihr noch nicht da?

Bleich das Leben! Bleich der Felsenhang!
Schilf, was flüsterst du so frech und bang?
Fern der Himmel und die Tiefe nah —
Sterne, warum seid ihr nicht mehr da?

Eine liebe, liebe Stimme ruft
Mich beständig aus der Wassergruft —
Weg, Gespenst, das oft ich winken sah!
Sterne, Sterne, seid ihr noch nicht da?

Endlich, endlich durch das Dunkel bricht —
Es war Zeit! — ein schwaches Flimmerlicht —
Denn ich wusste nicht, wie mir geschah.
Sterne, Sterne, bleibt mir immer nah!

Nach dem Tode der Mutter war Conrad Ferdinand Meyer ökonomisch vollständig unabhängig gestellt. Er behielt vorerst mit der Schwester den mütterlichen Wohnsitz in der Meyerschen Liegenschaft in Stadelhofen bei, wohin die Familie 1845 umgezogen war. Das Haus Ecke Stadelhoferstrasse - St. Urbangasse bewohnte des Dichters Onkel, Wilhelm Meyer-Ott, den unsere Leser aus seinen kostbaren Aufzeichnungen über die Straussenrevolution kennen. An dieses Haus grenzte am St. Urbangässchen ein längliches Gebäude, genannt die ,,Reisekiste", wo Frau Meyer mit Sohn und Tochter wohnte, und das dritte und unterste Meyersche Gebäude, mit Front gegen den See, war das jetzt verschwundene Lochmannsche Haus. Conrad Ferdinand Meyer war beim Tode der Mutter schon über dreissig Jahre alt, ohne noch etwas geworden zu sein und sich als nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft erwiesen zu haben, und das fanden seine werten Mitbürger auch sonderbar und auffällig. Sie gaben es ihm gelegentlich zu fühlen, dass er ihnen nicht als vollwertig galt, und die Demütigungen und Zurücksetzungen, die er zu kosten bekam, erfüllten ihn nach und nach mit einer wahren Bitterkeit, die sich noch öfters in den Briefen aus der Fremde an die Schwester Betsy Luft machte. Doch fand er selber wieder entschuldigende Worte für die Haltung seiner Mitbürger, die im Grunde nicht eigennütziger und unzarter seien als die Leute allenthalben sind, ,,sondern sich nur sagen: warum sollen wir einem Menschen, der krank gewesen ist, dessen Mutter auch krank gewesen, der überdies nichts Rechtes, d. h. nichts Praktisches kann, das Geringste anvertrauen?" Und durch alle Misstimmung brach wieder die Heimatliebe des Zürchers sich Bahn: ,,Du glaubst aber nicht," schrieb er an Betsy aus Paris, ,,wie lieb man in der Fremde die Heimat bekommt. Der Begriff Heimat ist ein so natürlicher, dass man hier im Getümmel von Paris ein Gefühl der Sicherheit und des Friedens hat, wenn man seine Strassen betritt." C. F. Meyer war 1857 nach Paris und im gleichen Jahre noch nach München gegangen, 1858 hatte er mit der Schwester Rom und Florenz besucht und reiche Eindrücke gesammelt, ohne aber über das Gefühl des ,,quälenden Unvermögens einer seinem Talent auch nur annähernd entsprechenden Hervorbringung" hinwegzukommen. So hielt er es in Zürich wieder nicht lange aus und flüchtete zum drittenmal

nach Lausanne. Endlich, 1864, als er beinahe vierzig Jahre alt geworden war, gelang der erste Schritt in die Öffentlichkeit: er gab ohne seinen Namen die „Zwanzig Balladen“ heraus, die im Kreis seiner Zürcher Freunde und Verwandten für ihn geradezu eine Auferstehung bedeuteten und deren bescheidener Erfolg seinen Mut und sein Selbstvertrauen hob. Ein gutes Zeichen war es auch, dass ein anderer Dichter Conrad Meyer (geb. 3. September 1824 in Winkel bei Bülach), dessen Name ebenfalls in den Konversationslexiken zu finden ist, Besorgnisse wegen künftiger Verwechslungen hegte. Die beiden Namensvettern trafen ein Abkommen, wonach der Stadtzürcher sich den Namen seines Vaters beilegen sollte, und der Stadtrat erteilte ihm denn auch die Erlaubnis, künftig den Namen „Conrad Ferdinand“ bürgerlich zu führen.

In jenen Jahren siedelte Meyer mit seiner Schwester in den „Seehof“ nach Küsnacht und später nach Meilen über und trat hier u. a. in lebhaften Verkehr mit Dr. François Wille in Mariafeld bei Meilen. Wille, eine Kraftnatur von körperlicher und geistiger Gesundheit und hohem idealem Flug, zog Conrad Ferdinand Meyer völlig in seinen Bann und beeinflusste nachhaltig sein Denken und Schaffen. Die Heimat Willes war La Sagne im Kanton Neuenburg; von dort war sein Vater nach Hamburg ausgewandert und hatte seinen Namen Vuille verdeutscht. Heinrich Heine hat seinerzeit das von Schmissen gezierte Gesicht des flotten Studenten François Wille besungen, und Bismarck, der mit ihm studierte und „paukte“, stellte ihn 1863 seiner Frau vor mit den Worten: „Liebe Johanna, als ich vor dreissig Jahren diesen Herrn zuletzt sah, hatte er sich fünf Stiche in den Bauch geben lassen.“ François Wille war einige Zeit in Hamburg journalistisch tätig gewesen und dann nach Meilen gezogen, wo er mit seiner geistvollen, schriftstellerisch begabten Frau Eliza, der Tochter des Hamburger Grosskaufmanns Slomann, ein überaus gastfreies Haus führte. Was in Zürich auf Geist und Bildung, auf literarisches und politisches Interesse Anspruch erhob, gab sich in Mariafeld Rendezvous, und eine Tafelrunde wie François Wille hat nicht mancher gekrönte Mäzen um sich versammelt. Es gehörten dazu, um nur einige Namen zu nennen, Richard Wagner und Franz Liszt, Herwegh, die Professoren Mommsen, Köchly, Ludwig und Mole-

schott, dann die drei Gottfriede Semper, Kinkel und Keller, der polnische Graf Wladislaus Plater und seine lebhafte Frau, die frühere Schauspielerin Caroline Bauer. In diesem geistreichen und anregenden Kreise bedeutender Menschen verhielt sich C. F. Meyer mehr empfangend und beobachtend; dem Ehepaar Wille aber bewahrte er für seine verständnisvolle Teilnahme und vielfache Förderung zeitlebens tiefe Dankbarkeit.

Die erste unter seinem Namen erschienene Publikation Meyers waren die ,,Romanzen und Bilder" (Dezember 1869), die aber fast unbeachtet blieben. Wille ärgerte sich über das stumpfe Schweigen der literarischen Miteidgenossen und schrieb im Frühjahr 1871 in seiner resoluten Art in einem öffentlichen Blatte: ,,Während in unsern zahlreichen, heimische Talente immer patriotisch feiernden Blättern auch die unbedeutendste Gedichtsammlung nicht der freundlichen, von rührender Genügsamkeit zeugenden Empfehlungen entbehrt, habe ich diese Gedichte eines Zürichers noch niemals in unserer Presse erwähnt gefunden." Wille machte nachdrücklich aufmerksam auf die günstigen Besprechungen dieser Gedichte Meyers durch Männer wie Vulliemin in der französischen Schweiz und Rudolf Gottschall in Deutschland und hob den hohen poetischen und geistigen Gehalt der ,,Romanzen und Bilder" hervor. Den tiefsten Eindruck machte auf Conrad Ferdinand Meyer der deutsch-französische Krieg und der Aufschwung des Deutschen Reiches. Glaubte er doch sogar, nunmehr das ,,französische Wesen" bei sich ganz ,,abtun" und sich mit aller Entschiedenheit zu der deutschen Stammeszugehörigkeit bekennen zu müssen. Meyer geriet in einen solchen deutschen Eifer, dass er an Gottfried Kinkel die Zumutung richtete, sich durch ein patriotisches Gedicht mit Deutschland zu versöhnen und in das neuerstandene Reich zurückzukehren, was Kinkel gründlich dahin missverstand, dass Meyer nach seiner Professur am Polytechnikum trachte und ihn deshalb von Zürich wegwünsche! Seiner Begeisterung für deutsche Grösse, deutsche Art und deutsches Wesen gab Meyer sodann Ausdruck in der grossartigen epischen Dichtung ,,Huttens letzte Tage", die seinen dichterischen Ruhm begründen sollte. Meyer hat dieses Werk, das zuerst von Johannes Scherr voll Freude und Begeisterung am 6. Oktober 1871 in der ,,Zürcherischen Freitagszeitung" besprochen

wurde, François und Eliza Wille gewidmet, die an seinem Entstehen so lebhaften Anteil genommen hatten. ,,Während von persönlichem Einfluss irgend eines Mitlebenden auf seine späteren Schöpfungen keine Rede sein kann," sagt der kompetenteste Kenner und Beurteiler Meyers, Adolf Frey, ,,hat unstreitig, als der Hutten auf dem Amboss lag, Willes Geist und lebhafter Ratschlag sein Gutes getan, vom Dichter um so dankbarer empfunden, als diese Dichtung im eigentlichen Sinne sein Schicksalsbuch ist, das ihm auf einen Schlag die seit einem Vierteljahrhundert ersehnten Güter verschaffte: die ungehemmte innere Entfaltung und den äusseren Erfolg." Es folgten darauf 1872 das Epos ,,Engelberg", 1873 die erste historische Novelle ,,Das Amulet", 1875/76 der gewaltige historische Roman ,,Jürg Jenatsch", der nun erst Conrad Ferdinand Meyer auch in seinem Vaterland zum berühmten und populären Dichter machte.

Unterdessen hatte sich — am 5. Oktober 1875 — Conrad Ferdinand Meyer verheiratet mit Luise Ziegler, der Tochter des Obersten und früheren Stadtpräsidenten Ziegler von Zürich, der dem neuvermählten Ehepaar auch behilflich war beim Ankauf und der Einrichtung seines Heimwesens in Kilchberg (1877). Durch diese Verbindung hatte C. F. Meyer wieder völlig Wurzel gefasst in den Kreisen, denen er entstammte, und charakteristisch dafür ist der Glückwunsch von Professor J. R. Rahn zur Verlobung: ,,Gratuliere zur Wahl Deiner künftigen Lebensgefährtin, die passender nach unser aller Überzeugung nicht hätte getroffen werden können. Hier zeigt sich denn doch wieder der Zürcher, und zwar der Zürcher von altem Schrot und Korn, der unbeirrt von fremdem Tand und Geklemper den Sinn für das Echte, Gute und Treue bewahrt hat." 1879 wurde dem Dichter die einzige Tochter Camilla geboren; die Gattin überlebte ihn um fast 17 Jahre († 12. Mai 1915). In Kilchberg brachte Conrad Ferdinand Meyer seine ,,grosse Ernte" ein; rasch nacheinander entstanden dort seine bedeutendsten Werke: nach der Humoreske ,,Der Schuss von der Kanzel" der ,,Heilige", der ihm 1880 die Ernennung zum Ehrendoktor der Universität Zürich eintrug, ,,Plautus im Nonnenkloster", ,,Gustav Adolfs Page", ,,Leiden eines Knaben", ,,Die Hochzeit des Mönchs", ,,Das Amulett", ,,Die Richterin", ,,Versuchung des Pescara" und das letzte ,,Angela Borgia", das er teil-

weise wiederum seiner Schwester bei einem Aufenthalt auf Schloss Steinegg im Thurgau diktierte. Nebenher ging die Entstehung seiner Gedichte; sie wurden auch von Gottfried Keller immer sehr hochgeschätzt, der an Meyers Prosawerken allerlei auszusetzen hatte. Welche Plastik und Klarheit des Ausdrucks, um ein einziges Beispiel anzuführen, bewundern wir im „Römischen Brunnen“:

Aufsteigt der Strahl und fallend giesst
Er voll der Marmorschale Rund,
Die, sich verschleiernd, überfliesst
In einer zweiten Schale Grund;
Die zweite gibt, sie wird zu reich,
Der dritten wallend ihre Flut,
Und jede nimmt und gibt zugleich
Und strömt und ruht.

Zu den letzten kleinen Arbeiten Meyers gehört ein poetischer Gruss zum Jubiläum des Tondichters und Musikdirektors Dr. Friedrich Hegar im Herbst 1890, ein Gedicht zur Fahnenweihe des Sängervereins „Harmonie“ im Mai 1891 und der Prolog zur Einweihung des Zürcher Stadttheaters am 30. September 1891. Conrad Ferdinand Meyer arbeitete schwer. Von Natur floss ihm die dichterische Ader nicht so sprudelnd wie einem Jeremias Gotthelf und Gottfried Keller; vielmehr musste er wie Lessing mit Druck und Pumpe arbeiten: er gewann seine Kunstwerke einfach durch Arbeit. Er selber sagte: „Ich übergehe die Arbeit immer von neuem, um die charakteristischen Züge Schritt für Schritt tiefer zu legen und zu verstärken“. Zu seinem vertrauten Freunde und von ihm selbst bestimmten Biographen Adolf Frey äusserte er einmal, er kämpfe mit seinem Stoff wie Jakob mit dem Engel: „Ich ringe mit dir und lasse dich nicht, du segnest mich denn!“ Der Segen lag darin, dass seine Entwürfe aus jeder Umarbeitung schöner und eigener hervorgingen. Ausserordentlich freuten und stärkten ihn Lob und Anerkennung; andern eher lästig und widerwärtig — wie hat Gottfried Keller auf das „vertrackte Gerühmsel“ geschimpft! — waren sie für ihn wie Honigseim, und nicht umsonst sagt sein Hutten: „Süsseres gibt es auf Erden nicht als ersten Ruhmes zartes Morgenlicht“. Schelte man ihn nicht darum; seine Naturanlage und geistige Konstitution bedurfte der Anerkennung zu ihrem Gedeihen und Fortkommen. Adolf Frey gibt dazu die Erklärung: „Man hat ihm vorgeworfen, dass er es liebte,

sich in seinem Erfolge zu spiegeln und den Ruhm ein wenig vor sich her zu tragen, ohne dass man dabei erwog, dass er fast drei Jahrzehnte in banger und ungewisser Dunkelheit seufzte, bevor es ihm glückte, ins Licht zu gelangen, so dass er in Wahrheit sagen durfte: Ich habe mir die Hände blutig geklettert, ehe ich oben war.“ So vermochte ihn auch Gottfried Keller nicht immer billig und gerecht zu beurteilen. Da er sein Junggesellentum und die sorgenschweren Jahrzehnte niemals völlig verwand, blickte er bitter auf die unabhängige Lage und den beglückten Hausstand Meyers, ohne zu fragen, wieviel Herbes diesem Glück voraufgegangen, ohne zu ahnen, wie er durch eine zarte Gesundheit bedroht war. An Theodor Storm schrieb Keller einmal: „Es ist ewig schade, dass er (Meyer) mir für den persönlichen Umgang verloren ist; allein ich bin in diesem Punkte starr und untraitabel. Sobald ich an einem Menschen dieses unnötige Wesen und Sichmausig-machen bemerke, so lasse ich ihn laufen.“ Meyer tat diese ihm wohlbekannte Abneigung Kellers leid; aber auch er hatte vielleicht für Kellers Art nicht immer das richtige Verständnis, doch urteilte er milde darüber und schrieb nach Kellers Tod: „Besonders jetzt, da er tot ist, reinigt sich sein Bild für mich völlig von dem Gemeinen, das dem Lebenden anklebte und das durchaus nicht in seinem Wesen lag, sondern aus der Wirtshausumgebung und Weinatmosphäre, zu der er durch den Zölibat verdammt war, herstammte. ... Aus seinen sehr edeln patriotischen und sittlich tüchtigen Seiten haben die Schweizer zu lernen.“ Von Keller trennte ihn auch sein entschieden „positives“ Christentum, das im Gegensatz zu Kellers zwar tiefer und natürlicher, aber mehr in sich verschlossener Religiosität sich auch im mündlichen und schriftlichen Verkehr häufig kundgab. Den sprechendsten Ausdruck fand Meyers Christenglaube wohl in dem kleinen Gedicht „In Harmesnächten“:

Die Rechte streckt' ich schmerzlich oft
    In Harmesnächten
Und fühlt' gedrückt sie unverhofft
    Von einer Rechten —
Was Gott ist, wird in Ewigkeit
    Kein Mensch ergründen,
Doch will er treu sich allezeit
    Mit uns verbünden.

Mit dem Jahre 1891 begann für Conrad Ferdinand Meyer eine neue Passionszeit. Geistige Überanstrengung in Verbindung mit der angeborenen leicht psychopathischen Veranlagung brachten ein Seelenleiden zum Ausbruch. Wahnideen stellten sich ein, und in einer dunkeln Stunde zerriss er die umfangreichen Entwürfe zum „Dynasten" und drang darauf, dass alle Papierschnitzel des wertvollen Torsos vor seinen Augen durch die Magd dem Feuer übergeben wurden, trotz der Einsprache der treuen Gattin. Als die Fortschritte der Krankheit die Pflege zu Hause unmöglich machten, willigte er ein, in die Anstalt Königsfelden bei Brugg zu gehen, wo er — von Adolf Frey wiederholt besucht — vom 7. Juli 1892 bis 27. September 1893 weilte. Die Wiedergenesung stellte sich langsam ein, aber die frühere geistige Höhe und Arbeitskraft kehrte nicht mehr zurück. Immerhin zeugt ein von ihm selbst für die „Freitagszeitung" bestimmtes Gedicht von der wiedererlangten Klarheit und Schönheit seiner edelgeformten Gedanken. Den 70. Geburtstag Conrad Ferdinand Meyers am 11. Oktober 1895 feierte der Dramatische Verein Zürich, der am Werden und Wachsen des Dichters von Anfang an den verständnisvollsten Anteil genommen, mit einer Rede von Dr. jur. Friedrich Meyer-Schinz, dem Vetter des Dichters, der jahrelang dessen Sekretär gewesen war und ihm mit seinem umfangreichen historischen Wissen und guten Gedächtnis treffliche Dienste geleistet hatte. Noch imposanter war die am folgenden Tag vom Lesezirkel Hottingen veranstaltete Feier, an welcher Adolf Frey die Festrede hielt. Auch in Berlin wurde Meyers 70. Geburtstag gefeiert, und es sprachen dort u. a. Julius Rodenberg, der treue Freund und Förderer der Schweizer Dichter Keller und Meyer, und Meyers Verleger Haessel. Die philosophische Fakultät der Hochschule Zürich gratulierte ihrem Ehrendoktor mit einer kunstvoll ausgeführten Adresse, in der es hiess: „An unsern Blicken zieht heute der edle Zug Ihrer Gestalten vorüber und mahnt uns zum bewundernden Danke. Möge das „grosse stille Leuchten", das rein wie das Firnenlicht unserer Heimat aus Ihren Schöpfungen geht, auch die kommenden Geschlechter für und für beglücken!"

Nach einem friedvollen stillen Feierabend entschlief Conrad Ferdinand Meyer sanft und schmerzlos am 28. November 1898, und ein Leichenzug, nicht viel anders und grösser als er sonst

auf dem Lande etwa zu sehen ist, geleitete ihn am 1. Dezember zum Grabe an der trautesten Stelle des kleinen Kirchhofs von Kilchberg, das heute ein schlanker Obelisk aus schwarzem Granit mit der Inschrift „Ich lebe und ihr sollt auch leben" den Besuchern kenntlich macht. Als an jenem Abend das Läuten der Glocken am See anhob, klangen in den Herzen der Leidtragenden die Worte aus des Dichters schlichtem „Requiem":

Bei der Abendsonne Wandern,
Wann ein Dorf den Strahl verlor,
Klagt sein Dunkeln es den andern
Mit vertrauten Tönen vor.

Noch ein Glöcklein hat geschwiegen
Auf der Höhe bis zuletzt.
Nun beginnt es sich zu wiegen,
Horch, mein Kilchberg läutet jetzt!

EINUNDVIERZIGSTES KAPITEL

ZÜRICH III SOZIALISTISCH

Im August 1891 schrieb der „Deutsche Sozialdemokrat": „Aus der Schweiz kommt die auch für uns erfreuliche Nachricht, dass Zürich, die Hochburg der Bourgeoisie, endlich in den Händen unserer Partei liegt. Es wurde nämlich vom Volk des Kantons Zürich die zwangsweise Vereinigung der störrischen und zöpfischen Altstadt mit dem weit bevölkerteren Aussersihl beschlossen." Diese Meldung eilte der Wirklichkeit so weit voraus, dass sie von ihr bis jetzt nicht eingeholt werden konnte. Wohl aber gelang es im Jahre 1902 der sozialdemokratischen Partei, im volksreichsten Stadtkreise Zürich III die Mehrheit und damit die ausschliessliche politische Macht an sich zu reissen. Diesen für viele überraschenden Sieg verdankte die Partei zum Teil ihrer ungemein rührigen Agitation. Man war versucht, an das Rezept Plechanows zu denken, der im Juni 1899 im „Pfauen" einen Vortrag über die russische Sozialdemokratie hielt. „Wir waren anfangs wenige," erzählte er, „doch wir machten einen Lärm, als ob wir viele wären, und jetzt sind wir viele." Aber damit ist noch wenig gesagt. Ohne die durch die Stadtvereinigung geschaffenen günstigen Bedingungen wäre die sozialdemokratische Agitation kaum so erfolgreich gewesen. Die Grosstadt mit ihren Arbeitermassen gab erst den richtigen Nährboden ab für eine zukunftsfrohe Sozialdemokratie, so sehr, dass schon bei der Wahl Vogelsangers in den Nationalrat am 23. November 1890 die „N. Z. Z." sich resigniert damit abfand, dass mit der Zeit der ganze erste eidgenössische Wahlkreis den Sozialdemokraten verfallen sein werde.

Die nachhaltigste Förderung erfuhr die Sozialdemokratie durch den Einfluss geistig hervorragender und persönlich ehrenhafter Führer und durch eine wachsame, schlagfertige Presse, deren Nützlichkeit für die Gesunderhaltung des öffentlichen Lebens bei all ihrer Leidenschaftlichkeit und klassenkämpferischen Einseitigkeit sich auch ihren Gegnern aufdrängte. So hat zum Aufstieg der

sozialdemokratischen Partei in Zürich u. a. der nunmehrige Obergerichtspräsident Otto Lang wesentlich beigetragen. Er ist der Sohn eines Schaffhauser Arztes, geb. 1863, und hat in Zürich und Berlin jus studiert. In Berlin trat er in Verbindung mit den hervorragendsten deutschen sozialdemokratischen Parteiführern und kehrte als begeisterter Anhänger ihrer Lehren nach Zürich zurück. Hier wurde er im April 1888 vom Volk zum dritten Statthalteramts-Adjunkten (Untersuchungsrichter, Bezirksanwalt) gewählt. Dass er auch in dieser Stellung sich als sozialdemokratischer Streik- und Agitationsredner vielfach hervortat, erregte das Missfallen des Kantonsrates, der ihm hiefür bei Beratung des Rechenschaftsberichtes am 18. Februar 1890 mit 104 liberalen gegen 85 demokratische Stimmen einen Tadel aussprach. Ein paar Monate später sass Otto Lang selber im Kantonsrat. Er wurde am 26. Oktober 1890 in Örlikon gewählt und nahm bei seinem Eintritt in den Rat am 17. November neben Karl Bürkli Platz, der dem jungen Genossen mit schmunzelndem Behagen die nötige Personalkenntnis über die Ratskollegen beibrachte. Die Ablegung des religiösen Amtsgelübdes hatte Otto Lang schriftlich verweigert. Er machte damit Schule; die Gelübdeverweigerung wurde bei der sozialdemokratischen Fraktion Regel, und schliesslich hat der Kantonsrat selbst, bei Erlass seines neuen Geschäftsreglements im Mai 1909, sowohl das Eröffnungsgebet wie die religiöse Form des Gelübdes abgeschafft. Die Wiederwahl Langs als Bezirksanwalt am 12. April 1891 wurde von den Liberalen erfolglos bekämpft; aber schon Ende 1892 trat er zurück, um mit seinem Bruder Dr. Richard Lang ein Advokaturbureau in Zürich zu eröffnen. Am 22. Dezember 1895 wählte ihn das Volk zum Bezirksrichter, und schon bald darauf war er Vizepräsident dieses Gerichtshofes. Die Wahl zum Mitglied des Obergerichtes durch den Kantonsrat am 20. November 1900 begleiteten in der bürgerlichen Presse allerlei Mahnungen zu künftigem politischem Wohlverhalten, aber selbstverständlich liess sich Otto Lang durch seine Wahl so wenig politisch kalt stellen wie andere Oberrichter, die in bürgerlichen Parteien eine führende Rolle spielen. Seit dem 2. April 1912 bekleidet Otto Lang das Präsidium des Obergerichtes.

Mit einem Antrittsgedicht hat am 23. April 1890 Robert Seidel die Redaktion der „Arbeiterstimme“ übernommen, die er

bis 1898 führte, um dann an das täglich erscheinende „Volksrecht“ überzugehen. Seidel war von 1890 bis 1898 zugleich leitender Sekretär und Präsident der Arbeiterunion, von 1893—1896 und wieder seit 1899 Mitglied des Kantonsrates, seit 1898 Mitglied und 1908 Präsident des Grossen Stadtrates, seit 1911 Mitglied des Nationalrates. Auf das Drängen Seidels waren 1897 die Vorbereitungen getroffen worden für die Herausgabe des „Volksrechts“, dessen Probenummer unter der Redaktion von Paul Brandt und Seidel am 19. März 1898 erschien. Schon auf Ende 1898 trat der erste Redaktionswechsel ein; Brandt wurde Generalsekretär der Eisenbahner, Seidel kehrte in den Schuldienst zurück und wirkt seit 1905 an der Eidgen. Technischen Hochschule, seit 1908 auch an der Universität als Privatdozent für Pädagogik und Sozialpädagogik. In die Redaktion des „Volksrecht“ trat sodann der Badenser Emil Hauth, der jedoch 1906 unser Land verlassen musste, worauf Johann Sigg am 15. Juni 1907 die Redaktion übernahm. Im Mai 1912 kehrte Hauth als zweiter Redaktor neben Sigg ins „Volksrecht“ zurück. Ein sozialdemokratisches Witzblatt, der „Neue Postillon“ erscheint seit 1895 in Zürich. Die journalistische Bekämpfung der Sozialdemokraten betrieb längere Jahre als Spezialist Major Eduard Attenhofer (geb. 1842, † 26. März 1912), zuerst als Redaktor der „Limmat“, dann des von ihm 1885 gegründeten, 1902 eingegangenen „Stadtboten“. Der Bürgerverband erkor (1. Januar 1906) zu seinem Organ das ehemals demokratische „Zürcher Volksblatt“ in Aussersihl, das 1907 in die „Schweizerische Bürgerzeitung“ (Redaktion Dr. Rudolf Lüdi) und 1913 in die „Zürcher Morgenzeitung“ umgetauft wurde. Den Druck übernahm die Offizin Jean Frey.

Die Stadtvereinigung von 1892 besass ihre eifrigsten Förderer in den demokratischen Parteihäuptern von Aussersihl und Wiedikon. Dass diese damit in politischer Hinsicht die Geschäfte anderer Leute besorgten, sich selber aber das Grab schaufelten, bedachte und glaubte damals keiner von ihnen. In den Grütlivereinen sassen die führenden Demokraten, und an den demokratischen Wahlversammlungen nahmen auch die Arbeitervertreter teil. Nirgends so schroff wie von den Demokraten im III. Kreise wurde das Ansinnen der Liberalen, eine freisinnig-demokratische Mittelpartei unter Abstossung der äussersten Rechten und Linken zu bilden, zurück-

gewiesen. Die Sozialisten lohnten das demokratische Zutrauen damit, dass sie bei nächster Gelegenheit dem demokratischen Nationalratskandidaten Dr. Amsler einen eigenen Kandidaten in Otto Lang gegenüberstellten. Bei den ersten Wahlen in den Grossen Stadtrat im III. Kreis (1892) gingen Demokraten und Sozialisten zusammen und es wurden gewählt 8 Freisinnige, 15 Demokraten, 8 Sozialisten. Die erste Kantonsratswahl seit der Vereinigung (23. April 1896) brachte im III. Kreis Schwarber, Biber und Seidel in den Rat. 1896 wurde Seidel wieder von den Demokraten gesprengt, und es war damit erwiesen, dass im III. Kreis noch jetzt kein Sozialdemokrat ohne die demokratischen Stimmen durchzudringen vermochte. Das genannte Jahr war überhaupt für die Sozialdemokraten ungünstig. Zum erstenmal trat die Motion Walder in Wirksamkeit, nach welcher die Ausländer bei Festsetzung der Wahlzahl ausser Betracht fielen (Volksabstimmung vom 12. August 1894). Dadurch wurde die Vertretung von Aussersihl von 16 auf 12 reduziert, von denen die Freisinnigen 3, die Demokraten 7, die Sozialisten 2 erhielten. Schon drei Jahre darauf trat der Umschwung ein und das „Volksrecht" jubelte: „Der III. Kreis ist unser!" Am 3. April 1899 wurden die letzten Freisinnigen und drei Demokraten weggewählt; der III. Kreis sandte 8 Sozialisten und 4 Demokraten in den Kantonsrat. 1900 kam die Volkszählung und damit eine starke Vermehrung der Mitgliederzahl des Kantonsrates. Man versuchte diese zwar durch ein Gesetz auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren, was aber hauptsächlich die Demokraten zu hintertreiben wussten. So bekam der III. Kreis fortan 27 Vertreter, und im ersten Anlauf — am 27. April 1902 — eroberten die Sozialdemokraten alle 27 Mandate.

Umsonst hatten die Bürgerlichen die äussersten Anstrengungen gemacht, sich noch auf einem Winkel des Schlachtfeldes zu behaupten. Die „Schlacht bei St. Jakob an der Sihl", zu welcher der Herold ihrer „Wahlzeitung" alle guten Eidgenossen aufgerufen, ging verloren. Die Bestürzung darob war so gross, dass die Vermutung ausgesprochen wurde, es sei den Sozialdemokraten der Sieg nur „durch einen im Grossen verübten Wahlbetrug" möglich geworden. Es wurde Material gesammelt zu einem Rekurs, und in der konstituierenden Sitzung des Kantonsrates am 20. Mai, in welcher die 27 Abgeordneten von Aussersihl, verstärkt durch drei

Genossen aus Unterstrass und 8—9 aus andern Wahlkreisen, sich ohne Respekt für die in Jahrzehnten ersessenen Platzrechte älterer demokratischer Ratskollegen in den Bänken zur Linken breit machten, wurde der Aussersihler Vertretung das Gelübde nicht abgenommen und der eingegangene Rekurs an die Wahlaktenprüfungskommission gewiesen. Eine hochnotpeinliche Untersuchung hob an. Sie brachte mit Mühe und Not heraus, dass bei allerstrengster Interpretation des Wahlgesetzes die drei letzten Sozialdemokraten möglicherweise nicht gewählt sein könnten. Ernsthafte „Unregelmässigkeiten“ konnten nicht nachgewiesen werden; der sowohl von den Bürgerlichen, wie von den Sozialdemokraten betriebene „Stimmzettelfang“ war rechtlich nicht zu fassen. Dennoch genügte das dürftige Material der Kommission und dem Rate, um sämtliche 27 Wahlen zu kassieren. Scharf und klar hatte Otto Lang als „Kommissionsminderheit“ einen Kassationsbeschluss auf so windiger Grundlage bekämpft. Was wussten die sonst so beredten Juristen der Rechten darauf zu erwidern? „Sie haben geschwiegen in sieben Sprachen und noch mehr Zungen“, rief Pfarrer Pflüger an der Protestversammlung auf der Rotwandwiese am Abend des 26. August, wo beim lodernden Fackelschein eine flammende Resolution gegen den vom Kantonsrat begangenen „Rechtsbruch“ beschlossen wurde.

Am Sonntag darauf, den 31. August, brachten die Sozialdemokraten noch 1000 Mann mehr als das erste Mal an die Urnen und die 27 „kassierten“ Genossen wurden aufs glänzendste bestätigt. An diesem Volksentscheid war nichts mehr zu interpretieren, für die Bürgerlichen in Aussersihl nichts mehr zu hoffen. Die Sozialdemokraten zogen nur die Konsequenz aus dem „Majorz“-System, als sie 1907 auch alle 49 Mandate des III. Kreises für den Grossen Stadtrat in Beschlag nahmen, während sich die bürgerlichen Elemente, Freisinnige und Demokraten, unter dem Zwang der Not zu einer einheitlichen „Bürgerlichen Partei Zürich III“ zusammenschlossen (Konstituierung 12. Februar 1908). Der erste sozialdemokratische Präsident des Grossen Stadtrates von Zürich, Herman Greulich, ist dieser Ehre am 22. Oktober 1904 teilhaftig geworden, und zehn Jahre später, 1914, öffnete sich ihm mit der Wahl zum 2. Vizepräsidenten des Kantonsrates auch die Aussicht auf die höchste parlamentarische Auszeichnung, die der

Kanton Zürich zu vergeben hat: das Präsidium des Kantonsrates. Greulich, der Veteran der zürcherischen sozialdemokratischen Partei, wird als schlagfertiger Debatter, dem alle Register eines Volks- und Parlamentsredners, von den einschmeichelnden Tönen treuherziger Biederkeit bis zum Donnern des grollenden Jupiter zur Verfügung stehen, von keinem jüngern Mitglied des Rates übertroffen. Die Anhänglichkeit seiner Partei für ihn ist an seinem 70. Geburtstag, den 9. April 1912, zum Ausdruck gekommen, und es hat damals Otto Lang ihn mit den Worten charkterisiert: „Um Sozialdemokrat zu sein und zu bleiben, hat er nie die Wirklichkeit verkennen und vergessen müssen: Er ist immer auf der Erde gestanden und hat von diesem Boden aus den Weg zum Sozialismus gefunden. Darum besitzt er mehr als irgend einer von uns die Gabe, uns das sozialistische Problem nahe zu bringen, als Ergebnis menschlicher Tätigkeit, als etwas Grosses und Schönes, das wohl der Zukunft angehört, aber dennoch durch breite Brücken mit der nüchternen Wirklichkeit verbunden ist."

Da die sozialdemokratische Partei die ausgesprochene Vertreterin der Klasseninteressen der lohnarbeitenden Bevölkerung ist und sein will, ist sie mehr als irgend eine andere Partei mit den wirtschaftlichen Kämpfen verknüpft. Ihre Mitglieder, die „Genossen", gehören in der grossen Mehrzahl auch den Gewerkschaften an und führen dort im Verein mit den ausländischen Genossen, die als solche nur gewerkschaftlich und nicht auch politisch organisiert sind, den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen (mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit, Anerkennung der Organisation usw.). Sache der schweizerischen Genossen ist es sodann, durch ihre Vertreter in den Räten die soziale Gesetzgebung und die Arbeiterschutzverordnungen zu fördern und zu beeinflussen, andererseits Massnahmen, welche die Kampfbedingungen für die Arbeiter erschweren könnten, nach Möglichkeit zu verhindern. Die Stellung der kantonalen und städtischen Exekutive in diesen wirtschaftlichen Kämpfen ist ebenso schwierig als undankbar. Sie hat darüber zu wachen, dass die meist mit Leidenschaftlichkeit verfolgten Kampfesziele und die Mittel zu ihrer Erreichung nicht allzu sehr die Rechte anderer und die Interessen der Allgemeinheit beeinträchtigen. Selten wird ihr von der einen oder andern der im Kampf stehenden Parteien oder von beiden der Vorwurf erspart, dass sie

mit ihren Massnahmen oder aber mit untätigem Zuschauen die Gegenpartei begünstige. Am schärfsten umstritten ist jeweilen das Militäraufgebot bei grösseren Streikunruhen. Nach der in den Gewerkschaften herrschenden Auffassung ist das Militäraufgebot in jedem Falle der Beweis krasser Parteinahme der Behörden für die Arbeitgeber. Was die Gewerkschaften unter ,,Koalitionsfreiheit" verstehen, ist nichts anderes als die Anerkennung einer temporären Diktatur der Streikenden. ,,Der sonst bestehende Rechtszustand erscheint ihnen durch die Proklamierung des Kampfes gewissermassen suspendiert, und man klagt schon über Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit, wenn sich der Staat dieser Anschauung nicht anbequemt und der Freiheit der Streikenden, in beliebiger Weise auf die Arbeitswilligen einzuwirken, mit Hilfe der bewaffneten Macht bestimmte Grenzen zieht" (Herkner). Das Bestreben der Behörden geht naturgemäss vor allem auf Einigung und Vermittlung, wozu sie sobald als möglich ihre guten Dienste anbieten. Gegen diese Vermittlung haben dann oft wieder die Arbeitgeber eine instinktive Abneigung, weil sie wissen, dass Einigung ohne Opfer und Konzessionen nicht möglich ist, und zugleich befürchten, die als Schiedsrichter amtenden Vertreter der Behörden, denen eben doch der Einblick in die wirklichen Verhältnisse und in das, was das Gewerbe zu ertragen vermöge, fehle, möchten auf einen Friedensschluss auf ihre Kosten drängen.

Die Streike wiederholen sich im Laufe der Jahre mit einer gewissen Regelmässigkeit und damit — in grösserem oder kleinerem Umfang — auch ihre Begleiterscheinungen. Von besonderer Bedeutung für das Gemeinwesen waren die Vorgänge der Jahre 1897, 1905, 1906 und 1912. Das Jahr 1897 brachte den Nordostbahnstreik. Er drohte schon das Jahr zuvor auszubrechen, als das Personal sämtlicher Hauptbahnen in einer Lohnbewegung stand und die grosse Eisenbahnerlandsgemeinde in Aarau am Sonntag den 16. Februar 1896 ihre kategorischen Forderungen aufstellte. Damals stand Theodor Sourbeck, der ,,Eisenbahnergeneral", der meteorgleich am Himmel der schweizerischen Arbeiterbewegung aufgetaucht war, um nach kurzem Glanze wieder zu verschwinden, im Zenith seiner Popularität. Da die Nordostbahn sich bei der Einigungskonferenz der Eisenbahngesellschaften mit Bundesrat Zemp in Bern am 29. Februar 1896 abseits ge-

halten und die Abmachungen nicht unterzeichnet hatte, wurde ihr von Sourbeck auf den 2. März der Streik angesagt. Durch Vermittlung Zemps kam aber am 1. März der „Friede von Zürich" zustande, der den Konflikt mit der Erfüllung der Arbeiterforderungen beilegte. Sourbeck wurde am 25. Oktober 1896 von den Berner Freisinnigen in den Nationalrat gewählt (1899 wieder fallen gelassen).

Im Frühjahr 1897 wurde der Streit bei der Nordostbahn plötzlich wieder akut. Es hiess, die Direktion habe ihre Verpflichtungen nicht innegehalten, das verpfändete Wort gebrochen. Eine Delegiertenversammlung der Nordostbahnangestellten am 28. Februar fasste in Anwesenheit Sourbecks einstimmig Kampfbeschlüsse. In ihrem Namen ersuchte Sourbeck am 2. März den Verwaltungsrat der Nordostbahn, „er möge dafür besorgt sein, dass die Direktion ihr am 1. März 1896 gegebenes Wort einlöse." Das Zentralkomitee der Eisenbahner sei bereit zu Unterhandlungen vor dem Eisenbahndepartement. Die Antwort wurde erbeten bis 10. März, vormittags 10 Uhr. Folgenden Tages, den 3. März, beschloss der Verwaltungsrat die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Postulate der Eisenbahner und Antragstellung darüber; die Mehrheit der Kommissionsmitglieder war den Arbeiterforderungen unbedingt günstig gesinnt. Sonntag vormittag den 7. März versammelten sich im alten Schützenhaus 400 Nordostbahnangestellte. Es wurde der Antrag auf sofortige Organisation des Streiks gestellt; Arbeitersekretär Greulich beantragte dagegen, vorerst die Ergebnisse der Untersuchungskommission abzuwarten, was auch beschlossen wurde. Der Friede schien gesichert, aber am Montag vormittag den 8. März übermittelte Sourbeck aus Bern dem Verwaltungspräsidenten Guyer-Zeller ein telegraphisches Ultimatum: „Bis zum 10. März vormittags 10 Uhr ja oder nein." Guyer-Zeller telegraphierte am Mittwoch vormittag den 10. März an Bundesrat Zemp, die Antwort auf das Ultimatum Sourbecks liege in dem Beschluss des Verwaltungsrates vom 3. März. Punkt 10 Uhr erschien Sourbeck bei Bundesrat Zemp, um die Note Guyer-Zellers einzusehen. Er erklärte sie für „unbefriedigend" und den Streik für unvermeidlich. Auf das Zureden Zemps erwiderte er, das Personal habe nun einmal beschlossen, die Arbeit niederzulegen, um auf diese Weise die missliebige Direktion, von

der es nichts Gutes mehr erwarte, auf die Seite zu schieben. Immerhin bequemte sich Sourbeck noch zu einer letzten Konzession: Einberufung der Kommission des Verwaltungsrates auf Donnerstag vormittag zu einem sofortigen und endgiltigen Entscheid (wozu diese Kommission gar keine Kompetenz besass). Alsbald nach der Audienz reiste Sourbeck mit seinem Gefolge nach Zürich. Abends hob eine zweite Delegiertenversammlung der Eisenbahner die Beschlüsse vom Sonntag auf und erklärte in einem Bulletin die Lage für „sehr ernst".

Donnerstag vormittag den 11. März begab sich Regierungsrat Locher, ein Mitglied der vom Verwaltungsrat bestellten Kommission, in den „Schützengarten", das Hauptquartier des Zentralkomitees. Er fand bereits eine abgeschlossene Sachlage, die Eisenbahner zum Streik entschlossen und die Proklamation des Komitees erlassen und versandt. Sie war sogar schon in den „Aargauer Nachrichten" erschienen. Bald prangte die Streikproklamation auch an den Mauern von Zürich: „Wir wälzen feierlich die Verantwortlichkeit für die gegenwärtige Sachlage von uns ab auf die wirklich Schuldigen: die Direktion der Nordostbahn", hiess es darin. Abends 8½ Uhr war Eisenbahnerversammlung im alten Schützenhaus. Sie beschloss mit allen gegen 4 Stimmen den sofortigen Streik. Die Eisenbahner waren überzeugt, dass der Bund unverweilt eingreifen und den Betrieb übernehmen werde; hatte man doch im letzten Jahr in der Bundesversammlung, als der Streik drohte, von seiten des Bundesrates gehört, dass der Streik keine Stunde gedauert und der Bund sofort eingegriffen hätte. Nun aber, da der Ernstfall eintrat, zeigte sich, dass die Rechts- und konstitutionellen Grundlagen für einen sofortigen Bundesbetrieb fehlten. Von nachts 12 Uhr an, 11./12. März, Freitags, bis Samstag nachmittag 5 Uhr, 41 Stunden lang, ruhte der Verkehr der Nordostbahn vollständig. In der Bahnhofhalle war es kirchenstill. Es war für Zürich eine arge Kalamität, besonders am Freitag (Wochenmarkt). Nur die wenigen, vom Streik nicht betroffenen Züge der Vereinigten Schweizerbahnen fuhren ein und aus, aber die höheren Bahnhofbeamten mussten selbst die Weichen stellen und alle Dienste verrichten. Von Stunde zu Stunde harrte man auf ein erlösendes Wort aus Bern. Es kam nicht. Die Meinung verbreitete sich, Bundesrat Zemp wolle absichtlich nicht ein-

greifen, um die Nordostbahn für den Rückkauf mürbe zu machen, an dessen Vorbereitung er gerade arbeitete; auch Curti sagt in seiner Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert, dass der Nordostbahnstreik wohl am meisten zur Annahme der Eisenbahnverstaatlichungsvorlage am 20. Februar 1898 mitgewirkt habe. Allgemein hatte man die Überzeugung, dass ein solcher Skandal wie der Nordostbahnstreik nur unter der Privatwirtschaft vorkommen könne und bei der Staatsbahn ausgeschlossen wäre. Dieser Ansicht schien auch Bundesrat Zemp zu huldigen; wenigstens wurde seine Antwort auf die Interpellation von Oberst Meister über den Nordostbahnstreik im Nationalrat am 18. März 1897 so aufgefasst. Die seitherige Entwicklung der Klassenkampftheorie ist nun aber auf dem Standpunkt angelangt, dass den Staats- und Gemeindearbeitern, den Arbeitern an den öffentlichen Betrieben, nicht nur für sich selbst jederzeit ein Streikrecht, sondern auch im Falle eines Massenstreiks, Generalstreiks oder Sympathiestreiks zur Unterstützung anderer Arbeiterkategorien, eine Streikpflicht zukomme. Sind ihre eigenen Lohn- und Anstellungsverhältnisse befriedigend, so ist das kein Grund, sie vom Streik zu dispensieren; sie haben im Gegenteil, so wird gesagt, nur um so mehr Pflicht, mitzumachen und damit auch ihren Genossen zu ähnlich günstigen Arbeitsbedingungen zu verhelfen. Den Vertretern dieser Theorie schien jedoch. zu entgehen, dass dadurch der in Stadt und Kanton Zürich schon in reichem Masse ausgestaltete Staats- und Gemeindesozialismus auf das unheilvollste kompromittiert werden musste; denn wer konnte sich für ihn noch begeistern, wenn die öffentlichen Betriebe keinen Augenblick mehr davor sicher sein sollten, wegen irgendeines Streiks in einem Privatbetrieb aus lauter „Sympathie" von ihren eigenen Arbeitern und Angestellten ebenfalls stillgelegt zu werden?

Freitag Mittag hiess es, eine bundesrätliche Delegation werde nach Zürich kommen, für deren Reise Sourbeck die Abfertigung und Bedienung eines Extrazuges bewilligt habe. Um 2 Uhr 30 trafen die Herren ein: Die Bundesräte Zemp und Müller, Bundesanwalt Scherb, Departementssekretär Mürset und einige Beamte der Oberpostdirektion. Auf dem Perron warteten einige Mitglieder des Regierungsrates, und Eisenbahner und Volk empfingen die Aussteigenden mit brausendem Hoch. Aber es wurde Abend und

wieder Morgen, und immer noch fuhren keine Züge von Zürich ab. Erst Samstag gegen Mittag einigte man sich auf die Übertragung des Schiedsgerichtes an Bundesrat Zemp, der die pekuniären Forderungen der Arbeiter ohne weiteres bewilligte, aber die Entfernung der Direktoren wegen der ungünstigen Rückwirkung auf die Eisenbahnverstaatlichung abwies. Samstag nachmittags 5 Uhr 40 Min. wurde der Betrieb wieder aufgenommen, nachdem das Zentralkomitee folgende Depesche versandt hatte: „An alle Stationen der Nordostbahn. Einigung durch bundesrätlichen Schiedsspruch erfolgt. Zentralkomitee weist Personal an, sich sofort in Dienst zu begeben zur Betriebsübernahme. Sour-Greulich-beck" (das verabredete Stichwort).

1905 ist das Geburtsjahr des Bürgerverbandes. Ein Maurer- und Handlangerstreik mit den üblichen Erscheinungen hatte die Einberufung einer 2000 Mann starken bürgerlichen Versammlung in den Börsensaal auf den 18. April veranlasst, die gegen die Ausschreitungen beim Streik und die „Schlappheit" der Behörden protestierte. Eine Gegendemonstration (mit anschliessendem Zug zur Börse) veranstalteten die Sozialdemokraten am 19. abends auf der Rotwandwiese. Im Auftrag der bürgerlichen Versammlung erliess deren Komitee am 29. April einen Aufruf zur Bildung eines „mächtigen Bürgerverbandes". Die Konstituierung erfolgte am 31. Mai 1905. Der Bürgerverband war gedacht als wirtschaftliche Gruppe der selbständig Erwerbenden, unabhängig von den politischen Parteien. Seinen Mitgliedern sollte vollständig frei stehen, je nach ihrer individuellen politischen Überzeugung sich der freisinnigen oder demokratischen Partei anzuschliessen, resp. darin zu verbleiben. In der Praxis liess sich jedoch dieser Grundsatz nicht durchführen. Sowohl das freisinnige wie das demokratische Parteiprogramm machten den sozialpolitischen Forderungen der Neuzeit weitgehende Konzessionen. Der Bürgerverband aber war ein natürlicher Gegner mancher dieser Forderungen, die er als ungebührliche Schädigung der Interessen der selbständig Erwerbenden betrachtete. Er musste daher früher oder später notwendigerweise mit den bestehenden politischen Parteien in Konflikt kommen, und das um so eher, als er schon frühzeitig begann, eine selbständige Wahl- und Abstimmungspolitik zu betreiben, also sich in vollem Umfang auch politisch zu betätigen und damit

gelegentlich die Politik der übrigen Parteien zu durchkreuzen. Nachdem er 1907 den demokratischen Stadtrat Nägeli bei der Wiederwahl bekämpft und dadurch den Sozialisten die Sprengung des Freisinnigen Welti erleichtert hatte, und 1908 bei den Nationalratswahlen dank der Fronde des Bürgerverbandes gegen die Kandidatur Wettstein Greulich gewählt worden war, beschloss am 4. Dezember 1908 die demokratische Partei des ersten eidgenössischen Wahlkreises einstimmig die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der demokratischen Partei und im Bürgerverband. Den gleichen Beschluss fasste — aus ähnlichen Gründen — am 9. Januar 1911 der freisinnige Stadtverein mit 131 gegen 100 Stimmen bei 70 Enthaltungen. Die Stärke des Bürgerverbandes bestand in seinem Rückhalt an der durch die unaufhörlichen Streikunruhen gelangweilten und erbitterten öffentlichen Meinung. Sie ermöglichte ihm auch, in der Form einer Streikinitiative vom Jahre 1906 eine bedeutende Verschärfung des Strafgesetzbuches bezüglich der Streikvergehen herbeizuführen. Es kamen für diese Streikinitiative, die in erster Linie als das Werk des juristischen Beraters und Führers des Bürgerverbandes, alt Oberrichter Dr. Albert Rosenberger, zu betrachten ist, 18,637 gültige Unterschriften zusammen. Das Volk stimmte der vom Kantonsrat etwas abgeschwächten Vorlage am 26. April 1908 mit grossem Mehr zu. Als Folge des Generalstreiks von 1912 ist eine zweite, noch schärfere Streikinitiative zu betrachten, für welche im Jahr 1913 der Staatskanzlei 12,000 Unterschriften eingereicht wurden. Der Erfolg dieses Volksbegehrens steht noch dahin.

Ein Generalstreik der städtischen Arbeiter drohte im Jahre 1905 im Zusammenhange mit Vorgängen im städtischen Gaswerk Schlieren, wo ein Maschinist B. entlassen worden war. Eine Versammlung der Gasarbeiter am 6. April beschloss, „sich mit dem Kollegen B. solidarisch zu erklären und dem Stadtrat Zürich ein Ultimatum zu stellen, nach welchem die sofortige Wiederanstellung des Maschinisten B. verlangt wird. Es wird dem Stadtrat eine Frist bis zum 10. April vormittags 10 Uhr angesetzt, innert welcher er sich zu erklären hat, ob er dem Begehren der Arbeiter zu entsprechen gedenke oder nicht". Mit chargiertem Brief vom 14. April wurde dann diese Frist noch verlängert bis zum 15. April, abends 7 Uhr. An diesem Tage beschloss der Stadtrat, unter gewissen

Bedingungen der Kündigung des B. keine weitere Folge zu geben. Da aber der Betreffende die gestellten Bedingungen nicht erfüllte, erfolgte am 17. Mai die definitive Entlassung. Nachdem noch ein weiterer Arbeiter C. entlassen worden war, beschloss eine Versammlung städtischer Arbeiter aller Betriebe am 14. Juli 1905, in welcher Greulich vor Unbesonnenheiten warnte und den Instanzenweg empfahl: „dem Vorstande Vollmacht zu erteilen, in Verbindung mit den Betriebsvertrauensleuten den Zeitpunkt des allgemeinen Ausstandes der städtischen Arbeiter zu bestimmen und der Generalversammlung einen entsprechenden Antrag zur Beschlussfassung zu unterbreiten.“ Der Stadtrat nahm daraufhin Veranlassung, im städtischen Amtsblatt vom 19. Juli eine Warnung an die städtischen Arbeiter zu erlassen.

Das Streikjahr 1906 wurde eingeleitet durch einen Ausstand der Bauarbeiter. Am 15. Juni folgte ihm der Streik in der Automobilfabrik Arbenz & Co. in Albisrieden bei Zürich, dessen Verlauf am 2. Juli die Pikettstellung, am 19. Juli das Aufgebot von Regiment 22 (Oberstleutnant Merkli) und Schwadron 17 nötig machte. Es gab mehrere Zusammenstösse ungefährlicher Art. Wegen Verbreitung eines antimilitaristischen Flugblattes in religiösem Gewand (die „Friedens-Glocke“) unter den Soldaten wurden Kantonsrat Joh. Sigg, Verfasser desselben, und einige andere verhaftet und unter der Anklage der Aufreizung von Soldaten „im aktiven Dienst“ zum Ungehorsam vor das Militärgericht der 6. Division (Grossrichter Oberrichter Gottfried Müller) gestellt. Sigg erhielt 8 Monate Gefängnis, die übrigen wurden freigesprochen. Stark war während dieser Vorgänge wiederum vom Generalstreik die Rede, der aber hauptsächlich dank den Bemühungen Greulichs in einer Arbeiterunionsversammlung am 20. Juli abgelehnt wurde. Eine Reihe von Versammlungen in der „Eintracht“ im Frühjahr 1909 diskutierte neuerdings die Generalstreikfrage und empfahl nach einem Referat Greulichs und Korreferat des Arztes Fritz Brupbacher im Sinne des letztern eine Resolution, welche u. a. empfahl: „Demonstrationen auf der Strasse, welche die Arbeiter gewöhnen, ihren Mut zu entwickeln in Zusammenstössen mit der Staatsgewalt und sie darauf zu lenken, durch Bildung von sogen. Arbeiter-Garden ein Mittel zu entwickeln, das dazu dient, die staatliche und private Gewaltanwendung abzuwenden.“

Eine gefährliche Höhe erreichten die wirtschaftlichen Kämpfe wiederum im Jahre 1912. Die Feindseligkeiten wurden eröffnet mit dem Streik der sozialdemokratischen Malergewerkschaft am 18. März. Mit besonderem Hass verfolgten die Streikenden ihre „christlichen" (katholischen) Kollegen, welche bei ihren nicht dem Meisterverband angehörenden und an dem Konflikt nicht beteiligten Arbeitgebern ruhig weiter arbeiteten. Am 15. April schoss in den Gebäuden der Zentralmolkerei am Sihlquai ein christlicher Malergeselle, der schon vorher schwer misshandelt worden war, einen ihn hartnäckig verfolgenden Streiker mit dem Revolver nieder. Das am 24. April stattfindende Begräbnis des Getöteten (†21. April im Krankenhaus Neumünster) gab den Sozialdemokraten Anlass zu einem gewaltigen „Demonstrationsleichenzug", und der Freispruch des christlichen Malers durch das Schwurgericht in Pfäffikon (24. Mai) wurde am 30. Mai von einer Protestversammlung auf der Rotwandwiese als „Klassenurteil" erklärt. Die Streikexzesse mehrten sich in bedenklichem Grade, seitdem (am 1. April) auch die Bauschlosser in den Kampf getreten waren. Die geschädigten Meister suchten sich zum Teil mit „Streikbrechern" zu behelfen, die aus Deutschland importiert worden waren und unter denen sich auch fragwürdige Elemente befanden. Wiederholt gelangten die Meistervereine an den Regierungsrat mit dem Gesuch, angesichts der Unzulänglichkeit der Stadtpolizei seinerseits einzuschreiten zum Schutz der Arbeitswilligen. Die Justiz- und Polizeidirektion antwortete am 3. Mai, dass vorderhand von ausserordentlichen Massnahmen gegenüber dem Streik Umgang genommen worden sei, dass aber der Regierungsrat eine Delegation zwecks Beilegung der schwebenden Streiks ernannt habe. Hierauf richteten 35 Meisterverbände am 13. Mai eine Eingabe an den Kantonsrat, in welcher sie erklärten, dass sie von der Regierung nicht Vermittlung, sondern Schutz der Arbeitswilligen verlangt hätten und nun den Kantonsrat um geeignete Massnahmen ersuchten. Nach dreitägiger Debatte lud der Kantonsrat am 17. Juni den Regierungsrat ein, „von allen Machtmitteln des Staates zum Schutze der Rechtsordnung Gebrauch zu machen". Eine Beruhigung wurde dadurch allerdings nicht herbeigeführt, vielmehr sah sich der Regierungsrat veranlasst, am 5. Juli an den Stadtrat von Zürich die Aufforderung zu richten, zum Schutze der Arbeitswilligen

ernstere Vorkehren zu treffen, worauf der Stadtrat am 6. Juli die Aufstellung von Streikposten innerhalb eines gewissen Umkreises um die beiden meistbedrohten Werkstätten und die Besetzung der übrigen Streikposten mit mehr als zwei Mann verbot.

Noch am gleichen Tage gelangte der Metallarbeiterverband, Sektion Zürich, an den Vorstand der Arbeiterunion Zürich mit dem Antrag, im Sinne des Beschlusses der Metallarbeiterversammlung vom 2. Juli „sofort eine Gesamtaktion der Arbeiterschaft Zürichs einzuleiten". Es beschloss darauf der Vorstand der Arbeiterunion am Montag den 8. Juli mit 8 gegen 4 Stimmen, der Delegiertenversammlung der Arbeiterunion die Proklamierung des Generalstreiks zu beantragen. Die erste Delegiertenversammlung fand am Dienstag den 9. Juli statt und beschloss prinzipielle Zustimmung zu einem 24stündigen Generalstreik als Protest gegen das Streikpostenverbot des Stadtrates; doch sollte dieser Beschluss noch einer Urabstimmung in den Gewerkschaften unterbreitet werden. Mittwoch den 10. Juli behandelte der Grosse Stadtrat eine Interpellation Gschwend über das partielle Streikpostenverbot des Stadtrates. Sie wurde von Polizeivorstand Vogelsanger beantwortet, der sich auf die Mahnung der Regierung berief, die Übertreibungen bezüglich der „Streikbrecher" richtig stellte und erklärte, dass die letzteren den Schutz der Niederlassungsverträge geniessen, wie jeder andere, dessen Papiere in Ordnung sind und der sich nicht gegen unsere Gesetze vergeht. Abends fiel in den gesonderten Versammlungen der zur Arbeiterunion gehörenden Gewerkschaften und Vereine der Entscheid für den Generalstreik mit total 6200 gegen 800 Stimmen. So beschloss u. a. das Kartell der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter in der Stadthalle mit 229 gegen 181 Stimmen bei 200 Enthaltungen Beteiligung am Generalstreik. Gegen den Generalstreik nahm (mit 243 gegen 11 Stimmen) die mächtige Gewerkschaft der Typographen Stellung; ferner stimmten dagegen (am 11. Juli) die Versammlung der christlich-sozialen Gewerkschaften am Wolfbach, der Verein der städtischen Beamten und Angestellten und der Verein der Gasarbeiter.

In seiner ausserordentlichen Sitzung am Donnerstag den 11. Juli, nachmittags 2 Uhr, erliess der Stadtrat an die städtischen Arbeiter und Angestellten eine ernstliche Warnung vor der Be-

teiligung am Generalstreik. Gleichzeitig wurde der Justiz- und Polizeidirektion von der Möglichkeit des Ausbruches eines Generalstreiks Kenntnis gegeben. Abends 8 Uhr versammelten sich im Volkshaus die Vorstände und Delegierten der Arbeiterunion. Gegen 11 Uhr wurde bekannt, dass mit 293 gegen 170 Stimmen der 24stündige Generalstreik für Freitag den 12. Juli beschlossen worden sei. Alsbald begann auch die Verteilung der bereits gedruckten roten Flugblätter („Arbeiter heraus!"), welche „zum Protest gegen die Parteinahme der Behörden, zum Protest gegen die Einfuhr berufsmässiger Streikbrecher" den Generalstreik proklamierten. Die Arbeiter wurden aufgefordert, den Alkohol zu meiden, jede Sonderaktion vor den bestreikten Werkstätten zu unterlassen und um 9 Uhr vormittags sich zu einer Protestversammlung auf der Rotwandwiese beim Volkshaus einzufinden.

Unter den ersten, die in der Frühe des Freitag Morgen, 12. Juli 1912, den Generalstreik verspürten, waren Fremde, die mit ihrem Gepäck ungeduldig an den Tramschienen warteten, um zum Bahnhof zu fahren. Es kam aber kein Wagen. Grosse Streikeraufgebote hatten bereits die Tramdepots umlagert und die Ausfahrt der Wagen verhindert. Wie die nachherigen Berichte des Stadtrates und des Regierungsrates hervorhoben, hatte es die Streikleitung, um die Aktion wirksam zu machen, vor allem auf Lahmlegung der öffentlichen Betriebe abgesehen, was ihr denn auch beim Tram sofort gelang. Zwar wurden bei vier Depots Versuche zum Ausfahren gemacht, aber angesichts der drohenden Haltung der Menge bald aufgegeben, und um grösseres Unheil zu verhüten, beschloss der Stadtrat im Laufe des Vormittags Einstellung des Trambetriebs für den ganzen Tag. Auf Veranlassung einer Streikerdelegation musste auch die Strassenbahn nach Örlikon den Betrieb auf der Strecke Milchbuck-Zürich einstellen, und die Drahtseilbahn zum Polytechnikum folgte diesem Beispiel. Bei den Stallungen des Abfuhrwesens im Hardhof fand sich schon um ¼4 Uhr früh eine Rotte von 50 Streikern ein, um das um 4 Uhr beginnende Ausfahren der Fuhrwerke zu verhindern. Ein im Automobil eintreffender Streikleiter gab den strikten Auftrag, keine Wagen herauszulassen. Man musste sich bald überzeugen, dass es ohne starken polizeilichen Schutz, der an dieser Stelle fehlte, nicht möglich war, durchzukommen, und es konnten auch nur ganz

wenige Fuhren von einigen in Vertragsverhältnis mit der Stadt stehenden Privatfuhrleuten ausgeführt werden, von denen aber auch einige unterwegs die Pferde ausspannen und die Wagen stehen lassen mussten.

Die Streikleitung hatte während der Nacht beschlossen, vom Generalstreik zu dispensieren: Post, Telegraph und Telephon, Sanitäts- und Krankenpersonal, Eisenbahnbetriebspersonal, das Personal der Zeitungen „Volksrecht" und „Grütlianer", Lehrer, Milchführer, Transportarbeiter für Brot und Früchte des Lebensmittelvereins bis vormittags 9 Uhr, die Bäckerei des Lebensmittelvereins für die Nachtschicht. Alle andern Leute hatten nach der Auffassung der Streikleitung, deren Generalquartier sich im Volkshaus befand, die moralische Verpflichtung zum Mitmachen, und wo sich Gelegenheit dazu bot, wurden sie auch ungeniert zum Mitfeiern gezwungen. Für einzelne dringende Fahrten konnten aus besonderer Gunst von der Streikleitung Erlaubnisscheine erwirkt werden, die vom Präsidenten der Arbeiterunion unterzeichnet waren. Ein solcher Zettel lautete: „Sie erhalten hiermit die Erlaubnis, mit einem Automobil zwischen 11 und 12 Uhr vormittags und 6 und 7 Uhr nachmittags am Bahnhof Milch und Fische abzuholen. Dieser Ausweis gilt nur für die genannten Fahrten." Nachdem man einmal ein paar Fuhrwerke angehalten und ausgespannt, Gemüsehändler vom See, die zu Markt fahren wollten, zum Umkehren gezwungen hatte und auch Droschkeninsassen mit mehr oder weniger höflicher Bestimmtheit zum Aussteigen eingeladen worden waren, ruhte — da auch die Chauffeure streikten — der Fuhrwerkverkehr in den meisten Strassen fast vollständig und die Abwesenheit jedes Tramlärms erzeugte eine ganz ungewohnte Stille. Im III. Kreise hatte die Streikleitung Tagwacht schlagen lassen; die Trommler durchzogen die Strassen, um die Feiernden zu sammeln. Tafeln mit der Aufforderung zur Arbeitsniederlegung wurden herumgetragen und massenhaft das rote Flugblatt verteilt. Allmählig mehrte sich das Heer des Generalstreiks. Das Amtshaus des Bauwesens II am Beatenplatz war von Streikern umstellt; Arbeiter und Angestellte, die zur gewohnten Arbeitszeit sich einfanden, hatten Schwierigkeiten, ins Haus zu kommen. Camionneure von der Bahn wurden ebenfalls nicht eingelassen und die Kisten, die sie abgeben sollten, unter dem Gelächter der

Menge von den Streikern wieder auf den Wagen geladen. Aus den Werkstätten von Escher Wyss & Cie., wo nur die Lehrlinge angetreten waren, stiessen 2000 „Neumüller“ zur Streikarmee, und auch in den neuen Reparaturwerkstätten der S. B. B. wurde die Arbeit niedergelegt.

Die Stadt hatte das Aussehen ungefähr wie am 1. Mai: Überall feiernde Arbeitergruppen, da und dort ein kleiner Umzug, die übrige Bevölkerung gleichgiltig und interesselos der gewohnten Beschäftigung nachgehend. Auch zu der auf 9 Uhr angekündigten Demonstrationsversammlung beim Volkshaus fand sich nur ein spärliches Publikum ein. Ein Automobil sauste heran, dessen Insassen mit vollen Händen Flugblätter nach beiden Seiten auswarfen. Es war das Automobil der Streikleitung, das einzige, das an diesem Tage in Zürich frei zirkulieren durfte. Ohne Hut, mit fliegenden Haaren, fuhr der Held des Tages, Arbeitersekretär Fritz Platten, mit zwei Begleitern beim Volkshaus vor. Von ihm erfuhr man zunächst, dass die Volksversammlung erst später stattfinden solle. Nun aber, befahl er von seinem Wagensitz aus, möge man nicht da müssig herumstehen. Ein Teil der Leute solle zum Gaswerk Schlieren hinunter gehen, um einen eventuell versuchten Schichtwechsel der Arbeiter zu verhindern; auch die Velofahrer hätten sich zur Ablösung der Posten nach Schlieren zu begeben. Die andern möchten sich zu den Tramdepots verfügen und die dortigen Wachen verstärken, „denn wenn am Mittag das Tram wieder fährt,“ sagte Fritz Platten, „dann hat die ganze Geschichte keinen Zweck.“ Nachdrücklich betonte er noch, dass nach Schlieren nur Schweizerbürger gehen möchten; bei den Tramdepots dagegen könnten auch die Ausländer mitmachen. Hierauf entstieg Fritz Platten für einige Minuten dem Automobil, um im Volkshaus zu verschwinden und dann mit einer neuen Ladung Flugblätter wieder davonzufahren. Erst nach 10 Uhr kam die Volksversammlung zustande, an welcher Nationalrat Sigg, vom Balkon des Volkshauses herab, eine ziemlich heftige Ansprache hielt.

Einen Hauptangriffspunkt der Generalstreikleitung bildete das städtische Gaswerk in Schlieren. Wenn es ihr gelang, den Betrieb plötzlich zu unterbinden, so konnten daraus für das Gaswerk, aber auch für die Stadt und ihre Bewohner schwere Gefahren entstehen. Gasdirektor Weiss und sein höheres Personal boten daher

alles auf, um den Betrieb unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Die Zugänge zum Gaswerk waren schon von 5 Uhr an von Streikenden, namentlich Italienern, besetzt. Um 6 Uhr sollte die seit 10 Uhr abends arbeitende Nachtschicht abgelöst werden. Die Ablösung wurde jedoch von den Streikenden nicht hereingelassen. Der Direktor bewog die Nachtschicht, die Arbeit einstweilen fortzusetzen. Nun gingen die Streiker zu einer regelrechten Belagerung über und schnitten dem Gaswerk die Lebensmittelzufuhr ab. Ein Wirt und ein Bierdepothalter wurden mit Boykott bedroht, wenn sie weiter Lebensmittel in das Gaswerk lieferten. Der Stadtrat, der schon um 7 Uhr und dann wieder um 9½ Uhr Sitzung hielt, musste mit der Möglichkeit rechnen, dass (nach den Dispositionen Plattens beim Volkshaus) nach der Volksversammlung sich grosse Massen nach Schlieren bewegten, um eine gewaltsame Aktion zu versuchen. Er bat daher die kantonale Polizeidirektion um Entsendung eines stärkeren Polizeidetachementes nach Schlieren. Gleichzeitig ordnete er eines seiner sozialdemokratischen Mitglieder ab, um in Schlieren sich über die Situation genau zu orientieren und eine allfällig geplante Aktion womöglich durch seinen persönlichen Einfluss zu verhindern. Aber trotz der Intervention dieses Stadtratsmitgliedes hatte die Aufrechthaltung des Betriebes im Gaswerk mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Die zurückgehaltene Nachtschicht legte um 2 Uhr die Arbeit nieder; die Ablösung stellte sich nicht ein, obwohl der Direktor sie Mann für Mann in ihren städtischen Wohnungen aufgesucht und dringend ermahnt hatte, ihre Pflicht zu tun. Es mussten die Vorarbeiter, das Bureaupersonal, die technischen Beamten, zum Teil akademisch gebildete Leute, die ungewohnte Arbeit im Feuerhaus übernehmen, bei deren Verrichtung zwei von ihnen ohnmächtig zusammenbrachen. Als im Lauf des Nachmittags Platten eine Unterredung mit dem Direktor nachsuchte, machte ihn dieser nachdrücklich auf die Gefahr für das Gaswerk aufmerksam, die durch rasche Einstellung der Feuerung und daraus entstehende Beschädigung der Öfen und Retorten drohte. Platten versammelte den Gasarbeiterverein und meldete sodann zwischen 4 und 5 Uhr, dass die Wiederaufnahme der Arbeit auf Mitternacht oder allenfalls morgens 6 Uhr bewilligt werde gegen die Zusicherung, dass keinerlei Massregelung erfolgen würde. Eine

solche Zusicherung im jetzigen Augenblick zu geben, weigerte sich jedoch der telephonisch angefragte Vorstand des Bauwesens II, Stadtrat Fritschi, der auf bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit bestand. Sie erfolgte aber nicht früher als um Mitternacht. Durch Depeschen, welche von Zürcher Genossen Donnerstag nachts 12 Uhr und Freitag morgens 6 Uhr aufgegeben wurden, hatte man auch die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes in Sils an der Albula zur Arbeitsniederlegung aufgefordert, und es liefen in der Tat neun Mann von den im vollen Gang befindlichen Maschinen weg. Mit Hilfe der übrigen gelang es indessen auch dort, den Betrieb aufrecht zu halten und Schaden an den Maschinen zu verhüten.

Die Mahnung Siggs, keine Ausschreitungen zu begehen, war den Italienern in ihrer gesonderten Versammlung auf der Rotwandwiese offenbar nicht übersetzt worden, denn diese besonders fingen schon vormittags an, allerlei Unfug zu verüben. Aus allen Teilen der Stadt kamen während des ganzen Tages Meldungen über kleinere Krawalle, Ausschreitungen, erzwungene Schliessungen von Fabriken und Geschäften usw. auf die Stadtpolizei, die bei weitem nicht allen Rufen um Hilfe entsprechen konnte. Aber bei der grossen Ausdehnung des Stadtgebietes häuften sich nirgends die Bilder einer Störung der öffentlichen Ordnung derart, dass sie allgemein wahrgenommen worden wären. Die Stadt behielt vielmehr im grossen und ganzen den Anschein friedlicher Stille, und als um 10 Uhr beim Stadthaus mit Musik und Gesang und feierlichem Gepränge bei grossem Volksandrang die eidgenössische Sängerfahne herausgeholt wurde, um zum Bahnhof begleitet und nach Neuenburg zum eidgenössischen Sängerfest übergeführt zu werden, konnte man den Generalstreik vollständig vergessen. Er wurde einem grossen Teil der Stadtbewohner nachmittags 2 Uhr wieder in Erinnerung gerufen durch einen Demonstrationsumzug von etwa 5000 Streikern, die dann im Sihlhölzli von Nationalrat Grimm und andern Ansprachen hörten.

Die Stadt Zürich und ihre Behörden waren durch den Generalstreik vollständig überrascht worden und vermochten sich daher nicht sofort in die neue Situation zu finden. Man liess sich von der Dreistigkeit des Unternehmens verblüffen, und dadurch erhielten seine Urheber die Möglichkeit, für ein paar Stunden die Rolle der

Gebieter von Zürich zu spielen. Im ganzen nahm allerdings der Generalstreik dank der vollkommenen Ruhe der Bevölkerung noch einen ziemlich glimpflichen Verlauf, und auch der Hauptanführer, der den ganzen Tag mit seinem Automobil in der Stadt herumratterte, fasste die Sache ersichtlich mehr von der humoristischen Seite auf. Weniger leicht durfte die Regierung die beschämende Tatsache nehmen, dass in der Hauptstadt mit ihren 200,000 Einwohnern ein paar fremde und einheimische Gesellen und Berufsklassenkämpfer imstande waren, sich die Macht und die Befugnisse der öffentlichen Gewalt anzueignen, den ganzen Tram- und Fuhrwerkverkehr lahmzulegen und im Namen eines sogenannten Massenwillens, dessen bewusste und entschlossene Vertreter wenig über 200 Mann zählten, mit einem Anhang von 20,000 mehr oder weniger freiwilligen Mitläufern, die Diktatur des Proletariats auszuüben. Der Regierungsrat hielt um 11 Uhr Sitzung und richtete an den Bundesrat folgendes Telegramm: „Mit Rücksicht auf den hier ausgebrochenen Generalstreik ersuchen wir um sofortige Weisung, dass die Mannschaft der Festungsartillerie Abt. 2, die heute vom Wiederholungskurs zurückkehrt, vorderhand im Dienst bleibt, speziell zur Übernahme des Sicherheitsdienstes bei Zeughaus und Munitionsdepot. Zum gleichen Zwecke bitten wir auch Genieaspiranten zur Verfügung zu stellen. Für den Fall des Ausbruchs eigentlicher Unruhen beabsichtigen wir, Füsilier-Bataillone 62, 64 und 67 und Schwadron 24 aufzubieten. Wir ersuchen um Genehmigung und Ermächtigung, den Stab von Regiment 27 zwecks Übernahme des Kommandos aufzubieten."

Das Truppenaufgebot hätte sich nun wohl vermeiden lassen — da nach der ganzen Sachlage „eigentliche Unruhen" nicht zu befürchten waren —, wenn nicht die Situation eine bedauerliche Verschärfung erfahren hätte durch einen Akt jener Vergeltungspolitik, die so oft in solchen Fällen an die Stelle der kühl abwägenden und nur das allgemeine Interesse im Auge behaltenden Vernunft tritt: Noch am Freitag vormittag wurde nämlich von einigen Arbeitgeberverbänden beschlossen, den 24stündigen Generalstreik mit einer zweitägigen Aussperrung zu beantworten. Das hiess also, dass aus dem einen Feiertag ihrer vier werden sollten (mit dem dazwischen liegenden Sonntag). Angesichts der aufgeregten Arbeiterschaft und der gereizten Bevölkerung war damit allen

Möglichkeiten Tür und Tor geöffnet, und dieser Umstand hauptsächlich war es, der den Stadtrat bewog, in seiner um 2 Uhr abgehaltenen Sitzung einstimmig bei der Regierung das Truppenaufgebot zu beantragen und zugleich ein Verbot des Streikpostenstehens und der Ansammlungen für das ganze Stadtgebiet zu erlassen. Vom Bundesrat wurde in einer Extrasitzung am Nachmittag dem Kanton Zürich die gewünschte Bewilligung erteilt, und nachdem in der zweiten Sitzung des Regierungsrates um 5 Uhr der Bericht des Stadtpräsidenten angehört worden war, schritt der Regierungsrat unverweilt zum telegraphischen Aufgebot der Truppen auf Samstag den 13. Juli vormittags 9 Uhr. Wieder einmal rasselte in den Abendstunden des Freitag in den Dörfern des Unterlandes und im Amt Affoltern der Generalmarsch zum Zuge nach der Stadt, die bedrohte Rechtsordnung zu schützen. Die Festungstruppen vom Gotthard und die Genieaspirantenschule, die in Zürich hätten entlassen werden sollen, waren 400 Mann stark schon am Mittag eingerückt und hatten alsbald als Wache an verschiedenen Punkten, namentlich beim Gaswerk, Verwendung gefunden. Fritz Platten hatte die Absicht, die Stadt abends in Dunkel zu hüllen, wurde aber im Streikkomitee überstimmt, und es erhielten die Laternenanzünder, die sich nicht aus ihren Lokalen herausgetrauten, vom Präsidenten der Arbeiterunion die Erlaubnis, die Lichter von Zürich anzustecken. Um 9 Uhr sammelte sich nochmals beim Volkshaus eine grosse Menge. Nationalrat Sigg gab dort in einer Ansprache den Streikenden das Zeugnis, dass sie ihre Sache brav gemacht hätten; der Demonstrationszweck des Generalstreiks sei erreicht.

Es waren keine freudigen Gefühle, mit denen am Samstag morgen den 13. Juli die einrückenden Truppen, im ganzen 2074 Mann, in Zürich empfangen wurden. Bei der Fahnenübergabe am Nachmittag im Kasernenhof erklärte ihnen der Militärdirektor Dr. Mousson den Zweck ihres Hierseins und nahm ihnen den Fahneneid ab. Sie wurden in den Schulhäusern auf dem Bühl, im Linthescherschulhaus und in der Kaserne untergebracht und dem Kommando von Oberstleutnant Hans Kern vom Regiment 27 unterstellt. Arbeit gab es für sie in Zürich ausser einigem Ordnungs- und Wachdienst glücklicherweise nicht, so dass sie schon am 17. wieder entlassen werden konnten. Im Laufe des Samstags

erliess der Regierungsrat ein Verbot des Streikpostenstehens, der Veranstaltung von Versammlungen (unter freiem Himmel) und von Demonstrationszügen jeder Art, „soweit sie mit den Streikunruhen in irgend welchem Zusammenhang stehen". Während die am Generalstreik nicht beteiligten Arbeiter am Morgen ihre gewohnte Arbeit meist wieder aufnehmen konnten, blieben Bauplätze und Werkstätten für alle Streiker gesperrt. Diese versammelten sich dann im Velodrom, um sich von Nationalrat Grimm einen Vortrag halten zu lassen. Redner der Italiener im Sihlhölzli war der Genosse Molinari. Der Vorstand der Arbeiterunion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Kantonsrates und Grossen Stadtrates liessen ein Flugblatt verteilen, das die Arbeiter ermahnte, alle Ausschreitungen zu unterlassen und Provokationen aus dem Wege zu gehen. „Die Scharfmacher lechzen nach Blut; sie möchten die Streiks der Maler und Schlosser mit einem Massacre niederringen."

Nachdem man einen Tag lang den Behörden „den Meister gezeigt", musste man sich nun wiederum aufs Bitten verlegen. Schon am Sonntag den 14. Juli ging an die Regierung eine erste Petition der Arbeiterunion mit dem dringenden Gesuch, die Verhältnisse der importierten Berufsstreikbrecher näher zu untersuchen und diesen Leuten die Niederlassung zu entziehen. Die Regierung stellte sich in ihrer Antwort auf den Boden des Stadtrates bei dessen Interpellationsbeantwortung am 10. Juli, versprach aber, die gewünschten Erhebungen zu machen, und dies führte dazu, dass am 18. Juli neben sechs ausländischen Führern des Generalstreiks auch drei Streikbrecher ausgewiesen wurden. Am Montag den 15. Juli erliess die Arbeiterunion ein drittes Flugblatt an die Arbeiter mit der Mahnung zur Besonnenheit. Das unvermeidliche gerichtliche Nachspiel des Generalstreiks wurde eingeleitet durch eine Haussuchung im Volkshaus am Montag nachmittag, die unter Führung des ersten Staatsanwalts Brunner vorgenommen wurde, während ein starkes Aufgebot von Polizei und Militär alle Zugänge besetzt hielt und den Platz um das Volkshaus in weitem Umkreis absperrte. Die Ausbeute in den Bureaus der Arbeitersekretäre war nicht bedeutend; das Protokoll der Arbeiterunion und einige wichtige Akten hatte man rechtzeitig in einem Schlossfach in den Gewölben der Kreditanstalt geborgen. Wohl aber wurden im Laufe des Tages einige Verhaftungen vor-

genommen, darunter die von Fritz Platten, welcher 22 Tage in Untersuchungshaft sitzen musste. Neben einigen Strafuntersuchungen wegen Ausschreitungen am Generalstreik, die dann vor Bezirksgericht zur Aburteilung kamen, leitete die Staatsanwaltschaft Strafverfolgung ein wegen „Aufruhrs“, gestützt auf § 73 des Zürcher Strafgesetzbuches. Von dieser Anklage waren in erster Linie die verantwortlichen Häupter der Arbeiterunion bedroht. Während das Volk in Aussersihl bei dem vom Militär umstellten Volkshaus versammelt war, strömten die Bürgerlichen in Scharen zur Tonhalle. Dort veranstaltete der Bürgerverband eine Protestversammlung, an der auch Freisinnige und Demokraten zu Hunderten teilnahmen. Es wurde eine lange Resolution angenommen, welcher nachher die Ehre widerfuhr, im Kommissionsbericht des Grossen Stadtrates an hervorragender Stelle abgedruckt zu werden.

Der Stadtrat hatte die schmerzliche Erfahrung machen müssen, dass auch ein erheblicher Teil der städtischen Arbeiter sich am Generalstreik beteiligte. Einige von ihnen waren sogar als Rädelsführer mit Gewalt, Drohung und Beschimpfung gegen arbeitende Kollegen aufgetreten. Nicht weniger als 734 städtische Arbeiter hatten ohne jede Nötigung am 12. Juli die Arbeit verlassen. Es war klar, dass für diese Pflichtverletzung eine Sühne eintreten musste. Der Stadtrat verfügte am 27. Juli einstimmig — abgesehen von dem Lohnabzug für die genannten 734 Mann — nach sorgfältigster Prüfung jedes einzelnen Falles 13 Entlassungen, 58 Rückversetzungen in niedrigere Lohnklassen und 3 weitere Disziplinarstrafen. Weitere Ausweisungen von Ausländern durch den Regierungsrat erfolgten am 25. Juli und 1. August. Eine Deputation der Arbeiterunion und der sozialdemokratischen Kantonsratsfraktion (Greulich, Farbstein, Kaufmann, Rieder) übergab in einer Audienz am 23. Juli dem Regierungspräsidenten Nägeli und dem Justizdirektor Mousson ein Memorial mit dem Ersuchen, die Ausweisungen zu sistieren. Die Vertreter des Regierungsrates antworteten, dass an den schon ausgeführten Ausweisungen nichts mehr geändert werden könne, einige andere Fälle aber einer nochmaligen Prüfung unterzogen werden sollen. Als Schlussakt veranstaltete die Arbeiterunion am Abend des 24. Juli in den verschiedenen Stadtkreisen fünf grosse Protest- und Demonstrations-

versammlungen. Der Schlosser- und Malerstreik aber ging mit dem Generalstreik für die Arbeiter endgültig verloren.

Die parlamentarische Erledigung des Generalstreiks erfolgte im Kantonsrat am 7. und 8. Oktober 1912, im Grossen Stadtrat am 15., 19., 29. März, 4. und 5. April 1913. Es wurden in beiden Räten zusammen 37 Reden gehalten — ein schätzenswertes Material für Generalstreikstudien späterer Geschlechter. Die Strafuntersuchung wegen „Aufruhrs“ wurde von der Staatsanwaltschaft am 18. Juli 1913 sistiert, da sich für eine Anklage auf Grund des Aufruhrparagraphen nicht genügend Anhaltspunkte ergaben. Dennoch stand ein Monstreprozess gegen 110 Angeklagte wegen der sonstigen, mit dem Generalstreik zusammenhängenden Vergehen, namentlich Dienstpflichtverletzungen, bevor. Die Verhandlung war auf den 23. September und dann wieder auf den 16. Oktober 1914 angesetzt, musste aber beide Male wegen der Mobilisation verschoben werden. Schliesslich beantragte der Staatsanwalt in seinem Bericht vom 14. November 1914, hauptsächlich in Anbetracht der durch den Krieg geschaffenen Situation, den ganzen Prozess niederzuschlagen, und der Regierungsrat folgte am letzten Tag des Jahres 1914 diesem Antrag. Sämtliche Kosten wurden auf die Gerichtskasse übernommen.

◆◆

ZWEIUNDVIERZIGSTES KAPITEL

POLITISCHE FÜHRER

Die stärkste Partei im Kanton Zürich ist die liberale, deren Angehörige in der Hauptstadt im ,,Freisinnigen Stadtverein" organisiert sind. Jahrzehnte hindurch stand die kantonale liberale Partei unter der Führung von Hans Ulrich Meister, unserm Stadtforstmeister. Die Liebe zum Wald und die Freude an seiner Pflege hat er vom Vater, dem Kreisförster und Nationalrat Meister in Benken, geerbt, als dessen einziger Sohn er im Jahre 1838 geboren wurde. Ganz in freisinnigen Ideen erzogen, hat schon der Knabe Hans Ulrich die Niederlage des Sonderbunds bejubelt und mit Stolz im heimischen Dorf den Holzstoss zur Feier der Bundesverfassung von 1848 entzündet. Meister besuchte das Realgymnasium im nahen Schaffhausen, die Kantonsschule in Zürich, die Forstschule des Polytechnikums und vollendete seine forstwissenschaftliche Ausbildung auf der Universität Giessen. In die Heimat zurückgekehrt, wurde Meister nach abgelegtem Staatsexamen (1860) zuerst Assistent seines Vaters, 1863 Adjunkt auf dem kantonalen Oberforstamt in Zürich, 1864 Kreisförster des 1. Kreises. Die Wahl zum Stadtforstmeister von Zürich am 1. Juli 1875 führte ihn seiner schönen und grossen Lebensaufgabe zu, die er in fast vierzigjähriger Tätigkeit in vorbildlicher Weise durchgeführt hat.

Der Sitz des Stadtforstmeisters von Zürich ist der Sihlwald, den schon der Chronist Stumpf als ,,ein köstlich Kleinod der Stadt Zürich" preist. Jahrhunderte hindurch im Besitz der Stadt, erhielt der Sihlwald nach dem Zusammenbruch der XIIIörtigen Eidgenossenschaft vorübergehend den Charakter der helvetischen Nationalwaldung, und erst im Jahr 1803, beim Sturz der Helvetik, wurde er durch die Abchurungsurkunde wiederum der Bürgerschaft von Zürich als Eigentum überwiesen. Seit der Brunschen Verfassung 1336 war die Obhut der Waldungen im Sihltal einem Mitglied der Regierung, dem ,,Sihlherrn", anvertraut, dem im Jahre 1545 für den Aufenthalt im Sihlwald ein Wohnhaus nebst

J. Aschmann † 1809

Der Sihlwald mit dem Forsthaus

„Hausplunder" (Hausgeräte) zur Verfügung gestellt wurde. Das jetzige Forsthaus stammt aus dem Jahre 1733, und hier hat auch der Idyllendichter Salomon Gessner in den 1780er Jahren als „Sihlherr" geamtet. Unter der neuen Stadtverwaltung, seit 1803, versah jeweilen ein Mitglied des Stadtrates, zuletzt noch Oberst Eduard Ziegler, die Funktionen der früheren „Sihlherren". Unter Zieglers Verwaltung wurde dann (1835) die Pflege des Sihlwaldes einem fachmännisch gebildeten Forsttechniker, dem jeweiligen Stadtforstmeister, übertragen. Der erste derselben war Karl Anton von Orelli († 1890), der seine vierzigjährige Wirksamkeit mit der Schaffung des Wildparks Langenberg krönte. Seine prächtig gelegene Villa am Langenberg dient nunmehr den Mitgliedern des Stadtrates abwechselnd als Sommerfrische. Mit dem Amtsantritt Ulrich Meisters begann eine neue Phase in der wirtschaftlichen Entwicklung des Sihlwaldes. Während sein Vorgänger sorgsam darauf bedacht war, die stolze Ruhe des Sihlwaldes ungestört zu erhalten, öffnete Meister den Sihlwald so viel als möglich dem Verkehr. Er verbesserte die Zufahrtsstrasse, führte die Sihltalbahn ins Herz des Sihlwaldes hinein, legte für die Sihlwaldbesucher Spazierwege an und öffnete ihnen die Wirtschaft gegenüber dem Forsthaus. Post und Telephon entrissen die Sihlwaldbewohner ihrer bisherigen Abgeschlossenheit, der schöne Aussichtspunkt des Albishorns wurde freigelegt und zugänglich gemacht, der ganze Waldbetrieb der modernen Forstwissenschaft entsprechend reformiert und namentlich der Holztransport durch sinnreiche, dem vielgestaltigen Terrain angepasste Einrichtungen rationell ausgebaut. Eine Monographie des Stadtforstmeisters „Die Stadtwaldungen von Zürich", die in erster Auflage 1883 erschien, erhöhte den Ruf des Sihlwaldes; er wurde in Fachkreisen weltbekannt. Von allen Seiten kamen Besucher, und andrerseits führten Einladungen den Stadtforstmeister in ausländische Forstbetriebe; so war er u. a. 1893 Gast des Fürsten Bismarck in Friedrichsruhe. Aber auch die übrigen Stadtwaldungen gediehen unter Meisters Hand; durch geschickte Erwerbungen wurde ihr Umfang beträchtlich erweitert, und den Wünschen des erholungsbedürftigen Publikums nach Anlage von Spazierwegen und Spielplätzen kam der Stadtforstmeister stets in verständnisvoller und liberaler Weise entgegen. Auf Ende 1914 ist Ulrich Meister in

freiem Entschluss zurückgetreten, und eine vom Stadtrat am 22. Juli ausgestellte Urkunde bezeugt, was Zürich ihm verdankt. Die Universität Zürich hat ihn 1905 mit der Ernennung zum Ehrendoktor ausgezeichnet; die Stadt schenkte ihm bereits am 30. Mai 1875 das Bürgerrecht.

Gleichzeitig mit seiner forstmännischen Laufbahn begann Meisters militärische Carrière, und zwar zuerst bei der Artillerie. Er war 1866 bei der Grenzbesetzung im Puschlav, wurde 1869 Artilleriemajor, 1874 Stabschef der 4. Division, 1879 Oberstleutnant im Generalstab und 1882 Oberst. Von 1891 bis 1900 führte er das Kommando der 6. Division. Besonders erfolgreich und verdienstvoll war die freiwillige militärische Tätigkeit von Oberst Meister. Ihm vor allem verdankt Zürich die Inangriffnahme und den glücklichen Abschluss des im Kapitel über die Stadtvereinigung erwähnten Waffenplatzvertrags und die Förderung des Kasernen-Neubaus. Er war der Urheber der Sammlung für den eidgenössischen Winkelriedfond 1885, die durch eine Denkschrift Wilhelm Oechslis eingeleitet wurde. Mitglied des Grossen Stadtrates war Oberst Meister von 1866—1869, wo er als Oppositionsmann hauptsächlich den fortschrittlichen Teil des Stadtrates (Landolt, Römer, Vögeli, Stadtschreiber Escher) unterstützte. Dem Kantonsrat gehört er seit 1872 an und war 1883, im Jahre der Landesausstellung und des Universitätsjubiläums, sein Präsident. In den Nationalrat wurde er erstmals am 15. Januar 1882 (gegen alt Nationalrat Pfenninger) und dann, nach seinem Rücktritt 1889 wiederum im März 1892 (gegen Dr. Amsler und Otto Lang) gewählt und schied im Oktober 1911 endgültig aus. Als Vizepräsident des Nationalrates an Stelle des zurückgetretenen Präsidenten Ador hatte Meister am 1. April 1902 den Neubau des Parlamentsgebäudes zu übernehmen und dann als Präsident jene denkwürdige Sitzung zu leiten, die dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Italien (Silvestrellihandel) folgte. Von 1900—1909 war Meister Mitglied des zürcherischen Erziehungsrates.

Durch seinen Schwiegervater, den Regierungsrat und spätern Stadtrat Franz Hagenbuch, war Ulrich Meister in nahe Beziehungen zum „System" und Alfred Escher getreten, und seine politischen Sporen verdiente er denn auch zur Zeit der demokratischen



Nach Photographie von J. Meiner

Umwälzung als Verteidiger des „Systems". An der (bald wieder überbrückten) Spaltung der liberalen Partei 1872 war er — im Militärdienst abwesend — nicht beteiligt, doch hob ihn schon von dieser Zeit an sein wachsender Einfluss in der Partei mehr und mehr zur führenden Stellung empor. Bei der Regierungsratswahl vom 27. August 1882 galt er als aussichtsreichster liberaler Kandidat gegen den demokratischen Kreisingenieur H. Spiller in Elgg und trug einen schönen Achtungserfolg davon. Ulrich Meisters Politik war zu jeder Zeit ein durch und durch ehrlicher, aufrichtig dem Fortschritt ergebener Freisinn, sein politisches Ideal die Bildung einer freisinnig-demokratischen Mittelpartei unter Verschmelzung der fortschrittlichen Liberalen und gemässigten Demokraten und Abstossung der Konservativen auf den rechten und der Sozialdemokraten auf den linken Flügel. Die Zähigkeit und Ausdauer, mit welcher Oberst Meister allen Hindernissen und Enttäuschungen zum Trotz dieses Ziel Jahrzehnte hindurch verfolgte, verdient Bewunderung, auch wenn ihm der äussere Erfolg zunächst versagt blieb. In Wirklichkeit ist aber das Schlussresultat seiner Bemühungen auf diesem Gebiet viel bedeutender als es lange Zeit den Anschein hatte. Wenn Meister 1889/90 von der Leitung der liberalen Partei und aus dem Nationalrat zurücktrat, so hatten an diesem Entschluss familiäre Verhältnisse (Krankheit und Tod der Gattin) wohl ebenso grossen Anteil als der Missmut über das Scheitern seiner Kompromissbestrebungen in Kanton und Bund. Als mit der Stadtvereinigung auch die Parteiverhältnisse in der Stadt eine gründliche Umgestaltung erfuhren, nahm Oberst Meister mit aller Energie seine Bemühungen wieder auf. Mit der dreifachen Parole „Kampf dem Ultramontanismus! Kampf dem Föderalismus! Kampf dem Sozialismus!" rief er zur Einigung aller bürgerlich-freisinnigen Elemente auf. Als erste praktische Konsequenz seiner Politik inszenierte er, lebhaft unterstützt von Paul Usteri, Theodor Frey-Nägeli und andern freisinnigen Führern, die Trennung von Liberalen und Konservativen, die bisher im „Politischen Gemeindeverein", allerdings mit deutlichem Vorwiegen der konservativen Tendenz, friedlich miteinander getagt hatten.

Konservativerseits wurde der Absage Meisters mit Recht entgegengehalten, dass auf kantonalem und kommunalem Boden in

der jüngsten Vergangenheit kaum je eine Verschiedenheit zwischen „konservativer“ und „freisinniger“ Politik zutage getreten sei und ein Gegensatz, wenn ein solcher überhaupt bestehe, höchstens auf eidgenössischem Boden gefunden werden könnte. Und in der Tat war es wesentlich das Bedürfnis, ein deutliches Abrücken von den „Männern des Eidgenössischen Vereins“ und ihren konservativ-förderalistischen Anschauungen zu markieren, welches den Ausschluss der Konservativen aus dem freisinnigen Stadtverein bewirkte. Er gelang freilich nicht auf den ersten Anhieb. Eine von den Konservativen stark besuchte, bewegte Versammlung auf der „Zimmerleuten“ am 23. März 1892 verwarf mit Mehrheit die Trennung und wählte zwei Konservative in den Vorstand des freisinnigen Kreisvereins I. Aber diese Versammlung hatte so wenig ein Bild der tatsächlichen Verhältnisse geboten, dass die beiden Gewählten nach wenigen Tagen ihr Mandat wieder niederlegten. Konservative und Alt-Liberale gründeten darauf am 22. April 1892 auf der „Waag“ den „Gemeindeverein für das vereinigte Zürich“, womit die von Meister angestrebte Trennung vollendete Tatsache wurde. Doch hinderten taktische Gründe die Freisinnigen daran, aus ihrem Vorgehen die letzten Konsequenzen zu ziehen und die beiden einzigen konservativen Vertreter im Kantonsrat, F. O. Pestalozzi und Ed. Usteri-Pestalozzi, von ihren Wahllisten zu streichen. Das hohe persönliche Ansehen, dessen sich die beiden Männer erfreuten, die wiederholt mit den höchsten Stimmenzahlen aus der Urne hervorgingen, sicherte — trotz der äusserlichen Trennung — der freisinnigen Liste jeweilen den grössten Teil der konservativen Stimmkraft; andrerseits aber machte die fortdauernde Aufnahme der konservativen Führer auf die freisinnige Liste die Bildung einer wirklich selbständigen, auch von den Freisinnigen unabhängigen konservativen Partei in Zürich zur Unmöglichkeit. Durch sein Vorgehen kam Oberst Meister in den Ruf eines „radikalen Stürmers und Drängers“. Vom Standpunkt eines wirklichen Fortschrittes aus beurteilt, wird man ihm aber ein grosses Verdienst nicht absprechen können. Jede, auch die radikalste Fortschrittspartei kommt in Gefahr, nach Erreichung ihrer wichtigsten Forderungen konservativ zu werden, sich hauptsächlich auf die Erhaltung des Erworbenen einzurichten. Wesentlich begünstigt werden

solche konservative Tendenzen durch das wirtschaftliche Aufblühen des Landes und den wachsenden Wohlstand der Bevölkerung, denn der Besitz macht konservativ. So wertvoll und unentbehrlich nun aber auch das konservative Element in der Politik ist, würde es dem Land zum Schaden gereichen, wenn es vorherrschendes Motiv auch der fortschrittlichen Parteien werden sollte. Das Hinübergleiten aus einer ehrlichen Fortschrittlichkeit in einen gesättigten Konservatismus vollzieht sich aber oft so sachte und unmerklich, dass es schon eines grossen politischen Scharfblickes bedarf, um diesen Prozess zu erkennen, und eines noch grösseren moralischen Mutes, um ihm entgegenzutreten. Wer solches unternimmt, hat von vornherein gegen sich die Stimmung der Masse der Partei, die nicht begreift, was denn noch fehlen sollte, da sie hat, was sie will, und ein immer neues Vorwärtsdrängen als überflüssige Störung empfindet. Dankbarer ist auf alle Fälle die Führerrolle, die sich den natürlichen konservativen Instinkten der Masse anzubequemen weiss. Dass Oberst Meister das Odium eines ruchlosen Störers des idyllischen, liberal-konservativen Landfriedens auf sich genommen hat, gibt seinem Entschluss in den Augen der wirklich Freisinnigen die Bedeutung einer politischen Tat; dass die Konservativen sie nicht als solche bewerten konnten, war ohne weiteres verständlich.

Nicht so glatt wie die Abschüttelung der Konservativen vollzog sich die Ablösung der Demokraten von ihren Waffengefährten und Alliierten auf der äussersten Linken. Das von den Liberalen angetragene Bündnis fand im demokratischen Lager kühle Aufnahme. Theodor Curti von der „Züricher Post" gehörte zu seinen schärfsten Gegnern. „Ihr uns nach, nicht wir euch nach!" rief er in einer Versammlung in Neumünster am 2. April 1892 den Liberalen zu. Der kantonale demokratische Parteitag in Winterthur lehnte die freisinnig-demokratische Allianz einstimmig ab, und bis zur Stunde ist die formelle Vereinigung von Liberalen und Demokraten erst in einigen Landbezirken erfolgt. Doch fand zwischen den beiden grossen Parteien in Sachfragen sowohl wie namentlich in Wahlangelegenheiten eine sehr starke Annäherung statt, die hauptsächlich auf das Ungestüm der sozialdemokratischen Partei zurückzuführen ist. Diese emanzipierte sich immer mehr von der demokratischen Partei und nötigte dadurch die Demokraten

geradezu zu einer Anlehnung an die Liberalen, die z. B. in Winterthur noch unter Dr. Forrers Führung mit einem förmlichen Wahlkartell besiegelt wurde. So triumphierte, wenn auch nicht dem Namen nach, doch in der Sache selbst Meisters Kompromissgedanke, der nur noch gelegentlich in nicht immer sehr erhebenden Wahlfragen eine vorübergehende Trübung erfährt. Noch eklatanter ist der schliessliche Erfolg Meisters auf dem eidgenössischen Boden. Er selbst gehörte bei seinem Eintritt in den Nationalrat wie alle Zürcher Liberalen zum liberalen Zentrum, das ausser den Zürchern die konservativen Vertreter von Basel, Bern und der Westschweiz umfasste. Meister fühlte sich jedoch in diesem Milieu von Anfang an nicht heimisch und beklagte es besonders, dass die Vertretung des Kantons Zürich im Nationalrat in zwei streng geschiedene Gruppen zerfiel, deren Einfluss sich nicht selten gegenseitig aufhob. Seine Anstrengungen, eine Vereinigung herbeizuführen, scheiterten, und als er schliesslich im Jahre 1892 für sich selbst den Übertritt zur radikal-demokratischen Gruppe vollzog, folgte seinem Beispiel kein anderer zürcherischer Liberaler. Aber schon das Jahr des „Beutezugs" (der konservativen Zollinitiative 1894) brachte die Gründung der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz unter Mitwirkung der Zürcher Liberalen am 25. Februar 1894. Diese gelangten in der herrschenden Partei zu bedeutendem, ja vielfach tonangebendem Einfluss, und als im Jahr 1907 das schweizerische Parteipräsidium dem liberalen Zürcher Dr. Bissegger übertragen wurde, schrieb eine demokratische Feder in der „Frankfurter Zeitung": „Damit, dass Zürich trotz seiner Zweispurigkeit im Parteiverbande der Radikalen zum Vorort und der Chefredakteur der liberalen „Neuen Zürcher Zeitung" als Parteipräsident erkoren worden ist, hat die von langer Hand durch letztern vorbereitete Verschmelzung der einstmals sehr gegensätzlich gearteten und gesinnten Demokraten und Liberalen zu einer „bürgerlichen Partei" des Kantons Zürich ihren faktischen Abschluss gefunden und es liegt offen am Tage, wessen Stempel die neue Münze trägt. Zugleich ist damit das Schwergewicht der „freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz", wie offiziell der radikale Regierungsblock sich nennt, deutlicher auf die erste Hälfte des Doppelnamens gelegt als dies unter der Führung des zurückgetretenen Parteichefs Oberst Künzli ersicht-

lich war." Heute gehört kein Stadtzürcher mehr zum Zentrum in Bern.

Als Oberst Meister am 3. Februar 1907 die Leitung der kantonalen liberalen Partei niederlegte, befand sich dieselbe in vorherrschender Stellung und behauptet bis heute diesen Rang. Parteipräsident war bis zum Jahr 1911 Ständerat Dr. Paul Usteri, bis 1912 Regierungsrat Dr. Haab; seit dem 8. September 1912 steht an ihrer Spitze Redaktor Robert Wehrlin in Winterthur. Überblickt man die Erfolge Ulrich Meisters vor allem in seinem Beruf, dann aber auch in der Politik, wird man sagen können, dass er heute mit Befriedigung auf sein Lebenswerk zurückblicken darf; was er wollte, hat er zumeist auch erreicht.

Noch wurde bei alledem eines Unternehmens nicht gedacht, das seit langem mit dem Namen von Oberst Meister verknüpft ist und unter seiner Leitung zu blühendster Entwicklung und immer grösserem Einfluss in Stadt, Kanton und Eidgenossenschaft gelangte: der „Neuen Zürcher Zeitung". Die Geschichte dieses Blattes in den jüngst vergangenen Jahrzehnten umfasst nicht das unwichtigste Stück der so ausserordentlich vielseitigen Lebensarbeit von Oberst Ulrich Meister. Er gehörte schon im Jahr 1868 zu den Unterzeichnern des Aufrufs für den Ankauf der „Neuen Zürcher Zeitung"; seit 1872 ist er Mitglied des Verwaltungskomitees und von 1883 bis heute dessen Präsident. In eben jenem Jahre, da Ulrich Meister an die Spitze der Verwaltung der „Neuen Zürcher Zeitung" trat, ward ihm durch den Eintritt von Dr. Walter Bissegger in die Redaktion eine bedeutende Kraft zugeführt, die ihm in den kommenden politischen Stürmen zur wertvollsten Unterstützung werden sollte. Bissegger, geboren am 15. Oktober 1853 zu Bernrain im Kanton Thurgau, hatte zuerst Theologie studiert und sich dann der deutschen Philologie zugewendet, in welcher er 1877 in Basel promovierte. Während einer mehrjährigen Wirksamkeit als Lehrer am untern Realgymnasium in Basel korrespondierte er eifrig für die „N. Z. Z." und wurde dann 1883 von Prof. Gustav Vogt in die Redaktion berufen. Schon 1885 übernahm er an Stelle Vogts die Chefredaktion und besorgte vorerst die Auslandpolitik, um sodann 1892 zur innern Politik überzutreten und an ihrer Gestaltung auch sofort aktiv teilzunehmen. Hatte man bisher nur die hohe Begabung und die glän-

zende Feder des Journalisten Bissegger bewundert, so sollte sich nun bald zeigen, welche ungewöhnlichen politischen Talente in ihm schlummerten. Überlegene Klugheit, Menschenkenntnis, hervorragendes diplomatisches Geschick machten ihn zum einflussreichsten Parteiführer. Es charakterisierte treffend sein Wesen, als Bisseggers Nachfolger Dr. Albert Meyer an seinem Sarge sprach: „Die Geschichte liebt aufzuzeichnen, was mit Kraft geschieht. Wer nicht auch das hinzunimmt, was mit Klugheit verhindert wurde, der hat nicht das ganze Lebenswerk Dr. Bisseggers vor sich, weder das Werk des Politikers, noch das des Redakteurs.“ Um zu vollbringen, was Bissegger — und oft nur er — vermochte, musste eine tiefinnere Bescheidenheit mit seiner überragenden Geistesgrösse und Tüchtigkeit sich verbinden. Ihm öffneten sich, sobald er das Gebiet der aktiven Politik betrat, wie von selber die Türen zu den Ratsälen: 1892 wurde Bissegger Mitglied des Grossen Stadtrates (bis 1911), und 1899 dessen Präsident, 1893 Mitglied des Kantonsrates (1903 Präsident). Im Jahr 1905 zog er als Nachfolger von Stadtpräsident Hans Pestalozzi in den Nationalrat ein, und überall hinterliess sein Wirken tiefe, nachhaltige Spuren. Nur aus dem Nationalrat sei erwähnt sein unablässiges Eintreten für die Verwaltungsreform und die Abschaffung des ständigen Wechsels des politischen Departements, die dann noch gerade recht vor dem grossen Krieg in Wirksamkeit treten konnte, und seine letzte grosse Rede für den Nationalpark, die er mit den Worten des griechischen Dichters einleitete: „Es gibt viel gewaltige Dinge auf der Welt; nichts aber ist gewaltiger als der Mensch.“ Dr. Walter Bissegger ist der Stadt Zürich und dem Vaterlande am 30. April 1915 durch den Tod entrissen worden.

Die Demokraten besitzen in Dr. jur. Oscar Wettstein einen Vertreter, der wie Bissegger die Talente des Journalisten und des politischen Führers in sich vereinigt. Er ist am 26. März 1866 in Zürich geboren als Sohn des damaligen Stadtrates und Polizeipräsidenten Markus Wettstein, der im Jahr 1874 als Direktor der Hypothekarbank Winterthur nach dieser Stadt übersiedelte. Dort ist Oscar Wettstein aufgewachsen; er hat dann in Zürich, Montpellier, Strassburg und Leipzig juristischen Studien obgelegen und in Erlangen 1889 den Grad des Doctor juris utriusque erworben. Zunächst bei einem Berliner Rechtsanwalt tätig, trat



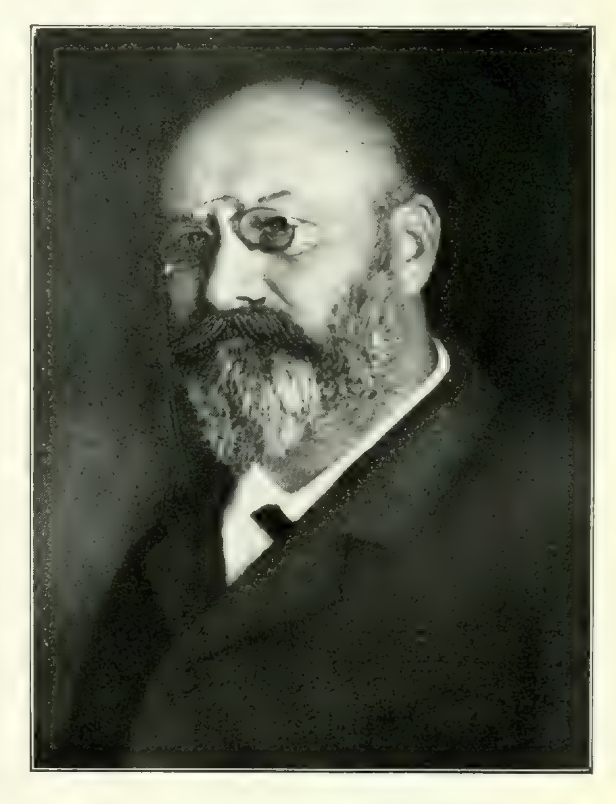
Oscar Wettstein



F. O. Pestalozzi-Junghans



Georg Baumberger



Walter Bissegger

Politische Führer

er im Oktober 1890 als Parlamentsberichterstatter der „National-zeitung“ und dann des „Berliner Tageblattes“ zur Journalistik über und machte im Reichstag und Preussischen Landtag die interessante Ära Caprivi-Hohenlohe mit. Nach dem Weggang Theodor Curtis von Zürich berief Reinhold Rüegg den schon seit einigen Jahren für das Blatt als Berliner Korrespondent tätigen Dr. Wettstein an die „Züricher Post“. Er übernahm im Juni 1895 ihre politische Redaktion und bald auch die geschäftliche Leitung. Auf seine Veranlassung gründete die „Züricher Post“ 1907 eine eigene Druckerei. In Zürich nahm Dr. Wettstein von Anfang an eifrigen Anteil an der Tätigkeit der demokratischen Partei. Er wurde 1896 Präsident des demokratischen Kreisvereins V und des demokratischen Bezirkskomitees. In beiden Stellungen reorganisierte er die etwas locker gefügte Partei von Grund aus, und er gehörte auch mit Dr. Locher und Hörni zu der Kommission, welche eine 1905 entstandene „jungdemokratische“ Opposition innerhalb der kantonalen Partei durch Befriedigung ihrer dringendsten Wünsche zur Ruhe brachte. Seit 1912 steht Wettstein als Präsident an der Spitze der kantonalen demokratischen Partei und ist ihr Vertreter im Vorstand der schweizerischen freisinnig-demokratischen Partei. In das städtische Parlament trat er 1897 ein und war 1905/06 Präsident des Grossen Stadtrates. 1902 in den Kantonsrat gewählt, wurde er 1913/14 dessen Präsident. Durch seine einflussreiche Tätigkeit hatte er sich längst auch das Anrecht auf ein eidgenössisches Mandat erworben und nur die heftige Opposition des Bürgerverbandes verhinderte 1908 — zugunsten Greulichs — seine Wahl in den Nationalrat. Als Nachfolger Dr. Albert Lochers trat er dann am 6. September 1914 in den Regierungsrat und am 25. Oktober gleichen Jahres in den Ständerat ein. Im Regierungsrat übernahm Wettstein die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion. In der eidgenössischen Politik war er namentlich für eine rationelle Gesetzgebung über die Ausnützung der Wasserkräfte tätig; sein Werk war die Wasserrechts-Initiative; er gründete 1908 auch die Zeitschrift „Schweizerische Wasserwirtschaft“ und war Hauptinitiant für die Gründung des „Schweizerischen Wasserwirtschaftsverbandes“, der seither mit grossem Erfolg für die rationelle Ausnützung unserer Wasserkräfte und die Förderung der schweizerischen Binnenschiffahrt tätig ist.

Um die Presse hat sich Dr. Wettstein in verschiedener Hinsicht verdient gemacht. Er gehörte mit Dr. Bissegger zu den Gründern des „Vereins Zürcher Presse", der sich am 20. Dezember 1897 konstituierte, nachdem schon seit 19. März 1894 ein kleiner Journalistenverein, der „Zürcher Pressverband" bestanden hatte, der dann am 17. Januar 1913 mit dem „Verein Zürcher Presse" fusionierte. Bissegger war der erste Präsident des „Vereins Zürcher Presse" (1898/99 und 1904/05), Wettstein der zweite (1900/01). Am 14. April 1902 beschloss der „Verein Zürcher Presse", Schritte zu tun für die Einbürgerung der Journalistik als Lehrfach an unserer Universität. In einer Eingabe vom 29. Mai 1902, die eine von Dr. Bissegger geführte Abordnung dem Erziehungsdirektor Dr. Locher überreichte, empfahl er die Einführung journalistischer Vorlesungen und Seminarübungen. Der Verein war in der glücklichen Lage, auch sogleich in Dr. Wettstein einen nach seiner — durch manche Arbeiten schon ausgewiesenen — wissenschaftlichen Tüchtigkeit und seiner ausgesprochenen Lehrgabe vorzüglich qualifizierten Dozenten präsentieren zu können. Mit seiner Habilitationsschrift „Staat und Presse" erwarb Dr. Wettstein die venia legendi und hielt am 31. Oktober 1903 seine Antrittsvorlesung über „die Presse in unserer modernen Kultur". Seitdem doziert Dr. Wettstein an der Universität Geschichte und Technik der Presse und leitet ein vielbesuchtes journalistisches Seminar. Seine jüngste literarische Leistung auf diesem Gebiet ist der Beitrag zur Festschrift der Dozenten der Universität Zürich 1914: „Zeitungskunde als wissenschaftliches Fach".

Von einer „konservativen Partei" in der Stadt Zürich kann schon seit ungefähr 1850 kaum mehr gesprochen werden, und gab es auch in all diesen Jahren in Zürich Konservative in grosser Zahl, so zogen sie doch in ihrer Mehrheit, zumeist wohl aus Scheu vor dem als rückständig geltenden konservativen Namen, den Anschluss an die liberale oder demokratische Partei vor. Aber auch die wissentlichen und als solche bekannten Konservativen hatten nicht Ursache, mit besonderem Nachdruck auf die Konstituierung einer eigenen Partei zu dringen. Sie fühlten sich, besonders seit der demokratischen Umwälzung, wohlgeborgen im Schoss der liberalen Partei und übten mit ihrem Ansehen in den öffentlichen Gemeindeversammlungen einen oft entscheidenden

Einfluss aus. Und selbst durch die Gründung des ,,Gemeindevereins für das vereinigte Zürich" wurde das Verhältnis zwischen Liberalen (resp. Freisinnigen) und Konservativen, was die Stadt Zürich betrifft, nicht wesentlich geändert. Unter der Leitung seines milden und freundlichen, jedem politischen Hader gründlich abgeneigten Präsidenten Adolf Faesi-Vernaleken, Direktor der Bank Leu & Co. († 7. Febr. 1914), vermied es der Gemeindeverein geflissentlich, in einen sichtlichen Gegensatz zu den Freisinnigen zu treten und nahm von ihnen auch stets die Parole für die Wahlen entgegen. Und da andrerseits die Konservativen mit Hilfe der Freisinnigen ihre Vertretung im Grossen Stadtrat und Kantonsrat tatsächlich besassen, — eine Vertretung, die sie, auf sich selber gestellt, unter der Herrschaft des absoluten Mehrs überhaupt nicht, aber auch mit Hilfe der Verhältniswahl als eigene Partei nicht vorzüglicher und nicht zahlreicher hätte erlangen können — lag auch nach dieser Richtung für niemanden eine Veranlassung vor, eine Änderung des Verhältnisses im Sinne der Gründung einer eigenen und unabhängigen konservativen Partei zu wünschen. Eine lebensfähige konservative Partei zu schaffen, gehört wohl überhaupt, und speziell im Kanton Zürich, zu den denkbar schwersten Kunststücken. Die Massen, die dazu gehören würden und vorhanden wären, lassen sich einfach nicht auf die politische Wahlstatt bringen, es sei denn, dass ganz grosse religiöse oder sittliche Fragen zu entscheiden sind (Straussenhandel 1839, Schulvogt 1882, Abschaffung der Bordelle 1897). Verzweiflungsvoll hat einmal in der ,,Allg. Schweizerzeitung" ein konservativer Politiker ausgerufen, dass seine Leute erst dann wieder in Bewegung zu bringen seien, wenn die Regierung den Herrgott absetzen wolle. Nirgends ist wohl das politische Verständnis weniger entwickelt als bei diesen so wackern und persönlich ehrenhaften ,,Stillen im Lande"; gilt doch vielen von ihnen die Politik überhaupt nur als sündhaftes weltliches Treiben.

Eine Erklärung für das Fehlen einer straff organisierten konservativen Oppositionspartei hat F. O. Pestalozzi in der ,,Allg. Schweizerzeitung" am 20. Juli 1886 mit den Worten gegeben: ,,Der Grund, warum es bei uns nichts wie eine ,,zürcherische Volkspartei" (nach bernischem Vorbild) gibt, liegt zum grossen Teil auch darin, dass bei uns im Kanton Zürich — das darf ich mit

Freuden bezeugen — gegenwärtig weder grosse Verwaltungsmissstände noch faule Flecken auf dem Ruf der regierenden Persönlichkeiten zu konstatieren sind, wodurch sich auch das ungewöhnlich kordiale Verhältnis zwischen der demokratischen Regierung und dem liberalen Kantonsrat in glücklicher Weise erklärt. Es ist auch schon anders bei uns gewesen; freuen wir uns aber heute, auch dem Gegner ein unparteiisches Lob zuwenden zu können." Es kommt dazu die allgemeine Entwicklung der Politik in den letzten Jahrzehnten, mit der die Konservativen nicht gerade unzufrieden zu sein brauchen. Vieles hat sich auch auf eidgenössischem Boden geändert und in ihrem Sinn gebessert seit den Zeiten der Gründung des „Eidgenössischen Vereins", von dem sein erster Präsident Georg von Wyss einem Freunde schrieb: „Glanz ist nicht dabei, Gewinn nicht, aber ein Gefühl erfüllter Pflicht. Denn auch die von ihren Ministern oft so schlimm beratene Majestät des Schweizervolkes bedarf einer allezeit getreuen Opposition, wenn die Dinge nicht ausser Rand und Band gehen sollen." Als der „Eidgenössische Verein" in den achtziger Jahren Schlag auf Schlag die Vorlagen der radikalen Bundesregierung zu Falle brachte und die „Neue Zürcher Zeitung" klagte, es sei die Geschichte dieses Vereins „das reine Leichenfeld", schien mit dieser Kraftanstrengung auch seine geschichtliche Mission erfüllt zu sein. Der Radikalismus ging seitdem entschieden vorsichtiger und behutsamer zu Werke.

In der zürcherischen liberalen und demokratischen Politik ist das Hervortreten eines schon durch die günstige wirtschaftliche Lage erklärlichen, immer ausgeprägteren konservativen Zuges unverkennbar. Es lässt sich nachweisen, dass das Volksempfinden in den weitaus meisten politischen Fragen mit den konservativen Ansichten im Einklang steht. Nach einer kleinen Statistik hat z. B. in den Jahren 1890—1896 bei 54 eidgenössischen und kantonalen Vorlagen das Volk nur achtmal nicht nach konservativem Vorschlag entschieden. Nachdem vollends der sozialistische Streikübermut den Bürgerverband ins Leben gerufen, der sogleich den Gemeindeverein zum guten Teil aufsog, und auch die neue liberale Parteileitung mit Geschick die taktisch brauchbaren und zugkräftigen Elemente der Bürgerverbandspolitik aufgenommen hatte, war eine besondere konservative Parteigruppe tatsächlich über-

flüssig geworden. Wenn also der ,,Gemeindeverein für das vereinigte Zürich" am 25. November 1907, die Sektion Zürich des ,,Eidgenössischen Vereins" am 29. September 1913 sich auflöste und die 1890 von den Konservativen übernommene ,,Zürcherische Freitagszeitung" auf Ende 1914 nach 241-jährigem Bestand einging, so beweist das nicht etwa das Fehlen des Rückhalts für die konservative Politik im Volk, sondern im Gegenteil einen hinlänglichen Überschuss von Konservatismus bei den übrigen bürgerlichen Parteien. Eine letzte Gelegenheit, sich als eigene Partei zu konstituieren, bot sich den Konservativen nach Einführung der Verhältniswahl für den Grossen Stadtrat im Jahre 1913. Sie wurde aus all den angeführten Gründen nicht benützt, sondern nur mit einer von den ,,Freunden der Freitagszeitung" aufgestellten, nachträglichen Kompromissliste der Bürgerverband unterstützt. Die Bildung einer Sektion Zürich der ,,liberal-demokratischen Partei der Schweiz" am 27. Juni 1914 mit F. O. Pestalozzi als Präsident fällt für die städtische Politik nicht in Betracht, weil sie alle Wahlangelegenheiten ausschliesst und sich mit kantonalen und kommunalen Fragen überhaupt nur ausnahmsweise befassen will.

Unter den Führern der stadtzürcherischen Konservativen in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts ist vor allen zu nennen Professor Georg v. Wyss. Allerdings ragt seine Bedeutung für Zürichs geistiges Leben über den Rahmen parteipolitischer Bestrebungen weit hinaus; doch ist er auch in diesem Zusammenhang nicht zu übergehen. Sein Lebensbild hat in den beiden Neujahrsblättern des Waisenhauses für 1895 und 1896 Prof. G. Meyer von Knonau gezeichnet. Man gewinnt daraus den starken Eindruck einer nach Geburt und Gesinnung vornehmen Persönlichkeit von imponierender Charaktergrösse; der Hintergrund, von dem sie sich abhebt, ist ein Stück stadtzürcherischer Geschichte, das zu den wichtigsten in der neueren Zeit gehört, und für das dem Leser von kundigster Hand Verständnis und lebendige Anschauung vermittelt wird. Georg v. Wyss, der Sohn des Bürgermeisters David v. Wyss, des jüngeren, ist am 31. März 1816 geboren. Ein Bruder seiner Mutter war der Rittmeister und Stadtpräsident Georg Conrad Bürkli. Von seinen Geschwistern stand Georg am nächsten der jüngere Stiefbruder Friedrich v. Wyss, der spätere Oberrichter, an den eine grosse Zahl der gehaltvollen

Briefe Georgs gerichtet sind, die dem Verfasser der Biographie als Quelle dienten. Georg v. Wyss war nämlich der unübertreffliche Meister in einer heute nicht mehr gekannten und geübten Kunst des Briefschreibens. Nach Abschluss seiner vom Vater sorgfältig gewählten Schulbildung liess sich Georg v. Wyss an der philosophischen Fakultät der Hochschule Zürich immatrikulieren und setzte dann seine Studien in Genf und Berlin fort. Eine erste Hindeutung auf seinen künftigen Lebensberuf als Forscher und Lehrer der Geschichte enthält ein Brief, in dem er im Anschluss an die 1840 in Baden vollzogene Gründung der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz bemerkt: „Seit Baden habe ich grossen Eifer für die Historia bekommen." In förmliche Begeisterung aber versetzte ihn Bluntschlis Staats- und Rechtsgeschichte Zürichs. „Ich habe," schrieb er an den Bruder, „noch nie oder selten einen solchen Zuwachs an innerem und freudigerem Lebensinteresse und Lebensgefühl gehabt als durch diese noch fortdauernde Lektur. Ich fühle mich seither doppelt Zürcher und gehe nachher mit doppeltem und dreifachem Interesse an die weitern schweizerischen historica. Ich habe in meinem Leben nicht gedacht, dass die Geschichte eine so reiche, so fesselnde, so durch und durch erregende und bewegende Wissenschaft sein könnte."

Auf die Gelehrtenlaufbahn wurde Georg v. Wyss gedrängt, nachdem ihm — wie früher erzählt — durch das „System" die staatsmännische Karriere abgeschnitten worden war. Selbst sein Aufsteigen auf der Stufenleiter akademischer Würden wurde durch politische Einflüsse so viel als möglich gehindert. Er hatte, nachdem er sich 1849 endgültig der historia zugewandt, im Wintersemester 1850/51 mit seinen Vorlesungen als Privatdozent begonnen. Die Fakultät verlieh ihm am 14. Juli 1857 die Würde des Ehrendoktors. Am 6. Januar 1858 wurde er zum ausserordentlichen Professor, aber erst am 26. März 1870 zum Ordinarius befördert. Mit dem öffentlichen Leben blieb Wyss in Verbindung als Mitglied des Kantonsrates (1848—1883) und des Grossen Stadtrates (1849—1879). In beiden Räten war sein Ansehen und sein Einfluss bedeutend. Ein Mitglied, das nicht seiner Richtung angehörte, nannte ihn „das Gewissen des Kantonsrates", und bei seinem Rücktritt erhob sich der Rat, ungewöhnlicher Weise, von den Sitzen. „Gerechtigkeit, gleiches Mass für alle" war sein



Georg von Wyss

politischer Grundsatz. Darum sein unentwegtes Eintreten für die Minderheitsvertretung und die Verhältniswahl. Die freie, unbefangene und gerechte Beurteilung der Menschen und Verhältnisse war ein Kennzeichen seines vornehmen Wesens. Wie fein und würdig hat er die erste Promotion einer Frau an der Universität Zürich ermöglicht, wie gut spricht er von Gottfried Keller: ,,Keller ist, bei allem Rücksichtslosen des alten Studenten, der gern beim Glase Wein sitzt, doch eben ein Kern-Mann, geistig den Nagel auf den Kopf treffend und im Innersten durchaus edel.'' Seine Festschrift zum Hochschuljubiläum 1883, eine gross und frei behandelte Geschichte der Universität Zürich, liess nicht eine Spur davon merken, dass der Verfasser selbst an den darin geschilderten politischen Kämpfen stark persönlich beteiligt gewesen war. Einen tiefen Schmerz hat ihm die Stadtvereinigung bereitet, die er als die grösste Umgestaltung Zürichs seit drei Jahrhunderten bezeichnete; dass die Stadt sich nach seiner Überzeugung zu leichten Kaufs ergeben hatte, war ihm dabei das Betrübende gewesen. Es ist nicht möglich, hier noch von seinen wissenschaftlichen Arbeiten, der Wirksamkeit als Professor, der Tätigkeit für die Antiquarische Gesellschaft, den Verdiensten als Präsident des Stadtbibliothekkonvents, der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft ein Wort zu sagen. Georg v. Wyss entschlief am 17. Dezember 1893, wenige Stunden nach seiner Gattin. ,,Ein Leben, wohl in sich abgeschlossen, schön vollendet, fruchtbar, segensreich, wie dieses gewesen ist, spricht durch sich selbst,'' sagt sein Biograph.

Nachdem G. v. Wyss 1886 aus dem Vorstand des ,,Eidgenössischen Vereins'' zurückgetreten, ging die unbestrittene Führerschaft der stadtzürcherischen Konservativen auf Kantonsrat Pestalozzi-Junghans über. Friedrich Otto Pestalozzi ist geboren am 2. November 1846 als Sohn des Eisenhändlers und Kunstfreundes R. A. Pestalozzi-Wiser am Münsterhof, dessen Geschäft er später als Chef der Firma Gebrüder Pestalozzi & Co. weiterführte. Nach dem Besuch des Zürcher Gymnasiums und Absolvierung der kaufmännischen Lehre ging er für einige Jahre nach London als Sekretär des damaligen schweizerischen Generalkonsuls und trat dann ins väterliche Geschäft ein. Schon in jungen Jahren bekundete er reges politisches Interesse und gehörte auch zu den Gründern des ,,Eidgenössischen Vereins'',

der durch den siegreichen Feldzug gegen den eidgenössischen Schulsekretär (Schulvogt) 1882 in enge Verbindung trat mit den Katholisch-Konservativen. Dies gab den Anlass zur Herausgabe der von Pestalozzi geschriebenen, vierteljährlich erscheinenden „Schweizerblätter", des Organs des „Eidgenössischen Vereins", das in einer Auflage von (früher) 20,000 gratis an Freunde und Gesinnungsgenossen in der ganzen Schweiz abgegeben und besonders von vielen „Stillen im Lande" als vertrauenswürdigste politische Wegleitung hoch geschätzt wird. Die „Schweizerblätter" sollten nach der Ankündigung ihrer ersten Nummer 1883 „die Waffenbrüderschaft erhalten und befestigen, die am 26. November 1882 (Abstimmung über den „Schulvogt") für die verfassungsmässige Selbständigkeit der Kantone, das gute Recht der Gemeinden und die Freiheit der religiösen Überzeugung einen Sieg erfochten hat". Als Symbol dieser Waffenbrüderschaft katholischer und protestantischer Eidgenossen wurde das Titelbild des Blattes, die „Kappeler Milchsuppe", gedeutet. Als weiteres Publikationsorgan, durch welches F. O. Pestalozzi seinen Einfluss ausüben konnte, stand ihm die „Zürcherische Freitagszeitung" zur Verfügung, deren Erwerbung durch die „Gesellschaft für Herausgabe der Freitagszeitung" seiner Initiative zu verdanken war. Er war Präsident dieser Gesellschaft und fleissiger Mitarbeiter des Blattes, besonders als geschätzter Ratskorrespondent und Verfasser zahlreicher gehaltvoller Lebensbilder Verstorbener aus den Kreisen des alten Zürich.

Am 2. Juni 1878, kurz nachdem die Konservativen durch die Wegwahl von Prof. Alois v. Orelli aus dem Kantonsrat einen empfindlichen Verlust erlitten hatten, wurde F. O. Pestalozzi zum Mitglied des Grossen Stadtrates gewählt, dem er aber nur kurze Zeit angehörte. Schon 1875 war er übrigens Mitglied einer Kommission für die neue Gemeindeordnung geworden. Am 2. Dezember 1883 erfolgte seine Wahl in den Kantonsrat, an Stelle von G. von Wyss, nachdem Prof. Meyer von Knonau eine Kandidatur abgelehnt hatte. 1891 wurde Pestalozzi vom Kantonsrat ins Handelsgericht berufen. Von Bedeutung für die Fraumünstergemeinde war seine Wahl zum Präsidenten der Kirchenpflege am 5. Juni 1898, in welcher Stellung er für die Restauration der Fraumünsterkirche ein ausserordentliches Mass von hingebungsvoller Arbeit

geleistet hat. Daneben galt sein Interesse namentlich der Pflege der Kunst. Er gehörte zu den treuesten Mitgliedern der alten Künstlergesellschaft, die sich jeweilen Donnerstags in ihrem gemütlichen und patriarchalisch geführten Heim, dem „Künstlergütli" versammelte, und war von 1888 bis 1896 ihr Präsident, in welcher Stellung er nach Kräften die Bestrebungen für ein neues Sammlungs- und Ausstellungsgebäude förderte. Jahre hindurch war Pestalozzi auch Vizepräsident des Schweizerischen Kunstvereins, und auf seine Anregung ist die Herausgabe des Schweizerischen Künstlerlexikons zurückzuführen, das unter der Redaktion von Prof. Dr. C. Brun und unter der Organisation und Geschäftsleitung Pestalozzis durch Schwierigkeiten und Hindernisse ohne Zahl schliesslich zu einem glücklichen Ende geführt wurde. Ferner verdanken ihm die Freunde zürcherischer Geschichte die Wiederaufnahme der Herausgabe des „Zürcher Taschenbuches", dessen Redaktion er während der ersten zehn Jahre besorgte; aus Eigenem steuerte er zu dessen Inhalt eine grosse Anzahl von Arbeiten aus den biographischen und künstlerischen Grenzgebieten der Historia bei. Von C. F. Meyer erhielt Pestalozzi für den Erstdruck im „Zürcher Taschenbuch" die heitere Novelle „Der Schuss von der Kanzel" und später noch andere kleinere Sachen. Im Druck sind ausserdem von Pestalozzi u. a. erschienen (als Neujahrsblätter) die Biographien der Maler J. F. Dietler und Paul und Theodor von Deschwanden, „Die Beziehungen Lavaters zur Kunst und den Künstlern".

Parteipolitisch weniger hervorgetreten als F. O. Pestalozzi ist sein Gesinnungsgenosse und Ratskollege Oberst Eduard Usteri-Pestalozzi (geb. 1851), der sozusagen seine ganze Zeit und Kraft in den Dienst der Öffentlichkeit und gemeinnütziger Bestrebungen gestellt hat. Er ist 1890 in den Kantonsrat eingetreten. Bis 1907 — d. h. 24 Jahre lang — war er Mitglied und die letzten 14 Jahre Präsident der Kreisschulpflege Zürich I, seit 1892 Mitglied des Grossen Stadtrates und 1902 dessen Präsident. Am 28. Februar 1898 wurde er zum Präsidenten der zürcherischen Winkelriedstiftung, Ende Mai 1907 an Stelle des verstorbenen Pfarrer Ritter zum Präsidenten der Schweiz. Anstalt für Epileptische, am 29. Mai 1911 zum Mitglied des Kirchenrates gewählt. Ferner ist Usteri-Pestalozzi Präsident der Bank Leu & Co., der Evang. Gesellschaft

und des Krankenasyls Neumünster. — Während einiger Jahre führte das Präsidium des „Eidgenössischen Vereins" Dr. jur. Rudolf Spöndlin-Escher, der Sohn des aus dem Jahr 1839 bekannten Fürsprech Heinrich Spöndlin († 10. Aug. 1872).

Georg Baumberger, der politische Führer der Katholiken Zürichs und Organisator der „Christlich-sozialen Volkspartei", ist geboren am 17. März 1855 in Zug, und als Redaktor der „Appenzeller Nachrichten" 1882—1886 ins öffentliche Leben eingetreten. Am 1. Juli 1886 übernahm er die Redaktion der „Ostschweiz" in St. Gallen, wo er als Mitglied von Behörden und als Parteiführer hervorragendsten Anteil an den politischen Kämpfen nahm. Im Oktober 1904 zum Chefredaktor der katholischen, vom 12. Dezember 1904 an täglich erscheinenden „Neuen Zürcher Nachrichten" berufen, siedelte er nach Zürich über und fand hier ein lohnendes Feld für seine reiche publizistische Begabung und sein Organisationstalent. Die Katholiken Zürichs lebten seit der Reformation in sehr zurückgesetzter Stellung. Gottesdienst zu halten war ihnen verwehrt, ins Bürgerrecht durften Katholiken nicht aufgenommen werden. Erst die Anwesenheit fremder Heere in Zürich 1799 führte dazu, dass im Prediger und im Fraumünster (von einem russischen Popen) wieder die Messe in Zürich gelesen wurde. Katholischer Gottesdienst wurde dann im Fraumünster 1807 für die katholischen Tagsatzungsherren abgehalten, und auf ein an sie ergangenes Bittgesuch gestattete dann am 10. September 1807 die Regierung die Einführung regelmässiger katholischer Gottesdienste in der Abdankungskapelle St. Anna. Da sie für die wachsenden Bedürfnisse zu klein wurde, mussten von 1833—1844 die Gottesdienste wieder ins Fraumünster verlegt werden, bis dann die ihnen zur Verfügung gestellte Augustinerkirche am 21. Oktober 1844 durch den Bischof von Chur eingeweiht werden konnte. Als am 18. Juli 1870 Papst Pius IX. mit Zustimmung des vatikanischen Konzils die Lehren von der Unfehlbarkeit und Allgewalt des Papstes als zur Seligkeit notwendige Glaubenswahrheiten erklärte, entstand auch unter den Katholiken Zürichs eine Spaltung. Die entscheidende Gemeindeversammlung am 8. Juni 1873 verwarf die neuen Lehren; die Augustinerkirche wurde von der Regierung der bisherigen, dem altkatholischen Glauben treu gebliebenen Gemeinde zugesprochen,

doch konnten die Römisch-Katholischen schon am 29. Juni 1874 ihre neue Peter- und Paulskirche in Aussersihl beziehen. Im Dezember 1895 erhielten die Katholiken auch ein eigenes politisches Organ, die „Zürcher Nachrichten", die bis 1899 von Dr. August Erb von Rheinau redigiert wurden, dem dann Kaplan Heinrich Federer von Jonschwyl, einer der begabtesten und feinsinnigsten schweizerischen Schriftsteller, folgte. Die Umwandlung des Blattes in die täglich erscheinenden „Neuen Zürcher Nachrichten" vollzog sich, wie bemerkt, 1904. Als politische Organisation wurde am 18. Oktober 1896 die katholische Volkspartei gegründet, welche am 22. Oktober 1901 einer Rekonstituierung unterzogen, dann aber am 1. April 1906 auf Antrag Baumbergers in die „Christlichsoziale Volkspartei" umgewandelt wurde; die städtische christlichsoziale Partei konstituierte sich am 13. Januar 1907 mit Baumberger als Präsident. Nach der Einführung der Verhältniswahl in Zürich konnte Baumberger mit sieben weiteren Vertretern seiner Partei in den Grossen Stadtrat einziehen. Als packender Schilderer seiner ausgedehnten Reisen und Darsteller schweizerischen Volkstums in einer Reihe von Büchern, sowie als Verfasser des Appenzeller Zentenar-Festspiels von 1905 hat sich Baumberger dauernden schriftstellerischen Ruhm erworben. Hauptsächlich sein Verdienst ist es auch, dass Henri Dunant, der weltberühmte Gründer des Roten Kreuzes, seiner Vergessenheit entrissen und wieder zu Ehren gezogen wurde. Dunant, der finanziell Unglück gehabt hatte, lebte sozusagen von aller Welt verlassen im Krankenhaus zu Heiden und wurde dort hie und da von einem seiner treuesten Freunde, Bankier Scholder-Develay in Zürich besucht. Scholder veranlasste einen befreundeten Journalisten, Dunant aufzusuchen und eine kleine Broschüre über ihn zu schreiben; einige noch nicht befriedigte Gläubiger Dunants wussten aber das Erscheinen dieser Schrift zu verhindern. Bald darauf ging Baumberger zu Dunant und eröffnete nun für ihn in der deutschen und schweizerischen Presse einen Feldzug, und zwar mit solchem Geschick und Feuer, dass von Stund an Dunant mit Ehren und Auszeichnungen von Monarchen, Regierungen und Gesellschaften förmlich überhäuft wurde.

◆◆

DREIUNDVIERZIGSTES KAPITEL

DAS STADTBILD 1914

Durch die Vereinigung Zürichs mit seinen Ausgemeinden und die damit einsetzende, alle Erwartungen übersteigende bauliche Entwicklung hat das Stadtbild bedeutend an Ausdehnung gewonnen, ohne jedoch dabei an Reiz und Anmut etwas einzubüssen. Nun ist allerdings die natürliche Lage Zürichs zwischen den beiden Hügelketten am blauen See und im Angesicht der Alpenfirnen so ausgesucht schön, dass ihr stets wieder bezaubernder Gesamteindruck überhaupt nicht zu verderben wäre. Dennoch aber hätte eine, der Willkür einzelner Bauunternehmer überlassene, ungeschickte und hässliche Bauweise in den neuangegliederten und besonders in den höher gelegenen Stadtteilen störend und direkt wehtuend wirken und die natürlichen Vorzüge der Lage erheblich beeinträchtigen können. Als diese Gefahr tatsächlich drohte, haben die städtischen Behörden eingegriffen und am 2. November 1901 „Vorschriften für offene Bebauung einzelner Gebietsteile" erlassen. Sie wollten damit ausgesprochenermassen der Bevölkerung nicht nur die grossen hygienischen Vorteile der offenen Bebauung sichern, sondern auch die die Stadt umgebenden Hänge vor einer das Stadtbild schädigenden Überbauung schützen und verhindern, dass bevorzugte Wohnlagen durch rücksichtslose Spekulationsbauten ruiniert würden. Obwohl diese Vorschriften sich eigentlich auf das Verbot der Reihenhäuser und das Maximum von vier Wohngelassen in den Häusern der betreffenden Stadtteile beschränkten, waren sie doch von so guter Wirkung, dass die Stadtgemeinde am 29. September 1912 noch einen Schritt weiter ging und mit der Annahme neuer Vorschriften zwei Zonen für die offene Bebauung unter gleichzeitiger Vergrösserung ihres Gesamtgebietes schuf: eine erste Zone mit im wesentlichen denselben Vorschriften wie bisher und eine zweite mit bedeutend strengeren Baubeschränkungen, die geeignet sein werden, das Stadtbild in den prominentesten Teilen vor Verunstaltung zu bewahren.



Die neue Universität und ihre Umgebung

Sollen wir nun noch versuchen, einige seiner markantesten Punkte hervorzuheben, so kann kein Zweifel bestehen, dass in den höher gelegenen Regionen des Stadtbildes, besonders vom See her gesehen, auf Jahrhunderte hinaus der Turm der Universität als Wahrzeichen dominieren wird. Dass der Architekt, Karl Moser, es verstanden hat, diese Wirkung zu erzielen und überhaupt den ganzen Universitätsbau zu vollendeter künstlerischer Geltung zu bringen, ohne doch den benachbarten Semperschen Bau des Polytechnikums in dessen architektonischem und ästhetischem Werte zu beschränken, ist das beste Zeugnis seiner Meisterschaft. Es sei hier, was die neue Universität betrifft, auf das nächstfolgende Kapitel hingewiesen und beigefügt, dass verschiedene zürcherische Baudenkmäler hier nur flüchtig oder gar nicht berührt werden können, weil sie schon an andern Stellen erwähnt wurden, und dass wir hiefür ausschliesslich auf das Sachregister im Anhang verweisen müssen. Die Stadtgemeinde hat am 15. März 1908 ihren Beitrag an den Betrieb der kantonalen höhern Lehranstalten von 60,000 auf 80,000 Fr. erhöht (erste Erhöhung s. S. 364) und an den Neubau eine Subvention von 1 ¼ Million geleistet, die dann in der zweiten Abstimmung am 11. Juni 1911 noch um weitere 250,000 Fr. vermehrt wurde. Zu erwähnen ist ferner, dass die Medizinische Poliklinik an der Schmelzbergstrasse 1894, das benachbarte Gebäude des Kantonschemikers 1900, die neue, erweiterte Anatomie beim Kantonsspital 1901 eröffnet wurde. 1899 war der „Rechberg", ehemals Sitz des Bürgermeisters Reinhard, als Kollegiengebäude für die Universität angekauft worden. Der Plangestaltung für den Universitätsneubau stand die 1895 eröffnete, recht ungeschickt placierte Augenklinik (gegenüber dem Eingang zum Kantonsspital) sehr im Wege. Die durch den Neubau vertriebene Blinden- und Taubstummenanstalt fand bis zur Eröffnung ihres Heims auf dem Entlisberg im Kreis 2 (Nov. 1915) im Gebäude der „Magneta" bei der Platte Unterkunft. Einen Teil der neuen Universitätsbauten bildet das Gebäude für Hygiene und Pharmakologie an der Gloriastrasse, welches am 11. Februar 1913 eröffnet werden konnte. Das gerichtsärztliche und das zahnärztliche Institut sind im Juni 1912 in das ehemalige Geschäftshaus Theodor Fierz im Sonnenbühl eingezogen. Die kantonale Tierarzneischule ist 1911 durch einen Neubau erweitert worden.

Durch den zwischen Bund und Kanton am 28. Dezember 1905 abgeschlossenen „Aussonderungsvertrag" — das weitaus wichtigste Ereignis im Leben beider Hochschulen seit ihrer Gründung — sind das Hauptgebäude des Polytechnikums samt dem bisher vom Kanton benützten „Universitätsflügel", das niedrige Gebäude vor dem Polytechnikum an der Rämistrasse, in welchem seinerzeit bald die eidgenössische, bald die kantonale Chemie ihre Wohlgerüche braute, die land- und forstwirtschaftliche Schule und die ehemalige Seilersche Brauerei an der Sonneggstrasse in das Eigentum des Bundes übergegangen. Da auch die Stadt als Eigentümerin gewisser Sammlungen am Aussonderungsvertrag interessiert war, wurde dieser samt einem Übereinkommen zur Ausführung desselben dem Grossen Stadtrat am 21. Dezember 1907 zur Genehmigung unterbreitet. Der Bund hatte nun selbst alle Bau- und Unterhaltspflichten für das Polytechnikum übernommen und liess für dessen Raumbedürfnisse, die längst „zum Himmel schrien", ein Bauprogramm ausarbeiten und einen Wettbewerb veranstalten. Von der Grösse der hier zu lösenden Aufgabe gibt die budgetierte Bausumme von rund 11½ Millionen Fr. einen Begriff. Aus dem Wettbewerb war Prof. Dr. Gustav Gull glänzend als Sieger hervorgegangen. Das Preisgericht bezeichnete seinen Entwurf als die weitaus beste und erfreulichste Lösung. Insbesondere wurde sein Projekt für den Umbau des Hauptgebäudes gelobt, das zwischen den beiden gegen die Rämistrasse vorspringenden Seitenflügeln einen halbrunden Ausbau in der Mitte, „Auditorium maximum", erhalten soll. Diese Erweiterung des Semperschen Baues ist so künstlerisch gedacht und durchgeführt, dass sie nicht wie ein Annex, sondern als das Resultat organischer Entwicklung wirkt. Von den neuen Bauten ist das Sammlungsgebäude auf der ehemaligen Seilerschen Liegenschaft und dem „Tivoli" (neben dem 1897/1900 erbauten Maschinenlaboratorium), sowie der Umbau und die Vergrösserung der land- und forstwirtschaftlichen Schule (Herbst 1915) vollendet, und es ist in diesen beiden Gebäuden wiederum jene reizvolle architektonische Anordnung der zentralen, von Arkaden umgebenen gedeckten Halle getroffen, die Gull erst, durch seinen Aufenthalt in Italien dazu angeregt, mit dem Stadthaus Fraumünsteramt in Zürich eingeführt und die dann auch bei verschiedenen Privatbauten,

namentlich Banken, und in der neuen Universität Platz gegriffen hat. Wie stimmungsreich ist wieder diese zentrale Halle im Landwirtschaftsgebäude, wo den Disziplinen der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Botanik die drei Etagen übereinander angewiesen sind, während die Bakteriologie mit ihren Retorten im Hintergebäude kocht und auf dem flachen Dach Versuchsgärten, sogar kleine Teiche für Sumpfpflanzen angelegt sind. Geradezu imposant wirkt die Halle für die geologischen und mineralogischen Sammlungen im Gebäude an der Sonnegg- und Clausiusstrasse. Unser Publikum weiss noch kaum, um welche baulichen Sehenswürdigkeiten sich seine Stadt hier bereichert hat. Umbau und Erweiterung des Hauptgebäudes konnten erst in Angriff genommen werden, nachdem die Universität in ihr eigenes Heim umgezogen war; eine bedeutende Verbesserung erfuhr die Umgebung des Polytechnikums durch die wesentliche Verbreiterung der Terrasse auf der Stadtseite, wodurch nicht nur ein schönerer Ausblick über die Stadt gewonnen ist, sondern nun erst für den Besucher der Sempersche Bau nach seiner kunstgerechten Wiederherstellung in seiner ganzen Herrlichkeit und Grösse zur Geltung kommen wird. — Zur Verschönerung des Stadtbildes vermag naturgemäss nichts beizutragen die zwischen den Bäumen des Degenried-Waldes versteckte, am 11. Juni 1911 eröffnete eidgenössische Erdbebenwarte, die schon vier Tage nach ihrer Eröffnung ein Erdbeben auf den Kurilen, „zu hinterst" in Ostasien, prompt registrierte. Die Erdbebenwarte steht unter der besondern Obhut des berühmten Grönlandforschers Dr. Alfred de Quervain (Grönlandfahrt 1909 und schweizerische Grönlandexpedition 1912). Er ist Adjunkt der eidgenössischen Meteorologischen Zentralanstalt, die seit 1889 ihren Sitz im eidgenössischen Physikgebäude hat; ihr Direktor ist seit dem 3. November 1909 als Nachfolger des verstorbenen Billwiller Dr. Julius Maurer.

Zu Füssen der höhern Lehranstalten ersteht gegenwärtig, angeschmiegt an die Predigerkirche, die neue Zentralbibliothek als eine von Stadt und Kanton gemeinsam errichtete öffentliche Stiftung. Sie wird fünf wissenschaftliche Bibliotheken unter ihrem Dach vereinigen: neben der Stadtbibliothek und der Kantonsbibliothek diejenige der Naturforschenden Gesellschaft, die medizinisch-chirurgische und die juristische Bibliothek. Die Stadt-

bibliothek, am 6. Februar 1629 gegründet, ist seit 1631 schlecht und recht in der Wasserkirche beim Helmhaus untergebracht; die gegenwärtig von Oberbibliothekar Dr. Heinrich Weber geleitete Kantonsbibliothek verdankt ihre Gründung einem Regierungsbeschluss vom 24. Okt. 1835 und befindet sich seit 1873 im Chor der Predigerkirche, in Räumen, die nach der Reformation als Kornschütten u. dgl. benützt worden waren. In Bälde wird der stattliche Bau der Zentralbibliothek unter Dach sein, der auf dem Amthausplatz an Stelle des 1887 abgebrannten „alten Spitals" sich erhebt; die Pläne stammen von dem bauleitenden Architekten Kantonsbaumeister Hermann Fietz, dem es vergönnt ist, in einer Periode bedeutender neuer Staatsbauten an leitender Stelle zu wirken. An die Kosten des Zentralbibliothekgebäudes sind von privater Seite nicht weniger als 700,000 Fr. zur Verfügung gestellt worden, so dass Kanton und Stadt verhältnismässig geringe Opfer zu tragen haben. Die Bürgergemeinde trat der Einwohnergemeinde den Amthausplatz um 430,000 Fr. ab, und diese stellte ihn nebst einer Barsubvention von 225,000 Fr. als Bauplatz zur Verfügung; dem Kanton erwuchs eine Ausgabe von 425,000 Fr. Die Stadtgemeinde hat am 1. März 1914, das Volk des Kantons am 28. Juni 1914 die Kredite bewilligt. Um das Zustandekommen der Zentralbibliothek hat sich durch unermüdliche jahrelange Bemühungen die grössten Verdienste erworben der I. Bibliothekar der Stadtbibliothek und künftige Direktor der Zentralbibliothek Dr. Hermann Escher, dessen Wirksamkeit zu vergleichen ist mit derjenigen von Professor Arnold Lang für die neue Universität.

Für die Kantonsschule und den Chemieunterricht der Hochschule wurde an der Ecke Rämistrasse-Zürichbergstrasse ein Neubau errichtet und im Fühjahr 1909 bezogen. Die Stadt hat am 19. März 1905 dem Staat eine Subvention von 500,000 Fr. geleistet und ihren Jahresbeitrag an den Betrieb der kantonalen Lehranstalten von 30,000 auf 60,000 Fr. erhöht. Eine bedeutende Summe erforderte auch der Umbau der längst reparaturbedürftigen alten Kantonsschule (1909/1910). — Die kantonale Frauenklinik hat neben dem alten einen neuen Bau erhalten, für den in der Volksabstimmung vom 28. Juni 1914 ein Kredit von 750,000 Fr. bewilligt wurde. Weitere 440,000 Fr. werden von der Stadt bei-



Das Kaufhaus beim Fraumünster (abgebrochen 1897)

getragen, die als Gegenleistung Platz für jährlich 2000 Geburten in der Frauenklinik beanspruchen darf. Das Abkommen mit dem Staat wurde getroffen zur Durchführung der am 24. September 1911 von der Stadtgemeinde beschlossenen Einführung der unentgeltlichen Geburtshilfe.

*

Die Stadtverwaltung hatte in ihrem von Stadtbaumeister Geiser erstellten Stadthaus an der Fraumünsterstrasse (1885) schon sehr bald zu wenig Platz. Ein Neubau, mit dem alten Stadthaus zusammenhängend, wurde 1898 bis 1900 nach einem von der Gemeinde am 5. Juni 1898 angenommenen Projekt von Gustav Gull ausgeführt. Ihm hatten die alten Bauten des ehemaligen Fraumünsteramtes, Schulzimmer, altes Staatsarchiv, Musiksaal etc. Platz zu machen. Der Musiksaal ist in seinen genauen Abmessungen und mit seiner Stuckdecke im grossen Kommissionssaal des neuen Stadthauses wieder erstanden. Der ganze Bau, der zwischen der Post und ihrem hohen Turm und der Fraumünsterkirche voll zur Geltung kommt, ist aussen und innen ein Schmuck und eine Zier; das architektonische Hauptmotiv im Innern bildet die arkadenumgebene Halle. Überaus geschickt und gefällig ist die Verbindung des Stadthauses mit der Fraumünsterkirche, die vom Architekten dazu benützt wurde, um den alten romanischen und gotischen Kreuzgang wieder erstehen zu lassen, in dem seit 1902 die Statuen von Ludwig dem Deutschen, der Äbtissin Hildegard und dem Bürgermeister Rudolf Brun feierlich Wache halten. Das alte Kaufhaus, das nicht länger den Ausblick auf die Post sperren durfte, musste 1897 weichen. Am zähesten klebten an der Fraumünsterkirche die Magazine der Eisenhandlung Joh. David Wiser mit ihren vier roten Kaminen; sie sind erst 1900 weggeräumt worden.

Aber auch das Stadthaus Fraumünsteramt konnte wiederum nur einen Teil der weitverzweigten Stadtverwaltung aufnehmen. Für einen zentralen, alle Verwaltungsabteilungen umfassenden Stadthausbau wurde nun das Ötenbachareal ins Auge gefasst und Gustav Gull beauftragt, ein Projekt für die ganze Quartieranlage mit Inbegriff des Stadthausbaues auszuarbeiten. Vor allem aber galt es, das nötige Terrain in den Besitz der Stadt zu bringen,

und zwar in erster Linie die Strafanstalt, das alte Kloster Ötenbach. Längst schon hätte man das düstere Gemäuer gern aus der Stadt weg gehabt. Mitten in Richtungen lebhaften Verkehrs auf einer Bodenerhebung stehend und ein Gebiet von bedeutendem Umfang umschliessend, hinderte bisher die Strafanstalt in Verbindung mit dem Waisenhaus die Durchführung passender Strassenzüge und war im regen Getriebe ein toter Fleck, von dem keine Belebung des Verkehrs ausging. Gerne bewilligte darum die Stadtgemeinde am 31. Oktober 1897 den hohen Kredit für das Zuchthausareal. In der Volksabstimmung vom 3. Juli 1898 wurde der Verkauf an die Stadt beschlossen und der Bau der neuen Strafanstalt in Regensdorf genehmigt. In der Sturmnacht des 8./9. Oktober 1901 ging der seltsame Umzug vor sich. In Möbelwagen transportiert, wurden die Ötenbachinsassen nach gespenstischer Fahrt durch Nacht und Graus vor dem hochmodernen, aber um nichts gemütlicheren Pavillonbau in Regensdorf abgeladen. Die Polizei war schon am 19. Januar 1901 umgezogen in die neue Polizeikaserne neben der Militärkaserne an der Sihl; die alte Polizeikaserne am Ötenbach mit ihrem Treppengiebel, seit dem 13. Jahrhundert Gasthaus und Herberge des Klosters Ötenbach, war von 1872 an von der Polizei benützt worden. Nun konnten Hacke und Schaufel ihr Werk verrichten: in den Jahren 1902 und 1903 wurde die Strafanstalt abgetragen. Nachdem weitere Millionen verausgabt worden waren für den Erwerb aller Liegenschaften im Werdmühle- und Ötenbachquartier und an der Schipfe, konnte mit der Anlage neuer Strassenzüge planmässig vorgegangen werden. Der Anfang wurde gemacht mit der Ablenkung des Sihlkanals in den Schanzengraben. Sein altes Bett wurde zugeschüttet im Winter 1901/02 und darauf die Werdmühlestrasse angelegt; gerade über seiner ehemaligen Mündung in die Limmat steht jetzt das Amtshaus II. Und nach der Niederlegung des Zuchthauses kam der Durchstich der Uraniastrasse (künftigen „Stadthausstrasse") durch den Ötenbachhügel im Winter 1904/05 an die Reihe. Tagtäglich schauten Hunderte neugierig zu, wie die ungefügen Löffelbagger heisshungrig den Hügel anfrassen und den Schutt auf Rollwagen luden, die dann auf ein in der Limmat errichtetes Holzgerüst hinausfuhren und ihre Ladung an Ledischiffe abgaben. Von Schleppdampferchen wurden die Ledischiffe limmat-

aufwärts und ans linke Seeufer beim Belvoir bugsiert, wo das Material zur Seeauffüllung diente. Die Uraniastrasse fand ihre geradlinige Fortsetzung in der Uraniabrücke, die an Stelle des Obern Mühlestegs erbaut und am 22. November 1913 dem Verkehr übergeben worden ist. Aber noch über die Limmat hinüber griff der Geist der neuen Zeit und machte einen gewaltigen Vorstoss durch die Mühlegasse — wo ihm 11 Häuser zum Opfer fielen und an ihrer Stelle jetzt das Rudolf Mosse-Haus sich erhebt — nach der zukunftsreichen Zähringerstrasse.

Den Namen gab diesem neuen Strassenzug im Ötenbachquartier von der Bahnhofstrasse bis ans rechte Limmatufer die von Gustav Gull im Auftrag einer privaten Genossenschaft erbaute Volkssternwarte „Urania", die am 15. Juni 1907 eröffnet worden ist. Es ist ein Geschäftshaus von 20 m Höhe, überragt von einem 48 m hohen Aussichtsturm, dessen Kern in einem Pfeiler besteht, welcher zum Zweck seiner völligen Isolierung gegen die Erschütterungen des Strassenverkehrs 20 m tief unter der Erdoberfläche fundamentiert ist. Der Turm ist von einer drehbaren Kuppel von 8½ m Durchmesser überdacht und trägt als Hauptinstrument, zur Gestirnbeobachtung und für die Aussicht in die Berge über Tag, ein Zeiss-Fernrohr von 5 m Länge mit einer Linse von 300 mm Durchmesser. Die Berge erscheinen durch diesen Refraktor in greifbare Nähe gerückt. Die Urania schliesst die Südwestecke des neu angelegten Werdmühleplatzes ab. Im Westen ist er begrenzt von dem ebenfalls durch Gull erbauten Bankhaus der Schweizerischen Bodenkreditanstalt, im Osten von dem Neubau des Amtshauses III und im Süden, anschliessend an die Urania, von dem Amtshaus IV. Zwischen Amtshaus III und IV kreuzt auf hohem, stilvollem Viadukt die neuangelegte Lindenhofstrasse die unterführte Uraniastrasse. Die den Amtshäusern III und IV vorgelagerten Terrassen in Verbindung mit der malerischen Lindenhofstrassenüberführung bilden schon jetzt ein Amphitheater von hohem architektonischem Reiz um den Werdmühleplatz herum. Folgen wir der gebrochenen Flucht des Amtshauses III der Werdmühlestrasse entlang, so führt sie uns zum Amtshaus I, dem ehemaligen Waisenhaus, das Gulls Genie als ehrwürdiges Baudenkmal zu erhalten und seinem grossen Plane geschickt einzufügen verstanden hat. Es ist allerdings gründlich umgebaut worden. In

seinen Parterreräumlichkeiten merkt man nicht, dass man sich in den ehemaligen ausgedehnten Kellergewölben des Waisenhauses befindet, und der breite Terrassenvorbau gegen die Limmat lässt nicht sogleich im Amtshaus I das Waisenhaus wieder erkennen. An seine Westfront ist, wie schon angedeutet, der langgestreckte, zweimal gebrochene „Westflügel", das Amtshaus III, angebaut; dagegen verbindet nur das wiederhergestellte Portal des ehemaligen Waisenhausgartens das Amtshaus I mit dem Amtshaus II am Beatenplatz, das schon am 1. Oktober 1904 bezogen worden war. Die Waisenhauskinder nahmen am 17. Juli 1911 von ihrem alten Heim Abschied. Sie waren nun, nachdem schon am 25. November 1905 der Grosse Stadtrat, einer Anregung von Waisenvater Hofer folgend, die Dezentralisation der Waisenpflege und den Bau von zwei neuen Waisenhäusern beschlossen und die Bürgergemeinde am 6. Juni 1909 diese Beschlüsse sanktioniert hatte, in zwei Familien getrennt worden. Aus dem Erlös des an die Einwohnergemeinde übergegangenen Waisenhausareals konnten die beiden neuen Waisenhäuser in luftiger, sonniger Höhe auf dem Sonnenberg in Zürich 7 und auf dem Entlisberg in Zürich 2 erbaut werden, die anfangs August 1911 bezogen und am 11. September mit einer schönen Feier eingeweiht wurden. Zum Waisenvater war am 9. Juni 1906, nach Pfarrer Hofers Hinschied, Pfarrer Paul Bachofner, und nach dessen Übertritt ans Fraumünster sodann am 13. Mai 1907 Pfarrer und Kirchenrat August Tappolet, der jetzige Hausvater auf dem Sonnenberg, gewählt worden, während am 3. August 1911 auf dem Entlisberg Pfarrer Otto Bickel, früher in Uster, als Hausvater einzog. Im alten Waisenhaus sind jetzt Polizei und Gesundheitswesen untergebracht, im Amtshaus II das Bauwesen II (Gas, Wasser, Elektrizität, Strassenbahnen), im Amtshaus III u. a. das Schulwesen, im Amtshaus IV das Hochbau- und das Vermessungsamt; in den beiden letztern Häusern sind zahlreiche Geschäftsräume an Private vermietet.

Mit diesen vier Amtshäusern und der vom Schipfequai an der Innenseite der Amtshäuser I und III hinauf und über die Uraniastrasse nach dem Lindenhof hinübergeführten Lindenhofstrasse ist eine erste grosse Periode der Stadthausbauten abgeschlossen. Die Hauptsache fehlt noch und bleibt einer hoffentlich nicht mehr fernen Zukunft vorbehalten: das monumentale



Blick nach Osten

Phot. Ph. & E. Linck



Phot. Ph. & E. Linck

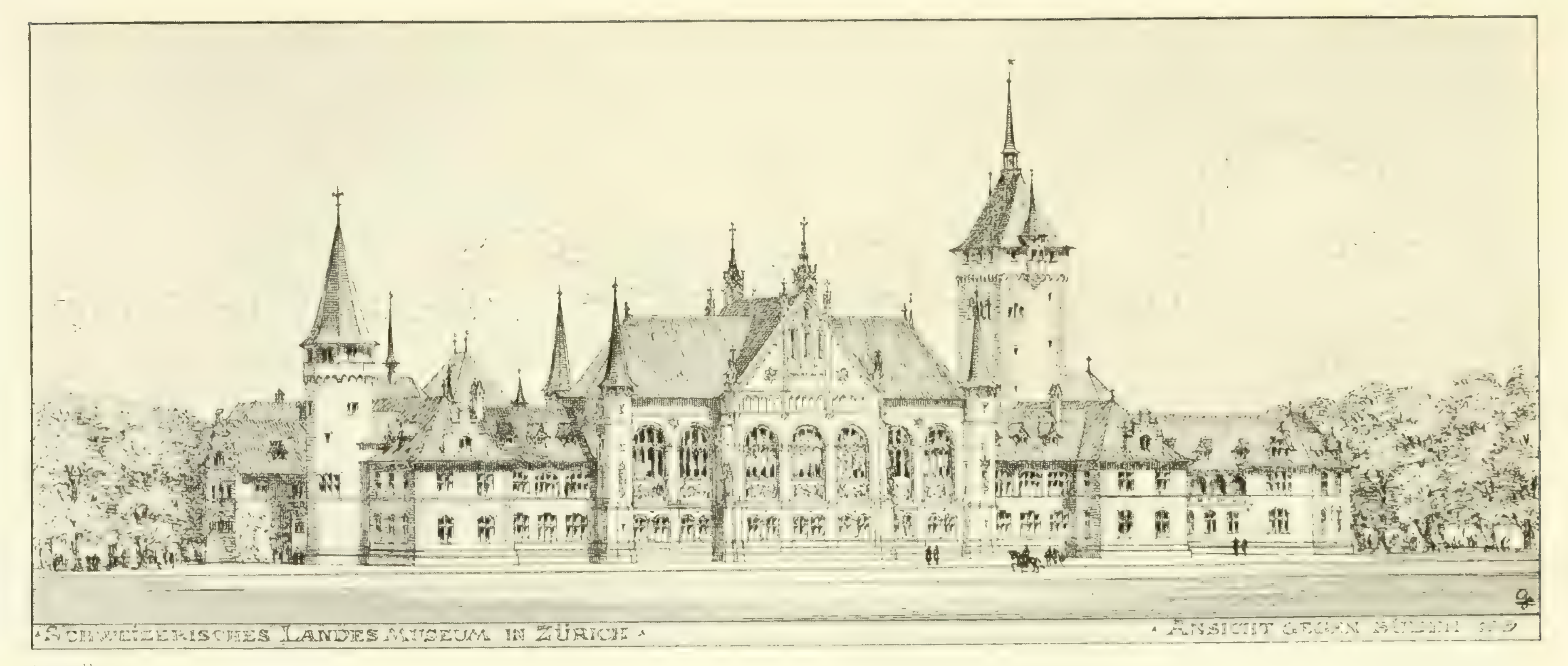
Blick nach Westen

Im neuen Stadthaus-Viertel

Stadthaus, das sich — aus der Ebene des gewöhnlichen lärmenden Geschäftsverkehrs herausgehoben — majestätisch über der Uraniastrasse erheben und mit seinem hochragenden Turm das Stadtbild beherrschen wird. Zwischen dem Stadthaus und dem Lindenhof aber soll in stolzer Höhe das städtische Parlamentsgebäude erstehen, der Prachtbau für den Grossen Stadtrat, vom Lindenhof aus auf einer Freitreppe zugänglich. Und der Lindenhof, unsre „Pfalz", wird nicht etwa verschwinden und vergraben werden, sondern durch den Stadthausbau und die an Stelle der Schipfehäuser projektierten Terrassen und Galerien der künftigen Markthallen erst recht herausgehoben und zum Herzblatt der Stadt gemacht. Es sind keine „Luftschlösser", die mit diesen Andeutungen dem Leser vorgeführt werden; vielmehr haben die städtischen Stimmberechtigten, als sie am 29. Oktober 1911 die Kredite für die Amtshäuser I, III und IV bewilligten und Freihaltung des Platzes für das Stadthaus beschlossen, mit vollem Bewusstsein den Gullschen Ideen beigestimmt, die ihnen an einem prächtigen Modell im Helmhaus demonstriert worden waren, und die Grundlinien für ihre Ausführung festgelegt. Als nach einer Besichtigung der am 1. April 1914 bezogenen neuen Amtshäuser, an denen gegenüber dem Voranschlag mehr als eine halbe Million eingespart worden war, dem Grossen Stadtrat am 9. Mai im „Du Nord" ein bescheidener Imbiss geboten wurde, sprach in seiner Freude über das grandiose Werk ein Stadtrat, der nichts weniger als im Ruf eines Schlemmers steht, die zündenden Worte: „Wenn einst dieser herrliche Bau vollendet sein wird, dann aber, meine Herren, wollen wir einmal nach alter Väter Sitte ein Fest feiern und mit allem Volk auf dem Lindenhof drei Tage lang essen und trinken" . . . . Der gemütliche Anlass gestaltete sich ungesucht zu einer herzlichen Huldigung für den anwesenden Architekten, Professor Dr. Gustav Gull. In seinen bewegten Dankesworten verriet er, dass allezeit die innerste Triebfeder seines Schaffens die heisse Liebe zu seiner Heimatstadt gewesen war. „Zürich," sagte er in seiner schlichten Weise, „ist für jeden, der nicht anormal verwöhnt ist, der schönste Fleck Erde, und wir wollen nicht aufhören, es immer noch schöner zu machen, damit jeder Zürcher stolz auf seine Vaterstadt bleiben kann."

*

Ostwärts vom Hauptbahnhof, in der Platzpromenade, finden wir das Schweizerische Landesmuseum und das städtische Kunstgewerbemuseum mit Kunstgewerbeschule zu einer Baugruppe vereinigt. Das Landesmuseum verdankt seine Entstehung einer Anregung von Nationalrat Salomon Vögelin und ist durch das Bundesgesetz vom 27. Juni 1890 gegründet worden. Es soll bedeutsame vaterländische Altertümer geschichtlicher und kunstgewerblicher Natur aufnehmen und planmässig geordnet aufbewahren. Demgemäss sind die Raumdispositionen des Baues so getroffen, dass die Altertümer der verschiedenen Epochen möglichst in chronologischer Reihenfolge aufgestellt werden konnten, so dass dem Besucher auf dem regelmässigen Gang durch die Sammlungen die kunstgewerblichen Erzeugnisse der aufeinanderfolgenden Kulturperioden unseres Landes von der Zeit der Höhlenbewohner bis zu Ende des 18. Jahrhunderts nacheinander gegenübertreten. Nach lebhaftem Konkurrenzkampf zwischen Zürich und Bern wurde von der Bundesversammlung am 18. Juni 1891 Zürich zum Sitz des Landesmuseums bestimmt. Die Stadt übernahm damit die Baupflicht und übertrug Gustav Gull die Ausarbeitung der Pläne. Den Hauptbaukörper des Landesmuseums und die Dominante der den Museumshof einrahmenden Bauten bildet der Mittelbau mit der „Ruhmeshalle" der Waffensammlung, die durch die Hodlerschen Fresken des Rückzugs von Marignano ihre stilgerechte innere Ausschmückung erhalten hat. Die Sammlung von Gegenständen kirchlicher Kunst birgt der in den Hof vorspringende Kapellenbau, und im Innern ist das glitzernde Goldgeschmeide in der als Krypta behandelten unterirdischen „Schatzkammer" zu gewissen Stunden beim Schimmer des elektrischen Lichtes zu sehen. Der mächtige Torturm an der Ostseite über dem Haupteingang scheidet das Landesmuseum von dem Gebäudetrakt des Kunstgewerbemuseums, der — zuerst erstellt — schon 1894 bezogen wurde. Durch die Art, wie der Architekt die alten Zimmer aus verschiedenen Stilperioden, die Reste der Kreuzgänge aus dem frühern Predigerkloster und Barfüsserkloster in Zürich, sowie andere alte Bauteile, die ihm zur Verfügung standen, disponierte und unter sich und mit den allgemeinen Sammlungsräumen in Beziehung setzte, unterscheidet sich das Landesmuseum wesentlich von den bisher üblichen Museumsbauten. Indem der Einbau



G. Gull

Schweizerisches Landesmuseum

der alten Zimmer überall unter möglichster Wahrung resp. Wiederherstellung ihres ursprünglichen Zustandes erfolgte, so dass auch die Fensteröffnungen den ursprünglichen entsprechend gestaltet, daneben aber die Fenster der allgemeinen Sammlungsräume wiederum als Ausdruck des Innenraums regelmässig gebildet wurden, erhielten die Fassaden ihr eigenartiges Gepräge. Ein unendlicher Reiz kommt ausserdem noch hinzu durch die unvergleichliche Ausstattung der Fenster mit den herrlichsten Erzeugnissen schweizerischer Glasmalerkunst, die aus der mit alten Butzenscheiben hergestellten Bleiverglasung wie Juwelen hervorleuchten. Einen grossen Teil seiner Schätze aber, namentlich den ältesten (Pfahlbauten, Keltisches, Römisches) und auch manches Jüngere verdankt das Landesmuseum der Antiquarischen Gesellschaft Zürich, welche ihre reichen Sammlungen samt der wohlgelungenen Büste Ferdinand Kellers, des Schöpfers dieser ganzen Wissensbestrebungen, aus dem Helmhaus ins Landesmuseum verpflanzen liess.

Das Fest, mit welchem in den Tagen vom 24. bis 27. Juni 1898 das Schweizerische Landesmuseum eingeweiht wurde, gehört zu den freudenreichsten und glänzendsten, die Zürich im vergangenen halben Jahrhundert gesehen. Der ganze Bundesrat, die Bundesversammlung, das Bundesgericht und das diplomatische Korps von Bern trafen in einem Extrazug ein, dessen Lokomotive an der Stirnseite das eidgenössische Wappen trug. Die Bundesräte hatten ihre Frauen und Töchter mitgebracht, was der Feier von vornherein einen mehr familiären Charakter verlieh. Abends gab im Stadttheater der Dramatische Verein eine Festvorstellung, vor welcher ein Prolog von Isabelle Kaiser gesprochen wurde. Noch während der Vorstellung nahte der Fackelzug der Studenten, der vom Bundespräsidenten Ruffy und seiner Umgebung auf der Loggia des Stadttheaters erwartet und mit einer französischen Ansprache verdankt wurde. Am Hauptfeiertag, Samstag den 25. Juni, fand der eigentliche Festakt im blumen- und flaggengeschmückten Hof des Landesmuseums statt. Zu beiden Seiten der Rednertribüne dräuten die Schlünde riesiger Kanonen und auf den Podesten der Freitreppe gegen den Platzspitz standen die bronzierten Reiterstatuen des Herzogs von Zähringen und Struthans von Winkelried, die Bildhauer Richard Kissling in aller Geschwindig-

keit während einiger Wochen hergestellt hatte. „Männerchor“ und „Harmonie“ sangen zum Beginn: „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“. Die Zünfte mit ihren Bannern füllten den Hof. In seiner Begrüssungsansprache sprach Stadtpräsident Pestalozzi seine grosse Freude darüber aus, dass es gelungen war, für das Landesmuseum den denkbar besten Direktor zu finden in der Person von Heinrich Angst, der nicht nur um das Zustandekommen des Landesmuseums sich die grössten Verdienste erworben, sondern auch durch Einverleibung seiner eigenen Sammlungen den Bestand des Museums auf verschiedenen Kunstgebieten so bereichert hatte, dass es schon am Eröffnungstage ein annähernd vollständiges Bild jener kunstgewerblichen Tätigkeit unserer Vorfahren bot. Heinrich Angst, geboren den 18. Oktober 1847 in Regensberg, hat lange Jahre im Ausland als Kaufmann gelebt und ist dann in Zürich britischer Konsul, 1896 Generalkonsul geworden. Sein Verständnis und sein reger Sammeleifer für allerlei Altertümer brachten ihn in enge Berührung mit zahlreichen Männern der Wissenschaft und schliesslich an die Spitze des Landesmuseums, das er mit hingebender Treue verwaltete bis zur Übergabe seines Amtes an seinen Nachfolger Dr. H. Lehmann auf Ende 1903. Nicht minder warm dankte der Stadtpräsident in seiner Rede dem Architekten Gustav Gull, einem Künstler, der seine reiche Phantasie an dieser eigenartigen Aufgabe erprobte und stets für die verschiedene Zweckbestimmung der Gebäudeteile bis in die kleinsten Details hinunter die richtige Formensprache zu finden wusste. Bundespräsident Ruffy und, nach der anmutigen Szene der Schlüsselübergabe durch zwei Kinder Gulls, Bundesrat Lachenal liessen in ihren Ansprachen welsche Liebenswürdigkeit und welschen Esprit brillieren. Nach der formellen Eröffnung und einem ersten Rundgang durch das Museum folgte unter Glockengeläute der Zug zum belebten Bankett in der Tonhalle, an welchem Direktor Angst zum Ehrendoktor proklamiert und Gustav Gull durch die Überreichung einer Dankesurkunde ausgezeichnet wurde. Einzigartig schön war der kostümierte Umzug am Nachmittag, in welchem 2788 Teilnehmer aus allen Gauen des Schweizerlandes mit Benützung von Szenen aus dem schweizerischen Volksleben die echten malerischen und kleidsamen Trachten der verschiedenen Landesgegenden dem ob solcher Fülle und

Farbenpracht staunenden Publikum vor Augen führten. Die Zürcher Hochzeitsfahrten, die Berner Krieger von Neuenegg, denen der Bernermarsch aufgespielt wurde, die Taufe aus dem Luzerner Landleben, Basler Fastnacht, Bergführer, Jäger und Wildheuer aus dem Bündnerland, Winzer vom Genfersee, Neuenburger Armourins und Genfer Escalade, durchweg von Leuten aus den betreffenden Kantonen dargestellt: das war eine Heerschau über unser Schweizervolk und seine vielgestaltigen Sitten, Trachten und Gebräuche, wie man sie nur einmal im Leben und an einem solchen Tage geniessen konnte. Abends aber, nach der Seefahrt der Ehrengäste, wurden im Pavillon und im grossen Saale der Tonhalle von einzelnen kostümierten Gruppen des Umzugs — Appenzell, Bern, Urkantone, Tessin, Waadt, Freiburg — Aufführungen dargeboten, die wiederum erkennen liessen, wieviel charakteristische Eigenart und wieviel Poesie in unserm schweizerisch-nationalen Volksleben noch vorhanden ist. Das Singspiel der Berner — ,,Bärgdorf“ von Gottfried Strasser —, der Sang der Älpler und Älplerinnen beim steinbeschwerten Haus zum ,,Schweizerdegen“, die Kilbi von Brunnen, der Freiburger Kuhreigen, den Notar Currat so ergreifend zu singen wusste, der Winzertanz, das schalkhafte Tessiner Blumenfest, das alles war in seiner Naturwahrheit, seiner heitern Lust und unverkümmerten Fröhlichkeit von packender Gewalt. Wie sich von selbst versteht, war auch diese prächtige Veranstaltung dem Lesezirkel Hottingen zu danken. Dass Illumination und Feuerwerk am Samstag abend und das Waldfest im Dolder am Sonntag verregnet wurden, weiss heute niemand mehr; aber der Kuhreigen im Tonhallepavillon klingt jedem, der ihn hörte, jetzt noch in den Ohren.

*

Für den auf der Hohen Promenade errichteten, am 27. Oktober 1913 eingeweihten Bau der Höhern Töchterschule hatte Gull anfänglich ein grösseres Projekt ausgearbeitet, das alle Abteilungen der Höhern Töchterschule umfassen sollte. Dieses wurde dann auf Wunsch der Behörden der Kosten wegen reduziert und auf das Gymnasium, die Fortbildungsschule und das Lehrerinnenseminar beschränkt; die Handelsabteilung dagegen sollte in dem gründlich umzubauenden Grossmünsterschulhaus verbleiben. Der Bau der

Höhern Töchterschule auf der Hohen Promenade musste die stille Schönheit des dortigen Friedhofs grausam zerstören. Ehe das jungfrische Leben dort oben wieder einziehen konnte, hatte der Tod Platz zu machen und seinen Raub herauszugeben, denn das Leben hat recht. Und es kam ein Rauschen in die Totengebeine, der Gottesacker ward umgepflügt, und es gingen noch einmal aus den Gräbern hervor, die man dort unter Leid und Tränen begraben hatte. Manche von ihnen waren freilich bis auf wenige Knochenreste vermodert und verwest, einige aber — o schreckensvolles Wunder! — lagen noch da so frisch und unversehrt beinahe, wie man sie in den Boden gelegt, so dass ihre Freunde und Bekannten von damals sie auf den ersten Blick hätten erkennen müssen. Diese Funde von Leichenwachsbildung, die an Zahl und Vollkommenheit des Erhaltungszustandes alles bisher bei solchen Exhumationen gewonnene Beobachtungsmaterial überboten, gaben Veranlassung zu einer eingehenden wissenschaftlichen Arbeit von Dr. med. Wilhelm Müller (Albert Müllers Verlag). Unter den vom Verfasser behandelten Fällen der exhumierten Leichen befand sich auch diejenige von Gottfried Kellers Mutter.

Wir müssten uns in die dürren Gefilde der Statistik verlieren, wollten wir zu zeigen versuchen, was Zürich nur seit der Vereinigung im Bau von Schulhäusern geleistet hat. Wie sehr es sich aber auch anstrengte und Jahr um Jahr neue Schulpaläste erstehen liess, vermochte es mit dem Wachstum der Bevölkerung doch nicht Schritt zu halten und musste sich vielfach mit Baracken und Provisorien aller Art behelfen. Die Schulhäuser aber bestanden nicht mehr nur in einzelnen Gebäuden, sondern in ganzen Schulhausgruppen, die wie wahre Festungen der Volksbildung sich in den dichtbewohnten Quartieren erheben. Die Schulhäuser auf dem Bühl in Wiedikon, im Industriequartier, auf dem Riedtli, an der Ämtlerstrasse, an der Kernstrasse, an der Hofackerstrasse, Kilchbergstrasse, Mühlebachstrasse, Münchhaldenstrasse, im Letten sind nur einige der auffallendsten Schulhäuser oder Gebäudekomplexe, die aus dem Stadtbild herausragen. In ihrer Bauart und Einrichtung entsprechen sie selbstverständlich allen Forderungen der Neuzeit. Es fehlt nicht an Badeanlagen, Handfertigkeits- und Hort-Räumen, Schulküchen, besondern Arbeitszimmern für Mädchen, Sing- und Zeichensälen. Von den Privatschulen haben

Neubauten bezogen die Freie Schule Zürich I an der Waldmannstrasse am 29. Sept. 1898, das Evangelische Seminar an der Rötelstrasse am 14. Mai 1905, das Freie Gymnasium (gegründet 1888) an der St. Annagasse am 3. Juni 1910. Der letztere Bau bildet einen Teil des Häuserblocks, den die verschiedenen Gesellschaften und Vereine für das Freie Gymnasium, die St. Annakapelle, das christliche Hospiz zum „Glockenhof“ und den Christlichen Verein junger Männer gemeinsam auf dem Areal der nach etwas über 50jährigem Bestand wieder abgetragenen St. Annakapelle von Mathilde Escher erstellten. Die neue St. Annakapelle ist am 23. Oktober 1910, das Hotel „Glockenhof“ am 12. Juni 1911 und das Vereinshaus am 3. September 1911 eröffnet worden. In stärkerem Masse noch als der eben erwähnte „Christliche Verein junger Männer“ ist der zürcherische „Kaufmännische Verein“ für die kaufmännische Fortbildung tätig. Er ist am 7. März 1861 von 13 begeisterten Jünglingen als „Verein junger Kaufleute“ gegründet worden und hat sich so rasch entwickelt, dass er am 28. September 1887 in das von ihm erworbene Haus zum Alten Seidenhof einziehen konnte. Später erwarb der Verein von Dr. med. C. von Muralt eine Liegenschaft an der Pelikanstrasse und errichtete darauf den luxuriösen Neubau „zur Kaufleuten“ mit Lehrzimmern, Gesellschaftszimmern, Festsaal, Restaurant usw., der am 17. und 18. April 1915 eingeweiht wurde. Unter den Architektenfirmen, die an den bedeutendsten Neubauten in Zürich beteiligt sind, begegnen wir am häufigsten den Namen Bischoff u. Weideli, Pfleghard u. Häfeli, Gebrüder Pfister, Streiff u. Schindler, Gebrüder Bräm, Stadler u. Usteri, Chiodera u. Tschudi.

*

In immer grösserm Umfang tritt in unserm öffentlichen Leben die Mitwirkung der Frauen hervor, die zwar von den Rechten der Aktivbürgerschaft noch immer so gut wie vollständig ausgeschlossen sind, denen es aber glücklicherweise doch nicht verwehrt ist, auf dem Gebiete der Gemeinnützigkeit, der Krankenpflege, des Volkswohles sich in reichem Masse zu betätigen und durch grossartige eigene Schöpfungen und mustergültig geführte Anstalten ihre volle Befähigung und Berechtigung zu tatkräftiger Mitarbeit für das allgemeine Interesse auch ausserhalb der engen Schranken der

Häuslichkeit zu erweisen. Schon ein flüchtiger Blick über das Stadtbild wird an verschiedenen Bauten haften bleiben, die ihr Entstehen ausschliesslich der Initiative der Frauen zu danken haben. Eine dieser Schöpfungen ist die Schweizerische Pflegerinnenschule mit Frauenspital an der Samariterstrasse in Zürich 7. Ihr Gründer ist der Schweizerische Gemeinnützige Frauenverein. In seiner Mitte hat Fräulein Dr. Anna Heer die erste Anregung dazu gegeben, die dann von der Präsidentin des Vereins, Frau Dr. Villiger-Keller in Lenzburg, mit freudiger Begeisterung aufgegriffen worden ist. Von Anfang stand der Hauptinitiantin auch ihre Kollegin Dr. med. Marie Heim-Voegtlin zur Seite, die Gattin des berühmten Geologen Professor Dr. Albert Heim, mit dem sie am 11. Juli 1899 ein schönes und seltenes Doppeljubiläum feiern konnte: die 25jährige Wirksamkeit von Professor Heim am Polytechnikum und ihre eigene ebensolange Tätigkeit als praktische Ärztin und speziell Geburtshelferin. Frau Dr. Heim war überhaupt die erste akademisch gebildete Ärztin in Zürich und im ganzen Schweizerland, und da gerade diese Pionierin des ärztlichen Frauenstudiums so gar nichts Emanzipiertes an sich hatte, so durchaus das ,,echt Weibliche" und Mütterliche beibehielt, tat sie damit das Beste zur Einbürgerung des neuen Frauenberufs der Ärztin. Die zweite Ärztin in Zürich war Frl. Dr. Caroline Farner, und dann kam als dritte Frl. Dr. Anna Heer, die im Haus von Stadtrat Caspar Grob sel. aufgewachsen ist und diesem trefflichen Manne ihre sorgfältige Erziehung und Bildung verdankt. Es war gegeben, dass Fräulein Dr. Heer, die den besten Chirurgen und Operateuren Zürichs beizuzählen ist, als Chefärztin an die Spitze der mit einem Frauenspital verbundenen Pflegerinnenschule trat, nachdem diese am 30. März 1901 eröffnet worden war. Schon in den Jahren der Vorbereitung, dann aber ganz besonders in ihrer Stellung als ,,Frau Oberin" vom Tage der Eröffnung an, hat Fräulein Ida Schneider sich um das Haus und seine treffliche Führung ganz hervorragend verdient gemacht. Im Jahre 1908 ist neben der Pflegerinnenschule ein eigenes Heim für die Kursteilnehmerinnen, das ,,Schwesternhaus", eröffnet worden.

An der Gemeindestrasse in Hottingen besteht seit dem Jahre 1898 eine Haushaltungsschule, gegründet von der Sektion Zürich des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins. Die Haus-

IM DIENSTE DES GEMEINWOHLS



Dr. med. A. Heer



Frau E. Coradi-Stahl



Frau Prof. S. Orelli

haltungsschule hat am 28. September 1911 ihren imposanten, modern eingerichteten Neubau einweihen dürfen, bei welcher Gelegenheit die damals schon über 80jährige Frau Stocker-Caviezel, eine energische Verfechterin der Frauenrechte († 1. August 1914), eine Rede hielt und ein von Hegar komponiertes Weihelied von Clara Forrer gesungen wurde. Noch vor 50 oder 60 Jahren hätte vielleicht schon nur der Name einer „Haushaltungsschule" selbst in Frauenkreisen Heiterkeit und Kopfschütteln erregt, denn der natürliche Weg war doch bisher immer, dass die heranwachsenden Töchter von ihren Müttern in die Geheimnisse des Kochens und Haushaltens eingeführt wurden und dass sie alle diese Handgriffe und Fertigkeiten, die das Hauswesen erfordert, sozusagen von selber erlernten, indem sie dabei aufwuchsen und mit den Jahren auch zur Hilfeleistung herangezogen wurden. Wer hätte zu prophezeien gewagt, dass man eines Tages grosse Schulhäuser hiefür bauen werde, förmliche Akademien zum Studium des Hauswesens, wo in geräumigen, mit allen Hilfsmitteln der Wissenschaft versehenen Hörsälen von Fachlehrern und -lehrerinnen Theorie erteilt, in mustergültig ausgestatteten Küchen ein collegium practicum „belegt" werden kann? Die werktätigen Frauen haben das Bedürfnis nach solchen Haushaltungsschulen erkannt und haben keine Mühen und Opfer gescheut, um ihm Rechnung zu tragen. Sie wissen, dass der eigene Haushalt in sehr vielen Fällen und aus den verschiedensten Gründen nicht imstande ist, den heranwachsenden Töchtern die hauswirtschaftliche Bildung zu geben, die den Ansprüchen des modernen Lebens gewachsen ist. Und indem sie den Töchtern des Volkes die Gelegenheit bieten zu einer gründlichen, systematischen und allseitigen Erlernung alles dessen, was zur geordneten und richtigen Führung eines Haushalts in unserer Zeit gehört, tragen sie zugleich in eminentem Masse bei zu einer höheren Wertschätzung des Haushalts und der Familienpflege. Frau Emma Coradi-Stahl († 8. April 1912), die als Präsidentin der Haushaltungsschule das Fest der Hausweihe mit ihrer sonnigen Mütterlichkeit erhellte und als liebenswürdige Tischrednerin durch Geist und Humor glänzte, ist unter den bedeutendsten Schweizerfrauen auf dem Gebiet der Gemeinnützigkeit und Frauenarbeit zu nennen. Schon 1888 schuf sie als Präsidentin des Aarauer Gemeinnützigen Frauenvereins die erste Haus-

haltungsschule in Buchs und später diejenige in Zürich, sowie die Gartenbauschule in Niederlenz. Sie wurde 1896 die erste vom Bundesrat ernannte eidgenössische Expertin für das hauswirtschaftliche Bildungswesen. Mit ihrem Gatten, Waisenrat Adam Coradi, nach Zürich übergesiedelt, wandte sie ihr hervorragendes praktisches Geschick und ihre nimmermüde Hingabe vornehmlich den zürcherischen Frauenbestrebungen zu und wirkte auch als Verfasserin guter hauswirtschaftlicher Bücher („Wie Gritli haushalten lernt", „Gritli in der Küche") und Redaktorin der von ihr 1895 gegründeten Zeitschrift „Schweizer Frauenheim".

Eine grossartige, wahrhaft bewunderungswürdige Tätigkeit entfalteten die für die Arbeit am Wohl unseres Volkes begeisterten Frauen auf dem Felde der Alkoholbekämpfung und der Wirtshausreform. Ihnen war es klar, dass mit dem Klagen und Jammern über das Alkoholelend nichts getan ist, wenn nicht dem Volke zugleich auch saubere, behagliche Wirtschaftsräume ohne Alkohol zur Verfügung gestellt werden, in denen für wenig Geld gute und nahrhafte Speise und gesunde Tranksame geboten wird. So haben denn die praktischen und klugen Frauen die Wirtshausreform am allein richtigen Orte angepackt und das Meisterstück fertig gebracht, ihre freundlichen Lokale zu einer Institution in unserm öffentlichen Leben zu machen, die von den Arbeitern wie von den bemittelten Ständen als eine wahre Wohltat und schlechterdings nicht mehr zu entbehrende Einrichtung empfunden wird. Das ist namentlich dadurch möglich geworden, dass die Führung dieser alkoholfreien Wirtschaften auf durchaus gesunden Geschäftsprinzipien beruht und jeder Beigeschmack der Wohltätigkeit fehlt. Es wird nichts geschenkt, und so braucht der besser Situierte sich nicht zu genieren, gelegentlich dort seine Mahlzeiten einzunehmen oder von der Annehmlichkeit des Vieruhrkaffees zu profitieren. Anderseits ist der Beitrag, den jeder Gast mit durchschnittlich 3—4 Rappen an den — ausschliesslich für den weitern Ausbau der Wirtshausreform bestimmten — Reingewinn zu leisten hat, so minim, die Auswahl unter den verschiedenen Preislagen der Menus in Verbindung mit dem Fehlen jedes Trinkgeldes und Trinkzwanges so vorteilhaft, dass auch der Unbemittelte vollständig auf seine Rechnung kommt und eben dadurch jene so wohltuend wirkende Mischung aller Stände und

Klassen in den alkoholfreien Wirtschaften entsteht. Da ist es denn schliesslich nicht einmal zu verwundern, wenn dieser Frauenverein von kaum über zwei Dutzend Aktivmitgliedern schon nach zwanzigjährigem Bestand eine ganze Reihe von Häusern sein eigen nannte, in seinen Lokalen täglich 12,000 Menschen speiste und tränkte und mit einem Umsatz von je 2 Millionen Franken jährlich in Einnahmen und Ausgaben wirtschaftete. Seinen Anfang nahm das schöne Werk der Frauen mit der am 17. Dezember 1894 eröffneten Kaffeestube zum ,,Kleinen Marthahof" in der Stadelhoferstrasse, für welche ein im Gesellschaftshaus zum ,,Schneggen" abgehaltener Bazar die Mittel geliefert hatte. Anfangs wagte man noch nicht, die Bezeichnung ,,alkoholfrei" in die Vereinsfirma aufzunehmen und nannte sich ,,Frauenverein für Mässigkeit und Volkswohl" und erst von 1910 an ,,Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften". Doch wurde schon beim zweiten, am 22. November 1895 eröffneten Lokal, an der Gemeindestrasse in Hottingen, tapfer die Tafel ,,Alkoholfreie Speisewirtschaft" ausgehängt. Drei Tage später öffnete sich das Lokal an der Rosengasse, am 10. Dezember 1896 ein weiteres an der Langstrasse in Aussersihl, am 1. April 1897 das ,,Rütli" im neuen Heim des Grütlivereins an der Zähringerstrasse. Als erstes der grössern Lokale des Frauenvereins ist ,,Karl der Grosse" beim Grossmünster am 31. März 1898 eingeweiht und 1909 vergrössert worden durch Ankauf des anstossenden Hauses zum ,,Silberschild". Am 17. November 1898 erhielt die äussere Seefeldstrasse im ,,Lindenbaum" ihr Lokal.

Dem Frauenverein konnte es aber nicht entgehen, dass gar viele Leute am meisten froh wären über eine alkoholfreie Wirtschaft auf ihren sonntäglichen Spaziergängen ins Freie. Er tat darum den weitern kühnen Schritt und baute das alkoholfreie Volks- und Kurhaus auf dem Zürichberg, eine Sommer- und Sonntagswirtschaft grossen Stils, die oft an einem Tage Tausenden Gelegenheit gibt, ohne Alkohol ihre Erholung zu geniessen. Die damit verbundene Pension für längern Aufenthalt wurde am 1. November 1900, das Restaurant am 1. Januar 1901 eröffnet. Eine Dependance, das ,,Heimeli", kam 1910/11 dazu. In der Stadt öffnete am 1. Dezember 1902 das grösste und meist besuchte Lokal des Frauenvereins, der ,,Blaue Seidenhof" an der Seidengasse, seine Tore; am 15. Dezember 1904 siedelte man vom kleinen

Marthahof in den prächtig beim Bahnhof Stadelhofen gelegenen „Olivenbaum" über; dann kam wieder die Beteiligung an einem grössern Unternehmen: dem alkoholfreien Volkshaus am Helvetiaplatz in Aussersihl. Diese Stiftung ist auf eine Anregung von Prof. Dr. A. Forel im Jahr 1893 zurückzuführen, die dann 1896 von der Pestalozzigesellschaft wieder aufgegriffen wurde. Auf Antrag von Pfarrer Dr. Meili in Wiedikon bestellte sie eine Kommission mit Pfarrer Bion als Präsident. Die Kommission verwandelte sich später in ein „Initiativ-Komitee" und am 8. Juni 1901 in ein „Aktionskomitee"; in beiden war der Frauenverein durch Frau Prof. Orelli und Frau Oberst Huber-Werdmüller vertreten. Das Präsidium übernahm nach dem Rücktritt Bions Stadtrat Dr. Erismann. Am 15. Juli 1906 gewährte die Gemeinde dem Volkshaus eine Subvention von 250,000 Fr. (mit Inbegriff des Bauplatzes), und am 10. Mai 1907 konstituierte sich der „Volkshaus-Verein". Die Pestalozzigesellschaft mietete Lesesäle und Bibliothekräume, der Frauenverein die Wirtschaft, die übrigen Teile des Hauses sind von Versammlungs- und Sitzungszimmern, Gewerkschaftsbureaus und Vereinslokalen in Beschlag genommen. Die feierliche Einweihung erfolgte am 18. Dezember 1910. Mit dem 1. Januar 1911 übernahm der Frauenverein das kleine Lokal „Neugut" in der Enge, mit dem 29. Juni 1911 den pachtweisen Betrieb der (der Stadt gehörenden) Sommerwirtschaft in der Platzpromenade, die trotz Pauken- und Trompetenschall nie recht rentieren wollte, in den Händen der Frauen aber, die sie für den Jahresbetrieb einrichteten, alsbald zu rentieren begann. 1914 wurde ein zweites Kur- und Gesellschaftshaus auf dem Zürichberg angekauft und umgebaut: der „Rigiblick" in Zürich 6, der seit dem 1. Mai 1915 alkoholfrei betrieben wird. Durch den Frauenverein sind auch andere zu ähnlichem Vorgehen angeregt worden; so führt u. a. ein rühriges Frauenkomitee in Oberstrass seit etwa acht Jahren eine besonders von Studenten besuchte Wirtschaft in der „Tanne" beim Polytechnikum. Erwähnung verdient auch noch die auf Veranlassung und unter Mitwirkung des Zürcher Frauenvereins auf der Landesausstellung 1914 in Bern installierte Alkoholfreie Restauration, die einen kolossalen Zulauf hatte, bis dann der Krieg auch hier in seiner Weise intervenierte und mit einem Schlag die Tageseinnahmen, die im Juli noch auf durch-

schnittlich 4645 Fr. gestanden, am 4. August auf 206 Fr. herunterbrachte. Infolge des Krieges büssten die Frauen in ihren Zürcher Lokalen im zweiten Halbjahr 1914 an Einnahmen 200,000 Franken ein. Der Verein beschäftigt z. Z. etwa 400 weibliche Angestellte, denen als Mitarbeiterinnen an einem grossen sozialen Werke ein neuer, schöner Frauenberuf erschlossen ist. — Es bedarf keiner Worte, um zu erklären, welche Energie, Umsicht, Schaffenslust und Hingabe dazu gehören, um eine solche Entwicklung eines Unternehmens zu ermöglichen, wie sie hier dem Leser vor Augen steht. Und das haben Frauen geleistet. An der Spitze des „Frauenvereins f. a. W." stand als Präsidentin während der ersten zehn Jahre Frau Oberst Anna Maria Huber-Werdmüller († 5. Oktober 1911), eine geistig bedeutende Frau, die Gattin des Obersten P. E. Huber, der ihr am 4. Oktober 1915 im Tode nachfolgte. Sie hat auch für den Frauenverein Grosses getan, aber neidlos und bewundernd stets die noch höhern Verdienste der eigentlichen Leiterin des weitverzweigten, segensvollen Unternehmens anerkannt. Im Präsidium des Frauenvereins folgte ihr Fräulein Marie Finsler, die Tochter des letzten Antistes. Die Seele der ganzen Unternehmung war von Anfang an bis heute die Betriebskommission und deren Präsidentin, Frau Susanna Orelli-Rinderknecht, die Witwe des 1885 verstorbenen Mathematikprofessors Joh. Orelli am Polytechnikum; in dieser Frau, die ein tiefes Verständnis für die Bedürfnisse des Volkes hat, personifiziert sich gleichsam die Schöpfung der alkoholfreien Wirtschaften in Zürich.

*

Um einstweilen auf dem Boden des Gemeinnützigen zu bleiben, seien noch einige ergänzende Daten über zürcherische Anstalten und Krankenhäuser beigefügt. Das Kinderspital („Eleonorenstiftung"), am 12. Januar 1874 eröffnet, stand Jahrzehnte hindurch unter der Leitung von Prof. Dr. Oscar Wyss (für innere Krankheiten) und Dr. Wilhelm von Muralt-Planta (chirurgische Abteilung). Nach seinem Rücktritt als Chefarzt im Jahr 1909 übernahm Dr. von Muralt das Präsidium des Komitees, und seiner Initiative und unermüdlichen Sorge ist die weitere schöne Entwicklung des Kinderspitals hauptsächlich zu danken. Mit dem

Jahre 1910 erhielt die Anstalt einen Direktor in der Person von Professor Dr. Feer, Dozent für Kinderkrankheiten an der Universität Zürich und eine bedeutende Autorität auf diesem Gebiete. Im Lauf der Jahre hat sich das Kinderspital durch verschiedene Nebengebäude (Absonderungshäuser, Poliklinik etc.), besonders aber durch den ausgedehnten Neubau 1904 bedeutend vergrössert. Seit 1889 können die rekonvaleszenten Kinder in der Kinderheilstätte Ägeri Aufnahme finden. — Das Krankenasyl Neumünster ist durch das am 22. November 1903 eingeweihte „Obere Krankenhaus" bereichert worden. Wie dieses, steht unter der Obhut der Evangelischen Gesellschaft das „Asyl Realp" für Unheilbare, eröffnet am 31. Oktober 1909; in seiner unmittelbaren Nachbarschaft befindet sich das am 1. September 1910 eröffnete Magdalenenheim „Refuge", eine Schöpfung des Frauenvereins für Hebung der Sittlichkeit und Schwesteranstalt zu dem seit 1890 bestehenden „Pilgerbrunnen" in Aussersihl; schon in den 70er Jahren entstanden die hauptsächlich für die Heranziehung von Dienstmädchen bestimmten, mit dem Namen von Frau Emma Schneeli-Berry († 8. Dezember 1914 in Liestal) verknüpften Institutionen des Marthahauses, des kleinen Marthahofes in Stadelhofen usw. — Das „Theodosianum" ist eine Niederlassung der Schwestern vom Heiligen Kreuz in Ingenbohl. Es wurde 1880 an der Kreuzstrasse eröffnet. Im März 1899 bezogen die Schwestern ihren Neubau an der Asylstrasse, während das alte Theodosianum nunmehr als „Elisabethenheim", gegründet 1888, alleinstehenden Frauen und Töchtern Zuflucht bietet. Einen zweiten Neubau weihte das Theodosianum am 28. Januar 1911 ein. — Unter dem Protektorat des Schweiz. Vereins für freies Christentum stehen Spital und Schwesternhaus vom „Roten Kreuz", das am 24. November 1907 sein 25jähriges Jubiläum feiern durfte. In einer frühern Pension in Fluntern am 22. November 1882 eröffnet, konnte es im Herbst 1887 seinen Neubau beziehen, dem mit dem 24. April 1900 ein zweites und mit dem 15. Januar 1914 ein drittes Haus hinzugefügt wurde. Die Pension „Forster" am Zürichberg ist 1905 als Schwesternheim geschenkt worden. — Eine weitere Gründung Pfarrer Bions, das Erholungshaus in Fluntern (1890), erfuhr 1902 eine bauliche Vergrösserung. — Die Schweizerische Anstalt für Epileptische auf der Rüti beging ihr 25jähriges

Jubiläum am 31. August 1911. Sie verfügt nunmehr im ganzen über etwa 12 Gebäude, von denen Bau II für weibliche Erwachsene 1889 und Bau III für männliche Erwachsene 1901 eröffnet wurde. — Eine neue Anstalt — etwa die zehnte auf dem Boden der Kirchgemeinde Neumünster — ist mit dem 28. November 1912 eröffnet worden; sie nimmt schwächliche und krüppelhafte Kinder auf und steht unter der Leitung des hervorragenden Orthopäden Prof. Dr. W. Schulthess. An der Spitze des Initiativkomitees für diese schweizerische Anstalt stand der hochbetagte Professor Dr. H. Kesselring. Ähnlichen Zwecken dient die benachbarte Mathilde-Escher-Stiftung (neueröffnet am 29. Oktober 1911), die früher mit der St. Annakapelle verbunden war. — Draussen auf der Höhe des Kapf in Hirslanden ist in herrlicher Lage vom Frauenkomitee für das Blindenheim (Gründerin Frl. Marie Bürkli) durch den Architekten C. von Muralt 1908 der Neubau „Dankesberg" erbaut worden, nachdem das Heim (für weibliche Blinde) seit dem 1. November 1902 an der Balderngasse bestanden hatte.

*

Einen ungemein regen Eifer entwickelte die Stadt Zürich in den letzten 25 Jahren auf dem Gebiet der kirchlichen Bauten. Mehr als zehn neue Kirchen und Kapellen sind im Stadtbild erschienen, und in den meisten ältern Kirchengebäuden wurden umfassende Renovationen durchgeführt. So konnte die Grossmünstergemeinde, nachdem sie sich lange mit der Kapelle hatte begnügen müssen, ihr schön renoviertes Gotteshaus am 6. September 1914 wieder beziehen. — Sehr zu ihrem Vorteil hat sich unter den Händen von Gustav Gull die Fraumünsterkirche verändert. Zuerst wurde, neben andern Renovationen, (1900) auf der Turmseite gegen die Limmat ein neues Portal angebracht, und nachdem dann im März 1911 die Kirche aus dem Besitz des Staates in den der Gemeinde übergegangen war, konnte eine Regeneration an „Haupt und Gliedern" beginnen. Die zementbeworfene Blösse der Westfassade, die neben dem schmucken Stadthaus doppelt unschön wirkte, wich einem prächtigen Portal, das über dem Eingang mit einem Relief von Richard Kissling (Geburt Christi) und zu den Seiten mit den vier Apostelfiguren von Bildhauer Schweizer geschmückt wurde. Architektonisch besonders glücklich war die

Aufführung der Mittelschiffmauern bis auf die Gesimshöhe des Querschiffes und die steilere Führung des Daches. Das Innere erhielt eine vergrösserte Orgel, neue Bestuhlung, eine neue steinerne Kanzel usw.; wertvolle antiquarische Funde wurden bei den Grabarbeiten im Chor gemacht. Mit einer schönen Feier konnte die wiederhergestellte Kirche am 20. Oktober 1912 eingeweiht werden. — Die Kirchgemeinde St. Peter beging am 25. November 1906 das zweihundertjährige Bestehen der jetzigen Kirche. Sie bewilligte am 8. Juni 1913 einen bedeutenden Kredit für Renovation, die vor kurzem vollendet worden ist; am 22. Febr. 1914 konnte wieder Gottesdienst in der Kirche gehalten werden. — Die Predigerkirche ist nach dem am 23. Mai 1897 genehmigten Vertrag ebenfalls in das Eigentum ihrer Gemeinde übergegangen und hat einen von Architekt Wehrli erstellten Turm und ein Geläute erhalten, die am 28. Oktober 1900 eingeweiht wurden.

In Aussersihl sind zwei neue evangelische Kirchen statt des bisherigen unzulänglichen Bethauses entstanden: die Johanneskirche im Industriequartier, eingeweiht am 13. November 1898, und die St. Jakobskirche in der Gegend des alten Bethauses (25. August 1901). — Noch früher — am 29. November 1896 — konnten die Kirchgenossen von Wiedikon aus dem Bethaus in ihre neue Kirche umziehen. — Enge feierte die Weihe des von Bluntschli erstellten, von Dr. C. Escher mit einer Orgel ausgestatteten Kirchenbaues am 24. Juni 1894; das Filialkirchlein von Leimbach wurde am 23. Juli 1899 eingeweiht. — Vom rechten Seeufer herüber grüsst die mächtige Kuppel der Kreuzkirche (26. Februar 1905); das Neumünster erfuhr eine innere Renovation (26. Mai 1912) und erhielt in der Nachbarschaft ein „Kirchgemeindehaus“ mit angebautem Pfarrhaus (27. August 1911). — Das alte Kirchlein Oberstrass beherbergt jetzt einen Kindergarten, und in seiner Nähe erhebt sich die neue Kirche mit Pfarrhaus (6. März 1911). — Auf aussichtsreicher Höhe am Käferberg steht die neue Kirche Wipkingen (31. Oktober 1909). — Von kirchlichen Minoritäten und Gemeinschaften sind u. a. erstellt worden die Apostolische Kirche in Hottingen im Jahr 1885, die Minoritätskirche in Unterstrass (hauptsächlich mit Unterstützung von Fräulein Pauline Escher, † 8. Februar 1913), eingeweiht am 15. November 1908, die Salemskapelle der Baptisten an der Steinwiesstrasse (6. Februar

1898) und die Bethelkapelle an der Wilfriedstrasse, Predigtstätte von Samuel Zeller in Männedorf († 18. April 1912), die am 29. Oktober 1899 eingeweiht worden ist. — Die französische Kirchgemeinde ist durch das Kirchenorganisationsgesetz vom 26. Oktober 1902 dem Organismus der zürcherischen Landeskirche eingefügt worden (und zwar vornehmlich dank den Bemühungen von Staatsschreiber Stüssi, † 20. September 1900); ihren Neubau auf der Hohen Promenade hat sie am 9. Februar 1902 bezogen. — Die Stadt verkaufte 1895 die längere Zeit von der römisch-katholischen Kirchengenossenschaft benützte ehemalige Begräbniskapelle auf der Hohen Promenade an eine englische Gesellschaft, die die Kapelle zur Sankt Andrews-Kirche umtaufte und sich am 2. November 1907 als Corporation of the English Church konstituierte. — Die altkatholische Augustinerkirche erhielt Ende 1909 einen neuen Turm mit fünfstimmigem Geläute; die Filialkirche an der Elisabethenstrasse in Wiedikon wurde am 29. Oktober 1911 geweiht. — Die römisch-katholische Liebfrauenkirche, eine dreischiffige Säulenbasilika mit erhöhtem Turm, wurde am 7. Oktober 1894, das Geläute und die vollendete Kirche am 10./13. Oktober 1897 durch den Bischof eingeweiht. Die seit 1874 als Provisorium benützte Kirche St. Peter und Paul in Aussersihl erfuhr eine Erweiterung mit 60 m hohem Turm (22. November 1896); im Kreis 7 erbaute Karl Moser die St. Antoniuskirche (18. Oktober 1908). An der Feldstrasse in Aussersihl ist 1903 die italienische katholische Kirche, im Industriequartier die St. Josephskirche erbaut worden (Einsegnung 3. Mai 1914).

Von den neueren Friedhöfen in Zürich wurden eröffnet am 1. Januar 1897 der Friedhof Manegg in Zürich 2, der im Jahr 1907 erweitert wurde, da der Friedhof Giesshübel auf den 31. Dezember 1908 geschlossen werden musste; am 16. Juli 1899 der Friedhof Nordheim in Unterstrass, am 26. Oktober 1902 der Friedhof Enzenbühl, am 31. Oktober 1907 der erweiterte Friedhof Fluntern auf der Passhöhe des Zürichbergs, dessen älterer Teil 1887 eröffnet worden war; der alte Friedhof Fluntern bei der Platte ging 1907 in den Besitz der Stadt über. — Zu den interessantesten Bauwerken Zürichs gehört unstreitig das neue Krematorium, das auf einem Annex des Friedhofs Sihlfeld von Architekt Albert Frölich von Brugg erstellt worden ist, nachdem die Gemeinde am 29. Sep-

tember 1912 den Kredit bewilligt hatte. Zur Einweihung am 6. März 1915 war der Grosse Stadtrat eingeladen worden. Die ganze Anlage ist von einer imponierenden Würde und Erhabenheit. Die Kuppel des Hauptgebäudes wölbt sich über dem Versammlungsraum, der in seiner reichen künstlerischen Ausstattung und harmonischen Ausgeglichenheit in Formen und Farben ein wahres Juwel genannt zu werden verdient. Vom Giebelfeld des Portikus leuchtet dem Ankommenden die in Stein gemeisselte goldene Inschrift entgegen: ,,Flamme, löse das Vergängliche auf! Befreit ist das Unsterbliche."

*

Als am 19. Dezember 1886 die dreissigjährige Konzession der Zürcher Gasgesellschaft abgelaufen war, ging das Gaswerk im Industriequartier samt der Filiale Riesbach in den Besitz der Stadt über. Die Gemeinde Enge betrieb ihre 1885 übernommene (1864 gegründete) Gasfabrik bis zur Stadtvereinigung selber weiter. Die drei Gaswerke genügten aber schon bald nach der Vereinigung dem gesteigerten Bedarf nicht mehr, und es wurde daher am 7. Februar 1897 von der Gemeinde ein Kredit von 7,8 Millionen Franken bewilligt für den Bau einer auf 100,000 m^3 Tagesleistung berechneten Gasfabrik auf dem städtischen Besitztum in Schlieren, die am 28. November 1898 den Betrieb eröffnete. Die rapide Zunahme des Gaskonsums besonders auch zum Kochen veranlasste die Erteilung eines weitern Kredits von 2,750,000 Fr. für den Ausbau des Gaswerks am 29. Januar 1905.

Unglaublich erscheint dem Laien der Wasserbedarf einer grossen Stadt. Nachdem einmal eine Zuleitung aus dem See hergestellt worden, sollte man meinen, das würde genügen, um auch den grössten Durst einer ,,werdenden Grosstadt" zu stillen. Dem ist aber nicht so. Schon bald nach der Stadtvereinigung musste der Direktor unserer Wasserversorgung, Heinrich Peter, ins Sihltal und in die Berge des Zugerländchens hinaufsteigen, um nach neuen Trinkwasserquellen für seine Mitbürger Umschau zu halten. Durch einen Anschicksmann liess er eine Anzahl solcher Quellen zusammenkaufen; aber bevor sie für die Stadt Zürich abgeleitet werden durften, musste mit der Regierung von Zug verhandelt

und ein Vertrag abgeschlossen werden. Einmal mit den Rechtsfragen aller Art im Reinen, die eine so weitgreifende Operation zu komplizieren pflegen, liess sich der Stadtrat am 20. Mai 1900 von der Gemeinde einen Kredit von 2,9 Millionen Franken erteilen für die Erwerbung der Quellen im Sihl- und Lorzetal und ihre Zuleitung nach Zürich. Die Sammelleitungen der beiden Täler vereinigen sich bei Sihlbrugg, von wo an die 17,709 km lange Hauptleitung das Wasser in das Quellwasserreservoir beim Albisgütli führt. Die ganze Anlage war 1905 vollendet. Am 17. Juni 1902 beschloss der Grosse Stadtrat die Errichtung von 216 neuen öffentlichen Brunnen, in der Meinung, dass wenigstens eine Anzahl derselben eine künstlerische Ausgestaltung erhalten sollten, was bei der Armut Zürichs an Brunnendenkmälern keinen Luxus bedeutete. Aber schon wieder studierte Direktor Peter an einer neuen Seewasserversorgung für die Stadt Zürich, da alle bisher getroffenen Einrichtungen wohl für die Gegenwart, nicht aber für einen künftigen normalen Bevölkerungszuwachs ausreichten. Bereitwillig gewährte die Gemeinde am 11. Juni 1911 einen weitern Kredit von 7½ Millionen für die neue Seewassergewinnungsanlage bei Wollishofen. Unterhalb des Mönchhofs ist eine auf 8 Jochen ruhende, 400 m lange Röhrenleitung in den See hinausgebaut, die in einer Tiefe von 35 m und noch 22 m über dem Seeboden das Wasser fasst. Das ist die Stelle, da nun die grosse durstige Stadt in gierigen Zügen trinkt, trinkt, trinkt .... Am Ufer steht ein Saug- und Pumpwerk; von dort wird das Wasser 54 m hoch in die Filteranlage im Moos hinaufgepumpt. Es sind das ausgedehnte Gebäulichkeiten mit vorläufig 15 gemauerten Wasserbehältern im Innern, wo das Wasser durch eine ca. 1 m dicke Sandschicht geleitet wird, an deren Oberfläche es seine Schwebestoffe und Bakterien zurücklässt. Die Reinigung der Vorfilter geschieht durch eingepresste Luft; man braucht nur an einem gewissen Rädchen zu drehen, und auf einmal bedeckt sich die ganze grosse Wasserfläche mit Bläschen, sie fängt an sich zu kräuseln und zu brodeln. Die Betriebseröffnung der neuen Anlage, welche die bisherige Filteranlage im Industriequartier überflüssig machte, erfolgte für die Mitteldruckzone am 25. April, für die Niederdruckzone am 17. Juni 1914; die Hochdruckzone wird nach wie vor vom vergrösserten Pumpwerk Letten bedient.

Noch unter der Verwaltung der alten Stadt wurde die Errichtung eines städtischen Elektrizitätswerks im Anschluss an das Pumpwerk im Letten beschlossen und zugleich von der Gemeinde am 28. Dezember 1890 die Schaffung einer eigenen Verwaltungsabteilung für die „Licht- und Wasserwerke" genehmigt. Das kleine Elektrizitätswerk hatte vorerst nur Beleuchtungszwecken zu dienen und wurde mit dem Zeitpunkt der Stadtvereinigung, 1. Januar 1893, dem Betrieb übergeben. Am 13. April 1898 beschloss der Grosse Stadtrat die Beleuchtung der Bahnhofstrasse, und wieder hingen nun wie vor hundert Jahren die Laternen über der Mitte der Strasse, nur dass jetzt jede dieser Laternen eine kleine Sonne war. Mehr und mehr wurden aber auch Motore an das Beleuchtungsnetz angeschlossen, und der stärkere Kraftbedarf für technische Zwecke und besonders dann auch für den Trambetrieb erforderte die Aufstellung von Dampfdynamomaschinen. Verhandlungen über die Beteiligung an einem grössern Werk (Etzel, Eglisau) zogen sich ungebührlich in die Länge, so dass man sich einstweilen mit der Miete von Strom aus dem Kraftwerk Beznau an der Aare behelfen musste. Ein Vertrag hierüber mit der Gesellschaft „Motor" in Baden wurde am 18. April 1903 abgeschlossen und von der Gemeinde am 30. August 1903 der Kredit für die Verteilungsanlage bewilligt. Die Stromabgabe für die Strassenbahn begann am 9. Mai 1904. War es schon merkwürdig genug zu denken, dass unsere Strassenbahnen von der Wasserkraft der Aare bewegt wurden, so erschien die Idee noch viel kühner, einen Bergbach hinten im Bündnerland unsern Bedürfnissen dienstbar zu machen und seine Kraft auf einem System von Drähten 135 km weit über Berg und Tal herzuleiten. Das geschah nun aber durch die Errichtung des städtischen Elektrizitätswerks bei Sils an der Albula, wofür die Gemeinde am 10. Juni 1906 einen Kredit von 10,735,000 Fr. und nach der Abrechnung am 16. Februar 1913 noch einen Nachtragskredit von 2,173,000 Fr. bewilligte. Die Betriebseröffnung erfolgte am 15. Dezember 1909. Von der Bauleitung hatte Direktor Peter den hydraulischen Teil, Direktor Heinrich Wagner vom Elektrizitätswerk den elektrischen Teil übernommen.

Mit der Strassenbahn wurde die Zürcher Stadtvereinigung faktisch eingeleitet. Die Abkürzung Z. T. (Zürcher Tramway)

deutete das Volk als „Zivil-Trauung" (von Zürich und Ausgemeinden); die Hochzeit folgte allerdings erst zehn Jahre später. Die „Zürcher Strassenbahn A.-G." hat ihr Netz am 2. Oktober 1882 eingeweiht. Es bestand aus den beiden Linien Tiefenbrunnen-Hauptbahnhof-Paradeplatz-Bleicherweg-Brunaustrasse und Helmhaus-Paradeplatz-Talacker-Zentralfriedhof und wurde mit 20 Wagen und 81 Pferden betrieben. Bald nach der Stadtvereinigung bauten zwei neue Aktiengesellschaften die ersten elektrischen Linien in Zürich: die „Elektrische Strassenbahn A.-G." das „Hottinger Tram" (Quaibrücke-Burgwies und Bellevue-Römerhof-Kreuzplatz, eröffnet am 8. März 1894), die „Zentrale Zürichbergbahn A.-G." die Linien Bellevue - Kirche Fluntern (15. Februar 1895) und Platte-Polytechnikum-Rigiviertel (2. November 1895). Die Stadt erwarb nun zunächst (städtische Abstimmung vom 23. Dezember 1894) die Pferdebahn um 1,750,000 Fr., die auf den 1. Januar 1897 in ihren Besitz überging, und am 19. März 1899 bewilligte die Gemeinde weitere 4 Millionen für den Umbau der Pferdebahn auf Meterspur mit elektrischem Betrieb. Die einzelnen Strecken wurden mit dem Fortschreiten der Arbeit sukzessive wieder eröffnet, und am 17. September 1900 geleitete eine Menge Leute den bekränzten letzten Rösslitramwagen zum Depot. Am 28. Juni 1896 kaufte die Gemeinde die ehemalige „Elektrische Strassenbahn" (Hottinger-Tram), am 3. Dez. 1905 die „Zentrale Zürichbergbahn" zurück. Die Stadt selbst baute die Linien Hauptbahnhof-Wiedikon, eröffnet am 24. Dez. 1898, Kreuzplatz-Zeltweg-Seilergraben und Bellevue-Paradeplatz mit Abzweigung zum Bahnhof Enge (14. Jan. 1899). Im folgenden Jahr wurden die Strassenbahnen in den Kreisen II und III bis Wollishofen, Utobrücke und Letzigraben (Stadtgrenze) ausgebaut. An letztere Strecke schloss gleichen Tages (20. Dez. 1900) die Limmattalstrassenbahn an. Die Industriequartier-Strassenbahn (24. April 1898), deren Fortsetzung nach Höngg daselbst am 29. August 1898 mit Volksfest und Festspiel von Pfarrer Dr. Weber eingeweiht wurde, kaufte die Gemeinde am 22. Februar 1903, das auf Stadtgebiet liegende Teilstück der Hönggerlinie der Grosse Stadtrat am 2. März 1907 zurück. Seit dem 9. Oktober 1906 fahren die blau-weiss gestrichenen Strassenbahnwagen auf der Strecke Zentral-Leonhardstrasse-Polytechnikum, seit dem 1. Mai 1909 durch die Weinbergstrasse. Vom

1. Januar/1. Mai 1910 an besteht eine Route 8 vom Helmhaus über das Selnau zum Bahnhof; am 1. Juni 1911 folgte die Linie Römerhof-Klusplatz, am 25. Mai 1912 Burgwies-Realp mit Anschluss an die Forchbahn (29. November 1912). Seit dem 1. Mai 1914 zirkuliert das Tram Nr. 23 von der Burgwies über die Urania-brücke zum Bahnhof. Das am 6. Juli 1907 eröffnete Albisgütlitram erfreute sich während des Eidgenössischen Schützenfestes seiner einzigen paar Tage eines rentabeln Betriebes. Beim Leonhardsplatz ist der Ausgangspunkt der Strassenbahn nach Örlikon (31. Oktober 1897).

*

Eine bedeutende Unternehmung Zürichs ist der neue pompöse Schlachthof am Letzigraben, an der Stadtgrenze gegen Altstetten. Er ist nach langwierigen Vorbereitungen erbaut worden, nachdem die bestehenden 3 öffentlichen und 34 privaten Schlachtlokale nicht mehr genügen konnten. Die Gemeinde bewilligte am 18. Januar 1903 einen Baukredit von 3,6 Millionen, den der Grosse Stadtrat dann in eigener Kompetenz noch um 200,000 Fr. erhöhte; aber das reichte von ferne nicht aus. Die wirklichen Kosten betrugen 5,9 Millionen, und es musste die Gemeinde am 12. Dezember 1909, gern oder ungern, noch einen Nachtragskredit von 2,040,000 Fr. bewilligen. Der Betrieb im neuen Schlachthof wurde am 2. August 1909 eröffnet. Mit diesem Bau hängt zusammen ein jahrelanger, noch jetzt nicht entschiedener Prozess zwischen Stadt und Metzgerschaft. Die Eigentümer der Metzgbänke in der Fleischhalle besitzen laut Vertrag vom 12./18. Dezember 1862 gewisse „ewige Rechte" am Schlachthaus zur Walche. Die Metzger verweigerten die Zustimmung zur Niederlegung des Walcheschlachthauses vor Beendigung ihres Prozesses gegen die Stadt, und es konnte nur mit Mühe vom Obergericht die Erlaubnis ausgewirkt werden, am 31. Mai 1915 mit dem Abbruch der hässlichen Ruine mitten im modernen Stampfenbachquartier zu beginnen. — An ihrem 60 m hohen Kamin schon von weitem kenntlich ist die hart am Eisenbahnviadukt im Hard gelegene Kehrichtverbrennungsanstalt, eröffnet am 10. Mai 1904, mit welcher auch ein landwirtschaftlicher Gutsbetrieb im Limmattal verbunden ist. Seit 1898 steht im äussersten Zipfel des städtischen Landes im Hard, in



Gedecktes Brückli, „Grünes Hüsli", Bollwerk und Waisenhaus, 1900

der Nähe der Limmatbrücke bei Höngg, die städtische thermische Abdeckerei (Kadaververnichtung, Podewilsanstalt) im Betrieb.

In der Hauptsache auf Kosten des Staates erstellt die Stadt gegenwärtig das gewaltige Bezirksgebäude auf dem Rotwandareal in Aussersihl. Die Gemeinde bewilligte am 1. März 1914 den vom Staat zu verzinsenden Baukredit von 3,225,000 Fr. Im Neubau sollen alle Bezirksbehörden Platz finden: Statthalteramt, Bezirksrat, Bezirksschulpflege, Bezirksgericht, Bezirksanwaltschaft samt Bezirksgefängnis. — Der städtische Wohnungsbau hat begonnen mit der Erstellung von Dienstwohnungen für die Arbeiter und Angestellten einzelner Verwaltungsabteilungen (Gaswerk, Strassenbahnen, Elektrizitätswerk usw.). Ein erstmaliger Versuch im Jahr 1896, auch für den allgemeinen Bedarf von Gemeinde wegen Wohnungen zu erstellen, schlug fehl. Zwar wurde zu diesem Zweck das Friesenberggelände am Fusse des Ütlibergs von der Gemeinde am 28. Juni 1896 angekauft; zu einer Überbauung desselben kam es aber bis jetzt nicht. Erst die mit dem Jahr 1904 einsetzende grosse Wohnungsnot veranlasste die städtischen Behörden, der Gemeinde die Errichtung von drei Baublöcken mit zusammen 25 Gebäuden zwischen Limmatstrasse und Heinrichstrasse im Industriequartier vorzuschlagen. Die Gemeinde stimmte am 21. April 1907 zu und bewilligte einen Kredit von 2,486,000 Fr. Das Unternehmen sollte wie die städtischen Werke sich selbst erhalten; die Höhe der Mietzinse hatte sich daher zu richten nach der Verzinsung des Anlagekapitals mit einer mässigen Amortisation und nach den Unterhalts- und Verwaltungskosten. Die städtischen Häuser im Industriequartier wurden am 1. Oktober 1908 und 1. April 1909 bezogen. 65 Prozent ihrer Bewohner stehen im Dienst von Stadt, Kanton oder Bund. Eine zweite städtische Wohnkolonie, die zum grossen Teil schon bezogen ist, wurde erstellt auf dem Riedtli in Unterstrass. Nachdem die Bürgergemeinde am 25. September 1910 das Areal zu einem niedrigen Preis der Einwohnergemeinde überlassen hatte, beschloss die letztere am 18. Dezember 1910 den Bau von 73 Häusern mit 288 Wohnungen und 76 einzelnen Mansardenzimmern im Voranschlag von 5,260,000 Franken. Die freundliche Gartenstadt im Riedtli gereicht heute schon dem ganzen Quartier zum Schmuck. Übrigens haben auch verschiedene private Baugenossenschaften mit der Erstellung von

Villenvierteln zur Besserung der Wohnungsverhältnisse und Verschönerung der Stadt beigetragen. Im Susenberg, beim Schlössli und bei der Jakobsburg, an der Zeppelinstrasse in Unterstrass, am Entlisberg, am Sonnenberg und draussen im „Bergheim“ auf dem Kapf sind solche hübsche und wohnliche Kolonien entstanden.

*

Zu den wichtigsten Bauproblemen der 90er Jahre gehörte der Hauptbahnhof, neben welchem in Zürich noch die weitern Bahnhöfe und Eisenbahnstationen Letten, Stadelhofen, Tiefenbrunnen, Wiedikon, Enge, Wollishofen, Selnau, Giesshübel, Brunau, Manegg und Leimbach bestehen. Die starke Verkehrszunahme erforderte umfassende Erweiterungsbauten im Hauptbahnhof, die unter Leitung von Oberingenieur Dr. Robert Moser durchgeführt wurden. Es gehören dazu der neue, 850 m lange Viadukt der Winterthurer Linie, der nach zweijähriger Bauzeit am 18. August 1894 dem Betrieb übergeben wurde (er zählt 50 Öffnungen von 8—8,75 m lichter Weite), der neue Güterbahnhof, eröffnet am 17. Mai 1897, und die am 1. November 1897 vollendete Hardstrasseüberführung. Ein gewaltiges Erweiterungsprojekt im Voranschlag von 20—25 Millionen war von der Nordostbahn in Aussicht genommen worden. Die inzwischen eingeleitete Verstaatlichungsaktion nahm ihr aber die Lust und das Interesse an der Ausführung und veranlasste sie, sich mit „Provisorien“ zu begnügen, die dann allerdings nach der Verstaatlichung auch von den Bundesbahnen als „ausreichend“ befunden und definitiv belassen wurden. Im Hauptbahnhof waren die wichtigsten Änderungen bis 1898 durchgeführt: die Geleise, die früher bis zur Einsteighalle gegen die Limmat reichten, in der Mitte des Aufnahmegebäudes abgeschnitten, im so gewonnenen Raum das Gepäckbureau errichtet, durch das frühere Gepäckbureau der Ausgang nach dem Bahnhofplatz geöffnet. Die Geleisehalle wurde nach der Museumsstrasse hin verbreitert, die gedeckten Perrons bis zur Sihl verlängert, Wartsaal und Restauration III. Klasse kamen auf die Nordseite der Halle zu liegen, die Billettschalter in die Nähe der Einsteigehalle, und in einem Anbau wurde das Transitpostbureau untergebracht. Für die Verlegung der Reparaturwerkstätten nach Dietikon waren alle Vorbereitungen, Expro-

priationen usw. durchgeführt; nun aber fand man für sie plötzlich genügend Raum im bestehenden Bahnhofareal und errichtete sie an der Altstetter Grenze beim neuen Schlachthof; eine erste Abteilung wurde am 1. Juni 1910, die übrigen im Frühjahr 1911 in Betrieb gesetzt.

Der letzte Präsident der Nordostbahngesellschaft war Adolf Guyer-Zeller, eine grosse Figur in unserem Wirtschaftsleben, die zürcherische Ausgabe eines amerikanischen Eisenbahnkönigs. Er war der Neffe des Müllers Guyer von Bauma, der auf dem Zimiker in Uster die Demokratie begründen half. Voll kühnen Wagemuts, trug Guyer-Zeller sich stets mit grossen Plänen. Er hat die Engadin-Orient-Bahn projektiert und den Eigergletscher angebohrt, nachdem er auf einer Schilthornbesteigung am 26. August 1893 den begeisterten Vorsatz gefasst und auf einer Postkarte die erste Planskizze für die künftige Jungfraubahn entworfen hatte. Seine merkwürdig komplexe Natur vereinigte kalte Rücksichtslosigkeit, wo es seinen Willen und seine Ziele durchzusetzen galt, mit einem kinderweichen Gemüt und tief religiösen Bedürfnissen. Als die erste Sektion seiner Jungfraubahn, Scheidegg-Eigergletscher, am 19. September 1898 eingeweiht wurde, musste ihm inmitten der herrlichen Gotteswelt der „Gletscherpfarrer" Gottfried Strasser von Grindelwald eine Bergpredigt halten. Von nicht gewollter Wirkung war die Art, wie Guyer-Zeller 1894, im Besitz der Mehrheit der Aktien, sich der Herrschaft über die Nordostbahn bemächtigte; sie verlieh der bald nachher ausgegebenen Parole „Die Schweizerbahnen dem Schweizervolk" die nötige Zugkraft. Als dann der freihändige Rückkauf der Nordostbahn in die Wege geleitet war — der Vertrag datiert vom 1. Juni 1901 — schien es, als habe das Leben für ihn keinen Reiz mehr; der stattliche, kerngesunde Mann ward auf einmal krank, legte sich und starb am Ostermontag den 3. April 1899.

Die Verlegung der Linksufrigen Zürichseebahn auf Stadtgebiet hat in ihrer 25jährigen Leidensgeschichte alle möglichen Phasen durchgemacht, bis dann schliesslich der Architekt Gustav Gull, einer plötzlichen Eingebung folgend, auf einem Blatt Papier die Lösung für den neuen Bahnhof Enge skizzierte, die jetzt dem Umbau zugrunde liegt. Die Verhältnisse waren besonders seit Eröffnung der Linie Thalwil-Zug am 31. Mai 1897

unhaltbar geworden. Seit Jahren waren wegen der schwebenden Projekte Liegenschaftenverkehr und Bautätigkeit im ganzen Umkreis der Bahn gehemmt. Auf der Linie verkehrten 1914 täglich 120 Züge; an den 12 Barrieren in den Kreisen 2, 3 und 4 wurden täglich 3,900,000 Fussgänger, 390,000 Fuhrwerke, 99,000 Velofahrer und 52,000 Autos durchschnittlich je 2 Minuten aufgehalten; das Tram darf überhaupt nicht passieren. Der Umbau bringt nun endlich Abhilfe, indem er sämtliche Strassen über die tiefer gelegte Linie führt. Die Stadt hat dafür allerdings grosse Opfer zu bringen. Nach dem Vertrag vom 22. Dezember 1913, der am 1. Mai 1914 vom Verwaltungsrat der Bundesbahnen, am 15. November 1914 von der Gemeinde genehmigt wurde, leistet die Stadt an die auf 23,520,000 Fr. geschätzten Kosten einen Beitrag von 3,4 Millionen; überdies bezahlt sie an die Kosten des Umbaues der Sihltalbahn 500,000 Fr. und übernimmt für 1,200,000 Fr. Prioritätsaktien der Sihltalbahn, von denen 700,000 Fr. sofort abgeschrieben werden. Die neue Linie beginnt bei der Langstrasseunterführung, fällt bereits etwas bis zu der 7 m tiefer gelegten Station Wiedikon, erreicht dann in einem 811 m langen Tunnel unter der korrigierten Sihl und dem Sihlkanal hindurch die neue Station Enge an der Grütlistrasse, um schliesslich in einem 890 m langen Tunnel auf das alte Trasse bei der Station Wollishofen auszumünden. Die Sihltalbahn — sie ist am 30. Juli 1892 eröffnet worden — endet bis jetzt im Bahnhof Selnau; sie soll nun vom Giesshübel weg in einem S-förmigen, 685 m langen Tunnel in den neuen Bahnhof Enge eingeführt werden. Die Ütlibergbahn bleibt vorläufig im Bahnhof Selnau bis zu ihrem dereinstigen Umbau für elektrischen Betrieb und Anschluss an die Städtische Strassenbahn.

Die Dampfschiffahrt war bald nach der Eröffnung der Linksufrigen Zürichseebahn stark zurückgegangen. 1879 wurde die Schiffswerft von Riesbach nach Wollishofen verlegt und dort ein grosser Hafen erstellt, 1885 ein Trajektdienst nach dem rechten Ufer eingerichtet, der bis 1894 bestand. 1890 gründeten Karl Fierz-Landis, Arnold Bürkli und andere die „Zürcher Dampfbootgesellschaft"; seit dem 1. Mai 1892 durchfurchten die flinken Dampfschwalben das untere Seebecken und den obern Teil der Limmat; im Herbst 1894 eröffnete die „Dampfbootgesellschaft Wädenswil" mit den Schiffen „Wädenswil" und „Speer" einen Spezialdienst

Der Neuenhof am Paradeplatz, abgebrochen 1898 (jetzt Neubau des Bankvereins)

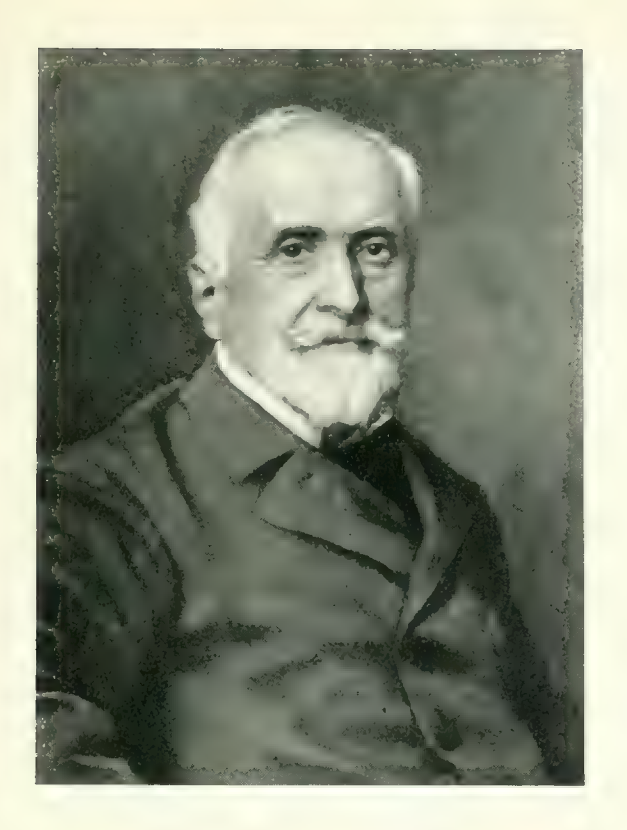
Zürich-Wädenswil; diese beiden Schiffe gingen dann 1900 und die grossen Dampfer der Bundesbahnen mit 1. Mai 1903 ebenfalls an die Zürcher Dampfbootgesellschaft über. An neueren grossen Schiffen sind von ihr vom Stapel gelassen worden am 8. Mai 1909 die „Stadt Zürich“, am 29. Mai 1914 die „Stadt Rapperswil“.

Die eidgenössische Post ist in der Nacht vom 7./8. April 1898 in den von Architekt Schmid-Kerez erstellten Neubau an der Kappelergasse umgezogen. Das anstossende Metropol-Gebäude, von Heinrich Ernst erbaut, der die Ära der grossen Geschäftshäuser in Zürich eröffnete, wurde am 25. Mai 1895 dem Betrieb übergeben. — Die Telephonzentrale am Rennwegplatz ist am Vormittag des 2. April 1898 abgebrannt, und Zürich blieb bis zum 29. Mai ohne Telephon. Brandstifter war der schwere nasse Schnee am 2. April, der die Telephondrähte in Unterstrass bis auf die Starkstromleitung der Strassenbahn hinunterdrückte. Im Sommer 1912 hat die Bundesversammlung die Kredite bewilligt für zwei neue Zentralen: ein Telephonamt rechts der Limmat an der Hottingerstrasse und ein Telephonamt links der Limmat an der Brandschenkestrasse. Beide sind bereits unter Dach, und das Telephonamt im Pfauenquartier wäre längst eröffnet, hätte nicht der Krieg den Bezug der bestellten Materialien aus England verunmöglicht.

*

Die Bahnhofstrasse strahlt besonders an den Abenden vor Weihnachten in märchenhaftem Glanze. Unermessliche Reichtümer an Gold und Silber, Samt und Seide sind in den lichtdurchfluteten Läden ausgebreitet, und sogar bis tief in den Boden hinab reichen die Riesenmontren, und es locken von unten die schimmernden Stoffe, wenn nicht gar in dem unterirdischen Schaufenster eine leibhaftige Wehntalerin am klappernden Webstuhl sitzt oder ein Türke an seinem echt orientalischen Teppich knüpft. Die 1897 erbaute neue „Trülle“, an der Stelle des frühern Hauses des Stadtpräsidenten Römer, ist durchsichtig wie eine Laterne, und das benachbarte Warenhaus Jelmoli, am 16. September 1899 eröffnet, ein Palast aus Glas und Eisen, mit dem der Neubau des Warenhauses Brann an der Bahnhofstrasse (4. Mai 1912) wetteifert. Am Haus zur „Werdmühle“ am Rennwegplatz (1903)

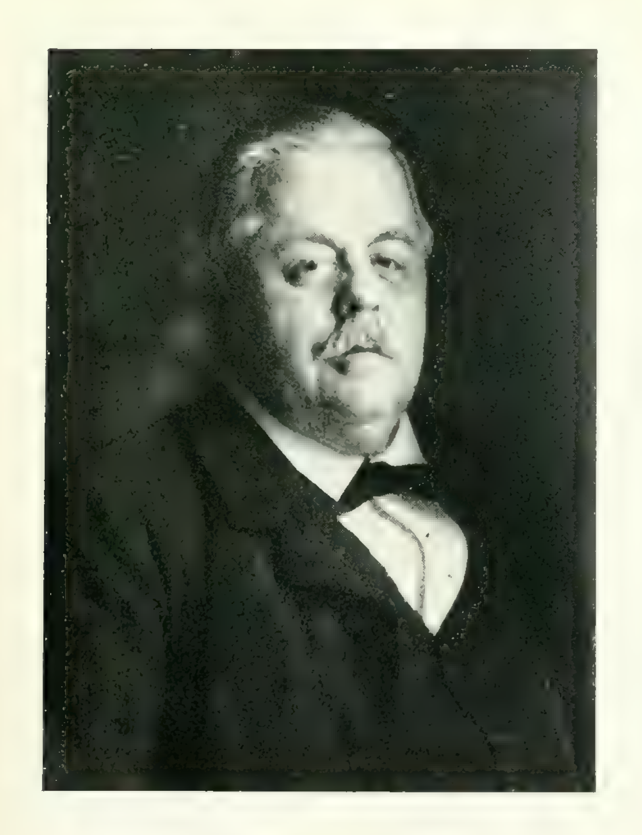
haftet noch der alte Name des Quartiers; das Mercatorium (1904), die Häusergruppe an der Sihlhofstrasse (1899—1905), der Neue Seidenhof (1904) und zahlreiche andere Neubauten geben dem untern Stadtteil ein wesentlich verändertes Aussehen. Bis an die Bahnhofstrasse reicht der Genossenschaftspalast des Lebensmittelvereins St. Annahof (am 15. November 1913 eröffnet). Vor allem aber ist die Bahnhofstrasse Sitz der Banken. Das älteste Bankhaus nicht nur Zürichs, sondern der Schweiz, ist die Aktiengesellschaft Leu & Co. Sie ist am 15. April 1755 als staatliches Bankinstitut unter dem Präsidium des Säckelmeisters und spätern Bürgermeisters Johann Jakob Leu eröffnet worden und hatte ihren ersten Sitz im Rathaus. Der Zusammenbruch des alten Zürich veranlasste sodann ihre Konstituierung als privates Institut am 26. Juli 1798. Sie siedelte aber erst 1833 aus dem Rathaus in ihr neues Heim, das Haus zum „Roten Kamel", den jetzigen „Franziskaner" an der Stüssihofstatt, über. 1875 wurden die Geschäftsräume an die Bahnhofstrasse 44 verlegt, 1903 in den Neubau Bahnhofstrasse 42, und nun musste ein noch grösserer, prunkvoller Neubau Bahnhofstrasse 32, der „Leuenhof", erstellt werden, der am 25. Oktober 1915 seine Schalter öffnete. Der „Leuenhof" hat das alte Escherhaus „zum Brunnen" verdrängt, das aber in seiner ursprünglichen Form auf dem Rieter-Bodmerschen Areal in West-Enge wieder erstanden ist. Dasselbe geschah mit dem an den Utoquai verpflanzten Schwarzenbachschen Hause „zum Windegg"; es stand an der Stelle des heutigen Peterhofs (Seidenhaus Grieder), der am 10. März 1913 eröffnet wurde und jetzt mit dem „Leuenhof" ein zusammenhängendes, imposantes Häuserviereck bildet. Die Kreditanstalt hat nun ebenfalls ihr gewaltiges Karree zwischen Paradeplatz und Bärengasse ausgebaut. Gegenüber der bisherigen „Leuenbank" errichtet die „Schweizerische Bankgesellschaft" ihren Neubau. Die „Schweizerische Volksbank" verlegte am 27. Juli 1894 ihre 1877 an der Bahnhofstrasse 66 eröffnete Kreisbank in den Neubau Bahnhofstrasse 53. Die „Eidgenössische Bank" hat seit 1896 ihren Hauptsitz an der obern Bahnhofstrasse; ihr gegenüber richtet sich die „Basler Handelsbank" ein. Am Paradeplatz erhebt sich an Stelle des ehemaligen Neuenhofs der Palast des „Schweizerischen Bankvereins", eröffnet am 3. Oktober 1899. Die



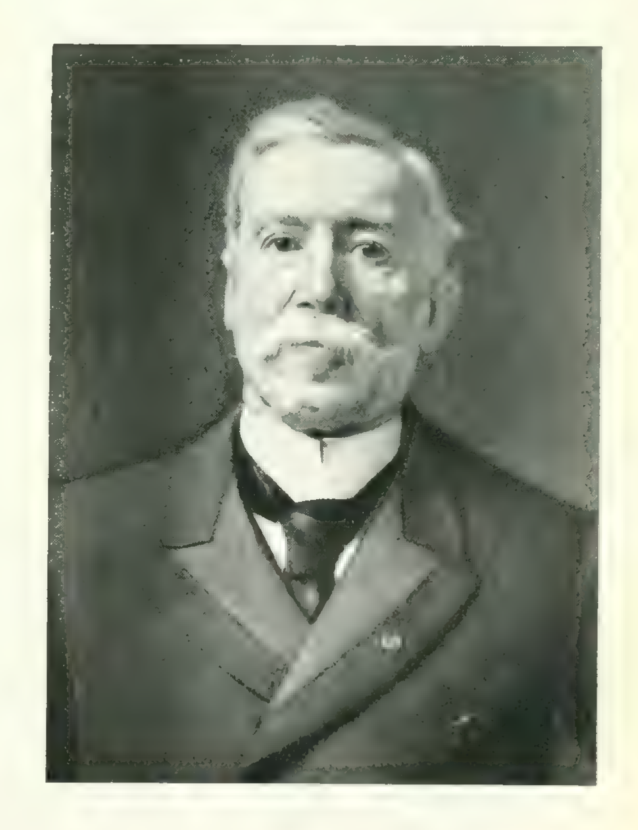
C. Abegg=Arter



Dr C. Cramer=Frey



H. Wunderly=v. Muralt



R. Schwarzenbach=Zeuner

Vertreter von Handel und Industrie

„Schweizerische Nationalbank" ist seit 1906 mit einem Teil ihrer Direktion in der ehemaligen „Bank in Zürich" („Meisenbank") an der St. Peterstrasse etabliert und wird nun mit Zustimmung der Gemeinde (6. Juni 1915) den Platz in den Stadthausanlagen erhalten, den man seinerzeit dem Kunsthaus versagte. Schon diese Entwicklung des Bankwesens in Verbindung mit der blühenden Industrie zeigt die Bedeutung des Platzes Zürich im schweizerischen Wirtschaftsleben und erklärt auch seine Vorortsstellung in den grossen Organisationen der Kaufleute und Industriellen. An der Spitze des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins steht seit dem Hinschied des unvergesslichen Cramer-Frey der vielverdiente Präsident Hans Wunderly-von Muralt, ihm zur Seite der Vizepräsident Dr. Alfred Frey und der I. Sekretär Dr. Hans Schuler. Die Kaufmännische Gesellschaft Zürich und Zürcher Handelskammer ist Vorortssektion des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, hat aber ihren eigenen Vorstand mit H. Wunderly-von Muralt als Präsident, John Syz als Vizepräsident, Oberst Emil Richard und Hermann Meyer als Sekretären. Das Versicherungswesen hat sich mit Vorliebe in der Gegend des Sees angesiedelt. Die Unfall- und Haftpflichtversicherungsgesellschaft „Zürich" bezog ihren Palast am Mythenquai 1900. Im Jahre vorher war die Schweizerische Lebensversicherungs- und Rentenanstalt in ihrem Neubau am Alfred Escher-Platz eingezogen; weit über ihren Geschäftskreis hinaus erfreut sie sich eines bedeutenden Rufes dank namentlich den hochangesehenen Namen ihrer Leiter Direktor Dr. Gottfried Schaertlin (seit 1894), dem vom Erziehungsrat auch ein Lehrauftrag für Versicherungswesen an der Universität erteilt wurde, und Ständerat Dr. Paul Usteri (bis 1912). An der Gotthardstrasse residiert seit Februar 1914 die Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft „Schweiz" im ehemaligen Gebäude der Schweiz. Rückversicherungsgesellschaft, die im Herbst 1913 ihren kolossalen Neubau unterhalb des „Belvoir" bezogen hat. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, auch der zürcherischen Grossindustrie noch näher zu treten, aber zwei Namen sollen immerhin genannt sein: Escher Wyss & Co., die im Dezember 1894 ihre neuen ausgedehnten Etablissemente im Hard bezogen, und die „Zürcherische Papierfabrik an der Sihl", deren Ursprung weit ins 15. Jahrhundert hinaufreicht. Ihr früherer

Sitz (bis 1890) war das „Papierwerd" an der Bahnhofbrücke, wo nun das Warenhaus „Globus" etabliert ist.

*

An der untern Rämistrasse ist in den Jahren 1909/1910 einer der ältesten Stadtteile abgetragen worden, um dem modernen Block der Denzlerhäuser Platz zu machen. Mit ihm verschwand der letzte Rest des alten „Grabens", durch den Hans Waldmann am 6. April 1489 zum Hochgericht geführt wurde. — Über der alten Tonhalle ist längst Gras gewachsen, und hie und da konnte man dort den Anblick einer weidenden Schafherde inmitten der Grosstadt geniessen. Das Gebäude war am 8. Mai 1896 auf Abbruch versteigert worden. — Grossartige Privatbauten sind ums Jahr 1893 am Alpenquai entstanden: das „Rote Schloss" und das „Weisse Schloss", dazwischen (1900) das Palais des Seidenfabrikanten und Kunstmäzens G. Henneberg mit Kunstgalerie, die aber schon 1903 wieder aufgehoben wurde. — Im Anfang einer Reihe neuer Brücken steht die Dreikönigsbrücke über den Schanzengraben (1897). Am Abend des 27. September 1898 wurde die Wipkinger Eisenbahnbrücke ausgewechselt. Man liess um 10½ Uhr noch den letzten Winterthurer Zug passieren; um 11 Uhr 5 Minuten ertönte das Kommando: „Achtung! — Fertig! — Vorwärts!" Langsam und lautlos schob sich die alte Brücke zur Seite, und eine Stunde später war die neue Brücke an ihrem Platz. — Am 15. Dezember 1899 wurde die Stauffacherbrücke eröffnet. — Wipkingen feierte am 17. Juli 1901 die Einweihung seiner neuen Strassenbrücke. — Sihlbrücke (1903), Utobrücke (1906) und Zollbrücke (1907) wurden durch breitere Sihlübergänge ersetzt, und während des Baues der letzteren hatte die Strassenbahn auf einem Notsteg den Fluss zu passieren. — Neuesten Datums ist die Walchebrücke (eröffnet Ende Juni 1913). Sie ist erstellt worden von Eduard und Fritz Locher, deren Väter, die Erbauer des Simplontunnels, die Rathausbrücke umgebaut haben, und deren Grossvater die Münsterbrücke erstellte. Der Bau der Walchebrücke steht im Zusammenhang mit der Entstehung eines neuen Quartiers auf dem Areal der alten „Neumühle", für welchen Zweck sich 1903 die „Baugenossenschaft Stampfenbach" konstituierte. Der erste gewaltige Häuserblock, das Kaspar Escher-Haus (1. Oktober 1911



Alte „Neumühle" bei der Bahnhofbrücke und Ausgang des Seilergrabens (1864)

bezogen) erinnert in seinem Namen an den Gründer der „Neumühle"; ein zweiter Block, das „Neumühleschloss", steht an der Stelle der alten Fabriketablissemente, welche — bereits verlassen — am 28. Dezember 1904 ein Raub der Flammen wurden. Die beiden Quais zwischen Bahnhofbrücke und Walchebrücke sind 1912 verbreitert worden. — Die Durchführung der Weinbergstrasse nach dem Hirschengraben erfolgte bereits Ende der 90er Jahre. — In ungeahnter Weise entwickelte sich die Kinematographenindustrie, und in allen Stadtteilen wuchsen die Kinotheater wie Pilze aus dem Boden, seitdem am 6. November 1896 in der Tonhalle zum erstenmal einem grössern Publikum das moderne Wunder des Lumièreschen Kinematographen vorgeführt worden war.

Die „Neue Zürcher Zeitung" hat am 1. Januar 1894 ihren eigenen Neubau an der Goethestrasse eröffnet und ihre bisherige Residenz „Wellenberg" an der Brunngasse aufgegeben; am 30. Oktober 1909 ist der Betrieb auf den anstossenden Neubau ausgedehnt worden. — 1893 entstand in Zürich unter der Firma Girardet, Walz & Cie. ein neues, grosses Zeitungsunternehmen nach dem Vorbild der deutschen parteilosen „General-Anzeiger": der „Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich", dessen Druckereigebäude am Stauffacherquai mit einer spätern Filiale am Paradeplatz errichtet wurde. — 1896 kaufte der Grütliverein für seine Druckerei und Buchhandlung eine grosse Liegenschaft an der obern Kirchgasse. — Das „Volksrecht", das zuerst an der Waldmannstrasse wohnte, bezog Ende März 1906 seinen Neubau an der Stauffacherstrasse, in der Nachbarschaft des kurz vorher eröffneten Versammlungs- und Volkstheaterlokals „Stadthalle". — Die „Züricher Post" ist seit 1915 in ihrem neuen Heim an der Peterstrasse komfortabel eingerichtet; sie befindet sich dort in guter Gesellschaft und hat auf der einen Seite die Nationalbank, auf der andern das Familienhotel „Augustinerhof" (1898 eröffnet an Stelle des verkauften „Widder"), gegenüber aber den „Leuenhof". — Das „Tagblatt der Stadt Zürich" eröffnete am 6. April 1911 seine Filiale am Paradeplatz, im April 1913 sein grosses Filialgebäude an der Badenerstrasse/Stauffacherstrasse. Am 15. März 1913 hat das Berichthaus zum erstenmal ein 70-seitiges Tagblatt gedruckt, nachdem eine neue Zwillings-Rotationsmaschine aufgestellt worden war, welche 64 Seiten auf einmal druckt und falzt. Durch den An-

kauf und Umbau des benachbarten Hauses „zur Winde" am Blaue Fahnen-Durchgang hat die Druckerei 1914/15 eine neue bedeutende Erweiterung erfahren.

Zu dem im I. Band (S. 56) erwähnten Pestalozzidenkmal (26. Oktober 1899) sei hier noch nachgetragen, dass es seine Entstehung hauptsächlich dem Philanthropen Caspar Appenzeller († 10. Februar 1900) verdankte. — Den hundertjährigen Gedenktag der Schlachten bei Zürich beging man 1899 mit der Errichtung eines einfachen Denksteins auf dem Zürichberg. — Von dem Harmonie-Veteranen Konrad Gachnang angeregt, unternahm es der Sängerverein Harmonie, den Schöpfern des Schweizerpsalms „Trittst im Morgenrot daher", Leonhard Widmer und Alberik Zwyssig, ein Denkmal zu errichten, das von Bildhauer Franz Wanger ausgeführt wurde. Der Stadtrat überliess für die Aufstellung des Denkmals einen idealen Platz in den Anlagen des Zürichhorns, wo es am 26. Juni 1910 enthüllt wurde. — Stadtbaumeister Arnold Geiser († 23. Dezember 1909) bestimmte testamentarisch eine Summe für ein Denkmal zur Verschönerung der Stadt; die Ausführung wurde Bildhauer Brühlmann und Architekt Freitag übertragen und der „Geiser-Brunnen" mit dem gebändigten Stier bei den Stadthausanlagen am 20. Oktober 1911 von der Stadt übernommen.

Für die weittragenden kleinkalibrigen Geschosse der Neuzeit war der Schiessplatz im Sihlölzli längst nicht mehr geeignet. Die Gemeinde bewilligte am 9. Juni 1895 den Kredit für die Anlage eines neuen Schiessplatzes mit Schützenhaus im Albisgütli, und dort ist am 12. Juni 1898 zum erstenmal ein kantonales Schützenfest eröffnet worden. Die Stadtschützengesellschaft feierte am 12. Juni 1904 im Albisgütli ihr 400jähriges Jubiläum. — Mit der Stadtvereinigung sind die Anlagen am Zürichhorn in den Besitz der Stadt übergegangen; sie wurden weiter ausgestaltet und am 1. April 1893 das „Stadtkasino Zürichhorn" bezogen. — Ein anderes Kasino, in Unterstrass, erstellten private Unternehmer 1896 auf dem Areal des alten St. Moritz-Kirchleins und der Versorgungsanstalt Spannweid, deren letzte Insassen am 16. Januar 1894 nach Wülflingen übergesiedelt waren. — Am 14. Dezember 1907 kaufte der Grosse Stadtrat das aussichtsreiche Waidgut am Käferberg. — An den Hängen des Zürichbergs hat die Tatkraft

und das Geschick des Baumeisters Albert Grether das schöne Rigiviertel geschaffen. Das erste Haus, Nr. 62 an der Rigistrasse, ist 1892 erbaut worden und stand nicht lange allein an der kahlen Halde. Am 4. April 1901 wurde die Drahtseilbahn Rigiviertel, 284 m lang, eröffnet, am 1. Juli 1901 das Restaurant „Rigiblick" bezogen. — Die Gemeinde bewilligte am 7. Februar 1897 einen Kredit von 750,000 Fr. für den Ankauf der Liegenschaft „Sonnenberg" mit der guten alten Gastwirtschaft. — Das Dolderquartier ist von J. Hürlimann zum „Pfauen" erschlossen worden und hat sich im Laufe der Jahre mit Villen bedeckt. Die grosszügige Unternehmung Hürlimanns umfasste die Dolderbahn (mit 799 m langem Drahtseil), die am 12. Juli 1895 eröffnet wurde, das im gleichen Jahr im Oberländer Chaletstil erbaute Restaurant „Waldhaus Dolder", den durch umsichtige Käufe prächtig arrondierten Dolderpark (27. Juni 1897) und endlich das vornehme, in stolzer, einsamer Waldesruhe thronende Grand Hotel Dolder, das am Auffahrtstage 1899 zum Empfang der ersten Gäste bereit stand.

So sind wir denn, nach langer Wanderung durch die lieben alten Gassen und die Staunen erregenden neuen Quartiere wieder auf der Höhe angelangt und schauen noch einmal zurück auf die Stadt, die alles umschliesst, was ihren Bürgern teuer ist, dieses grosse und schöne Zürich, das immer wieder seine Besucher entzückt. Ihm hat — am 23. August 1905 im Ehrenbuch des Dolderhotels — Ernst v. Wildenbruch die warmherzigen Worte gewidmet:

Du flutende Limmat, hell leuchtender See,
Ihr ewigen Berge im ewigen Schnee,
Ihr Strassen, ihr Plätze, vom Leben durchwühlt,
Von Bäumen durchrauscht und von Gärten gekühlt,
Am Abhang du Haus, wo die Weisheit ertönt,
Und du, wo Barmherzigkeit Leiden versöhnt.
Du über der Neuzeit laut treibendem Strom
Zweitürmig aufragend, altheiliger Dom.
Ihr Gassen, ihr Gässchen, die kreuz und die quer,
Auf der Brunnensäule, in mannlicher Wehr,
Du Stüssi, das Banner der Stadt in der Hand,
Das sie heute noch bindet, wie einst sie es band,
Das heute lebendig, das gestern nicht tot,
Freiheit das Leben, das beide durchloht,
Um den Nacken geschmiegt deiner Mutter, der Schweiz,
Wie ein Perlengehänge voll Anmut und Reiz.
O Zürich, du bürgergewaltige Stadt,
Mein Herz sieht und Auge an dir sich nicht satt.
Lass uns tauschen die Hand — ich bin dein, sei du mein —
Und Eidgenossen in Freundschaft uns sein!

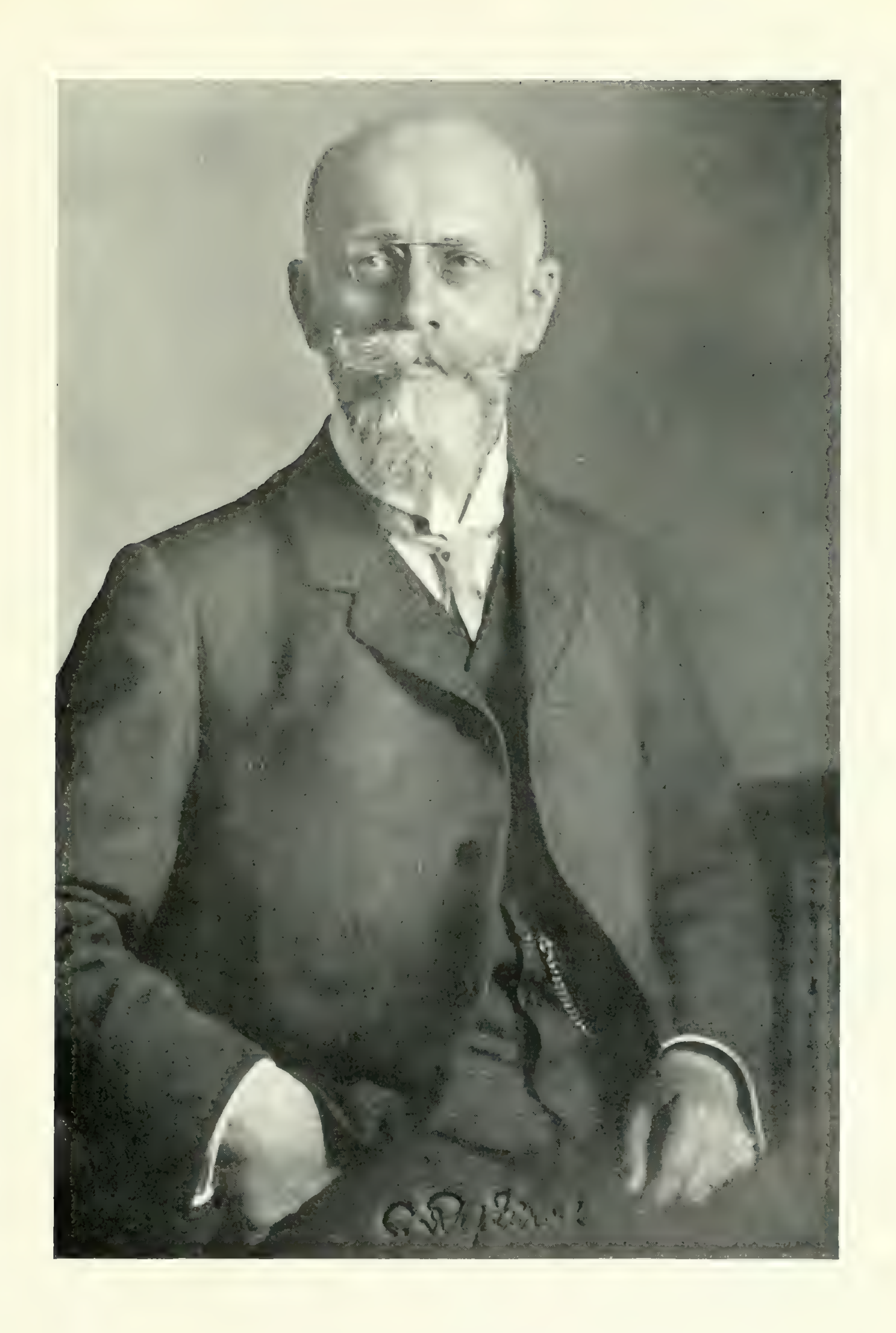
◆◆

VIERUNDVIERZIGSTES KAPITEL

STADTPRÄSIDENT BILLETER

Seit dem 22. August 1909 steht an der Spitze der Stadtverwaltung Zürichs Stadtpräsident Robert Billeter. Er ist geboren am 24. September 1857 in Görz (Österreich). Sein Vater, von Männedorf stammend, war einer der ersten Pioniere der schweizerischen Baumwollindustrie in Oberitalien. Ein Jahr nach der Geburt Robert Billeters liessen sich die Eltern in Cremona nieder, wo der Vater die Leitung einer Baumwollspinnerei übernommen hatte. Im Jahre 1865 musste die Familie in die Schweiz zurückkehren wegen schwerer Erkrankung des Vaters, der bald starb. Die Witwe liess sich in Zürich nieder und schlug sich mit geringen Mitteln tapfer durch bis zu ihrer zweiten Verehelichung mit Philipp Birchmeier, der unter dem Einfluss Alfred Eschers die aargauische Richterlaufbahn aufgegeben und sich dem Eisenbahndienst gewidmet hatte, in dem er rasch Karriere machte und dieselbe als Direktionspräsident der Nordostbahn und Präsident der Kreisdirektion III der Schweiz. Bundesbahnen abschloss. Billeter widmete sich nach Abschluss des Besuchs der Sekundarschule und der untern Industrieschule dem Bankfach, das ihn über zehn Jahre festhielt. Dann trieb er staatswissenschaftliche, insbesondere volkswirtschaftliche Studien an der Zürcher Universität und am Polytechnikum. Während dieser Studienjahre war Billeter mit Emil Frey, dem damaligen Redaktor des Handelsteils der „N. Z. Z.", bekannt geworden. Im Jahre 1886 wurde er sein Gehilfe und später sein Nachfolger. Neigung und Interesse für öffentliche Angelegenheiten führten ihn frühe in die Leitung des Kaufmännischen Vereins Zürich, dessen Präsident er mit nicht viel mehr als zwanzig Jahren wurde.

Als am 21. August 1892 der Grosse Stadtrat für die vereinigte Stadt Zürich gewählt wurde, befand sich unter den Gewählten auch Redaktor Robert Billeter. Schon vier Jahre später, am 6. Dezember 1896, wurde er der Nachfolger des verstorbenen



Robert Billeter

Stadtpräsident

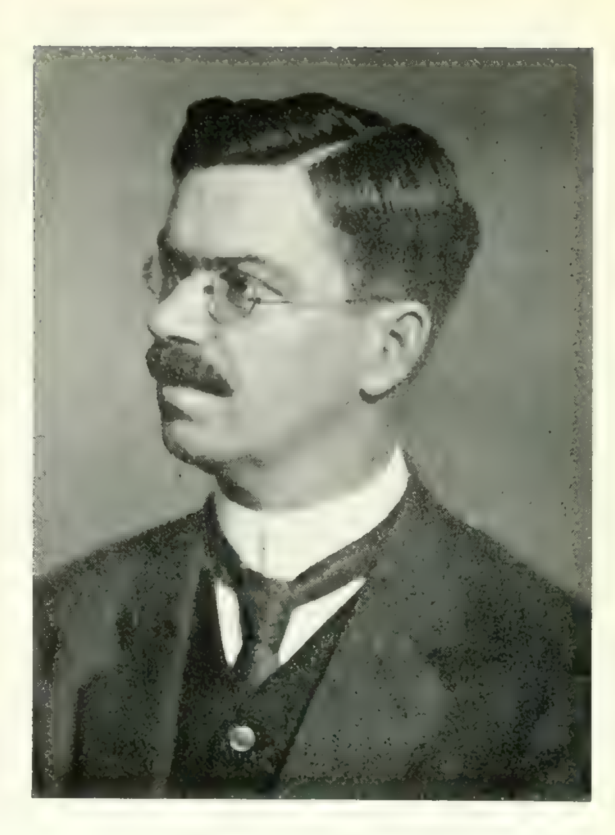
Stadtrats August Koller und hatte als solcher das verwaiste Steuerwesen zu übernehmen. Dem neuen Steuervorstand erschien eine engere Fühlung des Amtes mit der Einwohnerschaft und eine möglichst weitgehende Ersetzung des bureaukratisch-schriftlichen Verkehrs durch den mündlichen als Notwendigkeit. Der Stadtrat und der Grosse Stadtrat genehmigten eine wesentliche Verstärkung des Personals und eine Verordnung über den Bezug der Gemeindesteuern, die jetzt noch in Kraft ist, und Billeter hatte die Genugtuung, beim Verlassen des Steuerwesens nach drei Jahren die Zahl der Betreibungen für Staats- und Gemeindesteuern von 28,500 auf 9500 reduziert zu sehen. Ende 1899 folgte Billeter einem Ruf zum Vizedirektor der Schweiz. Kreditanstalt, fand aber dort nicht eine befriedigende, selbständige Tätigkeit, namentlich auch für die ihm stets besonders am Herzen liegenden öffentlichen Interessen, und trat deshalb nach zwei Jahren wieder zurück. Als er, von seinen Parteifreunden dringend dazu aufgefordert und vom Volk am 24. November 1901 gewählt, wieder in den Stadtrat eintrat, übertrug ihm der Stadtrat das Finanzwesen. Als Finanzvorstand hatte er namentlich die umfangreichen und zeitraubenden Vorarbeiten für die Einführung der städtischen Pensionskasse zu leiten und war hervorragend beteiligt an den Unterhandlungen des Stadtrates mit den kantonalen Behörden über die Errichtung einer Zentralbibliothek und des Bezirksgebäudes, die Beteiligung der Stadt an den Universitätsbauten, und an den Unterhandlungen mit den Bundesbahnen über die Verlegung der linksufrigen Zürichseebahn. Ganz besonders beschäftigten aber den Finanzvorstand die unbefriedigenden Bau- und Wohnungsverhältnisse. Der rasch zunehmende Bedarf an Wohnungen für die Bevölkerung wurde überwiegend von Spekulanten gedeckt, welche ganze Quartiere auf lange Zeit hinaus mit hässlichen und schlechtgebauten Mietskasernen verunstalteten und die Mietpreise diktierten. Die Stadt aber stiess stets auf Schwierigkeiten, wenn sie für ihre umfangreichen Bauten Käufe abschliessen sollte. Diese Beobachtungen und Erfahrungen bestärkten Billeter in der Überzeugung, die Stadt müsse durch ausgedehnten Grundbesitz für sich und die Bevölkerung Einfluss auf diese Dinge gewinnen und eine gesunde Wohnungspolitik auch durch Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften herbeizuführen suchen. Der Finanzvorstand

trachtete deshalb danach, jede gute Gelegenheit zur Erwerbung von Liegenschaften für die Stadt zu benutzen, und so erwarben denn in den Jahren 1902—1909 die politische und die Bürgergemeinde in 218 Käufen etwa 95 Hektaren Bau- und Kulturland und nicht weniger als 288 Hektaren Wald. In dieser Zeit sind die meisten Häuser am Obern und am Untern Mühlesteg, die Häuser an der Mühlegasse und an der Preiergasse, die zur Verbreiterung der erstern niedergelegt werden mussten, viele Liegenschaften im Letten, das Waidgut, die das Zürichhorn einschliessenden Güter (auch das des Malers Rudolf Koller) und viel für vollendete und künftige Schulhausbauten nötiges Land in den Besitz der Stadt übergegangen. Mit besonderer Genugtuung aber darf man die umfangreichen Walderwerbungen begrüssen. Es wurden drei grosse zusammenhängende Waldungen gekauft: die der Korporation Wiedikon im Döltschi und am Ütliberg, die der Korporation Wipkingen am Käferberg und insbesondere der herrliche Waldbesitz der Korporation Hirslanderberg. Die Stadt besitzt damit weitaus den grössten Teil des sie umkränzenden Waldes, ein Eigentum, das je länger je mehr an Wert und Bedeutung gewinnt. In der Zeit von Billeters Finanzverwaltung hat die Stadt auf einem ihr gehörenden Grundstück im Industriequartier eine grössere Anzahl von Wohnhäusern gebaut und die Überbauung des Riedtliareals vorbereitet. Daneben fasste man, wie erwähnt, die Unterstützung von Baugenossenschaften ins Auge, und der Grosse Stadtrat erliess zu diesem Zweck besondere Bestimmungen. Billeter trat selbst an die Spitze der Gartenstadtgenossenschaft, die in den letzten Jahren eine hübsche Gruppe billiger Einfamilienhäuser an der Seminarstrasse und eine schöne, vorbildliche Wohnkolonie an der Witikoner- und der Kapfstrasse erbaut hat.

Ohne Opposition von irgend einer Seite rückte Robert Billeter nach dem Tode von Hans Pestalozzi zum Stadtpräsidenten vor (August 1909). Die vorangegangenen und noch folgenden Aufzeichnungen zeigen zur Genüge, in welcher wichtigen Periode baulicher Entwicklung, politischer und administrativer Umgestaltungen Robert Billeter das verantwortungsvolle Amt des Stadtpräsidenten zu versehen hat. Von ihm persönlich sei an dieser Stelle nur noch erwähnt seine Mitgliedschaft im Verwaltungsrat des Stadttheaters, für dessen Bestehen und Gedeihen er sehr viel Zeit und Arbeit



Paul Pflüger



Dr Arnold Bosshardt



Hans Kern



Dr Adolf Streuli

Stadträte

aufgewendet hat, die Mitgliedschaft im Kantonsrat (mit einer kurzen Unterbrechung seit 1899), wo er an der Spitze der wichtigen Kommission für das neue Steuergesetz steht (Kantonsratspräsident 1910/11), die Mitgliedschaft im Nationalrat (seit 1911), in der Landesmuseumskommission, im Kreiseisenbahnrat III und im Verwaltungsrat der Bundesbahnen.

Bald nach dem Amtsantritt des Stadtpräsidenten Billeter sah Zürich eine internationale sportliche Veranstaltung grössten Stils: das Gordon Bennett-Wettfliegen für Freiballons vom 1. bis 3. Oktober 1909, das wegen seiner mustergültig durchgeführten Organisation, der Bewältigung eines nie dagewesenen Riesenverkehrs, der Haltung und Disziplin einer ungeheuren Volksmenge ein Ereignis genannt zu werden verdient. Schwerlich wird uns je wieder ein solcher Anblick zuteil werden, wie ihn der Korb- und Startplatz bei der Gasfabrik Schlieren bot, wo die zwei Dutzend Ballons, in Reihen ausgerichtet, gefüllt wurden und von der unermüdlichen Konstanzer Regimentsmusik mit der Nationalhymne der jeweiligen Insassen begleitet, in die Lüfte stiegen und in neckischem Versteckensspiel zwischen jagendem Gewölk allmählich im nordöstlichen Horizont sich verloren. Noch bedeutsamer wurde die Veranstaltung durch den erstmaligen Aufstieg eines lenkbaren Luftschiffes, des „Parseval IV", von Schweizerboden aus am Sonntag Vormittag den 3. Oktober 1909. In Begleitung unseres Generalstabschef Th. v. Sprecher, Bundesrat Forrer, Regierungsrat Dr. Haab, Oberst Schaeck, Major Messner und anderer Offiziere machte Major von Parseval mit seinem Luftschiff nacheinander vier Fahrten über die Stadt von Schlieren aus. Am 30. September 1910 besuchte uns, in stolzem Flug über den Albis nahend und glücklich auf der Wollishofer Allmend niedersteigend, das Luftschiff „Stadt Luzern", und am 22. September 1912 beobachteten wir den Parseval VI auf seinem Fluge Luzern—Dübendorf und zurück. Am 20. Juli 1911 überflog der Zeppelin „Schwaben" die Stadt Zürich. Beide Zeppeline, die Zürich besucht haben, sind kurz nachher in Flammen aufgegangen, „Z. 2" am 5. August 1908 in Echterdingen, „Schwaben" am 28. Juni 1912 in Düsseldorf. Das wundersame Schauspiel des auf einem Apparat „schwerer als Luft" im Äther sich tummelnden Menschen bot sich den Bewohnern Zürichs an dem unvergesslichen ersten Schaufliegen von

Dübendorf am 22. bis 26. Oktober 1910, wo Legagneux auf seiner Libelle durch die unbeschreibliche Kühnheit und Grazie seiner Evolutionen die Zuschauer mit Bewunderung und Entzücken erfüllte.

Wassernot in selten erlebtem Grade brachte der 15. Juni 1910 über den Kanton Zürich und einen grossen Teil der Schweiz. Sie wurde für die Stadt zur Kalamität, als infolge Überschwemmung des Gaswerks Schlieren dessen Betrieb eingestellt werden musste. Im Industriequartier standen mehrere Fabriken still, die Bahnbrücke über die Sihl beim Bahnhof musste von Militär und Feuerwehr bewacht werden, den ganzen Tag kam in Zürich kein Zug von der Gotthardbahn an. — Am 26. Oktober 1910, kurz nach seinem Rücktritt, starb in Zürich der Chirurg Prof. Dr. R. U. Krönlein (geb. 1847 in Stein a. Rh.), der seit 1881 den chirurgischen Lehrstuhl an der Universität inne hatte. Er vermachte 300,000 Fr. für die Errichtung eines Kinderpavillons beim Kantonsspital. — Ein „Kinderhilfstag", der durch den Strassenverkauf künstlicher Blumen und allerlei festliche Veranstaltungen eine sehr beträchtliche Summe eintrug, hat zum erstenmal — hauptsächlich durch die Schriftstellerin Else Spiller angeregt und organisiert — am 13. Mai 1911 stattgefunden. — Mehr Schrecken als Schaden hat das Erdbeben vom 16. November 1911 verursacht, eine Erschütterung, wie sie in dieser Stärke seit Jahrzehnten in Zürich nicht mehr verspürt worden war.

Einem wiederholt geäusserten Wunsche des Kaisers Wilhelm II., einmal den Manövern der schweizerischen Milizarmee beiwohnen zu können, ist der Bundesrat durch eine förmliche Einladung zu den Herbstmanövern 1912 entgegengekommen, die dann auch gerne angenommen wurde. Das verschaffte der Stadt Zürich das Vergnügen einiger belebter „Kaisertage". Als Absteigequartier diente dem Kaiser die von Frau Rieter-Bodmer angebotene „Villa Rietberg" in Enge. Die Stadt war zu seinem Empfang beflaggt. Am Dienstag den 3. September 1912, nachmittags 5 Uhr 22 fuhr der kaiserliche Hofzug in der Bahnhofhalle ein. Er hielt am ersten Perron, ausserhalb des eigentlichen Empfangsgebäudes, wo eine via triumphalis von Flaggenstangen durch einen kleinen Vorgarten nach dem auf den Bahnhofplatz sich öffnenden Pförtchen im Gitter führte. Die am Perron aufgestellte „Stadtmusik Zürich" begrüsste



Kaiser Wilhelm schreitet mit Bundespräsident Forrer die Front der Ehrenkompagnie ab

(Phot. W. Lunte, Zürich)

den Kaiserzug mit der deutschen Nationalhymne, die mit der unsrigen die Melodie gemein hat. Dem Zug entstiegen zuerst einige hohe Offiziere, dann kam der Kaiser, elastischen Schrittes, lebhaft, beweglich; in seiner Gardeschützenuniform sah er fast aus wie ein Schweizer Oberst. Er ging sogleich auf den Bundespräsidenten Forrer zu und schüttelte ihm lange und kräftig die Hand. Dann folgte die übliche gegenseitige Vorstellung: zuerst stellte der Bundespräsident dem Kaiser unsere Repräsentanten vor, und man bemerkte, wie sich der Kaiser mit besonderer Freundlichkeit und Einlässlichkeit mit unserm Stadtpräsidenten unterhielt und damit auch der Stadt Zürich seine spezielle Aufmerksamkeit erweisen wollte. Dann kam die Vorstellung des kaiserlichen Gefolges durch den Kaiser, worauf der hohe Gast durch den Vorgarten auf den Bahnhofplatz hinausschritt, wo ihn alsbald ein lautes Hoch der versammelten Menge begrüsste. Die 3. Kompagnie des von Major Ulrich Wille befehligten Schützenbataillons Nr. 6 stand in flotter, strammer Haltung bereit und wurde vom Kaiser abgeschritten, während die Bataillonsmusik den Fahnenmarsch spielte. Nun fuhren die Wagen vor. Im ersten nahmen Regierungspräsident Nägeli und Stadtpräsident Billeter mit Sekretär Dinichert vom Politischen Departement in Bern Platz, im zweiten der Kaiser und Bundespräsident Forrer. Dem kaiserlichen Wagen folgte unmittelbar Bundesrat Hoffmann mit dem deutschen Gesandten v. Bülow in Bern, dann Bundesrat Motta mit dem Generalobersten v. Plessen, im fünften Wagen der bekannte fürstliche Bierbrauereibesitzer und Freund des Kaisers, Fürst v. Fürstenberg, mit Oberst v. Sprecher. Dann interessierten noch in den folgenden Wagen die Herren Oberhofmarschall v. Eulenburg, Generalstabschef v. Moltke, General v. Huene usw. Über den ihm von der Bevölkerung zuteil gewordenen Empfang hat sich der Kaiser dem Stadtpräsidenten gegenüber wiederholt sehr erfreut und dankbar ausgesprochen.

Im Hotel Baur au lac fand abends um halb acht Uhr ein intimes Dîner ohne offizielle Reden statt. Der Bundespräsident und die übrigen Herren, die den Kaiser nach der Villa Rietberg begleitet hatten, auf welcher die Kaiserstandarte gehisst war, kamen bald nacheinander von dort zurück; auch Oberstkorpskommandant Wille traf im Automobil vom Manöverfeld ein. Der

Kaiser fuhr ebenfalls im Automobil zum Hotel. Beim Dîner herrschte ein ungemein familiärer und heiterer Ton. Die runde Riesentafel war aufs prachtvollste geschmückt. Nach dem Essen begab man sich in den sogenannten Wintergarten, wo der schwarze Kaffee und Zigarren serviert wurden. Unterdessen waren im Garten etwa 380 Sänger von Männerchor und Harmonie mit den Dirigenten Andreae und Fassbaender aufgerückt, und der Kaiser kam mit dem Bundespräsidenten und den übrigen Herren heraus vor den Eingang, um den Gesängen zu lauschen. Die Sänger, abwechselnd von den beiden Direktoren geleitet, trugen zuerst den Schweizerpsalm vor, dann das Exaudi Deus von Gabrieli und Hegars „Muttersprache, Mutterlaut". Besonderes Gefallen fand der Kaiser, der das hübsch ausgestattete Programm in der Hand hatte, an unserm „Luegit vo Bergen und Tal" und dem urkräftigen Schlusschor von Attenhofer: „Das weisse Kreuz im roten Feld". Stadtpräsident Billeter, welcher an diesem Abend hauptsächlich um den Kaiser war und gleichsam den Hausherrn zu markieren hatte, was er in einer der Stadt würdigen und feinen Weise zu tun verstand, stellte dem Kaiser nach dem Ständchen die Herren Dirigenten und dann auch die Vereinspräsidenten Lincke jun. und Thomann vor, mit denen sich der Kaiser besonders eingehend und lange unterhielt. Zu all diesen Vorgängen bildeten die Uniformen der deutschen und Schweizer Offiziere, die hinter dem Kaiser standen, eine wirkungsvolle Staffage. Es schien dem Kaiser gemütlich zu sein im Kreise seiner Gastgeber, denn er gab erst geraume Zeit nach der programmässigen Stunde das Zeichen zum Aufbruch. Ein dreifaches Hoch begleitete den Ehrengast der Eidgenossenschaft zum Portal hinaus, und vom Alpenquai her hörte man, dass auch dort noch Leute mit einem Hoch dem Kaiser den Gutenachtgruss boten.

Mittwoch den 4. September begab sich der Kaiser schon in aller Frühe ins Manövergebiet. Abends war in Zürich Seenachtfest. Schon um 7 Uhr begann die Uferbeleuchtung allmählich einzusetzen und sie verwandelte nach und nach unser Seebecken in ein Feenreich von Glanz und Pracht. Das Kaiserschiff, die „Stadt Zürich", hielt drüben im Hafen von Enge, dicht neben dem Löwen auf dem Damm; es war im weiten Umkreis kenntlich an dem hohen, strahlenden Lichterkreuz, das auf seinem Vorderdeck empor-

ragte, und es machte einen ganz eigenartigen Eindruck, als dieses Kreuz langsam und majestätisch in die dunklen Fluten des Sees hinausfuhr, stets dicht im Kielwasser gefolgt von einem blitzenden und funkelnden elektrischen Boot und dann von einigen grössern Dampfern, dem über und über mit Lampions behangenen „Lukmanier" mit den deutschen Kriegervereinen an Bord, der „Helvetia", ebenfalls dicht besetzt, und dem Presseschiff „Wädenswil". Am Ufer begannen die Böllerschüsse zu krachen, Schulhäuser, Kirchen, Villen, Fabriken in bengalischem Licht aufzuleuchten; Raketen stiegen und riesige leuchtende Fontänen. Thalwil brannte ein splendides Feuerwerk ab. Reizend war die Kirche mit den roten Lichtern am Turm und dem strahlenden Rund der prominenten Terrasse, und immer neue überraschende Effekte entfalteten die herrlichen Uferlinien, bis dann das Kaiserschiff auf der Höhe von Horgen wendete und sein hohes Kreuz dem rechten Seeufer zukehrte, woher ihm schon das Kirchlein von Herrliberg in magischem Glanz entgegenstrahlte. Und dasselbe zauberhafte Schauspiel bot nun auf der Rückfahrt das Gelände von Küsnacht, Erlenbach, Zollikon. Unterdessen war auf dem Kaiserschiff die lebhafteste Unterhaltung im Gange. Der Kaiser hatte seine Aufmerksamkeit zu teilen zwischen den wechselnden Bildern der Uferbeleuchtung, die ihm manchen Ausruf der Bewunderung entlockten, und den Herren, die er in die Unterhaltung zog oder die ihm vorgestellt zu werden wünschten. Es waren viele Leute auf das Kaiserschiff geladen worden, Kantonsräte, Nationalräte, Bezirks- und andere Behörden; alle wurden freundlich vom Kaiser begrüsst und mit ein paar Worten erfreut. Zur Unterhaltung der Gäste des Kaiserschiffes trugen auch die Musik des Schützenbataillons 6 mit ihren flottesten Weisen und das Jodlersextett der Alten Sektion das ihrige bei. Nun war man auch wieder in Zürich angelangt; der Anblick der Stadt in ihrem Lichtermeer und den durch die Illumination besonders herausgehobenen schönen Linien und Formen lässt sich schlechterdings nicht beschreiben. Die dunkle Seefläche aber bedeckte ein unzählbares Gewimmel von Booten, alle mit roten Lampions. Da und dort tauchte aus dem venetianischen Gondelkorso ein besonders reich ausgestattetes Boot hervor, so namentlich eines, dessen Flammenlinien die Umrisse der Burg Hohenzollern zeigten. Es war ein fröhliches, buntes

Treiben auf dem See, und mitten drinnen in dem Lampiongewimmel, auf dem Schiff mit dem Kreuz, stand eine kaiserliche Majestät, der Fürst der grössten Militärmacht der Welt! Es war doch ein seltsamer Gedanke und für Zürich etwas absolut Neues, das auch schwerlich so wiederkehren wird. Zum Schluss des wundervollen Abends prasselte noch ein gewaltiges Feuerwerk los. Von sechs Booten, die im See verankert lagen, stiegen ununterbrochen die Raketen zu Dutzenden empor, Leuchtkugeln spielten in allen Farben, feurige Riesenbuketts machten die Nacht zum Tage und ein Glut- und Funkenregen ergoss sich über die ganze Umgebung. Ein pyrotechnisches Schauspiel von unerhörter Lebhaftigkeit und Intensität hielt ein ganzes Volk in Spannung und Staunen und rief mit dem Bombardement von 3000 Raketen auf einmal ein donnerndes Echo an den Ufern wach. Ringsum erschallte nun der laute Jubel, von den Gondeln stiegen die Hochrufe zum Kaiserschiff empor. Bald legte es am Hafen von Enge wieder an; unter den Klängen der „Wacht am Rhein" verliess der Kaiser das Schiff und fuhr zwischen Spalieren von Fackeln zur Villa Rietberg hinauf.

Am Donnerstag früh begab sich der Kaiser von Wil weg, wo er schon um halb 6 Uhr ankam, nach den Höhen des Ölbergs und verfolgte dort von verschiedenen günstig gelegenen Punkten aus den Gang des Manövers mit andauernder Aufmerksamkeit. Volle anderthalb Stunden sah man ihn in einer kleinen Lichtung am Waldrand am gleichen Flecke stehen, umgeben von seinen hohen Offizieren und dem ganzen Armeekorpsstab. Es war dies die Höhe des Burgstall, zu dessen Füssen der Wilberger reift und von dessen Ruhebank der Blick an schönen Abenden über Schloss Sonnenberg hinweg bis zu den blauen Bergkegeln des Hegaus schweift. Heute bot diese dichtbewaldete Kuppe dem deutschen Kaiser Schutz und Schirm, zugleich aber auch freien Ausblick über diejenige Seite des Kampffeldes, auf der die Entscheidung fallen sollte. In Sturm und Wetter an die äusserste Tanne gelehnt, — das kleine vorspringende Plateau fällt nach Norden in eine steile Waldschlucht ab — liess sich der oberste Kriegsherr der deutschen Armee die Bewegungen, die sich zu seinen Füssen abspielten, kaum einen Augenblick aus den Augen kommen. Zu den hübschesten Episoden des Kaiserbesuchs aber gehörte der Lunch auf dem Ölberg. In den Gemarkungen des Gutes Hofberg war ein langes,



Photoglob Co., Zürich

Kaiser Wilhelm beim Manöver, im Gespräch mit Oberstkorpskommandant Ulrich Wille

ringsum offenes Stromeyerzelt aus Konstanz aufgestellt worden, dahinter ein kleineres Zelt für das Büffett. Nachdem von der Höhe des Burgstall aus das Trompetensignal (Zapfenstreich) zum Gefechtsabbruch gegeben worden war, kam der Kaiser mit seiner Begleitung, immerfort lebhaft begrüsst, dem Waldrand entlang zum Hofberg herüber. Inmitten der Wiese vor dem Zelt machte er Halt und liess sich dort eine Anzahl der fremden Offiziere vorstellen. Die interessanteste Erscheinung unter diesen war der französische General Pau, einer der ranghöchsten Truppenführer der französischen Republik. Der Kaiser gab dem General die Hand; dieser musste die Linke reichen, denn die Rechte hat er im Kampf gegen die Deutschen verloren. Der Kaiser war voll Herzlichkeit und sagte, es werde ihn freuen, sich noch länger mit ihm unterhalten zu können. Die Zuschauer hatten den Eindruck, einem Vorgang von internationaler Bedeutung beizuwohnen (ach, wie grausam wurden sie inzwischen enttäuscht!). Noch eine andere Szene hat sie sichtlich bewegt. Im Automobil kam Oberst Steinbuch, der Kommandant der 5. Division, bis hart an die Zeltwand gefahren. Oberst Steinbuch erlitt kurz vor den Manövern einen komplizierten Beinbruch. Aber mit eiserner Energie setzte er es durch, dennoch sein Kommando im Manöver zu führen — und er hat es mit Glanz geführt von seinem Automobil aus! — Eine Maschine eigener Erfindung musste ihm zur notwendigsten Fortbewegung behilflich sein und ermöglichte es ihm auch, unter der Beobachtung der nötigen Sorgfalt sein Gefährt zu verlassen. Als dem Kaiser die Ankunft dieses Offiziers gemeldet wurde, sah man ihn eilenden Schrittes, mit fliegendem Mantel herbeikommen und längere Zeit am Automobil stehend sich mit Oberst Steinbuch unterhalten.

Am Tische sprach dann der Kaiser am häufigsten mit seinem Nachbarn zur Linken, Bundesrat Hoffmann, dann wieder mit seinem Vis-à-vis, Minister Claparède, und häufig auch, vor dem Bundespräsidenten vorbei, mit General Pau, der rechts von Herrn Forrer sass. Der letztere, der schon zuvor die Annäherung zwischen den beiden erleichtert hatte, zog sich nach einiger Zeit zurück, um an andern Tischen Offiziere zu begrüssen und den Zwischenraum zwischen dem Kaiser und dem General frei zu machen. Laute, lebhafte Unterhaltung, Lachen, Gläserklingen erfüllte

das Zelt, man konnte sich in eine eidgenössische Festhütte versetzt glauben. Der muntersten und lebhaftesten Tischgenossen einer war der Kaiser selbst, den dieser Festhüttenlärm nicht im mindesten zu stören schien. Er war nur einer von den vielen an dem Tische und sein Gewand bei weitem nicht das vürnehmste von allen, so dass die Leute oft Mühe hatten, ihn herauszufinden. Man kam und ging, gemütlich hinter ihm stehend, zündete ein Herr im Zylinder — es waren ein paar Regierungsräte von Zürich, Thurgau und St. Gallen da — seine Zigarre an und warf das Streichholz auf den Boden, ehe er einem guten Bekannten die Hand schüttelte. Nachher wurde auf der Wiese wiederum Cercle gehalten und die fremden Offiziere, die den Kaiser noch nicht gesprochen, kamen einer um den andern, sich von ihm zu verabschieden. In der Art des Kaisers, sich dabei zu geben, konnte man recht erhebliche Unterschiede und Nuancen beobachten. Der eine fand ein freundliches Lächeln und warmen Händedruck, wo der andere mit zwei Worten sich begnügen musste und mit einer lässigen Handbewegung zum Mützenrand verabschiedet wurde. Die Franzosen, die kleinen, gelben, sich tief verneigenden Japaner in ihren niedrigen Deckelkappen, der schöne stattliche Burengeneral Beyers — seitdem auf der Flucht über den Vaalfluss als Rebell erschossen — konnten sich über Mangel an Liebenswürdigkeit nicht beklagen, und der englische Oberst, mit dem der Kaiser längere Zeit englisch plauderte, brachte noch lange nachher den Mund nicht zusammen vor glücklichem Lachen über der ihm widerfahrenen Huld. Dann kam wieder einer, von dem man mehr oder weniger den Eindruck haben musste: der ist aber abgeblitzt — kurzum, Wilhelm II., der „Charmeur" und fröhliche Gesellschafter, kann auch sehr bald wieder die unnahbare Majestät hervorkehren. Für die Schlachtenbummler aus Zürich aber, die höfisches Wesen nur aus Büchern und Sechseläutenumzügen kannten, war es im höchsten Grade interessant und unterhaltend, nun plötzlich auf einer St. Galler Wiese ein Stück aus dem Leben eines wirklichen kaiserlichen Hofstaates sich abspielen zu sehen.

Auf dem Kaiserschiff am Seenachtfest hatte sich unser Ehrengast auch lange mit dem ihm schon von früher her bekannten Landesmuseumsdirektor Dr. Lehmann unterhalten und ihm versprochen, wenn immer möglich noch dem Landesmuseum einen

Besuch abzustatten. Am Freitag vormittag, vor der Abreise nach Bern, löste der Kaiser dieses Versprechen ein und wurde im Landesmuseum ausser von Dr. Lehmann vom Präsidenten der Landesmuseumskommission, Vischer-Sarasin von Basel, und Stadtpräsident Billeter empfangen und durch die wichtigsten Räume geführt. Dann begab er sich zu Fuss zum Bahnhof, den er durch die Pforte an der Museumsstrasse betrat. Eine grosse Volksmenge hatte sich angesammelt, um ihn zum Abschied nochmals zu sehen und zu begrüssen. Auf dem Perron erwarteten den Kaiser Regierungspräsident Nägeli und Justizdirektor Dr. Mousson. Vom Stadtpräsidenten verabschiedete sich der Kaiser mit besonderer Herzlichkeit und trug ihm auf, der Bevölkerung Zürichs seinen wärmsten Dank auszusprechen für die so freundliche Aufnahme, welche sie ihm bereitet hatte. Auch den Herren Regierungsräten gegenüber sprach sich der Kaiser in ähnlichem Sinne aus. Am Coupéfenster des Hofzuges stehend, winkte der Kaiser den Major Wille nochmals zu sich heran und machte ihm einige liebenswürdige Komplimente über die Haltung seines Bataillons. Drei Minuten vor zwölf Uhr setzte sich der Zug geräuschlos in Bewegung. Der Kaiser blieb salutierend am Fenster stehen, so lange noch ein Hochruf ihn erreichte und ein Schwenken des Hutes seine Fahrt begleitete. Der offizielle Besuch in Bern, der sich nun anschloss, gab an Herzlichkeit den Zürcher Tagen nichts nach.

*

Neun Jahre nach dem verunglückten Versuch, das Zuteilungsgesetz zeitgemäss zu revidieren, nahm der Grosse Stadtrat mit einer Initiative einen abermaligen Anlauf dazu, und diesmal mit besserem Erfolg. Am 22. Dezember 1912 hat das Volk des Kantons Zürich das neue Gemeindeorganisationsgesetz für die Hauptstadt angenommen. Zürich, das im Oktober 1912 mit 201,420 Einwohnern wirkliche Grosstadt geworden war, bedurfte vor allem einer neuen Kreiseinteilung. Nur für das Schulwesen blieben die bisherigen Kreise I—V weiter bestehen. Für die Wahlen in den Kantonsrat und Grossen Stadtrat aber wurden folgende acht Kreise geschaffen, in denen die alten Gemeindenamen teilweise wieder erstanden: 1. Altstadt, 2. Enge (mit Wollishofen), 3. Wiedikon, 4. Aussersihl, 5. Industriequartier, 6. Unterstrass (mit Wipkingen

und Oberstrass), 7. Hottingen (mit Fluntern), 8. Riesbach (mit Hirslanden), wobei allerdings nicht überall die Kreisgrenzen sich mit den alten Gemeindegrenzen decken. Der Stadt Zürich wurde gestattet, für die Wahlen in den Grossen Stadtrat das proportionale Wahlverfahren einzuführen. Sie hat davon mit der Annahme der neuen Gemeindeordnung am 16. Februar 1913 sofort Gebrauch gemacht und den Grossen Stadtrat am 13. April 1913 erstmals nach ,,Proporz“ gewählt (38 Freisinnige, 17 Demokraten, 9 Bürgerverbandsvertreter, 8 Christlich-Soziale, welche Partei damit neu in den Ratssaal einzog, 53 Sozialdemokraten). Ferner gestattete das neue Gemeindeorganisationsgesetz die Wahl von Frauen in die Zentralschulpflege und die Kreisschulpflegen und brachte für das Rechnungswesen der Stadt einige Erleichterungen. Wichtige Errungenschaften eines wohl verstandenen Gemeindesozialismus sind die Pensionskasse für die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter (Gemeindeabstimmung vom 4. Mai 1913) und die Einführung der Arbeitslosenversicherung (19. Juli 1914).

*

Den Höhepunkten im geistigen und kulturellen Leben des Zürchervolkes darf der 18. April 1914 beigezählt werden. An diesem freud- und ehrenreichen Tage wurde an herrlicher Stätte das neue Gebäude der Universität Zürich eingeweiht. Die Rektoren der sechs übrigen schweizerischen Universitäten und der Eidgenössischen Technischen Hochschule, die Vertreter von 20 deutschen Universitäten, sowie derjenigen von Paris, Innsbruck, Cambridge und Oxford nahmen neben den eidgenössischen, kantonalen und städtischen Behörden und zahlreichen andern Ehrengästen an dem Feste teil, und manchem von den Fremden mag es ähnlich ergangen sein wie David Friedrich Strauss, den Zürich einst von sich gewiesen: Er kam — im Sommer 1871 — in aller Stille, schaute vor dem Polytechnikum hinunter auf die Stadt und die grünen Gelände, über den blauen See hinauf zu den weissgestirnten Bergen, sah ,,Forst, Flur und Stromeslauf“, und sprach nach langem Schweigen: ,,Ich bin Monarchist von ganzer Seele; aber das muss ich bekennen, nur die Republik kann auf einen solchen Punkt den Palast für ihre hohe Schule stellen. Das ist gross. Wäre die Schweiz eine Monarchie, hier stünde die fürstliche Residenz oder



Die Hochschule Zürich von 1838 — 1864 (am Fröschengraben)

eine Kaserne.“ Über der Pforte, durch welche die Ehrengäste in die neue Universität einzogen, steht in Stein gemeisselt die Schrift:

Durch den Willen des Volkes
1911—1914.

Unter der Obhut des Volkes entfaltete sich die Universität Zürich zu reichster Blüte. Den besten Einblick in ihre Entwicklung gibt die zur Weihe des neuen Hauses von Prof. Dr. Gerold Meyer von Knonau verfasste prachtvolle und inhaltsreiche Festschrift. Den Neubau hatte die chronische Raumnot veranlasst, die schon bald nach dem Bezug des „Universitätsflügels“ des Polytechnikums (1864) und in immer steigendem Masse sich geltend gemacht. In den neunziger Jahren war es dann der Zoologe Prof. Dr. Arnold Lang (geb. 1855, † 30. Nov. 1914, bald nach seinem Rücktritt), der mit einer Aufopferung und Hingabe ohne Beispiel die Bemühungen für einen Neubau zum glücklichen Ziel führte. Am 22. Sept. 1898 hatte der schweizerische Schulrat im Auftrag des Bundesrates der zürcherischen Regierung den 1860 zwischen Bund, Kanton und Stadt abgeschlossenen Vertrag über die gemeinsamen naturhistorischen Sammlungen auf den 1. Januar 1900 gekündet, zugleich aber sich bereit erklärt zu Verhandlungen über einen neuen Teilungs- oder Aussonderungsvertrag. Ein vorläufiger Entwurf, der als Grundlage zu weiteren jahrelangen Unterhandlungen diente, kam 1900 zustande. Wie in diesen zähen, langwierigen Unterhandlungen Recht und Gegenrecht auseinandergelesen, Zoll um Zoll verteidigt und schliesslich die gütliche Abmachung in dem Aussonderungsvertrag vom 28. Dezember 1905 niedergelegt und unterzeichnet wurde, das zu erzählen, gäbe eine lange und verwickelte Geschichte. Quintessenz derselben ist, dass Zürich aller seiner Verpflichtungen gegen das Polytechnikum los und ledig ist und am Ende noch ein artiges Aufgeld des Bundes herausschaute, das zur Entlastung des Baubudgets der Universität trefflich diente. Nachdem die Frage des Aussonderungsvertrages erledigt war, bestellte der akademische Senat eine Baukommission mit Professor Arnold Lang als Präsidenten, welche am 12. Mai 1906 ihren Bericht erstattete. Auch der Regierungsrat setzte eine neue Baukommission ein, die zu dem Beschluss kam, eine Ideenkonkurrenz zur Erlangung von Projekten auszuschreiben. In dieser

Ideenkonkurrenz siegte (1907) die Architektenfirma Curjel & Moser in Karlsruhe und St. Gallen, und als Schöpfer des preisgekrönten Projektes ist speziell zu betrachten Professor Dr. Karl Moser. Das Universitätsprojekt erforderte eine Kreditsumme von 6 Millionen oder nach Abzug der Barbeiträge von Stadt und Bund netto 2½ Millionen. Die Stadt Zürich bewilligte ihren Anteil von 1¼ Millionen am 15. März 1908. Dann galt es, auch das Land zu gewinnen für die grosse Abstimmung vom 26. April 1908. „Damals stiegen die Professoren von ihrer Höhe zum einfachen Mann herunter und sprachen in Versammlungen zu ihm von der Wichtigkeit der Hochschule und der Notwendigkeit eines richtigen Baues. Und beide waren erstaunt, sich so gut zu verstehen, so grosse Bereitwilligkeit zu Opfern an Geld und Arbeit beim andern zu finden." Professor Arnold Lang allein sprach an acht verschiedenen Orten des Kantons mit grossem Erfolg. Ausserdem hatte er in Verbindung mit andern sechs orientierende und aufklärende Flugblätter verfasst, welche der Presse treffliche Dienste leisteten. Das Resultat lohnte die Mühe: mit 57,000 gegen 24,000 Stimmen wurde der Aussonderungsvertrag angenommen und der Kredit bewilligt. Nicht anders war es, als man zum zweitenmal vor das Volk treten musste mit einem Ergänzungskreditbegehren von 1,863,000 Fr. Auch diesmal — es war am 2. April 1911 — sagte das Volk Ja! Nun erst konnte der bereits begonnene Bau freudig und getrost fortgesetzt werden. Der Bauplatz umfasst das Areal auf der Südseite des Polytechnikums. Schade war's um das idyllische Künstlergütli, das dem Universitätsarchitekten die dem Terrain so glücklich angepasste Grundrissidee eingab, minder schade für die alte Verhaftsanstalt im Berg, deren Umgebung nebst einem Teil des Stadlergutes ebenfalls in die Baufläche einbezogen wurde; auch die vor wenigen Jahren erst um ein Stockwerk erhöhte Blinden- und Taubstummenanstalt, die bei dieser Gelegenheit nach mehr als hundertjährigem Bestand endlich verstaatlicht wurde, hatte der Universität zu weichen. Zwei mächtige Bauten, das Sammlungsgebäude oder „Biologische Institut" und — etwas rückwärts geschoben — das Kollegiengebäude, in der Mitte verbunden durch einen gewaltig aufstrebenden viereckigen Turm von 65 Meter Höhe, sollten hier erstehen, während das hygienische und pharmakologische Institut einen eigenen Bau erhielt an der Gloriastrasse,

Die neue Universität

zu Füssen des eidgenössischen Physikgebäudes. Stehen geblieben ist unten an der Künstlergasse das alte Portal, durch das man einst zum Künstlergütli emporstieg.

Als am Freitag den 17. April auf dem Karlsturm des Grossmünsters die eidgenössische Fahne gehisst wurde und auf dem Glockenturm die zürcherische, folgten diesem Beispiel bald die andern Kirchtürme und die öffentlichen Gebäude; Riesenflaggen wallten von den Dächern bis fast auf die Strasse nieder, und am Paradeplatz machten die Bankpaläste grosse Festtoilette. Nur das Haus selber, dem zu Ehren Zürich sich in Gala kleidete, stand in jenem Augenblicke ohne jeden künstlichen Schmuck, und man hat diesen auch auf das allernötigste beschränkt; bedarf doch die neue Universität in ihrer erhabenen Schönheit des äussern Zierats wahrlich nicht. Um 3 Uhr begann im Lichthof des Kollegiengebäudes die Hauptprobe für die Aufführung der Festkantate. Dieser glasüberdachte Lichthof mit seinen Säulen und Galerien, dessen Wände Skulpturen der archäologischen Sammlung schmücken, ist ein herrlicher, entzückender Raum, ein moderner Stockalperpalast mit den reizendsten Formen und Durchblicken. Die südliche Schmalseite nahm zurzeit das Podium für das Tonhalle-Orchester und die Sänger ein. Den Chor bildeten der Lehrergesangverein und der Studentengesangverein. Der Text der Kantate ist eine auf hohem Kothurn einherschreitende Dichtung von Adolf Frey, die in ihrer vollendeten Form und Gedankentiefe der Komposition ohne Zweifel dankbare Anregungen bot. Die Aufführungen der Kantate leitete der jugendfrische Komponist, Dr. Friedrich Hegar. Die Hauptprobe verlief glänzend, die Kantate machte einen tief ergreifenden, nachhaltigen Eindruck. Im engen Kreise vollzog sich am Abend im Hotel Viktoria die Begrüssung der auswärtigen Ehrengäste durch Stadtpräsident Billeter. Unterdessen wälzte sich durch die volkreichen Strassen die Feuerschlange des Fackelzuges der Studenten. Nach 9 Uhr erschien die Spitze des Zuges vor dem Hotel Viktoria; der Bahnhofplatz war besetzt wie zur Zeit der Kaisertage, und in sechs- und zehnfachen Reihen schaute das Volk dem malerischen Aufmarsch der Studenten zu. Vom hohen Balkon herab hielt cand. jur. Bührer eine schöne und erfreuliche Dank- und Huldigungsrede an das Volk und die Behörden, und mit mächtig über den Platz hin schallender Stimme,

die auch den Kampf mit dem atemversetzenden Qualm siegreich bestand, antwortete Justizdirektor Dr. Mousson, dessen Worte auf das Gaudeamus gestimmt waren und in ein Hoch auf die Universität, die Leuchte und die Freude des Zürchervolkes, ausklangen. In strahlendem Lichterglanz stand droben am Berge der herrliche Bau der neuen Hochschule; Licht und Freude wird von ihm ausgehen auch für kommende Geschlechter.

Der grosse Tag der Universitätsweihe (Samstag den 18. April) brach an in strahlender Schönheit. Hallendes Glockengeläute stieg zum Turm der Universität hinan, ,,und ihn umschwebte schwellender, schwebender Sang der Brudertürme'', wie die Kantate es ankündigte. Den Lichthof des Kollegiengebäudes füllte eine Versammlung, die in ihrer Zusammensetzung einen einzigartigen Anblick bot. In das feierliche Schwarz der Honoratioren von Bund, Kanton und Stadt mischten sich die reichen Ornate der mit goldenen Amtsketten behangenen und zum Teil mit Orden geschmückten Delegationen auswärtiger Universitäten, die Uniformen hoher schweizerischer Offiziere, der farbenfrohe Wichs der studentischen Chargen. Die wundervolle Halle des Lichthofes trug diskret arrangierten grünen Schmuck, und aus den Öffnungen der obersten Galerie hingen die Banner der Studentenverbindungen. Die Jubelouvertüre von Carl Maria von Weber, unter der Leitung von Volkmar Andreae, durchflutete den lichten, hohen Raum mit brausender Tonfülle.

Alsdann sprach als erster Redner Baudirektor Dr. Keller zu der Versammlung, welcher unter den Förderern des Neubaues die Palme Professor Arnold Lang zuerkannte. Erziehungsdirektor Dr. Locher pries die neue Universität als ein Wahrzeichen der Demokratie, mit dem die Einsicht des Volkes in die Bedeutung der Hochschule dokumentiert wird, und auch Rektor Prof. Dr. Egger schloss seine Rede mit den wärmsten Dankesworten an das Zürcher Volk. Es folgten nunmehr die Grüsse und Glückwünsche der Vertreter der auswärtigen Universitäten, die Ehrendoktor-Ernennungen durch die Eidgenössische Technische Hochschule und die verschiedenen Fakultäten der Universität. Von einer aus freiwilligen Gaben gesammelten Stiftung im Betrage von 400,000 Franken für wissenschaftliche Forschungen konnte der Rektor designatus, Prof. Dr. Cloetta, erfreuliche Mitteilung machen. Die

Wirkung der nun folgenden Kantate war womöglich noch gewaltiger, hinreissender als an der Hauptprobe. Inzwischen hielten die Studenten einen malerischen Umzug durch die Stadt; die Festversammlung aber begab sich zum Bankett in den Tonhallepavillon, wo unter Anhörung zahlreicher Toaste, Überreichung von Glückwunschadressen usw. die Stunden rasch verflogen. Abends war Studentenkommers im gleichen Lokal.

Unter den Veranstaltungen des Sonntags sei nur die Fahrt mit dem Salondampfer ,,Helvetia" und die Festvorstellung im Stadttheater erwähnt. Das Schlusswort aber hatte — am Montag den 20. April — das Sechseläuten-Zentralkomitee. Es erfreute die Bevölkerung der Stadt und die Zehntausende von auswärts herbeigeströmten Zuschauer mit einem Festzug von unerhörter Pracht und Gediegenheit, welcher ,,Bilder aus der Geschichte des wissenschaftlichen Lebens" darstellte.

*

Sehr ehrenvoll war die Stadt Zürich in ihren verschiedenen Verwaltungszweigen vertreten an der am 15. Mai 1914 eröffneten schweizerischen Landesausstellung in Bern, die dann durch den Ausbruch des europäischen Krieges eine so überaus bedauerliche Störung und Unterbrechung erfuhr. — Eine Erwähnung verdient wohl auch an dieser Stelle das im Vorwort angeführte Berichthaus-Jubiläum am 1. Juli 1914, weil es die Veranlassung bildete zur Herausgabe dieses Buches. Die Abonnenten des ,,Tagblattes" erhielten an diesem Tage neben der gewohnten Tagesausgabe eine reich illustrierte Sonderausgabe des ,,Tagblattes" von 140 Seiten mit Auszügen aus den beiden Bänden des vorliegenden Werkes. Für die Expedition dieser Riesennummer musste neben den gewohnten Austrägerinnen ein besonderer Dienst mit Fuhrwerken, Dienstmännern usw. organisiert werden. Die zürcherische Presse widmete dem in der Zeitungsgeschichte nicht alltäglichen Vorgang ihre Aufmerksamkeit in Bild und Wort.

◆◆

FÜNFUNDVIERZIGSTES KAPITEL

ZUR ZEIT DES WELT-KRIEGES

Hundert Jahre Geschichte der Stadt Zürich zwischen zwei europäischen Kriegen muten heute an wie ein Idyll, so wild auch oft die politischen Stürme durch das Land fegten. Was sind diese uns vielleicht hochbedeutsam erscheinenden Verfassungsänderungen und Parteikämpfe, diese Wahlen und Abstimmungen, diese politischen und sozialen Streitfragen in einem Kanton oder einer einzelnen Stadt der Schweiz im Spiegel der Weltereignisse der Napoleonischen Zeit oder des Krieges von 1914! Und doch fühlen wir sofort, dass wir der Heimat und dem, was sie uns wert macht, nicht gerecht werden mit einem solchen Vergleich. Er kann uns zwar die Kleinheit unserer Verhältnisse zum Bewusstsein bringen und die bescheidene Stellung zeigen, die wir nach Umfang und Bevölkerungszahl unseres Landes in der Welt einnehmen; aber nichts ist damit gesagt über den Wert oder Unwert unseres eigenen staatlichen Erlebens und unserer lokalen Geschichte. Auch diese ist nur ein Ast am Baume der grossen Menschheitsgeschichte, und ein Querschnitt — wie „Hundert Jahre" — durch den dicksten Ast oder den kleinsten Zweig wird sich im Kern und Wesen nicht vom Stamme unterscheiden. Die sogenannte „grosse Politik" handelt nach denselben rein menschlichen Motiven wie jede Stadt- und Dorfpolitik, sie arbeitet nur mit andern Mitteln, und die Lokalgeschichte gibt den Schlüssel des Verständnisses auch für das Weltgeschehen. „Eins ist der Mensch", sagt Conrad Ferdinand Meyer:

> Viel Tragisches gibt es auf dieser Erde,
> In fernster Hütte herrscht die Leidenschaft,
> Was in der Hütte nicht das Herz bewegt,
> Lässt's kalt auch im Palast. — Eins ist der Mensch!

„Gerechtigkeit, Einheit der Menschen", dieser Höhe des Standpunktes eines Conrad Ferdinand Meyer bedarf es, um das richtige Augenmass zu gewinnen für unsere vaterländische Geschichte im

Vergleich zu den „Grosstaten" auf der Weltbühne. So werden wir uns nicht täuschen über die nur relative Wichtigkeit unseres eigenen Erlebens, aber auch nicht in den Staub gebeugt von der „überwältigenden Grösse" der kriegerischen Ereignisse, die das Weltall erfüllen. Des Menschen Wille sucht mit den ausserordentlichsten Mitteln, sofern sie ihm zur Verfügung stehen, sich durchzusetzen; aber das Kolossale der Leistungen und Erfolge, die auf diesem Wege erzielt werden, liegt eben in den Mitteln, in der Technik, der Materie, die für die Bewertung des menschlichen Handelns und seiner Motive ausser Betracht fallen.

Darf schon die Kulturhöhe und der durchschnittliche Bildungsstand von Ländern wie der Schweiz, Hollands, Skandinaviens, die sich in dieser Beziehung mit jeder Grossmacht messen dürfen, als Beweis dafür gelten, dass der weltoffene Blick auch dem Bürger des Kleinstaates eigen ist, so wird, was weiter dazu gehört, uns verliehen durch den modernen internationalen Verkehr, durch den fortwährenden Austausch geistiger und materieller Güter, durch die Gemeinsamkeit tausendfacher Interessen mit allen andern Völkern. Wir könnten gar nicht, selbst wenn wir alle Anlage dazu hätten, aufgehen in der Kleinheit unserer Verhältnisse. Die grosse Welt gehört auch zu uns, und Zürichs Name ist ihr nicht unbekannt. Hundert Jahre Stadtgeschichte weisen genug der Zusammenhänge auf, die zwischen ihr und uns bestehen. Persönliche Beziehungen haben sie immer wieder aufgefrischt und lebendig erhalten bis auf die Gegenwart herab. In unserer schönen neuen Universität tagten zum letzten Male in feierlicher Versammlung als unsere Ehrengäste friedlich nebeneinander Professoren aus Deutschland, Frankreich und England, — und sind nicht auch Gestalten von Grossen dieser Welt durch unsern Gesichtskreis geschritten?

Hätten wir es nicht gewusst, der Weltkrieg würde es uns gelehrt haben, wie eng und fest die Bande sind, die uns mit der ganzen Welt verknüpfen. Empfindlicher sogar als der Seismograph der Erdbebenwarte, hat unser wirtschaftliches Leben schon zum voraus die drohenden Erschütterungen verspürt, als die Revolverschüsse eines Gymnasiasten in Serajevo am Sonntag den 28. Juni 1914 den österreichischen Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand und seine Gemahlin niederstreckten und damit die Möglichkeit

eines neuen Balkankrieges, gefährlicher als alle früheren, in die Nähe rückten. Vier Wochen nachher war dieser Krieg schon da, und mit entsetzlicher Schnelligkeit griff der Brand auch nach dem Westen über. Man konnte und wollte es ja nicht glauben. Wieder ein deutsch-französischer Krieg! Er kündigte sich an durch die kleine Nachricht, einige Tage vor Kriegsausbruch, dass ein paar Eisenbahnwagen mit Getreide für die Schweiz in Mülhausen angehalten wurden. Was sollte aber aus uns werden bei einem allgemeinen Krieg, da wir doch kaum ein paar Wochen ohne fremde Zufuhr leben können? Die Kriegserklärungen folgten Schlag auf Schlag, bis mehr als die Hälfte der Erdoberfläche, mehr als die Hälfte der lebenden Menschheit sich im Kriegszustand befand. Die Neutralen bildeten die Minderheit, und auch in den neutralen Ländern waren viele unter der Einwirkung des Kriegsfurors so rabiat geworden, dass man sie füglich den Kriegführenden beizählen durfte. Alle Elemente waren entfesselt, Europa ein brausendes Meer; schon schlugen auch auf unsere Friedensinsel die Wellen herein. Zuerst kamen die Italiener, die mit Weib und Kind und kärglicher Habe aus den kriegführenden Ländern heimwärts flüchteten. Es war eine wahre Völkerwanderung, die in 16 Extrazügen innert zwei Tagen, mit kurzer Rast am Bahnhof, Zürich passierte. Später folgten, wiederum zu Zehntausenden, die Internierten, ganze Dorfschaften, die die kämpfende Invasionsarmee von Haus und Hof getrieben und hinter die Front geschafft hatte, um mehr Bewegungsfreiheit zu erlangen. Zwischenhinein reisten etwa fremde Gesandte durch, die auf ihren Posten überflüssig geworden waren; auch der nach kurzer Herrschaft entthronte Fürst Wilhelm von Albanien, wie ein Blatt vom Baume im Sturmwind fortgewirbelt, berührte Zürich auf seiner Flucht.

Bald sollten wir jedoch inne werden, dass uns in dem grossen Drama nicht bloss die Rolle interessierter Zuschauer beschieden war, wiewohl uns das Ärgste bis jetzt erspart geblieben ist. Brutal griff der Krieg in die Verhältnisse fast jedes Einzelnen ein. Das Wesen des Krieges ist Kulturwidrigkeit, blindwütige Zerstörungssucht, Barbarei, Unordnung und eitel böses Ding. Dieses sein Wesen beweist der Krieg bis in seine letzten Ausstrahlungen in die neutralen Länder hinein. Auch da ist sein Werk Unheil und Schaden aller Art, Hemmung jeder ehrlichen Arbeit, geschäft-

№ 178. Samstag den 1. August 1914. Umfang 26 Seiten

Tagblatt der Stadt Zürich
und
Städtisches Amtsblatt.

Abonnementspreis:
50 Rp. monatlich.
Postcheck-Conto 2050.

Insertionspreis
Postcheck-Conto 2050.

Expedition, Redaktion und Druckerei: Zwinglipla̧tz Nr 3. Telephon Nr 4232. — Gegründet 1730 — Filiale Paradeplatz Nr 2. Telephon Nr. 2797

An die Bevölkerung der Stadt Zürich.

In unerwarteter Weise und weit mehr, als sich durch den bisherigen Gang der Dinge rechtfertigen ließ, hat sich ein Teil der Einwohner von der ruhigen Ueberlegung, die unser Volk sonst auszeichnet, abdrängen lassen, zum Teil durch gewollt aufgemachte Sensationsnachrichten.

Die Verkaufsstellen von Lebensmitteln und die Kassen der Banken und der Post wurden belagert und mit Begehren bestürmt, die unbegründet sind und weit über das Bedürfnis hinausgehen.

Im Hinblick auf die unumgänglich notwendige Aufstellung der schweizerischen Armee und die Mobilisierung in andern Staaten, die eine weitere Beunruhigung befürchten lassen, bitten wir die Einwohnerschaft angelegentlich, von solch unheilvollem Drängen abzulassen. Das größte Unheil, das dem Volke jetzt widerfahren könnte, erblicken wir darin, daß jeder begänne, nur an sich zu denken und die Bedürfnisse der Volksgemeinschaft außer Acht zu setzen.

Die Lage ist ernst, aber bei der guten Entwicklung unserer wirtschaftlichen Lage liegen keine Gründe für eine übermäßige Beunruhigung vor. Dank der Maßnahmen des Bundesrates und der Nationalbank ist für einen ausreichenden und geregelten Umlauf von Geld und Zahlmitteln gesorgt. An den notwendigen Lebensbedürfnissen wird nach zuverlässigen Feststellungen auf Monate hinaus auch im schlimmsten Falle kein Mangel sein.

Die Behörden werden auf das Entschiedenste allenfalls sich zeigende wucherische Gelüste bekämpfen.

Die unnütze Anhäufung von Geld und Lebensmitteln ist verhängnisvoll für die Allgemeinheit. Das unbedachte und selbstsüchtige Verhalten Weniger benachteiligt Viele und kann zu einer unheilvollen Panik führen.

Gerade jetzt ist das Geld am sichersten bei den Banken aufgehoben. Wer in der Lage wäre, größere Vorräte an Lebensmitteln aufzuhäufen, möge bedenken, daß übertriebene Aufkäufe den Minderbemittelten auch eine bescheidene Lebenshaltung erschweren würde.

Wir richten den dringenden Aufruf an die Einwohnerschaft, das Vertrauen nicht zu verlieren und sich nicht irreleiten zu lassen.

Auch Ansammlungen auf der Straße und Kundgebungen jeder Art bitten wir zu unterlassen. Vorfällen, wie sie in den letzten Tagen sich ereigneten, werden wir mit dem größten Nachdruck entgegentreten. Unser Land ist neutral und darf Straßenkundgebungen weder für das eine noch für das andere Land bilden.

Die Angehörigen anderer Nationen werden, wie wir hoffen, dem Lande, dessen Gastrecht sie genießen, die schuldige Rücksicht tragen.

Zürich, den 31. Juli 1914.

Für den Stadtrat
Der Stadtpräsident:
R. Billeter.
Der II. Sekretär des Stadtschreibers:
Dr. Bertschinger.

Landsturm.

Heute, den 1. August, nachm. 2 Uhr, haben vorschriftsgemäß ausgerüstet und bewaffnet einzurücken:

Landsturm Bat. 58, Stab | auf dem Kasernenplatz Zürich.
„ „ 58, Kompagnien I–V
„ Kompagnie I 57

Landsturm Bat. 57, Stab, auf dem Sammelplatz in Altstetten

Zürich, 31. Juli 1914.

Das Kreiskommando.

Warnung vor Schießgefahr.

Der Polizei-Inspektor.

Feuerwehr der Stadt Zürich.

Warnung vor Schießgefahr.

Der Polizei-Inspektor.

Militärschuhe.

Kollekte

Elektrizitätswerk der Stadt Zürich.

Preisermäßigung auf elektrische Bügeleisen

Elektro-Ausstellung Weinbergstr. 10 (Amtshaus III).

Die Direktion.

Ausschreibung der Stelle des kant. Lehrmittelverwalters.

Schulwesen der Stadt Zürich.

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Zürich.

Stadt Zürich.

Städtische Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit.

Zivilstandsamt. Eheverkündungen.

Kostkinder.

Das Gesundheitsamt.

Bekanntmachung

Das Gesundheitsamt.

Unentgeltliche Geburtshilfe

Das Gesundheitsamt.

Hochbauinspektorat der Stadt Zürich.

Der Hochbauinspektor.

1. August 1914:

Beruhigender Aufruf des Stadtrates

№ 272 Donnerstag den 19. November 1914. Umfang 18 Seiten

Tagblatt der Stadt Zürich

und

Städtisches Amtsblatt.

Insertionspreis

Postcheck-Conto 2030.

— Gegründet 1730 —

Filiale Paradeplatz Nr. 2. Telephon Nr. 5707. Filiale Badenerstr. Nr. 41. Telephon Nr. 3650.

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Zürich.

Aufruf

an die Bevölkerung der Stadt Zürich.

Zürich, den ... Oktober 1914.

Im Namen des Stadtrates, Der Präsident: ... — Im Namen des Stadtrates, Der Stadtschreiber: **R. Billeter**

Dr. Bollinger. — Dr. Bertschinger.

Städtischer Kartoffelverkauf.

Fr. 14.50

Im Auftrag des Stadtrates
Das Gesundheitsamt.

Das Polizei-Inspektorat.

Rechtsauskunftsstelle für Unbemittelte.

Rechtsauskunftsstelle

Verein zürcherischer Rechtsanwälte ... **Zimmer Nr. 115, I. Stock des Stadthauses (Eingang von der Fraumünsterstraße).**

... **Unbemittelte** ...

Der Stadtrat.

Kriegsnothülfe der Stadt Zürich.

Bureau gegen Mietnot

Zähringerplatz 3 ... **1. Stock.**

Für die Kommission für Mietnot: ... **Dr. Bollinger.**

Bürgerrechtserteilungen

Die Stadtkanzlei.

Zivilstandsamt — Eheverkündungen.

Das Zivilstandsamt.

Materialverwaltung der Stadt Zürich

10 Tonnen doppelt raff. prima Weichblei in Zangen

... **Verband des Bauwesens, II. Abt., Amtshaus II, Bahnhofquai** ...

Der Chef der Materialverwaltung.

Gerüstschau.

... **Ed. Hungerbühler für die Kreise 1 und 2, an Otto Kramer für die Kreise 3, 4 und 5, an Jakob Pauli für den Kreis 6 und an August Heeb für die Kreise 7 und 8, schriftlich Anzeige zu machen (Stadthaus Zimmer Nr. 115). Ab 15. Januar 1914 Bahnhofstraße 57 b, III. Stock (St. Annahof).**

Bei Schnee und Glatteis müssen die Gerüstbretter, Laufbrücken usw. gereinigt und mit Salz oder Sand bestreut werden. Dasselbe hat auf den oberen Mauerflächen beim Legen der Balkone usw. zu geschehen.

Zürich, den 18. November 1914. **Die Baupolizei.**

Warnung vor Schießgefahr.

Von **Freitag**, den 17. ... bis und mit **Samstag**, den 21. November ... **Albisgütli** und **Rehalp** ...

Der Polizei-Inspektor.

Kunstgewerbemuseum der Stadt Zürich

Ausstellung

Die Direktion.

Kunstgewerbemuseum der Stadt Zürich.

Ausstellung

populärer statistischer Darstellungen

Zürich, den 16. November 1914. **Die Direktion.**

Betreibungsämter.

Gantanzeige. — Zürich-Altstadt.

Freitag den 20. November 1914, ... **im städt. Gantlokale an der Bärengasse/Bahnhofgasse** ...

1 Ameublement, 1 Schlafzimmer, 4 Büffets, 1 Vertikow, 1 Spiegelschrank, 1 Sekretär, 1 Schreibtische, 2 Ausziehtische, 2 Chiffonnieren, 1 Kommode, 6 Lederfessel, Diwans, Fauteuils, Matratzen, 5 Betten, 2 Waschkommoden, Nachttische, Handtuchständer, Spiegel, 1 Stehpult, 1 Schreibmaschine mit Tisch, 1 Korpus, 1 Rohr-Ameublement, 1 Goldwage, 1 Handwage, 2 Uhrenmacherwerktische, 5 Bogenlampen, Spezereien, Flaschenweine, Spirituosen, Zigarren, Chocolade, Bonbon-Gläser, Postkarten.

Ferner: 2 Standuhren, Regulateure, Steh- u. Wanduhren, Küchen- und Kuckucksuhren, div. Wanduhren, Zimmer- u. Reisewecker, Alb. Herren- und Damenalben etc.

R. Amstad.

Zürich 8 (Riesbach) — Gantanzeige

Donnerstag, den 19. November 1914, von nachmittags 2 Uhr an, werden im Restaurant z. „Neuhof", Seefeldstraße 40, zufolge Verwertungsbegehren gegen Barzahlung öffentlich versteigert:

... **1 großer, zweitüriger Schrank** ...

Betreibungsamt Zürich 8.

19. November 1914:

Aufruf für die Kriegsnotunterstützung

licher Ruin, babylonische Verwirrung der Geister. Auch bei uns wirft der Krieg Zehntausende arbeitslos aufs Pflaster, verteuert er in unerhörtem Masse die Lebenshaltung und stürzt viele in Not und Sorge, die bisher sich leidlich zu halten vermochten. Was aber fast noch schlimmer ist als alles das: Mit seinem Pesthauch vergiftet der Krieg auch die Beziehungen der Neutralen untereinander; er untergräbt Treu und Glauben, bringt Ehegatten und Familienglieder hintereinander und sprengt alte Freundschaften. Ja, er fälscht uns wenn möglich auch noch das Evangelium und deutet dessen Gebote um in ebensoviele Rechtfertigungen der Gewalt.

Der Schrecken, den der Krieg weit über das Gebiet seiner unmittelbaren, verheerenden Tätigkeit hinaus verbreitet, hat in der Stadt Zürich, wie an vielen andern Orten, eine förmliche Panik bewirkt. Die Leute fürchteten in erster Linie, dass die Schweiz von der Lebensmittelzufuhr abgeschnitten werden möchte, und suchten sich deshalb mit Vorräten auf Monate hinaus zu versehen. Die Läden des Lebensmittelvereins mussten wiederholt während des Tages geschlossen werden, weil die Lager vollständig ausverkauft waren, und immer warteten Scharen von Frauen vor den verschlossenen Türen bis zur Wiedereröffnung der Lokale. Arm und Reich wetteiferten miteinander in dieser Massenverproviantierung, deren Folge ein sofortiges Anziehen der Preise und Einsetzen der Teuerung war, lange bevor diese durch die äussere Lage gerechtfertigt gewesen wäre. Mit dem Sturm auf die Lebensmittelgeschäfte hielt der „Run" auf die Sparkassen Schritt. Wahre Volksversammlungen belagerten die Banken und harrten stundenlang, um sich der Queue anzuschliessen. Beim Knappwerden der Barmittel wurden nur noch Teilbeträge der Guthaben ausbezahlt; es entstanden tausend Verlegenheiten, und auch die vorübergehende Schliessung der Börse trug dazu bei, das Gefühl der Unruhe und ökonomischen Unsicherheit zu mehren. Das Gold war bald aus dem Verkehr verschwunden, die Fünflivres wurden rar, mit der Münze geizte jeder, soviel er konnte, und suchte sich mit allen Listen in den Besitz von Kleingeld zu setzen. Wer für 45 Rappen Postpapier und Federn kaufte, gab eine Fünfzig- oder Hundertfranken-Note zum Wechseln, auch wenn er ein mit Kleingeld prall gespicktes Portemonnaie in der

Tasche hatte. Der Stadtrat richtete am 1. August einen dringenden Aufruf an die Einwohnerschaft, nicht den Kopf zu verlieren, das Geld auf der Bank zu lassen und nicht durch Aufstapelung von Lebensmitteln die Lage der Bedürftigen noch zu verschlimmern.

Mit der ersten Kriegserklärung begann die Abwanderung der dienstpflichtigen Ausländer, zuerst der Österreicher, denen oft Deutsche und Schweizer lärmendes Geleite zum Bahnhof gaben. Vor den fremden Konsulaten fanden patriotische Kundgebungen statt, Hurrageschrei und die „Wacht am Rhein" schallten durch unsere Strassen, bis dann um der Neutralität willen die Justizdirektion diese öffentlichen Demonstrationen verbot. Im Bahnhof, den schon eine Menge aus den Bergen heimflüchtender Fremder füllte, war der Zudrang der abreisenden Reservisten mit ihren hier niedergelassenen Familien und den Freunden und Begleitern so stark, dass die Perronsperre eingeführt werden musste. Noch am Freitag den 31. Juli erliess der Bundesrat das Aufgebot des für den ersten Grenzschutz und Bewachungsdienst bestimmten Landsturms und stellte die ganze Armee auf Pikett. In vielen Dörfern des Schweizerlandes klang am Abend Sturmgeläute, und in den Ortschaften am Zürichsee verkündeten Trompetensignale und Trommeln das Aufgebot. In ernsten Gedanken ward der Tag der Bundesfeier, Samstag den 1. August, begangen. Das vom Verkehrsverein vorbereitete Seenachtfest wurde abgesagt, und nur die Glocken klangen, während der Landsturm in die Kaserne einrückte. An diesem unvergesslichen 1. August erging der Mobilisationsbefehl für die ganze schweizerische Armee. Der 3. August war der erste Mobilisationstag, und am Mittwoch den 5. August wurden die auf dem Korpssammelplatz Zürich eingerückten Truppen im Kasernenhof beeidigt. Die Bundesversammlung trat am 3. August in Bern zusammen zur Beschlussfassung über die Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Wahrung der Neutralität. Zum General der schweizerischen Armee wählte die Bundesversammlung Oberstkorpskommandant Ulrich Wille. Er ist der Sohn von François und Eliza Wille in Mariafeld-Meilen, geboren am 5. April 1848. Nach Abschluss seiner juristischen Studien hat sich Wille der militärischen Laufbahn zugewendet und unserm Wehrwesen zuerst als Instruktor der Artillerie und dann der



R. Wening 1915

Hermann Steinbuch
Oberst=Divisionär



F. Hodler 1915

Ulrich Wille
General

Kavallerie grosse Dienste geleistet. Insbesondere verdankt die Kavallerie ihrem frühern Waffenchef Wille ihre förmliche Umbildung in eine wirklich kriegstüchtige Truppe. Später kommandierte Wille die 6. Division und seit 1905 das 3. Armeekorps. Als Generalstabschef wählte die Bundesversammlung am 4. August Oberstkorpskommandant Theophil v. Sprecher, den bisherigen Chef des Generalstabsbureaus. Die fünfte Division, welcher der grösste Teil der zürcherischen Truppen angehört, steht unter dem Befehl von Oberstdivisionär Hermann Steinbuch (geb. am 19. Jan. 1863, früher Kreisinstruktor der 1. Division in Lausanne, am 17. Mai 1910 an Stelle von † Oberst-Divisionär Wyss interimistisch, am 30. Dezember 1910 unter Beförderung zum Oberst-Divisionär definitiv zum Kommandanten der damaligen 6., jetzt 5. Division ernannt).

In den Finanzen unseres, an den Händeln der Grossmächte völlig unschuldigen Landes richtete der Krieg eigentliche Verwüstungen an. Hunderte von Millionen mussten für die Mobilisation aufgebracht werden, und gleichzeitig gingen die Einnahmen des Zolls, der Post, der Eisenbahnen um Dutzende von Millionen zurück. Aber auch Kanton und Stadt Zürich haben schweren Schaden zu tragen. Zu den wichtigsten Aufgaben der Stadtverwaltung in dieser Kriegszeit gehört die Fürsorge für die unbemittelte Bevölkerung zur Verhinderung eines Massenelends, und es sind unsere Behörden an diese Pflicht mit grosser Umsicht und weitherziger Bereitwilligkeit herangetreten. Es wurde unter Zuzug zahlreicher freiwilliger Hilfskräfte eine besondere „Kriegsnotunterstützung" organisiert, deren Leistungen nicht den Charakter einer Armenunterstützung haben durften. Die nötigen Mittel wurden durch die Stadt und eine öffentliche Sammlung beschafft, für welche eine „Propaganda-Kommission" tätig war. Bedrängte Mietsleute fanden Hilfe in einem von Stadtschreiber Dr. Bollinger geleiteten Bureau für „Mietnotunterstützung". Suppenküchen wurden eingerichtet, Lebensmittel vom Stadtrat en gros angekauft und zum Selbstkostenpreis wieder abgegeben. Auch die private Hilfstätigkeit griff in reichem Masse ein; für die weiblichen Notleidenden war eine grosse Wohltat die „Zentralstelle für Frauenhilfe". Dass gelegentlich auch unschöne Erscheinungen zutage traten, kann nicht überraschen. Da man am jüngsten Tage keine

Rechnungen mehr zu bezahlen braucht, glaubten manche, es sei dies auch beim Ausbruch des Weltkrieges der Fall, und der Stadtrat musste in einer besonderen Kundgebung vom 26. August diesem Irrtum entgegentreten. Es kam vor, dass auch nur aus übertriebener Sparsamkeit Dienstboten entlassen wurden oder dass man versuchte, die Notlage von Spetterinnen, Wäscherinnen usw. mit Arbeitsangeboten zu geringem oder gar keinem Lohn auszubeuten. Ein Zeitbild wie immer waren die Tagblattinserate. ,,Wegen Kriegswirren", ,,Kriegsnot", ,,Flauer Geschäftsgang" lauteten häufig die Überschriften kleiner Annoncen. Alle möglichen Tauschgeschäfte wurden angeboten: Schuhwaren gegen Anfertigung feiner Kinderwäsche, schöne Gaslampen gegen Schneiderinnenarbeit im Hause, eine fast neue Dampfeisenbahn gegen warmen Wintermantel für Knaben. Sprach-, Mathematik-, Musikstunden würden verschiedene gern erteilen gegen ein heizbares Zimmer.

Empfindlich wurden vom Krieg besonders die Verkehrsverhältnisse beeinflusst. Manche Verbindungen nach dem Ausland waren unterbrochen, Gepäck und Güter stauten sich zu Bergen. Ein sogenannter ,,Kriegsfahrplan" verwandelte die Eisenbahn in eine Schneckenpost. Es gab weder Express- noch Schnellzüge mehr. Auf dem Bahnhof kannte man sich nicht mehr aus; die Täfelchen an den Waggons waren entfernt, bei keinem Zug wusste man, ,,woher der Fahrt" und wohin. Lauernde Spione, die der Krieg überall hat, hätten sonst leicht etwas erraten können. Die Längsfahrten der Dampfschiffe auf dem Zürichsee wurden am 4. August gänzlich eingestellt und weitere Einschränkungen angekündigt. Die Kurse der Strassenbahn mussten stark reduziert werden, weil die Hälfte der Angestellten an der Grenze stand. Beim Telephon wurde am 7. August der ganze interurbane Verkehr für die Zivilbevölkerung verboten, und als man nach acht Tagen wieder telephonieren konnte, war das nur unter strenger Kontrolle der Telephonfräulein möglich, die jedes Gespräch, das sie als ,,militärisch" betrachteten, auch wenn es in Wirklichkeit etwas ganz anderes war, sofort abschnitten. Bis in die Schule hinein regierte der Krieg und brachte Störung in den wohlgeordneten Betrieb. Da manche Schulzimmer längere Zeit von Truppen belegt waren, musste für eine Anzahl Wanderklassen ein ,,Kriegsstundenplan"

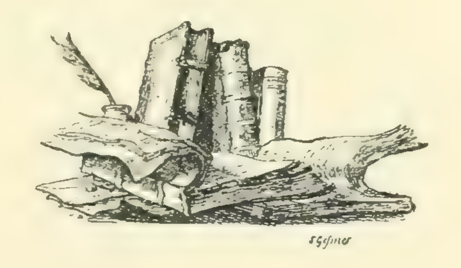
aufgestellt werden. Einzelne Schulstunden wurden auf freien Plätzen, im Sihlhölzli oder auch in einem leeren Wagen der Ütlibergbahn auf dem Selnaubahnhof gehalten. So hatte doch wenigstens die Jugend ihr Vergnügen bei dem Stand der Dinge. Stolz trugen die Pfadfinderknaben in ihrer kleidsamen Uniform die eidgenössische Armbinde, die sie berechtigte, im Auftrag des Platzkommandos allerlei Botengänge als Depeschenträger oder sonstige nützliche Dienstleistungen zu verrichten. Weniger freudig wurde von der Jungmannschaft der Ausfall des Knabenschiessens begrüsst.

Ihre liebe Not hatten die Behörden mit der Wahrung unserer Neutralität. Die Welt im Brande und unser Schweizerhaus mitten drin in diesem Flammenmeer! Was konnte der Bundesrat anderes tun als unser Dach mit nassen Tüchern decken (Neutralitätsverordnung, Pressezensur), damit die von jenseits der Grenze hereingewehten Funken nicht zündeten, im übrigen aber nach alter Väter Sitte uns „in Gottes Machtschutz zu befehlen“. Die Stadtpolizei hielt ein wachsames Auge auf die Äusserungen eines neutralitätswidrigen Verhaltens in der Öffentlichkeit. Sie schritt gegen die Zeitungsverkäufer ein, deren Beruf sich über Nacht zur blühendsten Kriegsindustrie entwickelt hatte und Hunderte von Leuten ernährte. Es wurde ihnen die laute Ankündigung der oft sensationell zugestutzten, die nervös gespannte Stimmung unnötig erregenden Nachrichten verboten und nur noch Name und Nummer ihrer Blätter auszurufen gestattet. Schaufensterauslagen und Verkauf von Ansichtskarten und Karikaturen, die andere Völker beleidigen konnten, wurden untersagt. Wie überall, trat auch bei uns eine grosse Verschiedenheit der Ansichten über Schuld und Ursache des Krieges zutage; doch wandten sich die Sympathien speziell der gebildeten Stände wiederum überwiegend der deutschen Sache zu. Unliebsamen Vorkommnissen in der Schule beugte die Erziehungsdirektion vor mit einem Kreisschreiben an die Schulpflegen und Lehrer, in welchem auf die bedenklichen Folgen einer Besprechung der Zeitereignisse im Schulunterricht hingewiesen wurde. Das Kreisschreiben machte den Lehrern die grösste Objektivität zur Pflicht und untersagte ihnen, die Tagesereignisse in einer Weise zum Gegenstand von Erörterungen im Unterricht zu machen, welche Andersdenkende, namentlich die Eltern ausländischer Schüler, verletzen könnte.

Auch der Krieg kann wie jedes Unglück vorübergehend einzelne gute Wirkungen auslösen, die aber kaum so lange vorzuhalten pflegen als das Übel dauert. Es wurde gerühmt, dass manche Leute wegen des Krieges früher zu Bett gingen als sonst, da der Regierungsrat für den ganzen Kanton eine Polizeistunde auf 11 Uhr nachts einführte (ein späterer Stadtratsbeschluss fixierte sie für Zürich auf 12 Uhr). In der Tat wurde man eine Zeitlang viel weniger durch die angeregte Unterhaltung spät heimkehrender Vereins- und Stammtischgäste gestört; das Hauptverdienst an der wohltätig empfundenen Nachtruhe kam aber der vom Bundesrat verfügten, mehrwöchentlichen Einstellung des ganzen Automobil- und Motorradverkehrs zu. Aber auch tagsüber machte sich in den ersten Augusttagen, besonders nach dem Abzug des Militärs, eine fast drückende Leere und Stille in unsern Strassen bemerklich. Der Menschenstrom, der sonst um die Mittagsstunden sich in den verschiedenen Richtungen ergoss, war auffallend gelichtet, der erheblich verminderte Tramverkehr erhöhte noch den Eindruck kleinstädtischen Stillebens. Man freute sich darauf, wenn die Schulkinder aus den Ferien zurückkämen und das verödete Strassenbild wieder mit ihrer Munterkeit belebten. Die Bevölkerungszahl unserer Stadt ging unter den Einwirkungen des Krieges rapid zurück. Wir hatten uns erst eigentlich als „Grosstadt“ gefühlt, als sie im Jahre 1913 das zweite Hunderttausend überschritt. Ende Juli 1914 stand sie noch auf 203,265 und sank dann bis zum Jahresschluss wieder auf 196,293. In den Hotels sind 1914 etwa 70,000 Fremde weniger als im Vorjahr abgestiegen. Viel seltener als sonst hörte man in Zürich Hochdeutsch und fremde Sprachen; der heimische Dialekt herrschte fast ausschliesslich vor. Der Prozentsatz der Ausländer in der Bevölkerung betrug 1914 Ende Juli 34,26, Ende Dezember 30,57. Der Ausfall kam vorwiegend auf Rechnung der in den Kriegsdienst einberufenen fremden Handwerksgesellen. „Zum Zeichen der Trauer,“ schrieb anfangs August das „Volksrecht“, „hat der sozialdemokratische Verein ‚Eintracht‘ sein Vereinshaus mit zwei mächtigen, schwarzumflorten roten Bannern beflaggt, ein sichtbarer Ausdruck des furchtbaren Geschicks, das seine Mitglieder, die bekanntlich zu neun Zehnteln Deutsche und Österreicher sind, und die mit Trauer und Wut im Herzen einrücken, betroffen hat.

Auch unter den Mitgliederbeständen der Gewerkschaften hat der Krieg schon grausam aufgeräumt; ganze Vorstände und zahlreiche Sekretariate sind verwaist. Eine in ihrer Art ergreifende Abschiedsfeier hat im Volkshaus die sozialdemokratische Jugendorganisation ihren einrückenden Mitgliedern gegeben, die nach allen vier Winden auseinandergerissen werden, um sich möglicherweise auf dem Schlachtfeld wieder zu treffen. Die tiefe Ergriffenheit der Jungen nahm bei den dem Augenblick entsprechenden Abschiedsreden einiger bekannter junger Genossen oft laute, erschütternde Formen an. Zwischen den Ansprachen wurden noch gemeinsam Arbeiterlieder gesungen, zum Schluss die Internationale, und mit den Worten dieses Liedes auf den Lippen trennten sich die Gefährten." — —

Wie unerwartet klingen unsere „Hundert Jahre" zürcherischer Lokalgeschichte aus in einem Kapitel vom Weltkrieg! Was hat sich alles geändert, nur seitdem die erste Seite dieses Buches geschrieben wurde! Und noch brüllt der Orkan ums Haus, noch rasen die vernunftlosen Elemente. Wie ist es möglich, bei solchem das ganze Haus erschütternden Unwetter ruhig und gesammelt sich in die Geschichten der Vergangenheit zu vertiefen! Man steht am Fenster und schaut traurig hinaus in den Sturm, der Häuser zertrümmert, Bäume entwurzelt, Kulturen mit Schutt überführt. Aber so toll er sich gebärden mag, einmal wird und muss auch dieser Sturm sich legen, der jetzt alle menschlichen Stimmen verschlingt. Einmal werden die entfesselten Höllengeister gebannt in die Unterwelt, der sie niemals hätten entsteigen sollen. Die Stunde kommt — und mit aller Kraft der Seele sehnen wir sie herbei —, da auch von unseren Türmen die Friedensglocken schallen werden. Dann tritt endlich die Vernunft wieder in ihr Recht; dann wird man auch wieder anknüpfen können an das Vergangene, und wie eine düstere alte Sage wird es uns vorkommen, dass man am Weihnachtstage des Jahres 1914 in Zürich den Kanonendonner des Weltkriegs hörte.



◆◆◆

BENUTZTE QUELLEN

Für den II. Band sind ausser den im I. Band pag. 349 ff. genannten und den gelegentlich im Text selbst erwähnten Quellen hauptsächlich benutzt worden:

„Winterthurer Landbote" 1867 ff.

J. Koller, Heinrich Grunholzer, Lebensbild eines Republikaners.

Fr. Locher, „Die Freiherren von Regensberg", Bd. I—VII.

F. Scheuchzer, Biographie von Sal. Bleuler-Hausheer.

R. Rüegg, Zwei Briefe von Jakob Dubs, Zürcher Taschenbuch 1905.

H. Sträuli, Die Entwicklung der Demokratie im Kanton Zürich („Züricher Post" 1904).

G. Meyer von Knonau, Lebensbild des Professors Georg von Wyss, Neujahrsblatt des Waisenhauses 1895 und 1896.

— Die Universität Zürich in den Jahren 1883—1913, Festschrift zur Einweihung der Neubauten 1914.

F. Zehender, Dr. Jakob Dubs, ein schweizerischer Republikaner.

Joh. Scherr, Alfred Escher, ein schweizerischer Staatsmann.

H. Müller, J. J. Treichler, ein Pionier des Sozialismus und des Genossenschaftswesens in der Schweiz (Soz. Monatshefte).

— Arbeiterbewegung (in Reichesbergs Handlexikon).

O. Lang, Der Sozialismus in der Schweiz.

H. Wirz, Aus der Entwicklungsgeschichte der zürcherischen Arbeiterbewegung (Festführer zum Grütlizentralfest 1908).

G. v. Wyss, Heinrich Emanuel Mousson (Allg. deutsche Biographie und N.Z.Z.).

C. Escher, Die grosse Bauperiode der Stadt Zürich in den 60er Jahren.

— Chronik der ehemaligen Gemeinden Wiedikon und Aussersihl.

— Zürich und die Ausgemeinden, eine Betrachtung und Anregung.

J. Escher-Bürkli, Dr. Arnold Bürkli-Ziegler (Neujahrsblatt des Waisenh. 1905).

F. Hunziker, Zur Erinnerung an die Baugartengesellschaft, Z. Taschenbuch 1905.

M. Römer, Strassburg und Zürich in den Jahren 1576 und 1870.

R. Hess, Memorandum über die Vorgänge vom 9. bis 12. März 1871 in Zürich.

J. C. Scheller, Antistes D. Georg Finsler.

Rud. Stähelin, Zur Erinnerung an D. Georg Finsler.

J. Hardmeyer-Jenny, Ausstellungszeitung 1883.

J. Baechtold, Gottfried Kellers Leben, seine Briefe und Tagebücher.

O. Stoessl, Gottfried Keller (in der Sammlung „Die Literatur" von Georg Brandes).

Franz Beyel, Zum Stil des Grünen Heinrich.

A. Steiger, Gottfried Kellers Mutter.

P. Usteri, Lebensbild von Stadtpräsident Dr. Melchior Römer (Neujahrsblatt des Waisenhauses 1901).

B. Fritschi-Zinggeler, Die Vereinigung von Zürich und Ausgemeinden.

E. Böschenstein, Alt- und Neu-Zürich, Gedenkschrift zur Vereinigung.

A. Stadler und R. Billeter, Stadtpräsident Hans Pestalozzi (Neujahrsblatt des Waisenhauses 1912).
E. Jenny und V. Rossel, Geschichte der schweizerischen Literatur.
Schweizerisches Künstlerlexikon, verschiedene Künstlerbiographien.
H. Trog, Künstlergut, Künstlerhaus, Kunsthaus (Neujahrsblatt der Kunstgesellschaft 1911).
W. L. Lehmann, Albert Welti (Neujahrsblatt der Kunstgesellschaft 1913).
Vereinsblatt des Männerchors Zürich (Attenhofer-Nummer).
Ernst Isler, Carl Attenhofer (Neujahrsblatt der Musikgesellschaft 1915).
A. Glück, Friedrich Hegar (Biographien schweizerischer Tonkünstler).
H. Bleuler-Waser, Leben und Taten des Lesezirkels Hottingen.
Adolf Frey, Conrad Ferdinand Meyer, sein Leben und seine Werke.
— Schweizer Dichter.
Betsy Meyer, Conrad Ferdinand Meyer in der Erinnerung seiner Schwester.
A. Langmesser, Conrad Ferdinand Meyer, sein Leben, seine Werke und sein Nachlass.
W. Köhler, Conrad Ferdinand Meyer als religiöser Charakter.
F. Erismann, Gesundheits- und Wohlfahrtspflege der Stadt Zürich. Festschrift zur 34. Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in Zürich 1909 (mit Beiträgen von Leitern verschiedener Verwaltungsabteilungen).
A. Wild, Veranstaltungen und Vereine für soziale Fürsorge in der Schweiz.

Allen, die mich bei der Arbeit an diesem Werke mit Rat und Tat unterstützt haben, sage ich hier nochmals aufrichtigsten Dank.

Zürich, den 30. Oktober 1915.

S. ZURLINDEN.

NAMEN- UND SACHREGISTER

Die mit * bezeichneten Stichworte figurieren auch im Register des I. Bandes

A

B

C

D

E

F

G

H

I J

K

L

M

N

O

P

Q

R

S

T

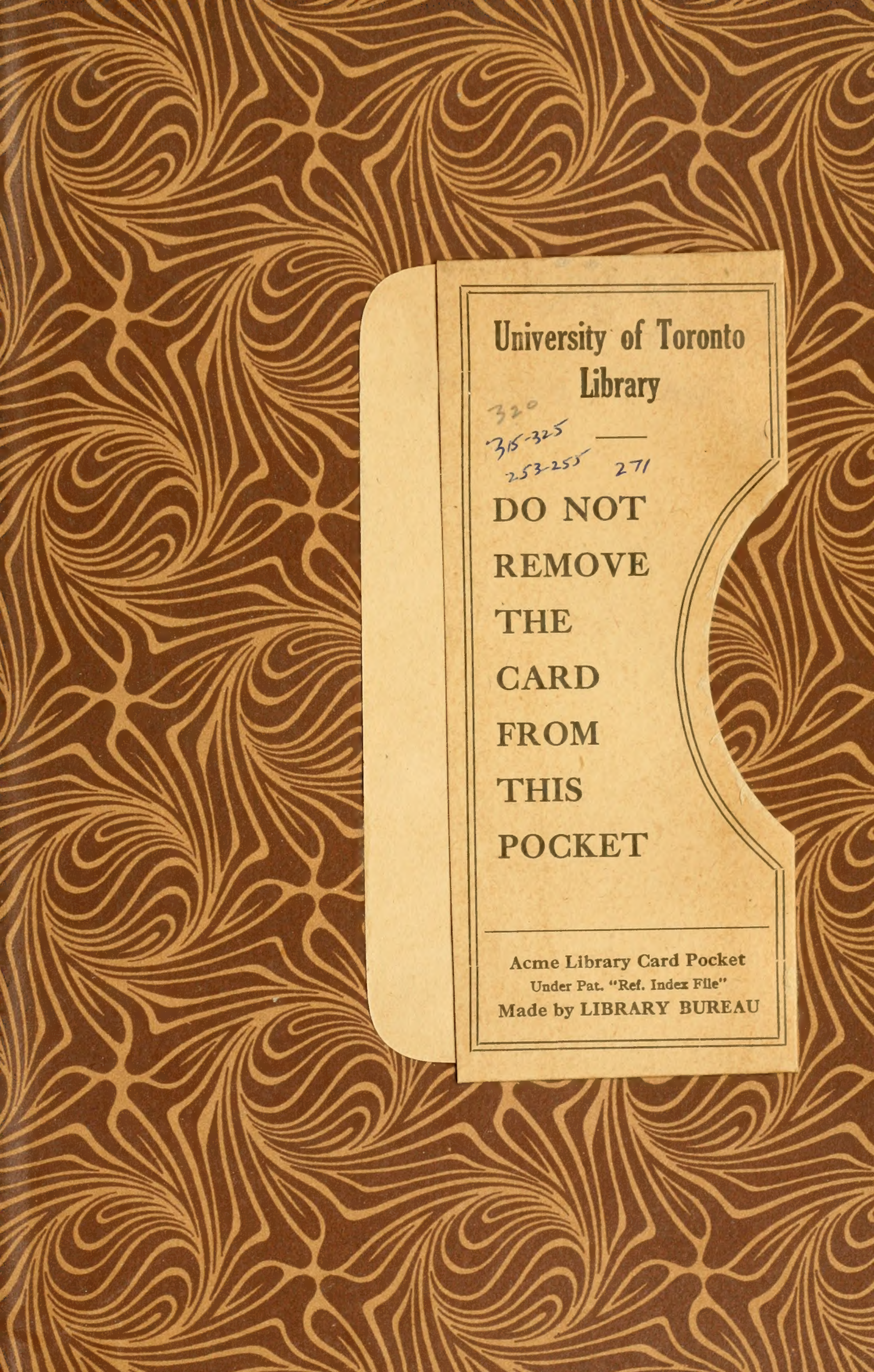
U

V

W

Z




University of Toronto
Library
320
315-325
253-255 271
DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET
Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU

